PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE · ERGÄNZUNGSBAND

1917–1923

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES ZENTRALKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI DER SOWJETUNION

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1971

W. I. LENIN

ERGÄNZUNGSBAND

OKTOBER 1917 – MÄRZ 1923



DIETZ VERLAG BERLIN

1971

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1971
Printed in the German Democratic Republic ·
Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig. III 18 138
ES 1 C · 7,50

VORBEMERKUNG

Der vorliegende Band ist der zweite Ergänzungsband zur vierzigbändigen Ausgabe der Werke W. I. Lenins und entspricht dem 1966 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU herausgegebenen Band 42 der 4. russischen Ausgabe. Er enthält, chronologisch geordnet, Arbeiten, die W. I. Lenin in der Zeit von Oktober 1917 bis März 1923 geschrieben hat. Sie stehen in engem Zusammenhang mit den in den Bänden 26–33 der Werke W. I. Lenins enthaltenen Arbeiten. Vorwiegend handelt es sich um ergänzende und vorbereitende Materialien – Pläne, Dispositionen, Thesen, Notizen –, ferner Entwürfe von Beschlüssen und Resolutionen sowie Bemerkungen und Abänderungsvorschläge Lenins zu ihm vorgelegten Dokumenten. Beträchtlichen Raum nehmen Lenins Hinweise und Richtlinien für die sowjetische Delegation zur internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua ein. Ferner wurden einige bisher noch in keiner Werkausgabe veröffentlichte Unterredungen mit ausländischen Diplomaten und Korrespondenten in den Band aufgenommen.

Zu den für den deutschen Leser besonders interessanten Arbeiten, die sich mit Problemen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung beschäftigen, gehören mehrere erstmalig in einer Werkausgabe veröffentlichte Materialien zu den ersten vier Weltkongressen der Komintern, Briefe und Vorschläge Lenins, die die Arbeit der Berliner Konferenz der drei Internationalen (2.–5. April 1922) betreffen, sowie der unvollendete Artikel „Über den Aufruf der deutschen Unabhängigen".

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

Oktober 1917 – Juli 1918

AUSFÜHRUNGEN IN DER SITZUNG DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE 3. (16.) NOVEMBER 1917

Genosse Lenin wendet sich gegen jegliche Abkommen mit dem Gesamtrussischen Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes[1], das morgen auf revolutionärem Wege, von den Massen, davongejagt sein wird. Moskau muß durch schöpferische, organisierende revolutionäre Kräfte aus Petrograd verstärkt werden, vor allem durch Matrosen. Die Ernährungsfrage: von Norden her sind wir gesichert. Wenn Moskau erobert und das Gesamtrussische Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes von den Massen davongejagt ist, wird die Lebensmittelversorgung von der Wolga her gesichert sein.

Zum erstenmal veröffentlicht am 6./7. November 1927 in der „Prawda" Nr. 255 in N. Gorbunows Artikel „Wie in den Oktobertagen der Apparat des Rats der Volkskommissare geschaffen würde".

Nach einem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ERGÄNZUNGEN ZUM ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE BESCHLAGNAHME WARMER SACHEN FÜR DIE FRONTSOLDATEN

Ergänzen:

Überschrift: + ... und über die Beschlagnahme von Wohnungen der Reichen zur Linderung der Not der Armen...

§ 1 ... plus ein warmes Stück außer einer Decke (Mantel, Pelz, Joppe, Filzstiefel u. dgl. m.).

§ 2 ... Als Luxuswohnung ist auch jede Wohnung zu betrachten, in der die Zahl der Zimmer der Anzahl der ständig in dieser Wohnung lebenden Personen entspricht bzw. diese übersteigt.

Die Inhaber von Luxuswohnungen sind verpflichtet, unverzüglich, bei Strafe der Konfiskation des gesamten Vermögens, in zwei Exemplaren eine Erklärung vorzulegen, wieviel warme Sachen sie besitzen und wieviel sie für die Front abgeben; ein Exemplar bekommt das Hauskomitee, das andere Exemplar der Stadtbezirkssowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Die Inhaber von Luxuswohnungen sind, bei gleicher Strafe, verpflichtet, unverzüglich denselben Stellen und ebenfalls in zwei Exemplaren eine Erklärung vorzulegen, daß von zwei Luxuswohnungen eine zugunsten der armen Bevölkerung der Hauptstadt geräumt wird (das heißt, zwei reiche Familien, die zwei Luxuswohnungen haben, verpflichten sich, in diesem Winter gemeinsam eine dieser Wohnungen zu beziehen und die andere in Anbetracht der durch den Krieg entstandenen großen Notlage der armen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen).

Die Hauskomitees fertigen sofort Listen der unter die Beschlagnahme fallenden Luxuswohnungen an, und die Stadtbezirkssowjets der Arbeiterdeputierten bestätigen diese Listen, sie legen auch die Bedingungen und die Reihenfolge für den Bezug dieser Wohnungen durch Familien der armen Bevölkerung fest.[2]

Geschrieben im November 1917, vor dem 8. (21.).

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

INTERVIEW FÜR DEN KORRESPONDENTEN DER AGENTUR „ASSOCIATED PRESS" G. JARROS

15. (28.) November 1917

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Wahlen in Petrograd, bei denen die Bolschewiki sechs Sitze erhalten hatten[3], interviewte der Korrespondent der „Associated Press" Lenin, den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, der auf den großen Sieg seiner Partei sehr stolz war.

„Was ist Ihre Meinung über die Ergebnisse der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung?", fragte der Korrespondent.

„Ich glaube, daß sich diese Wahlen als großer Sieg für die bolschewistische Partei erwiesen haben. Die Anzahl der Stimmen, die bei den Wahlen im Mai, August und September für sie abgegeben wurden, ist von Mal zu Mal gewachsen.[4] In einer Stadt, in der die Bourgeoisie (Kadetten) sehr stark ist, sechs von zwölf Sitzen erringen, bedeutet Sieg in Rußland."

„Glauben Sie, daß die Konstituierende Versammlung in der Zusammensetzung, wie sie nach den Ergebnissen der Wahlen in Petrograd zu erwarten ist, alle Maßnahmen der Regierung der Volkskommissare sanktionieren wird?"

„Ja, sie wird sie sanktionieren, weil es dann, wie Sie ja bereits annehmen, keine Mehrheit gegen uns geben wird, und zusammen mit den linken Sozialrevolutionären werden wir in Petrograd die Mehrheit bilden (sieben von zwölf)."

„Welche Parteien werden im neuen Rat der Volkskommissare vertreten sein?"

„Ich weiß es nicht mit Bestimmtheit, aber ich denke, außer den Bolschewiki nur die linken Sozialrevolutionäre."

Zum erstenmal (teilweise) veröffentlicht 1962 in der Zeitschrift „Istorija SSSR" Nr. 2.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie. Übersetzung aus dem Englischen.

ÜBER DIE GEHÄLTER FÜR HÖHERE ANGESTELLTE UND BEAMTE

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[5]

In Erkenntnis der Notwendigkeit, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die Gehälter der höheren Angestellten und Beamten in ausnahmslos allen staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Institutionen und Unternehmen herabzusetzen, beschließt der Rat der Volkskommissare:

1. Das Höchstgehalt der Volkskommissare wird mit 500 Rubel monatlich festgesetzt, für jedes Kind werden 100 Rubel zusätzlich gezahlt; Wohnraum wird nicht mehr als ein Zimmer pro Familienmitglied gewährt; 2. alle örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten werden aufgefordert, revolutionäre Maßnahmen zur Erhebung von Sondersteuern bei höheren Angestellten vorzubereiten und durchzuführen; 3. das Finanzministerium wird angewiesen, einen allgemeinen Gesetzentwurf über eine derartige Gehaltskürzung vorzubereiten; 4. das Finanzministerium und die einzelnen Kommissare werden beauftragt, unverzüglich die Budgets der Ministerien zu überprüfen und alle übermäßig hohen Gehälter und Pensionen zu kürzen.

Geschrieben am 18. November (1. Dezember) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DAS KRIEGSMINISTERIUM[6]

In Anbetracht dessen, daß General Manikowski für den Moskauer Militärbezirk den konterrevolutionären Befehl erlassen hat, die eingesetzten Kommandeure nicht durch gewählte zu ersetzen –

in Anbetracht dessen, daß General Maruschewski mit Duchonin gegen den Rat gerichtete Verhandlungen geführt und in verbrecherischer Weise versucht hat, die Organisierung der Delegation für die Waffenstillstandsverhandlungen zu sabotieren* –

1. sind Manikowski und Maruschewski unverzüglich zu verhaften und nicht ohne Genehmigung des Rats der Volkskommissare freizulassen[7];

2. ist unverzüglich und mit aller Energie die Säuberung des Kriegsministeriums und die Entfernung der unzuverlässigen höheren Offiziere in Angriff zu nehmen;

3. sind für Petrograd unverzüglich zuverlässige Kräfte aus dem Kommandeursbestand der lettischen Schützenregimenter anzufordern;

4. ist unverzüglich ein lettisches Schützenregiment nach Petrograd zu beordern[8];

5. ist dem Rat der Volkskommissare täglich über die tatsächliche Durchführung der genannten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Der vorliegende Beschluß ist nicht zu veröffentlichen.

Geschrieben am 19. November (2. Dezember) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

THESEN FÜR EIN GESETZ ÜBER DIE KONFISKATION VON MIETSHÄUSERN[9]

1. Der *gesamte* (städtische) Boden geht in den Besitz (das Eigentum) des Volkes über.

2. Häuser, die *ständig* vermietet werden, sind zu konfiszieren und in Volkseigentum zu überführen.

3. Eigentümer von Häusern, die *nicht* vermietet werden, bleiben bis zur Entscheidung der Konstituierenden Versammlung Eigentümer ohne jede Schmälerung ihrer Eigentumsrechte.

* Die ersten beiden Absätze wurden von L. D. Trotzki geschrieben. *Die Red.*

4. Entschädigung für einige (2–3) Monate an die Eigentümer der konfiszierten Häuser, falls sie beweisen können, daß sie nicht . . .*

5. Einziehung der Mieten (durch wen?) *durch die Sowjets* (auf die laufenden Konten der Sowjets).

6. Die Baukommissionen (Gewerkschaften + Vereinigung der Baubetriebe) sind auch für allgemeine Wirtschaftsfragen zuständig (Heizmaterial usw.).

7. Mit der Einziehung der Mieten wird sofort begonnen.

8. Die Bau- und Wirtschaftskommissionen treten allmählich in Aktion, in dem Maße, wie sie von den Gewerkschaften und den Sowjets geschaffen werden.

9. Für die Beheizung der Häuser und ihre Instandhaltung sind die Hauskomitees und andere Institutionen (Gewerkschaften, Sowjets, Abteilungen für Brennstoffversorgung bei der Stadtduma usw.) zuständig.

Geschrieben am 20. November (3. Dezember) 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG EINER SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK[10]

1. 2–3 Ingenieure zur Kontrolle und zur Aufstellung eines Gesamtplans für die Demobilisierung der Industrie in die Besondere Beratung für Verteidigungsfragen beordern (Kosmin beauftragen, diese Gruppe zu bilden)[11];

2. eine Kommission aus 3–5 Mitgliedern des Rats der Volkskommissare (auch Nichtmitgliedern) bilden zur Erörterung von Grundfragen der Wirtschaftspolitik der Regierung (Pjatakow und Bucharin beauftragen, diese Kommission zu bilden);

3. eine Beratung von Personen, die im Ernährungswesen tätig sind,

* Der Satz blieb unvollendet. *Die Red.*

organisieren zur Erörterung praktischer Maßnahmen zum Kampf gegen Plünderungen und zur Verbesserung der Lage der besonders notleidenden Schichten (Schljapnikow + Manuilski beauftragen, diese Beratung zu organisieren).

Geschrieben am 27. November (10. Dezember) 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES PROGRAMMS ÖKONOMISCHER MASSNAHMEN

Nationalisierung der Banken
Rückführung der Gelder in die Staatskasse
Für das große Geld neue Scheine
Revolutionäre Maßnahmen zur Umstellung der Fabriken auf nützliche Produktion
Zentralisierung der Konsumtion durch Zwangsvereinigung in Konsumgenossenschaften
Staatliches Außenhandelsmonopol
Nationalisierung der Industrie
Staatsanleihen.

Geschrieben nicht vor dem 27. November (10. Dezember) 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ZU DEN LOSUNGEN FÜR DIE DEMONSTRATION[12]

Zu den am 28. XI. veröffentlichten Losungen für die Demonstration empfehle ich hinzuzufügen:

Schmach und Schande über jene „rechten" Sozialrevolutionäre und „Tschernowleute", die sich vom Bauernkongreß abgespalten haben!

Es lebe der II. Gesamtrussische Kongreß der Bauerndeputierten, der sich auf die Seite der Sowjetmacht gestellt hat!

Das werktätige Volk verlangt, daß die Konstituierende Versammlung die Sowjetmacht und die Sowjetregierung anerkennt!

Es lebe die Nationalisierung der Banken!

Nieder mit den Saboteuren und den streikenden Beamten! Boykott und revolutionärer Terror gegen sie!

Lenin

Geschrieben am 28. November (11. Dezember) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 3.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE VERANTWORTUNG FÜR UNBEGRÜNDETE BESCHULDIGUNGEN

Entwurf eines Beschlusses des ZK der SDAPR(B)[13]

Das ZK legt folgendes Prinzip fest:

bei allen Zwistigkeiten und persönlichen Beschuldigungen sind diejenigen, die solche Beschuldigungen aussprechen, aber keine konkrete Anklage vor Gericht erheben, als Verleumder zu betrachten;

diejenigen, die sich von derartigen Beschuldigungen betroffen glauben, werden aufgefordert, sich an das Gericht zu wenden.

Geschrieben am 29. November (12. Dezember) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE UMSTELLUNG DER RÜSTUNGSBETRIEBE AUF WIRTSCHAFTLICH NÜTZLICHE ARBEIT

Beschluß des Rats der Volkskommissare

Gen. Raskolnikow wird beauftragt, sofort beim Kommissariat für Handel und Industrie sowie beim Kommissariat für Ernährungswesen (Abteilung Maschinenausrüstung) vorstellig zu werden, um unverzüglich Aufträge zustande zu bringen, die den mit dem Bau von Anlagen bzw. mit Reparaturarbeiten für die Kriegsmarine beschäftigten Betrieben erteilt werden könnten. Besonders dringend ist die Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, die Herstellung und Reparatur von Lokomotiven. In erster Linie sind die Petersburger Metallwerke in Betracht zu ziehen, die für lange Zeit mit Brennstoff und Metall versorgt sind.

Die Marine-Hauptverwaltung für Wirtschaftsfragen wird beauftragt, unverzüglich die Budgets des Marineministeriums für das Jahr 1917 zu überprüfen, um alle für den Bau von Kriegsschiffen vorgesehenen Mittel sowie alle unproduktiven Ausgaben überhaupt zu stoppen und die entsprechenden Summen für nützliche volkswirtschaftliche Arbeiten zu verwenden. Zur Teilnahme an diesen Arbeiten wird Gen. I. E. Gukowski als außerordentlicher Kommissar zur Überprüfung der Budgets aller Behörden eingesetzt.

Gen. Raskolnikow und ein Bevollmächtigter der Marine-Hauptverwaltung für Wirtschaftsfragen (bzw. Gen. Gukowski) sowie ein Bevollmächtigter des Kommissariats für Handel und Industrie werden beauftragt, dem Rat der Volkskommissare *täglich* über die Durchführung dieses Befehls Bericht zu erstatten.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 29. November (12. Dezember) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

THESEN ÜBER DIE AUFGABEN DER PARTEI + DIE GEGENWÄRTIGE LAGE

(α) Anerkennung der Revolution vom 25. X. als sozialistische Revolution.

(β) Ablehnung aller Einschränkungen dieser Grundposition im Sinne einer Rückkehr zur bürgerlich-demokratischen Revolution (allmählicher Übergang; „Stadium" des Blocks mit dem Kleinbürgertum etc.).

(γ) Diktatur des Proletariats, ihre Besonderheiten zum Unterschied vom „allgemeinen", formalen (bürgerlichen) Demokratismus, ihre Taktik.

(δ) Sowjetmacht und Macht der Bolschewiki.

(ε) Verständigung mit dem Kleinbürgertum nicht im Sinne eines Blocks für die bürgerlich-demokratische Revolution, nicht im Sinne einer Einschränkung der Aufgaben der sozialistischen Revolution, sondern ausschließlich im Sinne der *Formen* des Übergangs zum Sozialismus für *einzelne* Schichten des Kleinbürgertums.

(ι) Bürgerliche Freiheiten *versus* Unterdrückung der Ausbeuter.

(ϰ) Saboteure und Kapitalisten; die Kapitalisten und die „öffentliche Meinung" der Bourgeoisie.

(ζ) Die Konstituierende Versammlung und ihre Unterordnung unter die Sowjetmacht, unter die Interessen und die Bedingungen des Bürgerkriegs.

(η) Die Spitzenorganisationen (Gesamtrussisches Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes, Zentralexekutivkomitee der Bauern etc.) und der Kampf gegen sie.

(ϑ) Kampf gegen den Reformismus in seiner *gegenwärtigen* Haltung:
(1) er bindet dem Proletariat die Hände durch Mitläufer aus dem Kleinbürgertum
(2) er schränkt das Ausmaß des revolutionären Kampfes der „unteren Schichten" ein
(3) er lehnt den Terror ab.

Geschrieben im November 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

ANTWORTEN AUF FRAGEN EINER ARBEITERDELEGATION AUS DEM BEZIRK ALEXANDROWSK-GRUSCHEWSKI[14]

1. Über die Sequestration der Bergwerke und Betriebe im Bezirk Alexandrowsk-Gruschewski.

Die Bergwerke und Betriebe können erst konfisziert werden, wenn der Bezirk von den Truppen Kaledins und von seinem Einfluß befreit ist.

2. Soll man die Bergwerke jetzt aufgeben und nach Zentralrußland fahren?

Nicht wegfahren, sondern weiterarbeiten, solange man sich nur halten kann. Der Beschluß des Rats der Volkskommissare hierzu: die Arbeiter des Bezirks Alexandrowsk-Gruschewski aufzufordern, sich zwecks Bewaffnung der Roten Garde mit Charkow in Verbindung zu setzen. Die Genossen aufzufordern, sich mit aller Kraft, bis zur letzten Möglichkeit, zu halten und die Arbeit nicht aufzugeben.

3. Über die Entsendung von Wachmannschaften für die Bergwerke.

Unsere Truppen sind in hinreichender Stärke zum Kampf gegen die Kaledinschen Truppen unterwegs.

4. Über die Subvention von 3 000 000 Rubel zur Durchführung der Arbeiten.

Nach Eintreffen des Gen. Artjom aus Charkow wird über den Monopolrat[15] Klarheit geschaffen.

5. Sind die Geldscheine der Kaledin-Regierung als gültig zu betrachten?

Die Geldscheine sind als ungültig zu betrachten.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 11. (24.) Dezember 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE GEHÄLTER FÜR ANGESTELLTE STAATLICHER INSTITUTIONEN[16]

Der Rat der Volkskommissare erkennt die Tarife, die von der Kommission für Stellenpläne der Regierungsinstitutionen anerkannt und vom gesamtrussischen Kongreß der unteren Angestellten der Regierungsinstitutionen angenommen wurden, als Richtsätze an.

Geschrieben am 13. (26.) Dezember 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE BILDUNG EINER KOMMISSION VON PRAKTIKERN

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[17]

Der Rat der Volkskommissare ersucht den Obersten Volkswirtschaftsrat, unverzüglich eine Kommission von Praktikern zu bilden, die die Anweisung erhält, von allen Behörden, Institutionen und Organisationen Aufträge für nützliche Erzeugnisse einzuholen, diese Aufträge an Betriebe, die keine Arbeit haben und geschlossen werden sollen, weiterzuleiten sowie zu prüfen, inwieweit die Erteilung dieser Aufträge erfolgt und wie sie erfüllt werden. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Wirtschaftsplans des Obersten Volkswirtschaftsrats hat die Kommission dem Rat der Volkskommissare revolutionäre Maßnahmen zur unverzüglichen Erfüllung ihrer Aufgabe vorzuschlagen und zweimal wöchentlich über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Geschrieben am 15. (28.) Dezember 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

INSTRUKTION ÜBER DIE VERFAHRENSWEISE BEI DER AUFNAHME VON FRAGEN IN DIE TAGESORDNUNG DER SITZUNGEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

Von jedem Kommissar, der irgendeine Frage auf die Tagesordnung des Rats der Volkskommissare setzen will, ist ein *schriftlicher* Antrag mit folgenden Angaben anzufordern:

a) worin besteht die Frage (kurz) [diese Angabe darf sich nicht lediglich auf einen Hinweis beschränken („über das und das"), sondern muß den *Inhalt* der Frage *darlegen*];

b) was wird dem Rat der Volkskommissare konkret vorgeschlagen? (Geld zu bewilligen; *die und die* Resolution anzunehmen und ähnliche exakte Angaben, *worauf* es dem Antragsteller ankommt)

c) berührt die betreffende Frage Kompetenzbereiche anderer Kommissare? welcher konkret? liegen von ihnen schriftliche Stellungnahmen vor?[18]

Lenin

Geschrieben am 16. (29.) Dezember 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE FALSCHE HANDLUNGSWEISE DES VOLKSKOMMISSARS FÜR JUSTIZ I. S. STEINBERG UND DES KOLLEGIUMSMITGLIEDS DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR JUSTIZ W. A. KARELIN[19]

Der Rat der Volkskommissare vertritt den Standpunkt, daß Beschlüsse der Kommission Dzierzynskis wie auch der anderen von den Sowjets eingesetzten Kommissionen[20] einzig und allein in der Weise abgeändert wer-

den können, daß sie im Rat der Volkskommissare angefochten werden, keinesfalls aber durch eigenmächtige Verfügungen des Kommissars für Justiz.

Der Rat der Volkskommissare vertritt ferner den Standpunkt, daß die Handlungsweise der Genossen Steinberg und Karelin, die in der Nacht vom 18. zum 19. XII. die Verhafteten freigelassen haben, sowohl formal als auch dem Wesen der Sache nach ungesetzlich war, da sie nicht nur den Befugnissen der Kommission Dzierzynskis widersprach, sondern auch dem am 18. XII. abends angenommenen direkten Beschluß des Rats der Volkskommissare, die Verhafteten festzuhalten, bis man das Nötige über ihre Person festgestellt hat.

*Lenin**

Geschrieben am 19. Dezember 1917 (1. Januar 1918).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

PLECHANOW ÜBER DEN TERROR

Es gab eine Zeit, da war Plechanow Sozialist, einer der bedeutendsten Vertreter des revolutionären Sozialismus.

In jener – leider unwiderruflich entschwundenen – Zeit äußerte sich Plechanow zu einer der Fragen, die gerade für die Epoche, in der wir jetzt leben, von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Das war im Jahre 1903, als die russische Sozialdemokratie auf ihrem zweiten Parteitag ihr Programm erarbeitete.

In den Protokollen dieses Parteitags findet sich folgende außerordentlich lehrreiche Stelle, die speziell für heute geschrieben sein könnte:

„*Possadowski.* Mir scheint, daß es sich bei den Erklärungen, die hier für und gegen die Abänderungsanträge abgegeben wurden, nicht um einen Streit um Detailfragen, sondern um eine ernste Meinungsverschiedenheit handelt. Zweifellos stimmen wir in folgender Grundfrage miteinander nicht überein: *Ist es notwendig, unsere künftige Politik den einen oder anderen demokratischen Grundprinzipien unterzuordnen und ihnen einen absoluten Wert zuzusprechen,* oder aber *müssen*

* Das Dokument ist außerdem von J. W. Stalin unterzeichnet. *Die Red.*

alle demokratischen Prinzipien ausschließlich den Vorteilen unserer Partei untergeordnet werden? Ich trete entschieden für das letztere ein. Es gibt kein demokratisches Prinzip, das wir nicht den *Vorteilen unserer Partei* unterordnen sollten. (Zwischenruf: „Auch die Unantastbarkeit der Person?") Ja, auch die Unantastbarkeit der Person! Als revolutionäre Partei, die ihrem Endziel, der sozialen Revolution, zustrebt, müssen wir an die demokratischen Prinzipien ausschließlich von dem Standpunkt aus herangehen, wie dieses Ziel schnellstens verwirklicht werden kann, inwiefern sie unserer Partei zum Vorteil gereichen. Wenn die eine oder andere Forderung für uns unvorteilhaft ist, werden wir sie nicht übernehmen.

Deshalb bin ich gegen die vorgebrachten Abänderungsanträge, da sie später unsere Handlungsfreiheit einengen könnten.

Plechanow. Ich schließe mich voll und ganz den Worten des Gen. Possadowski an. Kein demokratisches Prinzip darf an sich, abstrakt betrachtet werden, ein jedes ist in seiner Relation zu dem Prinzip zu sehen, das man als Grundprinzip der Demokratie bezeichnen kann, und zwar zu dem Prinzip, das da lautet: salus populi suprema lex. Übersetzt in die Sprache des Revolutionärs heißt das, der Erfolg der Revolution ist oberstes Gesetz. Und wenn es für den Erfolg der Revolution erforderlich wäre, zeitweilig die Gültigkeit dieses oder jenes demokratischen Prinzips einzuschränken, dann wäre es ein Verbrechen, vor einer solchen Einschränkung haltzumachen. Meine persönliche Meinung dazu ist, daß sogar das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts vom Standpunkt des von mir erwähnten Grundprinzips der Demokratie zu betrachten ist. Hypothetisch ist der Fall denkbar, daß wir Sozialdemokraten uns gegen das allgemeine Wahlrecht aussprechen. Die Bourgeoisie der italienischen Republiken hat einstmals Personen, die dem Adel angehörten, die politischen Rechte abgesprochen. Das revolutionäre Proletariat könnte die politischen Rechte der oberen Klassen in ähnlicher Weise einschränken, wie die oberen Klassen einstmals seine politischen Rechte eingeschränkt haben. Die Tauglichkeit einer solchen Maßnahme könnte nur vom Standpunkt der Regel: salus revolutionis suprema lex** beurteilt werden. Und denselben Standpunkt sollten wir auch beziehen, wenn es um die Lebensdauer von Parlamenten geht. Hätte das Volk, von revolutionärem Elan getragen, ein sehr gutes Parlament gewählt, eine Art chambre introuvable (Kammer ohnegleichen), müßten wir versuchen, es zu einem ‚Langen Parlament' zu machen; hätten sich jedoch die Wahlen als ein Fehlschlag erwiesen, dann müßten wir versuchen, das Parlament nicht nach zwei Jahren, sondern möglichst bereits nach zwei Wochen auseinanderzujagen.*" (Protokolle des zweiten Parteitags, S. 168/169.)

* Das Wohl des Volkes ist oberstes Gesetz. *Die Red.*

** Das Wohl der Revolution ist oberstes Gesetz. *Die Red.*

Den Feinden des Sozialismus kann man zeitweilig nicht nur die Unantastbarkeit der Person, nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch das allgemeine Wahlrecht entziehen. Ein schlechtes Parlament soll man in zwei Wochen „auseinanderzujagen" versuchen. Der Nutzen für die Revolution, der Nutzen für die Arbeiterklasse ist oberstes Gesetz. So urteilte Plechanow, als er Sozialist war. So urteilte damals zusammen mit Plechanow die überwiegende Mehrheit der heutigen Menschewiki, die jetzt über „bolschewistischen Terror" lamentieren.

Der „Nutzen für die Revolution" erfordert heute einen harten Kampf gegen die Saboteure, gegen diejenigen, die Aufstände der Offiziersschüler organisieren, gegen die Zeitungen, die von Bankiers ausgehalten werden. Wenn die Sowjetmacht den Weg dieses Kampfes beschreitet, lamentieren die Herren „Sozialisten" aus dem Lager der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre lauthals über die Unzulässigkeit von Bürgerkrieg und Terror.

Als Ihr Kerenski die Todesstrafe an der Front wieder einführte, war das kein Terror, meine Herren?

Als Ihre Koalitionsregierung durch die Kornilowleute ganze Regimenter wegen mangelnder Kriegsbegeisterung erschießen ließ, war das kein Bürgerkrieg, meine Herren?

Als Ihre Kerenski und Awksentjew allein ins Gefängnis von Minsk 3000 Soldaten sperrten, weil sie „schädliche Agitation" betrieben hätten, war das kein Terror, meine Herren?

Als Sie *Arbeiter*zeitungen rigoros unterdrückten, war das kein Terror, meine Herren?

Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die Kerenski, Awksentjew und Liberdan in trautem Verein mit den Kornilow und Sawinkow den Terror *gegen die Arbeiter, Soldaten und Bauern* im Interesse einer Handvoll Gutsbesitzer und Bankiers praktizierten, die Sowjetmacht aber entschiedene Maßnahmen gegen die Gutsbesitzer, die Marodeure und ihre Handlanger *im Interesse der Arbeiter, Soldaten und Bauern* anwendet.

„Prawda" Nr. 221, 4. Januar 1918 (22. Dezember 1917), und „Iswestija ZIK" Nr. 259, 23. Dezember 1917.

Nach dem Text der „Prawda", verglichen mit dem Text der „Iswestija ZIK".

ENTWURF EINER RESOLUTION DES ZK DER SDAPR(B) ÜBER DEN AUSSCHLUSS S. A. LOSOWSKIS AUS DER PARTEI

Resolution des ZK der SDAPR(Bolschewiki)

In Anbetracht dessen, daß

1. Gen. Losowski bereits seit Beginn der Oktoberrevolution Ansichten äußert, die den Anschauungen der Partei und überhaupt dem Standpunkt des revolutionären Proletariats völlig widersprechen, dafür aber in allem Wesentlichen mit der kleinbürgerlichen Ablehnung der Diktatur des Proletariats als einer notwendigen Übergangsperiode zum Sozialismus übereinstimmen;

2. Gen. Losowski durch seine Äußerungen vom ...* November in der „Nowaja Shisn“[21], die auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen ist, die allgemeine Empörung nicht nur aller Parteimitglieder, sondern auch der klassenbewußten Arbeiter überhaupt hervorgerufen hat[22], wobei der sofort nach diesen Äußerungen gefaßte Beschluß des ZK der SDAPR über den Ausschluß des Gen. Losowski aus der Partei nur deshalb nicht bekanntgegeben und durchgeführt wurde, weil einige Genossen die Hoffnung zum Ausdruck brachten, die Schwankungen des Genossen Losowski seien eine vorübergehende Erscheinung, hervorgerufen nur durch sein Unvermögen, die Bedeutung der mit ungewöhnlicher Schnelligkeit vor sich gehenden historischen Umwälzung sofort zu begreifen;

3. sich die Hoffnung der Genossen, die dem Gen. Losowski Zeit lassen wollten, die Bedeutung der vor sich gegangenen Revolution voll und ganz zu erfassen, nicht erfüllt hat und das gesamte politische Verhalten des Genossen Losowski im allgemeinen und seine Artikel in Nr. 7 und 8 des „Professionalny Westnik“[23] im besonderen davon zeugen, daß dieser Genosse von den Grundprinzipien des Sozialismus hinsichtlich der Rolle des Proletariats in der sozialistischen Revolution gänzlich abgegangen ist;

4. die Parteizugehörigkeit eines Menschen, der eine einflußreiche Stellung in der Gewerkschaftsbewegung innehat und eine unerhörte bürger-

* Im Manuskript hat W. I. Lenin Platz für das Datum gelassen. *Die Red.*

liche Zersetzung in diese Bewegung hineinträgt, nicht nur die Partei kompromittiert, nicht nur einen demoralisierenden Einfluß auf die gesamte organisatorische Arbeit unter dem Proletariat ausübt, sondern auch der vordringlichen Aufgabe, die sozialistische Produktion mit Hilfe der Gewerkschaften zu organisieren, einen ungeheuren praktischen Schaden zufügt;

5. die Zusammenarbeit innerhalb einer Partei mit einem Menschen unmöglich ist, der die von unserem Parteiprogramm anerkannte Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats nicht begriffen hat, der nicht begriffen hat, daß ohne eine solche Diktatur, d. h. ohne eine systematische, schonungslose, vor keinerlei bürgerlich-demokratischen Formeln haltmachende Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, nicht nur eine sozialistische, sondern auch eine konsequent demokratische Umwälzung undenkbar ist und überhaupt irgendwelche ernsthaften Kampfmaßnahmen gegen die Krise und gegen die durch den Krieg entstandene Zerrüttung undenkbar sind;

6. die Zusammenarbeit innerhalb einer Partei mit einem Menschen unmöglich ist, der die sozialistischen Aufgaben des Proletariats, das die politische Macht erobert hat, verneint – mit einem Menschen, der die Pflicht der Gewerkschaften verneint, Staatsfunktionen zu übernehmen und mit größter Energie, mit grenzenloser Entschlossenheit im Rahmen des ganzen Staates die sozialistische Reorganisation der Produktion und der Verteilung der Produkte durchzuführen;

– in Anbetracht all dessen hat das ZK der SDAPR beschlossen, Genossen Losowski aus der SDAPR(Bolschewiki) auszuschließen und diesen Beschluß unverzüglich zu veröffentlichen.

Geschrieben am 30. Dezember 1917
(12. Januar 1918).
Veröffentlicht 1959 im
Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN KAMPF GEGEN KALEDIN

1
BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

Der Rat der Volkskommissare begrüßt die entschiedenen Maßnahmen des Gen. Antonow im Kampf gegen die Kaledinleute und ihre Helfershelfer und beschließt gleichzeitig, dem Befehlshaber der Truppen das Recht einzuräumen, gegen Sabotage treibende Kapitalisten, die Arbeitslosigkeit und Hunger heraufbeschwören, Repressalien anzuwenden, einschließlich solcher Maßnahmen wie der zwangsweisen Überführung der Schuldigen zur Arbeit in den Bergwerken.

2
ERGÄNZUNG ZUM BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

Sobald die Möglichkeit besteht, Revolutionstribunale zu bilden, werden diese unverzüglich jeden Fall, in dem Zwangsarbeit angeordnet wurde, überprüfen und entweder die Dauer derselben festlegen oder die Verhafteten freilassen.

Der Beschluß wurde am 30. Dezember 1917 (12. Januar 1918), die Ergänzung zum Beschluß am 1. (14.) Januar 1918 geschrieben.
Der Beschluß wurde zum erstenmal 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV, die Ergänzung zum Beschluß 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI veröffentlicht.

Nach dem Manuskript.

ZU DEN GEHALTSNORMEN FÜR HÖHERE ANGESTELLTE

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[24]

Im Zusammenhang mit der Anfrage des Gen. Schljapnikow über die Gehaltsnormen für höhere Angestellte beschließt der Rat der Volkskommissare:

1. Es wird bestätigt, daß das Dekret über ein Monatsgehalt von 500 Rbl. für die Mitglieder des Rats der Volkskommissare eine *annähernde* Norm für die höchsten Gehälter darstellt, jedoch nicht das Verbot enthält, Spezialisten mehr zu zahlen;

2. es wird daran erinnert, daß das Dekret des Rats der Volkskommissare die Forderung enthält, revolutionäre Maßnahmen zur Kürzung der übermäßig hohen Gehälter zu ergreifen[25];

3. alle Volkskommissare werden angewiesen, unverzüglich Berichte vorzulegen, was konkret zur Durchführung dieses Dekrets getan worden ist;

4. der Kommissar für Finanzen wird angewiesen, einen Bericht vorzulegen, ob zur Erhebung der Einkommensteuer und zur Ausschaltung von Steuerhinterziehungen hierbei entschiedene Maßnahmen ergriffen worden sind;

5. die örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten werden angewiesen, energischere Maßnahmen zur Erhebung der Sondersteuern bei übermäßig hohen Einkommen zu ergreifen.

Geschrieben am 2. (15.) Januar 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ÜBER MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER ERNÄHRUNGSLAGE

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[26]

Der Rat der Volkskommissare stellt die Veröffentlichung der Dekrete über den Rat für Ernährungswesen bis zu den Beratungen des Kongresses für Ernährungswesen zurück und fordert nachdrücklich alle im Ernährungswesen Beschäftigten auf, ihren Posten nicht zu verlassen und Konflikte wegen Nebensächlichkeiten zu vermeiden;

gleichzeitig fordert er den Gesamtrussischen Rat für Ernährungswesen sowie das Kommissariat für Ernährungswesen auf, nicht nur mehr Kommissare, sondern in verstärktem Maße auch bewaffnete Abteilungen zu entsenden, die unter Anwendung entschiedener revolutionärer Maßnahmen für die Beförderung von Frachtgütern, für das Aufbringen und die Lagerung des Getreides usw. zu sorgen haben; ferner haben sie die Aufgabe, gegen die Spekulanten einen schonungslosen Kampf zu führen, wobei die örtlichen Sowjets äußerstenfalls aufgefordert werden können, die entlarvten Spekulanten und Saboteure auf der Stelle zu erschießen.

Der Rat der Volkskommissare ordnet an, die Brotration nicht zu erhöhen, mehr Direktzüge abzuschicken und ihre Fahrtroute genau zu überwachen.

Um am Petersburger Knotenpunkt Ordnung zu schaffen, sind außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen; die Verantwortung für diese Arbeit wird dem Gesamtrussischen Rat für Ernährungswesen übertragen.

Der Gesamtrussische Rat für Ernährungswesen wird verpflichtet, dem Rat der Volkskommissare täglich über den Verlauf der Lebensmittelversorgung zu berichten und einen Plan für die Versorgungsoperationen vorzulegen.

Geschrieben am 14. (27.) Januar 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

ANFRAGE DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE AN DAS ZK DER PARTEI DER LINKEN SOZIALREVOLUTIONÄRE[27]

Auf Grund des Beschlusses des Rats der Volkskommissare vom 14. I. nachts – Auszug aus dem Journal liegt bei – bitten wir das ZK der Partei der linken Sozialrevolutionäre um folgende Mitteilung:

1. Wann hat das Petrograder Komitee der linken Sozialrevolutionäre den Beschluß gefaßt, keine Vertreter in die Untersuchungskommission zu entsenden, solange ihr Kozlowski angehört?
2. Wie lautet dieser Beschluß?
3. War dieser Beschluß dem Zentralkomitee der Partei der linken Sozialrevolutionäre bekannt und wurde dazu im ZK der Partei der linken Sozialrevolutionäre Stellung genommen?
4. Wann und von wem (aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre) wurde der Petrograder Sowjet oder sein Exekutivkomitee in Kenntnis gesetzt, daß die linken Sozialrevolutionäre keine Vertreter in die Untersuchungskommission entsenden werden, solange ihr Kozlowski angehört?
5. Haben die linken Sozialrevolutionäre den Beschluß des Petrograder Sowjets ausgeführt, in dem sie aufgefordert wurden, innerhalb einer bestimmten Frist Angaben gegen Kozlowski zu unterbreiten?

Geschrieben am 15. (28.) Januar 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DAS UNTERSTELLUNGSVERHÄLTNIS DER BALTISCHEN UND DER SCHWARZMEERFLOTTE[28]

Der Rat der Volkskommissare ist der Ansicht, daß der Kommentar zu § 51 nicht präzise formuliert ist oder auf einem Mißverständnis beruht,

da sich aus dem Text, wörtlich genommen, eine Negierung der Oberhoheit der zentralen Organe der Sowjetmacht ergibt[29]; er bittet das gesetzgebende Organ der Flotte, diesen Kommentar zu überprüfen.

Der Rat der Volkskommissare nimmt die Erklärung der Vertreter der Flotte zur Kenntnis, daß in dem betreffenden Kommentar keineswegs eine Negierung der Zentralgewalt der Sowjetregierung enthalten ist, und beauftragt die Genossen Proschjan und Lunatscharski, ein Schreiben des Rats der Volkskommissare an das gesetzgebende Organ der Flotte abzufassen, in dem der Standpunkt des Rats der Volkskommissare begründet wird.

Geschrieben am 15. (28.) Januar 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DEN ARBEITSLOHN

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[30]

Der Rat der Volkskommissare bestätigt das Budget des Kommissariats für Post- und Fernmeldewesen befristet, für die Zeit von zwei Monaten, da unverzüglich eine allgemeine Überprüfung und Angleichung der Gehälter und Löhne in allen Berufen und in allen Teilen des Landes in Angriff genommen werden soll.

Mit dieser Überprüfung wird das Kommissariat für Arbeit beauftragt, das diese Aufgabe im Einvernehmen mit allen anderen Kommissariaten und Arbeiterorganisationen zu lösen hat.

Geschrieben am 16. (29.) Januar 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWÜRFE FÜR BESCHLÜSSE DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ORGANISIERUNG DES ERNÄHRUNGSWESENS[31]

Der Rat der Volkskommissare bittet den Kongreß für Ernährungswesen, unverzüglich, bereits morgen früh, einige – wenigstens drei – im Ernährungswesen tätige Personen mit großen Erfahrungen zu benennen, damit diese sich sofort in die Arbeit der bestehenden zentralen Versorgungsinstitutionen und in die Beratung über durchgreifende revolutionäre Maßnahmen zum Kampf gegen die Hungersnot einschalten können.

Der Rat der Volkskommissare bittet den Kongreß für Ernährungswesen, eine Kommission zu wählen, die Erklärungen von allen gegenwärtig miteinander im Streit liegenden Gruppen, Institutionen und Funktionären des Ernährungswesens entgegennimmt, und dann dem Rat der Volkskommissare die abschließende Meinung dieser Kommission zu übermitteln.

Geschrieben am 16. (29.) Januar 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER UNTERSUCHUNGSKOMMISSION BEIM PETROGRADER SOWJET

In der Sitzung vom 21. I. 1918

Der Rat der Volkskommissare hat den Bericht der Untersuchungskommission in Sachen „Untersuchungskommission" entgegengenommen und beschlossen:

Die Kommission wird durch zwei Mitglieder erweitert, und zwar durch Gen. Algassow und einen Bolschewiken, der von Swerdlow benannt wird.

Die Kommission erhält das Recht, Haussuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen vorzunehmen, ohne sich deshalb vorher mit irgendeiner Institution in Verbindung zu setzen.

Die Kommission wird mit technischen Hilfsmitteln ausgerüstet und erhält einen Kredit aus dem Fonds des Kommissariats für Justiz.

Die Kommission wird ersucht, möglichst schnell und gründlich zu arbeiten, damit recht bald diejenigen ausgesondert werden können, deren Unschuld schon jetzt offensichtlich ist, da es auf der Hand liegt, daß sie gewissenlos verleumdet wurden.[32]

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE UMSTELLUNG DER RÜSTUNGSBETRIEBE AUF WIRTSCHAFTLICH NÜTZLICHE ARBEIT

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare

Der Rat der Volkskommissare bedauert es außerordentlich, daß die zuständigen Kommissariate die praktischen Schritte zur Umstellung der Metallbetriebe auf nützliche Arbeit sehr verzögert haben, und bittet den Petrograder Metallarbeiterverband, mit Unterstützung des Kommissariats für Arbeit, des Petrograder Sowjets und des Obersten Volkswirtschaftsrats unverzüglich damit zu beginnen, die Metallbetriebe auf Reparaturen und eine forcierte Produktion von Eisenbahnmaterial sowie von Erzeugnissen, die gegen Getreide eingetauscht werden können, usw. umzustellen.

Alle Rüstungsaufträge sind einzustellen.

Geschrieben am 23. Januar (5. Februar) 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES „GESETZES ÜBER DIE SOZIALISIERUNG DES GRUND UND BODENS“[33]

Ist der Grund und Boden nicht für den Ackerbau bestimmt (für Baulichkeiten, für Kultur- und Bildungsstätten, für besondere Gewerbe u. a.), so setzt der örtliche Sowjet die Größe der anzuweisenden Bodenfläche in Abhängigkeit von dem Bedarf der antragstellenden Person oder Institution und in Abhängigkeit von dem zu erwartenden gesellschaftlichen Nutzen fest.

Geschrieben im Januar 1918, vor dem 27. (9. Februar).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE BILDUNG EINER GESAMTRUSSISCHEN ZWISCHENBEHÖRDLICHEN AUSSERORDENTLICHEN KOMMISSION ZUM SCHUTZ DER BAHNSTRECKEN[34]

Zu den Aufgaben des Bahnschutzes gehört insbesondere der schonungslose Kampf gegen Spekulation und nicht genehmigte Lebensmitteltransporte.

Geschrieben am 30. Januar (12. Februar) 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

VORSCHLÄGE FÜR MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER ERNÄHRUNGSLAGE PETROGRADS

Der Rat der Volkskommissare beauftragt das Kommissariat für Verkehrswesen, unverzüglich den Entwurf eines Dekrets auszuarbeiten und dem Rat der Volkskommissare vorzulegen, wonach jegliche Freifahrten auf der Eisenbahn verboten werden, mit Ausnahme einer Fahrt für jeden demobilisierten Soldaten, der von seinem Dienstort in die Heimat zurückkehrt.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Der Rat der Volkskommissare beauftragt den Leiter der Staatsbank, vorrangig und unter allen Umständen 200 Millionen Rubel nach dem Süden, zur Verfügung der Expedition Jakubows, zu überweisen, damit die notleidenden Gebiete entsprechend den Weisungen des Kommissariats für Ernährungswesen mit Getreide versorgt werden können.

Das Kommissariat für Ernährungswesen setzt sich sofort mit dem Kommissariat für Heereswesen in Verbindung, um die an der Front befindlichen Gleisbautrupps umgehend für Arbeiten im Ernährungswesen einzusetzen. Diese Trupps sind in möglichst großer Anzahl in die getreidereichen Gebiete zu schicken, wo außerordentliche Maßnahmen zum Bau von Schienenwegen und andere Maßnahmen zu treffen sind, um die Anlieferung und Weiterbeförderung sowie die Erfassung des Getreides zu verbessern und zu beschleunigen.

Geschrieben am 30. Januar (12. Februar) 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERFAHRENSWEISE BEI DER EINSTELLUNG VON SABOTEUREN[35]

Der Rat der Volkskommissare beschließt: mit den Saboteuren sind keinerlei Verhandlungen zu führen.

Den einzelnen Volkskommissaren wird anheimgestellt, Saboteure, sofern sie sich der Sowjetmacht voll und ganz unterordnen und diese unterstützen, als Einzelpersonen einzustellen, wenn sie für die Arbeit in den entsprechenden Behörden unbedingt gebraucht werden.

Geschrieben am 31. Januar (13. Februar) 1918.
Veröffentlicht am 14. (1.) Februar 1918 in der „Prawda" Nr. 25.

Nach dem Manuskript.

REDE IN DER GEMEINSAMEN SITZUNG DER FRAKTIONEN DER BOLSCHEWIKI UND DER LINKEN SOZIALREVOLUTIONÄRE IM GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEE 19. FEBRUAR 1918

Kurzer Zeitungsbericht

Lenin hielt eine große Rede, die zwei Stunden dauerte. Er legte dar, daß es für Rußland keinen Ausweg gibt, daß es notwendig ist, unverzüglich einen Separatfrieden abzuschließen, da die Deutschen an der ganzen Front geschlossen vorrücken und wir nicht imstande sind, dem Millionenansturm Widerstand entgegenzusetzen. Nachdem wir Frieden geschlossen haben, werden wir uns Problemen des inneren Aufbaus und der Vertiefung der sozialistischen Revolution zuwenden und in der Lage sein, die

grundlegenden Reformen erfolgreich zu Ende zu führen, die uns der Errichtung der sozialistischen Ordnung in Rußland näherbringen müssen.

„Sozial-Demokrat" Nr. 28,
20. (7.) Februar 1918.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

REDE VOR DEN LETTISCHEN SCHÜTZEN 20. FEBRUAR 1918

Kurzer Zeitungsbericht

Lenin hielt eine große Rede, in der er die Letten aufrief, die Sowjetmacht in der Frage des Friedens zu unterstützen. Dem erschöpften russischen Volk müssen wir um jeden Preis Frieden geben, damit festigen wir die Revolution und beginnen mit dem Aufbau eines neuen, jungen Rußlands. Die abgetretenen Gebiete werden sowieso nicht in ihrem Besitz bleiben, da die russische Revolution in nächster Zeit nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf andere kriegführende Staaten übergreifen wird. Unter dem Einfluß der sozialen Weltrevolution wird der deutsche Imperialismus gezwungen sein, auf alle seine Eroberungen zu verzichten.

„Nowaja Shisn" Nr. 30,
21. (8.) Februar 1918.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

FERNSPRUCH AN DEN VOLLZUGSAUSSCHUSS DES PETROGRADER KOMITEES UND AN ALLE STADTBEZIRKSKOMITEES DER PARTEI DER BOLSCHEWIKI[36]

21. (8.) II. 1918. 12.20 Uhr mittags.

Wir raten, ohne auch nur eine Stunde zu verlieren, alle Arbeiter auf die Beine zu bringen, um entsprechend den Beschlüssen des Petrograder Sowjets, die heute abend angenommen werden sollen, Zehntausende von Arbeitern zu organisieren und die gesamte Bourgeoisie ohne jede Aus-

nahme, bis auf den letzten Mann, unter der Kontrolle dieser Arbeiter zum Ausheben von Schützengräben vor Petrograd einzusetzen. Nur so kann die Revolution gerettet werden. Die Revolution ist in Gefahr. Die Linie der Schützengräben wird von den Militärs festgelegt. Stellen Sie Arbeitsgeräte bereit und sorgen Sie hauptsächlich für die Organisierung und Mobilmachung aller.

Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 35.

Nach dem Manuskript.

BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ANNAHME DER DEUTSCHEN FRIEDENSBEDINGUNGEN[37]

Entsprechend dem Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten vom 24. Februar 4.30 Uhr nachts hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, die von der deutschen Regierung vorgelegten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Delegation nach Brest-Litowsk zu entsenden.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 24. Februar 1918.

Veröffentlicht am 25. (12.) Februar 1918 in der Abendausgabe der „Prawda" Nr. 35 und in der Sonder-Abendausgabe der „Iswestija ZIK" Nr. 33.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DEN VERTRAG MIT DER FINNISCHEN SOZIALISTISCHEN ARBEITERREPUBLIK[38]

1

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

Der Rat der Volkskommissare beschließt:

Der Wunsch der finnischen Genossen, den im finnischen Zusatz zu § 6 des Vertragsentwurfs genannten Teil des Territoriums an die Finnische Sozialistische Arbeiterrepublik abzutreten, wird als grundsätzlich gerechtfertigt anerkannt.

Die Koordinierungskommission wird beauftragt, Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung dieser Übergabe auszuarbeiten.[39]

Geschrieben am 25. Februar 1918.

2

DIREKTIVE DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE AN DIE RUSSISCH-FINNISCHE KOORDINIERUNGSKOMMISSION

Der Rat der Volkskommissare erteilt der Kommission folgende Direktive:

Es ist gerechtfertigt und notwendig, für die Bürger beider Republiken die vollen politischen Rechte zu erwirken, ungeachtet dessen, in welcher der beiden Republiken sie ihren Wohnsitz haben.

Geschrieben am 25. Februar 1918.

3

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

In Anbetracht dessen, daß sich 1. in nächster Nähe von Finnland eine riesige Stadt mit einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz an bürgerlicher Bevölkerung befindet;

2. daß aus Finnland in der Regel an die 30000 finnische Arbeiter nach Petrograd kommen;

3. daß von der Bourgeoisie Petrograds in der Regel an die 200000 Bourgeois nach Finnland kommen;

4. daß aus diesem Grunde eine formale Gleichberechtigung der finnischen und der russischen Bürger (hinsichtlich der Inanspruchnahme politischer Rechte im Ausland) in der Praxis ein offensichtliches Privileg für die russische Bourgeoisie wäre;

empfiehlt der Rat der Volkskommissare der Russisch-Finnischen Koordinierungskommission, § 13 des Entwurfs folgendermaßen abzuändern:

entweder in § 13 nicht von Bürgern, sondern nur von Arbeitern und keine fremde Arbeit ausbeutenden Bauern zu sprechen;

oder in die frühere Fassung des Paragraphen 13 die Klausel einzufügen, daß russische Bürger, die nach Finnland kommen und ihre Zugehörigkeit zu den beiden obengenannten Kategorien von Werktätigen nicht nachweisen können, in Finnland keine politischen Rechte genießen.[40]

Geschrieben am 27. Februar 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER UNTERSUCHUNGSKOMMISSION BEIM PETROGRADER SOWJET

In Anbetracht der Erklärung des Gen. Schreider, daß er im Gegensatz zur Meinung der Kommission fest davon überzeugt ist, Gen. Mizgendler habe sich bestechen lassen, erachtet es der Rat der Volkskommissare für die Pflicht des Gen. Schreider, 1. seine Erklärung schriftlich zu wiederholen,

2. persönlich in seinem eigenen Namen unverzüglich vor Gericht Anklage gegen Mizgendler zu erheben.[41]

Geschrieben am 26. Februar 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

AUSFÜHRUNGEN IN DER SITZUNG DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE 4. MÄRZ 1918[42]

1

Ich bin voll und ganz mit Genossen Trutowski einverstanden, daß die Bestrebungen und Versuche, von denen wir hier gehört haben, von den Aufgaben einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung völlig abweichen und mit Sozialismus nichts gemein haben.[43] Aufgabe des Sozialismus ist es, alle Produktionsmittel in das Eigentum des gesamten Volkes zu überführen, jedoch keineswegs, die Schiffe an die Schiffsarbeiter, die Banken an die Bankangestellten zu übereignen. Wenn die Leute solchen Unsinn ernst nehmen, muß die Nationalisierung rückgängig gemacht werden[44], weil das überhaupt ein Unding ist. Wir sehen die Aufgabe, das Ziel des Sozialismus darin, den Grund und Boden, die Betriebe in das Eigentum der Sowjetrepublik zu überführen. Der Bauer erhält Land unter der Bedingung, daß er es gut bearbeitet. Wenn die Binnenschiffer Schiffe erhalten sollen, dann unter der Bedingung, daß sie richtig wirtschaften: sie müssen Haushaltspläne, aus denen wenigstens Einnahmen und Ausgaben ersichtlich sind, zur Bestätigung vorlegen, und sie müssen mit den Schiffen sorgsam umgehen. Wenn sie dazu nicht in der Lage sind, werden wir sie absetzen. Und wenn sie sich drei Wochen lang streiten, dann würde ich vorschlagen, alle aus der Leitung zu entfernen, weil das völlige Unfähigkeit zur Organisation, absolutes Verkennen der lebenswichtigen Aufgaben der Sowjetrepublik ist. Das ist Chaos, Desorganisation, schlimmer noch, fast Sabotage. Sie organisieren die reinste Belagerung des Verbandes und kommen mit Beschwerden. Aber auf der Wolga liegen die reparaturbedürftigen Schiffe. Was soll das? Was ist das – ein Irren-

haus? Ich glaube sehr wohl, daß sie sich bewußt sind: wenn dieses Chaos andauert, wird über uns noch größere Not hereinbrechen. Disziplin und organisierte Übergabe des gesamten Eigentums an das Volk, aller Quellen des Reichtums in die Hände der Sowjetrepublik und ihre gewissenhafte, disziplinierte Verwaltung sind bei uns die Hauptbedingung. Wenn man uns also sagt, die Binnenschiffer hätten als Privateigentümer die Leitung auszuüben, so ist klar, daß wir damit nicht einverstanden sind. Die Leitung muß in den Händen der Sowjetmacht liegen. Aber Sie organisieren dort irgendwelche Debatten über eine Vereinigung aller Organisationen ...* Wenn sie unzufrieden sind, dann hätten sie darum bitten können, die Verordnung außer Kraft zu setzen. Aber sie schlagen erneut vor, zunächst zu prüfen, wem die Schiffe gehören, damit die Schiffsarbeiter eine Zulage von 140% fordern können.

2

Mit vielem bin ich durchaus einverstanden, bezüglich der Zusammensetzung des Kollegiums meine ich jedoch, daß der Vorschlag der Genossen Binnenschiffer völlig unannehmbar ist. Wir behandeln vor allem nicht diese Frage. Die Grundfrage ist, daß die Leute kein Geld erhalten. Das ist doch wirklich die Höhe! Wozu weisen wir denn das Geld an? Damit das auf dem Papier bleibt? Wir haben Tausende von Beschwerden zu hören bekommen, daß unser Verkehrswesen zusammenbricht, wenn kein Geld geschickt wird. Wenn das Geld am 21. Februar angewiesen wurde und am 22. noch nicht eingetroffen war, dann hätten sie sich am 23. beschweren müssen. Bei uns herrscht Geldmangel, die Geldscheine reichen nicht, die Druckerei kann nicht soviel drucken, wie gebraucht wird. Wenn wir Geld anweisen und Sie machen das wieder rückgängig, dann wird tatsächlich nichts abgeschickt. Sie hätten am 23. Februar hierherkommen müssen und nicht erst am 3. März. Wir haben verlangt, daß diese Millionen angewiesen werden. Ich weiß nicht, wem man die größere Schuld geben muß. Ich glaube, den Vertretern des Volkswirtschaftsrats. Alle können wir nicht zufriedenstellen. Versorgen wir Petersburg, reicht es für Moskau nicht . . .*

---

* Hier konnte eine Stelle im Stenogramm nicht entziffert werden. *Die Red.*

Wenn nur Geldanweisungen ausgeschrieben, jedoch keine Maßnahmen ergriffen wurden, dann hätten sie hierherkommen, mich oder jemand anders anrufen und das vorbringen müssen. Es vergeht selten eine Woche, in der mir nicht gemeldet wird: man stellt uns kein Geld zur Verfügung; von Ihnen habe ich jedoch keine einzige Meldung erhalten. Man muß sie zur Verantwortung ziehen, ihnen zumindest einen Verweis erteilen. Der Beschluß vom 21. Februar verpflichtet den Kongreß der Binnenschiffer, einen Haushaltsplan vorzulegen. Was die Zusammensetzung des Kollegiums anbelangt, so glaube ich, wir hätten unser Dekret eher in dem Sinne korrigieren sollen, wie es Genosse Schljapnikow vorgeschlagen hatte. Paragraph 3 sieht ein Kollegium aus sieben Mitgliedern vor. Wieso das außer acht gelassen wurde, ist unbegreiflich. Hier können etliche Vertreter der Gewerkschaften einbezogen werden. Ich schlage vor, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, damit das Geld unverzüglich mit Direktzügen abgeschickt wird. Dann ist sofort auf dem üblichen Wege Nachricht zu geben, daß das Geld abgegangen ist. Was den zweiten Punkt anbelangt, so meine ich: das einzige Kollegium, das es in diesem Falle geben kann und das am ehesten von allen, vom Rat der Volkskommissare akzeptiert werden kann, ich meine, das einzig mögliche Kollegium ist das gestern vom Rat der Volkskommissare bestätigte. Es gibt keinerlei Veranlassung, das abzuändern. Ich meine, wir müssen das realisieren. Und wenn es tatsächlich wahr ist, daß die 200 Rubel Gehalt, die man als beschlossen angesehen hat und wobei darauf hingewiesen wurde, nur unter dieser Bedingung werde das Schiffahrtswesen nationalisiert – wenn das so ist, wenn Forderungen nach Gleichstellung mit anderen Organisationen erhoben werden, dann schlage ich persönlich vor zu erwägen, die Nationalisierung rückgängig zu machen. Es kann dahin kommen, daß nach einiger Zeit überhaupt kein Geld mehr da sein wird. Wir hatten eine einzige Garantie, auf deren Grundlage wir nationalisieren wollten, und sie wird uns genommen. Wenn das so ist, dann muß man diese Maßnahme rückgängig machen. Wenn das nicht geschieht, werden wir noch einen Betrieb übernehmen, der mit riesigen Verlusten arbeitet.

3

Mir scheint, daß die Ernennung eines Kommissars in vieler Hinsicht unangebracht ist. Einen unangefochtenen Kandidaten gibt es für diesen Posten nicht. Wir werden also nicht allen gerecht werden, da beide Seiten unbefriedigt bleiben. Die Ausschaltung des Verbands in der Form, daß wir einen Kommissar ernennen, ist eine undemokratische Maßnahme. Wir werden den Beschluß fassen, daß sie uns bis morgen früh einen Vorschlag unterbreiten. Sollte das Kollegium sehr groß werden, kann es ein Exekutivkomitee wählen. Und wir können das morgen oder übermorgen organisatorisch regeln, damit das sofort, innerhalb einer bestimmten Zeit, realisiert wird. Falls ein Exekutivkomitee ernannt wird, könnte man dort vielleicht einzelne Personen einsetzen. Das wird richtig sein, da wir ja die Binnenschiffer nicht ausschalten. Gegen eine Mitarbeit der Gewerkschaften können sie nichts einwenden. Wenn das nicht durchkommt, dann werden wir die Ernennung eines Kommissars in Erwägung ziehen. Die Genossen Volkskommissare wissen, daß die Frage des Kandidaten natürlich eine schwierige Frage ist, und jetzt beschließen, einen Kommissar zu ernennen, heißt gar nichts beschließen, da wir in solchen Fällen gewöhnlich eine ganze Woche verlieren. Lieber sollte man so verfahren. Es bleibt nur ein Vorschlag – die Punkte 5, 6 und 7 außer Kraft zu setzen. Angenommen. Zu Paragraph 3 – die sechs Kollegiumsmitglieder sind durch eine zeitweilige Vertretung der Gewerkschaften zu ersetzen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 35.

Nach dem Stenogramm.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE SCHAFFUNG EINES KOLLEGIUMS DER SCHIFFAHRTSVERWALTUNG[45]

Die Genossen Miljutin, Schljapnikow und Aprelew werden beauftragt, bereits morgen auf der Grundlage des § 3[46] ein Kollegium zu bilden, wobei für jede spezielle Funktion ein besonderer Bevollmächtigter bestimmt

wird, der dem Kollegium insgesamt sowie dem Rat der Volkskommissare rechenschaftspflichtig ist.

Zu § 3 – die vom Obersten Volkswirtschaftsrat zu wählenden 6 Mitglieder und die Vertreter der Gebietsvolkswirtschaftsräte werden zeitweilig durch Vertreter der gesamtrussischen Gewerkschaften ersetzt.

Zwei Genossen, einer vom Verband der Schiffahrtsarbeiter und einer vom Obersten Volkswirtschaftsrat, müssen sofort ernannt werden und sich schon morgen bei Spunde einfinden, um dafür zu sorgen, daß das Geld ohne Verzögerung abgeschickt wird.[47]

Geschrieben am 4. März 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

INTERVIEW FÜR DEN KORRESPONDENTEN DER „DAILY NEWS" A. RANSOME[48]

Eine der schwächsten Stellen in Balfours Rede ist die Erklärung, daß die Japaner den Russen zu Hilfe eilen.[49] *Welchen Russen denn?*

Im heutigen Rußland gibt es eine Kraft, die ihrem Wesen nach für den Kampf auf Leben und Tod gegen die Angriffe des internationalen Imperialismus prädestiniert ist – das ist die Sowjetmacht. Der erste Schritt jener Russen jedoch, denen die Japaner „zu Hilfe eilen" wollen, war, bei den ersten Gerüchten über deren Näherrücken, die Forderung nach Beseitigung der Sowjetmacht. Falls die Japaner in das Innere Sibiriens vordringen, werden dieselben „Russen", denen die Japaner „zu Hilfe eilen" wollen, die Abschaffung der Sowjets in ganz Sibirien fordern. Was aber könnte an die Stelle der Sowjetmacht treten?

Das einzige, was an ihre Stelle treten könnte, ist eine bürgerliche Regierung. Die Bourgeoisie hat jedoch in Rußland bereits deutlich genug bewiesen, daß sie sich nur mit Unterstützung von außen an der Macht halten kann. Wenn sich eine bürgerliche Regierung, die sich auf Hilfe von außen stützt, in Sibirien an der Macht hält und das östliche Rußland der Sowjetmacht verlorengeht, dann wird letztere auch in Westrußland derart geschwächt sein, daß sie sich kaum lange halten wird, und ihre Nach-

folgerin wird eine bürgerliche Regierung sein, die hier ebenfalls auf Unterstützung von außen angewiesen sein wird. Der Staat, der diese Unterstützung gewährt, wird natürlich nicht England sein. Es ist leicht zu begreifen, welche Perspektiven eine solche Möglichkeit eröffnet.

Ich bestätige, daß ich dies in dem Gespräch mit Ransome tatsächlich gesagt habe, und gestatte, es zu veröffentlichen.

Moskau, den 23. III. 1918 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 in russischer (als Illustration) und englischer Sprache in dem Buch: R. H. Bruce Lockhart, „Memoirs of a british agent", London.

Nach einem maschinegeschriebenen Text mit einem handschriftlichen Zusatz W. I. Lenins.

ZUM ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE EINFÜHRUNG DER STAATLICHEN KONTROLLE ÜBER DAS GESAMTE VERSICHERUNGSWESEN[50]

Die Zusammensetzung des Versicherungsrats ist dahingehend zu verändern, daß sich der Anteil der Vertreter der werktätigen Klassen auf ungefähr $^2/_3$ der Gesamtmitgliederzahl erhöht.

Zwischen dem Hauptkommissariat für Versicherungsangelegenheiten und dem Rat der Volkskommissare ist eine Verbindung in der Form zu schaffen, daß der Hauptkommissar an Sitzungen des Rats der Volkskommissare mit beratender Stimme teilnimmt.

Ergänzen*

Geschrieben am 23. März 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

URSPRÜNGLICHER ENTWURF DES ARTIKELS „DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER SOWJETMACHT"[51]

KAPITEL IV

. . .*

Jetzt steht diese Aufgabe – die natürlich noch nicht völlig gelöst ist und niemals ganz erschöpft werden kann – unter den Aufgaben der Sowjetmacht bereits nicht mehr an erster Stelle. Die letzten Sowjetkongresse, und insbesondere der Moskauer Gesamtrussische Kongreß, haben gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der werktätigen Klassen bewußt und entschieden auf die Seite der Sowjetmacht im allgemeinen und der Partei der Bolschewiki im besonderen übergegangen ist. Es versteht sich von selbst, daß für eine halbwegs demokratische Regierung die Aufgabe, die Volksmassen zu überzeugen, niemals ganz in den Hintergrund treten kann – im Gegenteil, sie wird immer eine wichtige Leitungsaufgabe sein. Aber an die erste Stelle tritt eine solche Aufgabe nur für Oppositionsparteien oder für Parteien, die für die Verwirklichung von Zukunftsidealen kämpfen. Nachdem es den Bolschewiki schon unter dem Zarismus einerseits und unter der Regierung Kerenski anderseits gelungen war, die Mehrheit der aktiven und bewußten Elemente der werktätigen Massen auf ihre Seite zu ziehen, stand unsere Partei vor der Aufgabe, die Macht zu erobern und den Widerstand der Ausbeuter zu brechen. Statt des Überzeugens trat an die erste Stelle die Aufgabe, Rußland zu erobern. Von Ende Oktober 1917 und bis etwa Februar 1918 stand diese Kampfaufgabe oder militärische Aufgabe im Vordergrund, wie naturgemäß eine solche Aufgabe für jede politische Partei in den Vordergrund treten mußte, die die Herrschaft in einer Situation scharfen und aufs äußerste erbitterten Kampfes erlangt. Es versteht sich von selbst, daß vor der Partei des Proletariats mit besonderer Schärfe die Aufgabe steht, den Widerstand der Ausbeuter niederzuhalten, weil hier die Vertreter der besitzenden Klassen, die sowohl über die Macht des Kapitals als auch über die Macht des Wissens und eine langjährige, um nicht zu sagen jahrhundertealte Erfahrung und Fertigkeit auf dem Gebiet der Verwaltung verfügen, vereint gegen die werktätigen Massen auftreten, die sich auf die Seite des

* Der Anfang des Stenogramms wurde nicht aufgefunden. *Die Red.*

Proletariats stellen. Dank den besonderen Umständen, die sich in Rußland unter dem Einfluß der noch nicht vergessenen Lehren der Revolution von 1905 und unter dem Einfluß der wesentlich ernsteren und härteren Lehren des gegenwärtigen Krieges historisch herausgebildet haben – dank diesen Umständen gelang es den Bolschewiki verhältnismäßig sehr leicht, die Aufgabe der Eroberung der Macht sowohl in der Hauptstadt als auch in den wichtigsten Industriezentren Rußlands zu lösen. Aber in der Provinz, in den vom Zentrum weit abgelegenen Gebieten, und besonders in den Gegenden Rußlands, in denen eine verhältnismäßig rückständige Bevölkerung konzentriert war, die sich besonders fest an monarchistische und mittelalterliche Traditionen klammerte – zum Beispiel in den Kosakengebieten –, hatte die Sowjetmacht einem Widerstand zu begegnen, der militärische Formen annahm und erst jetzt, mehr als vier Monate nach der Oktoberrevolution, völlig zu Ende geht. Gegenwärtig ist die Aufgabe, den Widerstand der Ausbeuter in Rußland zu überwinden und niederzuhalten, in ihren Hauptzügen abgeschlossen. Rußland ist von den Bolschewiki erobert, hauptsächlich weil – wie das kürzlich auch der bekannte Führer des konterrevolutionären Kosakentums im Dongebiet, Bogajewski, zugab – die überwältigende Mehrheit des Volkes, selbst unter den Kosaken, bewußt, fest und entschieden auf die Seite der Bolschewiki übergegangen ist. Aber die besonderen Bedingungen, in die die besitzenden Klassen durch ihre ökonomische Lage gestellt sind, geben ihnen die natürliche Möglichkeit, nicht nur den passiven Widerstand (Sabotage) zu organisieren, sondern auch den Versuch zu wiederholen, der Sowjetmacht militärisch entgegenzutreten. Daher kann die Aufgabe der Niederhaltung des Widerstands der Ausbeuter ebenfalls nicht als gänzlich abgeschlossen betrachtet werden. Aber jedenfalls ist sie jetzt offensichtlich in ihren Hauptzügen bereits gelöst und steht nicht mehr an erster Stelle. Die Sowjetmacht wird es sich nicht erlauben, diese Aufgabe auch nur für einen Augenblick zu vergessen, sie wird sich in keiner Weise, durch keinerlei politische oder angeblich sozialistische Parolen und Deklamationen, von ihrer Erfüllung ablenken lassen. Das muß betont werden, weil sich bei uns sowohl die Menschewiki als auch die rechten Sozialrevolutionäre als die wendigsten, manchmal sogar als die gemeinsten Agenten der Konterrevolution aufführen, kämpfen sie doch gegen die Sowjetmacht weitaus schärfer, als sie sich das gegen die Regierungen der

Reaktionäre und der Gutsbesitzer erlaubten, und verlassen sich dabei auf den Schutz, den ihnen das Etikett oder der Name ihrer Partei gibt. Es versteht sich von selbst, daß die Sowjetmacht von der Erfüllung ihrer Aufgabe, den Widerstand der Ausbeuter niederzuhalten, niemals ablassen wird, mit welchen Parteifahnen oder mit welchen populären und schönklingenden Parolen sich dieser Widerstand auch tarnen mag. Aber die Aufgabe der Niederhaltung des Widerstands ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den Hauptzügen bereits abgeschlossen, und auf der Tagesordnung steht jetzt die Aufgabe, den Staat zu verwalten.

Eben dieser Übergang von der Aufgabe, die Massen der Bevölkerung zu überzeugen, die an erster Stelle stand, von der Aufgabe, die Macht zu erobern und die sich widersetzenden Ausbeuter militärisch niederzuhalten, zu der jetzt an die erste Stelle tretenden Aufgabe der Verwaltung des Staates – dieser Übergang bildet die hauptsächliche Eigenart der gegenwärtigen Situation. Die Schwierigkeit für die Sowjetmacht besteht in bedeutendem Maße darin, zu erreichen, daß sowohl die politischen Führer des Volkes als auch alle bewußten Elemente der werktätigen Massen überhaupt die Besonderheiten dieses Übergangs klar begreifen. Denn es versteht sich von selbst, daß der Übergang der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen zu den friedlichen Aufgaben des Verwaltens – es versteht sich, daß ein solcher Übergang in einer Situation des stellenweise noch nicht beendeten Bürgerkriegs, in einer Situation größter militärischer Gefahren, die der Sowjetrepublik sowohl vom Westen als auch vom Osten drohen, und schließlich in einer Situation unerhörter Zerrüttung als Folge des Krieges – es versteht sich, daß ein solcher Übergang gewaltige Schwierigkeiten mit sich bringt.

KAPITEL V

Die Aufgabe der Verwaltung des Staates, die jetzt in erster Linie vor der Sowjetmacht steht, hat noch die Eigenart, daß es sich jetzt – und das wohl zum erstenmal in der neuesten Geschichte der zivilisierten Völker – um ein Verwalten handelt, bei dem nicht der Politik, sondern der Ökonomie vorrangige Bedeutung zukommt. Gewöhnlich verbindet man mit dem Wort „Verwalten" namentlich und vor allem eine überwiegend oder sogar rein politische Tätigkeit. Indes besteht der eigentliche Kern, das

Wesen der Sowjetmacht wie auch das eigentliche Wesen des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft darin, daß die politischen Aufgaben einen untergeordneten Platz gegenüber den ökonomischen Aufgaben einnehmen. Und jetzt, insbesondere nach den praktischen Erfahrungen aus dem mehr als viermonatigen Bestehen der Sowjetmacht in Rußland, muß für uns völlig klar sein, daß die Aufgabe der Verwaltung des Staates vor allem und in erster Linie auf die rein ökonomische Aufgabe hinausläuft, das Land von den Wunden zu heilen, die ihm durch den Krieg geschlagen wurden, die Produktivkräfte wiederherzustellen, die Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte in Gang zu bringen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen – mit einem Wort, daß sie auf die Aufgabe der ökonomischen Reorganisation hinausläuft.

Man kann sagen, daß diese Aufgabe sich in zwei Hauptrubriken aufgliedern läßt: 1. Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte in den breitesten und mannigfaltigsten Formen dieser Rechnungsführung und Kontrolle allerorten und 2. Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Diese Aufgaben können von jeder beliebigen Gemeinschaft oder jedem beliebigen Staat, der zum Sozialismus übergeht, nur dann gelöst werden, wenn die grundlegenden ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Voraussetzungen dafür in ausreichendem Maße durch den Kapitalismus geschaffen wurden. Ohne maschinelle Großproduktion, ohne ein mehr oder weniger entwickeltes Netz von Eisenbahn-, Post- und Telegrafenverbindungen, ohne ein mehr oder weniger entwickeltes Netz von Einrichtungen der Volksbildung könnte – das steht außer Zweifel – weder die eine noch die andere Aufgabe systematisch und im gesamtnationalen Maßstab gelöst werden. In Rußland liegen die Dinge so, daß eine ganze Reihe dieser Grundvoraussetzungen für einen solchen Übergang vorhanden sind. Anderseits fehlt eine ganze Reihe derartiger Voraussetzungen in unserem Lande. Sie können jedoch verhältnismäßig leicht aus den praktischen Erfahrungen der weit höher entwickelten Nachbarländer übernommen werden, die durch die Geschichte und den internationalen Verkehr seit langem in enger Verbindung mit Rußland stehen.

KAPITEL VI

Die Grundaufgabe jeder Gesellschaft, die zur sozialistischen Ordnung übergeht, besteht im Sieg der herrschenden Klasse – oder richtiger der Klasse, die zur herrschenden Klasse wird –, des Proletariats, über die Bourgeoisie entsprechend dem oben Dargelegten. Und diese Aufgabe wird uns jetzt weitgehend auf neue Art gestellt, ganz anders, als sie im Laufe vieler, vieler Jahrzehnte weltumfassender Erfahrung des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie gestellt war. Unter Sieg über die Bourgeoisie können und müssen wir jetzt, nach den Errungenschaften der Oktoberrevolution, nach den Erfolgen im Bürgerkrieg, schon etwas sehr viel Höheres, wenn auch in der Form Friedlicheres verstehen: jetzt, nachdem der Sieg über die Bourgeoisie politisch errungen und militärisch gefestigt ist, jetzt muß dieser Sieg auf dem Gebiet der Organisierung der Volkswirtschaft, auf dem Gebiet der Organisierung der Produktion, auf dem Gebiet der vom gesamten Volk getragenen Rechnungsführung und Kontrolle errungen werden. Die Aufgaben der Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion hat die Bourgeoisie um so erfolgreicher gelöst, je mehr sich die Großproduktion entwickelte, je dichter das Netz von gesamtstaatlichen ökonomischen Einrichtungen wurde, die Dutzende und Hunderte Millionen der Bevölkerung einer modernen Großmacht erfassen. Diese Aufgabe müssen wir jetzt auf neue Art lösen, indem wir uns auf die herrschende Stellung des Proletariats stützen, auf die Unterstützung des Proletariats durch die Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen, wobei wir jene Elemente ausnutzen, die die vorangegangene Gesellschaft an organisatorischem Talent und technischem Wissen hervorgebracht hat und die zu neun Zehnteln, und vielleicht sogar zu neunundneunzig Hundertsteln, der Klasse angehören, die der sozialistischen Revolution feindlich gegenübersteht.

KAPITEL VII

Der deutsche Imperialismus, der gegenwärtig den größten Fortschritt nicht nur hinsichtlich der militärischen Macht und der Militärtechnik, sondern auch bei der Herausbildung großer Industrieorganisationen im Rahmen des Kapitalismus verkörpert, dokumentierte seine ökonomische Fort-

schrittlichkeit unter anderem dadurch, daß er früher als andere Staaten zur Einführung der Arbeitspflicht überging. Es versteht sich, daß unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt und insbesondere unter den Bedingungen monarchistischer Staaten, die einen imperialistischen Krieg führen, die Arbeitspflicht nichts anderes ist als ein Militärzuchthaus für Arbeiter, ein neues Mittel zur Versklavung der werktätigen und ausgebeuteten Massen, ein neues System von Maßnahmen zur Unterdrückung jedweden Protestes dieser Massen. Aber nichtsdestoweniger steht außer Zweifel, daß nur dank den vom Großkapitalismus geschaffenen ökonomischen Voraussetzungen eine solche Reform auf die Tagesordnung gesetzt und verwirklicht werden konnte. Auch wir werden jetzt, unter den Bedingungen der unglaublichen Nachkriegszerrüttung, zweifellos an eine der ersten Stellen eine ähnliche Reform setzen müssen. Aber es ist klar, daß die Sowjetmacht, die von der kapitalistischen Organisation der Gesellschaft zur sozialistischen übergeht, die Verwirklichung der Arbeitspflicht an einem ganz anderen Ende anpacken muß, als dies der deutsche Imperialismus tat. Für die Kapitalisten und Imperialisten Deutschlands bedeutete die Arbeitspflicht die Versklavung der Arbeiter. Für die Arbeiter und die armen Bauern Rußlands muß die Arbeitspflicht vor allem und in erster Linie bedeuten, die reichen und besitzenden Klassen zur Arbeit für die Gesellschaft heranzuziehen. Mit der Einführung der Arbeitspflicht müssen wir bei den Reichen beginnen.

Das ist, allgemein gesprochen, nicht nur deshalb notwendig, weil die Sowjetrepublik eine sozialistische Republik ist. Das ist auch deshalb notwendig, weil gerade die reichen und besitzenden Klassen durch ihren Widerstand, den militärischen wie den passiven (Sabotage), die Heilung der Wunden, die Rußland durch den Krieg geschlagen wurden, die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung des Landes am meisten erschwert haben. Und daher muß man Rechnungsführung und Kontrolle, die jetzt zum Eckpfeiler der gesamten staatlichen Verwaltung gemacht werden müssen, vor allem für die Vertreter der reichen und besitzenden Klassen fordern. Gerade die Vertreter dieser Klassen benutzten den Tribut, den sie in besonders hohem Maße während des Krieges von den Werktätigen eintrieben, gerade sie benutzten diesen Tribut, um sich vor der Erfüllung der für jeden Bürger obligatorischen Aufgaben – der Mitwirkung bei der Heilung der Wunden und bei der Erneuerung des Landes – zu drücken,

gerade sie benutzten den von ihnen zusammengeraubten Tribut, um sich in eine unzugängliche Bastion zurückzuziehen, sich darin zu verschanzen und dem Sieg des sozialistischen Prinzips der Gesellschaftsordnung über das kapitalistische jeden möglichen Widerstand entgegenzusetzen. Eines der Hauptmittel dieses Kampfes gegen die Sowjetmacht und gegen den Sozialismus war für die reichen und besitzenden Klassen der Besitz bedeutender Geldvorräte. Der Reichtum der besitzenden Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft bestand vor allem darin, daß sie Grund und Boden und andere Produktionsmittel besaßen: Fabriken, Werke usw. Der Sowjetmacht fiel es dank der Unterstützung der Arbeiter und der gewaltigen Mehrheit der Bauern nicht schwer, das Recht der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie auf diese Grundform des Landesreichtums aufzuheben. Es war nicht schwer, die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden zu dekretieren. Es war nicht schwer, einen großen Teil der Fabriken und Werke zu nationalisieren. Es steht außer Zweifel, daß die Nationalisierung auch der übrigen großen Industrieunternehmen und der Transportmittel eine Aufgabe darstellt, die ohne Schwierigkeit in der allernächsten Zukunft verwirklicht werden wird.

Aber die kapitalistische Gesellschaft schuf eine andere Form des Reichtums, mit der aufzuräumen der Sowjetmacht bei weitem nicht so leichtfällt. Diese Form des Reichtums ist das Geld oder, genauer gesagt, sind die Geldscheine. Während des Krieges erreichte die Emission von Geldscheinen besonders große Ausmaße. Die Kriegshandlungen versperrten Rußland den Handel mit einer ganzen Reihe von Ländern, die bis dahin am stärksten am Import und Export Rußlands beteiligt gewesen waren. Und die Anhäufung von Geldscheinen in den Händen der reichen und besitzenden Klassen, die fast durchweg, direkt und indirekt, an Spekulationen mit den hohen Preisen für Rüstungsaufträge beteiligt waren – die Anhäufung einer großen Menge von Geldscheinen ist eine der Hauptmethoden der Akkumulation von Reichtümern und der Akkumulation von Macht der besitzenden Klassen über die Werktätigen. Gegenwärtig ist die ökonomische Lage Rußlands, wie wahrscheinlich auch jedes kapitalistischen Landes, das drei Jahre Krieg hinter sich hat, dadurch gekennzeichnet, daß in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Minderheit der Bourgeoisie und der besitzenden Klassen gigantische Vorräte an Geldscheinen konzentriert sind und von diesen versteckt werden – Geldscheine,

die durch den riesenhaften Ausstoß von Papiergeld stark entwertet sind, aber nichtsdestoweniger auch jetzt als Berechtigungsschein gelten, von der werktätigen Bevölkerung Tribut zu erheben.

Beim Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen ohne Geldscheine auszukommen oder sie innerhalb kurzer Frist durch neue zu ersetzen ist ein Ding der absoluten Unmöglichkeit. Vor der Sowjetmacht steht jetzt eine schwierige Aufgabe, die jedoch um jeden Preis gelöst werden muß, nämlich der Kampf gegen den Widerstand der Reichen – und dieser Widerstand besteht jetzt darin, Scheine zu horten und zu verbergen, die es ermöglichen, von den Werktätigen Tribut zu erheben. Solche Scheine sind die Geldscheine. Natürlich, soweit diese Geldscheine früher das Recht auf den Erwerb, auf den Kauf von Produktionsmitteln gaben, zum Beispiel von Grund und Boden, Fabriken, Werken usw., nimmt die Bedeutung dieser Geldscheine ab oder schwindet sogar völlig. Denn der Kauf von Grund und Boden ist in Rußland nach dem Erlaß des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens bereits unmöglich geworden, und der Kauf von Fabriken und Werken sowie ähnlicher bedeutender Produktions- und Transportmittel ist dank dem rasch vor sich gehenden Prozeß der Nationalisierung und Konfiskation aller derartigen Großunternehmen nahezu unmöglich geworden. Das heißt, Geldsummen für den Kauf von Produktionsmitteln anzulegen wird für die Vertreter der Bourgeoisie und der besitzenden Klassen (darunter auch für die bäuerliche Bourgeoisie) zu einer immer schwierigeren und beinahe unmöglichen Angelegenheit. Doch die Bourgeoisie, die ihre alten Privilegien verteidigt und bestrebt ist, die Sache der sozialistischen Umgestaltung des Landes soweit wie möglich zu erschweren und zu verzögern, hortet und verbirgt die Scheine, die ihr einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, die ihr die Erhebung eines Tributs von den Werktätigen ermöglichen, sie hortet und verbirgt Geldscheine, um sich wenigstens einige Chancen zu sichern, bei Schwierigkeiten oder Krisen, die Rußland noch treffen können – seien sie nun militärischer Art oder mögen sie auf dem Gebiet des Handels liegen –, ihre Position zu behaupten und die alten Privilegien zurückzugewinnen.

Die Möglichkeit jedoch, für das während des Krieges durch Spekulation angehäufte Geld Konsumgüter zu erwerben, blieb der Bourgeoisie und den besitzenden Klassen fast uneingeschränkt erhalten, weil die Aufgabe

der richtigen Rationierung, der richtigen Verteilung dieser Konsumgüter in einem Lande wie Rußland, wo die Bevölkerung überwiegend aus Kleinbauern, kleinen Handwerkern und Heimindustriellen besteht, gewaltige Schwierigkeiten mit sich bringt und unter den Bedingungen der durch den Krieg hervorgerufenen Zerrüttung bisher nahezu ungelöst geblieben ist. Und so ist die Sowjetmacht gezwungen, die Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte mit dem organisierten Kampf gegen die reichen und besitzenden Klassen zu beginnen, die riesige Geldsummen jeder staatlichen Kontrolle entziehen.

Man kann annehmen, daß es in Rußland gegenwärtig etwa 30 Milliarden Rubel an Geldscheinen gibt. Von dieser Summe stellen wahrscheinlich mindestens 20 Milliarden, vielleicht aber auch bedeutend mehr, eine Reserve dar, die für den Handelsumsatz überhaupt nicht gebraucht wird und die von den Vertretern der Bourgeoisie und der besitzenden Klassen aus eigennützigen – oder klassenegoistischen – Gründen gehortet, verborgen, verheimlicht wird.

Die Sowjetmacht wird die Einführung der Arbeitspflicht mit der Registrierung vor allem der Vertreter der Bourgeoisie und der besitzenden Klassen verbinden müssen, wird von ihnen wahrheitsgemäße Angaben (Erklärungen) über die Menge der in ihrem Besitz befindlichen Geldscheine verlangen müssen, wird eine Reihe von Maßnahmen ergreifen müssen, damit diese Forderung nicht auf dem Papier bleibt. Sie wird Übergangsmaßnahmen zur Konzentrierung aller Geldreserven in der Staatsbank oder ihren Zweigstellen erwägen müssen. Ohne derartige Maßnahmen können Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte nicht völlig verwirklicht werden.

KAPITEL VIII

Doch die Einführung der Arbeitspflicht kann sich nicht auf Rechnungsführung und Kontrolle über die Summe der Geldscheine beschränken, die in den Händen der besitzenden Klassen konzentriert sind. Die Sowjetmacht wird die Prinzipien der Arbeitspflicht auch auf die unmittelbare Tätigkeit der Bourgeoisie und der besitzenden Klassen bei der Leitung der Betriebe und bei der Verrichtung der verschiedensten Hilfsarbeiten für

diese Betriebe – Buchführung, Büro- und Rechenarbeiten, technische und administrative Tätigkeit usw. – anwenden müssen. In dieser Hinsicht verlagert sich jetzt die Aufgabe der Sowjetmacht ebenfalls von dem Gebiet des direkten Kampfes gegen die Sabotage auf das Gebiet der Organisation unter den neuen Bedingungen, denn nach den Siegen, die die Sowjetmacht von Oktober bis Februar im Bürgerkrieg errungen hat, waren die passiven Formen des Widerstands – die Sabotage von seiten der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz – im wesentlichen gebrochen. Es ist kein Zufall, daß wir gegenwärtig im Lager der ehemaligen Saboteure, d. h. der Kapitalisten und der bürgerlichen Intelligenz, einen äußerst weitgehenden, man kann sagen, massenhaften Umschwung in der Stimmung und dem politischen Verhalten zu verzeichnen haben. Wir haben jetzt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens von sehr vielen Angehörigen der bürgerlichen Intelligenz und von Vertretern der kapitalistischen Wirtschaft Angebote erhalten, in unseren Dienst, in den Dienst der Sowjetmacht zu treten. Und für die Sowjetmacht kommt es jetzt darauf an zu lernen, diese Dienste zu nutzen, die für den Übergang zum Sozialismus, besonders in einem solchen bäuerlichen Land wie Rußland, unbedingt notwendig sind und die unter völliger Wahrung der führenden Position, der Leitung und Kontrolle der Sowjetmacht gegenüber ihren neuen – vielfach widerwillig und mit geheimer Hoffnung auf ein Scheitern dieser Sowjetmacht tätigen – Helfern und Gehilfen in Anspruch genommen werden müssen.

Um zu zeigen, wie nötig es die Sowjetmacht hat, gerade für den Übergang zum Sozialismus die Dienste der bürgerlichen Intelligenz in Anspruch zu nehmen, erlauben wir uns, einen Ausspruch zu gebrauchen, der auf den ersten Blick paradox erscheinen mag: Man muß den Sozialismus in einem beträchtlichen Maße bei den Leitern der Trusts lernen, man muß den Sozialismus lernen bei den größten Organisatoren des Kapitalismus. Daß das nicht paradox ist, davon überzeugt sich mit Leichtigkeit jeder, der darüber nachdenkt, daß gerade die großen Fabriken, gerade die maschinelle Großindustrie, in der die Ausbeutung der Werktätigen unerhörte Ausmaße angenommen hat – daß gerade die großen Fabriken die Konzentrationszentren jener Klasse sind, die allein imstande gewesen ist, die Herrschaft des Kapitals zu vernichten und den Übergang zum Sozialismus einzuleiten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß wir zur Lösung der

praktischen Aufgaben des Sozialismus, sobald es um seine organisatorische Seite geht, zur Unterstützung der Sowjetmacht unbedingt eine große Anzahl von Vertretern der bürgerlichen Intelligenz heranziehen müssen, insbesondere aus den Reihen derjenigen, die bei der Organisierung der größten kapitalistischen Betriebe, das heißt in erster Linie bei der Organisierung der Syndikate, Kartelle und Trusts, praktisch mitgearbeitet haben. Zur Lösung dieser Aufgabe wird die Sowjetmacht natürlich die angespannte Energie, die Initiative der breiten Masse der Werktätigen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft brauchen, denn die Sowjetmacht wird den sogenannten Führern der Industrie ihre alte Stellung – die alte Stellung als Chefs und Ausbeuter – niemals zubilligen. Die ehemaligen Führer der Industrie, die ehemaligen Chefs und Ausbeuter, müssen die Stellung von technischen Experten, Leitern, Konsultanten, Beratern einnehmen. Gelöst werden muß die schwierige und neue, aber außerordentlich dankbare Aufgabe, alle von diesen Vertretern der Ausbeuterklassen gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse mit der Initiative, mit der Energie, mit der Arbeit der breiten Schichten der werktätigen Massen zu vereinigen. Denn nur diese Vereinigung vermag die Brücke zu schlagen, die von der alten, kapitalistischen zu der neuen, sozialistischen Gesellschaft führt.

Hätte die sozialistische Revolution gleichzeitig in der ganzen Welt oder zumindest in mehreren fortgeschrittenen Ländern gesiegt, dann wäre die Aufgabe, unter den Leitern des alten Kapitalismus die besten technischen Spezialisten für den Prozeß der neuen Organisation der Produktion zu gewinnen, außerordentlich erleichtert worden. Das zurückgebliebene Rußland brauchte dann nicht allein die Lösung dieser Aufgabe in Angriff zu nehmen, denn uns wären die fortgeschrittenen Arbeiter der westeuropäischen Länder zu Hilfe gekommen und hätten uns bei der schwierigsten Aufgabe des Übergangs zum Sozialismus, nämlich bei der organisatorischen Aufgabe, den größten Teil der Schwierigkeiten abgenommen. Jetzt, angesichts der tatsächlichen Lage, da sich die sozialistische Revolution im Westen verlangsamt und verzögert hat, Rußland aber beschleunigt Maßnahmen zu seiner Reorganisation ergreifen muß – und sei es einfach, um die Bevölkerung vor der Hungersnot zu retten, und dann zur Rettung des ganzen Landes vor einer möglichen militärischen Invasion –, jetzt sind wir gezwungen, von den fortgeschrittenen Ländern statt der Hilfe der

sozialistischen Organisation und der Unterstützung durch die Arbeiter die Hilfe der dortigen Bourgeoisie und kapitalistischen Intelligenz in Anspruch zu nehmen.

Und die Umstände gestalten sich derart, daß wir diese Hilfe bekommen können, wenn wir die Mitarbeit der bürgerlichen Intelligenz an der Lösung der neuen organisatorischen Probleme der Sowjetmacht organisieren. Man kann diese Mitarbeit erhalten, wenn man den allerbesten Spezialisten in jedem Wissenszweig, sowohl denen unserer Staatsangehörigkeit als auch denen aus dem Ausland, hohe Gehälter zahlt. Gewiß erscheint es vom Standpunkt einer bereits entwickelten sozialistischen Gesellschaft aus als völlig ungerecht und falsch, daß Vertreter der bürgerlichen Intelligenz Gehälter beziehen, die unermeßlich höher sind als die Löhne der bestbezahlten Schichten der Arbeiterklasse. Doch in der praktischen Wirklichkeit ...* müssen wir diese dringende Aufgabe unbedingt auf die Weise lösen, daß wir die Arbeit der bürgerlichen Spezialisten nach weitaus höheren Sätzen (ungerecht) entlohnen. Würden wir zum Beispiel annehmen, daß Rußland, um die Produktion nach neuen Grundsätzen zu organisieren, um die Arbeitsproduktivität zu steigern, um unser Volk in der Kunst zu unterweisen, unter den besten Bedingungen zu arbeiten, würden wir annehmen, daß wir dazu, sagen wir, zweitausend der bedeutendsten Spezialisten verschiedener Wissensgebiete – aus den Reihen der russischen und noch mehr aus den Reihen der ausländischen, sagen wir, der amerikanischen Spezialisten – engagieren müßten, daß wir ihnen im Jahr fünfzig oder hundert Millionen Rubel zahlen müßten – dann würde eine solche Ausgabe unter dem Aspekt der Interessen der Volkswirtschaft, überhaupt unter dem Aspekt des Übergangs von den veralteten zu den neuesten, aufs höchste vervollkommneten Produktionsmethoden durchaus zu vertreten sein. Für die Unterweisung in den besten Methoden und Verfahren der Produktion muß man eine solche Summe ausgeben, es lohnt sich, sie auszugeben, und eine solche Summe werden wir deshalb ausgeben müssen, weil die andere Möglichkeit, eine solche Anleitung zu erhalten, nur durch den Sieg der sozialistischen Revolution in anderen Ländern geschaffen würde.

Gewiß wird die Inanspruchnahme der Arbeit und der Weisungen von Vertretern der bürgerlichen Intelligenz in Verbindung mit der erforder-

* Hier wurde ein unleserlich geschriebener Satzteil fortgelassen. *Die Red.*

lichen Kontrolle durch die demokratischen Organisationen der Werktätigen und die Sowjets eine ganze Reihe neuer Probleme schaffen, doch diese Probleme sind durchaus lösbar. Und wir dürfen bei der Lösung dieser Probleme vor keinerlei Schwierigkeiten haltmachen, denn einen anderen Ausweg zur höheren Organisation der Produktion haben wir bei der gegebenen Sachlage nicht.

Ich gehe weiter. Der hochentwickelte Kapitalismus hat Systeme der Arbeitsorganisation geschaffen, die unter den Bedingungen der Ausbeutung der Bevölkerungsmassen eine besonders üble Form waren, in der die Minderheit der besitzenden Klassen die Werktätigen versklavte und aus ihnen zusätzlich Arbeit, Kraft, Blut und Nerven herauspreßte, die aber zugleich das letzte Wort der wissenschaftlichen Organisation der Produktion sind, die von der Sozialistischen Sowjetrepublik übernommen, die von ihr verarbeitet werden müssen, um einerseits unsere Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion zu verwirklichen und dann anderseits die Arbeitsproduktivität zu steigern. So ist zum Beispiel das berühmte Taylorsystem, das in Amerika eine starke Verbreitung gefunden hat, gerade deswegen berühmt, weil es das letzte Wort der unbändigsten kapitalistischen Ausbeutung darstellt. Es ist daher begreiflich, daß dieses System bei den Arbeitermassen auf soviel Haß und Entrüstung stieß. Doch gleichzeitig darf man auch nicht einen Augenblick vergessen, daß das Taylorsystem einen gewaltigen Fortschritt der Wissenschaft einschließt, die den Produktionsprozeß systematisch analysiert und Wege zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit erschließt. Die in Amerika im Zusammenhang mit der Einführung des Taylorsystems aufgenommenen wissenschaftlichen Forschungen, insbesondere die Bewegungsstudien, wie die Amerikaner sagen, haben ein riesiges Material erbracht, das es ermöglicht, die werktätige Bevölkerung in weitaus vollkommeneren Methoden der Arbeit im allgemeinen und der Arbeitsorganisation im besonderen zu unterweisen.

Das Negative am Taylorsystem war, daß es unter den Verhältnissen der kapitalistischen Sklaverei angewandt wurde und als Mittel diente, aus den Arbeitern bei unveränderter Entlohnung das Zwei- und Dreifache an Arbeit herauszupressen, ganz ohne Rücksicht darauf, ob der Lohnarbeiter dieses Zwei- bis Dreifache an Arbeit bei unveränderter Zahl der Arbeitsstunden ohne Schaden für den menschlichen Organismus zu leisten ver-

mag. Der Sozialistischen Sowjetrepublik steht eine Aufgabe bevor, die sich kurz so formulieren läßt, daß wir das Taylorsystem und die in Amerika praktizierte wissenschaftliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in ganz Rußland einführen müssen, wobei wir dieses System verbinden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, mit der Anwendung neuer Methoden der Produktion und Arbeitsorganisation ohne jeglichen Schaden für die Arbeitskraft der werktätigen Bevölkerung. Im Gegenteil, gehen die Werktätigen selber mit dem notwendigen Bewußtsein an die Sache heran, dann wird die von ihnen richtig geleitete Anwendung des Taylorsystems das sicherste Mittel sein, um die obligatorische Arbeitszeit für die gesamte werktätige Bevölkerung weiter und sehr erheblich zu verkürzen, wird sie das sicherste Mittel sein, um in ziemlich kurzer Frist die Aufgabe zu lösen, die man etwa so ausdrücken kann: sechs Stunden körperliche Arbeit täglich für jeden erwachsenen Bürger und vier Stunden Arbeit zur Verwaltung des Staates.

Der Übergang zu einem derartigen System wird sehr viele neue Fertigkeiten und neue organisatorische Einrichtungen erfordern. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Übergang uns nicht wenig Schwierigkeiten bereiten und daß eine solche Aufgabenstellung bei einigen Schichten der Werktätigen sogar Befremden und möglicherweise auch Widerstand auslösen wird. Doch man kann gewiß sein, daß die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse die Notwendigkeit eines solchen Übergangs begreifen werden und daß jene Bedingungen der furchtbaren Zerrüttung der Volkswirtschaft, die erst jetzt in Stadt und Land offenbar wurden, wo von der Front Millionen Menschen zurückkehren, die von der Wirtschaft losgerissen sind und zum erstenmal den ganzen Grad der durch den Krieg verursachten Zerrüttung der Wirtschaft sehen – daß jene Bedingungen zweifellos den Boden geschaffen haben, um die öffentliche Meinung der Werktätigen in der entsprechenden Richtung vorzubereiten, und daß der Übergang, den wir weiter oben annähernd und ungefähr umrissen haben, von allen bewußten Elementen der werktätigen Klassen, die sich heute auf die Seite der Sowjetmacht gestellt haben, als eine Aufgabe der Praxis gestellt werden wird.

KAPITEL IX

Der ökonomische Übergang, wie er hier geschildert worden ist, verlangt auch von den Vertretern der Sowjetmacht eine entsprechende Veränderung in den Funktionen der Leiter. Es war ganz natürlich, daß in einer Situation, da an erster Stelle die Aufgabe stand, die Mehrheit des Volkes zu überzeugen oder die Macht zu erobern und den Widerstand der Ausbeuter niederzuringen, daß in einer solchen Situation auch unter den Leitern an die erste Stelle vorwiegend Agitatoren für die Masse rückten, mit der die Sowjetmacht enger verbunden ist als auch die demokratischste Staatsform in der Vergangenheit. Es war ganz natürlich, daß, um die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen oder sie für den schweren und komplizierten militärischen Kampf gegen die Ausbeuter zu gewinnen, insbesondere agitatorische Fähigkeiten erforderlich waren. Umgekehrt verlangen die Aufgaben, die oben kurz umrissen worden sind und die in der Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte bestehen, daß nunmehr praktische Leiter und Organisatoren an die erste Stelle rücken. Dementsprechend müssen die Leiter in gewisser Hinsicht neu eingeschätzt werden, muß eine gewisse Umbesetzung der Funktionen erfolgen, sofern die Leiter nicht in der Lage sind, sich den neuen Bedingungen und der neuen Aufgabe anzupassen. Natürlich fällt dem leitenden Stab der vorangegangenen Periode, der vorwiegend auf agitatorische Aufgaben eingestellt ist, ein solcher Übergang sehr schwer. Natürlich war auf Grund dessen eine ganze Reihe von Fehlern nicht zu vermeiden. Und jetzt muß man unter allen Umständen erreichen, daß sowohl die Leiter als auch die Massen der sowjetischen Wähler, d. h. die werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die Notwendigkeit der hier erwähnten Veränderung begreifen.

Unter den werktätigen und ausgebeuteten Massen gibt es weit mehr organisatorische Talente und Fähigkeiten als agitatorische Talente und Fähigkeiten, weil die ganzen Verhältnisse, unter denen diese Klassen arbeiteten, von ihnen viel stärker die Fähigkeit zur Organisierung der gemeinsamen Arbeit, der Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte verlangten. Umgekehrt ließen die früheren Lebensbedingungen in weit geringerem Maße aus den Massen selbst Menschen mit dem Talent eines Agitators oder Propagandisten

hervortreten. Möglicherweise deshalb beobachten wir jetzt so oft, daß Agitatoren und Propagandisten von Beruf oder aus Berufung, die genötigt sind, Aufgaben eines Organisators zu übernehmen, sich auf Schritt und Tritt von ihrer geringen Eignung für die Lösung dieser Aufgaben überzeugen müssen, daß sie die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern zu spüren bekommen. Nicht selten kann man bei den Klassen des Landes, die der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft feindlich gegenüberstehen – bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien oder solcher, die sich bei uns sozialistisch nennen, in Wirklichkeit aber gewöhnlich mit Hingabe der Bourgeoisie dienen, wie die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre –, nicht selten kann man bei ihnen auf Schadenfreude über diese Fehler und Mißerfolge der Sowjetmacht stoßen. Doch so unvermeidlich diese Fehler historisch waren, so klar ist es auch, daß die Mängel auf diesem Gebiet nur eine Wachstumskrankheit der neuen, sozialistischen Gesellschaft sind. So umlernen, daß der Praktiker, der zugleich Agitator ist, auf den ihm gebührenden ersten Platz gestellt wird, so umlernen kann man, und es steht außer Zweifel, daß die Vertreter der Sowjetmacht an allen Enden Rußlands ohne große Mühe so umzulernen verstehen werden. Doch dazu ist Zeit erforderlich, und nur die aus begangenen Fehlern gewonnene praktische Erfahrung vermag die klare Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung zu erzeugen, vermag eine ganze Reihe oder gar eine ganze Schicht von Personen hervorzubringen, die zur Lösung der neuen Aufgaben geeignet sind. Unter den Arbeitern und Bauern gibt es gewiß mehr organisatorische Talente, als sich das die Bourgeoisie einbildet und vorstellt, es ist aber so, daß diese Talente in der kapitalistischen Wirtschaft keinerlei Möglichkeiten haben, sich hervorzutun, festen Fuß zu fassen, sich eine Position zu erkämpfen.

Und umgekehrt, wenn wir jetzt klar erkennen, daß es notwendig ist, in großem Ausmaß neue organisatorische Talente zur Verwaltung des Staates heranzuziehen, wenn wir – gerade von den Prinzipien der Sowjetmacht ausgehend – die in der Praxis bewährten Funktionäre auf diesem Gebiet systematisch fördern, dann können wir in kurzer Zeit erreichen, daß sich auf der Grundlage der von der Sowjetmacht entwickelten Prinzipien, die in die Massen getragen und dann von den Massen unter Kontrolle der die Masse repräsentierenden Mitglieder der Sowjetinstitutionen

durchgesetzt werden, daß sich auf dieser Grundlage eine neue Schicht praktischer Organisatoren der Produktion hervortun, eine Position erkämpfen und den ihr gebührenden führenden Platz einnehmen wird.

KAPITEL X

Von der Arbeitspflicht, angewandt auf die Reichen, wird die Sowjetmacht zu der Aufgabe übergehen müssen, oder, richtiger gesagt, sie wird gleichzeitig die Aufgabe in Angriff nehmen müssen, die entsprechenden Prinzipien auf die Mehrheit der Werktätigen, der Arbeiter und Bauern, anzuwenden. Hier stellt sich uns die Aufgabe, die Arbeitspflicht einzuführen, von einer anderen Seite dar. An diese Aufgabe muß man anders herangehen und darf nicht das in den Vordergrund rücken, was gegenüber den reichen Klassen durchzuführen ist. Es besteht für uns keine unbedingte Notwendigkeit, alle Vertreter des werktätigen Volkes zu registrieren, ihre Geldvorräte oder ihren Verbrauch zu überwachen, weil die ganzen Lebensbedingungen die übergroße Mehrheit dieser Bevölkerungskategorien dazu verurteilen, daß sie arbeiten müssen und keinerlei Vorräte, außer den kärglichsten, ansammeln können. Deshalb verwandelt sich die Aufgabe, die Arbeitspflicht einzuführen, auf diesem Gebiet in die Aufgabe, Arbeitsdisziplin und Selbstdisziplin durchzusetzen.

In der alten, kapitalistischen Gesellschaft erzwang das Kapital die Disziplin der Werktätigen durch die ständige Drohung mit dem Hunger. Und da diese Drohung mit dem Hunger verbunden war mit übermäßig schwerer Arbeit und mit dem Bewußtsein der Werktätigen, nicht für sich selbst, sondern für fremdes Wohl zu arbeiten, zwang die ganze Arbeitsatmosphäre die gewaltige Mehrheit der Werktätigen zum ständigen Kampf gegen die Leiter der Produktion. Auf diesem Boden mußte unvermeidlich eine Mentalität entstehen, nach der die öffentliche Meinung der Werktätigen schlechte Arbeit oder Versuche, sich vor der Arbeit zu drücken, nicht nur nicht mißbilligte, sondern darin umgekehrt einen unvermeidlichen und rechtmäßigen Protest oder eine Methode sah, sich den unmäßigen Forderungen des Ausbeuters zu widersetzen. Wenn jetzt die bürgerliche Presse und ihre Nachbeter soviel Geschrei über die Anarchie unter den Arbeitern, über ihre Zuchtlosigkeit oder ihre unmäßigen Forderungen erheben, so ist die Böswilligkeit dieser Kritik zu offenkundig, als

daß es sich lohnte, lange dabei zu verweilen. Es ist begreiflich, daß in einem Lande, in dem die Mehrheit der Bevölkerung so unerhört hungern und sich plagen mußte wie die Bevölkerung Rußlands in den letzten drei Jahren – es ist begreiflich, daß völlige Niedergeschlagenheit und völliger Verfall jeder Organisiertheit oftmals ganz unvermeidlich waren. Hier einen raschen Übergang fordern oder darauf hoffen, daß Veränderungen in dieser Hinsicht mit einigen Dekreten erreicht werden können, wäre ebenso absurd, als wollte man versuchen, einem halbtot geprügelten Menschen durch Appelle geistige Frische und Arbeitsfähigkeit zu verleihen. Nur die Sowjetmacht, die von den Werktätigen selbst geschaffen wird und die mit der fortschreitenden Gesundung unter den werktätigen Massen rechnet, wird imstande sein, in dieser Hinsicht grundlegenden Wandel zu schaffen.

Unter den Vertretern und unter den Anhängern der Sowjetmacht – zum Beispiel bei den fortgeschrittenen Gewerkschaftsführern – ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die Selbstdisziplin der Werktätigen durch systematische Maßnahmen zu verbessern, bereits vorhanden. Zweifellos hat in der Atmosphäre der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt und erst recht in der Atmosphäre jener tollen und hemmungslosen Spekulation, wie sie durch den Krieg erzeugt wurde, diese Demoralisation auch auf die Arbeiterklasse übergegriffen, so daß man ernsthaft dagegen anzukämpfen haben wird. Dies um so mehr, als sich auch die Zusammensetzung der Vorhut der Arbeiterklasse durch den Krieg keineswegs zum Besseren verändert hat. Deshalb wird die Herstellung der Disziplin unter den Werktätigen, die Organisierung einer Kontrolle über das Maß der Arbeit, über die Arbeitsintensität, die Einführung besonderer Industriegerichte zur Festsetzung des Arbeitsmaßes, zur Ahndung jeder böswilligen Verletzung dieses Maßes, zur systematischen Einwirkung auf die Mehrheit mit dem Ziel, dieses Maß zu erhöhen – das alles wird jetzt zur dringendsten Aufgabe der Sowjetmacht.

Man muß dabei nach Möglichkeit nur beachten, daß in der bürgerlichen Gesellschaft eines der Hauptinstrumente der gesellschaftlichen Erziehung, nämlich die Presse, ihrer Aufgabe auf dem von uns betrachteten Gebiet überhaupt nicht gerecht wurde. Und bis jetzt steht unsere sowjetische Presse noch beträchtlich unter dem Einfluß der alten Gewohnheiten und alten Traditionen der bürgerlichen Gesellschaft. Das zeigt sich unter

anderem darin, daß auch unsere Presse weiterhin, genauso wie die alte, bürgerliche Presse, übermäßig viel Platz und Aufmerksamkeit jenen Kleinigkeiten der Politik, jenen persönlichen Fragen der politischen Führung widmet, mit denen die Kapitalisten aller Länder die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den wirklich ernsten, wesentlichen und grundlegenden Fragen ihres Lebens abzulenken suchten.

Diktiert zwischen dem 23.
und 28. März 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1962
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 36.

Nach dem Stenogramm.

ÜBER DIE LAGE IN DER SCHIFFAHRT

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[52]

Der Rat der Volkskommissare hat den Bericht über die katastrophale Lage in der Schiffahrt entgegengenommen und sich mit dem Dekretentwurf bekannt gemacht, den der Oberste Volkswirtschaftsrat im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee des Gewerkschaftsverbandes der Schiffahrtsarbeiter und Vertretern des Gebietskomitees des Schiffahrtsverbandes des Wolgabeckens ausgearbeitet hat,

- und bestätigt diesen Entwurf als vorläufige Maßnahme;

– er ersucht den Schiffahrtskongreß in Nishni-Nowgorod nachdrücklichst, diesen Entwurf unverzüglich und ohne irgendwelche Abweichungen zu realisieren;

– für den Fall jedoch, daß der Kongreß für die Zukunft bestimmte Korrekturen zum Dekret als erforderlich ansieht, schlägt der Rat der Volkskommissare dem Kongreß vor, eine von ihm bevollmächtigte Delegation zum Rat der Volkskommissare zu entsenden, um die Frage dieser Korrekturen zu erörtern und endgültig zu entscheiden.

Der Rat der Volkskommissare macht den Kongreß darauf aufmerksam, daß die katastrophale Lage in der Schiffahrt keinerlei Verschleppungen

duldet und die strikteste und gewissenhafte Durchführung aller Anordnungen des Kawomar[53] zu einer absoluten Notwendigkeit macht. Nur unter dieser Bedingung kann es der Rat der Volkskommissare vor dem Lande verantworten, riesige Summen für die Nationalisierung der Flotte zu verausgaben.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. *Uljanow (Lenin)*

Geschrieben am 26. März 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KONTROLLE DER AUSGABEN DES OBERSTEN VOLKSWIRTSCHAFTSRATS[54]

Der Rat der Volkskommissare beauftragt einen Vertreter von der Kontrolle und einen vom Kommissariat für Finanzen, eine Kommission zu bilden, die gleich morgen die Buchungs- und Kontrollabteilung bei der Abteilung Brennstoffversorgung des Obersten Volkswirtschaftsrats sowie die anderen Buchungs- und Kontrollabteilungen des Obersten Volkswirtschaftsrats überprüft.

Mit der Einberufung der Kommission wird Genosse Bogolepow beauftragt.

Dieselbe Kommission wird beauftragt, 1. speziell die Formen der Rechnungslegung zu überprüfen; 2. genaue schriftliche Unterlagen mit der Unterschrift aller in Frage kommenden Personen anzufordern, aus denen hervorgeht, daß sie an der Bewilligung der Gelder und an den Transaktionen der verschiedenen Abteilungen des Obersten Volkswirtschaftsrats beteiligt waren.

Darüber hinaus sind diese leitenden Mitarbeiter aufzufordern, von allen ihnen unterstellten Institutionen und Personen, über die der Oberste Volkswirtschaftsrat seine Ausgaben tätigt, in Kürze die entsprechenden Dokumente vorzulegen.

Der Rat der Volkskommissare erteilt dem Obersten Volkswirtschaftsrat und insbesondere der Abteilung Brennstoffversorgung wegen äußerst mangelhafter Geschäftsführung einen Verweis.

Geschrieben am 26. März 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

AUSFÜHRUNGEN IN DER SITZUNG DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN VOLKSWIRTSCHAFTSRATS 1. APRIL 1918

Beraten wird der Entwurf über die Arbeitsdisziplin, der vom Gesamtrussischen Gewerkschaftsrat ausgearbeitet wurde. Gen. Lenin schlägt eine Reihe von Abänderungen und verschiedene präzisere Formulierungen einzelner Punkte des Entwurfs vor, er schlägt vor, den Entwurf zu konkretisieren. Der Stücklohn muß unbedingt in allen Produktionszweigen eingeführt werden, in den Berufen aber, wo das nicht möglich ist, ist ein Prämiensystem einzuführen. Zur Berechnung der Produktivität und zur Kontrolle über die Einhaltung der Disziplin müssen Industriegerichte geschaffen werden, müssen Gruppen von Kontrolleuren gebildet werden, die nicht dem Betrieb angehören, sondern von außerhalb aus verschiedenen Berufen kommen, und zu denen Ingenieure und Buchhalter sowie Bauern hinzugezogen werden. Im Dekret muß eindeutig von der Einführung des Taylorsystems gesprochen werden, mit anderen Worten, es müssen alle wissenschaftlichen Arbeitsmethoden ausgenutzt werden, die in diesem System enthalten sind. Ohne dieses System kann man die Produktivität nicht erhöhen, ohne das aber werden wir den Sozialismus nicht verwirklichen. Bei der Realisierung dieses Systems sind amerikanische Ingenieure heranzuziehen. Natürlich muß man bei der Einführung des Systems die schlechte Ernährung berücksichtigen, deshalb muß die Arbeitsnorm dem Hunger angemessen sein. Die weitere Organisation der Produktion . . .* beim Übergang zum Sozialismus kann uns die Möglichkeit

* In der protokollarischen Niederschrift eine Auslassung. *Die Red.*

geben, den Arbeitstag zu verkürzen. Im Dekret müssen Rechenschaftslegung und Veröffentlichung von Berichten über die Produktivität der einzelnen Betriebe festgelegt werden. Was die Strafmaßnahmen für die Nichteinhaltung der Arbeitsdisziplin betrifft, so müssen sie strenger sein. Die Strafen müssen bis zur Gefängnishaft gehen. Entlassung aus dem Betrieb kann auch angewandt werden, aber der Charakter dieser Maßnahme ändert sich vollkommen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verletzte die Entlassung eine zivilrechtliche Vereinbarung. Jetzt aber stellt eine Verletzung der Arbeitsdisziplin, besonders nach Einführung der Arbeitspflicht, bereits ein kriminelles Verbrechen dar, und dafür muß eine bestimmte Strafe verhängt werden.

Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht 1940 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 1.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE VERFAHRENSWEISE BEI DER ENTSENDUNG VON KOMMISSAREN IN DIE PROVINZ[55]

3. Die Sowjets unterstützen die mit korrekten Vollmachten ausgestatteten Kommissare innerhalb des Geltungsbereichs dieser Vollmachten in jeder Hinsicht.

4. Die Sowjets gewähren allen außerordentlichen und sonstigen Kommissaren, sofern sie vom Rat der Volkskommissare ernannt wurden, vorbehaltlos Unterstützung. Alle örtlichen und Gebietssowjets sind verpflichtet, die Anordnungen dieser Kommissare auszuführen.

Geschrieben am 5. April 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

THESEN ZUR BANKPOLITIK[56]

1. Es muß ein Bericht über das in den Privatbanken Vorgefundene zusammengestellt werden, in den die Liquidierung aller Geschäfte jeder einzelnen Privatbank einzubeziehen ist.

(Einstimmig)

Zur Frage, wie der Bericht abzufassen ist, gibt es folgende Meinungen:

(a) Dem früheren Angestelltenpersonal jeder einzelnen Privatbank (wobei das Kommissariat der Staatsbank das Recht hat, einige von ihnen auszuschalten) wird der ultimative Auftrag erteilt, in kürzester Frist alle Geschäfte der Bank ordnungsgemäß abzuwickeln und die Bilanz in endgültiger Form aufzustellen, erstens per 14. Dezember 1917[57], zweitens per letzten Geschäftstag.

(b) Bei Erfüllung dieser Funktion der Zusammenstellung der Berichte und der Liquidierung aller Geschäfte der Banken handeln die Privatbanken ausnahmslos als Filialen der einheitlichen Volksbank der Russischen Republik und nur zum Zwecke der Liquidierung, also ohne irgendwelche neuen Operationen vorzunehmen.

(Hanecki und Gukowski und Lenin)

Die besondere Meinung von Spunde:

Die Bilanz per 14. XII. 1917 ist von einer besonderen Kommission aufzustellen, die von uns ernannt wird.

Eine zweite Bilanz aufzustellen erübrigt sich.

Die weiteren Operationen, ab 14. XII. 1917, sind im Namen der Volksbank abzuwickeln.

Alle Privatbanken sowie die Staatsbank werden zur einheitlichen Volksbank der Russischen Republik erklärt.

2. Die gesamte Tätigkeit bei der Zusammenstellung der Berichte leitet das Kommissariat der Staatsbank.

Es wird eine möglichst große Zahl erfahrener Mitarbeiter herangezogen, darunter auch ehemalige Angestellte der Staatsbank und privater Banken.

(Einstimmig)

3. Die Bankpolitik darf sich nicht auf die Nationalisierung der Banken beschränken, sondern muß allmählich, aber unbeirrt ausgerichtet werden

auf die Umwandlung der Banken in einen einheitlichen Apparat der Buchführung und Regulierung des sozialistisch organisierten Wirtschaftslebens des ganzen Landes überhaupt.

Spunde und Lenin dafür
Gukowski dagegen
Hanecki enthält sich der Stimme, da er das für praktisch nicht durchführbar hält.

4. Außerordentliche Maßnahmen zur Eröffnung möglichst vieler Filialen der Volksbank im ganzen Land.

Zweckmäßigste Verteilung dieser Filialen innerhalb der Städte und auf den Dörfern zur größeren Bequemlichkeit für das Publikum.

Die vorhandenen Filialen ehemaliger Privatbanken sind als Filialen der Volksbank auszunutzen.

(Einstimmig)

5. Die Einlagen werden als unantastbar erklärt (was selbstverständlich nicht im geringsten das Recht des Staates auf Steuererhebung schmälert).

6. Freier Scheckverkehr.

7. Völlige Aufrechterhaltung der Arbeiterkontrolle über die Geldauszahlungen der Banken.

8. Die Begrenzung der Geldauszahlungen für den persönlichen Verbrauch wird beibehalten.

Zur Beschleunigung der Geldeinzahlungen und -auszahlungen bei den Banken sowie zur Vereinfachung der Formalitäten wird eine Reihe von Erleichterungen für das Publikum eingeführt.

9. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, damit die Bevölkerung alles Geld, das nicht unbedingt für den persönlichen Verbrauch notwendig ist, bei den Banken hinterlegt. Ein Gesetz und praktische Schritte zur zwangsweisen Verwirklichung dieses Prinzips sind vorzubereiten.

(Nicht zur Veröffentlichung bestimmt.)

10. Alle Filialen der Volksbank auf dem Territorium der Föderativen Russischen Sowjetrepublik lassen sich in ihrer Tätigkeit strikt von den Instruktionen und Direktiven der Zentralverwaltung leiten; sie haben nicht das Recht, irgendwelche örtlichen Bestimmungen oder Beschränkun-

gen einzuführen. Ausnahmen sind nur mit Einverständnis der Zentralverwaltung gestattet.

Geschrieben im April 1918,
nicht vor dem 8.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926
in der Zeitschrift „Proletarskaja
Rewoluzija“ Nr. 6.

Nach dem Manuskript.

AUSFÜHRUNGEN IN DER GEMEINSAMEN SITZUNG VON VERTRETERN DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALRATS DER GEWERKSCHAFTEN, DES ZENTRALKOMITEES DES METALLARBEITERVERBANDES UND DES OBERSTEN VOLKSWIRTSCHAFTSRATS 11. APRIL 1918[58]

Aus einem Zeitungsbericht

Gen. Lenin setzte sich für die völlige Nationalisierung aller zu Trusts vereinigten Betriebe ein und schlug vor, die Gruppe von Kapitalisten, die das Projekt eingebracht hat, zu staatlichen Angestellten zu machen.

„Iswestija WZIK“ Nr. 72,
12. April 1918.

Nach dem Text der
„Iswestija WZIK“.

AN DAS PRÄSIDIUM DES ERSTEN SOWJETKONGRESSES DER DONREPUBLIK[59]

Rostow am Don

Ich begrüße den ersten Sowjetkongreß der Donrepublik von ganzem Herzen.

Besonders freudig stimme ich den Worten der Resolution zu, daß es

notwendig ist, den sich am Don ausbreitenden Kampf gegen die Kulaken innerhalb der Kosakenschaft siegreich zu Ende zu führen. Mit diesen Worten werden die Aufgaben der Revolution völlig richtig bestimmt. Der gleiche Kampf steht jetzt auch für ganz Rußland auf der Tagesordnung.

Lenin

Geschrieben am 13. April 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV. — *Nach dem Manuskript.*

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE REGISTRIERUNG VON AKTIEN, OBLIGATIONEN UND ANDEREN ZINSTRAGENDEN PAPIEREN[60]

Das im Gesetz vom 29. XII. 1917 enthaltene Verbot, Aktien zu übereignen, bleibt bis zum Erlaß eines Gesetzes in Kraft, das die Übereignung von Aktien regelt. Nur die Aktienbesitzer, die ihre Aktien ordnungsgemäß und rechtzeitig haben registrieren lassen, werden bei einer Nationalisierung der Betriebe ein Recht auf Entschädigung haben, und zwar in der Höhe und unter den Bedingungen, die in dem Gesetz über die Nationalisierung noch festzulegen sind.

Ebenso werden auch nur diese Aktienbesitzer eine Dividende beanspruchen können, sobald die Dividendenzahlung, die durch das Gesetz vom 29. XII. 1917 eingestellt wurde, wieder gestattet sein wird.

Geschrieben am 16. April 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. — *Nach dem Manuskript.*

BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER KREDITE FÜR DIE ZUCKERRÜBENAUSSAAT[61]

Dem Obersten Volkswirtschaftsrat werden 20 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt, um den Bauern Kredite für die Zuckerrübenaussaat

auszuzahlen – unter der Bedingung, daß der Oberste Volkswirtschaftsrat alle erforderlichen Maßnahmen trifft, die eine richtige Verwendung dieser Summen und ihre rechtzeitige Rückerstattung garantieren.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 17. April 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER DIE BILDUNG EINER GESAMTRUSSISCHEN EVAKUIERUNGSKOMMISSION[62]

Es wird eine Gesamtrussische Evakuierungskommission gebildet, die die Aufgabe hat, militärische und andere Evakuierungsgüter so schnell und planmäßig wie möglich an die neuen Bestimmungsorte zu befördern (hierbei ist das allgemeine Ziel der Verlagerung die Demobilisierung der Industrie und die Befriedigung der Bedürfnisse der zu reorganisierenden Volkswirtschaft, keineswegs rein militärische Belange).

Die Kommission arbeitet nach einem Plan, der vom Rat der Volkskommissare zu bestätigen ist und von ihm abgeändert und ergänzt werden kann. In diesem Plan werden die Bestimmungsorte der wichtigsten Kategorien von Frachten und die relative Dringlichkeit der Verlagerung der einzelnen Kategorien festgelegt.

Zum Leiter der Kommission wird ein außerordentlicher Bevollmächtigter ernannt, der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet ist. Die Mitglieder der Kommission haben beratende Stimme, sie haben das Recht, Fragen (sofern bei einer Abstimmung mindestens $1/3$ aller Mitglieder dafür sind) vor den Rat der Volkskommissare zu bringen.

Mitglieder der Kommission sind der Stellvertreter des außerordentlichen Bevollmächtigten, der die Funktion des Vorsitzenden ausüben wird, die Vertreter der Kommissariate für Heereswesen, Marine, Ver-

kehrswesen, Ernährungswesen und Arbeit sowie des Obersten Volkswirtschaftsrats.

Geschrieben im April 1918, nicht später als am 19.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in dem Buch „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF EINES DEKRETS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERSORGUNG DER LANDWIRTSCHAFT MIT PRODUKTIONSGERÄTEN UND METALLEN[63]

Grundprinzip bei der Verteilung landwirtschaftlicher Maschinen u. ä. muß einerseits und in erster Linie sein, die Interessen der landwirtschaftlichen Produktion, die Bearbeitung des gesamten Grund und Bodens sowie die Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft zu sichern, und anderseits vor allem den werktätigen und ärmsten Teil der Landbevölkerung mit Landmaschinen u. ä. zu versorgen; das allgemeine Ziel muß hierbei die Gewährleistung einer regelmäßigen und ausreichenden Brotversorgung der gesamten Bevölkerung des Staates sein.

Geschrieben am 23. April 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF EINES DEKRETS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ABTEILUNG ANBAUFLÄCHEN[64]

Die Kommissariate für Landwirtschaft und Ernährungswesen werden beauftragt, außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um zu erreichen, daß

soviel Sommergetreide wie nur möglich angebaut, der Gemüseanbau erweitert und die Winteraussaat sowohl auf den Feldern der Bauern als auch auf staatlichen Saatflächen vorbereitet wird.

Geschrieben am 2. Mai 1918.
Veröffentlicht (unvollständig) am 10. Mai 1918 in den „Iswestija WZIK" Nr. 91.
Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1959 in dem Buch „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II.

Nach dem Manuskript.

BESCHLUSSENTWURF DER VORBERATUNG ZUR FRAGE DER LEITUNG DES KOMMISSARIATS FÜR LANDWIRTSCHAFT[65]

Die Vorberatung (zu den von Genossin Spiridonowa und Genossen Karelin aufgeworfenen Fragen), an der die Genossen Sereda und Meschtscherjakow, Mitglieder des Kollegiums für Landwirtschaft, und Lenin teilgenommen haben, ist zu dem Schluß gekommen, daß die aufgeworfenen Fragen als ernste politische Fragen angesehen und deshalb unbedingt dem ZK der KPR vorgelegt werden müssen.

Die Beratung hält ihre rasche Weiterleitung an das ZK für dringend erforderlich.

Geschrieben am 3. Mai 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM DEKRET ÜBER DIE DIKTATUR IM ERNÄHRUNGSWESEN

Alle Besitzer von Getreide, die Überschüsse an Getreide haben und diese nicht zu den Getreideannahmestellen bringen, sowie alle, die Getreidevorräte für selbstgebrannten Schnaps vergeuden, sind zu Feinden des Volkes zu erklären, dem Revolutionsgericht zu übergeben und künftig mit Gefängnisstrafen nicht unter 10 Jahren, mit Konfiskation des gesamten Vermögens und für immer mit Verbannung aus ihrer Dorfgemeinde zu bestrafen, die Schwarzbrenner darüber hinaus mit Zwangsarbeit für die Gesellschaft.

Geschrieben am 9. Mai 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE MOBILISIERUNG DER ARBEITER ZUM KAMPF GEGEN DIE HUNGERSNOT

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[66]

Das Kommissariat für Arbeit wird beauftragt, außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um in Absprache mit den Gewerkschaften und unter der ausschließlichen Leitung des Kommissariats für Ernährungswesen möglichst viele fortschrittliche, organisierte und klassenbewußte Arbeiter zur Unterstützung des Kampfes der Dorfarmut gegen die Reichen, die Kulaken, sowie zur schonungslosen Bekämpfung der Getreidespekulation und der Hintertreibung des Getreidemonopols zu mobilisieren.

Geschrieben am 9. Mai 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE BRENNSTOFFFRAGE[67]

Der Rat der Volkskommissare beauftragt die Berichterstatter, unverzüglich einen detaillierten Entwurf konkreter praktischer Richtlinien auszuarbeiten mit dem Ziel:

1. die Brennstoffgewinnung zu verstärken,
2. Brennstoff sparsam zu verwenden,
3. die technischen Kräfte rationell auf die Brennstoff gewinnenden Bezirke und Kreise zu verteilen,
4. populäre Agitation und Propaganda über die Notwendigkeit, mit Brennstoff sparsam umzugehen.

Geschrieben am 24. Mai 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN AUTOMOBILTRANSPORT[68]

Die Entwürfe des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Autozentrums sind noch einmal in einer Kommission aus Vertretern des Obersten Volkswirtschaftsrats, der Militärbehörde, des Verkehrswesens, der Staatlichen Kontrolle, des Autozentrums sowie der Kommissariate für Arbeit und für Ernährungswesen zu überprüfen.

Sie erhält eine Frist von fünf Tagen.

In derselben Zeit sind von allen Behörden genaue Angaben anzufordern, wieviel Lastwagen bereits an das Kommissariat für Ernährungswesen abgegeben wurden und wieviel (von der Gesamtzahl der Lastwagen) in nächster Zeit abgegeben werden.

Die Zusammensetzung der Autosektion des Obersten Volkswirtschaftsrats ist genauestens zu klären.

Geschrieben am 25. Mai 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE SELBSTÄNDIGEN LEBENSMITTELBESCHAFFUNGEN[69]

Alle separaten Organisationen, die der Versorgung einzelner Berufsgruppen dienen, beispielsweise die „Eisenbahnerversorgung" oder „Schifferversorgung" usw., werden aufgerufen, ihre Anstrengungen, ihre Kräfte, ihre Beauftragten, ihre Abteilungen mit den allgemeinen Kräften des Kommissariats für Ernährungswesen zu vereinigen. Auf eine solche Kräftevereinigung verzichten bedeutet oder würde bedeuten, der Sowjetmacht, dem Kampf gegen die Hungersnot, der die Sache aller Arbeiter und Bauern ist, die Unterstützung zu versagen. Nur in der Vereinigung der Kräfte liegt die Rettung vor der Hungersnot.

Geschrieben am 29. Mai 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.
Nach dem Manuskript.

ÜBER MASSNAHMEN ZUM KAMPF GEGEN DIE HUNGERSNOT

1. Überschüsse an Getreide und anderen Lebensmitteln für sich behalten, während das Volk in Petrograd, in Moskau und in unzähligen Kreisen mit wenig Landwirtschaft nicht nur Mangel an Brot leidet, sondern qualvoll hungert, ist das größte Verbrechen, das schonungslos bestraft werden muß.

2. Die Aufgabe im Kampf gegen die Hungersnot besteht nicht nur darin, aus den kornreichen Gebieten Getreide herauszuholen, sondern darin, restlos alle Getreideüberschüsse sowie sämtliche Lebensmittelüberschüsse überhaupt zu erfassen und den staatlichen Beständen zuzuführen. Wenn das nicht gelingt, ist überhaupt jede sozialistische Umgestaltung in Frage gestellt, ist auch die Möglichkeit eines erfolgreichen Verteidigungskrieges nicht gesichert.

3. ...*

Geschrieben in der zweiten Maihälfte oder Anfang Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES ÜBEREINKOMMENS MIT DEM OBERSTEN VOLKSWIRTSCHAFTSRAT UND DEM KOMMISSARIAT FÜR HANDEL UND INDUSTRIE ÜBER DIE BEDINGUNGEN DES WARENAUSTAUSCHS ZWISCHEN STADT UND LAND

Übereinkommen mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat
und dem Kommissariat für Handel und Industrie

Die Waren werden nicht an Einzelpersonen, sondern an die Bauernverbände der Amtsbezirke, Dörfer usw. abgegeben unter der unerläßlichen Voraussetzung, daß die Dorfarmut in diesen Verbänden das absolute Übergewicht hat.

Die Waren werden gegen Getreide eingetauscht unter der Bedingung, daß 25% der Summe durch Waren abgegolten werden, wenn sämtliche Getreideüberschüsse über den örtlichen Bedarf hinaus abgeliefert sind.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

Zu veranlagen sind: eine Million Höfe mit je 1000 Rbl. || Organisierung der armen Bauernschaft für eine systematische und strikte Erhebung einer hohen einmaligen Steuer aus den Geldvorräten der Dorfbourgeoisie.

Entsendung militärischer Abteilungen in die Dörfer, um diese Steuer einzutreiben und den Widerstand der Dorfbourgeoisie radikal zu brechen.

Aus den Intendanturmagazinen entnehmen: **Geschehen**

Zu veröffentlichen sind aus der Zeit vor dem 25. X. 1917 wenigstens die vorläufigen Resultate des Ernährungsministeriums.

Apparat: Kongreß der Beauftragten des Ernährungswesens? Der Moskauer Gebietsapparat...

(bei uns 25 Personen; bei ihnen 2000).

Geschrieben im Mai oder Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DER „BESTIMMUNGEN ÜBER DIE VERWALTUNG DER NATIONALISIERTEN BETRIEBE“[70]

Erfordernis und Voraussetzung des Kommunismus ist eine maximale Zentralisierung der Großproduktion im ganzen Lande. Deshalb muß der gesamtrussischen Zentralstelle unbedingt das Recht zugestanden werden, sich alle Betriebe des jeweiligen Zweiges direkt zu unterstellen. Die Gebietszentren legen ihre Funktionen entsprechend den örtlichen Verhältnissen, den Lebensbedingungen u. a. in Übereinstimmung mit den für die gesamte Produktion geltenden Anweisungen und Beschlüssen der Zentralstelle fest.

Der gesamtrussischen Zentralstelle das Recht zu nehmen, sich alle Betriebe des jeweiligen Zweiges im ganzen Lande direkt zu unterstellen,

worauf der Entwurf der Kommission abzielt, wäre partikularistischer Anarchosyndikalismus, aber kein Kommunismus.

Geschrieben am 2. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE GESTALTUNG DES BIBLIOTHEKSWESENS

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[71]

Der Rat der Volkskommissare erteilt dem Kommissariat für Volksbildung einen Verweis, weil es sich ungenügend um eine sachkundige Gestaltung des Bibliothekswesens in Rußland gekümmert hat, und beauftragt das Kommissariat, unverzüglich energische Maßnahmen zu ergreifen, um 1. das Bibliothekswesen in Rußland zu zentralisieren, 2. das schweizerisch-amerikanische System einzuführen.

Das Kommissariat für Volksbildung wird angewiesen, dem Rat der Volkskommissare zweimal monatlich darüber zu berichten, was es auf diesem Gebiet praktisch getan hat.

Geschrieben am 7. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ZUM ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE ORGANISIERUNG DER DORFARMUT UND IHRE VERSORGUNG[72]

Die Bildung, die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Komitees der Dorfarmut wird von einer ständigen Beratung geleitet, die aus zwei

Vertretern des Kommissariats für Ernährungswesen und einem Vertreter des Kommissariats für Landwirtschaft gebildet wird.

Alle örtlichen Deputiertensowjets, Organe des Ernährungswesens und Komitees der Dorfarmut haben, ebenso wie alle übrigen Organe der Sowjetmacht, in den einschlägigen Fragen die Anweisungen dieser Beratung zu befolgen.

... können alle Dorfbewohner, sowohl alteingesessene als auch zugereiste, ohne irgendwelche Einschränkungen, sofern sie keine Überschüsse an Getreide oder anderen Lebensmitteln haben, sofern sie keine Handelsunternehmen, Produktionsstätten u. dgl. besitzen, sofern sie weder Landarbeiter noch Tagelöhner beschäftigen.[73]

Ausführliche Richtlinien über das Verhältnis zwischen den Komitees der Dorfarmut und den örtlichen Deputiertensowjets, über die Festlegung des Zuständigkeitsbereichs der einen und der anderen werden gesondert veröffentlicht.

Geschrieben am 8. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. — *Nach dem Manuskript.*

ZUM ENTWURF DES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ZUSAMMENSETZUNG DES KOMITEES FÜR STAATLICHE BAUVORHABEN[74]

Der Rat der Volkskommissare beauftragt Gen. Rykow – oder das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats –, die Prinzipien unserer Politik bei der Heranziehung von Ingenieuren sowohl zur Arbeit in den Spezialistenkommissionen als auch in den Verwaltungen sowie die Vorbedingung, die Öffentlichkeit einzubeziehen, die Kritik der Arbeiterorganisationen zu beachten usw., zu veröffentlichen.

Geschrieben am 10. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. — *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE VERBESSERUNG DER ARBEIT DER EISENBAHNEN

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[75]

Nach einer Diskussion über die Verbesserung der Arbeit der Eisenbahnen beschließt der Rat der Volkskommissare: Gen. Newski wird beauftragt, nach Beratung mit seinen Kollegen, die konsequent eine sowjetische, wirklich sozialistische und nicht syndikalistische Politik betreiben, dem Rat der Volkskommissare in Kürze praktische Vorschläge zu unterbreiten über die Bekämpfung des Syndikalismus und der Disziplinlosigkeit, über Maßnahmen zur Entlarvung und Bestrafung von aktiven Gegnern der Sowjetpolitik, über Maßnahmen zur Festlegung der genauen Verantwortlichkeit jedes leitenden Funktionärs für die erfolgreiche Erfüllung seiner Verpflichtungen, über Maßnahmen zur Heranziehung geeigneter Genossen zur Verwaltungsarbeit.

Die Ernennung des Kollegiums im Kommissariat für Verkehrswesen wird, da das Dekret noch nicht veröffentlicht ist, aufgeschoben.[76]

Geschrieben am 14. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE GEWÄHRUNG EINES KREDITS AN DAS TEXTILZENTRUM[77]

1. Der Abteilung Flachs beim Textilzentrum ist ein Kredit von 50 Millionen Rubel zu gewähren.

2. Die Kommissariate für Ernährungswesen und für Heereswesen werden verpflichtet, innerhalb von 3 Tagen genaue Angaben über ihre Schulden beim Textilzentrum zu machen.

3. Die Abteilung Flachs wird verpflichtet, allen Kommissariaten, die bei ihr Schulden haben, im gleichen Zeitraum ihre Rechnungen vorzulegen. Diese Summen sind in dem Maße in Geldscheinen zu begleichen, wie vom Textilzentrum Forderungen für den Ankauf von Rohstoffen eingehen.

4. Für die rasche Überprüfung der Kostenanschläge, der Daten und der Geschäftsführung der Abteilung Flachs beim Textilzentrum wird eine Kommission eingesetzt, die dem Rat der Volkskommissare Bericht zu erstatten hat.

Für die Kommission sind je 1 Vertreter der Kommissariate für Finanzen, staatliche Kontrolle und Ernährungswesen zu benennen. Mit der Einberufung wird Gen. Lander beauftragt. Die Arbeit ist innerhalb von 3 Tagen abzuschließen, gerechnet ab Montag, dem 17. VI.

Geschrieben am 15. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE FINANZIERUNG DER HAUPTVERWALTUNG FÜR LEDERINDUSTRIE[78]

Der Hauptverwaltung für Lederindustrie sind bis zur endgültigen Bestätigung des gesamten Finanzplans bzw. des gesamten Budgets von 37 Millionen Rubel durch den Rat der Volkskommissare unverzüglich 10 Millionen Rubel als Vorschuß anzuweisen.

Zur umgehenden Überprüfung dieses Plans und dieses Budgets ist eine Kommission einzusetzen aus

Vertretern der Hauptverwaltung für Lederindustrie
des Kommissariats für Ernährungswesen
" " " Finanzen
" " " Kontrolle.

Mit der Einberufung der Kommission wird Gen. Turkestanow, der Vorsitzende der Hauptverwaltung für Lederindustrie, beauftragt; die Kommission erhält die Anweisung, die Arbeit innerhalb von 5 Tagen abzuschließen.

Geschrieben am 15. Juni 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DEN DEMOKRATISMUS UND DEN SOZIALISTISCHEN CHARAKTER DER SOWJETMACHT

Der Demokratismus der Sowjetmacht und ihr sozialistischer Charakter kommen darin zum Ausdruck,

daß die oberste Staatsgewalt die Sowjets sind, zusammengesetzt aus Vertretern des werktätigen Volkes (der Arbeiter, Soldaten und Bauern), die von den bisher vom Kapital unterjochten Massen frei gewählt werden und jederzeit abberufen werden können;

daß sich die örtlichen Sowjets nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus frei zusammenschließen zur einheitlichen, durch den föderativen Bund besiegelten, gesamtstaatlichen Sowjetmacht der Russischen Sowjetrepublik;

daß die Sowjets nicht nur die gesetzgebende Gewalt und die Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze in ihrer Hand konzentrieren, sondern auch die unmittelbare Verwirklichung der Gesetze durch alle Mitglieder der Sowjets, mit dem Ziel, allmählich dazu überzugehen, daß ausnahmslos die gesamte werktätige Bevölkerung Funktionen der Gesetzgebung und der Verwaltung des Staates ausübt.

Beachtet man ferner,

daß es die gröbste Entstellung der Grundprinzipien der Sowjetmacht und eine völlige Abkehr vom Sozialismus ist, wenn den Arbeitern einer einzelnen Fabrik oder eines einzelnen Berufszweiges in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, das Eigentumsrecht an ihrer spezifischen Produktion

gesetzlich zuerkannt wird oder das Recht, die Anordnungen der gesamtstaatlichen Macht abzuschwächen oder zu behindern . . .*

Geschrieben im ersten Halbjahr 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht am 22. April 1957 in der „Prawda" Nr. 112.

Nach dem Manuskript.

INTERVIEW FÜR DEN KORRESPONDENTEN DER ZEITUNG „FOLKETS DAGBLAD-POLITIKEN" 1. JULI 1918[79]

Ihr Korrespondent hatte heute mit Lenin eine Unterredung über die Lage in Rußland und über die allgemeine Lage in Europa. Lenin unterstrich, daß eine Revolution stets unter großen Qualen geboren wird. Ein Land, das die Revolution auf sich allein gestellt vollbringt, befindet sich stets in einer ernsten Lage. Aber die Lage ist überall schwierig, nicht nur in Rußland. Es heißt, in Rußland herrsche Anarchie, sie ist jedoch das Ergebnis des vierjährigen Krieges und nicht des bolschewistischen Regimes. Die Wochen, die bis zur neuen Ernte noch verbleiben, werden die schwersten sein. Die Ernte verspricht gut zu werden. Die Konterrevolution versucht mit allen Mitteln, die entstandene Lage auszunutzen. Die Konterrevolution rekrutiert sich aus reichen Bauern und Offizieren, ohne ausländische Unterstützung ist sie jedoch machtlos. In den Städten, wo die Konterrevolutionäre gesiegt hatten, waren sie nur ein paar Tage, manchmal auch nur ein paar Stunden an der Macht. Die von den rechten Sozialrevolutionären organisierte Ermordung Wolodarskis offenbart im Grunde genommen die Schwäche der Konterrevolutionäre. Die Geschichte der russischen Revolution zeigt, daß eine Partei immer dann zum individuellen Terror Zuflucht nimmt, wenn sie nicht die Unterstützung der Massen genießt.

*

Die Opposition innerhalb der Partei der Bolschewiki gegen den Brester Frieden, erklärte Lenin, hat sich gelegt. Bucharin, Radek und andere ar-

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

beiten wieder mit. Der Frieden war notwendig, um zu verhindern, daß die Deutschen ganz Rußland an sich reißen und die Revolution abwürgen. Was die gegen die Anarchisten getroffenen Maßnahmen anbelangt, so waren diese dadurch hervorgerufen, daß sich die Anarchisten bewaffnet hatten und daß sich ein Teil von ihnen mit ausgesprochenen Banditen vereinigte. Die geistigen Verfechter des Anarchismus sind bereits freigelassen worden, und ihre große Tageszeitung „Anarchija" erscheint wie früher.[80]

In dieser Situation mit all ihren Schwierigkeiten wird die Industrie organisiert. Die Besitzer der Betriebe sabotieren diese Arbeit noch in starkem Maße, aber die Arbeiter nehmen die Leitung der Betriebe selbst in die Hand.

Hinsichtlich des tschechoslowakischen Aufruhrs gab Lenin seiner Überzeugung Ausdruck, daß er von den sowjetischen Truppen niedergeschlagen werden wird, wenn sich das auch in die Länge zieht.

*

Die Lage der Deutschen in der Ukraine ist sehr schwierig. Sie erhalten von den Bauern überhaupt kein Getreide. Die Bauern bewaffnen sich und überfallen in großen Gruppen deutsche Soldaten, wo immer sie ihnen begegnen. Diese Bewegung breitet sich aus. Infolge der deutschen Okkupation ist der Bolschewismus in der Ukraine zu einer Art nationaler Bewegung geworden. Er vereinigt Menschen, die vorher vom Bolschewismus überhaupt nichts hören wollten. Würden die Deutschen Rußland okkupieren, wäre das Ergebnis das gleiche. Die Deutschen brauchen Frieden. Es ist bezeichnend, daß die Deutschen in der Ukraine sehnlicher Frieden wünschen als die Ukrainer selber. Dasselbe ist auch in bezug auf die Türkei zu sagen. Die Deutschen haben mit der Ukrainischen Rada ein vorteilhaftes Abkommen getroffen, obwohl der Brester Frieden in der Ukraine stets verunglimpft wurde. Jetzt unterstützen die Deutschen den Kampf gegen die Bolschewiki im Kaukasus.

*

Wir in Rußland müssen jetzt die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Europa abwarten. Die Kriegspartei ist in Deutschland zur Zeit

so stark, daß sie von der Regierung in Berlin mit Verachtung spricht. Jedoch der Widerstand gegen den Imperialismus wächst sogar in den bürgerlichen Kreisen. Früher oder später muß es überall zu einem politischen und gesellschaftlichen Zusammenbruch kommen. Die jetzige Lage ist labil, aber nur mit Hilfe von Krieg und Blutvergießen kann man keine bessere Ordnung schaffen.

Veröffentlicht in schwedischer Sprache am 4. Juli 1918 in der Zeitung „Folkets Dagblad-Politiken" Nr. 152.

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Schwedischen.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERSORGUNG DER BAUERN MIT LANDMASCHINEN[81]

Aus Vertretern des Kommissariats für Landwirtschaft, der Abteilung Landmaschinen beim Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Kommissariat für Ernährungswesen ist eine Kommission zu bilden (und mit beratender Stimme Gen. Kosmin hinzuzuziehen), die sich mit der Frage praktischer Hilfsmaßnahmen zur Versorgung der Bauern mit Landmaschinen befaßt. Die Kommission wird beauftragt, morgen (am 3. Juli) früh zusammenzukommen, damit sie bereits morgen mit den Delegierten, die zum V. Kongreß eintreffen[82], Verbindung aufnehmen kann. Mit der Einberufung der Kommission und dem Bericht an den Rat der Volkskommissare wird Gen. Charlow beauftragt. Für die Durchführung ist Gen. Sereda verantwortlich.

Geschrieben am 2. Juli 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE IM ZUSAMMENHANG MIT DER NICHTERFÜLLUNG DES „DEKRETS ÜBER DIE DENKMÄLER DER REPUBLIK"[83]

Der Rat der Volkskommissare erteilt den Kommissariaten für Volksbildung und für staatliche Vermögenswerte sowie dem Präsidium des Deputiertensowjets der Stadt Moskau einen Verweis wegen ihrer völlig unzulässigen Untätigkeit bei der Verwirklichung des Dekrets vom 14. IV. 1918 (Nr. 416*, Sammlung von Gesetzen, Nr. 31) und weist sie an, morgen, den 9. VII. 1918, nach Absprache einen Verantwortlichen zu wählen, der die Durchführung des Dekrets sowie seine unverzügliche Verwirklichung genauestens kontrolliert und verpflichtet wird, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare zweimal wöchentlich darüber Bericht zu erstatten.

Geschrieben am 8. Juli 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF VON PUNKT 20 DES ZWEITEN ABSCHNITTS DER VERFASSUNG DER RSFSR[84]

Die RSFSR erkennt an, daß ausländische Werktätige, die auf dem Territorium der Republik produktive Arbeit leisten, zivilrechtlich und politisch mit den russischen Bürgern völlig gleichberechtigt sind.

Geschrieben im Juli 1918,
vor dem 10.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

---

* Gemeint ist Artikel 416. *Die Red.*

REDE AUF EINER KUNDGEBUNG IM STADTBEZIRK PRESNJA 26. JULI 1918[85]

(Gen. Lenin wird bei seinem Erscheinen mit lang anhaltenden Ovationen begrüßt. Es erklingt die „Internationale". Alle erheben sich.) Das Wort wird Gen. Lenin erteilt, der in sehr klarer und verständlicher Form das Wesen der Sowjetverfassung darlegt und die wichtigsten Grundsätze dieser Verfassung erläutert. Die Sowjets sind die höchste Form der Volksherrschaft. Die Sowjets sind nichts Ausgeklügeltes, sie sind das Produkt der realen Wirklichkeit. Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit entstanden und erstarkten sie in unserem rückständigen Lande, sie müssen aber objektiv zur Herrschaftsform der Werktätigen in der ganzen Welt werden.

Alle bisherigen Verfassungen schützten die Interessen der herrschenden Klassen. Allein die Sowjetverfassung dient den Werktätigen und wird ihnen immer dienen, sie ist eine starke Waffe im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus. Sehr treffend charakterisierte Gen. Lenin die Unterschiede zwischen den Forderungen nach „Presse- und Versammlungsfreiheit" in den bürgerlichen Verfassungen und in der Sowjetverfassung. Dort ist die Presse- und Versammlungsfreiheit das ausschließliche Monopol der Bourgeoisie, dort versammelt sich die Bourgeoisie in ihren Salons, dort bringt sie ihre von den Banken finanzierten großen Zeitungen heraus, um Lügen und Verleumdungen zu verbreiten und das Bewußtsein der Volksmassen zu vergiften, dort unterdrückt man die Arbeiterpresse und läßt sie nicht ihre Meinungen und Ansichten über den Raubkrieg zum Ausdruck bringen, die Kriegsgegner werden verfolgt, ihre Versammlungen verboten. Hier aber, in Sowjetrußland, gibt es eine Arbeiterpresse, und sie dient den Werktätigen. In Rußland konfiszieren wir die Luxushäuser und Paläste der Bourgeoisie und stellen sie den Arbeitern zur Verfügung, damit diese sie in ihre Klubs verwandeln, und das ist Versammlungsfreiheit in der Tat. Die Religion ist Privatsache. Mag jeder glauben, woran er will, oder mag er auch nicht gläubig sein. Die Sowjetrepublik vereinigt die Werktätigen aller Nationen und verteidigt die Interessen der Werktätigen ohne Unterschied der Nation. Die Sowjetrepublik kennt keinerlei religiöse Unterschiede. Sie steht außerhalb jeder Religion und ist

bestrebt, die Religion vom Sowjetstaat zu trennen. Ferner schilderte Gen. Lenin die schwierige Lage, in der sich die ringsum von imperialistischen Räubern umgebene Sowjetmacht befindet. Gen. Lenin gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Rotarmisten unsere Sowjetrepublik mit aller Kraft vor den Anschlägen des internationalen Imperialismus verteidigen und sie so lange schützen werden, bis unser Verbündeter, das internationale Proletariat, uns zu Hilfe kommt. (Die Rede des Gen. Lenin wird von den Versammelten einmütig mit stürmischem und lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Es erklingt die „Internationale".)

Zum erstenmal veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Kommunist" Nr. 5.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

August 1918 – Oktober 1920

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KARTOFFELPREISE[86]

1. Die Einführung fester Preise für Kartoffeln wird bis zum 1. X. aufgeschoben.

2. Die Statistische Zentralverwaltung wird beauftragt:

unverzüglich alle Kräfte des statistischen Apparates zu mobilisieren für (α) die statistische Erfassung der Kartoffelernte;

(β) die statistische Erfassung und Registrierung der Bauern mit mittleren und großen Kartoffelanbauflächen

in erster Linie in den nahe Moskau gelegenen, an Kartoffeln reichen Gouvernements;

weiter in allen übrigen Gouvernements, die Kartoffeln anbauen.

Der Leiter der Statistischen Zentralverwaltung wird aufgefordert, morgen, Freitag, über die getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten, danach zweimal wöchentlich.

3. Das Kommissariat für Ernährungswesen wird beauftragt (unter Teilnahme des Kommissariats für Innere Angelegenheiten und des Moskauer Deputiertensowjets), schnellstens zu beraten, wie die Forderung verwirklicht werden kann, daß der Besitzer von Kartoffeln beim Verkauf derselben eine namentlich unterschriebene Bescheinigung ausstellt, die die Voraussetzung ist für den ungehinderten Transport der Kartoffeln per Fuhrwerk, Eisenbahn oder Schiff.

4. Das Kommissariat für Ernährungswesen wird beauftragt, unverzüglich ein Maximum an Kräften zu mobilisieren, damit ab 25. VIII. schnell und im Großeinsatz mindestens 40 Mill. Pud Kartoffeln zu freien Preisen aufgekauft und in die staatlichen Lager der Hauptstädte und der Militärbasen transportiert werden.

5. Über die Gewerkschaften und die Deputiertensowjets der Industriegouvernements sind hierzu große Gruppen von Arbeitern heranzuziehen.

6. Den Bericht über den Verlauf dieser Operation und die vorbereitenden Maßnahmen (gleichermaßen die sie betreffenden Unterlagen) hat das Kommissariat für Ernährungswesen morgen, Freitag, vorzulegen, danach zweimal wöchentlich.

7. Dem Kommissariat für Ernährungswesen sind für die Operation des Kartoffelaufkaufs 500 Mill. Rubel anzuweisen.

8. § 1 dieses Beschlusses ist bereits morgen zu veröffentlichen.[87]

Geschrieben am 22. August 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE BESCHLAGNAHME VON SAATGUT BEI DEN KULAKEN DURCH DIE KOMITEES DER DORFARMUT

Sollte man nicht ergänzen?
sollen die Komitees der Dorfarmut Saatgetreide bei den Dorfreichen, den Kulaken, *beschlagnahmen*, auf jeden Fall aber ist, wenn eine sofortige Beschlagnahme nicht möglich sein sollte, das Saatgut, das die Armen vorübergehend aus dem Getreidevorrat der Güter erhalten, später bei den Reichen einzuziehen.[88]

Geschrieben im August 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. *Nach dem Manuskript.*

ZUM DEKRET ÜBER DIE ERHEBUNG EINER NATURALSTEUER BEI DEN LANDWIRTEN[89]

1

RICHTLINIEN FÜR DAS DEKRET

Der Entwurf ist in 4 Tagen folgendermaßen umzuarbeiten:

1. Sehr populär gehaltene Einleitung
   (α) Überschüsse und Ausgleich
   (die Artikel 17, 12 **und** andere des Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens[90])
   (β) vollständige Expropriation der Bourgeoisie
   NB ||| (γ) den reichen Bauern **nicht** expropriieren, sondern mit einer gerechten, hohen *Steuer belegen*
   (δ) Mittelbauernschaft – geringe Besteuerung
   (ε) arme Bauernschaft – überhaupt keine.
2. Im Gesetz selbst ist eine Einteilung vorzunehmen in arme Bauernschaft (keine Besteuerung), Mittelbauernschaft (sehr geringe Besteuerung) und reiche Bauernschaft.
3. % der Dorfarmut ist auf nicht $<$ 40%, die Mittelbauernschaft auf nicht $<$ 20% festzusetzen.
4. Die Besteuerung der Mittelbauern ist *sehr* stark zu senken.
5. Die Sowjetorganisationen der Gebiete können eine Änderung der Besteuerungsnormen für die reichen Bauern vorschlagen.
6. Der Dorfarmut ist das Recht auf einen Teil der eingebrachten Steuer zu gewähren (zum Lebensunterhalt und als Saatgut).

2

BEMERKUNGEN ZUM DEKRETENTWURF

NB

(1) Nicht alle 2 Millionen sind Kulaken.

(2) Ein reicher Bauer kann sehr wohlhabend, braucht aber kein Blutsauger oder ähnliches zu sein.

(3) Die Kapitalisten expropriieren wir und dort konfiszieren wir – beim reichen Bauern *n i c h t*.

(4) Bei Auflehnung und Widerstand der Kulaken – Konfiskation.

Geschrieben am 21. September 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht:
die Richtlinien 1931
im Lenin-Sammelband XVIII;
die Bemerkungen 1945
im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

ZUM BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE BEWILLIGUNG VON MITTELN ZUM UNTERHALT DER KOMITEES DER DORFARMUT

$$2 \times 6^1/_2 = 13$$

I n n e r h a l b e i n e r W o c h e.

Vorübergehend und bedingt bis zur Zusammenlegung mit den Deputiertensowjets oder bis zur Abgrenzung der Kompetenzen.

Instruktion darüber, wem das Geld auszuzahlen ist und zu welchen Bedingungen.

Die Verantwortung des Empfängers festlegen und auf keinen Fall die nächste Auszahlung vornehmen, ohne daß Rechenschaft über die erste abgelegt worden ist.

Die Auszahlung erfolgt über das Kommissariat für Ernährungswesen.[91]

Geschrieben am 15. Oktober 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

ZUM BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE HOLZBESCHAFFUNG

Überprüfung der Anlieferungsziffern und die Ergebnisse von 1917 und 1918.

Der wievielte Teil der für die Holzbeschaffung verantwortlichen Stellen ist vereinigt?

Genaue Angaben über die Struktur der Abteilung Holzbeschaffung im Vergleich zu anderen Institutionen.

Praktische Maßnahmen zum Kampf gegen Schiebungen.

Beschlagnahme aller Holzbestände auf den Transportwegen und in Moskau.

Maßnahmen, die den Transport des Getreides* zu den Stationen gewährleisten.[92]

Geschrieben am 15. Oktober 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF VON THESEN FÜR EINEN BESCHLUSS ÜBER DIE STRIKTE WAHRUNG DER GESETZE

I. Die Gesetzlichkeit muß erhöht (bzw. strengstens gewahrt) werden, denn die Grundlagen der Gesetzgebung der RSFSR stehen fest.

II. Die außerordentlichen Maßnahmen des *Krieges* gegen die Konterrevolution sollen nicht durch Gesetze eingeschränkt werden unter folgenden Bedingungen:

(α) die entsprechende Sowjetinstitution oder Amtsperson gibt eine exakte und offizielle Erklärung ab, daß die außerordentlichen Bedingungen des Bürgerkrieges und des Kampfes gegen die Konterrevo-

* Offensichtlich ein Schreibfehler. In dem angenommenen Beschluß des Rats der Volkskommissare handelt es sich um den Transport von Holz. *Die Red.*

lution es notwendig machen, den Rahmen der Gesetze zu überschreiten;

(β) der Rat der Volkskommissare wird über eine solche Erklärung sofort schriftlich informiert, mit Kopie für die örtlichen und interessierten Organe.

III. Bei allen Konflikten oder Meinungsverschiedenheiten, bei Mißverständnissen oder Kompetenzstreitigkeiten u. dgl. zwischen Amtspersonen oder Institutionen der Sowjetmacht sind alle diese Personen und Institutionen verpflichtet, sofort ein ganz kurzes Protokoll anzufertigen, in dem unbedingt Datum, Ort, Namen der betreffenden Personen bzw. Bezeichnung der Institution zu nennen sind und in aller Kürze das Wesen der Sache angegeben (nicht dargelegt) werden muß. Eine Kopie des Protokolls ist unbedingt der Gegenseite auszuhändigen.

IV. Ebensolche Kurzprotokolle sind unbedingt von jeder Amtsperson bzw. Institution der Sowjetmacht anzufertigen, wenn sich ein beliebiger Bürger der Republik über irgendeine Maßnahme (bzw. Bürokratismus usw.) dieser Person oder Institution beschwert. Eine Kopie ist unbedingt dem beschwerdeführenden Bürger, eine weitere der übergeordneten Instanz zuzustellen.

V. Eine offensichtlich unbegründete Anforderung eines Protokolls gilt als grober Mißbrauch und wird gerichtlich geahndet.

VI. Die Weigerung, ein Protokoll auszuhändigen, in dem der Name der betreffenden Amtsperson deutlich zu lesen ist, gilt als schweres Amtsvergehen.

Mein Vorschlag: das ZK stimmt *im Prinzip* zu und beauftragt das Volkskommissariat für Justiz, das Vorliegende als Dekret zu formulieren.[93]

2. XI. 1918 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KINDERHEIME[94]

1. Der Dekretentwurf des Kommissariats für soziale Fürsorge wird abgelehnt.

2. Die Kommissariate für soziale Fürsorge und für Bildungswesen werden beauftragt – entsprechend § 3 des Dekrets vom 5. VI. 1918 (Artikel 507 der Sammlung von Gesetzen, Nr. 39) –, sich über das Verfahren und den Zeitpunkt der Übergabe zu einigen.[95]

3. Die beiden Kommissariate werden beauftragt, im Laufe von zwei Monaten Angaben über den tatsächlichen Zustand der Kinderheime und ähnlicher Institutionen, ihre Anzahl u. dgl. m. zu beschaffen und dem Rat der Volkskommissare vorzulegen.

Geschrieben am 19. November 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE ORGANISATION DER VERSORGUNG DER BEVÖLKERUNG

e) Die Lager und Läden der Genossenschaften unterliegen nicht der Munizipalisierung*.

Dort, wo die Genossenschaften vor der Veröffentlichung des vorliegenden Dekrets von den örtlichen Organen der Sowjetmacht nationalisiert oder munizipalisiert und die Warenvorräte der Genossenschaftsläden requiriert oder konfisziert worden sind, müssen alle diese Genossenschaften wiederhergestellt und die Waren zurückgegeben werden; über den fehlenden Teil ist Rechenschaft abzulegen, und der legitimen Tätigkeit der Genossenschaften sind künftig keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Anmerkung:

Bei der Wiederherstellung der Genossenschaften sind unbedingt Maß-

* Im endgültigen Text des Dekrets: „Nationalisierung". *Die Red.*

nahmen zu treffen, die eine Entstellung ihrer Tätigkeit durch Konterrevolutionäre oder Kulaken unmöglich machen und die die gewissenhafte Ausübung einer strengen Kontrolle durch die Komitees der Dorfarmut und die örtlichen Sowjets gewährleisten.[96]

Geschrieben am 21. November 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE AUFGABEN UND DIE ARBEITSORGANISATION DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG[97]

1. Sitzung des **Rats der Arbeiter-und-Bauern-Verteidigung**

1

1. XII. 1918

1. *Allgemeiner Überblick über die Aufgaben.*
2. *Von den Gewerkschaften ergänzen.*
3. Ablauf der Arbeiten

Themen des *allgemeinen Überblicks:*

I

1. Ernährungswesen
2. Verkehrswesen
3. Versorgung der Armee

4. Mobilisierung der Intelligenz
5. „ „ technischen Kräfte
6. Brennstoff.
7. **Staatliche Kontrolle** und Oberste Militärinspektion

2

I. Auftrag an das Kommissariat für Ernährungswesen – innerhalb von 4 Tagen einen Plan ausarbeiten, wie die Lebensmittelbeschaffung zu beschleunigen und zu forcieren ist, und ihn dem *Rat für Verteidigung* vorlegen } Militarisierung

Im Kommissariat für Ernährungswesen eine Abteilung zur Verbesserung der *Verteilung* der Lebensmittel, zur Verbesserung des *Verteilungsapparats* schaffen.

Die Hauptverwaltung Wirtschaft mit dem Kommissariat für Ernährungswesen | + Eisenbahnerversorgung | zusammenlegen. Das Kommissariat für Ernährungswesen wird beauftragt, Maßnahmen auszuarbeiten zur

(a) Belieferung der dritten Schicht der Tulaer Munitionsfabrik || + der Simbirsker Munitionsfabrik || mit Lebensmitteln,

(b) zur Einführung von Rotarmistenrationen für die in der Nähe von Moskau bei der Torf- und Kohlegewinnung – *und bei der Holzbeschaffung* – beschäftigten Arbeiter.

II. Prämienkommission. Zu Punkt II wurden 3 *Kommissionen* gebildet

Kommission betr. solidarische Haftung.

Staatliche Kontrolle. Fliegende Kontrolle.

III.

IV und V. Krassin

Krassin + Newski + Gorbunow[98]

VI. Brennstoffkommission: Lenin,
Rykow,
Wolkowski,
Newski,
Radtschenko.[99]

Frage Bevollmächtigte vs Arbeitsbeauftragte

VII. *Oberste Militärinspektion.*

3

1. das Kommissariat für Ernährungswesen beauftragen, in kürzester Frist einen Plan vorzulegen, wie sowohl die Getreide- als auch die Futtermittelbeschaffung maximal forciert werden kann.

2. bei einer Erhöhung der Zahl der Dreiergruppen sind Funktionäre der örtlichen Organe des Ernährungswesens in dieselben aufzunehmen.
3. Gen. Krassin beauftragen, sofort zu untersuchen, wie in Petrograd die Schuhvorräte genutzt werden.
   (das Lager des Oberkommissariats für Ernährungswesen* auf dem Chodynka-Feld)
4. Verpflichtung, kurze Anforderungen oder Hinweise auf Mißstände dem Vorsitzenden in knapper Form umgehend mitzuteilen.

Geschrieben am 1. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DER BRENNSTOFFKOMMISSION DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG[100]

1. Radtschenko, als Vorsitzender der Brennstoff-Fünfergruppe, widmet dem Ausschuß für Torf nicht mehr als zwei Stunden am Tag.

2. Wegen der Verzögerung mit dem Geld[101] wird dem Kollegium für Forstwirtschaft empfohlen, noch heute eine offizielle Beschwerde einzureichen.

1. Das Kollegium für Forstwirtschaft wird beauftragt, sich innerhalb von zwei Tagen mit der Militärbehörde zu einigen
   a) über ein Gesetz, daß die Holzfäller und Holzfuhrleute vom Militärdienst zurückgestellt werden
   b) über ein Gesetz, das die Mobilisierung der Bevölkerung für Forstarbeiten beinhaltet.
2. Das Kommissariat für Landwirtschaft wird angewiesen, die Anordnung des Obersten Volkswirtschaftsrats unverzüglich auszuführen und unter Kontrolle des Kollegiums für Forstwirtschaft morgen, den 3. XII., eine

* Es handelt sich um ein Lager, das unmittelbar dem Volkskommissariat für Ernährungswesen der RSFSR unterstand. *Die Red.*

Verordnung über die Zuweisung von Holzschlägen und die Ausgabe von Holzscheinen zu erlassen.

3. Die Zentrale Forstabteilung des Kommissariats für Landwirtschaft wird darauf hingewiesen, daß, falls die Schlampereien nicht aufhören und vom Kollegium für Forstwirtschaft auch nur noch eine einzige Beschwerde eingeht, die gesamte Zentrale Forstabteilung verhaftet und vor Gericht gestellt wird.
4. Dem Kollegium für Forstwirtschaft wird das Recht eingeräumt, den Lagerbestand aller Behörden auf Sägen und Beile hin zu kontrollieren (d. h., ihm ist die Durchsicht der Bücher und Lager zu gestatten).

2. XII. *W. Uljanow (Lenin)*

Geschrieben am 2. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.
Nach dem Manuskript.

VORSCHLÄGE ÜBER DIE ARBEIT DER GESAMTRUSSISCHEN AUSSERORDENTLICHEN KOMMISSION (TSCHEKA)[102]

An der Spitze müssen Genossen stehen, die mindestens zwei Jahre Mitglied der Partei sind.[103]

Die Bestimmungen über die Eisenbahn-Tscheka[104] sind umzuarbeiten.

Das Recht der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen, *Bürgschaften zu übernehmen,* ist zu bestätigen.

Unwahre Anzeigen sind strenger zu ahnden und mit Erschießung zu bestrafen.

Den Volkskommissaren ist das Recht einzuräumen, Bürgschaften zu übernehmen, die von zwei Mitgliedern des Kollegiums unterzeichnet sein müssen.

Das Recht, an Ermittlungen teilzunehmen, haben[105] usw.

Bei Einführung der Registrierung der technischen Kräfte sowie der Intelligenz überhaupt ist darauf hinzuweisen, daß Personen, die sich nicht haben registrieren lassen, das Recht auf Erhalt von Bürgschaftsbescheinigungen verlieren.

Die Abteilung der Gesamtrussischen Tscheka für Beschwerden und Anträge auf Beschleunigung des Verfahrens ist unverzüglich zu erweitern.

Geschrieben am 3. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF VON VORSCHLÄGEN ÜBER DIE BESCHLEUNIGUNG UND FORCIERUNG DER LEBENSMITTELBESCHAFFUNG[106]

1. Ablösung der bei der Lebensmittelbeschaffung eingesetzten Rotarmisten
2. Sonderkommissare in die zurückgebliebenen u. a. Bezirke, *Organisatoren mit Spezialaufträgen und Prämien* . . .
3. Apparat des Kommissariats für Ernährungswesen, Reform und „Durchrüttelung“ des Apparats.
4. *Arbeiterinspektion* . . .

Ausarbeitung konkreter detaillierter Aufträge für die einzelnen örtlichen Volkswirtschaftsräte, so daß dadurch ein Wettbewerb ausgelöst wird . . .

Die örtlichen Militärbehörden sind zu verpflichten, den Organen des Ernährungswesens *die und die* (festlegen, welche) Truppenteile für die Arbeit bei der Lebensmittelbeschaffung zur Verfügung zu stellen.

Geschrieben am 4. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. *Nach dem Manuskript.*

ZUM ENTWURF DER „BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ORGANISIERUNG EINER ARBEITERINSPEKTION FÜR DAS ERNÄHRUNGSWESEN“[107]

1
ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

Systematisch

1. konkrete Fälle überprüfen, wie bestimmte Aufträge, exakt festgelegte Aufgaben des Kommissariats für Ernährungswesen und der Organe des Ernährungswesens kurzfristig erfüllt wurden;
2. die Verbindung zu den Arbeitern und werktätigen Massen herstellen und sie systematisch in Fragen der Lieferung und Verteilung von Lebensmitteln – zuerst als Vertrauensleute, später als Mitglieder der Inspektion – heranziehen;
3. es ist Pflicht *aller* Organe der Arbeiterinspektion, den örtlichen und zentralen Organen der Gewerkschaften wöchentlich über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten;
4. mit beratender Stimme . . .*

2
BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DER „BESTIMMUNGEN“

Der vorliegende Entwurf ist in der Richtung umzuarbeiten, daß (1) als Aufgabe der Arbeiterinspektion für das Ernährungswesen ausdrücklich festgelegt wird, nicht nur die Geschäftsführung kennenzulernen, sondern vor allem ganz konkret die Tätigkeit der Organe des Ernährungswesens bei der Beschaffung, Lieferung und Verteilung der Produkte in der Praxis zu kontrollieren;

– ferner (2) über die Pflicht der Arbeiterinspektion für das Ernährungs-

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

wesen, die Arbeiter und werktätigen Massen an die Ernährungspolitik heranzuführen und sie alle (zunächst über die Teilnahme als Vertrauensleute) in die Leitung des Ernährungswesens einzubeziehen;

(3) – daß es Pflicht der Arbeiterinspektion für das Ernährungswesen ist, den breiten Massen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung in erster Linie durch die Gewerkschaften wöchentlich Bericht zu erstatten.

Geschrieben am 5. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. *Nach dem Manuskript.*

NOTIZEN IN DER SITZUNG DER MUNITIONSKOMMISSION[108]

Erste Sitzung der Munitionskommission 5. Dezember 1918

Tulaer Munitionsfabrik.

Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität:
Neue Leitung.
Prämien.
Dritte Schicht (+ 2000 Menschen).
Emanzipation vom Arbeitsnachweis (dem Tulaer).
Zusätzliche Ausrüstung (aus Restbeständen in Petrograd).
Rechnungsführung und statistische Erfassung der Produktion: wöchentlich.
Ausländische Modelle.
Wie kann man hochqualifizierte Arbeiter aus ganz Rußland zusammenholen?
Verpflichtung ausländischer Spezialisten.
Auftrag an die Wissenschaftlich-technische Abteilung.
Organisierung einer korrekten wöchentlichen Statistik der Produktion.

Patronen pro Arbeiter täglich:
1916: 240
1918: 225

Produktionsleistung der Fabrik

Maximum 1916: 35 Millionen
1918: Monate XII – 16 – 18 – 20
(vielleicht auch 25–27) Mill.
1919: I – 16 – 20
II – 18 – 25
III – 20 – 27
IV – 22 – 29
V – 25 – 31
VI – 28 – 33
VII – 35

In ein bis zwei Monaten 3 Schichten einführen.

Geschrieben am 5. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV.

Nach dem Manuskript.

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE EINBERUFUNG EINES GESAMTRUSSISCHEN KONGRESSES DER BANKANGESTELLTEN

Umgehend, innerhalb von 10 Tagen, einen Kongreß der Bankangestellten (beider Gewerkschaften) anberaumen mit paritätischen Kommissionen zur Einberufung des Kongresses.[109]

Ebensolche paritätischen Kommissionen zur Revision, ferner zur Aufdeckung und Entlarvung von Sabotage.

Gruppen leitender Funktionäre der Gewerkschaft der Bankangestellten sind sofort konkret mit bestimmten, bis ins Detail festgelegten praktischen

Aufgaben bei der Nationalisierung der Banken zu betrauen, wobei die Aufträge kurzfristig zu bemessen sind.

Geschrieben im Dezember 1918, nicht später als am 6.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

VORSCHLÄGE ZUR FRAGE DER FINANZIERUNG DES TEXTILZENTRUMS[110]

Wöchentlicher Bericht über die Anzahl der *Kassen* (von Abteilungen bzw. Betrieben), die zusammengelegt wurden.

Wöchentlicher Bericht über die Menge der Erzeugnisse, die von jeder Hauptverwaltung und von jeder großen Fabrik an den Bestimmungsort geliefert und auch an die Bevölkerung verteilt wurden.

1. Kontrolle der Volksbank über die Geldeinzahlungen und -auszahlungen – einheitliche Kasse.
2. Kontrolle des „Warenaustauschs" über den Versand der Erzeugnisse und ihre Lieferung an den Verbraucher.
3. In allen Haupt- und Zentralverwaltungen die persönliche Verantwortung der ehemaligen Kapitalisten oder ehemaligen Besitzer der Betriebe einführen (unter Androhung von Gefängnishaft, Erschießen ehemaliger Kapitalisten, Einsperren ihrer Familien).[111]
4. Das Kommissariat für Ernährungswesen beauftragen, dem *Verband* der Handels- und Industrieangestellten als *Verband*, der als solcher die kollektive Verantwortung zu tragen hat, auf dem Gebiet der Verteilung der Erzeugnisse als dem schwäch-

sten Gebiet bestimmte *praktische* Aufträge zu erteilen.

Geschrieben am 14. Dezember 1918.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

AN G. W. TSCHITSCHERIN[112]

Gen. Tschitscherin! Wir müssen *schnellstens* (noch vor der Abreise des „Spartakisten"[113] durch das ZK bestätigen lassen) die internationale sozialistische Konferenz zur Gründung der III. Internationale vorbereiten.
(in Berlin (legal) oder in Holland **(illegal)**, *sagen wir, zum 1. II. 1919*)

jedenfalls *sehr* bald

Dazu muß man

a) die *Grundsätze* für eine Plattform formulieren (ich denke, man kann
   (α) die Theorie und Praxis des *Bolschewismus* nehmen – *Bucharin* beauftragen, dies in Thesen kurz, soweit das geht, darzulegen. Sprechen Sie mit Bucharin – vielleicht kann man *einen Teil* aus meinem Programmentwurf* *nehmen*
   (β) ferner „*Was will der Spartakusbund?*" nehmen).
   Aus α + β gehen die *Grundsätze für eine Plattform* klar genug hervor;
b) die (organisatorische) *Basis der III. Internationale* festlegen (keine Gemeinsamkeit mit den Sozialpatrioten);
c) eine Liste der Parteien aufstellen nach etwa drei Kategorien
   (αα) Parteien und Gruppen, von denen wir mit Sicherheit sagen können, daß sie *bereits* auf der Basis der III. Internationale stehen und genügend solidarisch sind, um die III. Internationale *offiziell* zu gründen;
   (ββ) dem *nahekommende* Parteien, von denen wir eine Annäherung und Verschmelzung *erwarten*;

* W. I. Lenin meint die Materialien zum Entwurf des neuen Parteiprogramms. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 455–481, und Bd. 27, S. 139–145.) *Die Red.*

(γγ) *Gruppen* und Strömungen *innerhalb* der sozialpatriotischen Parteien, die dem *Bolschewismus* mehr oder weniger nahestehen.

Ich mache einen Vorschlag, wie die Liste etwa aussehen sollte (S. 4)*, sie muß **sorgfältig** vervollständigt werden.

Wen *laden* wir zu unserer Konferenz *ein?* Nur αα + ββ + γγ und nur diejenigen, die 1. entschieden für den Bruch mit den Sozialpatrioten sind (d. h. mit denen, die während des imperialistischen Krieges 1914 bis 1918 die bürgerlichen Regierungen direkt oder indirekt unterstützt haben); 2. *für* die sozialistische Revolution *jetzt* und *für* die Diktatur des Proletariats sind; 3. *im Prinzip* für die „Sowjetmacht" sind und gegen eine *Beschränkung* unserer Arbeit auf den bürgerlichen Parlamentarismus, gegen eine *Unterordnung* unter denselben, die *dafür* sind, daß der *Typus* der Sowjetmacht *höher* und *dem Sozialismus näher* ist.

Vielleicht sollte man hinzufügen: Wir schlagen nicht vor, daß sich die *gesamte* III. Internationale sofort „kommunistisch" nennt, doch wir **stellen** *auf die Tagesordnung (zur Diskussion)* die *Frage* einer entschiedenen Lossage von dem Namen „sozialdemokratische" und „sozialistische" Partei, die Frage der Bezeichnung als *kommunistische* Partei.

Argumente, *theoretische* Engels und Marx
historische der Zusammenbruch der II. Internationale
die Schande des Sozialpatriotismus
praktische bereits angenommen von
Rußland
Finnland
Deutsch-Österreich
Holland
Ungarn

Ich bitte darum, die Sache *rasch* in Angriff zu nehmen und zusammen mit Bucharin einen *Entwurf* an Hand all dieser Punkte auszuarbeiten. *Antworten Sie mir sofort, wenn auch nur kurz.*

Mit Gruß! *Lenin*

* Die Liste siehe am Schluß des vorliegenden Briefes. *Die Red.*

Keinesfalls „Zimmerwalder“ als Maßstab nehmen.

(αα) Spartakusbund (Deutschland)

Kommunistische Partei Finnlands

„ „ Deutsch-Österreichs

„ „ Ungarns

„ „ Hollands

„ „ Rußlands

„ „ der Ukraine

„ „ Estlands

„ „ Lettlands

αα Sozialdemokratie Polens und Litauens

ββ die Tesnjaki [Engherzigen] Bulgariens

Rumänische Partei?

γγ die Linken und die Jungen in der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei

ββ Sozialistische Partei Schottlands

αα die linken Sozialdemokraten Schwedens

ββ Norwegische Sozialdemokratische Partei

ββ die dänische Gruppe der Sozialdemokraten (Marie Nielsen) und die dem Bolschewismus nahestehenden Syndikalisten

γγ die Gruppe Loriot in Frankreich

ββ die „Liga“ in den Vereinigten Staaten (oder die Gesinnungsgenossen von Debs?)

Wir rechnen mit einer Annäherung und Verschmelzung bei

der Britischen Sozialistischen Partei . . . ββ

der Italienischen Sozialistischen Partei . . .[114] ββ

Geschrieben am 27. oder 28. Dezember 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 50.

Nach dem Manuskript.

INSTRUKTION ÜBER DIE ZUSAMMENSTELLUNG EINES LESEBUCHES FÜR ARBEITER UND BAUERN

Auftrag: innerhalb von 2 Wochen ein Lesebuch für Bauern und Arbeiter zusammenstellen.

Das Buch soll aus einzelnen selbständigen Artikeln von zwei bis vier Druckseiten bestehen, von denen jeder in sich abgeschlossen ist.

Es ist äußerst populär zu halten, für den ganz unaufgeklärten Bauern. Anzahl der Artikel: 50 bis 200; für die erste Lieferung des Buches – 50.

Themen: Aufbau der Sowjetmacht, ihre Außen- und Innenpolitik. Zum Beispiel: Was ist Sowjetmacht. Wie regiert man das Land. Gesetz über den Grund und Boden. Volkswirtschaftsräte. Nationalisierung der Fabriken. Arbeitsdisziplin. Imperialismus. Imperialistischer Krieg. Geheimverträge. Wie wir Friedensvorschläge gemacht haben. Wofür wir jetzt kämpfen. Was ist Kommunismus. Trennung der Kirche vom Staat. Und so weiter.

Man kann und muß auf alte gute Flugblätter zurückgreifen, alte Artikel umarbeiten.

Das Lesebuch soll Material bieten zum Vorlesen im größeren Kreis und zum Lesen daheim, zum Nachdruck einzelner Artikel und zur Übersetzung (mit kleinen Ergänzungen) in andere Sprachen.

Geschrieben im Dezember 1918.

Zum erstenmal veröffentlicht am 1. Juni 1936 in der „Prawda" Nr. 149.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

NOTIZEN BETREFFS HILFE FÜR CHARKOW[115]

1. Ein Maximum an Geld nach Charkow schicken.
2. Oberster Volkswirtschaftsrat – auf schnellstem Wege Textilien u. a. dorthin . . .
3. Ein Zentrum in Charkow schaffen . . .

Menschen hinschicken Organisatoren, wenn auch nur einige, die etwas vom Ernährungswesen verstehen[116]

Geschrieben zwischen dem 3. und 17. Januar 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN[117]

I. Es sind Informationen darüber einzuholen, wie die Grundlinie der sowjetischen Politik von den Genossenschaften in der Praxis durchgeführt wird, und zwar:

(1) nicht nur hinsichtlich des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der gesamten Bevölkerung, sondern auch hinsichtlich der dominierenden Rolle von Proletariern und Halbproletariern bei der Leitung der genossenschaftlichen Angelegenheiten;

(2) hinsichtlich einer solchen Organisierung der Versorgung und Verteilung, daß wirklich die Dorfarmut (= Proletarier + Halbproletarier) Vorteile (Waren und anderes) aus der Abgabe *sämtlicher* Getreideüberschüsse an den Staat zieht.

ad 1 wird die Genossenschaftsabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats und das Kommissariat für Ernährungswesen beauftragt, gemeinsam mit der Statistischen Zentralverwaltung diese Informationen zu sammeln. Berichterstattung in 2 Wochen.

II. Das Kommissariat für Ernährungswesen wird beauftragt, eine Instruktion über die Vertreter der Sowjets in den Genossenschaften auszuarbeiten und die propagandistische und organisatorische Arbeit zur Realisierung dieser Instruktion zu entfalten.

III. Die Arbeitergenossenschaft wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß sie im Vorstand des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften die

Mehrheit erhält, und zu gewährleisten, daß erfahrene Praktiker aus den Reihen der *Kommunisten* dort vertreten sind.

IV. An Krestinski – Dekretentwurf über die Konsumkommunen.

Geschrieben am 28. Januar 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVIII. — *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE LAGE IM BIBLIOTHEKSWESEN

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[118]

Die Abteilung Bibliothekswesen beim *Volkskommissariat für Bildungswesen* wird beauftragt, monatlich knappes Tatsachenmaterial über die praktische Durchführung der Beschlüsse des Rats der Volkskommissare vom 7. VI. 1918 und vom 14. I. 1919 sowie über die tatsächliche Erhöhung der Zahl der Bibliotheken und Lesestuben und über die zunehmende Verbreitung von Büchern unter der Bevölkerung zu veröffentlichen und dem Rat der Volkskommissare zuzustellen.

Geschrieben am 30. Januar 1919.
Veröffentlicht am 1. Februar 1919 in den „Iswestija WZIK" Nr. 23. — *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE ERTEILUNG EINER KONZESSION ZUM BAU DER GROSSEN NORDBAHN[119]

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare

1. Der Rat der Volkskommissare hält die vorgesehene Streckenführung und den allgemeinen Plan der Trasse für annehmbar;

2. er hält die Gewährung von Konzessionen an Vertreter des auslän-

dischen Kapitals überhaupt, prinzipiell, im Interesse der Entwicklung der Produktivkräfte für zulässig;

3. er hält die zur Diskussion stehende Konzession für wünschenswert und ihre Verwirklichung für praktisch notwendig;

4. damit die praktische und endgültige Entscheidung beschleunigt werden kann, werden die Initiatoren ersucht, für ihre Angaben über Verbindungen zu soliden kapitalistischen Firmen, die in der Lage wären, das Vorhaben zu realisieren und Material heranzuschaffen, Beweise zu erbringen.

5. eine spezielle Kommission wird beauftragt, innerhalb von 2 Wochen den endgültigen Vertragsentwurf vorzulegen;

6. das Kommissariat für Heereswesen wird beauftragt, innerhalb von 2 Wochen unter Berücksichtigung strategischer und militärischer Aspekte ein Gutachten abzugeben.

Geschrieben am 4. Februar 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ZUR FRAGE DER ÜBERGABE VON LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBEN AN INDUSTRIEBETRIEBE

Die endgültige Entscheidung dieser Frage ist bis Dienstag aufzuschieben.

Bis Sonnabend sind vom Kommissariat für Landwirtschaft Angaben über folgende Fragen anzufordern:

1. Anzahl der Sowjetwirtschaften,
2. wie sind sie organisiert und was wurde in dieser Hinsicht getan,
3. Anzahl der Agronomen,
4. tatsächlicher Stand der Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung,
5. Saatgutmenge, die real für die Bestellung vorhanden ist,
6. dasselbe in bezug auf Landmaschinen.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, Angaben darüber vorzulegen, 1. wieviel Anträge auf Übergabe von Land von Arbeitern gestellt wurden, 2. welche Erfahrungen die Arbeiter bei der Organisierung der Landwirtschaft haben.*

Geschrieben am 13. Februar 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach einem von W. I. Lenin ergänzten maschinegeschriebenen Text.

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ABLIEFERUNGSPFLICHT IN DER UKRAINE[120]

Bei der Erteilung einer solchen Direktive empfiehlt das ZK der KPR, sich von dem festgelegten Prinzip leiten zu lassen: von den armen Bauern nichts, vom Mittelbauern mäßig, vom reichen Bauern viel.

Den Überschuß raten wir, maximal festzusetzen, *zum Beispiel* 500 Millionen Pud für die gesamte Ukraine, für die Pflichtablieferung jedoch den fünften oder zehnten Teil zu nehmen.

Geschrieben am 19. Februar 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

* Die Punkte 5 und 6 sind in der Quelle, nach der das Dokument veröffentlicht wird, von W. I. Lenin geschrieben. Die Punkte 1, 3 und 4 sowie die Punkte 1 und 2 des letzten Absatzes hat Lenin auf die Tagesordnung der Sitzung des Rats der Volkskommissare vom 13. Februar 1919 geschrieben; sie wurden ohne Änderungen in den Beschluß aufgenommen. *Die Red.*

ÜBER DEN AUFRUF DER DEUTSCHEN UNABHÄNGIGEN[121]

Selten bekommt man jetzt in Rußland ausländische Zeitungen: Die Blockade, mit der uns die „demokratischen Kapitalisten" der Entente umgeben haben, ist offensichtlich äußerst wirksam. Man fürchtet sich, die gebildeten Arbeiter Amerikas, Englands, Frankreichs mit dem ungeschlachten und rohen Bolschewismus bekannt zu machen, man fürchtet, daß in dem Land dieses rohen Bolschewismus offenbar werden könnte, welchen Erfolg er im Westen hat.

Aber welchen Eifer die Gendarmerie dieser neuen „Heiligen Allianz" auch entfalten mag, die Wahrheit kommt doch an den Tag!

Dieser Tage bekam ich einige Nummern der Berliner Zeitung „Die Freiheit", des Organs der sogenannten „unabhängigen" deutschen Sozialdemokratie, in die Hände. Auf der ersten Seite in Nr. 74 (vom 11. II. 1919) ist ein langer Aufruf abgedruckt: „An das revolutionäre Proletariat Deutschlands!", der von der Parteileitung und der Fraktion der Partei in der deutschen Nationalversammlung unterzeichnet ist. Die Ideen oder besser die Ideenlosigkeit dieses Aufrufs ist – nicht nur für die deutsche, sondern auch für die internationale Arbeiterbewegung – so charakteristisch, daß es sich lohnt, ausführlich darauf einzugehen.

Doch zunächst möchte ich mir eine Abschweifung gestatten, die mit persönlichen Erinnerungen verknüpft ist. Unter den Unterschriften der Mitglieder der Fraktion der Unabhängigen fand ich auch die Namen Seger und Laukant, und mir kam etwas in den Sinn, was sich vor drei Jahren zugetragen hat. Ich war Laukant auf einer Beratung der Zimmerwalder in Bern[122] begegnet. Dieser offenbar einflußreiche Berliner Arbeiter hinterließ einen zwiespältigen Eindruck: ernsthafte revolutionäre Arbeit unter den Massen auf der einen Seite, ein frappierender Mangel an theoretischen* und ungeheure Kurzsichtigkeit auf der anderen. Laukant mißfielen meine scharfen Angriffe auf Kautsky (den ideologischen „Führer" der Unabhängigen bzw. das Haupt ihrer Ideenlosigkeit), doch er weigerte sich nicht, mir behilflich zu sein, als ich ihm – da ich Bedenken hatte wegen meiner schlechten deutschen Sprachkenntnisse – den von mir in

* Im Manuskript fehlt offensichtlich das Wort „Interessen" bzw. „Kenntnissen". *Die Red.*

deutscher Sprache geschriebenen Text einer kurzen Rede* zeigte, in der ich den „amerikanischen Bebel", Eugene Debs, zitierte, der erklärt hatte, daß er sich lieber erschießen lassen würde, als sich bereit zu erklären, den Krediten für den imperialistischen Krieg seine Stimme zu geben, und daß er, Debs, nur in einem Kriege der Arbeiter gegen die Kapitalisten zu kämpfen bereit sei. Als ich Laukant jedoch voller Empörung eine Stelle aus einem Artikel Kautskys zeigte, in dem selbiger Straßenaktionen der Arbeiter als Abenteuer verurteilte[123] (und das unter Wilhelm II.), da antwortete mir Laukant achselzuckend mit einer Gelassenheit, die mich aus der Fassung brachte: „So aufmerksam lesen das bei uns die Arbeiter doch gar nicht! Und bin ich denn verpflichtet, jeder Zeile, die Kautsky schreibt, beizupflichten?"

Geschrieben in der zweiten Februarhälfte 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG ÜBER DIE REGELUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER GESAMTRUSSISCHEN TSCHEKA, DER EISENBAHN-TSCHEKA UND DEM VOLKSKOMMISSARIAT FÜR VERKEHRSWESEN UND BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG

Beschluß des Rats für Verteidigung

28. II. 1919

Zur Regelung der Beziehungen zwischen der Gesamtrussischen Tscheka, der Eisenbahn-Tscheka und dem Kommissariat für Verkehrswesen werden folgende Bestimmungen erlassen:

* Siehe Werke, Bd. 22, S. 122–125. *Die Red.*

Gen. Beljakow wird vom Kommissariat für Verkehrswesen als ständiger Verbindungsmann und Mitarbeiter in die Transportabteilung der Gesamtrussischen Tscheka abkommandiert.

Das Kommissariat für Verkehrswesen erteilt allen Strecken die Anweisung, sämtliche Beschwerden über die Tscheka *ausschließlich* an das Kollegiumsmitglied des Kommissariats für Verkehrswesen Beljakow zu richten.

Die Tscheka wird verpflichtet, darauf zu achten, daß die für Entladungsarbeiten zuständigen Dienststellen und Organisationen das Frachtgut rechtzeitig entladen, und sie, falls das nicht in der von der Tscheka festgesetzten Frist geschieht, zur Verantwortung zu ziehen.

Den Abteilungen der Eisenbahn-Tscheka wird das Recht eingeräumt, die Bahnfernschreiber gegen Bezahlung zu benutzen, wobei mißbräuchliche Benutzung des Fernschreibers strengstens zu ahnden ist. Eine ausführliche Instruktion über die Benutzung des Fernschreibers und die Art und Weise der Abrechnung wird vom Volkskommissar für Verkehrswesen nach Vereinbarung mit dem Vorsitzenden der Gesamtrussischen Tscheka erlassen.

Der Eisenbahn-Tscheka werden die ehemaligen Räume der Bahnpolizei zur Verfügung gestellt, worüber das Volkskommissariat für Verkehrswesen eine besondere Verfügung erläßt. Über die Ausquartierung der Militärwachen aus diesen Räumlichkeiten haben die Genossen Dzierzynski und Skljanski gemeinsam eine Instruktion zu erlassen.

Lebensmittel erhält die Eisenbahn-Tscheka nach den allgemein geltenden Bestimmungen von den Lebensmittelstellen der Eisenbahner.

Solange der vom Rat für Verteidigung verhängte Ausnahmezustand auf den Eisenbahnen anhält, wird den Kreistransportabteilungen der Tscheka das Recht eingeräumt, gegen Personen, die der Bestechlichkeit, des Diebstahls von Frachtgut und Eisenbahnmaterial überführt werden, sowie bei ausschweifender Lebensweise beamteter Personen das höchste Strafmaß zu verhängen.

An die Mitglieder des Rats für Verteidigung

28. II. 1919

Die unterbreiteten Punkte habe ich auf einer Beratung mit den Genossen Newski und Dzierzynski am 28. II. vereinbart.

Ich bitte um die Unterschrift aller Mitglieder des Rats für Verteidigung, damit diese *äußerst wichtige* Vereinbarung unverzüglich in Kraft gesetzt werden kann.

Sollten ernste Meinungsverschiedenheiten auftreten, bitte ich, mir sofort einen Fernspruch *mit dem Text des Abänderungsvorschlags* zu schicken.

Der Vorsitzende des Rats für Verteidigung
W. Uljanow (Lenin)

Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

REDE AUF EINEM AGITATORENLEHRGANG DER ABTEILUNG FÜR MUTTER- UND SÄUGLINGSSCHUTZ DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR SOZIALE FÜRSORGE

8. März 1919

Gen. Lenin ging in seiner Rede von dem Schlußsatz des Briefes der Teilnehmerinnen aus und sagte, daß sie ihr Wort halten und eine starke Armee des Hinterlandes schaffen sollen.[124] Nur mit Hilfe der Frau, ihres Einfühlungsvermögens und ihrer Bewußtheit, kann man den Aufbau der neuen Gesellschaft stärken; hierbei wies er darauf hin, wie in früheren Revolutionen mangelndes Bewußtsein der Masse der Frauen hemmend gewirkt hat.

Veröffentlicht 1919 in der Broschüre
„Das Volkskommissariat für soziale Fürsorge.
Rechenschaftsbericht der Abteilung
für Mutter- und Säuglingsschutz
vom 1. Mai 1918 bis zum 1. Mai 1919".

Nach dem Text der Broschüre.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE POLYGRAPHISCHE ABTEILUNG DES OBERSTEN VOLKSWIRTSCHAFTSRATS

1. Kommission zur Vereinigung und Zentralisierung und, falls nötig, zur Abfassung eines Dekretentwurfs.

2. Statistischer Vergleich der Druckereien

(1) die der Polygraphischen Abteilung unterstehenden nationalisierten Druckereien

(2) die einzelnen Behörden unterstehenden nationalisierten Druckereien

(3) die der privaten Unternehmen

3. Aufgabe: verdreifachen in welcher Zeit?

4. Bericht in einem Monat?

5. Arbeitsdisziplin

6. Arbeit im Stücklohn

7. Verhältnis der Betriebskomitees zu den Leitungen.[125]

Geschrieben am 15. März 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN ÜBER DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN

Sollte man § 1 nicht streichen?

Die Anmerkung zu § 2 und § 3 weglassen.

In jeder Genossenschaft müssen mindestens $^{2}/_{3}$ der Mitglieder dem Proletariat bzw. Halbproletariat angehören (d. h. dem Personenkreis, der ausschließlich oder mindestens zur Hälfte vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt).

Die Organe der Arbeitergenossenschaft entsenden Kommissare in die Genossenschaften, in denen mehr als 10% der Mitglieder den besitzenden Klassen angehören. Die Kommissare haben Aufsichts- und Kontrollrecht sowie das Recht, ihr Veto einzulegen und die angefochtenen

Beschlüsse den Organen des Obersten Volkswirtschaftsrats zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Worin kann die praktische Mitarbeit der Verbände der Handels- und Industrieangestellten zum Ausdruck kommen?

Kann nicht den Genossenschaften, die die gesamte Bevölkerung erfaßt haben, eine Reihe wirksamer Prämien und Vorteile gewährt werden?

Kommunalverwaltungen, die die gesamte Bevölkerung um die kommunalen Läden vereinigen.

Geschrieben im März 1919,
nicht später als am 16.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ENTSENDUNG VON ARBEITERGRUPPEN ZUR ARBEIT IM ERNÄHRUNGS- UND VERKEHRSWESEN

In Anbetracht der äußersten Gefahr, die der Republik auf Grund der zugespitzten Krise im Ernährungs- und Verkehrswesen droht, beschließt das ZK der KPR:

die Genossen Kamenew
Sinowjew
und Stalin zu beauftragen,

Gruppen aus einflußreichen Arbeitern zu bilden, unter Beteiligung der Volkskommissariate für Ernährungswesen und für Verkehrswesen sowie des Zentralexekutivkomitees Sonderzüge zusammenzustellen und zur Arbeit im Ernährungs- und Verkehrswesen zu fahren.[126]

Lenin

Geschrieben in der zweiten Märzhälfte 1919,
nicht später als am 28.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG ÜBER DIE VERSORGUNG DER EISENBAHNER MIT BROT

Das Kommissariat für Verkehrswesen gibt den Arbeitern bekannt, daß nach genauen Berechnungen die Ausgabe von 25 Pfund unbedingt garantiert werden kann, wenn 6 Millionen Pud Getreide im Monat herangeschafft werden. Es ist jedoch möglich, noch bedeutend mehr heranzuschaffen. Es sind alle Kräfte anzuspannen, um eine größere Zahl von Lokomotiven zu reparieren. Darüber hinaus werden für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität *Prämien* entsprechend den Sätzen des Gesamtrussischen Gewerkschaftsrats gewährt.

Geschrieben am 31. März 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. — *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE BEZIEHUNGEN ZUR MITTELBAUERNSCHAFT

Zu einem P l a n dringender Maßnahmen zugunsten des Mittelbauern:

1. Die außerordentliche Steuer der *Mittelbauern* ist **sofort** herabzusetzen.
2. Entsendung von Parteimitgliedern (3 von jedem Gouvernementskomitee) speziell *zur Unterstützung des Mittelbauern.*
3. Von zentraler Stelle aus sind Kommissionen (mehrere solcher Kommissionen) zu bilden, die *zum Schutz* des Mittelbauern an die einzelnen Orte entsandt werden.
4. Für die Reisen Kalinins ist ein Plan auszuarbeiten und zu bestätigen. Termine, Orte, Sprechstunden für Antragsteller u. dgl. sind zu veröffentlichen.
5. An den Reisen (zu Punkt 4 und 5) nehmen Vertreter der Volkskommissariate für *Justiz, Innere Angelegenheiten, Landwirtschaft* u. a. teil.
6. Pressekampagne.

7. „Manifest" über den Schutz des Mittelbauern.
8. Überprüfung (und Abschaffung) der *Zwangs*maßnahmen in bezug auf den Eintritt in die Kommunen.
9. Überprüfung der Maßnahmen auf dem Gebiet des *Ernährungswesens* in der Richtung, daß Requisitionen, Eintreibungen und ähnliches beim *Mittelbauern* eingeschränkt werden.
10. Amnestie.
11. „Anerkennung des Kulaken".
12. Ablieferungspflicht für Getreide und Futtermittel.
13. Gewerbetreibende und Handwerker werden anerkannt.

Geschrieben Ende März –
Anfang April 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINER RESOLUTION ZU DEM BERICHT ÜBER DIE ÄUSSERE UND INNERE LAGE DER SOWJETREPUBLIK AUF DER AUSSERORDENTLICHEN SITZUNG DES PLENUMS DES MOSKAUER SOWJETS DER ARBEITER- UND ROTARMISTENDEPUTIERTEN 3. APRIL 1919[127]

Die versammelten Vertreter der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der RSFSR erklären, daß für die Sowjetrepublik ein besonders schwerer Monat begonnen hat. Die Entente macht die letzten verzweifelten Versuche, uns mit Waffengewalt niederzuschlagen. Die Ernährungslage ist im Frühjahr besonders schwierig, das Verkehrswesen katastrophal zerrüttet.

Deshalb kann uns nur die äußerste Anspannung der Kräfte retten. Der Sieg ist möglich. Die Revolution in Ungarn hat endgültig bewiesen, daß

in Westeuropa die Rätebewegung im Wachsen begriffen und ihr Sieg nahe ist. Wir haben in der ganzen Welt viele Verbündete, mehr, als wir wissen. Aber wir müssen noch vier bis fünf schwere Monate durchstehen, um den Feind zu besiegen.

Die Versammlung brandmarkt nachdrücklich die linken Sozialrevolutionäre*, die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre, die – in Worten für die Sowjetmacht bzw. gegen die militärische Einmischung der Entente – *in Wirklichkeit den Weißgardisten helfen*, wenn sie für Streiks oder für die Einstellung des Bürgerkrieges (obwohl wir allen Frieden angeboten haben[128]!) oder für Zugeständnisse an den freien Handel usw. agitieren.

Die Versammlung erklärt allen Menschewiki und Sozialrevolutionären, die bereit sind, unseren schweren Kampf zu unterstützen, daß wir uns für die volle Gewährleistung ihrer Freiheit als Bürger der Sowjetrepublik einsetzen werden.

Doch die Versammlung erklärt denjenigen Menschewiki und Sozialrevolutionären einen schonungslosen Krieg, die, wie die publizistischen und politischen Gruppen des „Wsegda Wperjod!“[129] und des „Delo Naroda“[130], *in Wirklichkeit* unseren Kampf behindern, in Wirklichkeit den Weißgardisten *helfen*.

Die Versammlung ruft alle Arbeiter, alle Arbeiterorganisationen und werktätigen Bauern auf, alle Kräfte anzuspannen, um den Feinden der Sowjetmacht eine Abfuhr zu erteilen, um die Sowjetmacht zu verteidigen, um die Arbeit auf dem Gebiet des Ernährungs- und des Verkehrswesens zu verstärken.

1. An Stelle der erschöpften fortgeschrittenen Funktionäre sind mittlere Kräfte heranzuziehen, d. h. solche, die weniger erfahren sind als die fortgeschrittenen Arbeiter und Bauern.

2. Die Entsendung sowohl von Funktionären als auch von einfachen Arbeitern zur Arbeit im Ernährungs- und Verkehrswesen sowie zur Arbeit in der Armee ist ständig zu verstärken.

3. In stärkerem Maße sind bewußte Arbeiter und Bauern zur Arbeit im Volkskommissariat für Verkehrswesen und in der Staatlichen Kontrolle

---

* Die erste Seite des Manuskripts ist nicht erhalten geblieben. Der Text bis zu den Worten „linken Sozialrevolutionäre“ wird nach einer maschinegeschriebenen Kopie veröffentlicht. *Die Red.*

heranzuziehen, um die Arbeit zu verbessern und Bürokratismus, Schlendrian und Kanzleiwirtschaft auszurotten.

4. Aus den hungernden Städten sind möglichst viele Arbeitskräfte beim Feld- und Gemüsebau einzusetzen, aufs Land, in die Ukraine, an den Don usw. zu schicken, um die Getreideproduktion zu steigern.

Alle Kräfte sind anzuspannen, um dem Mittelbauern zu helfen in seinem Kampf gegen die Übergriffe, unter denen er häufig zu leiden hat, um ihn kameradschaftlich zu unterstützen und die Sowjetfunktionäre, die diese einzig richtige Politik nicht durchführen wollen oder sie nicht verstehen, abzuberufen.

5. Müdigkeit, Kleinmut und Schwankungen sind in allen ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen, man muß allen jenen Mut zusprechen, bei denen sich derartiges bemerkbar macht, man muß die Standhaftigkeit, das Bewußtsein und die kameradschaftliche Disziplin festigen. Die russische Arbeiterklasse und Bauernschaft hat viel unsagbar Schweres durchgemacht. Die letzten Monate sind unsagbar hart. Aber die Versammlung erklärt, daß die Standhaftigkeit der Arbeiter nicht geschwächt ist, daß die Arbeiterklasse auf ihrem Posten steht, daß sie alle Schwierigkeiten überwinden und den Sieg der Sozialistischen Sowjetrepublik sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt um jeden Preis sichern wird.

Geschrieben im April 1919, nicht später als am 3.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 38.

Nach dem Manuskript, verglichen mit einer maschinegeschriebenen Kopie.

ANTRAG AUF BESTÄTIGUNG EINES BESCHLUSSENTWURFS DES ZK DER KPR(B) MIT DIREKTIVEN AN DAS ZK DER KP(B) DER UKRAINE

Ich beantrage, die Unterschriften der Mitglieder des Politbüros des ZK einzuholen und diese Direktiven an die Kommunistische Partei der

Ukraine und ihr ZK für den Bereich der Ukraine zu bestätigen. *Äußerst dringend.*[131]

8. IV. *Lenin*

An das Orgbüro des ZK. Schnellstens an das *ZK* der Ukraine senden.*

Geschrieben am 8. April 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

ZUM BESCHLUSS DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG ÜBER DIE INTENSIVIERUNG DER ARBEIT AUF DEM GEBIET DER MILITÄRISCHEN VERTEIDIGUNG[132]

Diejenigen Abteilungen der zentralen und örtlichen Kommissariate, die nicht absolut notwendig sind und die brauchbare Kräfte für die Front, für die Versorgung, Agitation u. dgl. m. in der Armee und im Hinterland stellen können, haben die Arbeit auf drei Monate einzustellen bzw. sehr stark einzuschränken.

Geschrieben im April 1919, nicht später als am 21.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

* Offensichtlich nach Bestätigung des Entwurfs an den Rand geschrieben. *Die Red.*

ZUSATZ ZU EINEM APPELL AN DIE UNGARISCHEN INTERNATIONALISTEN[133]

Ich schließe mich voll und ganz dem Text des Appells an und bin sicher, die ungarischen Proletarier an der Front werden nicht außer acht lassen, daß es noch einige Monate für die Interessen des internationalen Proletariats zu kämpfen gilt, und dann wird der Sieg unser sein, der entscheidende, der sichere Sieg.

Lenin

Geschrieben am 23. April 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht 1960 in dem Buch: A. Kladt, W. Kondratjew, „Waffenbrüder", Moskau.

Nach dem Text des Flugblatts mit dem Appell. Übersetzung aus dem Ungarischen.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DER WIRTSCHAFTSKOMMISSION BEIM RAT DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERBESSERUNG DER LAGE DER ARBEITER[134]

1. Hilfe für die Arbeiterkinder durch verstärkte Zuteilung von Naturalien.

2. Es sind spezielle Lager zu bestimmen, deren Bestände *rasch* registriert und zu *niedrigen* Preisen an die bedürftigsten Arbeiter, deren Geldeinkommen *unter* dem Minimum liegt, abgegeben werden.

3. Ähnliches in bezug auf die Miete.

Geschrieben am 2. Mai 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE GEHÄLTER FÜR SPEZIALISTEN

Beschlußentwurf

23. Mai 1919

Beschlüsse,
angenommen von einer Kommission
des Rats der Volkskommissare
in der Sitzung vom 23. V. 1919:

1. Gehälter über 3000 Rubel sind vom Kollegium jedes Kommissariats festzulegen und nach Kenntnisnahme durch die Volkskommissare für Arbeit und Staatliche Kontrolle dem Rat der Volkskommissare zur Bestätigung vorzulegen.

2. Jedes Volkskommissariat wird verpflichtet, innerhalb einer Woche eine Liste aller Angestellten einzureichen, deren Monatsgehalt 3000 Rubel übersteigt.

3. Jedes Volkskommissariat wird verpflichtet, innerhalb einer Woche eine Liste bedeutender Spezialisten und hervorragender Organisatoren vorzulegen, denen mehr als 3000 Rubel gezahlt werden sollen.

Das Kollegium jedes Kommissariats muß zu jeder einzelnen Person erklären, 1. daß es sich dafür verbürgt, daß die betreffende Person ein bedeutender Spezialist auf dem und dem Gebiet ist; 2. konkret, welche hervorragende organisatorische Arbeit die betreffende Person leistet oder leisten kann.

4. Ab 15. Juni werden 3000 Rubel und mehr nur denjenigen gezahlt, deren Gehalt vom Rat der Volkskommissare bestätigt ist.

5. Die Bestätigung der Gehälter durch den Rat der Volkskommissare erfolgt spätestens eine Woche nachdem der Gehaltsvorschlag zur Bestätigung eingereicht wurde.

6. Berichterstatter Lenin und Krassin.

7. Awanessow wird verpflichtet, dem Rat der Volkskommissare morgen, den 24. Mai, Thesen bzw. Richtlinien vorzulegen, nach denen Gehälter über 3000 Rubel – abgesehen von denen für die bedeutendsten Spezialisten – zu zahlen sind.

Bitte in 6–7 Exemplaren auf der Maschine abschreiben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG ÜBER DIE MOBILMACHUNG VON SOWJETANGESTELLTEN[135]

§ 1. Für 4 Monate (vom 15. VI. bis 15. X.) sind in den Sowjetinstitutionen alle männlichen Angestellten im Alter von *18* bis zu *45* Jahren | lieber mehr, denn einen Teil werden wir freistellen | zu mobilisieren; sie sind durch Frauen zu ersetzen, oder ein bestimmter Teil der Arbeit ist zeitweilig einzustellen.

Anmerkung zu § 1. Freigestellt werden nur Kranke und absolut Unabkömmliche, nicht mehr als 10%, und nur mit Genehmigung einer Sonderkommission.

§ 2. Die Einberufenen sind den Militärbehörden zu unterstellen. Erscheinen . . . Datum.

§ 3. Die Einberufenen sind durch solidarische Haftung füreinander verantwortlich, und im Falle des Überlaufens zum Feind, der Desertion oder der Nichterfüllung gestellter Aufgaben u. dgl. gelten ihre Familien als Geiseln.

§ 4. Die Einberufenen bilden kleine Gruppen, nach Möglichkeit aus Leuten verschiedener Berufe, damit jede Gruppe, im Hinterland und an der Front, bei der Aufstellung und Versorgung von Truppenteilen, beim Überqueren von Wasserläufen und dergleichen verschiedenartige Aufgaben übernehmen kann.

§ 5. Jeder Einberufene ist verpflichtet, sich aus den Magazinen des Zentralexekutivkomitees usw. eine kleine Bibliothek mit den für die Propaganda und Agitation notwendigsten Broschüren und Flugblättern zusammenzustellen, mit denen er die Soldaten und die Bevölkerung vertraut zu machen hat; dabei ist er verpflichtet, wöchentlich zu berichten, wie er dieser Verpflichtung nachkommt.

§ 6. Jeder Einberufene ist verpflichtet, unmittelbar nach der Mobilmachung, spätestens innerhalb von . . . Tagen, nach einem besonders zusammengestellten Programm genaue Angaben über seine Ausbildung,

seine frühere Tätigkeit bzw. Beschäftigung, über seine früheren Wohnorte, seine Fremdsprachenkenntnisse usw. zu machen.

Geschrieben nicht später als am 31. Mai 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

DEKRET DES RATS DER ARBEITER-UND-BAUERN-VERTEIDIGUNG ÜBER DIE EINBERUFUNG VON ARBEITERN UND ANGESTELLTEN AUS DEM HANDEL, DER INDUSTRIE UND DEM VERKEHRSWESEN ZUM MILITÄRDIENST

Als zusätzliche Mobilmachung wird die Einberufung von Arbeitern und Angestellten aus dem Handel, der Industrie und dem Verkehrswesen zum Militärdienst angeordnet. Verfahrensweise und Termin der Einberufung sowie die Anzahl der Einzuberufenden wird nach Übereinkunft zwischen dem Revolutionären Kriegsrat der Republik, dem Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats und dem Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften festgelegt.*

Geschrieben am 31. Mai 1919.

Veröffentlicht am 15. Juni 1919 in den „Iswestija WZIK" Nr. 128.

Nach dem Manuskript.

* In der oberen Ecke eines maschinegeschriebenen Textes des Dekrets hat W. I. Lenin bei der Unterzeichnung den Vermerk gemacht: „Nicht veröffentlichen." *Die Red.*

ANWEISUNG AN DAS SEKRETARIAT DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

19. VII. 1919

Die Verzögerung bei der Bestätigung der Instruktion über Lebensmittelpakete aus der Armee[136] ist ein empörender Fall von Bürokratismus, der absolut nicht geduldet werden kann.

Man muß unbedingt die Schuldigen ausfindig machen und diesen Fall überhaupt gründlich untersuchen, erstens, um die Verantwortlichkeit festzustellen, zweitens – und das ist das Wichtigste –, um *praktische* Maßnahmen einzuleiten, damit sich derartiges nicht wiederholen kann.

Deshalb ersuche ich die untengenannten Institutionen, die sich um die schnellste Durchführung des Gesetzes über die Lebensmittelpakete, d. h. um seine Verwirklichung, zu kümmern hatten,

sofort eine strenge und genaue Untersuchung der Ursachen für diesen Bürokratismus vorzunehmen, dabei *alle* Dokumente zusammenzutragen und alle Personen, die mit dieser Sache zu tun haben, zu verhören

und ihren Bericht nebst einem Vorschlag *praktischer* Maßnahmen zur Beseitigung der bürokratischen Mißstände am Dienstag *dem Rat der Volkskommissare vorzulegen.*

Folgende Institutionen:

Sekretariat des Rats der Volkskommissare und des Rats für Verteidigung
Zentrale Kommission für die Lebensmittelversorgung der Roten Armee
Kommissariat für Ernährungswesen
Volkskommissariat für Heereswesen
Volkskommissariat für Post- und Fernmeldewesen.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV.

Nach dem Manuskript.

DIREKTIVEN AN DAS VOLKSKOMMISSARIAT FÜR LANDWIRTSCHAFT ÜBER DIE ABÄNDERUNG EINER INSTRUKTION

Die Instruktion des Volkskommissariats für Landwirtschaft* muß abgeändert und mit Hilfe aller Organe der Sowjetmacht eine reale Kontrolle auf der Grundlage folgender Richtlinien gewährleistet werden:

1. Gutsbesitzern oder Verwaltern ist es strikt untersagt, in Sowjetwirtschaften der Kreise, in denen sie zur Zeit der Herrschaft der Gutsbesitzer ansässig waren, bzw. in Sowjetwirtschaften benachbarter Kreise tätig zu sein.

2. Die Verwalter und Angestellten in den Sowjetwirtschaften sind zu registrieren und im Hinblick auf konterrevolutionäre Betätigung genauso streng zu überwachen wie die Militärspezialisten.

3. Die Zahl der Vertreter der Kreis- und Gouvernementslandabteilungen in den Sowjetwirtschaften ist zu erhöhen und ihre Kontrolle durch die Kreis- und Gouvernementslandabteilungen zu verstärken.

4. Vom Gewerkschaftsrat muß verlangt werden, daß er den Arbeiterkomitees und ihrer Tätigkeit mehr Aufmerksamkeit schenkt und ihnen mehr Kräfte zur Verfügung stellt.

5. Arbeit auf der Grundlage von Halbpacht u. ä. ist in den Sowjetwirtschaften zu untersagen.

6. Kollektive von Sowjetwirtschaften sind in Fällen, wo sie nicht an Hand von Tatsachen nachweisen können, daß sie dem Artikel 59 der Bestimmungen über die sozialistische Flurregelung, d. h. *Unterstützung* der einheimischen Bauernschaft, nachgekommen sind, samt und sonders unverzüglich vor Gericht zu stellen.

7. Es sind Formen auszuarbeiten, wie die Sowjetwirtschaften und Arbeiterkomitees vor den einheimischen Bauern Rechenschaft ablegen und diese informieren.

8. Vom Volkskommissariat für Landwirtschaft sowie vom Arbeiterkomitee plus 1 oder 2 Landabteilungen der wichtigsten Gouvernements

* Nach den Worten „des Volkskommissariats für Landwirtschaft" ist vom Sekretär des Rats der Volkskommissare L. A. Fotijewa folgender Text in das Manuskript eingefügt worden: „über die Organisierung und die Tätigkeit der Gouvernements- und Bezirksverwaltungen der Sowjetwirtschaften". *Die Red.*

sind monatliche Berichte an den Rat der Volkskommissare über die tatsächliche Erfüllung der vorliegenden Richtlinien anzufordern.

9. Die Statistische Zentralverwaltung ist anzuweisen, die von ihr in Auftrag gegebene monographische Beschreibung der Sowjetwirtschaften durch Fragen zu erweitern, die für die Kontrolle der Realisierung der genannten Punkte notwendig sind.

10. Die Verteilung des Grund und Bodens an die Sowjetwirtschaften ist besonders in der Hinsicht zu überprüfen, ob sie nicht über zu viel Land verfügen oder ob sich ihrer keine nichtproletarischen Organisationen bemächtigt haben.

11. Die Aufstellung von Kandidaten für die Sowjetwirtschaften in den Gouvernements- und Kreislandabteilungen muß zur Regel werden.

12. Die Instruktion und die Maßnahmen sind dem Rat der Volkskommissare vorzulegen, nachdem sie zuvor in der Kommission* Sereda, Sapronow, Wladimirski, Zjurupa, Miljutin und Golubew behandelt worden sind.**

Geschrieben im August 1919,
nicht später als am 5.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWÜRFE FÜR BESCHLÜSSE DES POLITBÜROS DES ZK ÜBER MASSNAHMEN ZUM KAMPF GEGEN MAMONTOW

1

Entwurf einer Resolution des Politbüros des ZK

Das Politbüro des ZK, das den Operationen Mamontows[137] größte Bedeutung beimißt und die *umgehende* Vernichtung seiner Truppen als eine *vordringliche* Angelegenheit betrachtet, beschließt:

* Hier wurden von L. A. Fotijewa die Worte „bestehend aus" eingefügt. *Die Red.*

** Weiter folgt im Manuskript der von L. A. Fotijewa geschriebene Zusatz: „Der Kommission ist eine Frist von einer Woche zu stellen. Mit der Einberufung und Berichterstattung ist Sereda zu beauftragen." *Die Red.*

1. die Aufmerksamkeit der Volkskommissare für Post- und Fernmeldewesen und für Verkehrswesen noch einmal darauf zu lenken, daß es gilt, alle Kräfte anzuspannen, um die *Post- und Fernmeldeverbindung im Raum der Mamontowschen* Operationen *zu verbessern* und *Truppenverschiebungen* dort selbst *zu beschleunigen.*

2. Gen. Trotzki wird beauftragt,

(a) den Entwurf für einen telegrafisch zu übermittelnden Appell an die Parteiorganisationen des betreffenden Gebiets auszuarbeiten, in dem diese *noch einmal* zu größerer Aktivität *aufgerufen* werden;

(b) zusammen mit Gen. Laschewitsch an allen Operationen zur Zerschlagung Mamontows, bis zu seiner völligen Liquidierung, teilzunehmen (wobei die Befehlsgewalt weiterhin bei Laschewitsch persönlich verbleibt), damit sich die Autorität des ZK und des Revolutionären Kriegsrats der Republik schneller und entschiedener auf alle diese Operationen auswirken kann[138];

(c) aus den Gouvernements Twer, Kostroma, Jaroslawl, Iwanowo-Wosnessensk Freiwillige zum Einsatz gegen Mamontow anzufordern.

2

Man muß sofort den *Entwurf* einer Direktive des Politbüros des ZK ausarbeiten.

Es wird als politisch notwendig erachtet,

1. die Verlegung der Belebejer baschkirischen Division nach Petrograd auf jede Weise zu beschleunigen und diese Truppenverschiebung so energisch wie möglich vorzunehmen;

2. von der 21. Division ist, sofern Tula ausreichend gesichert und der Norden überhaupt gegen Mamontow geschützt ist, ein bestimmter Teil, und zwar der größere, an die Südfront zu werfen, einmal, um Mamontow von Süden her zu fassen, und zum anderen, um an den Kämpfen an der Südfront teilzunehmen.

3

Ich schlage vor, den Beschluß des Politbüros (Maßnahmen gegen Mamontow) noch wie folgt zu ergänzen:

1. bei Umzingelung *für jeden Abschnitt* (ungefähr 10–30 Werst usw.) *verantwortliche Kommandeure* einsetzen, darunter 1–2 Kommunisten;

2. bei Weigerung, die Waggons zu verlassen, sofort erschießen;

3. eine Reihe weiterer drakonischer Maßnahmen einführen, um die Disziplin zu verbessern.

Laschewitsch + Trotzki werden ermächtigt, diese Maßnahmen durch gemeinsame Entscheidung *in Kraft zu setzen.*

((Noch **vor** Moskau zum Umkehren zwingen.))

+3. Die Abfertigung *jedes Militärzuges* der 21. Division, der zum unverzüglichen Einsatz gegen Mamontow bestimmt ist, *beschleunigen*, mit Verstärkung *(falls nötig)* durch Kommunisten.

Geschrieben Ende August 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE EINFÜHRUNG DER EINZELLEITUNG AN STELLE DES KOLLEGIALPRINZIPS IM TEXTILZENTRUM

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[139]

1. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, nach und nach die Zahl der Kollegiumsmitglieder zu reduzieren, insbesondere festzustellen, welche Erfahrungen man bei der Einzelleitung durch Kommunisten oder Spezialisten, denen kommunistische Kommissare beigegeben wurden, gemacht hat.

2. Neben der Erörterung und Beschlußfassung in den Kollegien ist das Prinzip der persönlichen Verantwortung für die Durchführung sowohl bestimmter Tätigkeitsarten als auch einzelner Operationen strikt durchzusetzen.

3. Nach 2 Monaten haben der Oberste Volkswirtschaftsrat und die anderen Kommissariate, denen Betriebe unterstehen, über die *faktische* Durchführung dieser Aufgaben Bericht zu erstatten (insbesondere darüber, wieviel Arbeiter sich praktisch Kenntnisse in der Verwaltungsarbeit aneignen und wie lange sie auf diesem Gebiet tätig sind).

Geschrieben am 4. September 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945
im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR G. W. TSCHITSCHERIN UND ENTSCHEIDUNG DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN LÄNDERN DER ENTENTE

Gen. Tschitscherin!

Ich schicke Ihnen die Entscheidung des Politbüros.[140]

Ihr *Lenin*

1. **Natürlich.**
2. *Nicht* im Namen der Regierung.
3. Die Abreise Litwinows beschleunigen.
4. Es mit einem Brief Gorkis bewenden lassen, ihm *aber nicht* gestatten, das Argument zu verwenden, wonach sich der Kampf in Ausrottung verwandelt.

Die Mitglieder des Politbüros: *Lenin**

Geschrieben im September 1919,
nicht vor dem 26.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

* Das Dokument ist außerdem unterzeichnet von L. B. Kamenew, L. D. Trotzki und N. N. Krestinski, der den Vorbehalt „bedingt einverstanden" machte. *Die Red.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN KONFLIKT ZWISCHEN DEM OBERSTEN VOLKSWIRTSCHAFTSRAT UND DEM KOMMISSARIAT FÜR STAATLICHE KONTROLLE[141]

Der Rat der Volkskommissare ist der Ansicht:

1. daß die Staatliche Kontrolle nicht einfach zum Verbotsstempel greifen durfte, sondern dem Obersten Volkswirtschaftsrat hätte vorschlagen müssen, die juristischen Abteilungen aufzulösen;

2. daß das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats unverzüglich die energischsten Maßnahmen treffen muß, um die in den meisten Fällen parasitären juristischen Abteilungen aufzulösen sowie zu unterbinden, daß die Mitglieder dieser Abteilungen in anderen Abteilungen Unterschlupf finden. Bericht über die Durchführung ist dem Kleinen Rat spätestens in einer Woche vorzulegen;

3. das Volkskommissariat für Justiz wird beauftragt, die Mitglieder der juristischen Abteilungen des Kommissariats für Ernährungswesen und des Obersten Volkswirtschaftsrats wegen Bürokratismus gerichtlich zu belangen. Bericht in einer Woche an den Kleinen Rat.

Geschrieben am 30. September 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

WÜNSCHE ZUR FRAGE DES GENOSSENSCHAFTSWESENS[142]

Es wäre wünschenswert

1. daß sich Solz in den Genossenschaften ausschließlich einer Tätigkeit widmet, die nichts mit Handel zu tun hat (Publizistik, Instrukteurtätigkeit u. ä.),

2. daß, falls eigene Ausgaben nicht möglich sind, die Herausgabe, d. h. Veröffentlichung in den „*Iswestija*", in der „*Prawda*" und der „**Bednota**"[143] erfolgt,

3. daß **umgehend** *Fakten*material – zumindest von kleinen Bezirken – darüber gesammelt *wird*, **inwieweit** das Dekret[144] allgemein (in allen seinen Teilen) verwirklicht wird, wie auch besonders über Methoden der Erfassung und Verteilung (Organe, Formen, Bedingungen, Ausnahmen usw.) und über die Umwandlung bzw. beginnende Umwandlung der bürgerlichen Genossenschaften in kommunistische usw.

Geschrieben am 9. Oktober 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

UNTERREDUNG MIT DEM AFGHANISCHEN AUSSERORDENTLICHEN GESANDTEN MOHAMMED WALI KHAN 14. OKTOBER 1919[145]

Zeitungsbericht

Gen. Lenin empfing den Gesandten in seinem Arbeitszimmer mit den Worten: „Ich freue mich sehr, einen Vertreter des uns freundschaftlich gesinnten afghanischen Volkes, das Schweres zu ertragen hat und gegen das imperialistische Joch kämpft, in der roten Metropole der Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu begrüßen." Der Gesandte erwiderte hierauf: „Ich reiche Ihnen die Freundeshand und hoffe, daß Sie dem gesamten Osten helfen werden, sich vom Joch des europäischen Imperialismus zu befreien." In der sich daran anschließenden Unterhaltung sagte Gen. Lenin, die Sowjetmacht, die Macht der Werktätigen und Unterdrückten, erstrebe gerade das, wovon der afghanische Außerordentliche Gesandte gesprochen habe, es sei aber notwendig, daß der mohammedanische Osten dies versteht und Sowjetrußland in dem großen Befreiungskrieg hilft. Der Gesandte entgegnete darauf, er könne versichern, daß der mohammeda-

nische Osten dies verstanden habe und die Stunde nicht mehr fern sei, da die ganze Welt sehen wird, daß für den europäischen Imperialismus im Osten kein Platz ist.

Der Gesandte erhob sich sodann und übergab Genossen Lenin ein Schreiben des Emirs mit den Worten: „Ich habe die Ehre, dem Oberhaupt der freien russischen proletarischen Regierung ein Schreiben meines Gebieters zu überreichen, und hoffe, daß das, was die afghanische Regierung mitzuteilen hat, die Aufmerksamkeit der Sowjetmacht auf sich ziehen wird." Gen. Lenin antwortete, daß er das Schreiben mit tiefer Befriedigung entgegennehme und verspreche, alle Afghanistan interessierenden Fragen bald zu beantworten.[146]

„Prawda" Nr. 232 und
„Iswestija WZIK" Nr. 232,
17. Oktober 1919.

Nach dem Text der „Prawda".

ANSPRACHE AN KOMMUNISTISCHE ARBEITER VON IWANOWO-WOSNESSENSK VOR IHREM ABRÜCKEN AN DIE FRONT 24. OKTOBER 1919[147]

Zeitungsbericht

In seiner Rede gab Gen. Lenin einen Überblick über die allgemeine Lage an unseren Fronten und wies darauf hin, daß es Aufgabe eines jeden bewußten Arbeiters sein muß, auf jede Weise zur geregelten Versorgung unserer Fronten mit Kriegsmaterial, Lebensmitteln, Bekleidung usw. beizutragen.

Er brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß die kommunistischen Arbeiter von Iwanowo-Wosnessensk es verstehen werden, die Bauern im Frontgebiet günstig zu beeinflussen und bei der politischen Arbeit unter den Kosaken große Erfolge zu erzielen.

„Prawda" Nr. 239,
25. Oktober 1919.

Nach dem Text der „Prawda".

ANSPRACHE AN DIE TEILNEHMER EINES LEHRGANGS FÜR AUSSERSCHULISCHE BILDUNG VOR IHREM ABRÜCKEN AN DIE FRONT 28. OKTOBER 1919

Die Konferenz wird mit einer Ansprache W. I. Lenins eröffnet. Lenin begrüßt die Lehrgangsteilnehmer, die beschlossen haben, zur Unterstützung der Roten Armee an die Front zu gehen, und gibt eine eindrucksvolle Schilderung der gegenwärtigen Lage an allen Fronten und im Hinterland des Feindes.

Die Bourgeoisie, sowohl die russische als auch die im Westen, hat zu früh begonnen, den Sieg zu feiern. Koltschak wird von den roten Truppen gejagt. Die Denikintruppen weichen bei Orjol zurück. Bei den Truppen der Weißen greifen Zersetzungserscheinungen um sich. Im Hinterland Denikins löst ein Aufstand den anderen ab. Jetzt haben sich sogar die wohlhabenden Kosaken gegen ihn gewandt.

Die Kräfte Judenitschs sind unbedeutend, er stützt sich vorwiegend auf die Engländer. England hat ihm eine große Flotte geschickt. Judenitsch wollte mit seiner Offensive Denikin retten, wollte die Kräfte von ihm ablenken, doch das ist ihm nicht gelungen: die Petrograder Arbeiter haben einen beispielhaften Heroismus bewiesen. Europa verfolgt den Ausgang des Kampfes mit gespanntem Interesse. Die Arbeiter Frankreichs und Englands haben bereits gegen den Überfall auf Rußland protestiert. In diesen Ländern faßt der Bolschewismus immer fester Fuß. Die Wahlen in Frankreich sind in dieser Beziehung sehr bezeichnend[148] ... Unser Hauptaugenmerk ist gegenwärtig auf die Südfront gerichtet, wo unsagbar blutige Schlachten stattfinden, wo nicht nur das Schicksal der russischen Revolution, sondern auch das der Revolution im Westen entschieden wird ...

Die Offizierskorps Denikins sind vorzüglich ausgerüstet. Angesichts der Aufstände im Hinterland schlagen sie sich mit größter Erbitterung. Doch das Bewußtsein der Arbeiter- und Bauernmassen wird immer klarer, ein großer Aufschwung zeichnet sich ab. Unsere Schwäche besteht darin, daß wir unter den Arbeitern und Bauern zu wenig erfahrene Funktionäre haben. Deshalb gibt es in unseren Institutionen so viele alte Beamte,

Saboteure usw. Man muß die besten Kräfte aus dem Volke auswählen, ihnen Wissen vermitteln....

Wichtig ist, daß politisch bewußte Menschen, die mit den Bauern zu reden verstehen, den Geist in der Armee heben, und deshalb muß jeder, der an die Front geht, beispiellose Tapferkeit und Selbstaufopferung an den Tag legen. Dann wird der Sieg unser sein. Wir werden die Verkehrswege frei machen und Getreide heranschaffen ...

Zum erstenmal veröffentlicht 1960 in der Zeitschrift „Kommunist" Nr. 6.

Nach einem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

VORSCHLÄGE ZUR FRAGE EINES EINHEITLICHEN ORGANS FÜR DIE FORSTWIRTSCHAFT[149]

1. Wechselseitige Kontrolle der Institutionen*
2. beschleunigte Festsetzung und Zuweisung von Holzschlägen
3. Ausnutzung der Arbeitskraft von Forstspezialisten
4. andere Maßnahmen zur schnelleren und besseren Brennstoffversorgung
5. müßte man nicht zusammenlegen?**

Geschrieben am 11. November 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

* Gemeint sind die für die Forstwirtschaft zuständigen Institutionen. *Die Red.*

** Gemeint ist die Schaffung eines einheitlichen Organs für die Forstwirtschaft. *Die Red.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KARTOFFELBESCHAFFUNG[150]

Als Grundlage werden der Entwurf des Kommissariats für Ernährungswesen und § 4 des Entwurfs des Obersten Volkswirtschaftsrats bestätigt.[151]

Für die detaillierte Ausarbeitung des gesamten Entwurfs wird eine Kommission gebildet mit dem Ziel, mit größter Genauigkeit sowohl die einzelnen Bezirke (in den §§ des Volkskommissariats für Ernährungswesen) als auch konkrete Maßnahmen festzulegen zur Verstärkung der Lebensmittelabteilungen an bestimmten Punkten, zur Einbeziehung von Arbeitern sowie zur Bestimmung des Umfangs der notwendigen und möglichen Lieferung von Spiritus, Stärke usw.

Die Kommission formuliert präzise die Verantwortung, die das Kommissariat für Ernährungswesen bei der Erfüllung aller außerordentlichen Maßnahmen und ihrer Durchsetzung auf revolutionärem Wege trägt, damit diese Verantwortung in der weiteren Politik des Rats der Volkskommissare berücksichtigt werden kann.

Die Kommission besteht aus Scheinman (+ 2 des K. f. Ern.*)
Rykow
Schmidt
Kamenew
Awanessow (oder jemand von der Gesamtrussischen Tscheka)
Markow

Die Kommission erhält eine Frist von zwei Tagen, der Rat der Volkskommissare wird für Freitag einberufen.[152]

Geschrieben am 18. November 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

* Gemeint sind zwei Vertreter des Kommissariats für Ernährungswesen. *Die Red.*

NOTIZEN WÄHREND EINER BESPRECHUNG MIT DELEGIERTEN DES II. GESAMTRUSSISCHEN KONGRESSES DER KOMMUNISTISCHEN ORGANISATIONEN DER VÖLKER DES OSTENS[153]

Besprechung 21. XI. 1919

A) Hauptaufgaben: prinzipielle Bedeutung der kommunistischen Organisationen und Parteien des Ostens.

B) Parteiorganisatorische Fragen.

C) Fragen der staatlichen Verwaltung.

Das territoriale Prinzip und das der Exterritorialität verbinden

+ Exterritorialität?

D) Die *konkreten Fragen jeder Nation*, entsprechend ihrer Entwicklungsstufe, ihren Besonderheiten usw.

+ Engstes Bündnis mit den russischen *werktätigen* Massen.

E) Methoden und Maßnahmen zur Verbindung mit der *armen Bauernschaft, mit den Werktätigen, mit den Ausgebeuteten* *jeder* Nation gegen ihre Bürokratie, ihre Feudalherren, ihre Bourgeoisie.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B)

Beschluß des ZK (29. XI. 1919)

Sehr dringend.

Tschitscherin wird beauftragt, zum Sowjetkongreß ausführliche Thesen für ein kurzes Referat über den Frieden und den Text einer Erklärung des Sowjetkongresses auszuarbeiten.[154] Dieser Text muß ein

direktes Friedensangebot und ein direktes Angebot zu Friedensverhandlungen enthalten, ohne Bedingungen zu erwähnen (es ist eine solche Variante vorzulegen, die alle früheren Friedensangebote bekräftigt, uns jedoch nicht bindet).

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ZUM BESCHLUSSENTWURF DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ZUSAMMENSETZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZEK[155]

1. Nicht alle Volkskommissare (auch nicht den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare) und stellvertretenden Volkskommissare aufnehmen.
2. Bei den übrigen Mitgliedern den Anteil der „Intellektuellen" und der Angestellten zentraler Sowjetbehörden verringern.
3. Den Anteil der Arbeiter und werktätigen Bauern, die aufs engste mit der Masse der parteilosen Arbeiter und Bauern verbunden sind, bedeutend erhöhen.
6. Genau mit dem Beschluß des Parteitags in Einklang bringen.[156]

Geschrieben am 29. November 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ÜBER DIE VERBESSERUNG DER VERWALTUNG DER EISENBAHNEN

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[157]

Der Rat der Volkskommissare beauftragt das Volkskommissariat für Verkehrswesen, innerhalb einer Woche ein ausführliches Dekret (bzw.

eine Instruktion) über die Beteiligung der Arbeiter und Arbeiterorganisationen, insbesondere der Gewerkschaften, an der Verwaltung der Eisenbahnen sowie über die Schulung der Arbeiter in Verwaltungsfragen usw. auszuarbeiten.

Geschrieben am 2. Dezember 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DER BESTIMMUNGEN ÜBER DAS BÜRO DER FRAKTION DER KPR(B) BEIM GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALRAT DER GEWERKSCHAFTEN[158]

1. Sowohl Gen. Tomski als auch das gesamte Büro der Fraktion beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften (dieses Büro muß unbedingt vom Zentralkomitee der KPR bestätigt werden) sind unbedingt stets zu den Sitzungen des Orgbüros des ZK der KPR einzuladen, wenn es um Fragen der Gewerkschaftsbewegung geht.
2. Das Büro der Fraktion beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften arbeitet ein ausführliches Statut aus, das die Beziehungen zwischen ihm und dem Orgbüro des ZK regelt. Dieses Statut ist vom Orgbüro zu bestätigen.
3. Die „Bestimmungen über die Fraktion der KPR beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften" sind wie folgt abzuändern

   in § 1 ist „führende" zu streichen[159]

   in den §§ 3[160] und ? ist „der ZK" (der Vereinigungen) einzufügen.

   Alles im Hinblick auf die Formulierung der einzelnen Paragraphen durchsehen*

* Der Text von „sind wie folgt abzuändern" bis „durchsehen" ist im Manuskript von W. I. Lenin gestrichen. *Die Red.*

wie oben angegeben durchsehen, dabei den Entwurf als Grundlage nehmen und nur in redaktioneller Hinsicht verbessern.

Geschrieben im Dezember 1919, nicht vor dem 4.
Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 39.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE ARBEIT DES APPARATS DER ORGANE DES ERNÄHRUNGSWESENS

Resolutionsentwurf

Zur Erörterung der Frage ist eine Kommission zu wählen.

Die wichtigste und dringendste Aufgabe muß sein, erstens den Apparat der Organe des Ernährungswesens zu erneuern und zu reorganisieren, zweitens Initiative in der Arbeit dieser Institutionen selbst zu entwickeln.

Als praktische Mittel zur Verwirklichung dieser Aufgaben sind vorzusehen:

Einbeziehung der Arbeitergenossenschaften, die sich in breitestem Umfange beteiligen sollten;

dito – wenngleich in geringerem Maße – der bürgerlichen Genossenschaften;

raschere Entwicklung der Arbeiterinspektion für das Ernährungswesen zu einer Organisation, die die Arbeiter in alle Bereiche des Ernährungswesens einbezieht;

für einzelne Gruppen von Angestellten, Arbeitern und für speziell vorgeschlagene Personen aus allen Bevölkerungskreisen ist ein Prämiensystem einzuführen, das ihre Teilnahme an der Arbeit regelt und einen Anreiz schafft.

Auf diese Aufgaben soll sich die Kommission jedoch nicht beschränken, sondern sie so auffassen, daß sie die allgemeine Richtung ihrer Arbeit annähernd festlegen.

In die Kommission
sind Personen zu wählen, die nicht im Ernährungswesen tätig sind.
Für die Kommission schlage ich vor
Kamenew
W. D. Bontsch-Brujewitsch
Schmidt

Ohne Aufnahme in die Kommission sollte unbedingt herangezogen werden	*Orlow*, der Verfasser des Buches „Die Arbeit der Sowjetmacht auf dem Gebiet des Ernährungswesens".

Jakowlewa
Sosnowski.

Geschrieben am 6. Dezember 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

ROHENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE LEBENSMITTELVERSORGUNG MOSKAUS[161]

(„Konstatierung")

Arbeiterration?

1. Den Vertrag offiziell unterzeichnen[162]
2. Die täglichen Informationen wieder einführen[163]
3. Arbeiter für das Verkehrswesen mobilisieren

genau über die Ablieferungsstellen und den Zustand des Verkehrswesens informieren

den Moskauer Gewerkschaftsrat + das Volkskommissariat für Verkehrswesen beauftragen

4. Besonders eilig Maßnahmen zum Heranschaffen von Kartoffeln erörtern und die Anlieferung kontrollieren.
5. Die Sonderzuteilung (von Fleisch?) bestätigen.

Geschrieben am 6. Dezember 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ABSENDUNG VON DIREKTZÜGEN MIT GETREIDE NACH MOSKAU[164]

1. Das Kommissariat für Ernährungswesen wird für schuldig befunden, bei der Erledigung eines äußerst wichtigen Auftrags außerordentliche Sorglosigkeit gezeigt zu haben.

2. Über das Volkskommissariat für Post- und Fernmeldewesen ist *innerhalb einer Stunde*, nachdem sich endgültig herausgestellt hat, daß es unmöglich ist, eine direkte Leitung und auf ihr eine Antwort zu bekommen, offiziell beim Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Beschwerde zu führen.[165]

3. Gegen die Gouvernementskommissare für Ernährungswesen ist wegen Nichterfüllung einer Anordnung des Volkskommissariats für Ernährungswesen bzw. wegen Nachlässigkeit bei ihrer Durchführung ein Untersuchungsverfahren einzuleiten.[166]

4. In das Kommissariat für Ernährungswesen ist ein Beamter zu entsenden, der für das exakte Funktionieren der Leitungen verantwortlich ist.

5. Zur Kontrolle der Durchführung und zur Erörterung des Beschlusses über die Anordnungen ist der Rat der Volkskommissare für Sonnabend* einzuberufen.

---

* Gemeint ist der 27. Dezember 1919. *Die Red.*

6. Vom Volkskommissariat für Post- und Fernmeldewesen sind schriftliche Erklärungen anzufordern, weshalb die Telegramme des Volkskommissariats für Ernährungswesen nicht pünktlich zugestellt wurden und welche Maßnahmen oder Gesetzesänderungen notwendig sind, damit die Anordnungen des Kommissariats für Ernährungswesen unter allen Umständen schnellstens weitergeleitet werden.

Geschrieben am 23. Dezember 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN P. I. POPOW

(Über den Verbrauch der Bevölkerung der RSFSR vor und nach der Oktoberrevolution)[167]

1

Gen. Popow! Seien Sie so freundlich – wenn es Ihnen keine Umstände bereitet – und schicken Sie mir die beiliegende Tabelle mit Ihrer Stellungnahme zurück:

Kann man vom Standpunkt der wissenschaftlichen Statistik und ihrer gegenwärtigen Angaben über Rußland

(aa) eine derartige Tabelle anfertigen, oder ist das nicht möglich (beispielsweise infolge unzureichender Angaben)?

(bb) Wenn es möglich ist, welche hauptsächlichen Korrekturen wären vorzunehmen?

(cc) Würde es wohl einer Ihrer Spezialisten übernehmen, eine derartige Tabelle anzufertigen (sei es auch mit größeren Schwankungen „von – bis")?

Ihr *Lenin*

2

Nehmen wir an (rund gerechnet, der Einfachheit halber und damit es sich leichter einprägt), daß die Bevölkerung der RSFSR = 50 Millionen

Wie ist ihre Ernährung? (jetzt)	% der Bevölkerung	Wie war ihre Ernährung vor dem Krieg (vor 1914–1917)? im Durchschnitt der, sagen wir, 10, 15 Jahre vor dem Krieg
a) 10 Mill. Arbeiter = 50–60% der Norm	20%	70–80% der Norm
b) 20 Mill. arme Bauern = 70–80% der Norm	40%	50–60% der Norm
c) 15 Mill. Mittelbauern = 90–100% der Norm	30%	60–70% der Norm oder 90%?
d) 4 Mill. reiche Bauern = 120–150% der Norm	8%	100% der Norm oder 110–120%?
e) 1 Mill. ehemalige Gutsbesitzer, Kapitalisten, höhere Angestellte usw. = 60–70% der Norm	2%	150–200% der Norm
	100%	

{ Als Norm muß gelten, wieviel der Mensch – nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen – an Brot, Fleisch, Milch, Eiern usw. braucht, }

d. h. nicht die Kalorienmenge, sondern Quantität und Qualität der Speisen sind die Norm.

Unter Arbeitern sind Industriearbeiter zu verstehen, die nicht proletarische Stadtbevölkerung wird zu den entsprechenden Gruppen **c** und **d** gezählt.

Soziale Typen:
a) proletarische und halbproletarische Stadtbevölkerung
b) dgl. – Landbevölkerung
c) Mittelbauernschaft und die ihr am nächsten stehende kleinbürgerliche Bevölkerung überhaupt
d) reiche Bauernschaft und mittlere städtische Bourgeoisie
e) obere Klassen.

Geschrieben in der zweiten Dezemberhälfte 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERSORGUNG DER ARBEITER MIT KLEIDUNG UND SCHUHWERK[168]

Der Kleine Rat wird beauftragt, umgehend, auf jeden Fall bis Sonnabend*, seinen Beschluß zu überprüfen, wobei alle prinzipiellen und allgemeinen Teile zu belassen, jedoch die Zahlen für das, was an die Arbeiter ausgegeben wird, entsprechend den neuen militärischen Aufgaben zur Vergrößerung der Armee zu verändern sind. Genosse Rykow wird verpflichtet, seinem Bevollmächtigten ein präzises Mandat zu geben und nur ihn zu schicken.[169]

Geschrieben am 30. Dezember 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

* Gemeint ist der 3. Januar 1920. *Die Red.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE INSTRUKTION ZUR BESCHAFFUNG VON ROHSTOFF[170]

Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats wird beauftragt, bis Sonnabend* die Instruktion so umzuarbeiten, daß der Beschluß des VII. Sowjetkongresses vollständig verwirklicht wird, insbesondere

1. zur Frage des Einspruchsrechts[171],
2. das Prinzip der Ablieferungspflicht strenger und vollständiger zu verwirklichen;
3. detailliert die Rechte und Bedingungen für die Entfaltung der örtlichen Initiative und die Stimulierung ihrer Erfolge festzulegen;
4. Methoden des Kampfes gegen den Bürokratismus auszuarbeiten.

Innerhalb einer Woche ist der gesamte Entwurf der Instruktion, von dem im Beschluß des VII. Sowjetkongresses die Rede ist, vorzulegen.[172]

Geschrieben am 30. Dezember 1919.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE TRANSPORTABTEILUNG DER GESAMTRUSSISCHEN TSCHEKA

Entwurf eines Beschlusses des Rats für Verteidigung[173]

16. I. 1920

Die Gesamtrussische Tscheka ist verpflichtet, innerhalb von 3 Wochen eine ausführliche Instruktion herauszugeben, die nicht nur die Vorschriften für die Tätigkeit der Transportabteilung der Gesamtrussischen Tscheka fixiert, sondern auch festlegt, daß die Beauftragten der Transportabteilung die volle Verantwortung tragen, wenn Fälle von Sabotage oder Spekulation nicht bemerkt oder verschwiegen werden.

* Gemeint ist der 3. Januar 1920. *Die Red.*

Insbesondere sollen die Beauftragten der Transportabteilung mit den kommunistischen Zellen und Gewerkschaftsgruppen des wirklich proletarischen Teils der Eisenbahnarbeiter, der seine Dienststellung nicht zu systematischer Spekulation ausnutzt, Kontakt haben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten wird angewiesen, gegenüber der Aserbaidshanischen Regierung eine Politik größter Zurückhaltung und des Mißtrauens zu betreiben, da diese Regierung unseren Vorschlag betreffs gemeinsamer militärischer Aktionen gegen Denikin zurückgewiesen hat und die Streitkräfte Englands unterstützt, die im Raum des Kaspischen Meeres gegen uns operieren. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten soll entschieden gegen ein derartiges Verhalten der Aserbaidshanischen Regierung protestieren, dabei aber mit allem Nachdruck betonen, daß wir das Recht der werktätigen Massen jeder Nation auf Selbstbestimmung stets anerkennen.[174]

Geschrieben im Januar 1920, nicht vor dem 17.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

BESCHLUSS DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUM VERSUCH DER ENTENTE, ÜBER DIE RUSSISCHEN GENOSSENSCHAFTEN HANDELSBEZIEHUNGEN MIT RUSSLAND AUFZUNEHMEN

Da die Entente beabsichtigt, den Warenaustausch über die Genossenschaften vorzunehmen, offensichtlich mit dem Ziel, die Genossenschaften

als Apparat zur Wiederherstellung des Kapitalismus auszunutzen, beauftragt das ZK den Vorsitzenden des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften, das Volkskommissariat für Ernährungswesen, den Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats und das Volkskommissariat für Handel, die Frage der Genossenschaften unter diesem Gesichtspunkt sehr eingehend zu beraten und unverzüglich Maßnahmen auszuarbeiten, die gewährleisten, daß wir den Genossenschaftsapparat fest in die Hand bekommen, in erster Linie an all den Stellen, über die der Warenaustausch in die Wege geleitet werden kann (Ukraine, Ferner Osten).

Geschrieben am 17. oder 18. Januar 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 40.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) IM ZUSAMMENHANG MIT DEM PROTEST DES OBERKOMMANDIERENDEN GEGEN DEN BEFEHL AN DEN BEFEHLSHABER DER TURKESTANISCHEN FRONT[175]

1. Der von Lenin und Trotzki telegrafisch erteilte Befehl wird als richtig anerkannt.
2. Der Protest gegen die Form dieses Befehls wird als unerwünschte Äußerung von Militärbürokratismus gewertet.
3. Dem Oberkommandierenden wird mitgeteilt, daß sein durch Gen. Smilga übermittelter mündlicher Protest geprüft und für falsch befunden wurde. Wenn eine Stellungnahme gefordert wird, ist eine solche abzugeben.

Geschrieben am 17. oder 18. Januar 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

DIREKTIVE DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ARBEITERINSPEKTION[176]

Das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK und die Staatliche Kontrolle werden angewiesen, sich von folgender Direktive des ZK der KPR leiten zu lassen:

1. Auf keinem Gebiet der staatlichen Verwaltung neue Institutionen schaffen, sondern die Arbeit der vorhandenen Volkskommissariate verbessern.

2. Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion allseitig ausbauen, verstärken und erweitern, wobei die gesamte Arbeit darauf gerichtet sein muß, die Staatliche Kontrolle vollständig zu „proletarisieren" (und zu „verbäuerlichen").

3. In die Arbeiterinspektion keine qualifizierten Arbeiter aufnehmen, sondern lediglich ungelernte Arbeiter und vorwiegend Frauen.

4. Unter Beteiligung von Awanessow sofort einen neuen Entwurf über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion bei der Staatlichen Kontrolle ausarbeiten und dem Politbüro spätestens am 28. I. 1920 vorlegen.

Geschrieben am 23. Januar 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VIII.
Nach dem Manuskript.

ANWEISUNGEN ZUR ARBEIT DER AGITATIONS- UND INSTRUKTEURZÜGE UND -DAMPFER[177]

1. Spezielles:

1. Der ökonomische und praktische Bereich der Arbeit der Züge und Dampfer ist durch die Einbeziehung von Agronomen und Technikern in die Politabteilungen, durch eine gute Auswahl von technischer Literatur, von Filmen entsprechenden Inhalts u. ä. zu verstärken.

2. Durch das Komitee für Filmwesen sind Filme über die Produktion (die verschiedenen Zweige der Produktion), über die Landwirtschaft und Industrie, antireligiöse und wissenschaftliche Filme herzustellen; der Roh-

film dafür ist umgehend über Gen. Litwinow im Ausland zu bestellen. Die telegrafische Bestellung ist Genossen Lenin zur Unterschrift vorzulegen.

3. Für die einzelnen Amtsbezirke ist als Anschauungsmaterial eine Karte großen Maßstabs auszuarbeiten, die die gesamte geleistete Arbeit und die von ihr erfaßten Gebiete demonstriert. Diese Karte ist an einer Stelle anzubringen, an der viele Menschen vorbeikommen und die frei zugänglich ist.

4. Die bei den Fahrten gewonnenen Materialien sind auszuwerten und zur Herstellung von anschaulichen Darstellungen, Diagrammen u. ä. zu nutzen.

5. Die Aufmerksamkeit ist auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Filmauswahl und auf die während ihrer Vorführung erzielte Wirkung zu richten.

6. Die Arbeit der Züge und Dampfer ist durch verstärktes Mitführen von Hilfstransportmitteln (Motorräder, Autos, Fahrräder) sowie durch Ausnutzung örtlicher Transportmittel auch auf Gebiete auszudehnen, die nicht unmittelbar an der Bahnstrecke und am Ufer liegen.

7. Im Ausland ist eine Vertretung zum Ankauf und Versand von Filmen, Rohfilm und jeder Art kinematographischen Materials einzurichten.

8. Aufmerksamkeit ist auf die Auswahl der Mitarbeiter der Züge und Dampfer zu richten.

9. Gen. Burow erhält das Recht, sich in Fragen der Instrukteurzüge und -dampfer des Gesamtrussischen ZEK in dringenden Fällen direkt, in weniger dringenden Fällen über den Sekretär an Gen. Lenin zu wenden.

2. Allgemeines:

1. Über das ZK der Partei wird unverzüglich eine Versammlung von Vertretern des Gesamtrussischen ZEK, des ZK, der Volkskommissariate und der politischen Mitarbeiter der Züge und Dampfer einberufen. Die genannte Versammlung soll sich mit den Arbeitsergebnissen der Züge und Dampfer vertraut machen und im Namen des Gesamtrussischen ZEK, des ZK und des Rats der Volkskommissare Bestimmungen über die Fahrten ausarbeiten.

2. Die ausgearbeiteten Bestimmungen werden von Gen. Lenin dem ZK und dem Rat der Volkskommissare zur Beschlußfassung vorgelegt.

3. Es ist vorgesehen, beim Rat der Volkskommissare eine ständige

Sonderkommission zu bilden, die die Arbeit der Züge und Dampfer entsprechend den ausgearbeiteten Bestimmungen anleitet.

Geschrieben am 25. Januar 1920.
Unvollständig veröffentlicht 1920 in dem Sammelband „Die Agitationsdampfer und -züge des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. Ihre Geschichte, ihr Apparat, die Formen und Methoden ihrer Arbeit", Moskau.
Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1932 in dem Buch: N. K. Krupskaja. Gesammelte Werke, Bd. II, „Die politisch-kulturelle Aufklärungsarbeit".

Nach dem Text des Buches.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DAS ENTLADEN VON KARTOFFELN UND DAS RÄUMEN DER MOSKAUER STRASSEN UND EISENBAHNSTRECKEN VON SCHNEE[178]

1. Das Kommissariat für Ernährungswesen wird beauftragt, innerhalb von 3 Tagen einen Beschluß über eine nochmalige Kartoffelkampagne auszuarbeiten und dem Rat der Volkskommissare vorzulegen.[179]

2. Burdukow + Kamenew, Dzierzynski, Kurski werden beauftragt, über die Anzahl der erwachsenen und gesunden Männer, ihre arbeitsfreie Zeit und ihren Einsatz bei dringenden Arbeiten in der Stadt Angaben beizubringen sowie einen Beschlußentwurf über ihren Einsatz vorzulegen.

3. Die Gesamtrussische Tscheka wird beauftragt, einen verantwortlichen, erfahrenen Untersuchungsrichter, der Parteimitglied ist, einzusetzen, der die Angaben über die völlig unbefriedigende Organisation der Arbeitspflicht in Moskau sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten zu untersuchen hat.

Berichterstattung im Rat der Volkskommissare durch Dzierzynski oder seinen Stellvertreter in 4 Tagen.

4. Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten wird beauftragt,

energischere Maßnahmen zu ergreifen, damit der Pflicht zur Schneebeseitigung nachgekommen wird, und darüber innerhalb von 3 Tagen im Rat der Volkskommissare Bericht zu erstatten.[180]

Geschrieben am 27. Januar 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF EINER VERORDNUNG ÜBER DIE PRÄMIERUNG VON ARBEITERN UND ANGESTELLTEN

1. II. 1920

Hinsichtlich der Prämierung kommen ernste Zweifel auf.

§ 4 – eine völlig willkürliche Festsetzung der Norm (50% – genau 50% – von der „besten", d. h. dann, wenn beste Maschinen usw. vorhanden sind. Das ist ganz willkürlich. Geht das nicht exakter? Soll man die Normen zwecks Kontrolle veröffentlichen? Oder sie für die Wissenschaftlich-technische Abteilung usw. zusammenstellen und in einem Bulletin veröffentlichen?).

Abschließender Bericht: Höhe der Prämien. Rechenschaftslegung hierüber ist nicht vorgesehen. Wird dann nicht jeder Mißbrauch faktisch legalisiert?

Man soll die *Verbraucher* zur Kontrolle der Normen heranziehen. Gibt es hierfür keine Beispiele? Bei den Genossenschaften? usw.

Der Entwurf ist großspurig, abstrakt, unsachlich, er verspricht alles und kontrolliert nichts.[181]

Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. *Nach dem Manuskript.*

REDE IN EINER BERATUNG DER VORSITZENDEN DER GOUVERNEMENTS- UND KREISEXEKUTIVKOMITEES 1. FEBRUAR 1920

In der Beratung der Vorsitzenden der Exekutivkomitees, die vor Eröffnung der Tagung[182] stattfand, sagte Genosse Lenin zur gegenwärtigen Lage:

Soweit die internationale Lage bleibt, wie sie jetzt ist, und die ganze Situation, der ganze Verlauf der Ereignisse zeugen davon, daß sie stabil ist, müssen wir Aufgaben der Wirtschaft in den Vordergrund rücken. Was aber das Verkehrswesen anbelangt, so genügt es nicht, es nur in den Vordergrund zu rücken, sondern wir müssen ihm mit allen Mitteln helfen, müssen es vor der herannahenden Katastrophe retten. Bei uns bleiben Getreidezüge stecken; wir haben mehr Getreide, als wir heranschaffen können. Die militärischen Operationen werden oft erschwert, weil es an Transportmitteln fehlt. Der Februar ist der schwierigste Monat für das Verkehrswesen, und wir stehen buchstäblich vor einer Katastrophe.

Uns droht Gefahr von seiten des Verkehrswesens, das stärker zerrüttet ist als im Oktober – der Zeit der größten Erfolge von Judenitsch und Denikin. Es bedarf größerer Energie zur Rettung des Verkehrswesens. Hier müssen wir immer und immer wieder Mobilmachungen vornehmen. Wir werden gezwungen sein, einer ganzen Reihe von Institutionen immer wieder Mitarbeiter wegzunehmen, um sie gegen die Zerrüttung im Verkehrswesen einzusetzen.

Die ganze Kunst des Regierens und der Politik besteht darin, rechtzeitig zu erkennen und zu wissen, worauf wir unsere Hauptkräfte und unsere Aufmerksamkeit konzentrieren müssen. Jetzt müssen wir das Verkehrswesen innerhalb von zwei Monaten auf die Beine bringen. Wenn wir nicht innerhalb von zwei Monaten im Verkehrswesen das gleiche Wunder vollbringen wie in bezug auf Koltschak, droht uns eine Katastrophe.

Es bedarf einer Reihe energischer und revolutionärer Maßnahmen. Das ist eine militärische Aufgabe, eine Kampfaufgabe, und sie erfordert Kampfaktionen wie im Kriege.

„Krasnaja Gaseta" (Petrograd)
Nr. 24, 3. Februar 1920.

Nach dem Text der
„Krasnaja Gaseta".

ENTWURF VON BESCHLÜSSEN DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG ÜBER DIE LAGE IM VERKEHRSWESEN

Sitzung 2. II. 1920[183]

1. 50→100% Direktzüge.
2. Kasaner Eisenbahn.
3. Samara–Slatoust–Tscheljabinsk
   ?
   { die Lebensmitteltransporte *beschleunigen.*
4. Die Verladung von Lebensmitteln im Raum Tscheljabinsk intensivieren.
5. In die Reparaturwerkstätten (Petrograds und Moskaus) verantwortliche Mitarbeiter entsenden.
6. Prämien in Form von Bekleidungsgegenständen.
7. Reparaturzüge an der Westfront.
8. Entsendung Arshanows.
9. Militärische Stellvertreter der Leiter der Eisenbahnlinien.
10. 1 Eisenbahnlinie der Armee unterstellen.
11. Mitarbeiter der Gesamtrussischen Tscheka für die Arbeit im Verkehrswesen freistellen.
12. Die Reparaturbetriebe den Verkehrsbetrieben gleichstellen.
13. Die Vorräte des Sonderbevollmächtigten*, die dem Kommissariat für Ernährungswesen zur Verfügung gestellt worden sind, für die Arbeiter des Verkehrswesens verwenden.

14. Die Eisenbahnspezialisten aus dem Komitee für staatliche Bauvorhaben und anderen Abteilungen des Obersten Volkswirtschaftsrats sowie anderen Institutionen im Verkehrswesen einsetzen. }	Mobilisierung

15. Die Anzahl der Militärpersonen, die zum Kampf gegen die Schneeverwehungen eingesetzt sind, erhöhen (40 000).
16. ad *5* + Mitglieder des Gesamtrussischen ZEK.

---

* Gemeint ist der Sonderbevollmächtigte des Rats für Verteidigung für die Versorgung der Roten Armee und der Flotte. *Die Red.*

17. Die Subbotniks für Reparaturarbeiten intensivieren.
18. Ausnahmezustand 30–50 Werst.
19. Die Amtsbezirke entlang den Eisenbahnlinien durch Mitarbeiter verstärken.
20. Die Arbeit auf dem Gebiet der Brennstoffversorgung besonders forcieren.
21. Das Orgbüro des ZK ersuchen, ein Rundschreiben für die Partei herauszugeben und die Arbeit in der angegebenen Richtung zu verstärken.
22. Den Transportplan zwecks Verstärkung der Lebensmittel- und Brennstofftransporte überprüfen.
23. Einige Werke schließen und auf Reparaturarbeiten umstellen.
24. Beschaffung von Schaufeln und Handschuhen.
25. Schneepflüge und ihre Verteilung.
26. Instruierung der Beauftragten des Streckendienstes.

ZUSATZ ZU DEN BESCHLÜSSEN DES RATS FÜR VERTEIDIGUNG ÜBER DIE LAGE IM VERKEHRSWESEN

Ich mache alle leitenden Sowjetfunktionäre nachdrücklich auf diese Beschlüsse aufmerksam. Die Lage im Verkehrswesen ist katastrophal. Um es zu retten, sind wahrhaft heroische und revolutionäre Maßnahmen erforderlich.

2. II. 1920 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

ÜBER VERGÜNSTIGUNGEN FÜR ARBEITER, DIE MIT DER REPARATUR VON LOKOMOTIVEN BESCHÄFTIGT SIND

Entwurf eines Beschlusses
des Rats der Volkskommissare[184]

1. Veröffentlichen, daß als Auszeichnung für Reparaturarbeiten Direktzüge mit Getreide vorgesehen sind.

2. Das Volkskommissariat für Verkehrswesen wird beauftragt, in bezug auf die Verwendung von Getreidedirektzügen für Auszeichnungen einen solchen Plan auszuarbeiten, daß wirklich die wichtigsten Reparaturarbeiten vorgenommen werden und nicht speziell Reparaturen von Direktzügen.

3. Alle Angaben über Reparaturarbeiten für Direktzüge sind zusammenzufassen und zu ergänzen, sie sind der Statistischen Zentralverwaltung ausgearbeitet zu übergeben.

4. Der Gesamtrussische Zentralrat der Gewerkschaften beauftragt die Gewerkschaftsräte von Moskau, Petrograd, Iwanowo und Twer mit der Ausarbeitung der Frage, wie die besten Werkstätten volle 24 Stunden am Tag für Reparaturarbeiten genutzt werden können.[185]

Geschrieben am 5. Februar 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. — *Nach dem Manuskript.*

REDE AUF DER IV. KONFERENZ DER AUSSERORDENTLICHEN KOMMISSIONEN DER GOUVERNEMENTS (GOUVERNEMENTS-TSCHEKAS)[186] 6. FEBRUAR 1920

Genossen! Sie werden Ihre Arbeit jetzt unter den Bedingungen des Übergangs zu einem neuen Abschnitt in der Tätigkeit Sowjetrußlands leisten müssen. Sie wissen natürlich alle, daß diese Bedingungen der

Übergangszeit gleichermaßen sowohl durch die internationalen als auch durch die inneren Verhältnisse hervorgerufen sind, d. h., richtiger gesagt, durch die Veränderung der Lage, die sich in der letzten Zeit sowohl an der internationalen als auch an der inneren Front vollzogen hat.

Die grundlegende Änderung besteht darin, daß nach der Niederlage Judenitschs und Koltschaks und nach dem Sieg über Denikin die Hauptkräfte der weißgardistischen Konterrevolution zerschlagen sind. Allerdings ist diesbezüglich Vorsicht geboten, weil in der letzten Zeit bei Rostow, in Nowotscherkassk, eine Stockung eingetreten ist, was die Gefahr heraufbeschwört, daß sich Denikin erholen könnte. Trotzdem aber schaffen die entscheidenden Siege eine neue Lage. Es ist klar, daß die Bourgeoisie schon nicht mehr ernsthaft auf eine Wendung zu ihren Gunsten rechnen kann, und dies um so weniger, als sich auch die internationale Lage sehr geändert hat, so sehr, daß die Entente sich genötigt sah, die Blockade aufzuheben. Es ist uns gelungen, mit Estland Frieden zu schließen. In dieser Beziehung haben wir einen durchschlagenden Erfolg erzielt, wodurch unsere Lage sehr gefestigt wurde, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir auch mit allen anderen Randstaaten Friedensverträge bekommen, dann aber wird praktisch keine Invasion der Entente mehr möglich sein.

Die erste akute Periode des Kampfes gegen die Konterrevolution, gegen die weißgardistischen bewaffneten Kräfte – verkappte wie offene –, diese erste akute Periode geht somit allem Anschein nach zu Ende. Es ist jedoch mehr als wahrscheinlich, daß sich Versuche dieser oder jener konterrevolutionären Bewegungen und Aufstände wiederholen werden, und außerdem zeigt die Erfahrung der russischen revolutionären Bewegung, daß Versuche rein terroristischer Natur oft von bewaffneten Massenkämpfen begleitet werden. Deshalb ist es ganz natürlich anzunehmen, daß die bewaffneten konterrevolutionären Offiziere als das Element, das wohl am meisten an den Besitz und an den Gebrauch der Waffen gewöhnt ist – es ist anzunehmen, daß sie nicht darauf verzichten werden, zu ihrem Vorteil von diesen Waffen Gebrauch zu machen.

Deshalb wurde, obwohl auf Initiative des Gen. Dzierzynski nach der Einnahme Rostows die Todesstrafe abgeschafft wurde, doch gleich zu Anfang der Vorbehalt gemacht, daß wir keineswegs die Augen vor der Möglichkeit verschließen, die Erschießungen wieder einzuführen. Wir

lassen uns in dieser Frage von der Zweckmäßigkeit leiten. Es versteht sich von selbst, daß die Sowjetmacht die Todesstrafe nicht länger beibehalten wird als notwendig, und in dieser Hinsicht hat die Sowjetmacht durch die Abschaffung der Todesstrafe einen Schritt getan, wie ihn keine demokratische Macht in irgendeiner bürgerlichen Republik jemals getan hat.

Sie wissen, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Bauern aller von den Weißgardisten unterjochten Randgebiete um so entschlossener auf unsere Seite überging, je länger die Weißgardisten dort gehaust hatten. Und deshalb wissen wir, daß alle Anschläge der Bourgeoisie von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Aber daß diese Anschläge möglich sind, das haben wir in zwei Jahren Sowjetmacht in der Praxis erlebt. Wir haben gesehen, wie Zehntausende von Offizieren und Gutsbesitzern vor keinem Verbrechen zurückscheuten, daß sie mit den Agenten ausländischer imperialistischer Mächte Abkommen über die Sprengung von Brücken trafen. Und wir sagen voraus, daß derartige Versuche nicht aufhören werden. Wir berücksichtigen die neue Situation, in der sich unser Staat befindet, müssen aber dennoch unbedingt wachsam bleiben und dürfen nicht vergessen, daß die Periode des bewaffneten Kampfes im großen historischen Maßstab zwar zu Ende geht, daß das aber keinesfalls die Notwendigkeit ausschließt, stets kampfbereit zu sein.

Vor den Organen zur Unterdrückung der Konterrevolution, vor den Organen der Tscheka stand und steht eine Frage, die kompliziert und schwierig genug ist. Einerseits muß man verstehen und berücksichtigen, daß wir vom Krieg zum Frieden übergehen, anderseits muß man ständig wachsam bleiben, da wir nicht wissen, wie schnell es gelingen wird, einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Wir müssen sehen, wie sich die Anwendung dieser neuen Methode auf die bürgerlichen Schichten auswirken wird, müssen beachten, müssen praktisch erproben, was diese Änderungen ergeben werden, und dürfen nur davon ausgehend, auf Grund dieser praktischen Erfahrung, diese oder jene Änderungen einführen.

Kurzum, wir müssen nach wie vor unsere volle Kampffähigkeit bewahren, um den Feind abwehren zu können. Es ist möglich, daß neue Invasionsversuche gemacht werden, es ist möglich, daß sich Denikin so weit erholt, daß er den Bürgerkrieg fortsetzen kann, es ist möglich, daß konterrevolutionäre Gruppen terroristische Anschläge versuchen werden, und deshalb ist es unsere Pflicht, in Kampfbereitschaft zu bleiben. Ohne

in dieser Kampfbereitschaft nachzulassen, ohne den Apparat zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter zu schwächen, müssen wir das Neue, den Übergang vom Krieg zum Frieden, in Rechnung stellen und allmählich die Taktik, allmählich den Charakter der Repressalien ändern.

Ich glaube, daß diese Frage bei Ihren Erörterungen keine geringe Rolle gespielt hat, und Sie verfügen natürlich über unvergleichlich mehr Unterlagen, um konkrete, praktische Entscheidungen zu treffen, als ich. Ich zweifle nicht daran, daß Sie sich bemühen werden, dieses Material konkret für die Praxis auszuwerten. Sie müssen überlegen, in welcher Beziehung sich die Tätigkeit der Organe zur Unterdrückung der Konterrevolution in den kürzlich befreiten Teilen Rußlands, in Sibirien, in der Ukraine, ändert, wie wir dementsprechend unsere Tätigkeit zu modifizieren haben. Ich werde bei alledem nicht lange verweilen und nicht auf Einzelheiten eingehen, weil ich mich mit dem Tatsachenmaterial nicht bekannt machen konnte, aber ich wiederhole: das wichtigste ist, die konkreten Tatsachen zu berücksichtigen, die in der Praxis jeder Tscheka zutage getreten sind. Außerdem ist es die Aufgabe solcher Konferenzen, derartiges Tatsachenmaterial möglichst detailliert zu erörtern, damit sich kein örtlicher Funktionär in seinem engen Wirkungskreis abkapselt, damit jeder durch den Meinungsaustausch befähigt wird, eine dauerhafte, auf lange Sicht berechnete Taktik zu erarbeiten.

Insbesondere möchte ich die Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die sich vor den Organen zur Unterdrückung der Konterrevolution, vor den Organen zum Kampf gegen Spionage und Spekulation erhebt, nämlich auf die unblutige Front der Arbeit, die jetzt unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus der Sowjetmacht, unter dem Gesichtspunkt der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Wiederherstellung der zerstörten Wirtschaft in den Vordergrund rückt.

Sie wissen, daß der Kampf gegen Koltschak, Judenitsch und Denikin, die von der Entente gestützt werden, der Kampf gegen die konterrevolutionären Gutsbesitzer und Kapitalisten, die bis jetzt davon überzeugt waren, daß ihr Sieg gesichert sei, weil auf ihrer Seite die reichsten Mächte der ganzen Welt standen, daß das die Aufgabe war, die von uns die Anspannung aller Kräfte im Lande erheischte, weil es für uns galt, die nackte Existenz der Sowjetrepublik zu behaupten.

Man kann sagen, daß in diesen zwei Jahren Sowjetmacht etwas ge-

leistet wurde, was man ein Wunder nennen kann; denn es ist gelungen, im Kampf gegen das internationale Kapital einen derart unerhörten, unglaublichen Sieg zu erringen, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. Das kam daher, weil es bei uns einen festen Zusammenhalt aller Kräfte gab, weil die Diktatur des Proletariats tatsächlich in dem Sinne verwirklicht wurde, daß der Vortrupp der Arbeiterklasse, ihre aus den Besten und Ehrlichsten bestehende Vorhut, in diesen zwei Jahren des Bestehens der Sowjetmacht unglaublichen Heldenmut und größte Entschlossenheit an den Tag gelegt hat und alle schwankenden Elemente aus dem weniger entwickelten Teil der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die unerhört großen Schwankungen unterworfen waren, sich um so mehr zu uns hin entwickelten, je stärker sie vorher geschwankt hatten. Je mehr Prüfungen sie unterworfen waren, um so rascher gingen sie auf unsere Seite über.

Um eine solche Konzentration der Kräfte zu erreichen, mußten wir ungeachtet aller Seufzer, Klagen und Beschwerden zu Zwangsmaßnahmen greifen. Wir vertraten vor und nach der Oktoberrevolution den Standpunkt, daß die Geburt einer neuen Gesellschaftsordnung unmöglich ist ohne revolutionäre Gewalt, daß alle Beschwerden und Klagen, die wir von der parteilosen kleinbürgerlichen Intelligenz zu hören bekommen, nur als Reaktion zu werten sind. Die Geschichte, die sich durch erbitterten Klassenkampf vorwärtsbewegt, hat gezeigt, daß die Gutsbesitzer und Kapitalisten, als sie spürten, daß es um den letzten, entscheidenden Kampf geht, vor nichts zurückschreckten.

Die Geschichte hat gezeigt, daß es ohne revolutionäre Gewalt unmöglich ist zu siegen. Ohne revolutionäre Gewalt gegen die direkten Feinde der Arbeiter und Bauern kann man den Widerstand dieser Ausbeuter nicht brechen. Und anderseits ist die Anwendung revolutionärer Gewalt auch gegenüber den schwankenden, unbeständigen Elementen der werktätigen Massen selbst nicht zu umgehen.

Wenn wir als Augenzeugen des gewaltigen Sieges der Roten Armee den Blick zurückwerfen auf die zwei hinter uns liegenden Jahre der Sowjetmacht und daran denken, wie wir zu diesen Siegen gekommen sind, dann dürfen wir nicht vergessen, daß die Oktoberrevolution begann, als die Armee in völliger Auflösung war und es keinerlei militärische Organisation gab. Wir besaßen keine Armee, wir mußten diese Armee in langer, schwerer Arbeit aufbauen, zusammenschmieden, sammeln, neu gründen

Auch bei der Schaffung dieser neuen, disziplinierten Roten Armee konnten wir nicht ohne revolutionäre Gewalt auskommen. Und diese revolutionäre Gewalt wurde absolut richtig gegenüber selbstsüchtigen Elementen angewandt. Zu einer Zeit, als der fortgeschrittene Teil der Werktätigen alle seine Kräfte zum Kampf gegen die Konterrevolution einsetzte, zu einer Zeit, als diese Werktätigen mit größter Selbstaufopferung auf den Schlachtfeldern kämpften und zu Tausenden ihr Leben ließen, in dieser Zeit arbeitete der rückständige Teil der Bauernschaft, der Grund und Boden erhalten hatte, und der rückständige Teil der Arbeiter nur für sich selbst. In dieser Zeit mußte der fortgeschrittene Teil eine neue Disziplin schaffen und festigen, die sich durch revolutionäre Gewalt behauptete und die sich nur deshalb behaupten konnte, weil alle bewußten Arbeiter und Bauern, alle bewußten Werktätigen diese Gewalt billigten in der Erkenntnis, daß wir ohne diese eiserne Disziplin die Rote Armee nicht geschaffen, die zwei Jahre des Kampfes nicht durchgestanden hätten und überhaupt nicht imstande gewesen wären, dem organisierten, vereinigten Kapital zu widerstehen. In dieser Beziehung ändern sich jetzt allmählich die Aufgaben der Erziehung zur Disziplin, der Aufrechterhaltung der Disziplin und des festen Zusammenschlusses unserer Kräfte, um im weiteren Kampf standzuhalten. Anfänglich haben wir alle Kräfte, alle Kräfte des zerrütteten Landes, für den Krieg eingesetzt. Dadurch wurde das ganze Land noch größerer Zerrüttung ausgesetzt.

Niemand hat vor zwei Jahren geglaubt, daß Rußland, ein durch den vierjährigen imperialistischen Krieg verwüstetes Land, noch zwei Jahre Bürgerkrieg aushalten könne. Und hätte man uns Ende Oktober 1917 gefragt, ob wir zwei Jahre Bürgerkrieg gegen die Weltbourgeoisie durchhalten würden, so hätten wahrscheinlich auch von uns nicht viele diese Frage positiv beantwortet. Doch die Ereignisse haben gezeigt, daß die von den Arbeiter- und Bauernmassen entfaltete Energie größer war, als diejenigen angenommen hatten, die die Oktoberrevolution durchführten. Im Ergebnis stellten wir fest, und die inneren Fronten bestätigten es uns, daß die Quelle der neuen Kraft weit stärker ist, als wir gedacht hatten. Zugleich mußten wir feststellen, daß die Rote Armee, die an den militärischen Fronten siegreich ist, an den inneren Fronten auf ein neues Hindernis stößt – das tritt jetzt besonders im Transportwesen zutage. Natürlich ist jetzt auch unsere Ernährungslage schwer, wir leiden jetzt mehr

unter Hunger und Kälte als je zuvor, aber da unsere getreidereichsten Gouvernements nun befreit sind, verbessert sich die Ernährungslage, und die Hauptkrise bei uns ist gegenwärtig die Transportkrise. Dabei sei vermerkt, daß es diese Krise ebenso auch in all den reichen Ländern gibt, die keinen so langwierigen Krieg durchgemacht haben. Sogar diese Länder leiden unter Waggonmangel. Da kann man sich leicht vorstellen, wie es bei uns in Rußland aussieht, wo sechs Jahre Krieg geführt wurde und wo die Brücken und die Lokomotiven mit Vorbedacht zerstört wurden.

Unsere Lage ist in dieser Hinsicht natürlich sehr schwer, und die Aufgabe der Transportabteilungen der Tscheka, ihres ganzen Apparats, der ganzen Masse der bewußten revolutionären Kräfte besteht darin zu helfen, aus dieser kritischen Lage herauszukommen, die man ohne Übertreibung als beinahe katastrophal bezeichnen kann. Zudem *muß* man feststellen, daß die Transportsituation im Februar, gegen Ende des Winters, wegen der Schneeverwehungen auch in normalen Zeiten stets schlechter ist als zu irgendeiner anderen Jahreszeit. Gegenwärtig hat sich unsere Transportkrise derart verschärft, daß der Eisenbahnverkehr völlig zu erliegen droht. In der letzten Zeit reichten die Brotvorräte in Moskau nur für drei Tage, und dabei lagen Dutzende von Zügen auf den Strecken, weil es an Brennstoff fehlte und man ihn nicht heranschaffen konnte.

Wir wissen sehr wohl, welche Kampfmethoden wir in den zwei Kriegsjahren gegen diese katastrophale Lage angewandt haben. Diese Methoden waren die Hebung des Bewußtseins der Massen und der offene Appell an sie. Immer, wenn es zu solch einer ausweglosen Lage kam, hielten wir es für unsere Pflicht, uns an die Arbeiter- und Bauernmassen zu wenden und ihnen die entstandene schwere Lage zu schildern. Wir wandten uns an sie und erklärten ihnen, von wem die Rettung Sowjetrußlands abhängt und was für ein Aufwand an Energie erforderlich ist, um alle Kräfte für die Lösung einer bestimmten Aufgabe einzusetzen. Diese Aufgaben änderten sich des öfteren in der Zeit, als die Sowjetmacht gegen ihre Feinde kämpfte, und die staatspolitische Lage verstehen bedeutet einzig und allein, die Aufgaben richtig erkennen, die man in Angriff nehmen muß, um der wirtschaftlichen Zerrüttung Herr zu werden und zu einem normalen Aufbau überzugehen. So wissen Sie auch jetzt, daß die größte Aufmerksamkeit darauf gerichtet worden ist, den Arbeitern und Bauern die kritische Transportsituation zu erklären. Hier bedarf es der Anspan-

nung aller Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft. Eine solche Sache wie das Heranschaffen von Brennstoff ist eine schwierige Aufgabe, und sie ist völlig unlösbar, wenn die Arbeiter und Bauern nicht von Elan ergriffen werden, wenn es nicht zu der kollektiven Arbeit der Massen kommt, die wir aus den besten Zeiten der Siege der Roten Armee kennen. Die Zufuhr von Brennstoff und die Säuberung der Schienenwege wurden jetzt beispielsweise dadurch erschwert, daß es eine ganze Reihe von Versprechungen gab, den Bauern die Lebensmittellieferungen zu vergüten. Die Zufuhr von Brennstoff erfordert natürlich Pferdegespanne, und die Bauernschaft ist außerstande, sie zu stellen, sie verhält sich sehr unwillig und ablehnend, weil sie keine Entschädigung in Form einer bestimmten Warenmenge erhält; wir aber sind wegen der völligen Stockung im Transportwesen außerstande, ihr wenigstens eine bescheidene Warenmenge zu liefern. Und wir sagen, daß die Bauern diese Arbeit als Darlehen an ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat betrachten müssen, um die hungernden Arbeiter zu retten und die Industrie wiederaufzubauen. Die Bauern müssen das als Darlehen vorstrecken, weil die Bauernschaft in manchen Gegenden z. B. furchtbar unter dem Mangel an Salz leidet, während wir riesige Vorräte an Salz haben, nur können wir es nicht heranschaffen, weil das Transportwesen mit der Aufgabe, die absolut notwendige Menge Getreide zu befördern, nicht fertig wird.

So ist die Lage, und sie verlangt wiederum Disziplin, sie verlangt eine Propaganda und Agitation, die alle Arbeiter und Bauern aufklärt und sie zusammenschließt. Die Anwendung revolutionärer Gewalt aber macht diese Disziplin zur Realität, zur Wirklichkeit, die zeigt, daß die politisch bewußte Arbeiterklasse eine fest umrissene praktische Aufgabe gestellt hat, die wir zu Ende führen werden – ebenso wie in der Periode des schwersten Kampfes gegen Judenitsch, Koltschak und Denikin, als wir Kommunisten und verantwortliche Funktionäre in die ersten Reihen vorschickten, riesige Opfer brachten, das Leben dieser besten Kämpfer nicht schonten und zur gleichen Zeit eine feste Disziplin schufen und selbstsüchtige Elemente bestraften; wir haben eine maximale Anspannung der Energien des Volkes erreicht, und wir haben gesiegt. Und das gleiche Ziel, unter Anwendung derselben bewährten Methoden, müssen wir um jeden Preis auch jetzt erreichen, um das Transportwesen zu retten.

Wir haben Getreide und Salz, wir haben Rohstoffe und Brennstoffe in

ausreichender Menge, wir können die Industrie wiederaufbauen, aber das erfordert viele Monate angespannten Kampfes, und in diesem Kampf müssen die Organe der Tscheka zu einem Werkzeug werden, das den zentralisierten Willen des Proletariats durchsetzt, zu einem Werkzeug, das eine solche Disziplin schafft, wie wir sie in der Roten Armee geschaffen haben.

Ich bin überzeugt, nach dieser Beratung werden sich Ihre Organe in ihrer praktischen Arbeit und werden Sie sich hier darüber verständigen, welche Rolle den Tschekas der Streckenabschnitte zukommt, wie sie sich organisieren müssen, wie sie aus ihrer Mitte neue Mitarbeiter entwickeln müssen, um gegen die Spekulanten und Saboteure zu kämpfen, deren es in Eisenbahnerkreisen mehr gibt als anderswo. Das ist eine Aufgabe Ihrer praktischen Erfahrung, eine Aufgabe, die Sie durch Meinungsaustausch lösen müssen. Das Eisenbahnermilieu zeichnet sich dadurch aus, daß wir dort eine Mehrheit von Arbeitern haben, die wirklich als Arbeiter zu werten sind, und eine Minderheit, die sich an der Spekulation beteiligt. Hier ist es die Aufgabe der Transportabteilungen der Tscheka, eine richtige Arbeitsverteilung sowie eine verantwortungsbewußte Einsparung von Arbeitskräften zu erreichen, und zwar alles durch die Anstrengungen der kommunistisch gesinnten Eisenbahner. Nur gestützt auf diese Besten werden wir eine Kraft schaffen können, die diese zügellose Spekulation überwindet und über diese Elemente, die in den schlimmsten Zeiten des Zarismus eingestellt wurden, den Sieg davonträgt. Um diese Elemente, die uns der Kapitalismus als Erbe hinterlassen hat, zu besiegen, haben wir das eine Mittel: die Disziplin und die revolutionäre Energie maximal zu entfalten. Die Tschekas müssen sich auf die kommunistischen Zellen, auf die Gewerkschaften stützen, sie müssen ihre Arbeit mit Propaganda und Agitation verbinden, müssen in der Masse der Eisenbahner eine bewußte Einstellung zum Kampf wecken.

Ich bin überzeugt, daß wir mit Hilfe einer guten Organisation und gestützt auf unsere bisherigen Erfahrungen in unserer neuen Arbeit ebensolche Siege erringen werden, wie wir sie im bewaffneten Kampf errungen haben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Zum erstenmal veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Kommunist" Nr. 5.

Nach dem Stenogramm.

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE UKRAINISCHE PARTEI DER BOROTBISTEN[187]

Die Borotbisten sind als eine Partei zu betrachten, die gegen die Grundprinzipien des Kommunismus verstößt, indem sie die Spaltung der militärischen Kräfte propagiert und das Banditenunwesen fördert, was den Weißen und dem internationalen Imperialismus direkt zum Vorteil gereicht.

Auch ihr Kampf gegen die Losung eines engen und festen Bündnisses mit der RSFSR widerspricht den Interessen des Proletariats.

Die gesamte Politik muß systematisch und beharrlich auf die baldige Auflösung der Partei der Borotbisten gerichtet sein. Deshalb darf kein einziges Vergehen der Borotbisten ohne sofortige und strenge Bestrafung hingenommen werden. Insbesondere ist Material zusammenzutragen, welches beweist, daß die meisten Mitglieder ihrer Partei nichtproletarische und politisch äußerst unzuverlässige Elemente sind.

Der Zeitpunkt der Auflösung ist bald festzulegen, er wird vom Politbüro bestimmt und dem Ukrainischen Revolutionskomitee mitgeteilt.[188]

Geschrieben am 6. Februar 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945
im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

UNTERREDUNG MIT DEM KORRESPONDENTEN DER AMERIKANISCHEN ZEITUNG „THE WORLD", LINCOLN EYRE[189]

DAS „SCHACHSPIEL" DER ALLIIERTEN

Zu der Meldung über den Beschluß der Alliierten, die Blockade aufzuheben, sagte Lenin:

Es ist schwierig, einen so unbestimmten Vorschlag, der offenbar mit den Vorbereitungen eines neuen Überfalls auf unser Land von polni-

schem Territorium aus in Zusammenhang steht, völlig zu durchschauen. Auf den ersten Blick sieht der Vorschlag des Obersten Rats recht einleuchtend aus: Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mittels der russischen Genossenschaften. Aber die Genossenschaften gibt es nicht mehr, sie wurden mit unseren sowjetischen Verteilungsorganen zusammengelegt. Was ist also gemeint, wenn die Alliierten davon sprechen, mit den Genossenschaften Handel zu treiben? Das ist durchaus nicht klar.

Darum sage ich: Eine sorgfältige Prüfung läßt uns zu der Überzeugung gelangen, daß dieser Pariser Beschluß nur ein Zug im Schachspiel der Alliierten ist, dessen Motive noch unklar sind.

Nach kurzem Schweigen fügte Lenin mit einem Lächeln hinzu:

Weit unklarer zum Beispiel als die von Marschall Foch beabsichtigte Reise nach Warschau.

Ich fragte, ob er eine polnische Offensive tatsächlich für möglich halte. (Es sei daran erinnert, daß man in Rußland von einem Überfall der Polen auf die Bolschewiki sprach, und nicht umgekehrt.)

Zweifellos, antwortete Lenin. Clemenceau und Foch sind sehr, sehr ernst zu nehmende Herren, und der eine von ihnen hat diesen Angriffsplan ausgearbeitet, während der andere sich anschickt, ihn auszuführen. Das ist natürlich eine ernste Gefahr, aber wir haben schon ernsteren Gefahren gegenübergestanden. Wir verspüren weniger Furcht als Enttäuschung darüber, daß die Alliierten noch immer versuchen, das Unerreichbare zu erreichen. Denn eine polnische Offensive kann das russische Problem ebensowenig zugunsten der Alliierten lösen wie die Offensiven Koltschaks und Denikins. Vergessen Sie nicht, daß Polen selbst viele Schwierigkeiten hat. Außerdem steht fest, daß es von keinem seiner Nachbarn, einschließlich Rumänien, Hilfe erhalten kann.

Der Frieden scheint aber doch jetzt näher zu sein als früher, warf ich ein.

Ja, das stimmt. Wenn der Frieden eine natürliche Folge des Handels mit uns ist, können die Alliierten ihm nicht länger ausweichen. Ich habe gehört, daß Millerand, der Nachfolger Clemenceaus, seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringt, die Frage von Handelsbeziehungen mit dem russischen Volk zu prüfen. Möglicherweise ist das ein Zeichen dafür, daß sich die Einstellung der französischen Kapitalisten geändert hat. Aber

Churchills Position in England ist noch sehr fest, und Lloyd George, der wahrscheinlich geschäftliche Beziehungen mit uns aufnehmen möchte, wagt keinen offenen Bruch mit den Kreisen der Politiker und Finanziers, die Churchills Politik unterstützen.

DIE VEREINIGTEN STAATEN VERFOLGEN DIE SOZIALISTEN

Und Amerika?

Was dort vor sich geht, läßt sich schwer feststellen. Ihre Bankiers scheinen uns mehr denn je zu fürchten. Jedenfalls wendet Ihre Regierung nicht nur gegen die Sozialisten, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse härtere Verfolgungsmaßnahmen an als irgendeine andere Regierung, selbst die reaktionäre französische Regierung. Ganz offensichtlich verfolgt Ihre Regierung die Ausländer. Was aber wäre Amerika ohne seine eingewanderten Arbeiter? Für seine wirtschaftliche Entwicklung sind sie absolut unentbehrlich.

Einige amerikanische Unternehmer scheinen allerdings bereits zu begreifen, daß es vernünftiger ist, in Rußland vorteilhafte Geschäfte zu machen, als Krieg gegen Rußland zu führen, und das ist ein gutes Zeichen. Amerikanische Industrieerzeugnisse – Lokomotiven, Autos usw. – werden wir mehr brauchen als die irgendeines anderen Landes.

Und wie lauten Ihre Friedensbedingungen?

Es ist müßig, näher darüber zu sprechen. Alle Welt weiß, daß wir bereit sind, Frieden zu Bedingungen zu schließen, deren Berechtigung auch von den Kapitalisten, die am meisten imperialistisch eingestellt sind, nicht bestritten werden kann. Wir haben immer und immer wieder erklärt, daß wir Frieden wollen, daß wir den Frieden brauchen und daß wir bereit sind, dem ausländischen Kapital großzügigste Konzessionen und Garantien zu geben. Aber wir sind nicht gewillt, uns im Namen des Friedens erdrosseln zu lassen.

Ich sehe keinen Grund, weshalb ein sozialistischer Staat wie der unsrige nicht unbegrenzte Geschäftsbeziehungen zu kapitalistischen Ländern unterhalten kann. Wir haben keine Bedenken, ihre kapitalistischen Lokomotiven und Landmaschinen zu benutzen, warum sollten sie also etwas

gegen unseren sozialistischen Weizen, unseren Flachs und unser Platin haben? Sozialistisches Getreide schmeckt genauso wie jedes andere, nicht wahr? Allerdings werden sie mit den schrecklichen Bolschewiki, d. h. mit der Sowjetregierung, Geschäftsbeziehungen unterhalten müssen. Aber der Handel mit den Sowjets dürfte zum Beispiel den amerikanischen Stahlproduzenten nicht schwerer fallen als die Geschäfte, die sie während des Krieges bei Waffenlieferungen mit den Regierungen der Entente tätigten.

EUROPA IST ABHÄNGIG VON RUSSLAND

Darum scheint uns dieses Gerede von einer Wiederaufnahme des Handels mit Rußland über die Genossenschaften unaufrichtig oder zumindest unklar zu sein; es ist eher ein Schachzug als ein offenes, ehrliches Angebot, welches sofort aufgegriffen und realisiert werden würde. Außerdem: wenn der Oberste Rat wirklich beabsichtigt, die Blockade aufzuheben, warum teilt er uns seine Absichten nicht mit? Wir haben keinerlei offizielle Mitteilungen aus Paris erhalten. Das wenige, was uns bekannt ist, beruht auf Pressemeldungen, die von unserem Funkdienst aufgefangen wurden.

Die Staatsmänner der Entente und der Vereinigten Staaten begreifen anscheinend nicht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Zerrüttung in Rußland nur ein Teil der weltweiten wirtschaftlichen Zerrüttung ist. Solange das ökonomische Problem nicht vom internationalen Standpunkt, sondern nur vom Standpunkt einzelner Nationen oder Gruppen von Nationen betrachtet wird, kann es nicht gelöst werden. Ohne Rußland kann sich Europa nicht erholen. Wenn aber Europa entkräftet am Boden liegt, wird Amerikas Lage kritisch. Was nützt Amerika sein Reichtum, wenn es dafür nicht kaufen kann, was es braucht? Schließlich kann Amerika das Gold, das es angehäuft hat, weder essen noch anziehen, nicht wahr? Es kann mit Europa nicht vorteilhaft, d. h. auf einer Grundlage, die für Amerika von realem Wert ist, handeln, solange Europa ihm nicht die Waren liefern kann, die Amerika im Austausch für das, was es absetzen muß, bekommen möchte. Und Europa kann Amerika diese Waren nicht liefern, solange es sich nicht wirtschaftlich erholt hat.

DIE WELT BRAUCHT RUSSISCHE WAREN

Wir haben in Rußland Weizen, Flachs, Platin, Pottasche und viele Bodenschätze, die die ganze Welt dringend braucht. Schließlich und endlich wird die Welt um dieser Dinge willen zu uns kommen müssen, ganz gleich, ob bei uns nun Bolschewismus ist oder nicht. Es gibt Anzeichen dafür, daß man diese Wahrheit allmählich zu begreifen beginnt. Unterdessen aber kracht nicht nur Rußland, sondern ganz Europa in allen Fugen, und der Oberste Rat erlaubt sich immer noch eine Politik des Ausweichens. Rußland kann ebenso wie Europa vor dem völligen Ruin bewahrt werden, aber dazu ist sofortiges und rasches Handeln vonnöten. Doch der Oberste Rat handelt langsam, sehr langsam. Faktisch ist er, glaube ich, bereits aufgelöst und hat seine Funktionen einem Botschafterrat übergeben, ohne etwas entschieden zu haben, und nur mit einem nichtexistenten, totgeborenen Völkerbund als Nachfolger. Wie könnte aber der Völkerbund ohne die Vereinigten Staaten, die seine Hauptstütze bilden müssen, in Aktion treten?

Ich fragte, ob die Sowjetregierung mit der militärischen Lage zufrieden sei.

Sehr zufrieden. Die einzigen Anzeichen einer erneuten militärischen Aggression gegen uns sind die in Polen, von denen ich bereits sprach. Wenn Polen sich in ein solches Abenteuer einläßt, wird das auf beiden Seiten zu neuen Leiden und zu neuen unnötigen Verlusten an Menschenleben führen. Aber nicht einmal Foch könnte den Polen zum Siege verhelfen. Sie könnten unsere Rote Armee selbst dann nicht besiegen, wenn Churchill persönlich mit ihnen in den Krieg ziehen würde.

An dieser Stelle warf Lenin den Kopf zurück und lachte grimmig. Dann fuhr er in ernsterem Tone fort:

Jede einzelne der alliierten Großmächte könnte uns natürlich vernichten, wenn sie imstande wäre, ihre eigene Armee gegen uns einzusetzen. Aber das wagen sie nicht. Das ungewöhnlich Paradoxe besteht darin, daß Rußland, so schwach es im Vergleich zu den Alliierten mit ihren unbegrenzten Reserven auch sein mag, dennoch imstande war, nicht nur alle Streitkräfte einschließlich der britischen, amerikanischen und französischen Truppen, die die Alliierten gegen Rußland einsetzen konnten, zu zerschlagen, sondern auch diplomatische und moralische Siege in den Ländern des Cordon sanitaire zu erringen. Finnland hat es abgelehnt, gegen

uns zu kämpfen. Wir haben mit Estland Frieden geschlossen und werden demnächst mit Serbien* und Litauen[190] Frieden schließen. Ungeachtet materieller Versprechungen und heftiger Drohungen seitens der Entente haben diese kleinen Länder es vorgezogen, friedliche Beziehungen zu uns herzustellen.

DIE INNERE LAGE HAT GUTE PERSPEKTIVEN

Das zeugt zweifellos von der großen moralischen Kraft, die wir besitzen. Die baltischen Staaten, unsere nächsten Nachbarn, sind sich bewußt, daß nur wir allein keinerlei gegen ihre Unabhängigkeit und ihr Wohlergehen gerichtete Absichten hegen.

Und die innere Lage Rußlands?

Sie ist kritisch, hat aber gute Perspektiven. Bis zum Frühjahr wird der Lebensmittelmangel wenigstens so weit überwunden sein, daß die städtische Bevölkerung nicht mehr zu hungern braucht. Auch Brennstoff wird es dann genug geben. Dank den bewunderungswürdigen Großtaten der Roten Armee hat die Wiederherstellung der Volkswirtschaft bereits begonnen. Jetzt wurden aus Teilen dieser Armee Arbeitsarmeen gebildet; eine so ungewöhnliche Erscheinung ist nur in einem Land möglich, das für ein hohes Ideal kämpft. In kapitalistischen Ländern wäre das zweifellos nicht möglich. In der Vergangenheit haben wir alles für den Sieg über unsere bewaffneten Gegner geopfert; jetzt werden wir unsere ganze Kraft für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft einsetzen. Das wird Jahre dauern, aber letzten Endes werden wir siegen.

Wann wird Ihrer Meinung nach der Aufbau des Kommunismus in Rußland vollendet sein? Ich dachte, das sei eine schwierige Frage, aber Lenin antwortete sofort:

Wir beabsichtigen, unsere gesamte Industrie mit Hilfe von Kraftwerken zu elektrifizieren, die wir im Ural und in anderen Gebieten errichten werden. Unsere Ingenieure sagen, daß das zehn Jahre dauern wird. Der Abschluß der Elektrifizierung wird die erste wichtige Etappe auf dem Weg zur kommunistischen Organisation des ökonomischen Lebens der Gesell-

* Der Zeitung ist hier ein Fehler unterlaufen. Serbien befand sich nicht im Kriegszustand mit Sowjetrußland. Offensichtlich handelte es sich um Lettland. *Die Red.*

schaft sein. Unsere gesamte Industrie wird ihre Energie aus einer gemeinsamen Quelle erhalten, die alle Industriezweige ausreichend zu versorgen vermag. Das wird die unproduktive Rivalität bei der Suche nach Brennstoffen beseitigen und für die verarbeitende Industrie eine feste ökonomische Basis schaffen, ohne die wir nicht hoffen können, einen Stand des Austauschs von Bedarfsgütern zu erreichen, wie er den Grundsätzen des Kommunismus entspricht.

Wir glauben übrigens, daß in drei Jahren 50000000 Glühbirnen in Rußland brennen werden. In den Vereinigten Staaten sind es, glaube ich, 70 000 000, aber für ein Land, in dem die Elektrizität noch in den Kinderschuhen steckt, sind mehr als zwei Drittel dieser Menge eine gewaltige Leistung. Meiner Meinung nach ist die Elektrifizierung die wichtigste aller großen Aufgaben, die vor uns stehen.

SCHARFE KRITIK AN DEN SOZIALISTISCHEN FÜHRERN

Zum Schluß unseres Gesprächs machte Lenin, allerdings nicht für die Presse, eine Reihe scharfer kritischer Bemerkungen über einige sozialistische Führer in Europa und Amerika, denen zu entnehmen war, daß er nicht an die Fähigkeit, ja nicht einmal an den Willen dieser Herren glaubt, die Weltrevolution wirksam voranzutreiben. Offensichtlich ist er der Meinung, daß sich der Bolschewismus eher trotz dieser „offiziellen" Führer des Sozialismus als mit ihrer Hilfe seinen Weg bahnen wird.

Zum erstenmal veröffentlicht am 21. Februar 1920 in „The World" Nr. 21368.

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Englischen.

BEMERKUNGEN ZUR RESOLUTION DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE ÜBER DIE BOROTBISTEN

1. Ich bestehe unbedingt darauf, daß den Borotbisten *nicht* ihr Nationalismus, *sondern* ihre konterrevolutionäre Einstellung und ihre Kleinbürgerlichkeit zur Last gelegt werden.

2. Es muß ihnen außerdem zur Last gelegt werden, daß sie mit ihren Lehrern vom ukrainischen Verband *nicht* so verfahren (keinen schonungslosen Kampf gegen sie führen), wie wir mit *unserem* kleinbürgerlichen Gesamtrussischen Lehrerverband.[191]

22. II. *Lenin*

Geschrieben am 22. Februar 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 in dem Buch: N. N. Popow. „Abriß der Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine". Kiew.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN WARENFONDS[192]

Das Volkskommissariat für Außenhandel wird beauftragt, mit dem Volkskommissariat für Staatliche Kontrolle und der Gesamtrussischen Tscheka Maßnahmen zum Kampf gegen Personen zu vereinbaren, die Waren und Vorräte verstecken, welche auch für den Exportfonds genutzt werden könnten.

Geschrieben am 2. März 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

BEMERKUNGEN ZU TROTZKIS THESENENTWURF „DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DES WIRTSCHAFTLICHEN AUFBAUS"

Bemerkungen zum Entwurf

Zu § 1

a) § 1 ist mit der Überschrift *„Über den Arbeitselan"* zu versehen.[193] In der zweiten Zeile sind die Worte „Hebung des Willens zur Arbeit" durch *„Arbeitselan"* zu ersetzen.

b) Ergänzen:

Das von allen anerkannte und auf vielen Tagungen der Volkswirtschaftsräte usw. bestätigte Prinzip der Einführung einer genauen Verantwortung jedes Mitarbeiters (Kollegiumsmitglieds, Leiters, Verwalters usw.) für die Durchführung bestimmter Operationen bzw. Arbeiten oder Aufgaben muß unter allen Umständen beharrlich und entschieden durchgesetzt werden. Bis jetzt wird es bei weitem noch nicht in genügendem Maße realisiert.

c) Die Verbraucher müssen – über die Konsumgenossenschaften usw. – systematisch zur Kontrolle der Produktion herangezogen werden.

d) Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion muß dazu angehalten werden, immer stärkeren Einfluß auf die Kontrolle von Produktion und Verteilung zu nehmen.

e) Der Kampf gegen Spekulation und Schlamperei sowie gegen den Bürokratismus muß an die erste Stelle treten.

f) Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um den Wettbewerb zu organisieren. Die Maßnahmen zur Hebung der Disziplin und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität müssen durch Kürzung der Lebensmittelration für Bummelanten u. dgl. ergänzt werden.

g) Den Schluß von § 4 bei Trotzki (die letzten 9 Zeilen) streichen oder abschwächen bzw. allgemeiner formulieren.

(Das sind meine ersten vorläufigen Bemerkungen.)

Lenin

3. III.

Geschrieben am 3. März 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Neunter Parteitag der KPR(B). März–April 1920".

Nach dem Manuskript.

ÜBER GERICHTSVERFAHREN GEGEN MINDERJÄHRIGE[194]

Notizen und Abänderungsvorschläge zum Dekretentwurf

1. Die Theorie der Abgrenzung ist *unbrauchbar.*
2. Gerichte und Gefängnisse *verderben.*

3. *Wer* kennt die Psychologie der Kinder? Richter oder Expertise?
4. Besondere Anstalten?
5. Spekulanten und dergleichen? *Rückfall?*

1. Das Volkskommissariat für Justiz beauftragen, im Einvernehmen mit dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen und dem Volkskommissariat für Bildungswesen sowie der Statistischen Zentralverwaltung Formen der Rechenschaftslegung auszuarbeiten über alle Fälle, in denen Minderjährige gerichtlich belangt und Verfahren gegen sie durchgeführt werden.

2. Das Volkskommissariat für Bildungswesen und das Volkskommissariat für Gesundheitswesen beauftragen, die Arbeiten zur Einrichtung von Heil- und Erziehungsanstalten für Minderjährige mit psychischen und physischen Schäden zu forcieren.

Das Volkskommissariat für Justiz beauftragen, der personellen Zusammensetzung der Kommissionen für Angelegenheiten Minderjähriger größere Beachtung zu schenken und strenger zu kontrollieren, wie die Mitglieder dieser Kommissionen ihren Verpflichtungen nachkommen.

Geschrieben am 4. März 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER ORGANISATION DER SOWJETWIRTSCHAFTEN[195]

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare

Im Mittelpunkt der gesamten Arbeit zur besseren Organisation und Wirtschaftsführung der Sowjetwirtschaften hat der entschiedene Kampf erstens gegen die auf direkte Gutsbesitzerart praktizierten Übergriffe wie Anwendung von Geld- und Halbpacht usw., zweitens gegen die äußerst

mangelhafte Arbeitsdisziplin und die äußerst niedrige Arbeitsproduktivität zu stehen.

Von den Gouvernementslandabteilungen und den Sowjetwirtschaften sind genaue Angaben darüber anzufordern, welche Maßnahmen sie dagegen getroffen haben und welche praktischen Ergebnisse tatsächlich erzielt wurden. Es sind Verantwortliche zu benennen, die gerichtlich zu belangen sind, falls der vorliegende Beschluß nicht erfüllt wird und die Übergriffe nicht unterbunden werden. Man soll nicht davor zurückscheuen, das gesamte Verwaltungspersonal der schlechtesten Wirtschaften vollständig auszuwechseln. Lehr- und Musterbetriebe, Spezialbetriebe, Produktions- und reine Konsumtionsbetriebe sind extra zu erfassen und die Angaben über den Zustand dieser Wirtschaften gesondert zu registrieren.

Geschrieben am 9. März 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

BESCHLÜSSE DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERLETZUNG DER PARTEIDISZIPLIN DURCH DIE MITGLIEDER DER FRAKTION DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALRATS DER GEWERKSCHAFTEN[196]

Das Politbüro – anwesend Bucharin, Krestinski und Lenin – beriet am 17. III. 1920 die von den Genossen Tomski und Lutowinow unterzeichnete Erklärung der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und stellte in Gegenwart dieser Genossen fest: 1. Gen. Krestinski hat in privaten Gesprächen mit den Genossen Ischtschenko, Glebow, Tomski und Lutowinow seine Befürchtungen hinsichtlich der entstandenen unnormalen Beziehungen (nämlich, daß Parteimitglieder auf Kongressen von Parteilosen – und nicht in den Sitzungen der kom-

munistischen Fraktionen dieser Tagungen – Resolutionen zur Annahme vorlegen, die der Resolution des ZK der Partei zuwiderlaufen) nicht für einen schon gefaßten ZK-Beschluß ausgegeben.

2. Gen. Krestinski hat empfohlen, diese Frage nicht vor der für den übernächsten Tag anberaumten Erörterung im Politbüro, an der die Vertreter des Fraktionsbüros teilnehmen sollten, in der Fraktion zu beraten;

3. Gen. Krestinski ist bei diesen Gesprächen etwas heftig geworden;

anderseits

war die Erörterung dieser Frage in der Fraktion unter diesen Umständen höchst unangebracht und mußte unweigerlich den Konflikt ganz unnötigerweise zuspitzen oder – richtiger – die Meinungsverschiedenheit zwischen dem ZK und der Fraktion in einen echten Konflikt verwandeln;

*ist die obengenannte Erklärung in den Augen eines jeden Parteimit*glieds schon keine unbesonnene Heftigkeit mehr, sondern eine ganz üble Intrige.

Deshalb hat das Politbüro beschlossen, den Genossen, die dem Büro der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften angehören, vorzuschlagen,

dafür zu sorgen, daß die Fraktion den von ihr gefaßten Beschluß annulliert (aufhebt) und den gesamten Fall als erledigt betrachtet.

Das Politbüro – anwesend die Genossen Bucharin, Lenin und Krestinski – beriet am 17. III. 1920 den unnormalen Zustand, daß Parteimitglieder auf Kongressen von Parteilosen Resolutionen zur Annahme vorlegen, die den Resolutionen des ZK der Partei widersprechen.

Das Politbüro entschied, daß diese Erscheinung vom Standpunkt der Parteidisziplin unbedingt falsch und unzulässig ist.

Die ganz besonderen Umstände dieses Falles jedoch (das unmittelbare Bevorstehen des Parteitags, die Veröffentlichung der Thesen des Gen. Tomski und die relativ geringe Bedeutung der in der Partei noch umstrittenen Frage, ob in bestimmten Fällen das Kollegialprinzip bei Zulassung der Einzelleitung oder umgekehrt in Anwendung zu bringen ist) zwingen zu der Feststellung, daß es politisch weniger schädlich ist, den Mitgliedern der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften zu gestatten, auf den gegenwärtig stattfindenden Verbandstagen der einzelnen Gewerkschaften (solange der Parteitag noch keinen Beschluß

gefaßt hat) die Resolution der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften zu vertreten.

Geschrieben am 17. März 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 40. *Nach dem Manuskript.*

VORWORT ZUR ENGLISCHEN AUSGABE DER BROSCHÜRE „DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DER RENEGAT KAUTSKY"[197]

Vorwort zur englischen Ausgabe

Die Genossen, die meine auch in deutsch erschienene Broschüre gegen Kautsky[198] in englischer Sprache herausgeben, haben mich gebeten, das Vorwort zur englischen Ausgabe zu schreiben.

Ich würde an Stelle eines kurzen Vorworts lieber eine ausführliche Analyse irgendeines Werkes von J. Ramsay MacDonald geben, der, soviel ich weiß, zu den einflußreichsten und am meisten gelesenen englischen Schriftstellern der im wesentlichen gleichen „kautskyanischen" Richtung gehört. Leider konnte ich J. Ramsay MacDonalds Buch „Parliament and Revolution" („Parlament und Revolution")[199], das einige Abschnitte über „Sowjetdemokratie" und „sowjetisches Wahlrecht" enthält, nicht bekommen, jedoch aus dem Artikel desselben Verfassers „Socialist Review Outlook" („Rundschau und Perspektiven"), der in der von MacDonald redigierten Zeitschrift „Die Sozialistische Rundschau" („The Socialist Review", october–december 1919) erschienen ist, wird der „kautskyanische" Standpunkt des Verfassers völlig klar. MacDonald ist kein Marxist, und der marxistisch verbrämte Opportunismus, der die Spezifik Kautskys ausmacht, ist für England nicht typisch.

Da es mir an Zeit mangelt, jetzt eine eingehende Analyse der Ansichten MacDonalds zu geben, will ich mich auf den Versuch beschränken, seine Ansichten, wie sie aus der gesamten politischen Tätigkeit MacDonalds, aus der Zeitung seiner Partei (der „Unabhängigen" – in Worten unabhängigen, in Wirklichkeit aber von den bürgerlichen Vorurteilen völlig

abhängigen – „Arbeiterpartei", der ILP), aus seiner Zeitschrift und insbesondere aus dem soeben genannten Artikel bekannt sind, kurz einzuschätzen.

Ich möchte zunächst einige besonders charakteristische Zitate aus diesem Artikel anführen:

MacDonald charakterisiert zu Beginn die allgemeine politische Lage und schreibt: „... Niemals waren ehrlicher Dienst und ehrliche Arbeit so wenig geschätzt" (Never was honest service and labour held in lower esteem, page 306). „... Unsere Kriegsschiffe verurteilen Frauen und Kinder weiterhin zum Hungertod. Wir haben teil an allen niederträchtigen und ruchlosen Verschwörungen zur Beseitigung der Demokratie in Europa. Obgleich unser Staat am Rande des Bankrotts steht, kann ein Minister zur Befriedigung seiner persönlichen Eitelkeit, kann eine kleine Klasse von Geldleuten zur Sicherung ihres eigenen künftigen Profits dem britischen Steuerzahler für ein russisches Abenteuer wohl noch zusätzlich an die 100 Millionen Pfund Sterling aufbürden ..." (We are in every mean and wicked conspiracy to subvert democracy in Europe. Though the State is tottering on the verge of bankruptcy, a Minister to gratify his personal vanity, and a small class of financiers to secure personal profit in the future, can add what will probably amount to £ 100 000 000 further burden upon the British taxpayer, for a Russian venture ... p. 307) ... Die Parlaments-Arbeiterpartei „offenbart dieselbe Neigung der Partei, sich durch erbärmliche Einschüchterungen in Schrecken versetzen zu lassen"

?

(„shows this same proneness in the Party to be stampeded by trivial fears"), was der Sturm im Wasserglas bewiesen hat, der entstand, weil Neil Maclean sitzen blieb, als die übrigen Mitglieder der Partei im Parlament den Premierminister, der aus Paris den Frieden gebracht hatte, durch Erheben von den Plätzen ehrten. Die Arbeiterpartei fürchtete, daß die Gegner bei den Wahlen in Flugblättern von ihr sagen würden: „Die Arbeiterpartei duldet (condones) Beleidigungen, die unserem gnädigsten Herrscher (our Gracious Sovereign) zugefügt werden." „Eine solche Sachlage", erklärt der kühne Herr MacDonald kühn, „ist nicht gesund; sie verspricht keine großen Reformen" (Such a state of things is not healthy; it contains no promise of great reform) ...*

Geschrieben nicht später als
im März 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958
in der Zeitschrift „Woprossy
Istorii KPSS" Nr. 4.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

ERGÄNZUNGEN ZUM ENTWURF DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE SUBBOTNIKS[200]

I. ZIEL UND ZWECK DER SUBBOTNIKS

1. Die Subbotniks sind eine Form der Propagierung der Idee der Arbeitspflicht und der Selbstorganisierung der Arbeiterklasse.
2. Die Subbotniks sollen ein Laboratorium zur Entwicklung von Formen kommunistischer Arbeit sein.
3. Subbotniks sollen in erster Linie für besonders wichtige und dringende Arbeiten angesetzt werden.
4. Bei den Subbotniks darf die Leistung nicht unter den festgesetzten Normen liegen, doch sollen die Teilnehmer an den Subbotniks bestrebt sein, diese Normen zu überbieten.

+ a) Erhöhung der Arbeitsproduktivität
  b) – „ – der Arbeitsdisziplin
  c) Verwirklichung der Diktatur des Proletariats
  d) Führung in bezug auf die Bauernschaft
  e) Rettung vor Hunger und Zerrüttung.

Geschrieben nicht früher als Ende März 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIV.

Nach dem Manuskript.

AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)

An die Mitglieder des Politbüros:

Bitte durchlesen. *Interessant.*

Ich bin dafür, mit ihnen einen Kompromiß zu *suchen*.[201]

Lenin

Geschrieben zwischen dem 19. April und 6. Mai 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

BEMERKUNGEN ZUM DEKRET ÜBER DIE LEBENSMITTELZUTEILUNG NACH ARBEITSLEISTUNG[202]

1

1. Den Titel ändern.
2. Die einheitliche Norm für die Zivilbevölkerung abschaffen.
3. Die Grundration muß die *nach Arbeitsleistung*, d. h. *für die geleisteten Arbeitstage* sein.
4. Die Arbeiterration ist in Kategorien zu unterteilen, je nachdem, ob es sich um leichte oder schwere Arbeit handelt.
5. erste Kategorie: geistige und Büroarbeit
6. zweite „ körperliche Arbeit
7. dritte „ besonders schwere Arbeit usw.
8. „Schwerpunktgruppen" (d. h. Berufe und Betriebe, die für die Produktion besonders wichtig sind) werden auf Beschluß des Rats der Volkskommissare (in manchen Fällen nach besonderen Richtlinien) und des Rats für Verteidigung in die Kategorien 2, 3 usw. eingestuft.
9. Für Nichtarbeitende, Arbeitslose, ferner für Händler usw. wird eine besonders niedrige Norm festgesetzt. *Ausnahme.*
10. Besondere Ausnahmen für Kinder und Kranke.

2

Vorschlag für den Titel:

„Dekret über größere Einheitlichkeit der Lebensmittelrationen und über die Zuteilung nach Arbeitsleistung als Grundlage für das gesamte Versorgungssystem."

Das, was früher als „einheitliche Norm für die Zivilbevölkerung" bezeichnet wurde, ist *umzubenennen* in

„Norm für Arbeitslose und Kleineigentümer" oder: für Bürger, die einer selbständigen Beschäftigung nachgehen, für Nichtarbeitende usw. (oder: „für Kleinbesitzer"), „für Personen, die nicht in sowjetischen Betrieben und Institutionen tätig sind".

Vorteil: 1. eine große Vereinfachung in den Hauptstädten und allen *Industriestädten in Gegenden ohne bedeutende Landwirtschaft* (denn dort ist die *Masse* in sowjetischen Betrieben oder Institutionen beschäftigt).

2. In den Städten *ohne bedeutende Industrie* schälen wir den Teil der Bevölkerung, der nicht in sowjetischen Betrieben und Institutionen beschäftigt ist, *klar* heraus, *und diesem Bevölkerungsteil muß die Zuteilung nach und nach entzogen werden* (entweder du legst dir einen *eigenen* Gemüsegarten an, oder du gehst in einen Sowjetbetrieb oder eine Sowjetinstitution arbeiten).

Leute ernähren, die weder in einem Sowjetbetrieb noch in einer Sowjetinstitution arbeiten – das *machen wir nicht.*

Es ist zu berechnen, für welches System *weniger Lebensmittelkarten* gebraucht werden und welches System überhaupt einfacher ist.

Lenin

27. IV. 1920

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

REDE BEI DER GRUNDSTEINLEGUNG ZU EINEM KARL-MARX-DENKMAL 1. MAI 1920

Zeitungsbericht

W. I. Lenin hielt vor den Anwesenden eine kurze, aber eindrucksvolle Rede über die Bedeutung von Karl Marx als sozialistischer Führer.

– Trotz politischer Freiheiten waren die Werktätigen geknechtet. Jetzt haben sie den Weg zur Arbeiterrevolution beschritten, die die sozialistische Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Gutsbesitzer und Kapitalisten, hervorbringt. Rußland ist die große Ehre und das Glück zuteil geworden, zur Gründung dieser sozialistischen Gesellschaft und der internationalen Räterepublik beizutragen. Anläßlich des Internationalen Feiertags der Arbeit, da wir allen beweisen wollen, daß wir der Aufgabe, die sozialistische Gesellschaft der Werktätigen zu organisieren, gewachsen sind, wollen wir das Andenken von Karl Marx ehren. Und ich bin überzeugt, daß das Denkmal, das wir unserem großen Lehrer errichten werden, stets daran gemahnen wird, daß es beharrlicher Arbeit bedarf, um die Gesellschaft zu errichten, in der es keine Ausbeutung mehr gibt.

„Iswestija WZIK" Nr. 94,
4. Mai 1920.

Nach dem Text der
„Iswestija WZIK".

REDE BEI DER ERÖFFNUNG DES SAGORSKI-ARBEITERPALASTES 1. MAI 1920

Zeitungsbericht

Gen. Lenin widmete seine kurze Rede Erinnerungen an Gen. Sagorski, seinen Begegnungen mit ihm im Ausland, in der Emigration, im Jahre 1907, als Gen. Lenin in Arbeiterzirkeln ausländischer Genossen und in Zirkeln russischer Emigranten Referate und Vorträge hielt. Bereits damals

machte Gen. Sagorski, Sekretär der Genfer Gruppe der Bolschewiki, den Eindruck eines energischen, klugen Menschen und guten Organisators, der mit ganzer Seele der Partei ergeben war. Als Gen. Sagorski 1918 nach Moskau zurückkehrte, ging er ganz in der Parteiarbeit auf, wurde bald zum Sekretär der Moskauer Organisation gewählt und kam dann auf diesem ehrenvollen Posten bei dem Bombenanschlag in der Leontjewski-Gasse ums Leben.[203]

„Iswestija WZIK" Nr. 94,
4. Mai 1920,
und „Prawda" Nr. 95,
5. Mai 1920.

Nach dem Text der „Prawda".

REDE VOR DEN ROTEN KOMMANDEUREN, DEN ABSOLVENTEN DES XI. LEHRGANGS DER ERSTEN MOSKAUER MASCHINENGEWEHRKURSE
12. MAI 1920

Zeitungsbericht

Lenin wies in seiner Rede vor den soeben ernannten roten Kommandeuren darauf hin, wovon sich ein roter Kommandeur, der an die Westfront geht, leiten lassen muß. Ein roter Kommandeur muß daran denken, daß wir nicht gegen die polnischen Arbeiter und Bauern kämpfen, sondern gegen die polnische Bourgeoisie und die polnischen Gutsbesitzer wie auch gegen die Kapitalisten der Entente, die hinter ihnen stehen und von denen die polnischen Pans regiert werden. Sie wissen, sagte Gen. Lenin, daß uns dieser Krieg aufgezwungen wurde, daß wir ihn nicht wollten, aber wir lassen nicht zu, daß man uns erdrosselt: lieber Tod als Niederlage.

„K Nowoi Armii" Nr. 6,
1. Juni 1920.

Nach dem Text der Zeitschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE BESCHAFFUNG VON ROHSTOFFEN[204]

Es ist eine Kommission zu bilden, die den Auftrag erhält, innerhalb von zwei Wochen

1. Maßnahmen auszuarbeiten, um die gesamte Getreide- und Rohstoffbeschaffung in einer Dienststelle zu konzentrieren oder zu diesem Zweck die entsprechenden Dienststellen genügend fest und zweckmäßig zusammenzuschließen. Der Genossenschaftsapparat ist unbedingt auszunutzen.

2. Die Kommission soll besonders die Frage erörtern, inwieweit die Lebensmittelbeschaffungsabteilungen und die Truppen für den inneren Schutz der Republik zur Beschaffung von Rohstoffen jeder Art herangezogen werden können, ferner die Frage, unter welchen Bedingungen und in welchem konkreten Umfang Prämien und Warenaustausch (in der Regel kollektive Prämien), insbesondere die Rückerstattung eines Teils der von den Bauern abgelieferten Rohstoffe in Form von Fertigwaren, zur Anwendung kommen sollen.

3. Die Ablieferungspflicht sowie feste Preise sind bei der Rohstoffbeschaffung unbedingt überall anzuwenden.

Geschrieben am 25. Mai 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF EINES DEKRETS ÜBER MASSNAHMEN ZUR GERECHTEN VERTEILUNG DES WOHNRAUMS UNTER DER WERKTÄTIGEN BEVÖLKERUNG[205]

Meiner Meinung nach ist § 9 nicht zu gebrauchen. Die Volksgerichte sind schwach.

Die örtlichen Hygieneabteilungen (+ Kommissariate für Arbeit) sind zu verpflichten,

(a) obligatorische Bestimmungen herauszugeben,

(b) Unsauberkeit u. dgl. ohne Gerichtsverfahren mit Haftstrafen bis zu 1 Monat und *zwangsweisem Arbeitseinsatz* bis zu 2 Monaten zu *ahnden*,

(c) eine *Massen*kontrolle zur Überprüfung der Sauberkeit (mit Hilfe von besonderen *Trupps* bei den Deputiertensowjets) zu organisieren.

Lenin

Geschrieben am 25. Mai 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN FÜR EINEN BESCHLUSS DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE GETREIDEBESCHAFFUNG[206]

26. V. 1920

1. Befriedigung über die erhöhte Getreidebeschaffung zum Ausdruck bringen
2. monatliche Angaben fordern
3. das an die Bahnstationen transportierte Getreide und das aufgebrachte Getreide getrennt aufführen

4. Hilfe für die bei der Getreidebeschaffung Tätigen (§ 4)
5. den Antransport verstärken (§ 5)
6. **Gemüseanbau?**

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

UNTERREDUNG MIT DEM JAPANISCHEN KORRESPONDENTEN R. NAKAHIRA, VERTRETER DER ZEITUNG „OSAKA ASAHI"[207]

Ohne unsere Fragen abzuwarten, begann Lenin von sich aus über die japanisch-russischen Beziehungen zu sprechen, wobei er sein tiefes Bedauern über die Haltung Japans zum Ausdruck brachte, das keine Bereitschaft zeigt, den Friedensschritten der Arbeiter-und-Bauern-Regierung Rußlands entgegenzukommen. „Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung", bemerkte er, „hat gerade deshalb, weil sie für den Frieden ist, den Pufferstaat im Fernen Osten[208] anerkannt."

Zu anderen Themen übergehend, stellte Lenin eine Reihe von Fragen: „1. Sind die Großgrundbesitzer in Japan eine herrschende Klasse? 2. Ist der japanische Bauer freier Eigentümer des Bodens? 3. Lebt das japanische Volk hauptsächlich von eigenen Ressourcen, oder importiert Japan viel aus dem Ausland?"

Somit gab uns Lenin deutlich zu verstehen, wie sehr er sich für das Leben des japanischen Volkes interessiert.

Lenin stellte dann folgende interessante Frage: „Ich habe in einem Buch gelesen, daß in Japan die Eltern ihre Kinder nicht schlagen. Stimmt das?" Wir antworteten: „Es mag natürlich Ausnahmen geben, aber in der Regel schlägt man bei uns die Kinder nicht." Er bemerkte mit tiefer Befriedigung, daß zu den Prinzipien der Arbeiter-und-Bauern-Regierung ebenfalls die Abschaffung der Prügelstrafe für Kinder gehöre.

Dann stellten wir einige Fragen über die russische Revolution und ihre Entwicklungsperspektiven.

Lenin faßte kurz die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung

zusammen und sagte: „Vor der Revolution wurden die Arbeiterklasse und die Bauernschaft in Rußland in einem Maße unterdrückt, das in der Geschichte seinesgleichen sucht. Im Ergebnis dieser Unterdrückung wuchs der Geist des Widerstands der Volksmassen immer mehr an, bis er in der Revolution zum Ausbruch kam. Gerade deshalb gelang es nicht, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, obwohl die unteren Schichten der Bevölkerung in Rußland verhältnismäßig schwach organisiert waren und ihr Bildungsgrad niedriger war als in anderen Ländern. Jetzt aber verfügen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft in Rußland über eine mehr als zweijährige revolutionäre Erfahrung und haben eine ausgezeichnete politische und soziale Schule durchlaufen. Die in diesen zweieinhalb Jahren erworbenen Erfahrungen kann man ohne weiteres der Entwicklung mehrerer Jahrhunderte gleichsetzen."

Dann fragten wir: „Die Arbeiter-und-Bauern-Republik hat es prinzipiell abgelehnt, die Anleiheschulden der zaristischen Regierung zu bezahlen, sie hat jedoch Estland versprochen, ihm nach Friedensschluß eine große Summe in Gold zu zahlen. Wie ist das zu erklären?"

Lenin lachte und sagte: „Estland hat dem Arbeiter-und-Bauern-Staat gegenüber guten Willen an den Tag gelegt, und deshalb hat die Arbeiter-und-Bauern-Regierung versprochen, ihm dieses Gold zu zahlen." Dann fuhr er fort: „Es ist wirklich sehr schwierig, mit den besitzenden Klassen zu verhandeln. Die Vertreter der besitzenden Klassen denken naturgemäß nur an die Befriedigung ihrer Geldgier. Nehmen wir beispielsweise Amerika. Amerika hat unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat vorgeschlagen, Frieden zu schließen. Prüft man jedoch diesen Vorschlag aufmerksam, so stellt sich heraus, daß er einen durch und durch räuberischen Charakter trägt. Das ist für uns unannehmbar. Deshalb haben wir die Unterzeichnung eines solchen Friedensvertrages prinzipiell abgelehnt. Wir wollen selbstverständlich nicht, daß man uns im Ausland als einen schwachen Staat betrachtet. Sollten sich die Ententeländer weiterhin weigern, den Arbeiter-und-Bauern-Staat anzuerkennen, und versuchen, eine militärische Intervention in Rußland vom Zaune zu brechen, so wäre das im Endergebnis, wie man mit gutem Grund annehmen kann, nur vorteilhaft für uns.

Für die russische Industrie eröffnen sich große Perspektiven. Nehmen wir beispielsweise nur die Energieerzeugung. Wenn sie zu hoher Lei-

stungsfähigkeit entwickelt wird, können wir sämtliche Wirtschaftszweige elektrifizieren. Die schöpferischen Möglichkeiten des Kommunismus werden schon bald große Auswirkungen auf die Lösung aller dieser Probleme haben, und wir werden einen so gewaltigen Schritt nach vorn tun, der dem Fortschritt vieler Jahrzehnte gleichzusetzen ist."

Telegrafisch übermittelt am 6. Juni 1920.
Veröffentlicht in japanischer Sprache am 13. Juni 1920 in der Zeitung „Osaka Asahi" Nr. 13 814, am 15. Juni 1920 in der Zeitung „Tokyo Asahi" Nr. 12 211 und in englischer Sprache am 7. August 1920 in der Zeitschrift „Soviet Russia" Nr. 6.

Nach der russischen Übersetzung des in der Zeitung „Osaka Asahi" veröffentlichten japanischen Textes.

UNTERREDUNG MIT DEM JAPANISCHEN KORRESPONDENTEN K. FUSSE, VERTRETER DER ZEITUNGEN „OSAKA MAINICHI" UND „TOKYO NICHINICHI"

Gen. Lenin begrüßte Fusse mit den Worten, er freue sich sehr über seinen Besuch, und erklärte, er betrachte – ungeachtet dessen, was in den letzten Jahren zwischen Rußland und Japan vorgefallen sei, und obgleich gewisse Kreise in Japan noch immer eine unversöhnliche Haltung gegenüber Sowjetrußland einnehmen – die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern doch optimistisch. Die Sowjetregierung hat die Unabhängigkeit des Pufferstaates anerkannt, und das wird, so hoffe ich, sagte Lenin, zur baldigen Wiederherstellung des Friedens im Fernen Osten beitragen.

Zu Beginn des Interviews stellte Fusse Lenin die Frage: „Im Herbst vergangenen Jahres sagten Sie, die Schwierigkeiten seien bereits überwunden, glauben Sie, daß es in Zukunft keine Schwierigkeiten mehr geben wird?"

Ich meinte damit, daß wir die größten Schwierigkeiten hinter uns haben; doch uns stehen natürlich noch viele Schwierigkeiten bevor!

Frage Fusses: „Sie sagten, daß der Kapitalismus, um den Übergang vom Feudalismus zu vollziehen, viele Jahre benötigt hat und daß der Sozialismus darum auch viele Jahre brauchen wird, um den Übergang vom Kapitalismus zu vollziehen. Sagen Sie bitte, wieviel Zeit wird hierfür ungefähr notwendig sein?"

Es ist schwer, überhaupt eine Frist zu nennen; um die alte Ordnung zu stürzen, braucht man nicht viel Zeit, aber eine neue Ordnung kann nicht in kurzer Zeit geschaffen werden. Wir haben den Plan der Elektrifizierung der Industrie und Landwirtschaft in Angriff genommen, ohne Elektrifizierung ist die kommunistische Ordnung nicht zu verwirklichen; unser Elektrifizierungsplan erstreckt sich bei günstigsten Bedingungen auf einen Zeitraum von zehn Jahren. Das ist die mindeste Frist für die Errichtung unserer neuen Ordnung.

Dann stellte Lenin Fusse verschiedene Fragen über die Agrar- und Klassenverhältnisse in Japan.

Welche Rolle spielen in Japan die Gutsbesitzer? Wie ist in Japan die Lage des landlosen Bauern? Gibt es Bauernorganisationen? usw. Ferner interessierte sich Lenin für den Stand der Elektrifizierung und der Volksbildung in Japan sowie für das Verhältnis zu den Kindern. Als Fusse sagte, daß man in Japan die Kinder liebevoller behandle als im Westen, bemerkte Lenin: Das ist sehr wichtig, denn selbst in den sogenannten zivilisierten Ländern Europas, sogar in der Schweiz, ist zum Beispiel die Sitte, die Kinder in der Schule zu schlagen, noch nicht völlig überwunden.

Danach stellte Fusse Gen. Lenin wieder einige politische Fragen.
Fusse: „Wie stellen Sie sich gutnachbarliche Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten vor?"

Unsere Bedingungen bezüglich des Zusammenlebens mit den kapitalistischen Ländern sind ausführlich in dem Vertragsentwurf dargelegt, den der amerikanische Vertreter Bullitt kürzlich in Washington veröffentlicht hat. Diese Bedingungen sind für uns sehr ungünstig, daraus folgerten die Ententemächte, wir seien zu Zugeständnissen bereit, weil wir schwach seien, und begannen die Intervention, die für sie alle mit einer völligen Niederlage endete. Wir haben Koltschak, Judenitsch und Denikin vernichtend geschlagen.

Fusse: „Wo hat der Kommunismus mehr Aussichten auf Erfolg, im Westen oder im Osten?"

Der wirkliche Kommunismus kann vorerst nur im Westen Erfolg haben, aber der Westen lebt ja auf Kosten des Ostens; die europäischen imperialistischen Mächte bereichern sich hauptsächlich an den östlichen Kolonien, zugleich aber bewaffnen sie ihre Kolonien, lehren sie, wie man kämpft, und dadurch gräbt der Westen sich im Osten selbst eine Grube.

Fusse: „Welches sind die nächsten Aufgaben der Sowjetregierung?"

Erstens: die polnischen Gutsbesitzer zu besiegen, zweitens: zu einem dauerhaften Frieden zu kommen, drittens: unsere Wirtschaft zu entwikkeln.

Telegrafisch übermittelt am 4. Juni 1920.
Veröffentlicht in japanischer Sprache am 10. Juni 1920 in der Zeitung „Tokyo Nichinichi" Nr. 15 686.

Nach dem Text des Sammelbandes „Lenin und der Osten", Moskau 1924, verglichen mit einer maschinegeschriebenen Abschrift der telegrafisch übermittelten Korrespondenz K. Fusses.

BESCHLUSS ÜBER DIE BESTRAFUNG DES LEITERS DES SANATORIUMS „GORKI", E. J. WEWER

Laut Protokoll der Genossen Belenki, Iwanytschew und Gabalin wurde festgestellt, daß auf Anweisung des Leiters des Sanatoriums, Gen. Wewer, am 14. Juni 1920 im Park des Sanatoriums eine völlig gesunde Fichte gefällt worden ist.

Wegen einer derartigen Schädigung sowjetischen Eigentums ordne ich an, Gen. Wewer, Leiter des Sanatoriums beim Sowjetgut Gorki,

für 1 Monat in Haft zu nehmen.

Das Urteil ist vom Kreisexekutivkomitee Podolsk zu vollstrecken, wobei

1., wenn festgestellt wird, daß Gen. Wewer nicht vorbestraft ist, er nach einer Woche bedingt aus der Haft zu entlassen und darauf aufmerksam zu machen ist, daß er, falls wiederum unrechtmäßige Holzungen im Park, in

den Alleen und im Wald vorgenommen werden bzw. sowjetisches Eigentum auf andere Weise beschädigt wird, nicht nur eine Haftstrafe von 3 Wochen über das neue Strafmaß hinaus abzubüßen hat, sondern auch seiner Funktion enthoben wird.

2. Der Zeitpunkt für die Vollstreckung des Urteils ist vom Kreisexekutivkomitee – im Einvernehmen mit der Kreislandabteilung bzw. der Verwaltung der Sowjetwirtschaften so festzulegen, daß die Feldarbeiten und die Wirtschaft in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Gen. Belenki beauftrage ich, Gen. Wewer und seine Mitarbeiter von diesem Beschluß zu unterrichten und sich von ihnen durch Unterschrift bestätigen zu lassen, daß sie hiervon in Kenntnis gesetzt und darüber informiert wurden, daß ein derartiger Verstoß im Wiederholungsfalle die Bestrafung nicht nur des Leiters, sondern aller Angestellten und Arbeiter zur Folge haben wird.

Das Kreisexekutivkomitee beauftrage ich, mich über den von ihm festgelegten Termin für die Verbüßung der Strafe sowie über die Verbüßung selbst zu informieren.

Der Vorsitzende des Rats für Arbeit und Verteidigung
W. Uljanow (Lenin)

14. VI. 1920

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

REDE IN DER SITZUNG DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE 19. JUNI 1920

Zeitungsbericht

Gen. Lenin stellte die Frage folgendermaßen: Was heißt tatsächlich die Diktatur des Proletariats anerkennen? Das heißt, das Proletariat tagtäglich in der Propaganda, in der Agitation, in Reden auf die Eroberung der Macht, auf die Unterdrückung der Ausbeuter, auf die Unterdrückung

sämtlicher Gegner des Proletariats vorzubereiten. Gen. Lenin weist an Hand einer Reihe von Dokumenten und Zeitungen nach, daß zwischen der III. Internationale und der gesamten Politik der französischen Partei[209] ein *Abgrund* klafft. Er zeigt ferner die ganze Fäulnis des Turati-Flügels der italienischen Partei, der die gesamte Partei daran hindert, eine völlig richtige Linie zu beziehen.

„Prawda" Nr. 133,
20. Juni 1920.
„Iswestija WZIK" Nr. 134,
22. Juni 1920.

Nach dem Text der „Prawda".

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE AUFGABEN DER KPR(B) IN TURKESTAN[210]

Die Thesen und der Entwurf werden im allgemeinen und wesentlichen bestätigt, sie sind jedoch in der Hinsicht abzuändern, daß

1. der Bodenbesitz der russischen und nichteinheimischen Bevölkerung mit dem der einheimischen gleichgestellt werden muß;

2. die russischen Kulaken mit größter Entschiedenheit zerschlagen, ausgesiedelt und gezwungen werden müssen, sich unterzuordnen;

3. die Turkestankommission[211] nicht berechtigt ist, Dekrete abzuändern, ohne sich mit dem Turkestanischen ZEK und dem Turkestanischen Rat der Volkskommissare sowie den zentralen Stellen ins Einvernehmen gesetzt zu haben;

4. die – allmähliche, aber konsequente – Übergabe der Macht an die örtlichen *Sowjets der Werktätigen* unter der Kontrolle zuverlässiger Kommunisten systematisch überlegt, vorbereitet und verwirklicht wird;

5. die Teilung der Republik in 3 Teile nicht im voraus entschieden wird;

6. als allgemeine Aufgabe die Beseitigung des Feudalismus gestellt wird, nicht der Kommunismus.

Geschrieben am 22. Juni 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

MATERIALIEN ZUM II. KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE[212]

1

PLAN EINER RESOLUTION ÜBER DEN INHALT DES BEGRIFFS „DIKTATUR DES PROLETARIATS" UND ÜBER DEN KAMPF GEGEN DIE „IN MODE GEKOMMENE" VERFÄLSCHUNG DIESER LOSUNG[213]

1. Zusammenfassung des wirklich revolutionären und nur des revolutionären Teils des Proletariats zur Partei und wiederum des revolutionären Teils der *Partei* zu *leitenden* Zentren der Partei.

2. Systematische Entlarvung des Reformismus und Opportunismus innerhalb der Partei und der Arbeiterbewegung vor den Massen.

3. Ersetzung der opportunistischen Führer durch revolutionäre sowohl in den Sektionen der Partei als auch in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in den Klubs, in den Kultur- und Bildungsorganisationen, kurz gesagt in *sämtlichen* Organisationen des Proletariats.

4. Bildung kommunistischer Zellen in ausnahmslos allen Arten von Arbeiterorganisationen und kleinbäuerlichen Organisationen, um die gesamte Arbeiterbewegung (und einen Teil der kleinbäuerlichen Bewegung) systematisch durch die Partei zu leiten.

= 3? 5. Unbedingte Nominierung wirklich revolutionärer und von den Traditionen, Gewohnheiten und Vorurteilen der friedlichen Arbeit, des Parlamentarismus und Legalismus gänzlich freier Arbeiter, selbst wenn diese ganz unerfahren, aber (1) zum Kampf gegen den Reformismus und Opportunismus fähig und (2) mit den breitesten Massen des Proletariats und dem revolutionärsten Teil des Proletariats eng verbunden sind, –

– Nominierung einer genügenden Anzahl solcher Arbeiter für die verantwortlichsten Posten in der Partei, vor allem auch für das ZK der Partei und für die *Parlamentsgruppe* sowie für alle wichtigen Institutionen (um diese für die Partei zu erobern).

6. Ganz konkrete Unterordnung der Parlamentsfraktion unter das Zen-

tralkomitee der Partei und besonders strenge Überwachung der Parlamentsfraktion durch das ZK.

7. Als Kollaborationisten, als Anhänger (und Verfechter) eines Blocks des Proletariats mit der Bourgeoisie und den Eigentümern sind nicht nur jene zu betrachten, die diese Ideen direkt vertreten, die für einen Block in der Regierung sind usw., sondern auch jene, die diese Ideen *indirekt* vertreten, die zum Beispiel die Gleichheit der Arbeiterklasse und der Klasse der Kleineigentümer, die Gleichberechtigung ihrer Ansichten usw. verfechten.

8. Die Organe der Reformisten (oder der Versöhnung mit dem Reformismus) ...* „l'Humanité"[214], müssen ihr Erscheinen einstellen. Die Partei muß 1 Z e n t r a l organ von konsequent revolutionärer Richtung besitzen – *nicht* von der Art des „*Populaire*"[215] oder der „*Freiheit*"[216]. In der gesamten Parteipresse *eine* Idee, *eine* Richtung, *V o r b e r e i t u n g* auf die Diktatur.

9. Tiefer hinein in die Massen. Nicht für die Arbeiteraristokratie – sondern für die ungeschulte Masse. Nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Dorf. Agitation unter den Massen, nicht nur Propaganda (contra British Socialist Party)[217].

Kostenlose Verteilung von Flugschriften an die rückständigen Arbeiter, finanziert aus den Beiträgen der fortgeschrittenen Arbeiter.

Proletarier – hinein in die Massen, zur Unterstützung der Streikenden, der Landarbeiter.

10. Offene Analyse der Fehler und des Verrats der opportunistischen Führer (Streik vom 20./21. VII. 1919 *u s w.*) vor den Massen.

Analyse *aller* opportunistischen Fehler und Schwächen in Reden von Parlamentariern etc. in der Presse.

11. Systematisches Vorgehen, bei jeder Gelegenheit, in jeder Beziehung, angewandt auf alle Gebiete des Lebens;

Klarstellung der *konkreten* Aufgaben der Diktatur des Proletariats, viz.**:

(a) Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter (einschließlich der Kulaken und der Saboteure aus den Reihen der Intelligenz);

---

* Im Manuskript konnte ein Wort nicht entziffert werden. *Die Red.*

** videlicet – und zwar. *Die Red.*

(b) Konfiskationen, denn Abkaufen ist jetzt, nach 1914–1918, unmöglich;

(c) besondere Überwachung der Ausbeuter und der bürgerlichen Intelligenz;

(d) sofortige revolutionäre Verbesserung des Lebens
sowohl der Arbeiter
als auch der gesamten ausgebeuteten Masse
als auch der Kleinbauern
auf Kosten der Ausbeuter;

(e) Neutralisierung der Kleineigentümer
{ der Mittelbauern
der Handwerker
der Kleinindustriellen
eines Teils der bürgerlichen Intelligenz }
d. h. verhindern, daß sie zu den Weißen übergehen;

(f) Entschlossenheit, Können, Fähigkeit, besondere Organisation zur Unterdrückung des Widerstands.

[1.] $\Sigma\Sigma =$ (α) zerschlagen
(β) mitreißen
(γ) neutralisieren.

12. Epuration . . .*

13. „Pressefreiheit"? – „Versammlungsfreiheit"? – „Freiheit der Person"?

Partei = Vorhut
($\alpha\alpha$) (1) revolutionärer Teil
($\beta\beta$) (2) mit der *Masse* verbunden.

Sofortige Vorbereitung (2. 3. 4. 5. 6 (+ 13). 7. $\alpha\alpha$
8. 9. 10. $\beta\beta$

Hauptgefahr: die rechten, d. h. nicht abgelösten Führer.

3 Parteien (+ Sozialistische Partei Amerikas[218]) (+ Sozialistische Partei der Schweiz[219]?). Sofortiger Anschluß ist *u n m ö g l i c h*.

Die Linken. Ihre Fehler. Sofortiger Anschluß ist *m ö g l i c h*.

Reformismus in der Italienischen Partei (vielleicht + BSP?)

---

* Reinigung . . . *Die Red.*

NB //

Kommission über die französische Partei und Presse:

Losowski	Serrati
+ Bucharin	Deslinières
+ Guilbeaux	+
	Sadoul

Geschrieben im Juli 1920, nicht später als am 4.
Zum erstenmal veröffentlicht am 1. August 1935 in der Zeitschrift „Kommunistitscheski Internazional" Nr. 22.

Nach dem Manuskript.

2
ZUR REDE J. TANNERS AUF DEM II. KONGRESS DER KOMINTERN[220]

Die Rede Tanners (Shop Stewards) hat anschaulich bestätigt,

1. daß *innerhalb* der III. Internationale Platz für die *Sympathisierenden* geschaffen werden muß,
2. daß für England und Amerika der *besondere* Vorbehalt zu machen ist, daß wir ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Parlamentarismus empfehlen:

   (a) die Massenbewegung in Form der IWW und der Shop Stewards sollte der III. Internationale *affiliiert* bleiben,

   (b) es sollte noch einmal eingehend erörtert und in der Praxis *erprobt* werden, wie eine *Verbesserung* der sozialistischen Parteien, die eine *ungenügende* Agitation unter den Massen betreiben und *es nicht verstanden haben*, sich mit ihnen zu verbinden, erreicht werden kann.

Lenin

Geschrieben am 23. Juli 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

3

BEMERKUNGEN ZUM BERICHT A. SULTAN-SADES ÜBER DIE PERSPEKTIVEN DER SOZIALEN REVOLUTION IM OSTEN[221]

1. Zerfall der wohlhabenden Ausbeuterklassen

2. großer Teil der Bevölkerung – *Bauern* in *mittelalterlichen Ausbeutungsverhältnissen*

3. *kleine* Handwerker – in der Industrie

4. Schlußfolgerung: sowohl die Räteinstitutionen als auch die kommunistische Partei (ihre Zusammensetzung, ihre speziellen Aufgaben) sind dem Niveau der *Agrar*länder des kolonialen Ostens *anzupassen*.

Das ist das Wesentliche. Hierüber muß man sich Gedanken machen und **konkrete** Antworten *suchen*.

Geschrieben zwischen dem 24. und 29. Juli 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 41.

Nach dem Manuskript.

4

NOTIZEN FÜR DIE KOMMISSION FÜR DIE NATIONALE UND DIE KOLONIALE FRAGE

Den *mittelalterlichen Partikularismus* ausnutzen? Zu gefährlich; nicht marxistisch.

Man muß unterscheiden zwischen den *modernen* nationalen Bewegungen und den „Bewegungen" (sogenannten *Bewegungen*) mittelalterlichen Charakters.

Geschrieben in französischer Sprache im Juli 1920, nicht später als am 28.

Zum erstenmal (als Faksimile) veröffentlicht 1923 in dem Buch: H. Guilbeaux. „Wladimir Iljitsch Lenin. Ein treues Bild seines Wesens", Berlin.

Nach dem Faksimile. Übersetzung aus dem Französischen.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DEN KONFLIKT ZWISCHEN DER PETROGRADER KOMMUNE UND DEM PETROGRADER SOWJET[222]

1. Badajew in die Moskauer Konsumgenossenschaft.
2. *Badajew rehabilitieren (über das Orgbüro).*
3. Einige Petrograder Mitarbeiter des Ernährungswesens nach Moskau versetzen.
4. Petrograd unter besonders strenge Aufsicht stellen.*
5. Die tatsächliche Gleichstellung Petrograds und Moskaus sowie aller übrigen Versorgungszentren in bezug auf die Verteilung von Brot und die Zuteilungsnormen verwirklichen.[223]

Geschrieben am 16. Juli 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

ANTWORTEN AUF FRAGEN DES MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER FERNÖSTLICHEN REPUBLIK A. M. KRASNOSCHTSCHOKOW[224]

1. Wo soll der Kongreß einberufen werden?	Ganz gleich, wo.
2. Wahlprinzipien (ist das Vierpunktewahlsystem zulässig[225])?	Es ist zulässig.
3. Grundlagen der Verfassung und der Wirtschaftspolitik?	Zulässig ist eine Demokratie mit kleinen Privilegien der Kommunisten.[226]

* Die Punkte 2 und 4 sind im Manuskript gestrichen. Punkt 4 wurde in den endgültigen Beschluß nicht aufgenommen. *Die Red.*

4. Bestimmung der offiziellen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Fernöstlichen Republik?	Freundschaft.
5. Da sich einige Gebiete den Direktiven des ZK nicht unterordnen wollen und in einigen Tagen die Vorkonferenz einberufen wird, ist eine neue exakte Formulierung der Grundlagen der Fernöstlichen Republik und die Festlegung der Vollmacht notwendig.	Die Anweisungen des ZK befolgen, sonst jagen wir sie davon.

Geschrieben im Juli 1920, nicht vor dem 17.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

REDE AUF DER KUNDGEBUNG ANLÄSSLICH DER GRUNDSTEINLEGUNG ZU EINEM DENKMAL FÜR KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG IN PETROGRAD, 19. JULI 1920[227]

Zeitungsbericht

Genossen, in allen Ländern bringen die kommunistischen Führer unermeßliche Opfer, zu Tausenden sterben sie in Finnland, in Ungarn und in anderen Ländern. Doch keinerlei Verfolgungen werden das Anwachsen des Kommunismus aufhalten, und das Heldentum solcher Kämpfer wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verleiht uns Mut und Glauben an den endgültigen Sieg des Kommunismus. (Die Rede des Gen. Lenin wird von lauten Hurrarufen übertönt. Es erklingt die „Internationale".)

„Petrogradskaja Prawda" Nr. 159, 21. Juli 1920.

Nach dem Text der „Petrogradskaja Prawda".

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ARTIKEL A. M. GORKIS IN DER ZEITSCHRIFT „DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE“[228]

Ich beantrage, *durch Unterschriftsleistung* im Politbüro zu beschließen:

Das Politbüro des ZK hält die Veröffentlichung der *Artikel* Gorkis, insbesondere des Leitartikels, in Nr. 12 der „Kommunistischen Internationale“ für äußerst unangebracht, denn in diesen Artikeln steht nicht nur *nichts* Kommunistisches, sondern viel *Anti*kommunistisches. In Zukunft dürfen *derartige* Artikel auf *keinen* Fall in der „Kommunistischen Internationale“ veröffentlicht werden.

*Lenin**

Geschrieben am 31. Juli 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

VORSCHLÄGE ZU MILITÄRISCHEN FRAGEN[229]

In Anbetracht der Versicherung, daß (bei Budjonny) nicht < 10 000 verbleiben, stimme ich

1. dafür, daß die 6. Kavalleriedivision von Budjonny abgezogen und an die Wrangelfront verlegt wird,
2. für die Verstärkung der Reiterarmee Budjonnys um die 3 000 bis 4 000 Säbel, die der Oberkommandierende dem Süden verspricht *(dringend)*;

\+ 4. für die verstärkte Requirierung von Pferden bei den belorussischen Bauern, um Budjonnys Reiterei aufzufüllen;

---

* Der Entwurf ist außerdem von L. D. Trotzki, N. N. Krestinski und M. I. Kalinin unterzeichnet. *Die Red.*

5. für die *sofortige* Ablösung von Gittis durch Genossen Frunse (siehe die Meinung des Oberkommandierenden und Tuchatschewskis).

Lenin

Geschrieben im August 1920, nicht vor dem 20.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BESCHLÜSSE DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUM BEFEHL DES REVOLUTIONÄREN KRIEGSRATS DER WESTFRONT[230]

Das Politbüro beschließt: die Handlungsweise der Genossen Tuchatschewski und Smilga, die ohne die geringste Berechtigung hierzu ihren mehr als taktlosen Befehl erließen, der die Politik von Partei und Regierung untergräbt, wird aufs schärfste verurteilt.*

Das Politbüro beauftragt den Revolutionären Kriegsrat der Republik, den Befehl des Revolutionären Kriegsrats der Westfront unverzüglich aufzuheben und dem Revolutionären Kriegsrat der Westfront wegen seiner falschen Handlungsweise einen Verweis zu erteilen.**[231]

Geschrieben zwischen dem 20. und 24. August 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

---

* W. I. Lenin beauftragte die Sekretärin, den vorliegenden Beschluß des Politbüros telegrafisch dem Revolutionären Kriegsrat der Westfront zu übermitteln, und machte dabei oben auf dem Dokument den Vermerk: „An Genossin Britschkina. Bitte dieses Telegramm absenden." Unterhalb des Beschlußtextes fügte er hinzu: „Kopien an die Genossen Tschitscherin und Danischewski." *Die Red.*

** Diesen Text hat W. I. Lenin mit Bleistift angestrichen und dazu geschrieben: „Skljanski bereits mitgeteilt." *Die Red.*

IX. GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER KPR(B)

22.–25. September 1920[232]

1

REDE ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DES PARTEIAUFBAUS
24. SEPTEMBER

Genossen, mir scheint, daß einige Erklärungen, die in der Diskussion abgegeben wurden, und sogar einige Reden nur deshalb Beachtung verdienen, weil sie nicht nur ein sichtbares Zeichen von Erschöpfung waren, sondern eine Erschöpfung offenbarten, die an Hysterie grenzte, was dazu führte, daß der Bogen überspannt wurde. Ich möchte nicht sagen, hierbei sei Demagogie gewesen. Die physische Erschöpfung steigerte sich zur Hysterie. Das trifft in bedeutendem Maße auf die Reden Lutowinows und Bubnows zu, die weniger von Demagogie als von Erschöpfung gezeichnet waren. Zum Teil, glaube ich, hat sich die Erschöpfung auch in der Erklärung Medwedews gezeigt. Er sagte: „Jetzt sprechen Sie alle davon, daß krankhafte Erscheinungen vorhanden sind, früher aber haben Sie das bestritten, haben Sie die Unwahrheit gesagt." Ich denke, diese Auslegung ist nicht ganz richtig, sie ist sogar ganz falsch. Daß jene ungesunden Erscheinungen, von denen wir sprechen, wirklich vorhanden sind, das war wohl kaum ein Geheimnis. Es steht auch außer Zweifel, die allgemeine Lage ist derart schwer, daß es der Partei nicht eher möglich war, die Zeit zu finden, die Möglichkeit zu finden, speziell diese Frage aufzuwerfen. Auch jetzt fällt uns dies schwer, weil die Aussicht, die wir hier in unserer politischen Aussprache erörtert haben, nämlich die Aussicht, einen Winterfeldzug zu vermeiden, außerordentlich gering ist. Die allgemeine Lage der Republik hat sich, wie ich schon sagte, so weit gebessert, daß es uns jetzt möglich ist, mit größerer Ruhe zu diskutieren: Wir stellen jetzt nicht die Frage, die Konferenz vorzeitig abzubrechen, wie wir das mehrmals in der Zeit der Offensive Koltschaks und Denikins getan haben. Es hat Parteitage gegeben, von denen eine ganze Reihe verantwortlicher Funktionäre, ohne ihre Beendigung abzuwarten, direkt an die Front ging. Jemand

könnte vielleicht meinen, daß wir nicht oft Parteitage einberufen, daß wir nicht oft die Möglichkeit haben, die wichtigsten Fragen auf Parteitagen zu behandeln – aber bisher gelang es uns nicht einmal, jeden einberufenen Parteitag zu Ende zu führen. Jetzt jedenfalls befinden wir uns in einer Lage, in der wir, ohne uns Beschränkungen aufzuerlegen, die jetzige Aussprache zum Abschluß bringen können und müssen. Ich möchte noch ganz kurz bemerken, daß einige Versuche, die Angelegenheit auf marxistische Weise zu klären, die in Kalinins Ausführungen enthalten waren, wie mir scheint, ganz im Gegenteil stark vom Marxismus abwichen und daß die richtige, marxistische Orientierung, glaube ich, in der Resolution des Moskauer Komitees – die Sie alle natürlich gelesen haben und die als kleine Broschüre erschienen und auch in der „Prawda" abgedruckt ist – sowie in dem Brief des ZK gegeben wurde.

Ich möchte einige Zeilen verlesen, die ich der Kommission (falls beschlossen wird, eine solche zu wählen) empfehlen möchte, nicht als Ersatz für die Moskauer Resolution und den Brief des ZK, sondern als ergänzendes Material.* In der Resolution des Moskauer Komitees wird, wie mir scheint – und darin sind sich fast alle einig –, die Frage richtig beleuchtet. Ich erlaube mir, diese wenigen Worte zu verlesen und einiges dazu zu sagen. Hier die Ergänzung: „Die außerordentlich schwere Lage der Sowjetrepublik in den ersten Jahren ihres Bestehens, die furchtbare Zerrüttung und die äußerst gefährliche militärische Lage machten es unvermeidlich, bestimmte Institutionen und Kategorien von Personen als ‚vorrangige' (und daher faktisch privilegierte) zu behandeln. Das war unumgänglich, denn es war nicht möglich, das ruinierte Land zu retten, ohne die Kräfte und Mittel auf diese Institutionen und Personen zu konzentrieren. Hätten wir sie nicht stark gemacht, so hätten uns die Imperialisten der ganzen Welt ganz sicher erdrosselt und unsere Sowjetrepublik nicht einmal den ersten Schritt zum wirtschaftlichen Aufbau machen lassen . . ."

Hinsichtlich der Spezialisten haben wir hier sehr heftige Angriffe zu hören bekommen. In der Rede des Gen. Kutusow klang die Wahrheit durch, daß Sowjetrußland dem Proletariat keine Verbesserung seiner Lage, sondern im Gegenteil oft eine Verschlechterung gebracht hat. Das stimmt. Man muß aber sehen, daß zum Beispiel in Wien, wo es keine

* Siehe den vorliegenden Band, S. 206/207. *Die Red.*

Sowjetregierung gibt, eine ebensolche Verschlechterung eingetreten ist und dazu noch eine hundertmal stärkere moralische Erniedrigung. Das kann aber die Masse nicht sehen. Es ist verständlich, daß wir gefragt werden: Was haben uns denn die beiden Jahre gebracht? Und es ist verständlich, daß die Unzufriedenheit wegen der Spezialisten so breite Ausmaße annimmt. Es ist verständlich, daß die Auseinandersetzung um die Frage, ob die Spezialisten gebraucht werden oder nicht, im Vordergrund stand. Aber man darf nicht vergessen, daß wir ohne sie unsere Armee nicht hätten. Dann wären wir in der gleichen Lage, in der sich Ungarn und die finnischen Arbeiter befanden. So liegen die Dinge. Ohne diese Spezialisten hätten wir jene absolut notwendigen Schritte nicht tun können, die es uns ermöglichten, ein bestimmtes Niveau zu erreichen – darüber habe ich in meinem politischen Bericht gesprochen. Hätten wir es nicht verstanden, die Sache mit den Spezialisten zu organisieren, so hätten wir das heute nicht, und wir hätten das Weitere nicht in Angriff nehmen können. Jetzt aber, da wir sie gezwungen haben, sich zu fügen, da wir sie eingespannt haben und wissen, daß sie uns nicht davonlaufen, sondern im Gegenteil alle zu uns kommen, jetzt werden wir zu einer größeren Demokratisierung in der Partei und in der Armee gelangen. Ich lese weiter (verliest die Resolution)...

Erster Punkt (verliest ihn).* Hierzu eine Ergänzung. Gen. Tomski sagte unter Bezugnahme auf das, was auch wir mehrfach gesagt haben – man soll die mittleren Kräfte aufrücken lassen, die leitenden Kräfte sind erschöpft, laßt die mittleren Kräfte heran. Das ließ sich nicht sofort verwirklichen, aber bei einem weiteren, vielleicht beim zwanzigsten Versuch wird es gelingen. Sonst wäre die Sache Sowjetrußlands hoffnungslos. Doch wir wissen, sie ist nicht hoffnungslos, weil es bei uns junge, heranwachsende Kräfte gibt. Wenn die ersten Versuche nicht geglückt sind, werden wir neue unternehmen.

Zweiter Punkt (verliest ihn).* Hierzu wurde die etwas gehässige Frage gestellt, ob die Freiheit der Kritik der Freiheit, Pfirsiche zu essen, entspräche.[233] Bei mir gibt es auf der Grundlage der von der Kommission gemachten Vorschläge für die möglichen Garantien einen einzigen Maßstab. In Zeiten, wo das Land in Gefahr ist – als Koltschak bis

---

* Siehe den vorliegenden Band, S. 206. *Die Red.*

an die Wolga und Denikin bis nach Orjol vorgedrungen waren –, da kann es keinerlei Freiheiten geben. Nicht das braucht uns hier leid zu tun. Doch die militärische Lage ist auch jetzt schlecht; wir alle sehen, wie wechselhaft das Kriegsglück ist. Wir müssen diese Frage in den Vordergrund rücken. Aber versprechen, daß wir in Zeiten der militärischen Gefahr nicht anders handeln werden, können wir nicht. Da heißt es wieder, ohne viel Gerede alles aufzubieten, und es gibt nur eins: standhaft sein und alle Kräfte anspannen. Davon gehen wir keinesfalls ab, und solange wir nicht den Sieg in Italien haben, dürfen wir davon auch nicht abgehen. Das ist meine Antwort zu den Pfirsichen.

Der dritte Punkt (v e r l i e s t i h n).* Hierzu hat Gen. Preobrashenski eine Frage gestellt, die auch von Sinowjew aufgeworfen wurde: Ist eine Reglementierung angebracht und was ist darunter zu verstehen? Ich lasse diese Frage offen, weil man sie in der Kommission eingehend behandeln wird. Dort wird sich herausstellen, ob unter Reglementierung detaillierte Punkte oder die Schaffung spezieller Institutionen zu verstehen sind.

Punkt vier (v e r l i e s t i h n).* Hierzu hat der Genosse Referent bemerkt, daß diese Frage von der Kommission aufgeworfen, jedoch von der Mehrheit abgelehnt worden sei. Mir scheint – ich stelle die Frage nur in meinem eigenen Namen –, mir scheint, daß man sie nicht ablehnen sollte, und wenn man ihr nicht gleich zustimmt, so sollte man sie auf jeden Fall vorher gründlich durchdenken. Es wurde hier darauf hingewiesen, daß dem Organisationsbüro des ZK 500 Beschwerden vorliegen. Dem Orgbüro obliegt der Einsatz von Zehntausenden von Menschen. Außerdem gibt es kein Mitglied des Orgbüros, das nicht mit mehreren staatlichen Funktionen überlastet wäre. Unter solchen Bedingungen ist es unvermeidlich, daß mit unbekannten Größen gearbeitet wird, und unter solchen Bedingungen kann nicht anders als nur intuitiv entschieden werden, wobei nur erfahrene Menschen die richtige Entscheidung zu treffen vermögen, und es geschieht auch nicht selten, daß selbst sie irren. Angesichts solcher Bedingungen wollen wir Menschen finden, die mindestens 15 Jahre Mitglied der Partei sind, die das Vertrauen der Partei genießen, die unvoreingenommen sind, die hierbei helfen könnten und zugleich, da

* Siehe den vorliegenden Band, S. 207. *Die Red.*

sie vom Parteitag gewählt würden, größere Unabhängigkeit hätten als das Orgbüro. Ich glaube, man kann diesen Schritt tun. Man kann die Arbeit des ZK nicht behindern und Beschlüsse nicht aufhalten. Eine spezielle Garantie hierbei gibt es nicht, und man kann auch keine empfehlen. In der deutschen Arbeiterpartei hat es auch früher eine Kontrollkommission gegeben. In welchem Maße sie bei uns unter den Bedingungen des Krieges möglich sein wird, das kann man nicht mit Sicherheit sagen. Aber *wir sind auf jeden Fall in der Lage, diesen Schritt zu tun*, und das ZK hat diesen Weg eingeschlagen.

In dem Brief des ZK heißt es: „... bei allen Gouvernementskomitees sollen aus unvoreingenommenen Genossen, die das allgemeine Vertrauen der Organisation besitzen, besondere Parteikommissionen gebildet werden, denen die entsprechenden Beschwerden zugeleitet werden sollen." Hier ist von unvoreingenommenen Genossen die Rede. Für Kampfaufgaben – sowohl militärische als auch wirtschaftliche und organisatorische – kommt man ohne leidenschaftliche Menschen sehr oft absolut nicht aus, denn ohne starke Leidenschaft würden sie keine große Leistung vollbringen und wichtige, vordringliche Aufgaben in dem zerrütteten Land nicht meistern können. Hier dagegen werden Menschen gebraucht, die vielleicht nicht über große administrative Fähigkeiten verfügen, die aber große Lebenserfahrung besitzen. Ob wir sie für ganz Rußland in den einzelnen Gouvernements finden werden, das bezweifle ich; und wenn der Versuch mit Kommissionen bei den Gouvernementskomitees, die jetzt geschaffen werden sollen und die von Ihnen geschaffen werden müssen – wenn dieser Versuch mißlingen sollte, so schließen Sie nicht, daß unser ganzes Unternehmen ein Fehlschlag war. Es ist möglich, daß wir in den einzelnen Gouvernements nicht genügend Genossen finden werden, die die Funktion von einem Parteitag bis zum anderen ausüben können. Aber wenn wir sie in den einzelnen Gouvernements nicht finden, so können wir doch im Zentrum konsequente Genossen mit Lebenserfahrung finden. Und ich denke, wir sollten auf diese Einrichtung nicht verzichten.

Man mag sagen: Wo ist die Garantie, daß diese Einrichtung lebensfähig ist? Wir leben unter den Bedingungen eines erbitterten Bürgerkrieges, wo es eine Freiheit, breite Kritik zu üben usw., überhaupt nicht geben kann. Wir können uns das nicht erlauben, man muß alle Kräfte anspannen, um den Krieg zu beenden. Hätte sich die militärische Situa-

tion anders gestaltet, so sähe die Sache anders aus. In der gegenwärtigen Situation reichen unsere Kräfte für vieles nicht aus; und wir sagen es geradeheraus, daß man sich, wenn man diese Frage in der Praxis lösen will, nicht auf das ZK verlassen darf, denn es ist über und über mit Arbeit eingedeckt. Ich weiß nicht, ob es auch nur ein einziges Mitglied des ZK gibt – ich sage das an Hand meiner eigenen Erfahrungen –, das nicht ein sehr schlechtes Gewissen hätte wegen vieler unerledigter oder in großer Eile erledigter Dinge. Ich kann mir keine realere Garantie für die Durchführung dieser Sache denken als die Schaffung dieser Kommission, einer Gruppe von Genossen, die sich ganz auf diese Angelegenheit konzentrieren könnte und die überzeugt sein könnte, daß sie bei dieser Arbeit, mit der sich weder ein Mitglied des ZK noch das Orgbüro oder das Politbüro eingehend befassen kann, völlig selbständig sein wird. Vielleicht dringen wir dadurch in die Sache ein, daß wir in der Praxis vorankommen, daß wir eine Erhöhung der Getreidebeschaffung von 60 Mill. auf 260 Mill. Pud erreicht haben – aber das war trotzdem zuwenig, um die Kräfte der Roten Armee zu stärken; um zu erreichen, daß es keine Arbeiter mehr gibt, die sagen: „Was hat uns die Rote Armee gebracht, wir leiden Hunger"; und um den leitenden Genossen zu helfen, deren Gesundheit völlig zerrüttet ist und denen die mittleren Kräfte nicht zu Hilfe kommen. Und doch sind wir vorangekommen – das bedeutet, daß sogar bei diesem Zustand äußerster Erschöpfung die massenmäßigen Erschöpfungserscheinungen zurückzugehen beginnen und wir in eine Periode eintreten, in der wir von den Diskussionen über ein Stückchen Brot zu den größeren Aufgaben übergehen können, die vor uns stehen und deren Lösung wir alle ganz bestimmt in Angriff nehmen werden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 41.

Nach dem Stenogramm.

2
ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DES PARTEIAUFBAUS

Nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung des Briefes des ZK und der Resolution des Moskauer Komitees, *als Material*:

Die außerordentlich schwere Lage der Sowjetrepublik in den ersten Jahren ihres Bestehens, die furchtbare Zerrüttung und die äußerst gefährliche militärische Lage machten es unvermeidlich, bestimmte Institutionen und Kategorien von Personen als „vorrangige" (und daher faktisch privilegierte) zu behandeln. Das war unumgänglich, denn es war nicht möglich, das ruinierte Land zu retten, ohne die Kräfte und Mittel auf diese Institutionen und Personen zu konzentrieren. Hätten wir sie nicht stark gemacht, so hätten uns die Imperialisten der ganzen Welt ganz sicher erdrosselt und unsere Sowjetrepublik nicht einmal den ersten Schritt zum wirtschaftlichen Aufbau machen lassen.

Dieser Umstand, in Zusammenhang mit dem nur schwer zu überwindenden Erbe der kapitalistischen und auf dem Privateigentum beruhenden Gewohnheiten und Ansichten, erklärt die Notwendigkeit, immer wieder die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf den Kampf für die Durchführung . . .*

. . . der Notwendigkeit praktischer, sachlicher Garantien dafür, daß die Beschlüsse der Partei, in welcher hinsichtlich der obengenannten prinzipiellen Fragen Einmütigkeit besteht, nicht nur auf dem Papier bleiben. Deshalb schlägt die Konferenz dem Zentralkomitee vor, folgendes unverzüglich zu beschließen, durchzuführen und darüber hinaus dem nächsten Parteitag zur Bestätigung zu unterbreiten:

1. Neben anderen Maßnahmen zur Entwicklung der Initiative der Parteimitglieder sind unbedingt häufiger und in größerem Rahmen Parteiversammlungen zu organisieren;

2. sind Publikationsorgane zu schaffen, die in der Lage sind, systematischer und umfassender an den Fehlern der Partei Kritik zu üben sowie überhaupt Organe der Kritik innerhalb der Partei zu sein (Diskussionsblätter usw.);

* Eine Seite des Manuskripts ist verlorengegangen. *Die Red.*

3. sind ganz exakte praktische Richtlinien für Maßnahmen auszuarbeiten, wie die Ungleichheit (in den Lebensbedingungen, in der Höhe der Arbeitsvergütung usw.) zwischen den „Spezialisten" und verantwortlichen Mitarbeitern einerseits und den Massen anderseits beseitigt werden kann – eine Ungleichheit, die den Demokratismus verletzt, die den Nährboden für eine Zersetzung der Partei bildet und zum Absinken der Autorität der Kommunisten führt;

4. ist die Bildung einer Kontrollkommission als notwendig zu erachten, die neben dem ZK bestehen und sich aus Genossen zusammensetzen soll, welche über lange Parteipraxis verfügen, besonders erfahren, unvoreingenommen und fähig sind, eine streng parteimäßige Kontrolle auszuüben. Die Kontrollkommission, die vom Parteitag gewählt wird, soll das Recht haben, alle Beschwerden entgegenzunehmen und zu untersuchen, wobei sie sich mit dem ZK verständigt, nötigenfalls gemeinsame Sitzungen mit dem ZK abhält oder eine Frage dem Parteitag vorlegt.

24. IX. 1920 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV. *Nach dem Manuskript.*

3

VORSCHLÄGE ZUR RESOLUTION ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DES PARTEIAUFBAUS[234]

Zur Zusammensetzung der Kontrollkommission.
Es ist eine Resolution des ZK anzunehmen,

daß wir ZK-Mitglieder *nur* auf Wunsch von Parteikonferenzen für die Kontrollkommission aufstellen, obwohl wir das im allgemeinen nicht für richtig halten; daß diese ZK-Mitglieder bei ihrer Arbeit in der Kontrollkommission *nicht* an die Beschlüsse des ZK *gebunden* sind;

daß die ZK-Mitglieder, die der Kontrollkommission angehören, sich in derselben der Stimme enthalten, wenn es um Fragen *ihres* Ressorts oder Arbeitsbereichs geht.

Bei den *Versetzungen* ist zu ergänzen:
ohne daß die Personen, deren Versetzung erwogen wird, in der Möglichkeit, einen Einblick in die Sache zu gewinnen, beeinträchtigt werden und ohne die Sache selbst zu beeinträchtigen, d. h. nur in der Weise, daß die Leitung der Angelegenheit *immer* in den Händen von Personen liegt, die völlig kompetent sind und den Erfolg der Sache gewährleisten können.

Lenin

Geschrieben am 29. September 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

REFERAT ÜBER DIE INNERE UND ÄUSSERE LAGE DER REPUBLIK, GEHALTEN IN DER BERATUNG DES AKTIVS DER MOSKAUER ORGANISATION DER KPR(B) 9. OKTOBER 1920

Über die innere Lage braucht in dieser Versammlung nichts gesagt zu werden, denn sie ist allen Genossen aus unserer Presse und aus ihrer praktischen Arbeit zur Genüge bekannt. Es wurden bedeutend mehr Lebensmittel aufgebracht als im vergangenen Jahr, Brennstoff ebenfalls, und das ist ja die Grundlage unserer Arbeit. Um die Versorgung ist es jedoch schlechter bestellt. Ein bestimmter Teil der großen Fabriken kann bereits in Betrieb genommen werden, und die Stimmung der Arbeiter kann dort natürlich nicht mehr so niedergedrückt sein wie zu der Zeit, als die Fabriken stillagen. Angesichts unserer ökonomischen Lage kann man annehmen, daß ein Umschwung in der Stimmung eintreten wird.

Es ist notwendig, auf die äußere Lage, auf das Neue in der Außenpolitik, näher einzugehen. In Polen herrscht eine ungeheure Krise: wirtschaftlich ist Polen weitaus stärker zerrüttet als wir; in politischer Hinsicht ist es so weit gekommen, daß sogar die PPS[235], eine opportunistische Partei, die stets eine üble Hetze gegen die Bolschewiki getrieben hat, gegen die Gewaltakte der Regierung gegenüber den Arbeitern protestiert. In den Gebieten, die wir ihnen laut Friedensvertrag abtreten, wird sich

Polen nur unter Anwendung von Gewalt halten. Die Massen der Arbeiter und Bauern Polens wünschen nichts sehnlicher als den Frieden. Dadurch, daß wir Polen den Frieden angeboten und gewaltige Zugeständnisse gemacht haben, werden wir bewirken, daß die politischen Parteien die Berechtigung unseres Handelns begreifen, begreifen, daß wir keinen Krieg gegen Polen gewollt haben. Aus der Kontribution, die wir Polen zahlen müssen, wird es dennoch keinen Vorteil ziehen, denn es wird kein Geld erhalten, das steckt Frankreich ein. Bis jetzt versucht man das in Polen zu verheimlichen, doch nun wird dieser Sachverhalt unter den Arbeitern allmählich bekannt, und wir müssen erreichen, daß das den Arbeitern anschaulich vor Augen geführt wird. Deshalb müssen wir den Friedensvertrag jetzt unbedingt unterzeichnen. Außerdem gewinnen wir Zeit, die wir zur Stärkung unserer Armee ausnutzen werden.

An der Wrangelfront haben wir ein Übergewicht an Kräften, aber dessenungeachtet war das Donezbecken eine Zeitlang ernstlich bedroht. Wrangel durchkreuzt unseren Plan einer allgemeinen Offensive durch einzelne Schläge in verschiedenen Richtungen.

In politischer Hinsicht ist eine auf den ersten Blick unbedeutende Tatsache charakteristisch. Deutschland hat den Genossen Sinowjew und Bucharin die Einreisegenehmigung zur Teilnahme an dem bevorstehenden Parteitag der Unabhängigen Partei in Deutschland erteilt. Vielleicht ist das eine grobe Provokation, aber anderseits wird die Anwesenheit des Gen. Sinowjew zweifellos die Spaltung unter den „Unabhängigen", die sich bereits abgezeichnet hat, beschleunigen und vertiefen. Der abgespaltene Teil der „Unabhängigen" und die annähernd eine Million Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands werden eine gewaltige revolutionäre Kraft bilden. Außerdem bietet das reiches Agitationsmaterial für ganz Europa.

Das Wichtigste bei der Sache ist, daß die imperialistische Politik Frankreichs, das stets versucht hat, unsere Friedensverhandlungen zu durchkreuzen, und das uns auch jetzt Knüppel zwischen die Beine wirft, deutlich zutage getreten ist. Wir müssen jede Stunde des Waffenstillstands nutzen, um uns zu festigen. Wir müssen mehr auf dem Gebiet der Versorgung tun, müssen an der Wrangelfront rasch zu Erfolgen kommen, und dann können wir hoffen, das Netz der gegen uns gerichteten diplomatischen Intrigen zu zerreißen.

Die Lage im Fernen Osten ist so, daß Japan sich zurückziehen muß, da es nicht imstande ist, einen Winterfeldzug zu führen. Das stärkt uns. In Moskau weilt gegenwärtig ein amerikanischer Milliardär, der über eine Konzession auf Kamtschatka verhandelt. Wenn wir diese Konzession gewähren, so verschärfen wir die Spannungen zwischen Japan und Amerika.

In Turkestan und im Kaukasus ist die Lage komplizierter. Kürzlich haben die Türken Armenien überfallen, um Batum und danach vielleicht auch Baku zu besetzen. Es ist verständlich, daß wir in dieser Frage außerordentlich vorsichtig sein müssen. Meldungen über militärische Komplikationen liegen bis jetzt nicht vor.

Wie groß die Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und England auch sein mögen, wir können jetzt keinen Nutzen daraus ziehen, solange wir keinen Sieg, sondern eine Niederlage zu verzeichnen haben. Unstimmigkeiten scheint es allerdings wirklich zu geben. England will Handelsbeziehungen mit uns unterhalten, und wir sind bemüht, sie in Gang zu bringen.

Wie es um die Ausrüstung unserer Armee bestellt ist, kann ich im einzelnen nicht sagen. In letzter Zeit hatte sich ein Mangel an Munition bemerkbar gemacht, doch jetzt haben sich die Schwierigkeiten verringert. Die Arbeit ruht auf einem festen Fundament, wir müssen sie nur noch weiter verstärken. Die Parteiorganisationen müssen hierbei durch ihre Tätigkeit in den Zellen und über die Gewerkschaften helfen.

Auf die Frage, welche Aussichten wir haben zu siegen, kann ich jetzt keine Antwort geben, da sich die Stimmung noch schwer einschätzen läßt. Die Enttäuschung ist zu groß; der Rückzug dauert nun bereits sechs Wochen, und wir sind immer noch nicht zum Stehen gekommen. Das Entscheidende ist, daß wir mit der Versorgung für den Winter in Verzug geraten sind; das fiel mit der Niederlage zusammen. Wir müssen unbedingt jeden Augenblick des Waffenstillstands nutzen, um Kräfte zu sammeln.

Wir können nicht sagen, wie die Agitation geführt werden soll, solange wir nichts Bestimmtes wissen. Die heutige Versammlung gibt aber bereits Hinweise.

Wie Gen. Trotzki mitteilte, wurde die Frage Machno in Militärkreisen sehr gründlich beraten, und es wurde klar, daß wir hier nur gewinnen können. Das erklärt sich daraus, daß die Elemente um Machno das Regime Wrangels bereits am eigenen Leibe zu spüren bekommen haben und daß das, was er ihnen zu bieten hat, sie nicht befriedigte. Unser Vertrag mit

Machno enthält Garantien, daß er sich nicht gegen uns wenden wird. Hier ergab sich das gleiche Bild wie bei Denikin und Koltschak: sobald sie die Interessen der Kulaken und der Bauernschaft überhaupt antasteten, gingen letztere auf unsere Seite über.

Zweifelsohne werden die Polen den Waffenstillstand ebenfalls nutzen, um Kräfte zu sammeln, und vielleicht werden sie in dieser Zeit auch Ausrüstungen heranbringen, doch das bedeutet ja nicht, daß wir nicht dasselbe tun dürfen.

Solange es Krieg gibt, muß es auch eine Geheimdiplomatie als ein Mittel des Krieges geben. Darauf können wir nicht verzichten. Die Einschätzung dieser Diplomatie hängt von der allgemeinen Einschätzung des Krieges ab.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Stenogramm.*

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER PROLETARISCHE KULTUR[236]

1. Keine besonderen Ideen, sondern Marxismus.

2. Nicht *Erfindung* einer neuen proletarischen Kultur, sondern *Entwicklung* der besten Vorbilder, Traditionen und Ergebnisse der *bestehenden* Kultur, *ausgehend* von der marxistischen Weltanschauung und den Lebens- und Kampfbedingungen des Proletariats in der Epoche seiner Diktatur.

3. Nicht gesondert vom Volkskommissariat für Bildungswesen, sondern als Teil desselben, denn KPR + Volkskommissariat für Bildungswesen = Σ des Proletkult.

4. Enge Verbindung und Einordnung des Proletkult in das Volkskommissariat für Bildungswesen.

5. Keineswegs . . .*

Geschrieben am 9. Oktober 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. — *Nach dem Manuskript.*

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE AUFGABEN DER KPR(B) IN GEGENDEN, IN DENEN VÖLKER DES OSTENS ANSÄSSIG SIND[237]

Das Politbüro des ZK hat die Berichte und Mitteilungen, die in der Beratung des Politbüros des ZK mit 27 Delegierten des Bakuer Kongresses der Völker des Ostens[238] am 13. X. 1920 entgegengenommen wurden, erörtert und beschlossen:

1. Die Arbeit des Nationalitätenrats beim Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten ist zu verstärken und in der nächsten Sitzung des Rats der Volkskommissare über diese Arbeit Bericht zu erstatten.

2. Übergriffe und Gewaltanwendung seitens der örtlichen russischen Bevölkerung gegenüber den Völkerschaften des Ostens (insbesondere gegenüber Kalmücken, Burjatmongolen u. a.) sind strengstens zu untersuchen und die Schuldigen zu bestrafen.

3. Im Namen der obersten Sowjetmacht ist ein Manifest herauszugeben, das die Prinzipien der Nationalitätenpolitik der RSFSR bekräftigt und eine wirksamere Kontrolle über die konsequente Verwirklichung dieser Politik festlegt.

4. Für diejenigen Nationalitäten des Ostens, die noch keine autonomen Institutionen besitzen, in erster Linie für Kalmücken und Burjatmongolen, wird die Verwirklichung der Autonomie in Formen, die den konkreten Bedingungen entsprechen, für notwendig erachtet; mit der Durchführung ist das Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten zu beauftragen.

5. In bezug auf die Agrarfrage wird für notwendig erachtet, den Angehörigen der nordkaukasischen Bergvölker auf Kosten der reichen Kosaken das Land zurückzugeben, das ihnen von den Großrussen abgenommen wurde; der Rat der Volkskommissare wird beauftragt, umgehend entsprechende Beschlüsse vorzubereiten.

6. Für alle Bevollmächtigten des ZK und der zentralen Sowjetmacht, die von Moskau aus in Gebiete entsandt werden, in denen Völkerschaften

des Ostens ansässig sind, ist eine Instruktion auszuarbeiten. In dieser Instruktion muß in erster Linie erläutert werden, daß die Bevollmächtigten *nur über die örtlichen* Organe, die aus Vertretern der werktätigen örtlichen Bevölkerung bestehen, wirken dürfen und daß sie ihre Hauptaufgabe darin sehen müssen, gegen bürgerliche und pseudokommunistische Gruppen der örtlichen Bevölkerung vorzugehen und die wirklich kommunistischen Gruppen und Kräfte zu unterstützen.

Geschrieben am 13. oder 14. Oktober 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 2.

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER PARTEI

Hauptfragen nach Beendigung des Krieges gegen Wrangel (und für den Parteitag 1921):

1. Kampf gegen Bürokratismus und Schlendrian in den Sowjetinstitutionen; Überprüfung der realen Erfolge des Kampfes;

2. Festigung des sozialistischen Fundaments: 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Gleichheit an Stelle von Vorrangigkeit.

Entwicklung der Aktivität der 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder;

3. Verbindung der Gewerkschaft (des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften) mit der werktätigen, nicht zu den Ausbeutern gehörenden und keine Spekulation betreibenden Bauernschaft. Formen und Methoden.

Festigung der Verbindung zwischen Sowjetmacht und Bauernschaft.

Traktoren und Kollektivwirtschaften.

19. X. 1920

Zum erstenmal veröffentlicht 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE WIEDERHERSTELLUNG DER BALTISCHEN FLOTTE[239]

Der Petrograder Deputiertensowjet und speziell das Verteidigungskomitee von Petrograd in der Person des Vorsitzenden, Gen. Sinowjew, werden beauftragt, besonders darauf zu achten, daß die Arbeiten zur Wiederherstellung der Baltischen Flotte beschleunigt werden und alle Institutionen, die hierbei helfen können, koordiniert arbeiten, daß keine Verschleppung zugelassen und eine reale Kontrolle über den raschen und erfolgreichen Verlauf der Arbeit organisiert wird.

Die Berichterstattung des Präsidiums des Petrograder Deputiertensowjets und des Gen. Raskolnikow über die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen und die von ihnen festgelegte Arbeitsweise hat in zwei Wochen durch Raskolnikow und Sudakow zu erfolgen (kann schriftlich geschehen).

Geschrieben am 23. Oktober 1920.
Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht am 23. Februar 1938 in der „Prawda" Nr. 53.
Vollständig veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 41.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE VERSORGUNG DER SOWJETANGESTELLTEN NACH ARBEITSLEISTUNG[240]

Eine Kommission aus den Genossen

Awanessow +
Nogin Golzman
Chalatow
Gindin
Fin

wird beauftragt,

a) Angaben zusammenzustellen über die tatsächliche Versorgung der Sowjetangestellten der verschiedenen Behörden mit Lebensmitteln u. a., und zwar im Vergleich zu den Arbeitern (einschließlich gesetzwidriger Versorgung);

b) Maßnahmen zur Erzielung einer größeren Einheitlichkeit und Ordnung auf diesem Gebiet zu erörtern;

c) einen Entwurf vorzulegen über die personelle Zusammensetzung und die Satzung einer Kommission, die die Stellenpläne der verschiedenen Institutionen festzulegen und die Arbeitsnormen der Sowjetangestellten, ihre Anzahl, die Ergebnisse ihrer Arbeit usw. zu untersuchen hat.

Geschrieben am 23. Oktober 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[241]

1. Spätestens in zwei Tagen wird eine Presseerklärung über die Kontrollkommission[242] veröffentlicht, die sehr ausführlich und feierlich sein muß. Bucharin und Dzierzynski damit beauftragen.

2. Dzierzynski und Preobrashenski werden gebeten, mindestens drei Stunden täglich in der Kontrollkommission zu arbeiten, um diese wirklich zu einem echten Organ des Gewissens von Partei und Proletariat zu machen.

3. Es wird unverzüglich mit der Herausgabe des „Diskussionsblatts" begonnen, ihm ist größte Aufmerksamkeit zu schenken; spezieller Auftrag für Bucharin und Preobrashenski.

4. Als besondere Aufgabe wird der Kontrollkommission empfohlen, die Vertreter der sogenannten Opposition, die in Zusammenhang mit den Mißerfolgen in ihrer Partei- oder Staatskarriere eine seelische Krise durchmachen, aufmerksam und differenziert, bisweilen sogar direkt wie Kranke zu behandeln. Man muß sich bemühen, sie zu beruhigen, ihnen die Sache kameradschaftlich erklären, ihnen (nicht auf dem Wege von Anordnungen) eine Arbeit beschaffen, die ihren psychologischen Besonderheiten entspricht; dem Orgbüro des ZK sind zu diesem Punkt Ratschläge und Hinweise zu geben, usw.

Geschrieben am 26. Oktober 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

November 1920 – März 1923

ÜBER DIE ORGANISIERUNG DER VERBINDUNG ZWISCHEN DEN VOLKSKOMMISSARIATEN FÜR WIRTSCHAFT

1

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE[243]

Über die Herstellung der organisatorischen Verbindung zwischen allen Volkskommissariaten für Wirtschaft ist eine Vorberatung einzuberufen.

Alle Volkskommissariate für Wirtschaft, insbesondere das Volkskommissariat für Ernährungswesen, der Oberste Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Verkehrswesen und das Volkskommissariat für Landwirtschaft, werden beauftragt, dieser Beratung bis Montag, dem 1. November, Angaben über alle bestehenden zwischenbehördlichen Wirtschaftskommissionen und einen kurzen Bericht über ihre Arbeitsergebnisse vorzulegen.

Geschrieben am 26. Oktober 1920.

2

ENTWURF VON EMPFEHLUNGEN

1. Die gleiche Dreiergruppe (Awanessow + Larin + Popow)[244] wird beauftragt, alle Kommissionen im Hinblick auf ihre Zusammensetzung, den Charakter der Arbeit u. ä. gründlich zu studieren, sie zu klassifizieren, Schlußfolgerungen hinsichtlich der notwendigen Vereinigung und

Vereinfachung zu ziehen und uns am Sonnabend, dem 6. November, Bericht zu erstatten.

2. (1) Die Zentrale Produktionskommission,
(2) die GOELRO*,
(3) die Nutzbarmachungskommission**
(4) und das Volkskommissariat für Landwirtschaft

werden beauftragt, *ausgehend vom allgemeinen Wirtschaftsplan* der gesamten RSFSR einen Bericht über den *Charakter* und die *Ergebnisse* ihrer Tätigkeit für unsere Kommission vorzubereiten und bis zur *nächsten Sitzung* (6. November) mitzuteilen,

(a) in welcher Zeit der Bericht fertig sein kann,

(b) welches – ausgehend vom allgemeinen Wirtschaftsplan der RSFSR – die Hauptthemen (bzw. der Hauptinhalt) ihres Berichts sind (nach Möglichkeit schriftliche Thesen des Berichts einreichen).

Geschrieben am 1. November 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. — *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DEN HAUPTAUSSCHUSS FÜR POLITISCH-KULTURELLE AUFKLÄRUNG[245]

In der genauen Fassung des Beschlusses des Zentralexekutivkomitees ist von der „Zusammenfassung der *gesamten politisch-kulturellen* Aufklärungsarbeit" der RSFSR die Rede.[246]

Das Politbüro des ZK der KPR, das die Notwendigkeit einer derartigen Zusammenfassung unbedingt anerkennt, stellt vor allem fest, daß diese Zusammenfassung nur aufgefaßt werden kann im Sinne der Erhaltung,

* Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands. *Die Red.*

** Kommission für die Nutzbarmachung materieller Ressourcen der RSFSR beim Rat für Arbeit und Verteidigung. *Die Red.*

Festigung und Erweiterung nicht nur der Selbständigkeit der Parteiorganisation, sondern auch ihrer führenden, richtungweisenden und leitenden Stellung gegenüber ausnahmslos allen Gebieten der Tätigkeit des Volkskommissariats für Bildungswesen.

Die Verwirklichung des Beschlusses des ZEK muß in 2 Teile untergliedert werden: Im Rat der Volkskommissare ist umgehend die Zusammenfassung der Institutionen zu beraten, die in dem Beschluß des ZEK namentlich genannt sind.

Dieser Entwurf ist bereits morgen, am 29. X., unter Beteiligung zweier ZK-Mitglieder, Bucharin und Preobrashenski, auszuarbeiten.

Zum zweiten Teil der Aufgabe gehört die weitere Zusammenfassung sämtlicher für die politisch-kulturelle Aufklärungsarbeit zuständigen Parallelinstitutionen in allen Volkskommissariaten und besonders die Ausarbeitung eines detaillierten Plans der organisatorischen Beziehungen zwischen den Agitations- und Propagandainstitutionen der KPR und den ihrer Führung zu unterstellenden Aufklärungsinstitutionen des Volkskommissariats für Bildungswesen.

Die Genossen Preobrashenski und Bucharin werden beauftragt, dem Politbüro einen Bericht über diesen zweiten Teil nebst einer genauen Liste sämtlicher Parallelinstitutionen aller Volkskommissariate vorzulegen.

Geschrieben am 28. Oktober 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES ZK DER KPR(B)

6. XI. 1920

An die Mitglieder des ZK der KPR

Ich schlage vor, auf dem Plenum am 8. XI. den Vorsitzenden der GOELRO (Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Rußlands), G. M. Krshishanowski, zu beauftragen, auf dem Sowjetkongreß am

20. XII. 20 zum zweiten Tagesordnungspunkt: „Die Hauptaufgaben bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft" das Referat zu halten; bitte überlegen Sie das.[247]

Wir erreichen so, daß die Volkswirtschaft tatsächlich *nach einem einheitlichen Plan* wiederhergestellt wird, der ohne die Elektrifizierung ein Nichts ist, und eine Diskussion über „die Hauptaufgaben" ohne Berücksichtigung dieses Plans könnte nicht ernst genommen werden.

Zur vorherigen Kenntnisnahme lege ich bei:

1. Kopie eines Berichts von Krshishanowski: *„Der Stand der Arbeiten in der GOELRO"*.
2. Die Broschüre „Die Grundlagen des Projekts für die Elektrifizierung des Nordbezirks" in 3 Ex. für Trotzki, Rykow und Bucharin – morgen kann ich sie auch für die übrigen ZK-Mitglieder besorgen, sie sollen die Telefonzentrale in der 3. Etage anrufen, falls sie sie haben wollen.
3. Einige Elektrifizierungskarten.
4. Korrekturbogen des Artikels „Plan für die Elektrifizierung des Wolgagebiets". — 1 Exemplar für Gen. Trotzki zur Weitergabe an Gen. Rykow und danach an die übrigen ZK-Mitglieder.
5. Die Thesen Stjunkels.
6. Die Thesen Krugs.
7. Eine vollständige Liste der Materialien der GOELRO (über 200 Arbeiten).

Aus der Gesamtheit dieser Dokumente ist klar ersichtlich, daß wir (bei rechtzeitiger Korrektur der Thesen und des Plans für Krshishanowskis Referat, das wir im Namen des ZK halten lassen) auf dem Sowjetkongreß gerade das zustande zu bringen vermögen, was die Partei und das Land brauchen: einen sachlichen und zugleich umfassend und mitreißend gestalteten Arbeitsplan, das Referat über „Die Hauptaufgaben bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft".

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

REDE IN DER FESTLICHEN PLENARSITZUNG DES SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN DES MOSKAUER STADTBEZIRKS SOKOLNIKI UNTER TEILNAHME VON VERTRETERN DER MOSKAUER BETRIEBSKOMITEES UND BETRIEBSLEITUNGEN 7. NOVEMBER 1920

In seiner Rede wies Gen. Lenin darauf hin, daß der von uns errungene Sieg der wichtigste ist. Die internationale Bourgeoisie ließ es nicht zu, daß wir uns mit produktiver Arbeit beschäftigen, und alle unsere Kräfte wurden drei Jahre lang vom Krieg mit ihr verschlungen. Jetzt müssen wir den Sieg an der inneren Front erringen. Die Bourgeoisie hat uns an dieser Arbeit gehindert. Gen. Lenin verwies auf die Probleme, die auf der Tagesordnung des bevorstehenden Sowjetkongresses stehen werden – die Fragen des Transportwesens, der Landwirtschaft u. a. Er sagte, daß es darauf ankomme, mit größtem Enthusiasmus und größter Disziplin nunmehr am friedlichen wirtschaftlichen Aufbau zu arbeiten, wobei erreicht werden müsse, daß die breite Masse an diesem Prozeß teilnimmt.

Außerdem muß der Kampf gegen Bürokratismus und Beamtenwirtschaft geführt werden – auch hier müsse ein Sieg errungen werden, und dazu gebe es nur ein Mittel: die Entwicklung des Bewußtseins und der Aktivität der Arbeitermassen. Am Schluß der Rede gab Gen. Lenin seiner tiefen Überzeugung Ausdruck, daß wir den Sieg über Kälte und Hunger erringen werden.

Ein kurzer Zeitungsbericht wurde am 9. November 1920 in der „Prawda" Nr. 251 veröffentlicht.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 1.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DEN PROLETKULT[248]

Das ZK bestätigt die Resolution des Politbüros und billigt im wesentlichen den vom Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung[249] auf der Basis dieser Resolution erarbeiteten Entwurf einer Instruktion. Das ZK beauftragt das Politbüro, diese Instruktion endgültig zu redigieren, um folgenden Hauptgedanken noch klarer auszudrücken: die Arbeit des Proletkult auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und politischen Aufklärung verschmilzt mit der Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen und der Volksbildungsabteilungen in den Gouvernements; auf künstlerischem Gebiet jedoch (Musik, Theater, bildende Künste, Literatur) bleibt sie autonom, und die führende Rolle der von der KPR gründlich überprüften Organe des Volkskommissariats für Bildungswesen bleibt lediglich bestehen, um offenkundig bürgerliche Abweichungen zu bekämpfen.

Geschrieben am 10. November 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B)[250]

Sinowjew wird beauftragt, eine ausführliche Direktive für Kopp und die anderen Genossen vom Volkskommissariat für Außenhandel sowie für die in Deutschland tätigen Genossen auszuarbeiten.

Es muß dargelegt werden, daß wir die Hilfe der einfachen Arbeiter bei der Erfüllung der Aufträge für Rußland annehmen und hoch schätzen, auch derjenigen Arbeiter, die den reaktionärsten Gewerkschaften angehören.

Dabei sind die Legien und Co. zu entlarven, die für sich oder ihre Partei Geld einstreichen wollen; Geld wird keinesfalls gegeben.

Der Text ist dem Politbüro vorzulegen.

Geschrieben am 10. November 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KONZESSIONEN[251]

Die Kommission, bestehend aus den Genossen Lenin, Miljutin, Kurski, Leshawa und Sereda, wird beauftragt, innerhalb einer Woche* den Teil des Entwurfs über die Konzessionen, der für eine Veröffentlichung im Ausland geeignet ist, zu überarbeiten und endgültig zu redigieren, und zwar erstens den allgemeinen, d. h. prinzipiellen Beschluß über die Vergabe von Konzessionen; zweitens eine ganz kurze Darlegung der allgemeinen ökonomischen und juristischen Bedingungen für die Konzessionen; drittens eine Aufstellung der Konzessionsobjekte mit einer hinreichend klaren Darlegung der wirtschaftlichen Bedeutung jedes Objekts.[252]

Geschrieben am 16. November 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[253]

Dem Kommissariat für Ernährungswesen wird als wichtigste politische und ökonomische Aufgabe der Auftrag erteilt, Baku unbedingt und regelmäßig zu 100% der Norm mit Lebensmitteln zu versorgen.

* Die Worte „bestehend aus den Genossen Lenin, Miljutin, Kurski, Leshawa und Sereda" und „innerhalb einer Woche" wurden von L. A. Fotijewa geschrieben. *Die Red.*

Die Ernährungspolitik in Aserbaidshan ist zu mildern, und zwar: bei den Bauern in Aserbaidshan – außerhalb der Mugansteppe – soll man überhaupt kein Getreide einziehen, und in der Mugansteppe selbst muß man das äußerst vorsichtig tun.

Frumkin wird ab sofort verpflichtet, zweimal monatlich dem ZK und dem Rat für Verteidigung[254] über die unbedingte und strikteste Einhaltung dieser Direktiven in der Praxis genau Bericht zu erstatten.

Gegenüber Georgien, Armenien, der Türkei und Persien ist eine maximal versöhnende Politik zu betreiben, d. h. eine Politik, die vor allem darauf gerichtet ist, einen Krieg zu vermeiden.

Man soll sich einen Feldzug weder gegen Georgien noch gegen Armenien oder Persien zur Aufgabe machen.

Als Hauptaufgabe ist der Schutz Aserbaidshans und die gesicherte Beherrschung des gesamten Kaspischen Meeres zu betrachten.

Zu diesem Zweck ist die Verlegung von mindestens 7 Divisionen nach Aserbaidshan mit allen Mitteln zu forcieren und zu beschleunigen.

Die Propaganda und Agitation ist allseitig zu verstärken, die Entwicklung von Komitees der Dorfarmut[255] sowie überhaupt der Sowjetaufbau in Aserbaidshan sind nach Kräften zu fördern; zu diesem Zweck wird Gen. Stalin beauftragt, über das Orgbüro von überallher die größtmögliche Anzahl mohammedanischer Kommunisten zur Arbeit in Aserbaidshan heranzuziehen.

Das Volkskommissariat für Verkehrswesen und der Oberste Transportrat werden beauftragt, Wege zu suchen, um täglich mindestens 8 Militärzüge mit Truppen nach Baku zu befördern, ohne daß die Lebensmittelversorgung Rußlands eingeschränkt wird.

Geschrieben am 27. November 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ZU DEN THESEN FÜR DEN BERICHT AN DEN VIII. GESAMTRUSSISCHEN SOWJETKONGRESS ÜBER DIE VERBESSERUNG DER TÄTIGKEIT DER SOWJETORGANE UND DEN KAMPF GEGEN DEN BÜROKRATISMUS[256]

Die Thesen sind ziemlich radikal umzuarbeiten, in allen Punkten, und zwar in der Richtung, daß sehr viel weniger äußerst unbestimmter, verschwommener und übermäßiger Versprechungen gemacht werden

und das Schwergewicht auf konkrete, praktische, genau auf eine baldige Verwirklichung abzielende Vorschläge verlagert wird.

Als Ergänzung zu den Thesen ist innerhalb einer Woche der Entwurf der Resolution des VIII. Sowjetkongresses auszuarbeiten.

Geschrieben am 27. November 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS

(Zum Vorschlag Tschitscherins, Krassin vorübergehend abzuberufen, und zur Gegenmeinung Krassins)

Zum Vorschlag des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, die Mission Krassins vorübergehend aus England abzuberufen[257], um einen Druck auf die Regierung Großbritanniens auszuüben, bittet das Politbüro, ohne die Angelegenheit sofort zu entscheiden, Krassin, sich schnellstens dazu zu äußern. Es geht nicht um einen Bruch mit England, sondern nur um einen Druck, denn es ist klar, daß Churchill, Curzon und Co. uns hinhalten und betrügen wollen, so daß sich eine vorübergehende

Abreise als sehr nützlich erweisen kann, da sie eine verstärkte Agitation der Aktionskomitees hervorrufen würde.[258]

Geschrieben am 29. November 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE DIREKTEN STEUERN[259]

§ 1. 1. Die Kommission wird beauftragt, innerhalb einer Woche zusätzlich zu untersuchen:

erstens die Möglichkeit, die *örtlichen* Geldsteuern abzuschaffen und genaue Unterlagen sowohl für das Petrograder und Moskauer Gouvernement als nach Möglichkeit auch für andere Gouvernements zu beschaffen;

zweitens die Notwendigkeit, gleichzeitig sowohl die Abschaffung der Geldsteuern als auch die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer vorzubereiten und durchzuführen.

§ 2. 2. Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten wird beauftragt, das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK zu ersuchen, zum Sowjetkongreß von allen örtlichen Exekutivkomitees Unterlagen und Materialien zu allen in § 1 aufgeworfenen Fragen anzufordern.

§ 3. 3. Das Volkskommissariat für Finanzen wird beauftragt, dem Rat der Volkskommissare einen Beschlußentwurf des Rats der Volkskommissare zu den in § 1 aufgeführten Fragen – entsprechend dem Entscheid der Kommission – vorzulegen.

Geschrieben am 30. November 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DER WIRTSCHAFTSKOMMISSION BEIM RAT DER VOLKSKOMMISSARE[260]

In Erwägung der Notwendigkeit, angesichts der verbesserten äußeren und inneren Lage der RSFSR das Schwergewicht in der Arbeit des Rats für Arbeit und Verteidigung mehr als bisher auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus zu verlagern,

ersucht der Rat der Volkskommissare das Gesamtrussische ZEK, folgende Maßnahmen gesetzlich zu fixieren:

a) 1. Den Rat für Arbeit und Verteidigung durch den Volkskommissar für Landwirtschaft zu ergänzen.

ge-än-dert

2. *Den Rat für Arbeit und Verteidigung zu beauftragen, eine Unterteilung seiner Sitzungen in allgemeine und speziell wirtschaftliche zu erörtern.**

c) 3. Den Zuständigkeitsbereich des Rats für Arbeit und Verteidigung zu erweitern und in ihn einzubeziehen:

1. (a) die Koordinierung der gesamten Arbeit der Volkskommissariate für Wirtschaft;
2. (b) die Bestätigung und Verwirklichung des einheitlichen Wirtschaftsplans der RSFSR;
3. (c) die Ausrichtung der Arbeit der Volkskommissariate für Wirtschaft entsprechend diesem Plan sowie nötigenfalls die Festlegung diesbezüglicher Ausnahmen.

Die Unterkommission wird beauftragt, § 6 ihres Entwurfs (in seiner Schlußfassung) detaillierter auszuarbeiten und ein genaues Verzeichnis der bereits bestehenden Kommissionen, die sich mit der Koordinierung der Arbeit der Volkskommissariate für Wirtschaft befassen, in ihren Wechselbeziehungen und Verbindungen zu allen in § 6 vorgesehenen „Spezialkommissionen“ zusammenzustellen.

Geschrieben am 1. Dezember 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

---

* Punkt 2 wurde im Manuskript von W. I. Lenin gestrichen. *Die Red.*

ZUR AUSARBEITUNG DES DEKRETENTWURFS ÜBER MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG UND ENTWICKLUNG DER BÄUERLICHEN WIRTSCHAFTEN

Hinweise an die Kommissionsmitglieder

1. Die Zahl der Vertreter der bäuerlichen Förderungskomitees ist zu erhöhen ...

2. Bei der Festlegung der Beteiligung der bäuerlichen Förderungskomitees soll die Formulierung des § 6 im Vorschlag des **Volkskommissariats für Landwirtschaft** zugrunde gelegt werden.

3. Die Rechte der Aussaatkomitees, bindende Verordnungen zu erlassen, sind dahingehend einzuschränken, daß der Erlaß derartiger Verordnungen von der vorherigen Erörterung der vorgeschlagenen Maßnahmen in Beratungen der bäuerlichen Förderungskomitees sowohl im Kreis- als auch im Gouvernements- und Gebietsmaßstab abhängig gemacht wird.

4. Den Punkt über die Beschlagnahme des Saatguts streichen und den örtlichen Organen die Aufgabe stellen, eine Form zu finden, wie der Saatgutfonds geschützt werden kann.

5. Abschnitt VII streichen – über die Eintreibungen ...

6. Den größten Teil des Entwurfs zu einer Instruktion umarbeiten.

Geschrieben am 4. Dezember 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945
im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER EIN HANDELSABKOMMEN MIT ENGLAND[261]

Das Politbüro billigt die Vorschläge des Gen. Tschitscherin zum Handelsabkommen mit England und betont insbesondere:

daß Krassin ohne ausdrückliches, eindeutig ausgesprochenes Einverständnis des ZK in den Fragen der Propaganda und der Schulden auf keinen Fall über Text und Buchstaben der englischen Note vom 29. VI. hinausgehen darf[262];

alle Detailfragen sind auszuklammern und in gesonderten Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu behandeln.

In der Begründung ist auf ihre Hilfe für Wrangel zu verweisen.[263]

Geschrieben am 4. Dezember 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE KONZESSIONEN IN DER AKTIVVERSAMMLUNG DER MOSKAUER ORGANISATION DER KPR(B) 6. DEZEMBER 1920

Genossen! Es sind derart viele schriftliche Anfragen an mich gerichtet worden, daß ich nicht alle beantworten kann. Anderseits sind in der Debatte die meisten Argumente bereits widerlegt worden, so daß ich zunächst einige Bemerkungen zu der Broschüre „Über die Konzessionen"[264] machen werde. Ich möchte ausführlicher darüber sprechen. Das anderthalb Seiten lange Vorwort des Gen. Lomow behandelt die Sache außerordentlich kurz. Dann das Dekret vom 23. November selbst, in dem das Problem der Interessen der Weltwirtschaft dargelegt wird. „Der Prozeß der Wiederherstellung der Produktivkräfte Rußlands, und zugleich auch der gesamten Weltwirtschaft, kann durch Heranziehung von ausländischen staatlichen und kommunalen Institutionen, von Privatunternehmen, Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Arbeiterorganisationen anderer Staaten zur Gewinnung und Verarbeitung der Naturschätze Rußlands um ein vielfaches beschleunigt werden." Das hat natürlich nur propagandistische Bedeutung, aber ökonomisch ist das unanfechtbar. Die Weltwirtschaft muß wiederhergestellt werden. Der Kapitalismus handelt auf

seine Art, wir machen ebenfalls unsere Vorschläge, doch vorläufig bleibt die Weltwirtschaft kapitalistisch.

Wir möchten die Ausländer anlocken. Deshalb werden am Schluß des Dekrets die Bedingungen aufgezählt:

Erster Punkt: „Dem Konzessionär wird ein im Vertrag festgelegter Teil des Produkts als Vergütung überlassen, den er berechtigt ist, ins Ausland auszuführen." Andernfalls werden sie nicht darauf eingehen. Welcher Teil, ist nicht gesagt. Um diesen Teil wird es Krieg geben, wir werden feilschen, kämpfen, und jeder wird anfangen, seine Vorteile zu berechnen. Genossen haben hier gesagt, man müsse auf der Hut sein; das ist völlig richtig.

Zweiter Punkt: „Im Falle besonderer umfangreicher technischer Vervollkommnungen werden dem Konzessionär Handelsvergünstigungen eingeräumt (beispielsweise bei der Beschaffung von Maschinen, spezielle Verträge für große Aufträge usw.)." Was heißt Handelsvergünstigungen? Einer solchen Firma werden wir einen Vertrag bieten, der ihr den Vorrang sichert, und den anderen nicht. Und wenn eine Firma auf Konzessionen eingeht, können wir sie ihr wieder abkaufen, wir werden vielleicht etwas draufzahlen. Aber das wichtigste ist, daß wir Maschinen erhalten. Mir scheint, diese Überlegung ist klar genug und wird wiederum unserer Propaganda dienlich sein.

Dritter Punkt: „Entsprechend dem Charakter und den Bedingungen der Konzession werden langfristige Konzessionen gewährt, um zu garantieren, daß der Konzessionär für das Risiko und für die in die Konzession investierten technischen Mittel voll und ganz entschädigt wird." Hier ist von der Gültigkeitsdauer der Konzessionen die Rede. Das ist völlig unbestimmt, und zu anderen Bedingungen können wir Kamtschatka nicht abgeben; die Genossen Fedotow und Skworzow haben recht, daß dies eine besondere Konzession ist, wir erteilen sie aus wichtigen politischen Erwägungen. Wenn wir sie unter einer solchen Bedingung gewähren, so verschenken wir gern, was wir selbst nicht nutzen können, und dieser Verlust wird uns weder ökonomisch noch politisch zum Nachteil gereichen.

Vierter Punkt: „Die Regierung der RSFSR garantiert, daß die in das Unternehmen investierten Vermögenswerte des Konzessionärs weder nationalisiert noch konfisziert, noch requiriert werden." Sie haben doch nicht vergessen, daß uns noch das Gericht bleibt? Das ist ein wohldurch-

dachter Satz, an dem wir sehr interessiert waren. Anfänglich wollten wir vom Gericht sprechen, dann haben wir es uns anders überlegt und beschlossen, lieber zu schweigen. Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Es wird weder Konfiskationen noch Requirierungen geben, das Gericht aber bleibt, und es ist unser Gericht, und soviel ich weiß, wird das Gericht bei uns von den Sowjets gewählt. Was mich persönlich anbelangt, so bin ich keineswegs so pessimistisch anzunehmen, unsere Gerichte seien schlecht. Folglich werden wir sie auch ausnutzen.

Fünfter Punkt: „Der Konzessionär erhält das Recht, für seine Unternehmen Arbeiter und Angestellte aus der RSFSR anzuwerben, jedoch unter Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts bzw. eines speziellen Vertrages, der ihnen bestimmte Arbeitsbedingungen, die ihr Leben und ihre Gesundheit schützen, garantiert." Hier sind wir überhaupt nicht zurückhaltend. Und wenn die Arbeiter einen Streik organisieren, und er ist vernünftig, dann können wir insgeheim die Streikenden unterstützen. Womit drohen die Kapitalisten? „Wir werfen dich auf die Straße, da kannst du verhungern." Aber dann wird ihnen vielleicht von irgendwoher ein Verpflegungspaket zufliegen, denn das liegt in unserer Macht. Wir können und werden es ihnen geben. Wenn aber der Streik dumm, unvernünftig ist, dann in den Sowjet mit ihnen und tüchtig den Kopf gewaschen, damit sie wie aus dem Wasser gezogen herauskommen. Hier steht geschrieben, daß es einen speziellen Vertrag gibt, das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Aber als Ausnahme muß das für Kamtschatka angewendet werden, denn wir sind nicht in der Lage, dort irgendwelche Sowjetorgane zu schaffen. So daß Vanderlip hier sagen mußte – gebt einen Sondervertrag. Aber unsere Gesetze haben wir selbst noch nicht auf Kamtschatka anzuwenden versucht.

Sechster Punkt: „Die Regierung der RSFSR garantiert dem Konzessionär, daß eine einseitige Änderung der Bedingungen des Konzessionsvertrags durch irgendwelche Verfügungen oder Dekrete der Regierung unzulässig ist." Wir beabsichtigen nicht, die Vertragsbedingungen einseitig zu ändern, denn dann wird sich niemand darauf einlassen. Es sind also irgendwelche Mittelsmänner erforderlich. Woher? Die neutralen Staaten sind alle kapitalistisch. Die Arbeiterorganisationen? Vielleicht wird man menschewistische Arbeiterorganisationen einladen müssen. In Westeuropa sind sie in der Mehrheit. Vielleicht werden die Menschewiki immer ab-

wechselnd entscheiden – die geraden Zahlen für die Bolschewiki und die ungeraden für die Kapitalisten. Nun, und wenn wir uns nicht einig werden, kann man den Vertrag lösen. Diese Gefahr bleibt also bestehen, wenn es sich aber um einen dinglichen Vertrag handelt, dann ist das nicht verboten. Vom Standpunkt der Grundprinzipien des internationalen Rechts ist das ein privatrechtlicher Vertrag, und du kannst ihn lösen, aber zahle Entschädigung. Wenn du ihn gelöst hast, zahle Entschädigung. In der Praxis des internationalen Rechts gab es Fälle, wo während des Krieges aus Versehen ein fremdes Schiff versenkt wurde. Man war der Meinung, es sei ein feindliches, und es stellte sich heraus, daß es ein neutrales war. Was tun? Zahle Entschädigung. So ist es auch hier, schlimmstenfalls können wir uns loskaufen. Die Möglichkeit, aus dem Krieg herauszukommen, ist immerhin gegeben. Der Krieg ist natürlich letzten Endes das wichtigste, grundlegende Argument. Selbstverständlich, solange es Kapitalisten in der Welt gibt, muß man als sozialistischer Staat auf einen Krieg vorbereitet sein. Noch eins: wir regen uns schon jetzt auf, dabei hat noch niemand eine Konzession genommen. Wenn einige Genossen sagen: „Das ist das Ende, jetzt werden sie in Massen in unser Land kommen", so wiederhole ich, noch ist es gar nicht sicher, daß überhaupt jemand dafür zu haben ist.

Erster Teil: „Die Waldkonzessionen in Westsibirien." Der Nördliche Seeweg ist offen, wir können exportieren, aber wir haben keine Flotte. Ein Genosse berichtet, daß Vertreter gekommen sind, die 6 000 Desjatinen in Schachbrettordnung haben wollen. In der Broschüre über den Nordbezirk heißt es: Wenn wir den Strom der entbehrlichen Kraftwerke Petrograds für den Holzexport aus den Nordbezirken nutzen, dann können wir eine solche Produktion entwickeln, daß wir jährlich 500 000 Goldrubel an Devisen erhalten. Und die gesamte Elektrifizierung wird nach Berechnung der staatlichen Kommission 1,10 Milliarden kosten. Werden wir das schaffen – das ist die Frage. Aber Konzessionen erleichtern diese Aufgabe. Wenn es uns gut ginge, würden wir keine Konzessionen anbieten, wenn jedoch Hunger herrscht, wenn man sich drehen und wenden muß, um nur dem Volk eine Atempause zu verschaffen, dann muß man anders herangehen.

Dritter Teil: „Die Bergbaukonzessionen in Sibirien." In Sibirien gibt es unermeßliche Kupfervorkommen. Kupfer hat in der Weltwirtschaft unge-

heuren Wert und ist eines der wichtigsten Metalle bei der Elektrifizierung. Wir bieten eine Konzession an und wissen nicht, wer sie nehmen wird. Amerika oder die Deutschen. Amerika wird glauben, wenn es sie nicht nimmt, dann nimmt sie Deutschland.

Wenn wir die Elektrifizierung durchgeführt haben, werden wir ökonomisch hundertmal stärker sein. Dann werden wir eine andere Sprache führen. Wir werden dann über den Loskauf sprechen. Man weiß dort, daß die sozialistische Gesellschaft imstande ist, nicht nur in kurzer Zeit eine Rote Armee zu schaffen, sondern auch in mancherlei anderen Dingen rasch voranschreiten kann.

Weiter, über einzelne Konzessionen. 3 Millionen Desjatinen allein im Europäischen Teil Rußlands. Davon befinden sich über 800 000 Desjatinen im ehemaligen Gebiet des Donschen Heeres. Sowjetwirtschaften und Vieh sind nicht vorhanden. Längs des Uralflusses sind ganze Stanizen zerstört, ausgezeichnetes Neuland liegt brach. Selbst wenn wir drei Viertel des erzeugten Weizens abgeben, behalten wir noch ein Viertel. Unser Verkehrswesen muß verbessert werden, und wir können uns ausbedingen, daß die Traktoren billiger geliefert werden.

Wenn wir nicht in der Lage sein werden, 3 Millionen Desjatinen ausgezeichneten Bodens, der je 100 Pud Weizen liefern kann, nutzbar zu machen, was ist das dann für eine Wirtschaft? Was ist das für eine Politik?

Die Italiener sind daran interessiert, und Italien steht am Vorabend der Revolution. In Italien ist das Hauptargument gegen die Revolution: „Wir können uns nicht ernähren, die kapitalistischen Mächte werden uns kein Getreide liefern." Die sozialistische Macht aber sagt: „Ich habe 3 Millionen Desjatinen Land, ich habe Erdöl und Benzin." Man muß begreifen: agitieren, daß der Kapitalismus in Fäulnis übergeht, daß man ihn erstikken muß, kann man auf verschiedenen Ebenen. Wir haben vieles gesehen. Der Europäer lebt doch unter den gleichen Bedingungen wie damals der Russe, als er aus dem qualvollen Krieg zur Revolution schritt. Bei ihnen ist der Krieg zu Ende, sie leben, indem sie andere Völker ausrauben. Um so gewichtiger ist dieses Argument. Sie können die Wirtschaft nicht wiederherstellen, wir jedoch schlagen vor, sofort mit der Wiederherstellung zu beginnen. Hier sind politische Argumentation und sozialistische Agitation vereinigt, aber in anderer Form. Man muß zu agitieren

verstehen, sonst bleiben die Volkswirtschaftspläne auf dem Papier. Aber wir sind nicht nur Agitatoren, wir sind eine Sozialistische Republik, die sich allen kapitalistischen Staaten der Welt entgegengestellt hat. Ihr könnt nicht wirtschaften, aber wir können es. Hier ist die Möglichkeit eines Vergleichs gegeben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 4.

Nach dem Stenogramm.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE REORGANISATION DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR BILDUNGSWESEN[265]

1. Im Volkskommissariat für Bildungswesen wird der Posten eines stellvertretenden Volkskommissars geschaffen, in dessen Händen die gesamte Verwaltungsarbeit zu konzentrieren ist.

3. Eine allgemeine Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen wird als notwendig erachtet, ist aber gründlicher vorzubereiten und insbesondere in einer Reihe von Beratungen im Zusammenhang mit dem Sowjetkongreß zu erörtern. Dort ist auch die Verteilung der Funktionen zwischen der zentralen Stelle und den örtlichen Organen des Volkskommissariats für Bildungswesen zu beraten und genau festzulegen.

4. Die Verschmelzung der Schulen zweiter Stufe (oder ihrer höheren Klassen) mit der fachtechnischen Ausbildung wird im Prinzip als notwendig anerkannt, unter zwei unabdingbaren Voraussetzungen: 1. der Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern und in Kommunismus an den fachtechnischen Schulen ist unbedingt zu erweitern; 2. es muß gewährleistet sein, daß sofort und tatsächlich zur polytechnischen Ausbildung übergegangen wird, wobei jedes Elektrizitätswerk und jede geeignete Fabrik hierfür auszunutzen ist.

Diese Umgestaltung ist bis zur allgemeinen Reorganisation aufzuschieben.

5. Zum stellvertretenden Volkskommissar ist Gen. Litkens zu ernennen, der gleichzeitig verpflichtet wird, mindestens die Hälfte seiner Arbeitszeit so lange dem Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung zu widmen, bis dieser völlig ausreichend mit Arbeitskräften versorgt ist.

6. Das Orgbüro wird beauftragt, die Versorgung des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung mit Arbeitskräften zu beschleunigen und unbedingt dafür zu sorgen, daß er voll besetzt ist.[266]

Geschrieben am 8. Dezember 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE PRODUKTIONSPROPAGANDA

1. Ein Gesamtrussisches Büro für Produktionspropaganda beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften gründen,

die Vertretung des Volkskommissariats für Bildungswesen verstärken, jedoch den Apparat des Volkskommissariats für Bildungswesen nicht in das Büro eingliedern, sondern die Arbeit des gesamten Apparats des Volkskommissariats für Bildungswesen mit dem Gesamtrussischen Büro für Produktionspropaganda koordinieren.[267]

Geschrieben am 8. Dezember 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ERGÄNZUNGEN ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE SCHAFFUNG EINER SPEZIELLEN PRODUKTIONSZEITUNG[268]

1. Den *„Iswestija"* und der *„Prawda"* wird die Direktive erteilt, das Schwergewicht von den politischen Fragen mehr auf *Produktions*fragen zu verlagern und hierin *alle* Zeitungen der RSFSR zu unterweisen;

2. die *„Bednota"* ist in eine Produktionszeitung umzuwandeln, die obligatorisch ***konkretes*** Material enthält und die Aufgabe hat, Bauern und Arbeiter sowie Landwirtschaft und Industrie einander näherzubringen.

Geschrieben am 20. Dezember 1920.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

VIII. GESAMTRUSSISCHER SOWJETKONGRESS

22.–29. Dezember 1920[269]

1

SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE KONZESSIONEN, GEHALTEN IN DER SITZUNG DER KPR(B)-FRAKTION DES VIII. SOWJETKONGRESSES 21. DEZEMBER

Genossen! Mir liegen eine ganze Reihe von Anfragen vor, und ich werde kurz auf diejenigen eingehen, die noch nicht beantwortet sind. Aber zunächst möchte ich noch eine Zuschrift informatorischen Inhalts vorlesen, die mir ebenfalls charakteristisch erscheint:

Auf dem Sowjetkongreß des Kreises Arsamas, Gouvernement Nishni-Nowgorod, erklärte ein parteiloser Bauer anläßlich der Konzessionen folgendes, und wir teilen

Ihnen das als sehr bezeichnend mit: „Genossen, wir schicken euch zum Gesamtrussischen Kongreß und erklären, daß wir Bauern bereit sind, noch drei Jahre zu hungern, zu frieren und die uns auferlegten Dienste zu leisten, nur verkauft nicht Mütterchen Rußland als Konzession."

Ich denke, daß es sehr nützlich und notwendig sein wird, diese Zuschrift in dem offiziellen Bericht an den Kongreß* anzuführen, denn sie zeigt eine Seite der Frage, die von den Kapitalisten nicht beachtet wird, wo wir aber gar nicht zu verschweigen brauchen, daß hier eine Gefahr besteht, daß wir vor dieser Gefahr auf der Hut sein müssen. Daß diese Mahnungen die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Bauern schärfen, darüber habe ich bereits gesprochen, wenn aber solche Mahnungen mitten aus der unaufgeklärten Bauernschaft kommen, so ist das besonders wichtig; sie unterstreichen nämlich eine Aufgabe, der gegenwärtig im Zusammenhang damit, daß Sie auf diesem Kongreß die im Rat der Volkskommissare eingebrachten Gesetzesvorlagen über die Hilfe für die bäuerlichen Wirtschaften zu erörtern haben werden, außerordentlich große Bedeutung zukommt. Man muß es verstehen, die parteilosen Bauern zu überzeugen, sie auf unsere Seite zu ziehen und ihre Initiative zu wecken. Eine solche Zuschrift zeigt, daß hier durchaus die Möglichkeit besteht, große Erfolge zu erzielen, und wir werden sie erzielen.

Jetzt die folgende Zuschrift:

Werden die kapitalistischen Konzessionäre nicht die proletarischen Arbeitermassen gegen die Sowjetmacht aufbringen, weil wir infolge der Wirtschaftskrise und der ökonomischen Zerrüttung nicht in der Lage sein werden, den Arbeiter so zufriedenzustellen, wie es die Kapitalisten fertigbringen werden?

Ich sagte schon, daß die Versorgung der Arbeiter in den fortgeschrittenen Ländern, und zwar in den meisten von ihnen, besser ist als bei uns, und trotzdem zieht es den russischen Arbeiter aus allen fortgeschrittenen Ländern mit Macht nach Sowjetrußland, obwohl er nicht im geringsten die Augen verschließt vor den Entbehrungen, denen die Arbeiter ausgesetzt sind.

Werden nicht zusammen mit den englischen und amerikanischen Kapitalisten auch die russischen Rjabuschinski und ähnliches Pack auf der Bildfläche erscheinen?

---

* Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 490. *Die Red.*

Das muß man im Zusammenhang mit einer Zuschrift sehen, in der die Frage gestellt wird, ob die Konzessionäre nicht exterritorial sein werden. Natürlich nicht. Auf keinen Fall werden wir ihnen Exterritorialität zubilligen. Exterritorialität haben nur Botschafter, und auch sie nur unter bestimmten Bedingungen. Wenn Rjabuschinski darauf spekuliert, sich vor den zuständigen Organen verstecken zu können, so meine ich, daß er sich täuscht.

Ferner teile ich Ihnen mit, Genossen, daß Genosse Leshawa schreibt: „Vanderlip hat ein Mandat von einem Dutzend großer Syndikate vorgelegt. Das ist von den entsprechenden Organen bei uns überprüft. Das ist bereits bestätigt durch Krassin in London, der dort ebenfalls überprüft hat, ob es sich bei den Gruppen, die Vanderlip bevollmächtigt haben, um ernst zu nehmende Leute handelt."

Ich wiederhole für die Genossen, die fragen, warum der Vertrag nicht veröffentlicht ist, daß die Veröffentlichung des Vertrages für uns nicht vorteilhaft wäre, weil die untereinander raufenden Kapitalisten glauben, daß dort, im Vertrag, viel Nachteiliges enthalten ist. Das zeigt der Lärm, der in der Presse erhoben wird. Mögen sie das denken, wir beabsichtigen nicht im geringsten, ihnen diesen Glauben zu zerstören. Diejenigen aber, die sich mit diesem Vertrag bekannt machen wollen, haben durchaus die Möglichkeit dazu. Außerdem sagte ich, daß der Vertrag erst in Kraft treten kann, nachdem der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein Amt angetreten hat. Und bei uns findet im Februar der Parteitag statt.[270] Folglich hat die Partei durchaus die Möglichkeit, alles Notwendige zu überprüfen und zu entscheiden.

Wenn möglich, bitte ich um eine Erklärung, für wie lange die Konzession auf Kamtschatka vergeben wurde (bzw. für wie lange sie vergeben werden soll) und ob es außer dem politischen auch einen ökonomischen Vorteil für die RSFSR gibt und welchen?

Kamtschatka ist nicht vergeben und kann vor März nicht vergeben werden. Der ökonomische Vorteil besteht darin, daß sie entsprechend dem Vertragsentwurf verpflichtet sein werden, uns einen Teil der Produkte, die sie aus den Bodenschätzen gewinnen, abzugeben.

Erkennen wir mit der Erteilung von Konzessionen nicht an, daß die kapitalistischen Staaten noch lange existieren werden, und geben wir damit nicht zu, daß unsere These von der baldigen Weltrevolution falsch ist?

Darauf hat Bucharin geantwortet. Es geht nicht darum, ob wir ihre Dauerhaftigkeit anerkennen, sondern darum, daß gigantische Kräfte sie zum Abgrund drängen. Unsere Existenz und die Tatsache, daß wir unsere kritische Lage und den Hunger schneller überwinden, sind eine riesige Kraft und ein revolutionärer Faktor, die schwerer wiegen als die – vom Standpunkt der Weltwirtschaft gesehen – Groschen, die sie von uns bekommen werden. Zusätzliche hundert oder tausend Maschinen und Lokomotiven sind für uns von gewaltiger Bedeutung, denn damit kann die Frist für die Wiederherstellung des Verkehrswesens, die Trotzki auf $4^1/_2$ Jahre berechnet und dann auf $3^1/_2$ Jahre reduziert hat, um ein weiteres Jahr verkürzt werden. Zerrüttung und Hunger um ein Jahr reduzieren – das ist für uns von riesiger Bedeutung.

Was aber, wenn Japan, um zu verhindern, daß wir Kamtschatka an Amerika vergeben, es mit seinen Truppen besetzt und zu seinem Eigentum erklärt?

Faktisch beherrscht es auch gegenwärtig Kamtschatka, und wenn es könnte, so täte es das auch, aber es kann eben nicht, weil es Amerika fürchtet.

Sagen Sie, woher wird der Kapitalist Arbeitskräfte nehmen? Wird er sie mitbringen? Wohl kaum. Wenn er aber russische Arbeiter heranzieht, so werden erstens russische Arbeiter dem Kapitalisten in die Hände geraten, und zweitens wird das unseren Arbeitsmarkt durcheinanderbringen, was wiederum den einheitlichen Wirtschaftsplan stören wird.

Ich verstehe nicht, inwiefern der Wirtschaftsplan gestört wird, wenn unsere Arbeiter dorthin arbeiten gehen. Sie können nicht dorthin gehen ohne unsere Gewerkschaften, unsere Wirtschaftsorganisationen, unsere Partei. Die Arbeiter der fortgeschrittenen kapitalistischen Betriebe werden unsere Arbeiter in den besten Produktionsmethoden unterweisen, was uns zugute kommt. Wenn sich unsere Arbeiter kapitalistischen Arbeitsbedingungen unterwerfen, dann werden sie diese Arbeit dem bei uns geltenden Arbeitsrecht oder speziellen Verträgen unterordnen, die diese kapitalistischen Bedingungen einschränken; und sie werden sich nicht im geringsten fürchten, von dort wegzugehen, wenn die Bedingungen schlecht sind. Wenn die Bedingungen unvorteilhaft sind, werden die Arbeiter weggehen. Die einen Genossen fürchten, daß die Bedingungen gut, die anderen, daß sie schlecht sein werden. Wir werden ebenso aufpassen wie unsere Arbeiter und Bauern und die entsprechenden Maßnahmen ergreifen.

Wenn wir Konzessionen vergeben und die Konzessionäre anfangen zu arbeiten, kann die KPR dann offen unter den auf dem Territorium des Konzessionsvertrages Beschäftigten an der Bildung kommunistischer Zellen arbeiten oder muß sie das illegal tun?

Hier besteht eine falsche Vorstellung von den Konzessionen und von den Konzessionären. Der Konzessionär ist keine staatliche Macht. Er bekommt überhaupt kein Territorium außer dem zur wirtschaftlichen Nutzung. Alle Machtorgane, alle Gerichte bleiben ausschließlich in den Händen der RSFSR.

Wenn in Amerika die Revolution durch die Arbeitslosigkeit forciert wird, dann helfen wir doch mit den Konzessionen Amerika, die Krise zu überwinden, das heißt, die Revolution aufzuhalten.

Dieses Argument hat Gen. Bucharin bereits widerlegt.

Wie wird es sich auf die Lage der Sowjetmacht auswirken, wenn die internationale Bourgeoisie die Taktik der Sowjetmacht in der Frage der Konzessionen erkennt? Wird uns das nicht schaden?

Im Gegenteil. Alle haben in Europa von den Konzessionen gewußt, und der Lärm dort beweist, daß die Bourgeoisie beunruhigt ist. Es macht sich bei ihr die Befürchtung bemerkbar, zu spät zu kommen. Alle Kapitalisten, die keine Beziehungen mit Rußland riskieren wollen, beginnen schon zu spüren, daß sie ins Hintertreffen geraten, während die Unternehmungslustigeren Erfolg haben. Und wir machen uns die Widersprüche bei den Kapitalisten zunutze.

Gibt es Pläne oder Projekte für Konzessionen auf große Industriebetriebe in Moskau und überhaupt im Zentrum? Man spricht z. B. von drei solchen Konzessionen in Moskau, Jaroslawl und Ljuberzy.

Ich weiß nichts von diesen Konzessionen. In Ljuberzy besteht ein amerikanisches Werk, das nicht nationalisiert ist und niemals nationalisiert war, und dort gibt es keine Konzession. Die einzige mögliche Konzession im Zentrum, von der die Genossen aus dem Obersten Volkswirtschaftsrat sprachen, ist eine Konzession an deutsche Chemiker zur Entwicklung von Färbereien und die Übergabe einer der Fabriken an sie. Im Rat der Volkskommissare haben sich alle für diese Möglichkeit ausgesprochen, aber die Gespräche haben keinerlei praktische Bedeutung erlangt.

Deutschland ist unserem Land so weit voraus, daß während des impe-

rialistischen Krieges selbst fortgeschrittene Länder in Schwierigkeiten gerieten, als die deutsche Chemieindustrie die Lieferung ihrer Erzeugnisse an sie einstellte. Wir aber müssen, um unsere Chemieindustrie vorwärtszubringen, bereit sein, den deutschen Chemikern viel zu zahlen. Das ist der beste Weg, um zu lernen: den Deutschen eine der Fabriken in Konzession zu geben. Hier helfen keine Schulen, keine Lektionen so gut wie die praktische Arbeit in der Fabrik, wo man den Arbeiter in einem halben Jahr anlernen und dann nebenan eine weitere, ebensolche Fabrik bauen lassen kann. Es ist lächerlich, Angst davor zu haben, daß die Deutschen uns mit dieser einen Fabrik bei ihrer internationalen Lage irgend etwas anhaben können. Im Rat der Volkskommissare gab es keine Meinungsverschiedenheiten, prinzipiell kann man das zulassen. Leider hat diese Frage keine praktische Lösung gefunden. Ich muß betonen, daß wir zwar sehr viel über Konzessionen reden, es uns aber bisher noch nicht gelungen ist, eine einzige Konzession zu vergeben. Wir werden es als großen Erfolg verbuchen, wenn wir wenigstens eine vergeben und Sie die konkreten Bedingungen einer Konzession sehen werden.

Weiter.

An welche Länder können Konzessionen vergeben werden? Auch an Polen?

Wir sind der Meinung, daß man allen Konzessionen erteilen kann, darunter auch Polen.

Können die Kapitalisten nicht die Konzessionen benutzen, um Krisen bei sich vorzubeugen, und so die soziale Revolution hinausschieben?

Wenn die Kapitalisten imstande wären, Krisen bei sich zu verhindern, dann wäre der Kapitalismus ewig. Sie sind völlig blinde Marionetten im allgemeinen Mechanismus – das hat der imperialistische Krieg gezeigt. Jeder Monat beweist, daß sich die Krise des Kapitalismus verschärft, daß die Zersetzung in der ganzen Welt immer weiter fortschreitet und daß nur in Rußland ein Aufschwung zu einer dauerhaften und ernst zu nehmenden Besserung begonnen hat.

Die Konzessionäre können, um unter den Arbeitern Unfrieden zu stiften, ihren Arbeitern bessere Bedingungen schaffen.

Damit kann man bei uns keinen Unfrieden stiften, wir sind viel stärker geworden.

Werden auf dem Territorium der Konzessionäre Gewerkschaftsgruppen gebildet werden?

Sache der Konzessionäre ist die wirtschaftliche Nutzung; Staatsgewalt und Gesetze bleiben ausschließlich sowjetisch.

Kann man nicht die Bedingungen nennen, die uns eine Garantie bieten gegen die Gefahr einer Entstellung des sowjetischen Staatswesens und des Eindringens der kapitalistischen Ordnung?

Diese Bedingungen sind die Gesetze der RSFSR. Wenn der Kontrahent sie verletzt, haben wir das Recht, den Vertrag zu lösen.

Worin besteht der vorläufige Entwurf des Vertrages mit den amerikanischen Imperialisten hinsichtlich der Konzession auf Kamtschatka?

Ich sagte, daß die Gültigkeitsdauer der Konzession 50 bis 60 Jahre betragen soll. Wir bekommen einen Teil der Erzeugnisse, sie erhalten das Recht, an der Bucht unweit der Erdölquelle eine Militär- und Flottenbasis zu errichten.

Sie sagen, daß die Erteilung von Konzessionen an die Kapitalisten unterdrückter Länder, wie z. B. Deutschlands, größere Bedeutung hat als die Erteilung an andere Länder. Aber was meinen Sie dazu, daß die Kapitalisten der unterdrückten Länder mit Hilfe der Konzessionen die ökonomische Lage des Landes verbessern werden und dadurch die Revolution bei sich hinausschieben können?

Was die Revolution anbetrifft, so steht im Mittelpunkt der internationalen Lage der Kampf Sowjetrußlands gegen die übrigen, die kapitalistischen Länder. Sowjetrußland stärken und es unbesiegbar machen – das ist die Hauptsache, das hängt zusammen mit dem Kampf der unterdrückten und kolonialen Länder.

Welche Rolle spielt die turkestanische Baumwolle bei den Konzessionen?

Vorläufig ist von einer Abgabe turkestanischer Baumwolle nicht die Rede, diese Frage ist nicht behandelt worden.

Werden Konzessionen auf die Wiederherstellung von Industriebetrieben und auf Eisenbahnen vergeben werden?

Das ist ausgeschlossen, die Eisenbahnen sind ein in sich geschlossener, einheitlicher Betrieb.

Wurde nicht die Frage von Konzessionen auf Schlachthöfe aufgeworfen?

Davon habe ich nichts gehört.

In den Protesten gegen die Konzessionen, die draußen im Lande erhoben werden, kommen ganz deutlich nicht etwa gesunde Stimmungen zum Ausdruck, sondern patriotische Gefühle einer wirtschaftlich starken kleinbürgerlichen Schicht auf dem Dorfe und des städtischen Kleinbürgertums.

Der Patriotismus eines Menschen, der lieber drei Jahre hungern will, als Rußland den Ausländern auszuliefern, das ist wahrer Patriotismus, ohne den wir uns keine drei Jahre gehalten hätten. Ohne diesen Patriotismus wäre es uns nicht gelungen, die Sowjetrepublik zu verteidigen, das Privateigentum aufzuheben und gegenwärtig auf Grund der Ablieferungspflicht 300 Millionen Pud aufzubringen. Das ist der beste revolutionäre Patriotismus. Daß aber die Kulaken dafür sind, drei Jahre zu hungern, um die ausländischen Kapitalisten nicht hereinzulassen, von denen sie doch etwas zu erwarten hätten – das stimmt nicht. Nicht um Kulaken handelt es sich, sondern um die parteilose mittlere Bauernschaft.

Ist nicht zu befürchten, daß im Zusammenhang mit einem möglichen Krieg zwischen Amerika und Japan ein ernster Überfall Japans auf unser Sowjetrußland erfolgen kann? Was dann? Werden wir ein Bündnis mit dem imperialistischen Amerika eingehen und seine Hilfe als reale Kraft benutzen, um uns gegen Japan zu verteidigen?

Natürlich werden wir das. Und wir haben mehr als einmal gesagt, daß ein Bündnis, das wir mit dem einen Imperialismus gegen einen anderen schließen, um die sozialistische Republik zu stärken, nichts prinzipiell Unzulässiges darstellt. Eine Offensive Japans gegen Sowjetrußland ist gegenwärtig bedeutend schwieriger als vor einem Jahr.

Erläutern Sie die Politik der Entente gegenüber der Türkei und unsere gegenseitigen Beziehungen.

Diese Frage in einem offiziellen Referat offen zu behandeln, ist natürlich wenig angebracht, denn die Verhältnisse sind hier äußerst verworren. Hier hängt alles von dem komplizierten Spiel der Beziehungen im bürgerlichen Georgien ab, das am Vorabend einer Katastrophe steht. Ich bin überzeugt, daß es für die Genossen, die sich dafür interessieren, äußerst nützlich und interessant sein wird, das Referat des Genossen Meschtscherjakow zu hören, des Redakteurs der „Prawda", der gerade aus Georgien zurückgekehrt ist, wo er sich einige Wochen oder gar Monate aufgehalten

und außerordentlich interessantes Material über die menschewistische Herrschaft zusammengetragen hat. Georgien steht unmittelbar vor einer Katastrophe. Die türkische Offensive sollte sich gegen uns richten. Die Entente hat uns eine Grube gegraben und ist selbst hineingefallen, denn das Ergebnis ist Sowjetarmenien.

Die Oberhand in der Türkei haben Kadetten, Oktobristen, Nationalisten, die bereit sind, uns an die Entente zu verkaufen. Das ist aber äußerst schwierig durchzuführen, denn das türkische Volk ist empört über die furchtbare Unterdrückung durch die Entente, und die Sympathien für Sowjetrußland wachsen in dem Maße, in dem wir der unabhängigen Aserbaidshanischen Republik bei einer richtigen Befreiung der mohammedanischen Bauern helfen, die die Gutsbesitzer verjagt haben, jedoch fürchten, sich den Grund und Boden zu nehmen, und die nach einer gewissen Zeit aufhören werden, sich zu fürchten; wenn sie sich dann den Boden nehmen, wird der türkische Gutsbesitzer nicht mehr lange seinen Platz behaupten.

Wir selbst waren im Kaukasus außerordentlich friedlich und werden es weiter sein und werden – dies den kaukasischen Genossen zur Kenntnis – nicht die geringste Unvorsichtigkeit zulassen, die uns in einen Krieg verwickeln könnte. Unsere Friedenspolitik ist bis jetzt so erfolgreich, daß die Entente nervös wird und energische Maßnahmen gegen uns ergreift, aber es kehrt sich alles gegen sie.

Was wird weiter mit Georgien?

Das weiß selbst der mohammedanische Allah nicht; aber wenn wir konsequent sind, werden wir ohne jedes Risiko dies oder jenes erreichen können.

Es wird gefragt, ob es außer Kamtschatka andere Objekte für Konzessionen gegeben habe. Es war in den Verhandlungen mit Vanderlip von keinem weiteren die Rede.

Bezüglich der Verteilung der Materialien. Sie können nicht verteilt werden, erstens, weil die Druckereien überlastet sind, und zweitens, weil verhindert werden muß, daß dieses Material ins Ausland gelangt, wo der Wunsch besteht, unser Unternehmen zum Scheitern zu bringen. Wir haben bis jetzt noch keine einzige Konzession unter Dach und Fach, haben noch keinen einzigen Vertrag, wir müssen aber zunächst einen Vertrag bekom-

men, ehe wir über die Gefahren sprechen. Wir haben doch vorläufig noch gar nichts und handeln halblegal.

Was geschieht mit den Konzessionen sowie mit den Arbeiten, die die Konzessionäre geleistet, und mit den Anlagen, die sie errichtet haben, im Falle: a) einer Verletzung der Gesetze der RSFSR durch die Konzessionäre, b) des Ausbruchs eines Krieges mit dem Staat, dessen Vertreter der Konzessionär ist, und c) mit anderen Staaten?

Im Falle einer Verletzung des Vertrages werden die Konzessionäre nach den Gesetzen der RSFSR vor Gericht gestellt. Im Falle eines Krieges wird der Konzessionsvertrag verletzt, und das Eigentum geht nach Kriegsrecht in die Verfügungsgewalt der RSFSR über.

Die ins Ausland geflüchtete russische Bourgeoisie wird sich mit ihrem Kapital an der Ausbeutung der Konzessionen beteiligen können. Wird es nicht vorkommen, daß die alten Besitzer unter der Firma ausländischen Kapitals wiederkehren?

Wenn der alte Besitzer unter der Firma ausländischen Kapitals durch die nördlichen Wälder des Europäischen Rußlands reist, so ist das nicht schlimm. Wir haben noch viele der alten Besitzer mitten in Moskau. Solche Bedingungen also, wo wir eine Liste aller bei uns einreisenden Ausländer haben werden, brauchen wir tausendmal weniger zu fürchten als die früheren Besitzer, die sich in unseren Betrieben zu schaffen machen und die leider noch nicht in Listen erfaßt sind.

Sie haben auf die politische Bedeutung der Konzessionen hingewiesen und sie besonders betont. Das ist klar. Aber in der Provinz ist man vor allem über folgendes beunruhigt: wenn es Konzessionen gibt, wird es auch Handelsbeziehungen geben. Welche Bedrohung und welche Gefahren für die Republik birgt das in sich im Sinne einer Zersetzung und Sprengung der Sowjetordnung von innen heraus (vielleicht eine Zunahme des Schwarzhandels usw.), und wie kann man sich davor schützen?

Darüber habe ich schon gesprochen. Der Schwarzhandel in Gestalt der „Sucharewka" war eine riesige Gefahr für uns, und wir haben ständig den Kampf dagegen geführt. Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß es trotz der Liquidierung des Sucharewmarktes immer noch Schwarzhandel gibt, und zwar überall dort, wo es den Kleinbesitzer gibt, solche Besitzer aber gibt es bei uns Dutzende von Millionen. Hierin liegt die wirkliche Gefahr, nicht aber im Großkapital, das bei uns von allen Seiten einer speziellen Aufsicht unterworfen sein wird. Außerdem darf man dabei nicht

vergessen, daß wir einen Vertrag haben werden, den wir jederzeit lösen können, wobei die Zahlung der Konventionalstrafe die größte Gefahr wäre.

Wie steht es mit den Zarenschulden? Wird sich die Entente auf irgendwelche Geschäfte einlassen, ohne daß die Schulden bezahlt werden?

England ist bereits jetzt einverstanden, keine Schulden von uns zu verlangen, denn wir haben ihnen den Entwurf für ein Handelsabkommen vorgeschlagen. Nach diesem Entwurf beginnen die Handelsgeschäfte sofort, ohne daß wir verpflichtet wären, die Schulden zu bezahlen. England ist also einverstanden, aber Frankreich will nicht. Und so sagen wir Frankreich, daß wir uns nicht prinzipiell weigern. Über das genaue Ausmaß der Zahlungen werden wir auf der Konferenz sprechen, auf der wir zu erklären beabsichtigen, daß auch sie für alle Verluste verantwortlich sind, die uns durch ihre Einmischung entstanden sind. An diesem Problem arbeitet eine spezielle Kommission, und ein erster Überschlag hat eine Summe von 10 Milliarden in Gold ergeben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der Zeitschrift „Kommunist" Nr. 6. *Nach dem Stenogramm.*

2

REDE IN DER SITZUNG DER KPR(B)-FRAKTION DES VIII. SOWJETKONGRESSES IM ZUSAMMENHANG MIT DER DISKUSSION ÜBER DEN BERICHT DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES UND DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE AUSSEN- UND INNENPOLITIK

22. DEZEMBER

Genossen, gestatten Sie mir, mit einigen Bemerkungen zu beginnen, die von verschiedenen Rednern gemacht wurden, und wenigstens zu den wesentlichsten schriftlichen Anfragen Stellung zu nehmen. Aus der Kritik des Gen. Korsinow möchte ich den Gedanken über die Ingenieure und

Agronomen herausgreifen. Wir müssen die Ausbildung von Ingenieuren und Agronomen aus den Reihen der Arbeiter und Bauern verstärken. Das steht außer Zweifel, und die Sowjetmacht trifft die notwendigen Maßnahmen hierzu; auf einen sehr raschen Erfolg können wir jedoch nicht rechnen, und wenn das auch nicht so lange Zeit in Anspruch nehmen wird wie die Elektrifizierung, so wird es doch auf jeden Fall einige Jahre dauern. Und wenn Korsinow vorschlägt, man müsse alles aufschieben, bis eigene Agronomen zur Verfügung stehen, so ist das falsch. Wir müssen jetzt die besten Agronomen finden und einsetzen, müssen sie zu unseren Versammlungen laden, von ihnen Rechenschaft fordern und auf diese Weise die verläßlichen und geschulten herausfinden.

Gen. Korsinow macht Opposition um der Opposition willen, wenn er sagt, das Dekret über die Konzessionen hätte früher veröffentlicht werden müssen. Aber bei uns ist die Arbeit im Rat der Volkskommissare und im Rat für Arbeit und Verteidigung dergestalt, daß man sofort antworten muß, und bei uns ist die Lage so, daß die Entscheidungen, wenn es im ZK und im Rat der Volkskommissare keine Meinungsverschiedenheiten gibt, sofort gefällt werden. Wenn das Dekret über die Konzessionen[271] falsch ist, dann muß man vorschlagen, es zu annullieren, weil die wichtigste Konzession mit Vanderlip nicht vor März des kommenden Jahres zu einem formellen Vertrag werden kann.

Als wir dieses Dekret erließen, war unser Hauptziel – und das ist es auch heute –, möglichst rasch einen Handelsvertrag abzuschließen und die Kapitalisten für Konzessionen zu gewinnen. Ich bin im Referat in der Fraktion unmittelbar auf diese politische Seite der Sache eingegangen, ich habe keine Einwände gehört und war deshalb verwundert, als Gen. Ignatow, um unbedingt Opposition zu machen, sagte, mit Vanderlip sei etwas schiefgegangen, wir hätten nicht geklärt, wer er ist. Ich habe die Erklärung des stellvertretenden Volkskommissars für Außenhandel verlesen, die darüber Aufschluß gibt, daß über die von Vanderlip vertretene Gruppe alle Erkundigungen eingezogen und im Ausland bestätigt wurden; bis jetzt sind sie von niemandem widerlegt worden. Vanderlip selbst hat darauf hingewiesen, daß der Vertrag nicht abgeschlossen werden könne, bevor der Kandidat der Republikanischen Partei, bevor der neue Präsident sein Amt angetreten hat, denn bei Abschluß dieses Vertrages kann die amerikanische Regierung nicht übergangen werden.

Entsprechend diesem Vertrag wird der amerikanischen Regierung ein Militärstützpunkt zugebilligt. Selbst wenn also dieser Washington Vanderlip, über den sich Gen. Rjasanow, wie das freilich häufig bei ihm der Fall ist, in Einzelheiten verloren hat, die überhaupt nicht zur Sache gehören, selbst wenn er niemanden repräsentierte und einfach ein Gauner wäre, d. h. der Vertragsentwurf darauf abzielte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen Marinestützpunkt gegen Japan bekommt, so können wir hier in keiner Weise betrogen werden, denn in Amerika wird tatsächlich ein Vertreter der Republikanischen Partei Präsident der Vereinigten Staaten. Nachher, nach Vanderlip, werden wir die Möglichkeit haben, endgültig über diesen Handelsvertrag zu urteilen. Die ganze Kritik Ignatows wird gegenstandslos, er hat einfach nicht aufmerksam zugehört, was in unserer Beratung gesagt wurde.

Gen. Korsinow sagte, hinsichtlich Polens hätte man früher warnen müssen. Hier ist die Lage äußerst schwierig, und es gab einen Zeitpunkt, als unsere Truppen vorrückten und das Zentralkomitee Grund hatte zu der Annahme, wir könnten ungeachtet der komplizierter gewordenen Lage vieles erreichen, wenn wir zur Offensive übergingen.

Damals, als nach der Note Curzons vom 11. Juli[272] eine Antwort innerhalb weniger Tage erforderlich war, Parteiversammlungen einzuberufen und diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen – dazu lag kein Grund vor. Jeder Genosse weiß doch, daß wir, hätten wir zu einem günstigen Zeitpunkt zum Offensivkrieg übergehen können, niemals darauf verzichtet hätten. Und nirgends und niemals hätte es in dieser Frage irgendwelche Opposition gegeben. Wir haben gerade die entgegengesetzte Opposition erlebt, als man uns vorwarf, unsere Außenpolitik sei nicht aktiv genug. Daß hier Fehler vorgekommen sind, steht außer Zweifel, aber es steht auch außer Zweifel, daß Debatten darüber jetzt zu nichts führen werden, weil der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, uns mit unserer vergangenen Tätigkeit zu befassen. Wenn wir mit der Zeit Abstand gewinnen, wenn die Dokumente und Materialien zusammengetragen sein werden, dann werden wir unseren Fehler exakt abwägen können. Deshalb sehe ich in dem Auftreten des Genossen Korsinow absolut nichts außer dem Wunsch, Opposition zu machen. Ein anderes Mal, wenn wir günstige Bedingungen haben werden, werden wir unsere Erfolge genauso ausnutzen. Und solange die Partei es nicht verbietet, werden wir stets zur Offensive über-

gehen. Ich denke, daß weder die Partei noch eines ihrer Mitglieder auf irgendeiner Versammlung eine entgegengesetzte Politik vorschlagen werden.

Zu der Bemerkung des Genossen Gussew muß ich sagen, daß ich meinen Fehler darin sehe, die Polemik in den offiziellen Bericht hineingebracht zu haben, und deshalb habe ich bereits vorgeschlagen, diesen Teil aus dem offiziellen Text des Berichts zu streichen sowie einige Grußworte an die Adresse Sowjetarmeniens einzufügen, die ich aus unverzeihlicher Nachlässigkeit in meinen Bericht aufzunehmen vergaß.

Gen. Gussew sagt hier zu Unrecht, ich hätte mich meiner Bescheidenheit gerühmt – darum ging es absolut nicht, sondern darum, daß wir beim Übergang zu einer konsequenteren praktischen Annäherung der Volkskommissariate für Wirtschaft und zur Verwirklichung des einheitlichen Wirtschaftsplans Projektemacherei zu fürchten haben.

Gen. Gussew sagt, ich hätte seine Broschüre[273] nicht insgesamt kritisiert. Aber das ist der zentrale Punkt: Gen. Trotzki und Gen. Rykow werden aufgefordert, ihre Ämter zu verlassen und im Rat für Verteidigung zu arbeiten, der sich, da er keine behördliche Institution ist, einen neuen Apparat schaffen wird. Ich verstehe nicht, wie man nach drei Jahren Sowjetmacht eine solche Frage aufwerfen und sie hier unterstützen kann. Ich finde keine Worte, um mein Befremden auszudrücken; das ist völlig unseriös, das bedeutet, eine Behörde an der einen Stelle zu zerschlagen und sie an anderer Stelle wieder aufzubauen. Das bedeutet, keine Vorstellung zu haben, wie unser Apparat beschaffen ist. Ich weiß nicht, ob es Gen. Popow gelungen ist, das Flugblatt zu drucken, das er mir gegeben hat. Darin findet sich ein Auszug aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1920. Sie wissen, daß diese Zählung zufriedenstellend durchgeführt wurde und daß sie uns eine Menge äußerst wertvollen Materials über die Zahl der Sowjetangestellten in Moskau liefern wird. Wir haben bereits einmal im Jahre 1919 eine Zählung durchgeführt; jetzt haben wir eine vollständigere Zählung. Da gibt es mindestens 230 000 Sowjetangestellte: in den wichtigsten Kommissariaten 30 000, sogar mehr; im Moskauer Sowjet 70 000[274]. Vergegenwärtigen Sie sich diese Zahlen, denken Sie darüber nach, und dann sagen Sie selbst: Wenn Sie einen einflußreichen Genossen von größter Autorität, der in seinem Amt einen bestimmten Arbeitsstil entwickelt hat, aus diesem Amt herausziehen und ihn an eine

andere Stelle setzen, um mehrere Behörden zusammenzufassen – was kann dann anderes dabei herauskommen als Chaos? Kann man die Aufgabe des Kampfes gegen den Bürokratismus etwa so auffassen? Das ist eine absolut unseriöse Einstellung zur Sache, das bedeutet, überhaupt keine Vorstellung von der Realität zu haben. Mir ist klar, welch große Gefahr der Bürokratismus darstellt, aber wir haben seine Ausrottung nicht in das Parteiprogramm aufgenommen. Das ist kein Problem eines Kongresses, das ist ein Problem einer ganzen Epoche, und auf der Tagesordnung des Kongresses steht ein spezielles Referat zu dieser Frage.

Kann man etwa annehmen, daß durch einen Federstrich, dadurch, daß man Genossen, die in diesem oder jenem der wichtigsten Ämter eine ausgezeichnete Organisation geschaffen haben, in den Rat für Arbeit und Verteidigung versetzt, daß dadurch etwas anderes entstehen wird als eine neue Behörde mit verschwommenen Vollmachten, die wiederum nicht imstande ist, die Wirtschaft zusammenzufassen. Als im Rat für Arbeit und Verteidigung praktisch die Frage auftauchte, was gehört zur Wirtschaft und was nicht, da hat nicht nur der Volkskommissar für Außenhandel gesagt, daß sein Volkskommissariat zur Wirtschaft gehört, sondern auch der Volkskommissar für Finanzen. Und kann man vielleicht ohne das Volkskommissariat für Gesundheitswesen auf dem Gebiet der Wirtschaft arbeiten? Natürlich, wenn es uns gelingt, bei der wirtschaftlichen Umgestaltung große Erfolge zu erringen, dann wird sich das Verhältnis der Volkskommissariate für Wirtschaft zu den übrigen Volkskommissariaten vielleicht ändern, nachdem wir bedeutende Erfolge bei der Veränderung der Grundlagen unserer Wirtschaft errungen haben. Im Augenblick kann davon nicht die Rede sein. Deshalb ist es absolut falsch, sich dem Verwaltungsapparat gegenüber so leichtfertig zu verhalten wie Gussew, der übrigens in anderen Teilen der Broschüre ausgezeichnete Gedanken aus seiner vorigen Broschüre[275] wiederholt.

Über Rjasanows Rede werde ich nicht sprechen, denn Kamenew hat sie hinreichend widerlegt. Ich möchte nur erwähnen, daß sowohl Rjasanow als auch der von seinem schlechten Beispiel angesteckte Gussew erzählten, daß sie irgendwo gehört hätten, vielleicht von mir, ich hätte mich im Rat der Volkskommissare – der eine sagte, ertränken, der andere – erschießen wollen. Wenn die Genossen jedes ärgerliche Wort von mir ausnutzen werden, das einmal fällt, wenn man sehr erschöpft ist, wenn sie mich zwingen

werden, vor tausend Menschen darüber zu sprechen, so können sie meiner Ansicht nach nie mehr damit rechnen, daß man ihr Auftreten ernst nimmt. (Beifall.)

Es ist sehr wohl möglich, daß bei uns im Rat der Volkskommissare eine Menge Kleinkram behandelt wird. Das ist wahr. Wenn Maximowski das ausnutzte, um seine oppositionelle Einstellung zu zeigen, und dies besonders hervorhob, so muß ich sagen, daß es keine staatliche Institution gibt und geben kann, in der kein Kleinkram anfällt. Sie haben nicht hinzugefügt, daß das ZK Fragen zu entscheiden hatte, die mit der Politik zusammenhängen. Solange eine herrschende Partei am Ruder ist, solange diese Partei alle Fragen entscheiden muß, die die verschiedensten Ernennungen betreffen, werden Sie nicht zulassen, daß die wichtigsten staatlichen Ernennungen nicht von der führenden Partei vorgenommen werden. Schließlich und endlich ist doch nicht wichtig, wer sich mit welchen Fragen der Politik zu befassen hat. Gibt es vielleicht im ZK keinen Kleinkram? Soviel man will. Gibt es etwa nicht zuweilen Tagesordnungen, wo man zum Schluß, nachdem einige Dutzend Fragen durchgepeitscht sind, nicht nur sagt, daß man sich ertränken möchte, sondern noch Schlimmeres? Ich wiederhole, es ist sehr einfach, eine solche Äußerung von mir ausnutzen zu wollen, aber hier aufzutreten und daraus einen Gegenstand der Opposition zu machen und gegen Kleinigkeitskrämerei zu reden – das ist nicht ernst zu nehmen.

Wenn wir versuchten, aus einem Organ, das im allgemeinen nur die Prinzipien festlegt, ein Organ auszusondern, das die kleinen Dinge der Praxis, den Kleinkram entscheidet, dann würden wir die Sache verderben. Weil wir die Verallgemeinerung von den Fakten trennen würden, das Trennen der Verallgemeinerung von den Fakten aber wäre Phantasterei und eine nicht ernst zu nehmende Sache. Man kann die Fragen im Zentralkomitee nicht in prinzipielle und unbedeutende einteilen, weil in jeder Kleinigkeit eine prinzipielle Seite zutage treten kann.

Es geht hier nicht um Iwan Sidorowitsch und nicht um Sidor Karpowitsch. Es geht nicht darum, Karp auf Iwans Platz zu setzen oder umgekehrt. Und wenn sie das nicht wollen? Und wenn dieser Iwan und dieser Karp beide Volkskommissare sind, was dann? Im ZK gibt es ein Sekretariat, ein Orgbüro, ein Politbüro, und schließlich tritt das Plenum des Zentralkomitees zusammen, und sehr oft gelangt sogar das Unbedeutendste

vom Unbedeutenden, das Langweiligste vom Langweiligen bis vor das Plenum des Zentralkomitees, Dinge, mit denen man sich stundenlang herumschlägt, so daß man sich am liebsten ertränken möchte. Aber die Fragen in unbedeutende und prinzipielle einteilen hieße dem demokratischen Zentralismus jeglichen Boden entziehen. Man kann auch nicht sagen, das Zentralkomitee überschütte die anderen Institutionen mit Kleinkram. Vorläufig konnten wir die Verfassung noch nicht ändern und arbeiteten autonom. Und wenn wir in einigen Fragen Übereinstimmung erzielten und über andere gestritten wurde, so ist dies bei dem Apparat, über den wir verfügen, ganz unausbleiblich. Auch wenn das ZK zu einem Organ der Kontrolle wird und auch wenn auf Gen. Kalinin bei der allgemeinen Arbeitsverteilung die Überwachung der Agitation, die Kontrolle entfällt, wobei im allgemeinen selbst seine persönlichen Eindrücke bei den Reisen und bei der Ausübung seiner Arbeit sehr wichtig sind – so braucht man deshalb bestimmt noch kein Geschrei zu erheben, daß alle Fragen aus dem Rat der Volkskommissare in das ZK übertragen werden und umgekehrt. Das heißt nur neue Verwirrung und neues Durcheinander hervorrufen, aber das Wesen der Sache wird dadurch nicht verändert. Die höchsten Organe werden gebraucht, um zu kontrollieren und um bestimmte Fragen zurückzuweisen.

Hier hat man davon gesprochen und sich darüber beklagt, daß das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK überlastet ist, und zwar – ungeachtet dessen, daß das unsere höchste Institution ist – mit reinem Kleinkram. Aber ich möchte einmal alle Anwesenden fragen, wer von Ihnen hat die Dutzende von Protokollen über diese unsere Arbeit gelesen? Wer hat sie von Anfang bis zu Ende durchgelesen? Wahrscheinlich niemand, weil es langweilig ist, man kommt nicht durch. Ich muß sagen, daß jedes Mitglied unserer Partei und jeder Bürger der Republik berechtigt ist, auch die geringfügigste Frage, auch die geringste Kleinigkeit vor das Gesamtrussische ZEK zu bringen. Diese Frage gelangt über die ganze Stufenleiter, über das Büro usw. in das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK, wo sie auch behandelt wird. Und das wird so sein bis zur vollständigen kommunistischen Umerziehung der Werktätigen, die wir einige Jahrzehnte nach der vollständigen Durchführung der Elektrifizierung erreicht haben werden. In dieser Beziehung fürchten wir nicht, daß sich etwas ändert.

Ich komme jetzt zu einigen schriftlichen Anfragen. Gen. Minkin schreibt:

Hat Gen. Schljapnikow im Rat der Volkskommissare von den unhaltbaren Zuständen berichtet, die im Volkskommissariat für Außenhandel eingerissen sind, oder hat man sich das für den Kongreß aufgehoben? Wenn davon berichtet wurde, was wurde unternommen, um diese Zustände aus der Welt zu schaffen?

Um auf diese Frage antworten zu können, habe ich mich an Genossen Serebrjakow gewandt, der besser informiert ist als ich. Er gehörte als Vertreter des Zentralkomitees einer Kommission an, die aus den Genossen Serebrjakow, Dzierzynski, Krestinski und Leshawa bestand und Maßnahmen treffen sollte, um die Beziehungen zwischen dem Volkskommissariat für Außenhandel und dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten zu verbessern, denn unsere Vertreter im Ausland hatten Kenntnis davon, daß diese Beziehungen absolut nicht befriedigend sind. Auf meine Bitte hin hat Serebrjakow die Anfrage des Delegierten Minkin wie folgt beantwortet: „Gen. Minkin erklärt..." (liest).

Nach der Kommission wurde noch eine Unterkommission gebildet. Es ist sehr leicht, Opposition zu spielen, da bei uns in jedem Kommissariat Mißstände zu verzeichnen sind, und die unglückliche Erwähnung der Garantien und der 30 000 Angestellten im technischen Apparat der Kommissariate ist insofern sehr charakteristisch, als Sie hier immer wieder himmelschreiende Zustände feststellen können. Das gleiche finden Sie in jeder Division der Roten Armee. Und dennoch war unsere Rote Armee zu jeder Zeit siegreich.

Das Wesentliche ist, daß man sich zur rechten Zeit an die Institution wendet, die die nötigen Korrekturen vorzunehmen hat, nicht aber hier, wo wir uns keine genauen Angaben beschaffen können, erzählt, daß Gen. Rjasanow das und das über den und den Genossen gehört und nichts überprüft und nichts Genaues erfahren hat. Ist das demokratischer Zentralismus? Nein, das ist überhaupt weder demokratisch noch Zentralismus, sondern stiftet Unordnung und Verwirrung. Beschwerden sind an die Parteiinstanzen zu richten. Wenn diese ihrer Pflicht nicht nachkommen, dann sollen sie streng zur Rechenschaft gezogen werden.

Unter den eingereichten Anfragen muß die Frage nach der Reduzierung der Armee erwähnt werden. Darüber wird Gen. Trotzki gesondert informieren, und Sie werden zu entscheiden haben, ob diese Frage heute oder aber in einer der nächsten Sondersitzungen der Fraktion beraten werden soll. Ich kann sagen, daß das ZK, nachdem eine spezielle Demobilisierungs-

kommission unter Leitung von Trotzki und Dzierzynski gebildet wurde, beschlossen hat, mit der Demobilisierung zu beginnen, was auch geschieht. Mit der Ausarbeitung eines Demobilisierungsplans beschäftigt sich die Militärbehörde, und Sie werden eine genaue Information darüber erhalten.

Ist der Rat für Arbeit und Verteidigung gedacht als ein Organ der Übergangszeit, das die Volkskommissariate für Wirtschaft zusammenzufassen hat, dann aber abgeschafft wird, oder bildet er die Grundlage des künftigen einheitlichen Wirtschaftsplans; ferner, auf welche Organe stützt sich der Rat für Arbeit und Verteidigung in der Provinz?

Diese Frage ist nicht entschieden, und wir meinen, daß es müßig ist, sie jetzt zu stellen. Bei uns steht die Überprüfung der Organisation der Volkskommissariate auf der Tagesordnung. Vom Rat der Volkskommissare wurde eine Organisationsberatung geschaffen, die den Apparat der Volkskommissariate im Hinblick auf die ihnen obliegenden Aufgaben überprüfen und im Zusammenhang damit die Frage der Stellenpläne untersuchen soll. Gegenwärtig den Rat für Arbeit und Verteidigung abschaffen und sich mit der Bildung eines anderen Apparats befassen ist unmöglich, ohne die Frage der Elektrifizierung gelöst zu haben. Man wird jetzt verschiedene Materialien über die Elektrifizierung an Sie verteilen, und der Rat für Arbeit und Verteidigung wird berücksichtigen müssen, was die Überprüfung dieser Materialien und die Referate ergeben. Wir haben jetzt ein Organ, das wir brauchen, mit dem wir recht und schlecht, aber immerhin gearbeitet haben und mit den uns gestellten Aufgaben fertig geworden sind. Und wir beabsichtigen nicht, uns an eine Umgestaltung zu machen, bevor wir praktische Erfahrungen haben, wie der einheitliche Wirtschaftsplan erfüllt werden wird. Hier muß siebenmal gemessen und einmal abgeschnitten werden.

Wer wird die Konzessionen im Fernen Osten abschließen, wir oder der Pufferstaat? Und in beiden Fällen – weshalb?

Das, Genossen, ist eine diffizile Frage. Der Pufferstaat[276] – das ist so eine schwer zu bestimmende Sache, wenn man uns fragt: ihr oder der Pufferstaat? Auf der einen Seite gibt es den Pufferstaat, aber auf der anderen gibt es das entsprechende Parteibüro der KPR. Der Pufferstaat ist ein Pufferstaat, um Zeit zu gewinnen und dann die Japaner zu schlagen. Wem Kamtschatka gehört, weiß ich nicht, faktisch gehört es den

Japanern, denen es nicht paßt, daß wir es den Amerikanern geben wollen. Man fragt uns, man rechnet mit unseren Direktiven, und niemand hat gegen unsere Verhandlungen mit Vanderlip protestiert, keine einzige Gruppe von Parteimitgliedern hat die Frage für so wichtig gehalten zu fordern, sie im Plenum des Gesamtrussischen ZEK zu behandeln und in der Kontrollkommission zu untersuchen. Das ist das Recht eines jeden Parteimitglieds, und niemand hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Wer die Fakten kennenlernt, die den Vertragsabschluß bis März hinauszögern, der wird auch nicht danach trachten, von seinem Recht Gebrauch zu machen.

Wie ist gegenwärtig im Zusammenhang mit den Konzessionen Ihre Ansicht über die Gewerkschaften? Stimmt es, daß Sie für die Organisierung einer Gewerkschaft der Bauern sind?

Ich muß sagen, daß das Parteiprogramm einen Satz über die Notwendigkeit enthält, neue Formen von Gewerkschaften zu suchen, in denen der ärmste Teil der Bauernschaft vereinigt werden könnte.[277] Die Aufgabe ist im Parteiprogramm gestellt, und ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß es uns zwar augenblicklich nicht möglich ist, diese Aufgabe zu lösen, daß wir aber auf ihre Lösung nicht verzichten können. Man kann sich nicht allein auf die Arbeit des Gesamtrussischen Land- und Forstarbeiterverbandes beschränken, der zu schwach ist und keine bedeutenden Kräfte stellen kann. In einer Situation, da sich in der Bauernschaft ein Prozeß der Nivellierung, des Ausgleichs, des Zusammenschlusses der werktätigen Bauernschaft, des nichtkulakischen Teils der Bauernschaft, vollzieht, kann man diese Frage nicht von der Tagesordnung des sozialistischen Aufbaus absetzen. Die Arbeit der Gewerkschaft verstärken heißt sie nicht nur auf das ländliche Proletariat, sondern auf die gesamte werktätige Bauernschaft ausdehnen. Wie das zu machen ist, wissen wir noch nicht. Wir haben die Aufgabe im Parteiprogramm gestellt, wir werden noch oftmals auf sie zurückkommen und werden bestrebt sein, diese Aufgabe von verschiedenen Seiten her praktisch zu lösen. Mehr kann ich hierzu nicht sagen.

Der Gewerkschaft fallen natürlich, wenn die Konzessionen abgeschlossen sein werden, besonders verantwortungsvolle Aufgaben zu, Aufgaben der Überprüfung, der Kontrolle und die ständige Verbindung mit denjenigen unserer Arbeiter, die in diesen Konzessionsbetrieben arbeiten werden. Wie sich diese Arbeit in der Praxis entwickeln wird, weiß ich zur Zeit

nicht. Diese Frage jetzt auf die Tagesordnung zu setzen wäre unzweckmäßig, da vor den Gewerkschaften wichtigere Aufgaben stehen.

In unserem Kampf gegen den Bürokratismus brauchen wir unbedingt die Hilfe der Gewerkschaften, auf sie müssen wir uns stützen. Das wurde im wesentlichen schon im Parteiprogramm gesagt.[278] Daraus ist ersichtlich, welch langwieriger Kampf erforderlich ist und welch systematische Arbeit bevorsteht. Wenn wir Material bekommen werden, daß in der und der Fabriksiedlung die Kontrolle so und so eingerichtet wurde und daß bestimmte Resultate erzielt wurden, in dem und dem Stadtviertel, Kreis usw. aber wurde es anders gemacht; und wenn wir das gegeneinander abwägen werden, dann wird die Sache bei uns vorangehen, dann wird sich das nicht nur in Gerede über die „Agitationskartoffel" äußern, sondern dazu führen, daß wir die in der Praxis unternommenen Schritte überprüfen und auf ihrer Grundlage die praktischen Maßnahmen ergreifen werden, die bereits Resultate gezeitigt haben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 42.

Nach dem Stenogramm.

3

REDE ÜBER ERGÄNZUNGEN ZUR GESETZESVORLAGE DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE „ÜBER MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG UND ENTWICKLUNG DER BÄUERLICHEN WIRTSCHAFTEN" IN DER SITZUNG DER KPR(B)-FRAKTION DES VIII. SOWJETKONGRESSES 27. DEZEMBER

Genossen, das ZK hat heute den in der Fraktion gefaßten Beschluß behandelt, der besagt, daß die Worte „von Einzellandwirten" in dem Punkt der Resolution über die Landwirtschaft zu streichen sind, wo von Verbesserungen und Belohnungen die Rede ist. Das ZK hat folgenden Beschluß gefaßt und mich beauftragt, ihn zu vertreten.[279] (L i e s t.) Das, Genos-

sen, ist der Wortlaut des ZK-Beschlusses. Gestatten Sie mir jetzt zu begründen, warum wir uns keinesfalls mit dem Beschluß der Fraktion einverstanden erklären konnten. Wir zweifelten nicht daran, und das wurde in der ZK-Sitzung ausdrücklich hervorgehoben, daß die grundlegenden Erwägungen, von denen sich die Fraktion bei ihrem Beschluß, die Prämierung von Einzellandwirten abzulehnen, leiten ließ, aus der Befürchtung resultierten, wir könnten einen Kulaken prämieren, sowie aus dem Wunsch, vor allen Dingen die Prämierung der Dorfgemeinde, des Amtsbezirks, der Kollektivität, d. h. der gemeinsamen und nicht der individuellen Arbeit in den Vordergrund zu rücken. Damit sind wir völlig einverstanden. Wir meinen jedoch, daß diese absolut richtigen, für jeden Marxisten prinzipiell unbestreitbaren, nicht in Zweifel zu ziehenden, vom Standpunkt der Bauernschaft besonders wertvollen Erwägungen nicht so weit führen dürfen, daß man die Prämierung von Einzellandwirten überhaupt ablehnt.

Gestatten Sie mir, kurz über die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes zu informieren. Ich habe die Geschichte seiner Entwicklung bei uns im Rat der Volkskommissare sehr aufmerksam verfolgt, und ich muß sagen. daß der erste Entwurf, der vom Kommissariat für Ernährungswesen ausging, ganz allgemein auf den tüchtigen Landwirt orientierte. In den von Gen. Sereda eingebrachten Vorschlägen aber war der Kernpunkt, daß es falsch sei, auf den tüchtigen Landwirt zu orientieren; man müsse auf die Dorfgemeinde, auf die Kollektivität orientieren. Zu dieser Frage bezog der Rat der Volkskommissare, zumindest ich, folgenden Standpunkt: hier *muß man das Für und Wider abwägen, nachdem man Leute aus der Provinz befragt hat.* In der Tat, es erschien mir falsch, die Prämierung des Einzellandwirts abzulehnen, daß man aber an die erste Stelle die Dorfgemeinde stellen soll, ist vielleicht auch gut, falls Menschen aus ländlichen Bezirken, die praktische Erfahrungen haben, bestätigen, daß man das tun kann und soll. Aus diesem Kampf zwischen zwei Standpunkten ging dann auch die Formulierung hervor, die in die Gesetzesvorlage des Rats der Volkskommissare aufgenommen wurde: sowohl das eine wie das andere zu belassen und bestimmte Wechselbeziehungen zwischen diesen beiden Arten der Prämierung herzustellen. Die weitere Ausarbeitung brachte dabei natürlich die bereits im Rat der Volkskommissare fixierten Überlegungen mit sich, daß das Sache einer Instruktion sei. Und im Be-

schluß des Rats der Volkskommissare heißt es, daß die Instruktion in einer bestimmten, genau festgesetzten Frist vom Volkskommissariat für Landwirtschaft ausgearbeitet, mit dem Volkskommissariat für Ernährungswesen abgestimmt und vom Rat der Volkskommissare bestätigt werden muß. Als Ausnahme von der üblichen Verfahrensweise, wonach eine Instruktion allein durch Verfügung eines entsprechenden Volkskommissars in Kraft tritt, haben wir hier nicht nur eine Kontrolle – Beteiligung zweier Volkskommissare – festgelegt, sondern speziell hinzugefügt, daß die Instruktion dem Rat der Volkskommissare zur Bestätigung vorzulegen ist. Denn es ist klar, daß von der Instruktion sehr viel abhängt.

Nachdem einige Genossen sich dazu geäußert haben, ist uns Ihr Beschluß, die Einzelwirtschaften nicht zu prämieren, klargeworden. Das ZK hat verstanden, worum es hier geht. Nämlich darum, daß sich nicht eine ungerechte Prämierung, eine Prämierung von Kulaken, ergibt. Es ist klar, daß die Wirtschaften der wohlhabenden Bauern und Kulaken, von denen natürlich im Dorf noch übergenug vorhanden sind, am besten geführt werden, daran zweifeln wir keinen Augenblick. Wenn wir jemanden für gute Wirtschaftsführung auszeichnen und nicht danach fragen, auf welche Weise sie erzielt wird, dann ist es natürlich, daß die größten wirtschaftlichen Erfolge der Kulak zu verzeichnen haben wird. Und wenn man die Frage außer acht läßt, um welchen Preis eine wirtschaftliche Verbesserung erzielt wird, dann wird sich eine ungerechte Bevorzugung des Kulaken ergeben. Wenn man ihm zur Belohnung Produktionsmittel gibt, das heißt Dinge, die zur Erweiterung der Wirtschaft dienen, so würden wir indirekt und wohl auch ganz direkt zur Entwicklung des Kulakentums beitragen; denn wenn wir einen tüchtigen Landwirt auszeichnen, ohne zu berücksichtigen, ob der gute Erfolg nicht mit kulakischen Methoden erzielt wurde, und ihn dazu noch mit Produktionsmitteln auszeichnen, das heißt mit Dingen, mit deren Hilfe er seinen Einfluß weiter festigen kann, dann handeln wir selbstverständlich nicht nur den Grundsätzen der Landwirtschaftspolitik, sondern denen der gesamten Sowjetpolitik zuwider und verletzen das Grundprinzip – nämlich, die Interessen der Werktätigen gegen die Interessen des Kulakentums zu vertreten. Damit würden wir in der Tat das Grundprinzip und die Grundlagen nicht nur der ganzen Landwirtschaftspolitik, sondern der gesamten Sowjetpolitik überhaupt an der Wurzel untergraben.

Wenn man daraus jedoch den Schluß zieht, wir brauchten keine Prämierung von Einzellandwirten, so führen Sie sich folgendes vor Augen: Wir prämieren einzelne Arbeiter in den Fabriken und Werken, wo die Kollektivität der Arbeit, ihre Vergesellschaftung eine ungleich höhere Stufe erreicht hat als in der Landwirtschaft. Wie soll man sich nun gegenüber der bäuerlichen Wirtschaft verhalten? In einem durch und durch bäuerlichen Land, wo zu neun Zehnteln, ja wahrscheinlich zu 99 Prozent die individuelle, die Einzelarbeit des Bauern vorherrscht, wo wir 20 Millionen bäuerlicher Wirtschaften haben, wollen wir diese Wirtschaften voranbringen, und wir müssen das tun, koste es, was es wolle. Wir wissen, daß es nur nach einer jahrelangen grundlegenden technischen Reform möglich sein wird, ihre Arbeit auf eine höhere Stufe zu heben. Wir haben in den letzten drei Jahren in unserer praktischen Arbeit etwas dazugelernt. Wir wissen, wie die Grundlagen des Kommunismus in der Landwirtschaft zu sichern sind – nämlich vermittels einer gewaltigen technischen Evolution. Wir haben den ausgearbeiteten Plan mit den Standorten der Kraftwerke deutlich vor Augen, wir kennen das Minimalprogramm, das Programm der nächsten zehn Jahre, aber in diesem Buch über die Elektrifizierung haben wir auch ein Maximalprogramm, in dem eine gigantische, über viele Jahre gehende Arbeit geplant ist. Jetzt aber haben wir 20 Millionen individueller Wirtschaften, die einzeln bewirtschaftet werden und anders nicht bewirtschaftet werden können; und wenn wir sie für die Steigerung ihrer Produktivität nicht belohnten, dann wäre das grundfalsch, das wäre eine offenkundige Überspitzung und würde bedeuten, eine ins Auge springende Realität nicht sehen zu wollen, mit der man rechnen und von der man ausgehen muß. Natürlich wäre es wünschenswert, die Wirtschaften auf dem Wege des Kollektivismus voranzubringen, d. h. über ganze Amtsbezirke, Gemeinden usw. Aber man muß berücksichtigen, inwieweit das augenblicklich möglich ist. Wenn Sie, die Sie draußen im Lande arbeiten, den Aufschwung auf diesem Wege unterstützen, wenn Sie eine ganze Gemeinde oder einen ganzen Amtsbezirk voranbringen, dann ist das ausgezeichnet; dann geben Sie ihnen alles Gute, was die Prämierung zu geben vermag. Aber sind Sie auch sicher, daß Ihnen das gelingen wird? Ist das nicht ein phantastischer Wunschtraum, der in der praktischen Arbeit zu schwerwiegenden Fehlern führen wird?

Und deshalb schlagen wir Ihnen vor, den letzten Teil der Resolution

des ZK, mit der einen oder anderen Umformulierung oder Abänderung, die vielleicht nach Meinung der Praktiker nötig ist, in die Resolution des Sowjetkongresses aufzunehmen, damit diese Frage von Ihnen selbst entschieden wird, damit Sie hier sagen: Belohnung und Prämierung für Einzellandwirte sind zulässig, aber unter drei bestimmten Bedingungen. Die erste: Die Prämierung der Dorfgemeinden erfolgt in erster Linie, danach folgt die der Landwirte, und zwar mit dem, was von der Prämierung übrigbleibt – damit sind wir einverstanden. Der zweite Punkt besagt: Nicht auszuzeichnen sind solche Einzellandwirte, die ihre wirtschaftlichen Erfolge mit kulakischen Methoden erzielt haben, d. h., die Frage darf nicht lauten: du hast wirtschaftliche Erfolge, also wirst du prämiert. Nein, wenn jemand wirtschaftliche Erfolge errungen, dabei aber kulakische Methoden angewandt hat, ganz gleich, ob in Form einer Anleihe, der Abarbeit, der Spekulation – kulakische Methoden können zuweilen auch durch Umgehung der Gesetze praktiziert werden –, wenn jemand auch nur im geringsten kulakische Methoden angewandt und dadurch Erfolge erzielt hat, so steht ihm keine Prämie zu. Das ist die zweite Einschränkung, die Ihrem prinzipiellen Standpunkt – Kampf gegen die Kulaken und Unterstützung des werktätigen Mittelbauern und der Dorfarmut – noch mehr entgegenkommt. Die dritte Einschränkung: Was wird als Prämie gegeben. Man kann Produktionsmittel geben, Dinge, die zur Erweiterung und Verbesserung der Wirtschaft dienen: Geräte, Maschinen; man kann Gebrauchsgegenstände geben, das, was gemeinhin zur Verschönerung des Hauses dient, was das Leben und die häuslichen Verhältnisse schöner und besser macht. Wir sagen: „Gebt den Einzellandwirten nur Gebrauchsgegenstände und Dinge für die Hauswirtschaft und natürlich Ehrenzeichen." Der Orden des Roten Arbeitsbanners wurde hier bereits von Ihnen beschlossen.[280] Produktionsmittel aber darf man Einzellandwirten nur solche und nur unter der Voraussetzung geben, daß sie nicht kulakisch genutzt werden können. Maschinen werden nicht vergeben, auch nicht an den tüchtigsten Landwirt und selbst dann nicht, wenn er seine Erfolge ohne die geringste Anwendung kulakischer Methoden erzielt hat. Maschinen dürfen deshalb nicht gegeben werden, weil ihre Anwendung kollektive Arbeit erfordert und weil der Landwirt, der die Maschine erhält, sie nicht allein nutzen kann.

Das sind die Erwägungen, von denen sich das ZK leiten ließ und auf

Grund deren wir uns an Sie mit der Bitte wandten, Ihren Beschluß noch einmal zu überprüfen, Meinungen darüber auszutauschen und zu erwägen, ob Sie es nicht für möglich halten, ihn dahingehend zu ändern, daß die Prämierung von Einzellandwirten bei Beachtung der drei genannten Bedingungen gestattet wird. Wenn wir das nicht beschließen, dann können wir die erforderlichen Resultate nicht erzielen, da es in einem erschöpften und zerrütteten Land unmöglich ist, ohne besondere Anstrengung eine Verbesserung der Wirtschaft zu erreichen, und die besonders Tüchtigen müssen belohnt werden. Jede angespannte Arbeit muß, wenn ihr nicht kulakische Methoden innewohnen, belohnt werden. Deshalb meinen wir, daß Sie, nachdem Sie diese Überlegungen gehört haben, einverstanden sein werden, die Prämierung zuzulassen unter Beachtung der drei genannten einschränkenden Bedingungen, die im Interesse unseres wirtschaftlichen Aufbaus tatsächlich notwendig sind.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Stenogramm.

4

ANTWORTEN AUF FRAGEN IN DER SITZUNG DER KPR(B)-FRAKTION DES VIII. SOWJETKONGRESSES 27. DEZEMBER

Vor Beantwortung der schriftlichen Anfragen muß ausdrücklich festgestellt werden, ob es eine formelle Differenz zwischen der Fraktion und dem ZK gibt. Zu den ersten Rednern, die hier gesprochen haben: Wir haben einen bestimmten Beschluß gefaßt, in der Absicht, das Kulakentum zu bekämpfen, aber da waren Sie noch nicht über die Kampfmethoden unterrichtet, die wir in den drei Ergänzungen aufgezeigt haben. Was haben die Genossen, die gegen diese Ergänzungen aufgetreten sind, hier gesagt? Im Grunde genommen haben sie nichts gesagt. Der Genosse Rotarmist aus der Bauernschaft, der hier gesprochen hat[281], sagte, daß es Kulakentum gibt, daß die Kulaken zunehmen; wir aber sagen entschieden: Wenn sie Kulaken sind, dann erhalten sie keine Belohnung. Es wird Ihnen vorgeschlagen, das zum Gesetz zu erheben. Mehr noch, wenn ein Mittelbauer durch eine individuelle Prämie seine Wirtschaft so vervoll-

kommnen könnte, daß er dadurch die Möglichkeit erhält, zum Kulaken zu werden, so darf man ihn nicht prämieren. Welches Argument ist also hier gegen unsere Erwägung geäußert worden? Keines. Man wiederholt, daß der Kulak nicht ausgezeichnet werden dürfe. Aber damit sind wir ja einverstanden.

Ich gehe nun zu den eingereichten schriftlichen Anfragen über. Die erste:

1. Was ist das Kriterium für den „tüchtigen Kulaken" und den „tüchtigen Mittelbauern"?

2. Angenommen, wir finden hier dieses Kriterium, arbeiten einen Plan aus – wie aber werden wir ihn draußen auf dem Lande verwirklichen können, ganz besonders dort, wo die Kulaken noch bis heute die führende Rolle spielen?

3. Wo soll die Grenze liegen, ob ein ganzes Kollektiv, ein Einzellandwirt oder beide zu prämieren sind?

Erstens. Das wissen die Bauern besser. Wenn es im Gesetz heißt, daß es nicht gestattet ist, jemand zu belohnen, der kulakische Methoden anwendet, so geht das noch über den Begriff des Kulaken hinaus. Ein Kulak ist derjenige, der überhaupt kulakische Methoden anwendet, im einzelnen aber bedient sich fast jeder Mittelbauer kulakischer Methoden. Das heißt, wir verbieten nicht nur, den Kulaken Prämien zu geben, sondern auch jedem Mittelbauern, wenn er kulakische Methoden anwendet, diese Methoden aber sind unendlich vielfältig. Sie äußern sich nicht nur in einer so groben Form wie dort, wo für 5 Pud ein zusätzliches Pferd gekauft wurde.[282] Wird man einem solchen Kulaken etwa eine Prämie geben? Warum nehmen Sie an, daß man im Dorf davor die Augen verschließt? Und wenn Sie fragen, wo das Kriterium für den tüchtigen Kulaken und den tüchtigen Mittelbauern liegt, so weiß man das auf dem Lande ganz genau. Wir beabsichtigen nicht, darüber ein Gesetz zu erlassen, denn das hieße, ein ganzes Buch darüber zu schreiben, wie Menschen zu Kulaken werden, während das auf dem Lande alle sehr gut wissen.

Zweitens. Gibt es denn bei uns keine Kreisparteikomitees, geht diese Sache denn nicht über die Dorfgemeinde, die Landabteilung des Amtsbezirks, die Parteizelle? Wie kann man denn auf dem Lande vom Kampf gegen den Kulaken sprechen, wenn es dort keine Zellen für diesen Kampf gibt? Dieses Argument ist mir unverständlich.

Drittens. Im Gesetz wird gesagt, daß in erster Linie das Kollektiv, in

zweiter Linie der Einzellandwirt prämiert wird. Eine genauere Abgrenzung erfolgt durch die jeweiligen Kreisparteikomitees und alle anderen Institutionen, die auf dem Lande bestehen.

Die zweite Anfrage:

Denkt sich das ZK bei der Aufnahme der Korrektur dieselbe als politischen Akt, um den „tüchtigen Bauern" daran zu interessieren, die Landwirtschaft und die Industrie überhaupt voranzubringen, damit nach Ablauf einer bestimmten Zeit leichter die gesellschaftliche Bearbeitung eingeführt werden kann? Wenn möglich, antworten Sie bitte.

Erstens, hier haben Sie den Beweis dafür, daß es in dieser Frage nichts spezifisch Politisches gibt, was man vor den parteilosen Bauern verheimlichen müßte. Deshalb halte ich es für absolut richtig und meine, daß man sich angewöhnen sollte, zu solchen Fragen Parteilose zur Fraktionssitzung zu laden. Entscheidungen werden sie in der Fraktion nicht fällen, aber warum soll man sich nicht mit ihnen beraten? Unsere wirtschaftliche Praxis hat gezeigt, daß man von der individuellen Arbeit zur kollektiven Arbeit übergehen muß, aber nachdem wir zu spüren bekommen haben, was dieser Übergang bedeutet, sollten wir nichts überstürzen, sondern begreifen, daß dieser Übergang je langsamer, desto besser vollzogen werden muß.

Die dritte Anfrage:

Mir scheint, man muß die Anhänger der gesellschaftlichen Prämierung auf folgendes aufmerksam machen: Haben sie auch genügend Pflüge und andere Geräte zur Verfügung, um die Gemeinde zu prämieren, oder nicht. Wenn nicht, wozu dann darüber reden?

Dieses Argument ist nicht richtig. Für die Prämierung haben wir überhaupt wenig Gegenstände, aber Pflüge haben wir in so geringer Zahl, daß wir sie als Produktionsmittel nicht Einzelpersonen, sondern ganzen Gemeinden geben werden. Aber warum sollten wir, wenn wir die Möglichkeit hätten, einen Pflug nicht einem Bauern geben, der große Anstrengungen unternommen hat, um die Produktivität zu erhöhen? Und wer entscheidet, ob es sich bei ihm um einen Kulaken handelt oder nicht? Man muß darauf hören, was unten gesagt wird.

Die nächste Anfrage:

Bitte beantworten Sie mir, wenn möglich, gleich auf der Rückseite folgende Frage: Der Kreis Swjatowo Kresta im Gouvernement Stawropol, wo ich arbeite,

erhielt eine Auflage von 10 Millionen Pud Getreide bis zum 1. Dezember 1920. Erfüllt wurden 3 200 000 Pud. Im Zusammenhang mit der beträchtlichen Untererfüllung sind wir verstärkt dazu übergegangen, das Vermögen kulakischer Elemente zu konfiszieren. Daher bitte ich nochmals um Antwort, wie wir uns weiter verhalten sollen. Soll konfisziert werden, oder nur im äußersten Falle, damit die Wirtschaft nicht zugrunde gerichtet wird?

Das gehört nicht zu dem Gesetz, das wir hier behandeln. Verfahren Sie so wie bisher. In strenger Übereinstimmung mit dem Dekret der Sowjetmacht und mit Ihrem kommunistischen Gewissen sollen Sie auch weiterhin frei handeln, so wie Sie es bisher getan haben.

Die nächste Anfrage:

Wie soll man aus dem Begriff „tüchtiger Bauer" den „tüchtigen Kulaken" herausfinden?

Darüber ist alles in unserem Gesetz gesagt, und wenn Sie diese Frage hier stellen, so ist das ein Mißbrauch des Fragerechts.

Weiter wird gefragt:

Wer bestimmt, beispielsweise in irgendeinem Dorf, wer ein tüchtiger Bauer ist, und wie geschieht das? Wenn das die Gewählten oder Bevollmächtigten im Dorfe tun sollen, so kann man gewiß sein, daß sie dieses Recht mißbrauchen werden.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß man dazu unsere Partei heranziehen muß; bei uns gibt es Komitees der Dorfarmut und in der Ukraine Komitees der unbegüterten Bauern.

1. Ich bitte, folgendes zu beachten. 1920 wurden Bauern für die Ablieferung von Hanf prämiert. Dabei kam heraus, daß sie bis zu 100 Arschin Textilien erhielten, die Armen des Dorfes aber erhielten 1920 noch keinen einzigen Arschin.

2. Berücksichtigt man, daß die Prämierung von Einzellandwirten den Zusammenschluß zu Kollektiven hemmt und teilweise die erschütterten kapitalistischen Grundpfeiler in der Landwirtschaft stützt?

Genossen, Sie wissen, daß bei uns die bäuerlichen Einzelwirtschaften sozusagen die Grundpfeiler des Kapitalismus darstellen. Das ist unbestreitbar, und ich habe darauf bereits in meinem Bericht hingewiesen, indem ich direkt sagte, daß nicht die „Sucharewka" gefährlich ist, die es auf dem Sucharewplatz oder sonstwo insgeheim auf einem anderen Platz gab, sondern die „Sucharewka", die in der Seele jedes Einzelbauern lebt.* Kön-

* Siehe Werke, Bd. 31, S. 512. *Die Red.*

nen wir das in einem oder in zwei Jahren ändern? Das können wir nicht. Die Verbesserung der Wirtschaft brauchen wir aber sofort. Sie lassen sich von einem großartigen kommunistischen Bestreben leiten, aber Sie wollen von dieser Etage aus auf die höchste Spitze springen, und wir sagen, das wird nicht gelingen. Handeln Sie vorsichtiger und allmählicher.

Weiter:

Warum prämieren das Kommissariat für Ernährungswesen und andere Institutionen die Stoßarbeiter der 3. Gruppe nicht mit Lebensmitteln?

Ich weiß nicht, warum, aber ich denke deshalb, weil wir schrecklich wenig Lebensmittel für Prämienzwecke haben.

Seien Sie so gut und sagen Sie, wie das ZK der KPR zur Prämierung wohlhabenderer Bauern steht, d. h. solcher, die viel Land besitzen, das sie selbst bearbeiten? Und im Zusammenhang damit, wie wird die Lage der landarmen Bauern sein, die nicht die Möglichkeit haben, sich hervorzutun, da sie nur über wenig Boden verfügen?

Warum hat er viel Land? Wenn das ungerecht ist, warum nehmen es ihm die Gemeinde und die Landabteilung nicht weg? Weil die anderen nicht in der Lage sind, es zu bearbeiten. Warum soll man ihn also bestrafen, wenn er es fleißig bearbeitet? Wenn er dies jedoch nach Kulakenart tut, dann soll man ihm nichts geben; wenn das Land unrechtmäßig in seinem Besitz ist, dann nehmen Sie es ihm weg und geben Sie es anderen, denen, die es bewirtschaften werden, aber fallen Sie nicht über einen Menschen her, nur weil er viel Land hat. In Rußland gibt es kein Privateigentum, der Boden wird von Ihnen selbst und von der Gemeinde aufgeteilt. In Rußland gibt es Leute, die viel Boden haben. Wenn das das Parteikomitee und die Sowjetorgane sehen und nichts unternehmen, so muß man sie davonjagen, aber nicht den Leuten die Prämie verweigern.

Die letzten beiden Anfragen. Die erste:

Wird dieser Punkt der Gesetzesvorlage in der Ukraine zur Anwendung kommen?

Ich denke ja, und ich bedaure sehr, daß hier keiner der Genossen gesprochen hat, die in den ukrainischen Komitees der Dorfarmut arbeiten, und deshalb halte ich die vorzeitige Beendigung der Diskussion für einen großen Fehler.

Die zweite Anfrage:

Wenn die Fraktion den Beschluß des ZK zurückweist, sind wir dann noch würdige Mitglieder der KPR, oder ist das ein Beweis für unsere Halsstarrigkeit?

Auf diese Anfrage antworte ich mit einem Dokument, das sich „Statut der Kommunistischen Partei Rußlands" nennt. In diesem Dokument lesen wir in § 62: „In Fragen ihres inneren Lebens und der laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom."[283] Das heißt, alle Mitglieder der Fraktion haben das Recht und die Pflicht, nach ihrem Gewissen und nicht nach Weisungen des ZK abzustimmen. Wenn Sie nach Ihrem Gewissen abstimmen und zum zweitenmal einen Beschluß gegen den Vorschlag des ZK annehmen, so sind wir nach § 62 verpflichtet, das ZK zusammenzurufen – und wir würden das sofort tun –, zu dessen Sitzung Sie Ihre Vertreter entsenden. Eine so ernste Frage erörtert man besser zwei- oder dreimal, um zu versuchen, eine wesentliche Meinungsverschiedenheit zwischen uns zu beseitigen. So steht die Sache, so muß man verfahren. Jetzt gilt es abzustimmen, nicht weil die höchste Parteiinstanz Direktiven vorgelegt hat, sondern um festzustellen, ob man Sie hier überzeugt hat oder nicht.

Zu Unrecht wurde hier gesagt, die Sache stehe auf schwachen Füßen, wenn schon Genosse Lenin vorgeschickt werde, sie zu verteidigen. Das stimmt nicht, weil das Parteistatut Ihre Rechte genau fixiert hat. Das zum ersten. Das stimmt zweitens auch deshalb nicht, weil es im ZK zu dieser Frage nicht die geringste Meinungsverschiedenheit gab, sondern sofort gesagt wurde: Wir haben uns vom Kampf gegen das Kulakentum hinreißen lassen und dabei die Maßstäbe vergessen. Laßt uns an die Maßstäbe denken.

Das ZK benannte zwei Genossen, weil sich diese beiden ZK-Mitglieder an der Beratung der Vorlage mehr beteiligen mußten als die anderen und weil sie auch selber an den Diskussionen teilnehmen mußten. Ich hatte alle Entwürfe zu prüfen und Preobrashenski ebenfalls. Deshalb ergab es sich, daß wir beide benannt wurden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 42.

Nach dem Stenogramm.

5

ERGÄNZUNG ZUR RESOLUTION ÜBER DIE BODENFRAGE

Zur Prämierung von Einzellandwirten:

1. Sie muß gegenüber der Prämierung von ganzen Gemeinden und überhaupt von Kollektiven an zweiter Stelle stehen;

2. Einzellandwirte sind nur bei strengster Beachtung der Bedingung zu prämieren und überhaupt auszuzeichnen, daß sie ihre wirtschaftlichen Erfolge ohne die geringste Anwendung kulakischer Methoden erzielt haben;

3. Einzellandwirte sind zu prämieren mit Ehrenzeichen, Gegenständen des persönlichen Bedarfs, Dingen für die Hauswirtschaft usw.; mit Produktionsmitteln hingegen ist die Prämierung von Einzellandwirten nur bei unbedingter Beachtung der Bedingung und Voraussetzung statthaft, daß die als Prämie zugeteilten Produktionsmittel dem Landwirt nicht die Möglichkeit geben, zum Kulaken zu werden.[284]

Geschrieben am 27. Dezember 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

AN N. N. KRESTINSKI FÜR DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)

An Gen. Krestinski

Ich schlage vor:

1. Kamenew und seiner Kommission[285] (+ Stalin) einen *offiziellen* Auftrag durch das Politbüro zu erteilen und dies *im Protokoll zu vermerken.*

2. Tscherwjakow zu beauftragen, *schnellstens* Entwürfe für einen *ausführlichen* Brief des ZK der KPR über Belorußland und für ein *Dekret* des Rats der Volkskommissare (geheim) zur gleichen Frage auszuarbeiten.[286]

Lenin

Geschrieben am 30. oder 31. Dezember 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DAS VOLKSKOMMISSARIAT FÜR LANDWIRTSCHAFT[287]

Gen. Ossinski wird beauftragt, zusammen mit dem gesamten Kollegium des Volkskommissariats für Landwirtschaft Bestimmungen sowohl über das Volkskommissariat als Ganzes wie auch speziell über die breitere und systematischere Einbeziehung von Landwirtschaftsspezialisten auszuarbeiten und dem Rat der Volkskommissare sowie der nächsten Tagung des Gesamtrussischen ZEK vorzulegen.[288]

Geschrieben am 4. Januar 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER GEORGIEN[289]

zu Punkt 3

1. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten wird beauftragt, den Bruch mit Georgien hinauszuzögern und systematisch konkretes Material über die Verletzung des Abkommens durch Georgien zu sammeln sowie nachdrücklicher zu fordern, daß Gütertransporte nach Armenien durchgelassen werden.

2. Bei der Kaukasusfront ist anzufragen, inwieweit unsere Streitkräfte für den Fall eines unmittelbar oder nahe bevorstehenden Krieges gegen Georgien gerüstet sind; die Formulierung dieser Anfrage, unter Hinweis auf die empörende Dreistigkeit Georgiens, wird einer Kommission übertragen, die aus den Genossen Trotzki, Tschitscherin und Stalin besteht.

3. Dem Revolutionären Kriegsrat der Republik und der Kaukasusfront ist die Direktive zu erteilen, für den Fall der Notwendigkeit eines Krieges gegen Georgien Vorbereitungen zu treffen. Der Oberste Transportrat

beim Rat der Volkskommissare wird beauftragt, dem Rat für Arbeit und Verteidigung in kürzester Frist Bericht zu erstatten über die Möglichkeit verstärkter Truppentransporte nach dem Kaukasus und innerhalb des Kaukasus.[290]

Geschrieben am 26. Januar 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZU DER ERKLÄRUNG VON FUNKTIONÄREN DES ZEKTRAN[291]

Da das Problem völlig klar ist, schlage ich vor, sich auf eine Umfrage bei den ZK-Mitgliedern zu beschränken. Ich schlage folgende Resolution vor:

„So kurz vor dem Kongreß (sowohl dem Kongreß des Zektran als auch dem Parteitag der KPR) ist eine Entbindung von der Arbeit absolut unmöglich und unzulässig. Das ZK wird die geringste Äußerung von ‚Hetze', d. h. einer für die Sache des Transportwesens schädlichen Polemik, die in Angriffe *übergeht, welche die Disziplin untergraben,* streng bestrafen, und es bittet, ihm derartige Fälle zur Kenntnis zu bringen."

31. I. *Lenin*

Geschrieben am 31. Januar 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ROHENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ERDÖLKONZESSIONEN

1. Im Prinzip billigen (*sowohl* in Grosny *als auch* in Baku) und Verhandlungen aufnehmen . . .

2. Eine hochqualifizierte Expertenkommission nach Baku und Grosny entsenden und von ihr kurzfristig einen Bericht verlangen.

1. Gubkin
2. Tichwinski.[292]

Geschrieben am 1. Februar 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KONTROLLE DER DURCHFÜHRUNG DER BESCHLÜSSE UND AUFTRÄGE DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG UND DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE DURCH DIE VOLKSKOMMISSARIATE

Der Kleine Rat wird beauftragt, der Kontrolle, wie die Volkskommissariate die Beschlüsse und Aufträge des Rats für Arbeit und Verteidigung und des Rats der Volkskommissare tatsächlich durchführen, mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um in praktischer oder prinzipieller Hinsicht besonders wichtige Fragen dem Großen Rat vorlegen zu können.[293]

Geschrieben am 1. Februar 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE UND ERGÄNZUNGEN ZU DEM BESCHLUSS DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DEN KAMPF GEGEN DIE BRENNSTOFFKRISE[294]

1. eine *zeitweilige* Kommission
2. Verstärkung und Koordinierung der Arbeiten
3. alle Mitglieder dieser Kommission von jeder Arbeit, die nichts mit Brennstoff zu tun hat, freistellen.
4. Innerhalb von zwei Tagen ein Formular für eine kurze Berichterstattung ausarbeiten und es am Montag* dem Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung zur Bestätigung vorlegen; die Angaben sollen über folgende Fragen Auskunft geben:
   α) Beschaffung
   β) Abtransport
   γ) Flößerei
   δ) Verladung
   ε) Ankunft

Geschrieben am 11. Februar 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN IMPORTPLAN[295]

1. Der Rat der Volkskommissare bestätigt den ihm vorgelegten Importplan nicht, da derselbe um mindestens das Fünffache zu hoch ist.**

2. Der Rat der Volkskommissare beauftragt den Rat für Arbeit und

* Gemeint ist der 14. Februar 1921. *Die Red.*

** Punkt 1 wurde von W. I. Lenin im Manuskript gestrichen und darübergeschrieben: „Krassins". *Die Red.*

Verteidigung, unverzüglich unter Einbeziehung von Experten eine allgemeine Plankommission zu bilden und sie (oder eine Unterkommission von ihr) zu beauftragen, diesen Plan zu reduzieren und ihn von dem Standpunkt aus zu überprüfen, inwieweit die zu kaufenden Waren unter unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen praktisch verwendbar sind. Endgültige Bestätigung durch den Rat für Arbeit und Verteidigung.

3. Bis zur Überprüfung dieses Plans ist das Volkskommissariat für Außenhandel nicht berechtigt, $^1/_5$ des vorliegenden Plans – das betrifft jeden einzelnen der 71 Hauptposten – zu überschreiten; für die Militärbehörde $^1/_{10}$; unter der unabdingbaren Voraussetzung, daß in erster Linie die Bedürfnisse der brennstoffgewinnenden und der metallurgischen Industrie befriedigt werden. Über Ausnahmen entscheidet der Rat für Arbeit und Verteidigung.

Geschrieben am 15. Februar 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF DES HAUPTPUNKTES DES BESCHLUSSES DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE ALLGEMEINE PLANKOMMISSION[296]

An die Mitglieder des Rats für Arbeit und Verteidigung persönlich von Gen. Lenin

Da ich beabsichtige, morgen (18. II.) im Rat für Arbeit und Verteidigung den Entwurf eines Beschlusses über die allgemeine Plankommission einzubringen, lege ich – zur Kenntnisnahme – den Entwurf des Hauptpunktes des Beschlusses und eine vorläufige Liste der Mitglieder vor (aufgestellt nach einer Beratung mit den Genossen Rykow und Krshishanowski)*. Ich bitte, zu der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung am 18. II. Abänderungsvorschläge oder einen Gegenentwurf vorzubereiten.

* Siehe Lenin-Sammelband XX, S. 24, russ. *Die Red.*

Beim Rat für Arbeit und Verteidigung wird zur Ausarbeitung eines einheitlichen gesamtstaatlichen Wirtschaftsplans auf der Grundlage des vom VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß gebilligten Elektrifizierungsplans sowie zur allgemeinen Kontrolle über die Durchführung dieses Plans eine allgemeine Plankommission gebildet.

Die vorrangigen Wirtschaftsaufgaben und vor allem diejenigen, die in allernächster Zeit, insbesondere im Verlauf des Jahres 1921, zu verwirklichen sind, müssen von der allgemeinen Plankommission oder einer Unterkommission von ihr möglichst detailliert ausgearbeitet werden, wobei die realen Bedingungen der konkreten Wirtschaftslage voll zu berücksichtigen sind.

Geschrieben am 17. Februar 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar.

REDE IN DER VERSAMMLUNG DES PARTEIAKTIVS DER STADT MOSKAU 24. FEBRUAR 1921[297]

Der Charakter der heutigen Aussprache setzt mich etwas in Erstaunen. Mir scheint, jetzt ist nicht der politische Zeitpunkt dazu. Man muß gegen die entstandene Lage, die sich sowohl im Innern als auch in internationaler Beziehung verschlechtert hat, ankämpfen. Der Friedensvertrag mit Polen ist bisher noch nicht abgeschlossen; im Innern haben wir eine Zunahme des Bandenunwesens und Kulakenaufstände. Auf den Gebieten der Lebensmittel- und der Brennstoffversorgung ist eine enorme Verschlechterung eingetreten. Im vergangenen Jahr haben wir im ersten Halbjahr 15 Millionen Pud Getreide verausgabt, im zweiten 8 Millionen; in diesem Jahr haben wir im ersten Halbjahr 25 Millionen Pud verbraucht, und jetzt müssen wir die Ration kürzen; es ist nicht einmal sicher, ob wir wenigstens das regelmäßig werden ausgeben können. Der offenkundige Fehler liegt darin, daß wir im ersten Halbjahr das Getreide falsch verteilt haben; wir hätten den Verbrauch nicht auf 25 Millionen steigern dürfen. Gegenwärtig treffen aus Sibirien keine Transporte ein, da die auf-

ständischen Kulaken die Eisenbahnlinie unterbrochen haben. Unsere sibirischen Genossen haben von der Möglichkeit eines Kulakenaufstands gesprochen, aber es ist sehr schwierig, sein Ausmaß zu bestimmen. Das ist kein Krieg, in dem man die Kräfte berechnen kann. Die sibirische Bauernschaft hat sich noch nicht an die Lasten gewöhnt, obgleich sie weniger zu tragen hat als die Bauernschaft des Europäischen Rußlands, und so kam es, daß die Verbindung mit Sibirien unterbrochen wurde und die Transporte aufhörten. In der Zeit vom 1. bis etwa zum 10. März wird es in der Lebensmittelversorgung keine Besserung geben. Reserven haben wir nicht zurückbehalten. Jetzt muß alles darauf gerichtet werden standzuhalten, die gegenwärtige Lage mit größter Festigkeit zu ertragen. Was die Transporte aus dem Kaukasus betrifft, so gibt es hier eine gewisse Besserung, aber es ist auch möglich, daß die Lage wieder schlechter wird. Offensichtlich ist der Aufstand in Armenien im Abklingen[298], aber die Transporte aus dem Kaukasus können uns keinesfalls die fehlenden Transporte aus Sibirien ersetzen, wenn auch im Hinblick auf die Südostbahn die größten Anstrengungen unternommen werden, um die Verluste wettzumachen. Die Nachrichten sind traurig, aber da ist nichts zu machen.

Im Bandenunwesen ist der Einfluß der Sozialrevolutionäre zu spüren. Ihre Hauptkräfte sind im Ausland; sie träumen in jedem Frühjahr davon, die Sowjetmacht zu stürzen. Neulich schrieb Tschernow darüber in einer im Ausland erscheinenden russischen Zeitung. Die Sozialrevolutionäre stehen mit den hiesigen Brandstiftern in Verbindung. Diese Verbindung wird auch daraus ersichtlich, daß die Aufstände gerade in den Gebieten ausbrechen, aus denen wir Getreide beziehen. Die Ablieferungspflicht durchzusetzen war unvorstellbar schwer. In Sibirien gibt es die Ablieferungspflicht ebenfalls, aber dort liegen noch Reserven aus vergangenen Jahren.

Die Verschlechterung hat sich auch auf die Brennstofflage ausgedehnt. Hierzu gibt es keine exakten Zahlen, es ist nicht möglich, eine klare Bilanz zu ziehen, und es ist auch nicht möglich, eindeutig die Ursachen für die Brennstoffkrise zu nennen.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß eine allgemeine Unzufriedenheit besteht. Diese Unzufriedenheit muß von unten her abgefangen werden; wenn das über die Sowjetbehörden nicht rasch möglich ist, dann direkt über die Organe der Partei.

Neben Hinweisen auf Bürokratismus gibt es auch Fehler im Plan. Der Plan muß sofort bei seiner Aufstellung überprüft werden, er muß in der Presse und in Versammlungen erörtert werden. Wir sind gezwungen, Betriebe stillzulegen, und untergraben dadurch die Arbeit sogar solcher Fabriken, die über Brennstoff verfügen. Was ist los? Es ist klar, daß der Plan außer Fehlern Dinge enthält, die als Material für einen Gerichtsprozeß dienen können. Es gilt, das proletarische Element in die Institutionen hineinzubringen.

Es steht außer Zweifel, daß wir vor Ende der Flößsaison aus der Brennstoffkrise nicht herauskommen werden. Man muß, soweit wie möglich, den Schlittentransport nutzen, und man muß auch das Flößen gut nutzen. Die Brennstoffkrise hat sich auch auf die Textilbetriebe ausgewirkt, und sie sind nicht einmal in der Lage, das Minimalprogramm zu erfüllen.

Das sind die Schwierigkeiten, die sich aus dem Bandenunwesen und aus der Unterbrechung der Eisenbahnverbindung nach Sibirien ergeben haben. In seiner Mitteilung spricht Smirnow[299] davon, daß sie dort mit dem Bandenunwesen sicher fertig werden, aber nicht dafür einstehen können, daß die Getreidezufuhr besser wird. Deshalb sollte man sich nicht des langen und breiten über die allgemeine Lage auslassen, sondern muß alle Anstrengungen darauf konzentrieren, aus dieser Lage herauszukommen.

Einige Worte über die Situation in der Moskauer Organisation. Einige Genossen geben die Schuld an dem Gezänk der Mehrheit des Moskauer Komitees. Wenn die Minderheit unzufrieden ist, kann sie beim ZK gegen den Beschluß der Konferenz Beschwerde einlegen. Ich weiß nicht, wie das ZK diese Frage entscheiden wird, aber nach meiner persönlichen Meinung liegt die Schuld bei der Minderheit. Die Resolution der Gesamtrussischen Konferenz besagt, daß die Meinung der Minderheit berücksichtigt werden muß, daß eine Erörterung und Diskussion innerhalb der Partei stattfinden muß.[300] Im November wurden in der Gouvernementskonferenz auf dieser Grundlage die Wahlen für das Moskauer Komitee durchgeführt.[301] Es wurde das System der zwei Sitzungssäle angewandt, was schon einen Riß darstellt; aber es ist ausgeschlossen, solche Dinge weiterhin zu dulden. Wir haben die Kritik nicht um der Kritik willen zugelassen, sondern um richtige Beschlüsse zu fassen. Moskau hat, was Diskussionen anbetrifft, einen Rekord aufgestellt. Im November sprach man von einer falschen Linie des Moskauer Komitees, und dafür waren 120 Stimmen. Während

der Diskussion, als jeder seine Plattform verkündete, waren schon weniger gegen das Moskauer Komitee. Was ist das für eine Demokratie, wenn die Konferenz das Moskauer Komitee nicht wählen kann? Nach dreimonatiger Diskussion fällt die Schuld an dem Gezänk auf diejenigen, die unzufrieden sind. Natürlich besteht das formelle Recht, gegen einen Beschluß Beschwerde einzulegen, aber Pflicht von Revolutionären ist es, sich in schwierigen Momenten zusammenzuschließen, und nicht, das formelle Beschwerderecht zu mißbrauchen.

In den 67 im Ausland erscheinenden russischen Zeitungen lesen wir, daß die Sozialrevolutionäre und andere darauf spekulieren, die Parteilosenkonferenzen im Frühjahr zu dem Versuch auszunutzen, uns zu stürzen. Und in einer solchen Situation wird gesagt: wir erheben Beschwerde gegen den Konferenzbeschluß. Man muß verstehen, zu welchem Zweck, wann und in welchem Maß man Beschwerde einlegen kann. Wir haben allen die Möglichkeit gegeben, sich auszusprechen, haben die Diskussion durchgeführt – und der Parteitag wird entscheiden, jetzt aber stehen wir auf Kampfposten. Man muß sich zusammenschließen und begreifen, daß wir, wenn wir in der Diskussion noch einen Schritt weitergehen, keine Partei mehr sind. Ohne im geringsten das Recht auf Beschwerde zu bestreiten, sage ich, daß wir auch ohne Diskussionen unsere Pflicht erfüllt haben und daß wir sie auch jetzt kennen müssen. In alle Organisationen von Parteilosen müssen Kommunisten entsandt werden, um diese schwere Lage zu erläutern.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 42.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

NOTIZEN ZUR FRAGE DER MOBILISIERUNG DER ROHSTOFFRESERVEN[302]

Sitzung am 26. II. 1921

	Rohstoff				
	war		*1920*	eingebracht wurde	
Faser					
Baumwolle	725 Tausend Desj.		100 Tausend Desj.	12 Mill. Pud	bis 22
Flachs	1,1 „		0,3 „	25,6 „ „	
Hanf	485 „		238 „	20 „ „	
Wolle				6 „ „	(5)

	1920	eingebracht 1920
Faser		
Baumwolle	1,5 Mill. Pud	0,9 Mill. Pud
Flachs	2,9 „ „	2,0 „ „
Hanf	4,5 „ „	1,3 „ „
Wolle	2,5 „ „	1,5 „ „

Leder unbekannt . . . *wurde?* 28,5 Mill. Pud Pflichtablieferung 1920–1921
8,8 (30%) bis zum 1. II. 1921 aufgebracht

Rauchwerk 40 Mill. Felle – 17,5 Pflichtablieferung (Auflage)
(70% in Sibirien aufgebracht
30% davon die Nomaden) – 0,6 aufgebracht (= 4%)

Im Sept. 1920 dem Volkskommissariat für Ernährungswesen übergeben, das die Sache gefährdet, weil es nicht versteht, den Warenaustausch mit den Nomaden in Gang zu bringen.

	Erforderlich:
Baumwolle	20–24 Mill. Pud
Wolle	5 „ „
Flachs	12 „ „
Hanf	15 „ „

Σ = 56 Mill. Pud insgesamt Textilrohstoffe
Σ = 56 Mill. Pud

21% unseres Bedarfs können durch die Ernte gedeckt werden

Vorrat 14,8 Mill. Pud in den Lagern (jetzt II. 1921)

Maßnahmen (remedies):

1. freier örtlicher Austausch von Getreide gegen Flachs usw.;
2. ein Ablieferungsprinzip, das die Landwirte anspornt, mehr einzubringen;
3. verbieten, daß Samen von Faserpflanzen zu Öl verarbeitet werden (ist gegenwärtig verboten);
4. zur Erweiterung der Anbaufläche Saatgut bei der Bevölkerung einziehen { ihr einen bestimmten Teil der Ernte garantieren;
5. Prämien für bessere Verarbeitung;
6. ((organisatorische Maßnahme)) die breitesten Massen der Bevölkerung zur Verbesserung der Rohstoffe heranziehen (Artels, *Genossenschaften* u. dgl. m.);
7. rohstoffverarbeitende Kleinstbetriebe fördern.
   Wolle:
8. die Kirgisen prämieren, wenigstens mit einem Arschin Textilien für 1 Pud Wolle

{ am 1. X. 1920 dem Volkskommissariat für Ernährungswesen übergeben, es hat nichts unternommen. }*

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. *Nach dem Manuskript.*

---

* An den Rand des Manuskripts schrieb Lenin mit Bleistift die Bemerkung: „Betr. Rohstoff mir im Rat der Volkskommissare vorlegen, wenn diese Frage auf der Tagesordnung steht." *Die Red.*

BESCHLUSS DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE VERBESSERUNG DER ARBEITERVERSORGUNG[303]

28. II. 1921

Der Rat für Arbeit und Verteidigung beschließt, unverzüglich außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, um die notleidenden Arbeiter besser mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern zu versorgen. Zu diesem Zweck wird ein Fonds von etwa *zehn* Millionen *Gold*rubel bewilligt und eine Delegation ins Ausland gesandt, um sofort die entsprechenden Artikel einzukaufen. Dieser Delegation sollen Vertreter des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften angehören.

Der Vorsitzende des Rats für Arbeit und Verteidigung
W. Uljanow (Lenin)

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. — *Nach dem Manuskript.*

PLAN EINES BRIEFES AN DIE BAKUER GENOSSEN[304]

Vertraulich

Brief an die Bakuer Genossen
(Zur Frage der Konzessionen)

Vorläufiger Plan:

1. Es beginnen sich Meinungsverschiedenheiten in einer äußerst wichtigen Frage abzuzeichnen. (*Beschluß des Rats der Volkskommissare*. 1921, sein Wortlaut.)
2. Konzessionen in Baku? Beispiel und Angelpunkt aller Meinungsverschiedenheiten, ihr „Brennpunkt".

3–8. Gegenargumente *(A 1 – a 6)*.
+ 8 bis.
9. Ihre Analyse und Widerlegung.

10. Das ökonomische Wesen der Frage.
11. Ein gewaltiger politischer Fehler.
12. Der prinzipielle Kern der Frage.
13. Mustervertrag.
14. Schlußfolgerungen.

N B

a I Die Hauptstadien der Haupt-
II „argumente" (und der Haupt-
III fehler) des Gegners
IV der „Rückzug" des Gegners
V die „Schützenlinie, hinter der sich
VI das Vorurteil zu verbergen trachtet"

3. (a I) „Sie wollen nicht für Kapitalisten arbeiten, wenn die Arbeiter nebenan für sich selbst arbeiten."
4. (a II) „Hinter Krassin steht Bogdatjan."

Krassin: was ist der prinzipielle Inhalt der Streitigkeiten über die Person Krassins? Einfach ein „bürgerlicher Spezialist"!

Betrug der Spezialisten

(Frage nach der Bedeutung der Spezialisten und der Beziehungen zu ihnen.)

4 a. Ein „bürgerlicher Spezialist"? Hinaus mit ihm!
Man muß verstehen, den „bürgerlichen Spezialisten" auszunutzen, ihn auszufragen, begreifen lernen, worin seine „Stärke" liegt.

4 **b.** „Wohlmeinende kommunistische Musikanten", von denen keiner singen kann, doch rührn sie keinen Branntwein an*.

5. (a III) „Der Privatkapitalismus ist ein Räuber, nur die Staatsmacht (Nationalisierung) ist *fähig*, die Sache rationell zu organisieren."

6. (a IV) „Es ist nicht bewiesen, daß wir die Ausrüstungen nicht selbst beschaffen können"
(= wir schaffen es allein).

---

* Nach I. A. Krylows Fabel „Musikanten". *Die Red.*

7. (a V) Man wird die Ausländer nicht richtig kontrollieren können.
8. (a VI) *Unsere* Spezialisten sagen: „problematisch"
   (was ist problematisch und worüber muß man *verstehen*, den Spezialisten auszufragen).

8 bis (a VII) { *B a k u* : Katastrophe. / *G r o s n y*. Variante. }

$^1/_4$ der Erdölfelder, die Ausrüstungen usw. – „**H i n t e r l a n d**" des fortgeschrittenen Kapitalismus.

10. Die ökonomische Frage: steht der fortgeschrittene Kapitalismus in Technik und Organisation gegenwärtig höher als wir?

10 a. Können wir uns jetzt die Aufgabe stellen, es allein zu schaffen, oder ist das linke Kinderei oder törichter Doktrinarismus?

10 *b.* Muß die Aufgabe jetzt nicht unbedingt so gestellt werden: angesichts der riesigen Gefahr, daß die Sowjetmacht infolge der ökonomischen Zerrüttung und Rückständigkeit ein Fiasko erleidet, angesichts der Gefahr *zurückzubleiben, nicht aufzuholen,* kann die Aufgabe nur so gestellt werden: *mit Hilfe* eines Bündnisses mit dem ausländischen Kapital *einholen.*

„Wenn $^1/_4$ abgegeben wird, auf $^2/_4$ nicht zurückbleiben" – das ist das *I d e a l*, das wir in einem Jahr nicht erreichen werden, aber wenn wir es in 5 Jahren erreichen, dann ist das ein großer Sieg.

Das ist eine sachliche, nicht kindische Fragestellung.

11. Warum ergibt Σ einen gewaltigen *politischen* Fehler? Eine falsche Einschätzung der Perspektiven, der *Klassenverhältnisse* sowohl in Rußland (Proletariat, Bauern, Bourgeoisie) als auch in der **ganzen Welt.**

12. Die ökonomische Bedeutung = (α) Block mit dem *fortgeschrittenen Staats*kapitalismus gegen das *kleinbürgerliche* und *r ü c k s t ä n d i g e* Element = (β) Block mit einem *imperialistischen* Trust gegen einen anderen.

„Unmöglich unter Kontrolle zu halten"? Für wen? Für die zaristischen und bürgerlichen Beamten? Für uns.

$^1/_4$ abgeben? Das Ideal zum Lernen. $^1/_4$ abgeben, auf $^2/_4$ einholen ($^3/_4$ sind ein unerreichbares Ideal). Dann ist in 30 Jahren (mittlere Konzessionsdauer) der friedliche Sieg garantiert, aber

wahrscheinlich werden wir in 15 Jahren zurückkaufen.

Etwa:

13. § 1. Einhaltung der wissenschaftlich-technischen Regeln des letzten Worts der Technik.

§ 2. Einfuhr von Getreide, Kleidung u. a. Konsumgütern (für die Arbeiter „ihrer" Betriebe).

§ 3. Einfuhr von Ausrüstungen.

§ 4. Jede Einfuhr aus dem Ausland (§ 2 und § 3) bringt uns $1/4$–$1/3$ des gleichen Erzeugnisses. (Von 3 „Kisten" fällt eine für uns ab.)

§ 5. Wir geben ein Minimum (beispielsweise Wald) und gegen besondere Bezahlung.

§ 6. Unsere Gesetze sind bindend.

§ 7. Wir geben „ihm" 50–75% Erdöl.

§ 8. Wir können unsere Arbeiter und Spezialisten der Reihe nach besser verpflegen.

§ 9. Wir lernen ernsthaft und schreien nicht: „Uns kann keiner!"

14. Müssen wir uns **bemühen,** solche Konzessionäre zu solchen Bedingungen zu finden?
Das ist die einzig richtige Fragestellung.

Geschrieben in der zweiten Februarhälfte 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

NOTIZEN ÜBER DIE ELEKTRIFIZIERUNG

1

Bedeutung der Elektrifizierung

1. Moderne Technik.
2. Wiederherstellung der Produktivkräfte. Ihre Entwicklung.
3. Zentralisierung – maximum.
4. Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung.
5. Der allgemeine und einheitliche Plan: Zentralisierung der Aufmerksamkeit und der Kraft des Volkes.

6. Hebung der Kultur (der Werktätigen).
7. Nicht nur Elementarbildung.

2

Zur Elektrifizierung

1. Dekret über die Bestätigung des Plans ...
2. Mobilisierung der technischen Kräfte.

Konzentration der Kräfte, sowohl der elektrotechnischen Kräfte als auch der Arbeiter.

Ausnutzung der Kraftwerke.

Agitation und Propaganda.

Vermittlung theoretischer und praktischer Kenntnisse über die Elektrizität.

3. Dekret über die GOELRO.
4. Dekret über die Wissenschaftlich-technische Abteilung ...
5. Dekret über den Gesamtrussischen Kongreß für Elektrotechnik.
6. Petrograd. Kohle aus dem Ausland über Murmansk.

Geschrieben im Februar 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht: Das erste Dokument 1942 im Lenin-Sammelband XXXIV; das zweite 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach den Manuskripten.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DAS OBLIGATORISCHE MINIMUM DES AN DEN HOCHSCHULEN ZU VERMITTELNDEN WISSENSSTOFFES[305]

Man muß auf Grund der Resolution des 8. Gesamtrussischen Sowjetkongresses hinzufügen

Plan der Elektrifizierung,
seine ökonomischen Grundlagen,
ökonomische Geographie Rußlands,
Bedeutung des Plans und Bedingungen für seine Verwirklichung.

Lenin

Geschrieben am 5. März 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

X. PARTEITAG DER KPR(B)

8.–16. März 1921[306]

1
REDEDISPOSITION FÜR DIE BERATUNG DER ANHÄNGER DER „PLATTFORM DER ZEHN"[307]

1. Die (bürokratischen) Spitzen in der „Arbeiteropposition" . . .
2. die einfachen Mitglieder, die wirklich mit der Masse, der wirklich proletarischen, verbunden sind . . .
3. entschiedenster ideologischer Kampf gegen die syndikalistische und machaiskische Abweichung[308] (der Spitze) der „Arbeiteropposition"
4. Beschluß des Parteitags, der die syndikalistische, anarchistische, machaiskische Abweichung der „Arbeiteropposition" prinzipiell verurteilt
5. Beschluß des Parteitags (durch namentliche Abstimmung) gegen die Beibehaltung der Fraktion bzw. gegen Spuren fraktioneller Tätigkeit
6. Maßregeln – – Parteiausschluß und Überführung in den Stand von Kandidaten des ZK ((auf Beschluß des ZK + der Kontrollkommission + alle Kandidaten + $^2/_3$??))[309]
7. in das ZK wirklich proletarische Elemente aufnehmen
8. **eindringen,** erforschen, prüfen, erkunden . . .
9. **sofort** mehrere Redner bestimmen, die (auf dem Parteitag) diese Linie vertreten

10. Büro der „Plattform der Zehn“ . . . *w ä h l e n*
11. Resolution zum Bericht des ZK (α) über eine festere Einheit und Disziplin überhaupt, auch im ZK; (β) über weniger Bürokratismus im Orgbüro
12. nächste Beratung am Tage des Eintreffens der Petrograder (auch Sinowjews) (oder am darauffolgenden Tag)

\+ 13. Beschluß des Parteitags zur *Berichterstattung* über den Parteitag in der Presse: die fraktionellen Streitigkeiten mildern, die Einheit demonstrieren.

Geschrieben im März 1921, nicht später als am 9.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

2
BEMERKUNG ZUM ABÄNDERUNGSANTRAG RAFAÏLS (R. B. FARBMANS) ZUR RESOLUTION ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI 16. MÄRZ[310]

Mir scheint, diesen Abänderungsantrag sollten wir nicht annehmen. Als die Diskussion bei uns begann, haben wir die Abgrenzung in der „Prawda“ nicht durchgehalten – politische Artikel vermengten sich mit Diskussionsartikeln. Wir sprechen hier in unserer Resolution nicht ultimativ, sondern betonen, daß das nicht in die Presse hineingehört.

Zum erstenmal veröffentlicht 1921 in dem Buch „Zehnter Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands. Stenografischer Bericht (8.–16. März 1921)“, Moskau.

Nach dem Text des Buches, verglichen mit dem Stenogramm.

3

BEMERKUNG ZUM DISKUSSIONSBEITRAG KISSELJOWS ZUR RESOLUTION ÜBER DIE EINHEIT DER PARTEI 16. MÄRZ[311]

Genossen, es tut mir sehr leid, daß ich den Ausdruck „Maschinengewehr" gebraucht habe, und ich gebe das feierliche Versprechen ab, derartige Wörter in Zukunft auch bildlich nicht mehr zu gebrauchen, denn sie jagen den Leuten nur unnützen Schrecken ein, und danach kann man nicht mehr verstehen, was sie eigentlich wollen. (Beifall.) Niemand hat die Absicht, mit irgendeinem Maschinengewehr auf irgend jemand zu schießen, und wir sind fest davon überzeugt, daß weder Gen. Kisseljow noch jemand anders in die Lage kommt, schießen zu müssen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 in dem Buch „Zehnter Parteitag der KPR(B). März 1921", Moskau.

Nach dem Text des Buches, verglichen mit dem Stenogramm.

4

BEMERKUNG ZUM ABÄNDERUNGSANTRAG MARTSCHENKOS ZUR RESOLUTION ÜBER DIE ANARCHISTISCHE UND SYNDIKALISTISCHE ABWEICHUNG 16. MÄRZ[312]

Das im Namen des Parteitags zu sagen, hieße in bezug auf Verbote zu weit gehen. Ich schlage vor, diesen Abänderungsantrag nicht anzunehmen, wobei ich natürlich dem ZK nicht das Recht abspreche, Empfehlungen zu geben und nötigenfalls alles in Sammelbänden des ZK zu konzentrieren; aber im Namen des Parteitags strikt zu verbieten, lokale Sammelbände herauszugeben, geht, meine ich, zu weit.

Zum erstenmal veröffentlicht 1921 in dem Buch „Zehnter Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands. Stenografischer Bericht (8.–16. März 1921)", Moskau.

Nach dem Text des Buches, verglichen mit dem Stenogramm.

ANTRAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES GESAMTRUSSISCHEN ZEK ÜBER DIE ABSCHAFFUNG DER GELDSTEUERN

Ich beantrage, die Frage *abzusetzen* (wegen der *Einführung* der Naturalsteuer *und der bevorstehenden Einführung* der Silberwährung).[313]

16. III. *Lenin*

Geschrieben am 16. März 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE BESCHAFFUNGSAKTIONEN IM GOUVERNEMENT TAMBOW

19. III.

Als Umfrage an die Mitglieder des **Politbüros**

In Abänderung des ZK-Beschlusses über die vollständige Einstellung der Beschaffungsaktionen im Gouvernement Tambow wird beschlossen:

im Gouvernement Tambow ist die Beschaffung nur von Rauhfutter und nur für den Bedarf der dort gegen die örtlichen Banditen eingesetzten Truppen zu gestatten.[314]

Lenin

Geschrieben am 19. März 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

SITZUNG DER KOMMUNISTISCHEN FRAKTION DES GESAMTRUSSISCHEN ZENTRALRATS DER GEWERKSCHAFTEN

11. April 1921[315]

1
ERWIDERUNG WÄHREND DER DISKUSSION

Wir haben soeben die überaus diplomatischen Reden der Genossen Schljapnikow und Rjasanow gehört, die jetzt zwar lauthals, aber doch derart diplomatisch protestieren, daß sie für Verhandlungen mit Konzessionären und mit bürgerlichen Staaten bestens geeignet wären. Hier in dieser Sitzung haben Sie meinen Bericht über die Meinungsverschiedenheiten angehört, die im ZK und im Rat der Volkskommissare aufgetreten sind. Sie zeigen sich auch hier in der Diskussion ... Im Ergebnis der Meinungsverschiedenheiten wurde vom X. Parteitag ein Beschluß gefaßt, der besagt: „Das Dekret des Rats der Volkskommissare wird gebilligt, und in Baku und Grosny sind Konzessionen zu erteilen." Hier wollen wir diese Frage gründlich diskutieren, deshalb möchte ich bitten, den Antrag Schljapnikows und Rjasanows abzulehnen und es ihrer Wißbegier, um nicht zu sagen Neugier, zu überlassen, sich mit dem Ausgang der nun folgenden Diskussion zufriedenzugeben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. — *Nach dem Stenogramm.*

2
SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE KONZESSIONEN

Genossen! Hier wurde ganz zu Anfang die Frage gestellt, ob unsere Meinungsverschiedenheiten über die Konzessionen groß sind, und es wurde der Wunsch geäußert, unter anderem von Gen. Schljapnikow, daß

die Genossen über jeden Vertrag ganz systematisch unterrichtet werden. Ich fürchte, daß das nicht geht, einfach aus technischen Gründen. Was beispielsweise die Friedensverträge mit den einzelnen Staaten betrifft, so wurde bei uns so verfahren, daß nach Ausarbeitung allgemeiner Direktiven, die anfangs äußerst detailliert erfolgte, ein bestimmter Typ eines Friedensvertrags mit bürgerlichen Ländern stillschweigend angenommen wurde, während die Unmasse von Details den Vertretern übertragen wurde, die den Auftrag erhielten, den Vertrag zu unterzeichnen. Und die übergroße Mehrheit dieser Details ist den meisten Mitgliedern des Rats der Volkskommissare und des ZK wahrscheinlich gar nicht bekannt. So auch hier: Uns beschäftigte die prinzipielle Frage, und uns schien die Gefahr zu bestehen, daß Meinungsverschiedenheiten auftauchen. Deshalb mußte sich der Parteitag einmischen, deshalb war auch die heutige Versammlung, an der nur Parteimitglieder teilnehmen, eine Versammlung zur gegenseitigen Information. Wir haben Ihnen verlesen, was der Rat der Volkskommissare angenommen hat.[316]

Der vom Rat der Volkskommissare gefaßte Beschluß wurde gegen den Antrag zweier sehr bekannter Gewerkschaftsfunktionäre angenommen. Wie kann sich die Mehrheit der Mitglieder der kommunistischen Fraktion informieren, außer auf einer solchen Versammlung wie der gegenwärtigen? Es ergibt sich, daß weniger Meinungsverschiedenheiten bestanden, als wir annahmen. Etwas Besseres konnten wir uns gar nicht wünschen. Ein Protokoll dieser Versammlung wird nicht geführt, und wir beabsichtigen nicht, über sie in der Presse zu diskutieren. Das Ziel ist erreicht.

Wir informieren Sie über den Beschluß des Rats der Volkskommissare, und so können Sie sich eine Vorstellung machen, wie der Beschluß des Parteitags von uns angenommen wurde. Die noch verbliebenen Meinungsverschiedenheiten sind nicht größer als diejenigen, die in der laufenden Arbeit zu den verschiedensten Fragen auftauchen und durch einfache Abstimmung entschieden werden, ohne daß sie zu einem Hemmnis für die Arbeit werden. Wir haben dann nicht nur eine formale Unterordnung unter die Mehrheit, sondern eine solche, die später nicht die Arbeit behindert. Mir scheint, das Ergebnis, das wir hier erzielt haben, ist, daß keinerlei ernste Meinungsverschiedenheiten aufgetreten sind, Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen aber werden im Prozeß der Arbeit überwunden.

Gen. Rjasanow versuchte, schon auf Grund seiner Eigenart, die Meinungsverschiedenheiten mit der Arbeiteropposition in die Sache hineinzuziehen. Er hat absichtlich eine Formulierung gewählt, die jemanden provozieren sollte, aber das ist ihm nicht gelungen, und keiner der Redner ist darauf eingegangen.

Ein Genosse hat in seiner Anfrage geschrieben, daß wir hier einen zweiten Brester Vertrag schließen. Der erste war erfolgreich, was den zweiten betrifft, so habe er Zweifel. Zum Teil ist das richtig, aber der jetzige Vertrag ist auf dem Gebiet der Wirtschaft so ein Mittelding zwischen dem Brester Vertrag und einem Vertrag mit einem beliebigen bürgerlichen Staat. Wir haben bereits mehrere solcher Verträge unterzeichnet, darunter auch einen Handelsvertrag mit England. Der Vertrag über die Konzessionen wird ein Mittelding zwischen dem Brester Vertrag und solchen Verträgen mit bürgerlichen Staaten sein.

Dann machte Gen. Rjasanow eine völlig richtige Bemerkung, die ich von Anfang an unterstreichen möchte. Er sagte: Wenn wir Konzessionen abschließen wollen, dann nicht zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern zur Hebung der Produktivkräfte. Vollkommen richtig! Verzichten werden wir in keinem Fall auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter. Mir liegt der von Mitarbeitern des Volkswirtschaftsrats ausgearbeitete Entwurf eines Vertrages mit der Gesellschaft schwedischer Kugellagerwerke[317] vor. (L i e s t.)

Dieser Vertrag enthält keine Verpflichtung, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Zwar ist er so aufgebaut, daß die russische Regierung es übernimmt, die Arbeiter mit allem Notwendigen zu versorgen, und wenn sie dem nicht nachkommt, dann erhalten die Kapitalisten das Recht, Arbeiter aus dem Ausland zu holen. Darüber, daß die russische Regierung alles, was den Arbeitern auf Grund der Pläne zukommt, zu erfüllen in der Lage ist, kann es meiner Meinung nach weder bei uns noch im Volkswirtschaftsrat noch bei den Schweden Illusionen geben. Aber auf jeden Fall hat Gen. Rjasanow hier völlig recht, denn das Grundlegende bei den Konzessionen ist nicht die Verbesserung der Lage der Arbeiter, sondern die Hebung der Produktivkräfte und ein solches Abkommen, bei dem wir zwecks Vergrößerung der Produktenmenge große Opfer bringen müssen. Aber worin bestehen diese Opfer? Man sagte mir, daß ich diese Opfer beschönige oder verkleinere. Besonders Gen. Rjasanow versuchte, darüber

zu witzeln. Ich habe diese Opfer nicht verkleinert, sondern gesagt, daß wir den Kapitalisten vielleicht nicht nur Hunderte, sondern auch Tausende von Prozenten Profit geben müssen. Und das ist der springende Punkt!

Wenn wir, so überlegte ich, auf Grund der Berechnung von Spezialisten, beispielsweise 30–40% Erdöl für uns nehmen, wenn der Kapitalist von 100 Mill. Pud Erdöl, die er fördert, 50–60 Mill. Pud behält und sie – da er über Transportmittel verfügt – mit einem Profit von vielleicht 1000%, vielleicht aber auch noch mehr, verkauft, so ist die Situation klar. Und als ich mit Krassin auf Grund seiner Vorbesprechungen mit den Geschäftsleuten, den Haien, versuchte, die Bedingungen seines Vertrages zu klären, fragte ich ihn: „Kann man sich einen solchen Vertragstyp vorstellen, bei dem wir dem Kapitalisten einen bestimmten Prozentsatz an Profit, etwa an die 80%, einräumen?" Er antwortete: „Es geht nicht um die Höhe des Profits, denn diese Räuber schlagen jetzt nicht 80, sondern 1000% Profit heraus."

Meines Erachtens werden die Opfer außerordentlich groß sein. Wahrscheinlich werden wir schwere Opfer bringen müssen, wenn wir Erz oder Wald in Konzession geben, wenn wir solche Rohstoffe geben, die im Ausland dringend gebraucht werden, wie beispielsweise Manganerz. Georgien ist jetzt sowjetisch geworden. Jetzt geht es um die Vereinigung der Kaukasischen Republiken zu einem einheitlichen Wirtschaftszentrum: Georgien, Aserbaidshan und Armenien. Erdöl fördert Aserbaidshan, es muß über Batum, durch georgisches Territorium, transportiert werden, so daß ein einheitliches Wirtschaftszentrum entstehen wird.

Wir sind darüber informiert, daß die georgische menschewistische Regierung früher einen Konzessionsvertrag abgeschlossen hat, der für uns im allgemeinen annehmbar ist. Ich konnte mich vorläufig nur mit den georgischen Genossen in Verbindung setzen und aus einem Gespräch mit Gen. Jenukidse, Sekretär des Gesamtrussischen ZEK, der selbst Georgier ist und dort war, erfahren, daß er einen Vertrag, allerdings keinen Konzessionsvertrag, mit der menschewistischen Regierung Georgiens abgeschlossen hat, nach dem sie uns widerstandslos $^1/_6$ Georgiens überlassen und wir ihnen die Unantastbarkeit garantieren.[318]

Nach Unterzeichnung dieses Vertrags, der unter Mitwirkung des Gen. Jenukidse zustande gekommen war, haben sie es aber dennoch, ungeachtet

der Garantie der Unantastbarkeit, vorgezogen, von allein aus Batum zu verschwinden und nach Konstantinopel abzuziehen, so daß wir einerseits etwas Positives und anderseits etwas Negatives erreicht haben: wir haben Territorium gewonnen – nicht für Rußland, sondern für Sowjetgeorgien: Batum und Umgebung – und haben eine stattliche Anzahl von Menschewiki verloren, die nach Konstantinopel abgezogen sind.

Es stellt sich heraus, daß das Georgische Revolutionskomitee durchaus bereit ist, eine Konzession auf Kohlengruben, die früher überhaupt nicht ausgebeutet wurden, zu bestätigen, und diese Konzession für überaus wichtig hält. Zwei Vertreter ausländischer Mächte waren in Georgien und reisten zur Zeit des Sowjetumsturzes nicht ab, ein italienischer und ein deutscher; das ist ein außerordentlich bedeutsamer Umstand, da eine Entwicklung der Beziehungen mit diesen Ländern, unter anderem auch mit Hilfe von Konzessionen, wünschenswert ist. Italien besitzt sogar einen Konzessionsvertrag mit Georgien, und was Deutschland betrifft, ist die Lage so, daß einigen deutschen Kapitalisten ein sehr großer Teil der Mangangruben von Tschiaturi gehört. Es geht darum, dieses Eigentumsrecht in Pacht- oder Konzessionsrecht umzuwandeln, d. h. denselben deutschen Kapitalisten die Gruben, die sie als Eigentum besessen haben, zu verpachten. Dank der veränderten politischen Lage im Kaukasus können sich Konzessionsbeziehungen entwickeln. Und für uns ist es wichtig, ein Fenster nach dem anderen aufzustoßen. Der Vertrag mit England[319] ist ein Vertrag zwischen einer sozialistischen Republik und einem bürgerlichen Staat, ein Vertrag, der uns bestimmte Lasten auferlegt hat.

Wir haben dem ersten Staat, mit dem wir einen Vertrag abgeschlossen haben, einen weitaus größeren Teil des Goldfonds zugestanden als den anderen. Aber in der Folge hat sich gezeigt, daß wir mit diesem Vertrag gewissermaßen ein Fenster aufgestoßen haben. Und von diesem Standpunkt aus müssen wir jede Konzession bewerten.

Deutschland und Italien sind durch ihre ökonomische Lage gezwungen, ein Bündnis mit Rußland zu suchen. Für Rußland eröffnet ein Bündnis mit Deutschland, unabhängig davon, ob die Revolution dort bald siegt, riesige wirtschaftliche Perspektiven. Wir können uns auch mit einer bürgerlichen Regierung in Deutschland verständigen, weil der Versailler Vertrag Deutschland in eine unmögliche Lage gebracht hat, ein Bündnis mit Rußland aber völlig andere Möglichkeiten eröffnet. Da Italien keine

eigenen Brennstoffquellen besitzt, hat es den Abbau von Kohle im Kaukasus übernommen, was vor ihnen niemand getan hat. Es wäre kein Wunder, wenn die Deutschen begierig nach Erdölkonzessionen griffen, weil es in Deutschland solchen Brennstoff überhaupt nicht gibt.

Einer der Genossen sagte hier, daß sich die Lage der Arbeiter durch die Konzession auf Kamtschatka nicht verbessern wird. Das stimmt ganz und gar nicht. Und Gen. Rjasanow hat völlig unangebracht gewitzelt, als er behauptete, daß wir mit Vanderlip hereinfallen würden.* Allerdings haben wir einen Fehler gemacht, das war, als wir Harding ein Telegramm schickten. Aber da wir bisher mit Amerika keinerlei Verträge und Verbindungen hatten, kann auch hier von keinem Fehler die Rede sein, und wir haben lediglich gesehen, daß Vanderlip mit seinen Beziehungen zur amerikanischen Regierung geprahlt hat. Jetzt ist es durchaus möglich, daß wir durch die Entsendung unserer Vertreter nach Kanada, wo wir Lokomotiven kaufen wollen, daß wir durch diese Seitentür einen gewissen Zugang auch zum amerikanischen Markt erlangen können.

Die Verhandlungen über die Kamtschatka-Konzessionen leben jetzt wieder auf, und es stimmt ganz und gar nicht, daß durch diese Konzessionen die Lage der Arbeiter nicht verbessert wird. Falls diese Konzessionen zustande kommen, wird sich die Lage der Arbeiter zweifellos verbessern, weil wir einen bestimmten Anteil erhalten werden, wohl 2%, aber solange wir überhaupt nichts haben, sind auch 2% schon etwas. Wenn wir von einer Million 20 000 erhalten und diese für den Austausch mit den Bauern verwenden, so bekommen wir dadurch einen Teil der Lebensmittel, die die Arbeiter so notwendig brauchen.

Weiter möchte ich darauf verweisen, daß einige Bemerkungen, die Sie an uns gerichtet haben, doch zeigen, daß in Kreisen der Gewerkschaft solche Meinungsverschiedenheiten oder, besser gesagt, Mißverständnisse vorhanden sind, die die einzige Gefahr darstellen und die wir unter uns, vielleicht durch weitere Erörterungen unter den Parteimitgliedern, aus der Welt schaffen müssen. Gen. Marschew sagte beispielsweise, daß in bar gezahlt werden müsse, nicht aber mit Gutscheinen. Was die Amsterdamer[320] betrifft, ob sie über uns herfallen werden, darüber müssen wir uns verständigen.

---

* Im Russischen ergibt sich hier ein Wortspiel: Vander*lip* – w*lip*nut = hereinfallen. *Die Red.*

Vor kurzem las ich noch einmal meine Broschüre vom Mai 1918.* Dort zitierte ich die menschewistische Zeitung „Wperjod“[321], in welcher der Menschewik Issuw Anklage gegen die Sowjetmacht erhob, weil sie Konzessionen macht, weil sie Abkommen mit bürgerlichen Staaten trifft. Das ist die wohlbekannte Manier der Menschewiki, uns wegen der Konzessionen Vorwürfe zu machen. Und in Westeuropa haben sich aus diesem Anlaß schon etliche Gruppen herausgebildet. Die Kommunisten begreifen, daß die Konzessionen ein Brester Vertrag sind, den wir abschließen müssen, weil das Land zerstört ist und die bäuerliche Bevölkerung in ihm überwiegt. Jeder begreift, daß eine Wiedergeburt des Landes ohne Großindustrie nicht möglich ist.

Die Kommunisten in Deutschland verstehen, weshalb wir Zugeständnisse machen müssen, aber die Scheidemänner und die Zweieinhalbte Internationale sagen, daß diese Konzessionen ein Beweis für unseren Bankrott sind, und ich entsinne mich, daß ich im vergangenen Jahr in einer Versammlung auf den amerikanischen Chauvinisten Spargo verwies**, der sich in einem ganzen Haufen Bücher über die Bolschewiki im Geiste unseres Alexinski spezialisiert hat, wobei er im Hinblick auf die Konzessionen jubelt und triumphiert. Ich sagte bereits damals, daß das eine völlige Verdrehung ist. Gestern versuchte das internationale Kapital, uns zu erwürgen, heute aber haben wir mit diesem internationalen Kapital eine Reihe von Verträgen.

Wir bringen Opfer, wenn wir dem ausländischen Kapital Millionenwerte an wertvollsten Rohstoffen abgeben, an denen sie Hunderte von Prozenten Profit erraffen können. Das sind Opfer, die wir vollkommen bewußt bringen. Hierbei müssen wir jedoch bemerken, daß wir sie jeden beliebigen Profit herausschlagen lassen, aber gleichzeitig müssen auch wir auf unsere Kosten kommen, d. h. eine Vergrößerung der Produktenmenge und nach Möglichkeit eine Verbesserung der Lage unserer Arbeiter erzielen, sowohl derjenigen, die in den Konzessionsunternehmen beschäftigt sind, als auch derjenigen, die nicht dort beschäftigt sind.

Gen. Schljapnikow hat hier geäußert, daß es gut wäre, russischen Arbeitern Konzessionen zu erteilen. Aber so etwas zu sagen ist lächerlich.

---

* Siehe „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“, Werke, Bd. 27, S. 315–347. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 31, S. 408/409, 426. *Die Red.*

Dann muß Brennstoff usw. garantiert werden, das können wir jedoch nicht einmal bei unseren wichtigsten Schwerpunktbetrieben. Mit dem Brennstoff steht es bei uns schlecht. Ein Konzessionsvertrag mit russischen Arbeitern ist im allgemeinen prinzipiell durchaus zulässig, aber eine solche Lösung kommt für unsere Großindustrie nicht ernsthaft in Frage, weil wir ihnen nichts garantieren können, während ausländische Konzessionäre alles Erforderliche aus dem Ausland einführen können. Darin besteht der Unterschied zu einem Vertrag mit ausländischen Kapitalisten. Sie haben den Weltmarkt, wir haben kein gesichertes ökonomisches Hinterland und müssen *mindestens noch 10 Jahre daransetzen, um es zu schaffen. Das ist* es, was wir nüchtern in Rechnung stellen müssen. Alle, die sich in dieser Frage auskennen, haben uns das nachgewiesen.

Wir wissen, daß der Plan der Elektrifizierung am wirtschaftlichsten ist. Wir können den russischen Arbeitern nicht unsere Großbetriebe in Pacht geben. Hier müssen wir auf die Kleinindustrie setzen, sie entwickeln, und nicht in erster Linie auf unsere mit der Naturalsteuer verbundenen Maßnahmen schimpfen, wie das Gen. Rjasanow oder der Verfasser jener Broschüre tun, in der steht, daß wir anarchosyndikalistische Gesetze durchführen.

Um die Kleinindustrie zu entwickeln, müssen wir einiges unternehmen, denn hier kann man ohne staatliche Garantien sofort etwas erhalten; und da wir nicht einmal unseren wichtigsten Schwerpunktbetrieben Garantien geben können, müssen wir mit aller Kraft die Kleinindustrie entwickeln, sie wird uns wenigstens einiges von dem liefern, was der Bauer braucht.

Was die Frage der Barzahlung oder der Gutscheine betrifft, so sage ich: Das war etwas Schreckliches, als die Kapitalisten die Macht hatten, für uns aber kann das nicht schrecklich sein, denn in unserer Hand sind alle Betriebe, und zur Zeit haben wir den Kapitalisten nicht einmal den zehnten Teil verpachtet. Ich wiederhole, Gutscheine schrecken uns nicht, denn die Kapitalisten werden verpflichtet sein, die Waren zu führen, die wir angeben, nicht nur gesalzenen Fisch, wie hier gesagt wurde, sondern ganz bestimmte Waren. Da wir die Norm eines ausländischen Arbeiters nehmen, so wissen wir, daß er nach der Norm sogar mehr und bessere Produkte erhält als der russische Arbeiter.

Gen. Schljapnikow hat hier gesagt: „Wir haben gesehen, was Konzessionen sind." Sowohl Gen. Schljapnikow als auch sehr viele Praktiker

begehen diesen Fehler. Ich bekam zu hören: „Sie urteilen schematisch über die Konzessionen. Der Kapitalist hat schon immer die erfahrensten russischen Juristen hereingelegt." Natürlich hat er das getan, als der Kapitalist die Staatsmacht und alle Gewalt in Händen hatte. Was war denn die Staatsmacht? Ein Ausschuß für die Angelegenheiten der herrschenden besitzenden Klasse – das war die Staatsmacht. Ein Ausschuß für die Angelegenheiten der Gutsbesitzer und Kapitalisten – das war die kapitalistische Regierung. Aber wenn wir, die wir die Mehrheit der Fabriken, Betriebe und Eisenbahnen besitzen und eine Partei haben, die die Führung ausübt – kommunistische Zellen unten und Kommunisten oben –, wenn wir trotzdem das Unsrige nicht zu verteidigen wissen, dann können wir Selbstmord begehen. Das wäre einfach Panik!

Ich bin aber der Meinung, wie schlecht wir auch sein mögen, von der Art sind wir denn doch nicht, daß wir uns übers Ohr hauen lassen, und wenn wir bisher einige Verträge abgeschlossen haben, bei denen sich die Regierungen Frankreichs und Englands die Dienste erstklassiger bürgerlicher Diplomaten zunutze machten, und wenn man uns unter diesen Bedingungen kein einziges Mal übers Ohr gehauen hat, weshalb sollen wir dann in Panik verfallen und glauben, daß sie uns mit den Gutscheinen betrügen könnten? Denken wir an den Brester Vertrag. Was war an dem Brester Vertrag so schwierig? Worin bestand die Schwierigkeit der Verteidigung? Als man mich fragte, ob ich glaube, daß es uns gelingen würde, die Deutschen hereinzulegen, war ich von Amts wegen verpflichtet zu sagen, daß ich das nicht glaube. Jetzt aber gehört der Brester Vertrag schon der Geschichte an.

Ich weiß nicht, ob die Broschüre erschienen ist, die Gen. Kamenew in Vorbereitung hatte (es handelt sich um Ludendorff), aber ich weiß, daß kein anderer als Ludendorff einen glänzenden Band Erinnerungen geschrieben hat, in dem 10 Seiten den Brester Verhandlungen gewidmet sind. Als Kamenew und ich dieses Kapitel gelesen hatten, sagten wir: Das ist die beste Rechtfertigung des Brester Vertrages. Er erzählt dort, wie sie von Trotzki und den anderen bei den Brester Verhandlungen in die Enge getrieben, wie sie hintergangen wurden usw. Damals waren wir uns sofort einig, daß man diese Seiten übersetzen und mit einem kurzen Vorwort des Gen. Kamenew veröffentlichen muß, und wenn das bis jetzt nicht geschehen ist, so ist das nur ein Beispiel dafür, wie unbeholfen die Sowjet-

macht ist. Weiter, nehmen wir die folgende Tatsache. Bekanntlich wurde Gen. Joffe, unser Botschafter bei der deutschen Regierung, kurz vor Beginn der deutschen Revolution aus Deutschland ausgewiesen. Und nun prophezeien Sie nicht, wer wen übers Ohr hauen wird. Wir werden keine Behauptungen aufstellen, wieviel Tage zwischen dem Abschluß des ersten Konzessionsvertrages und der ersten großen europäischen Revolution liegen werden. Und deshalb meine ich in bezug auf die Verträge, daß die Genossen ganz und gar nicht recht haben. Uns droht da überhaupt keine Gefahr.

In dem Vertrag wird stehen, welche Waren sie führen müssen und zu welchem Preis. Wir können auf alle möglichen Gutscheine und Bezugshefte eingehen. Sollten sie den Vertrag verletzen, so können wir ihn unverzüglich lösen. Der Vertrag ist eine zivilrechtliche Abmachung. Wie das Schiedsgericht aussehen muß und wer einen Streit zu entscheiden hat – mit dieser Frage habe ich mich bis jetzt noch nicht befaßt, aber ich sehe gleich im Rohentwurf des Vertrags mit der schwedischen Gesellschaft nach. Hier heißt es so: Meinungsverschiedenheiten werden entschieden ...

Hier wurden Akademiemitglieder vorgeschickt, die sich bemühen werden, Juristen vorzuschicken. Ich erinnere mich der Worte Bebels, daß die Juristen die reaktionärsten Leute und allesamt bürgerlich sind. Selbstverständlich können wir das in irgendeiner Weise korrigieren, aber schrecklich ist hier überhaupt nichts. Wenn uns die Konzessionäre diese Bedingung stellten, könnten wir sie annehmen. Wenn einmal vertraglich genau festgelegt ist, daß die und die Waren dasein müssen und das Bezugsheft so und so bezahlt wird, dann können wir uns darauf einlassen, und weder die Gutscheine noch die Bezugshefte werden etwas Schreckliches für die sozialistische Republik sein. Weiter wurde gesagt, daß der Punkt 9 aus dem Grunde schlecht sei, weil wir uns vom Internationalen Gewerkschaftsrat[322] lösen. Losowski versuchte, uns damit Angst zu machen, daß die Amsterdamer über uns herfallen werden, aber sie werden sowieso auch an Hand all der anderen Artikel über uns herfallen, und im Endergebnis werden sie, wie es bisher immer war, selbst die Geprügelten sein.

Erinnern Sie sich, wie die Menschewiki uns prügeln wollten, weil wir den Kapitalisten ganz geringe Zugeständnisse machten. Als wir den Kapi-

talismus stürzen wollten, sagten sie, daß wir ihn nur für einige Tage stürzen werden, da nun aber schon mehrere Jahre seit dem Sturz des Kapitalismus vergangen sind, stellen sie uns wieder eine Falle. Sie versuchen, den Gegner an einen solchen Ort zu locken, wo er todsicher Prügel einstecken wird.

Erst nannten sie uns Utopisten, und dann empfehlen sie uns, kopfüber aus der fünften Etage zu springen. Wir wissen, daß wir viele Kleinbetriebe haben. Die Kleineigentümer – das sind unsere Gegner. Dieses Element ist unser gefährlichster Feind. Die Kommissionäre und Pächter sind ein weniger gefährlicher Feind. Die Bürokratie und die bürokratischen Auswüchse sind ebenfalls unsere Feinde.

Zu dem Punkt, von dem Gen. Losowski gesprochen hat, möchte ich folgendes sagen: hören Sie aufmerksam zu. Hier heißt es so: „Die Gewerkschaften sind nicht berechtigt, die Anwendung der russischen Tarifsätze sowie der russischen Einstellungsvorschriften auf solche Arbeiter zu fordern." Hier wird vom russischen Verband gesprochen, mir kommt man aber mit dem internationalen. Natürlich, wenn die Kapitalisten russische Bedingungen sehen, sagen sie, das sind kommunistische Bedingungen, unsinnige Bedingungen, und die russischen Gewerkschaften haben nicht das Recht, russische Einstellungsvorschriften zu fordern, die bestimmt etwas ganz Unmögliches enthalten, aber sie haben durchaus das Recht, internationale Gewerkschaftsverträge anzuwenden. Und das genügt. Nirgends wird hier gesagt, daß Streiks verboten sind. Man muß verstehen, nicht alles vorzeitig zu sagen.

Was die Verbesserung der Lage des russischen Arbeiters betrifft, so sind hier die Genossen Marschew und Tartakowski über uns hergefallen und haben gesagt: Ihr werdet mit den Arbeitern nicht fertig werden und werdet sie nicht bewegen können zu arbeiten, denn wenn ihr $^1/_5$ anständig versorgt, so werden die restlichen $^4/_5$ zu schlechteren Bedingungen nicht arbeiten wollen. Haben wir es wirklich mit derart begriffsstutzigen, unkultivierten und undisziplinierten Arbeitern zu tun? Wenn das so wäre, dann könnte man natürlich in Panik verfallen und Selbstmord begehen. Wenn hundert Arbeiter nicht genug zu essen haben und wir ihnen sagen, daß wir 20 besser versorgen können, mehr aber nicht, sollten sie das wirklich ablehnen? Bisher ist uns das jedoch noch nicht begegnet. Wir haben mit Mühe und Not die Arbeiter bestimmter Industriezweige ver-

sorgt, aber nicht alle, und trotzdem sind aus diesen Betrieben nicht alle Arbeiter weggelaufen wie aus den übrigen. Sollte der russische Arbeiter durch die Fehler der Sowjetmacht tatsächlich derartig demoralisiert sein, daß er sich nicht ausrechnen kann, daß es besser ist, wenigstens 20 zu versorgen, als alle hundert dem Hunger preiszugeben? Hier gibt es so manches, über das man nicht vor der Zeit reden sollte. Warum sollte man es nicht so einrichten können, daß bei den Kapitalisten abwechselnd gearbeitet wird? Die Arbeiter würden 6 Monate lang arbeiten, Berufsbekleidung erhalten und dann den Platz anderen überlassen, damit diese sich für eine Weile sattessen können. Natürlich muß man hier gegen Vorurteile ankämpfen.

Wenn die Konzessionäre zu uns kommen, dann müssen wir unsere Gewerkschaften anhalten, sich zu mäßigen und nicht zuviel zu fordern. Wie Sie wissen, werden die üblichen Verträge kurzfristig abgeschlossen. In Europa gibt es keine langfristigen Vertragsbedingungen. Die übliche Dauer sind 6 Monate. Also können sich die Arbeiter sattessen, Schuhwerk und Kleidung erhalten und dann weggehen und anderen den Platz überlassen.

Ist es wirklich absolut unmöglich, daß wir die Sache so organisieren: ihr habt ein halbes Jahr lang gearbeitet, wurdet anständig verpflegt, habt amerikanische Schuhe und Kleidung erhalten, macht nun den Platz frei für andere? Natürlich wird das schwer sein. Das erfordert größere Organisiertheit und Disziplin, als wir sie bei uns haben, aber es ist nicht unmöglich. Wenn wir während der drei Jahre schrecklicher Hungersnot immer erreicht haben, daß die Arbeiter gegen die Invasion des ausländischen Kapitals standhielten, dann sollten wir das hier nicht fertigbringen? Ich weiß ausgezeichnet, auf welche Schwierigkeiten wir hierbei stoßen werden. Und deshalb sage ich: Konzession bedeutet nicht Beginn eines Klassenfriedens, Konzession ist Fortsetzung des Klassenkrieges.

Früher bestand der Krieg darin: ich werde dich durch den Hunger kriegen, und du bekommst gar nichts; heute heißt es: ich will jedem ein Paar Schuhe geben, aber die Arbeiter müssen ein halbes Jahr lang für mich arbeiten. Und wir werden dafür kämpfen, daß alle Arbeiter Schuhe bekommen. Streik lehnen wir nicht ab, wir behalten das alles in der Hand, wenn wir nur klug sind und uns bemühen, jetzt das hervorzuheben, womit wir die Kapitalisten anlocken können.

Hier wurde gesagt: Es ist ja schrecklich, der Kapitalist wird kommen und uns übers Ohr hauen, ich aber behaupte: Es ist nicht schrecklich, sondern für die Steigerung der Produktivität wünschenswert, daß er kommt, denn er besitzt ein ausgezeichnet organisiertes Hinterland, hervorragend ausgerüstete Werke, bei denen wir bestellen können, was wir brauchen; und wir sind nicht auf den freien Markt angewiesen, denn auf dem freien Markt gibt es nur Plunder. In erstklassigen Betrieben liegen die Aufträge für mehrere Jahre im voraus fest. Selbst wenn wir mit unserem Gold bezahlen wollten, würden wir dennoch nichts bekommen, ein Mitglied des Syndikats aber bekommt alles. Und es tut uns nicht leid, etwas draufzuzahlen, wenn wir nur eine Verbesserung der Lage wenigstens für einen kleinen Teil der Arbeiter und Bauern erreichen, denn jedes zusätzliche Erzeugnis wird bei den Bauern gegen Getreide eingetauscht werden, also dazu beitragen, ein stabiles Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft herzustellen.

Und so möchte ich mit der Bitte schließen, daß die Gewerkschaftsfunktionäre auf prinzipielle Fragen, auf Streitereien verzichten. Das alles sind müßige Streitereien, das alles ist Scholastik. Davon muß man loskommen. Die ganze Aufmerksamkeit hat den praktischen Bedingungen der Konzessionsverträge zu gelten, aus denen wir, wenn wir es klug anstellen, Nutzen ziehen werden. Gewerkschafts- und Parteifunktionäre müssen hier ihre Findigkeit und ihre praktische Kenntnis der Bedingungen offenbaren, worüber wir in der Presse nicht sprechen können und auch nicht sprechen werden, denn die russische Presse wird von den Kapitalisten aufmerksam verfolgt, ebenso wie wir zur Zeit des Brester Vertrags nicht darüber gesprochen haben, welche Aufträge Gen. Joffe erhält. Wir werden unsere Aufmerksamkeit den praktischen Maßnahmen zuwenden, aus denen wir für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern Nutzen ziehen können. Jede derartige Verbesserung ist für uns von ungeheurer Bedeutung. Das ist es, worauf die Gewerkschaftsfunktionäre ihr Augenmerk richten müssen. Es dürfen weder Reibereien noch Vorurteile geduldet werden. Die Sache ist schwierig. Bis jetzt will noch niemand Konzessionsverträge mit uns abschließen. Alle erwarten, daß wir unerfüllbare Forderungen stellen.

Deshalb müssen wir unserseits unbedingt alle Anstrengungen unternehmen, um einige solcher Verträge abzuschließen. Natürlich werden wir

eine Reihe von Fehlern machen. Die Sache ist neu. Bis jetzt hat noch keine sozialistische Republik Konzessionsverträge mit Kapitalisten abgeschlossen. Was wir brauchen, ist die Hilfe der Gewerkschaftsfunktionäre. Hier öffnet sich ein weites Feld für Erläuterungen und für Druckmittel bis zu Streiks, die in unserer Hand bleiben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. *Nach dem Stenogramm.*

ÜBER DIE ANFORDERUNGEN FÜR DEN AUSSENHANDEL

Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare[323]

Die Staatliche Plankommission wird beauftragt, sowohl die Anforderungen auf 38,9 Mill. Goldrubel als auch die übrigen Anforderungen für den Außenhandel von dem Standpunkt aus zu überprüfen, daß unter Zugrundelegung der schlechtesten Ernte und der schlechtesten Bedingungen für die Brennstoffversorgung für das Jahr 1921/1922 nur das eingekauft wird, was zur Bereitstellung eines Minimums an Lebensmitteln und Brennstoffen notwendig ist.

Geschrieben am 12. April 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE „ALGEMBA"[324]

Eine Kommission einsetzen aus:

2 Staatliche Plankommission 2 Erdöl- oder Brennstoffspezialisten
2 Hauptverwaltung Erdöl 2 Verkehrswesen
auf 2 Wochen, mit dem Auftrag zu klären,

1. welcher Teil der Arbeiten an der Bahnlinie Algemba fertiggestellt ist;
2. dasselbe in bezug auf die Erdölleitung;
3. insbesondere den gegenwärtigen Stand der Versorgung mit Schienen und Rohren – und die Aussichten auf eine vollständige Versorgung;
4. die Möglichkeit, die Erdölfelder an der Emba mit Süßwasser zu versorgen, sowie andere Voraussetzungen zur Sicherstellung der Arbeiten an der Emba;
5. vergleichende Überprüfung der Kosten für den Transport des Erdöls ins Zentrum auf dem Wasserweg über Rakuscha-Astrachan, per Eisenbahn über Saratow und durch die Erdölleitung;
6. möglicher und wahrscheinlicher Termin für die Fertigstellung der Bahnlinie (Algemba) und der Erdölleitung;
7. Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit und Kosten der Anschaffung zusätzlicher Binnen- und Hochseeschiffe, um das Erdöl von der Emba aus über Rakuscha-Astrachan zu transportieren;
8. zu klären sind auch die übrigen Aspekte der Frage.

Geschrieben am 15. April 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE „ÜBER DIE VERTEILUNG VON LANDMASCHINEN"[325]

In keinem Fall dürfen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte geliefert werden ohne reale Kontrolle durch das Volkskommissariat für Ernährungswesen darüber, daß der Staat im Austausch für diese Maschinen und Geräte landwirtschaftliche Produkte erhält.

Art und Weise der Kontrolle müssen in einer besonderen Instruktion nach Absprache zwischen dem Volkskommissariat für Landwirtschaft und dem Volkskommissariat für Ernährungswesen festgelegt werden.

Das Volkskommissariat für Landwirtschaft und das Volkskommissariat

für Ernährungswesen werden beauftragt, die einfachste und sparsamste Methode, dem Verbraucher die Maschinen zuzustellen, zu erörtern und einen entsprechenden Plan vorzulegen.*

Geschrieben am 26. April 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BRIEFES DES ZK DER KPR(B) ÜBER DAS VERHÄLTNIS ZU DEN PARTEILOSEN ARBEITERN[326]

Es ist eine Zirkulardepesche an die Gouvernementskomitees zu verfassen und in Chiffre zu versenden.

Inhalt:

die Erfahrungen mit den Parteilosenkonferenzen haben voll und ganz bewiesen, daß sie zur Arena für die Agitation** der Menschewiki und Sozialrevolutionäre geworden sind;

deshalb muß bei der Veranstaltung von Parteilosenkonferenzen größte Vorsicht walten, sie dürfen keinesfalls ohne vorangegangene sorgfältigste Vorbereitung in jeder einzelnen Fabrik durchgeführt werden. Die Gouvernementsparteikomitees sind vor der Partei für den Erfolg einer jeden Parteilosenkonferenz verantwortlich.

Jedes Gouvernementsparteikomitee ist verpflichtet, dem ZK nicht nur über den Erfolg einer jeden Parteilosenkonferenz zu berichten, sondern auch vor jeder Parteilosenkonferenz das ZK über die näheren Umstände und die Vorbereitung zu informieren.

Gleichzeitig ist unbedingt notwendig, mehr als bisher für die Erhaltung und Entwicklung der Verbindung zwischen den Kommunisten und den parteilosen Massen zu tun. Dazu ist erforderlich:

---

* Der letzte Absatz ist von L. A. Fotijewa geschrieben, offensichtlich nach dem Diktat W. I. Lenins. *Die Red.*

** Im Manuskript steht über dem Wort „Agitation" das Wort „Organisation". *Die Red.*

regelmäßig nicht nur allgemeine Versammlungen für die Masse der Arbeiter und Bauern einzuberufen, sondern auch alle leitenden Funktionäre vor den Arbeitern und Bauern in Massenversammlungen über ihre Arbeit berichten zu lassen. Eine solche Berichterstattung hat unbedingt mindestens einmal im Monat zu erfolgen, um der Masse der parteilosen Arbeiter und Bauern die Möglichkeit zu geben, Kritik an den Sowjetinstitutionen und ihrer Arbeit zu üben. Derartige Rechenschaftsberichte haben nicht nur die Kommunisten, sondern alle Personen, die verantwortliche Posten bekleiden, zu erstatten, in erster Linie die Mitarbeiter der Institutionen des Ernährungswesens und der Volkswirtschaftsräte.

Jedes Gouvernementskomitee ist verpflichtet, monatlich dem ZK genaue Angaben über die Anzahl und den Verlauf all dieser Berichtsversammlungen wie auch über die auf solchen Versammlungen erhobenen Forderungen der Parteilosen zu übermitteln.

Das ZK wird eine ausführlichere Instruktion über die Organisierung solcher Berichtsversammlungen, über Maßnahmen zur Überprüfung der Verbindung mit den Massen, über den Verlauf der Arbeit zur Verbesserung der Lage der Massen, über den Kampf gegen die in der Maske von Parteilosen auftretenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre usw. ausarbeiten.[327]

Geschrieben im April 1921,
nicht später als am 27.
Zum erstenmal veröffentlicht 1932
im Lenin-Sammelband XX.

Nach dem Manuskript.

REDE AUF DER VERSAMMLUNG DER KOMMUNISTEN UND KANDIDATEN DER KPR(B) DES KREML-BEREICHS 9. MAI 1921

(Protokollarische Niederschrift)

In seinem Referat hob Gen. Lenin hervor: Sie als Mitglieder der Partei sollten sich mit meiner Broschüre über die Naturalsteuer* bekannt machen, die soeben erschienen ist und zur Verteilung gelangt. Er wies ferner darauf hin, daß kein Mitglied unserer Partei sich von der parteilosen Masse loslösen darf, wie das bei uns häufig geschieht. Deshalb muß jeder sich mehr unter den parteilosen Massen aufhalten und mehr Propaganda betreiben. Abschließend sagte Lenin: Sie alle, die Sie häufig Zeitung lesen und Versammlungen und Lektionen besuchen, die Sie bereits weiter entwickelt sind, müssen mehr unter den Bauern arbeiten, unter ihnen Agitation über die Bedeutung der Naturalsteuer betreiben. Dann kann man gute Resultate erzielen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 43.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B)[328]

Das ZK der KPR hat das Telegramm Swanidses an Stalin vom 8. V. unter Nr. 2031 erörtert und stellt fest, daß die georgischen Genossen einen ernsten politischen Fehler begehen, wenn sie die Requisitionen, Konfiskationen, Plünderungen und das Vertreiben von Ausländern aus ihren Wohnungen nicht mit eiserner Hand unterbinden.

---

* Siehe Werke, Bd. 32, S. 341–380. *Die Red.*

Das ZK beschließt:

1. Das Georgische Revolutionskomitee wird beauftragt, unverzüglich eine Verfügung zu erlassen, daß alle derartigen Handlungen strengstens verboten sind und mit Verhaftung und Anklageerhebung vor Gericht geahndet werden. Eine Kopie der Verfügung ist an das ZK zu schicken.

2. Das Georgische Revolutionskomitee hat unverzüglich eine Untersuchung einzuleiten, erstens wegen der Öffnung des Depots der deutsch-kaukasischen Bank und der Beschlagnahme der Papiere. Die Schuldigen sind zu verhaften, die Papiere zurückzugeben. Zweitens. Dasselbe in bezug auf die Waren der italienisch-kaukasischen Bank. Drittens. Dasselbe in bezug auf den Waggon Textilien, der in Kutaïs beschlagnahmt wurde.

3. Das Georgische Revolutionskomitee benennt nach Absprache mit dem Kommando der Kaukasusfront unverzüglich zwei der energischsten, kämpferischsten und standhaftesten Kommunisten, einen von der Kaukasusfront, einen vom Georgischen Revolutionskomitee, und beauftragt sie, darüber zu wachen, daß die Requisitionen, Plünderungen, Konfiskationen und Exmittierungen von Ausländern unterbunden werden. Die Namen der Beauftragten sind uns telegrafisch mitzuteilen. Das ZK macht Macharadse und Gittis persönlich für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich. Die beiden Genossen müssen außerordentliche Vollmachten bekommen einschließlich des Rechts, bei der geringsten Übertretung Verhaftungen vorzunehmen. Sie geben wöchentlich kurze telegrafische Berichte nach hier durch.

Das ZK macht die georgischen Genossen darauf aufmerksam, daß Georgien und sein Handel mit Italien und Deutschland für die gesamte RSFSR außerordentlich große Bedeutung besitzen, insbesondere im Hinblick auf die Bestrebungen Amerikas und Frankreichs, sämtliche Handelsbeziehungen zwischen uns und dem Ausland zu vereiteln. Nachlässigkeit bei der Durchführung dieser gesamten Direktive wird das ZK als Verbrechen gegen die Sowjetmacht betrachten.

Geschrieben am 9. oder 10. Mai 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER MASSNAHMEN ZUR KONZENTRATION DER PRODUKTION[329]

1. Das ZK des Metallarbeiterverbandes und der Gesamtrussische Zentralrat der Gewerkschaften werden beauftragt, strikt darauf zu achten, daß der Plan zur Schließung einer möglichst großen Anzahl nicht arbeitsfähiger Unternehmen schnellstens durchgeführt wird, damit die Produktion in wenigen der am besten organisierten Betriebe konzentriert werden kann.

Berichterstattung über den genauen Plan, über den Terminplan für die Schließung und über die tatsächliche Durchführung erfolgt durch Schljapnikow und Medwedew oder ihre Stellvertreter
durch Kubjak
und durch Golzman +
Andrejew
im Rat für Arbeit und Verteidigung
in einem Monat

2. Schljapnikow wird beauftragt: die wichtigsten und rasch zu verwirklichenden Vorschläge aus seinem Entwurf konkreter auszuarbeiten.

Geschrieben am 11. Mai 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

REDEDISPOSITION FÜR DIE SITZUNG DER KOMMUNISTISCHEN FRAKTION DES IV. GESAMTRUSSISCHEN GEWERKSCHAFTSKONGRESSES[330]

REDEDISPOSITION 18. V.

1. Statut der KPR: Partei und Fraktionen.
2. Resolution des ZK – und ihre **VERHEIMLICHUNG.**

3. Rjasanow und seine Rolle. (Die parteifeindliche Resolution Rjasanows.) . . .
4. Tomski und sein *Fehler oder Verbrechen? . . .*
((Zusammensetzung der Vierergruppe.))
5. Äußerste Erregung, Gereiztheit, Unzufriedenheit der Arbeiter:

((Belastung der Arbeiter.
Ablieferungspflicht 1920 – Belastung der Bauern.
Erleichterung für die Bauern: alles hängt noch von der Ernte ab.
Bei den Arbeitern: tiefste Empörung, wenn sie solche Erscheinungen wie Herstellung von Feuerzeugen, Diebstähle u. dgl. m. beobachten.))

Geschrieben am 18. Mai 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

VORSCHLÄGE ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER PUNKT 13 DES PARTEIPROGRAMMS[331]

Jaroslawski und Bucharin beauftragen, den Entwurf dahingehend umzuarbeiten, daß die Frage des Kampfes gegen die Religion nicht zu stark betont (§ 7 zum Beispiel hinauswerfen[332]) und – mit einigen besonders einschränkenden Bedingungen – zugelassen wird, daß gläubige, aber offensichtlich ehrliche und ergebene Kommunisten in der Partei bleiben können.

Der Kampf gegen die Religion ist wissenschaftlicher zu führen.

(§ 10 streichen[333])

Im Politbüro bestätigen.

Die Kampagne nach ernsthafter Vorbereitung beginnen.

Geschrieben am 18. Mai 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54. — *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE ÖRTLICHEN WIRTSCHAFTSBERATUNGEN, ÜBER DIE BERICHTERSTATTUNG UND ÜBER DIE EINHALTUNG DER DIREKTIVE DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG

1. Überall müssen Gouvernements- und Kreiswirtschaftsberatungen geschaffen werden, die in demselben Verhältnis zu den Gouvernements- und Kreisexekutivkomitees stehen wie der Rat für Arbeit und Verteidigung zum Rat der Volkskommissare. Sie müssen gemeinsame Geschäftsstellen oder Sekretariate haben. Die gesamte Arbeit muß über die Apparate der entsprechenden Ressorts, ohne Schaffung eines besonderen Apparats, geleitet werden.

2. Die untersten Organe des Rats für Arbeit und Verteidigung in den einzelnen Orten müssen die Dorfkomitees und Dorfsowjets, in den Fabrik- und Stadtsiedlungen die Bezirkssowjets, Bezirkswirtschaftsräte und Betriebskomitees sein. Die Amtsbezirksexekutivkomitees übernehmen entweder als Ganzes die Aufgaben der Amtsbezirkswirtschaftsräte, oder sie benennen einige ihrer Mitglieder, die die Amtsbezirkswirtschaftsberatungen zu bilden haben.

3. Es wird eine obligatorische Berichterstattung aller Wirtschaftsberatungen vor dem Rat für Arbeit und Verteidigung über ihre Tätigkeit eingeführt. Dabei ist von der Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung auszugehen, die gleichzeitig mit dem vorliegenden Beschluß veröffentlicht wird.

Die Berichte der Gebietswirtschaftsräte, der Gouvernements- und Kreiswirtschaftsräte müssen unbedingt in mindestens 100 Exemplaren gedruckt werden (wobei 3 Exemplare an den Rat für Arbeit und Verteidigung zu schicken sind, je eins an die großen staatlichen Bibliotheken, die Rumjanzew-Bibliothek in Moskau und die Öffentliche in Petrograd, je eins an die Bibliotheken der Gouvernementswirtschaftsräte). Termin für die Vorlage der Berichte – alle zwei Monate (drei oder vier Monate?).

Die Berichte der untersten Organe sind schriftlich einzureichen, ein Exemplar für den Gouvernementswirtschaftsrat, eins an den Rat für Arbeit und Verteidigung; Termin für die Vorlage mindestens zweimal im Jahr.

Dem Bericht für den Rat für Arbeit und Verteidigung sind als Anlage systematisch ausgewählte Nummern der lokalen Zeitungen oder Ausschnitte daraus beizufügen, in denen Fragen des örtlichen Wirtschaftslebens behandelt werden, ferner alle gedruckten Veröffentlichungen zu diesen Fragen.

Zur Abfassung der Berichte müssen die örtlichen Mitarbeiter der Statistischen Zentralverwaltung und der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion herangezogen werden.

Jede örtliche Institution ist verpflichtet, umgehend die Personen, die für die rechtzeitige Abfassung des Berichts – sowohl für jeden Unterabschnitt desselben als auch für die Gesamtredaktion – verantwortlich sind, sowie deren Stellvertreter zu benennen und ihre Namen dem Rat für Arbeit und Verteidigung mitzuteilen.

4. Die Zeitung „Ekonomitscheskaja Shisn"[334] wird zum Organ des Rats für Arbeit und Verteidigung.

Neben ihren bisherigen Materialien muß sie, ausgehend von derselben Direktive, systematische Zusammenfassungen der Angaben über die örtliche Wirtschaftsarbeit veröffentlichen. Die Erfassung und das Studium der praktischen Erfahrungen der gesamten Wirtschaftstätigkeit der RSFSR, die Ausarbeitung von Richtlinien auf der Grundlage dieser Erfahrungen müssen zur Hauptaufgabe der „Ekonomitscheskaja Shisn" werden.

Die Redaktion muß, um die örtliche Arbeit kennenzulernen, örtliche Korrespondenten, sowohl Parteimitglieder als auch Parteilose, heranziehen und ihren Kreis ständig erweitern.

Die Zentrale Presseagentur wird verpflichtet, die „Ekonomitscheskaja Shisn" regelmäßig in 2 Exemplaren jeder Gouvernements-, Kreis- und Amtsbezirksbibliothek zuzustellen, und diese Bibliotheken haben die Pflicht, beide Exemplare abzuheften, aufzubewahren und der gesamten Bevölkerung zur Benutzung zugänglich zu machen.

Geschrieben am 19./20. Mai 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B)[335]

Beschluß des ZK (Politbüro) vom 22. V. 1921
zu den Beschlüssen der KPR-Fraktion
des Gewerkschaftskongresses

Das Zentralkomitee billigt die Thesen des Gen. Tschubar (die vom Büro der Fraktion angenommen wurden) und lehnt die Thesen des Gen. Golzman ab, *weil* erstere *weitaus* richtiger den *tatsächlichen* Zustand unserer Reserven, unserer Kräfte und Mittel berücksichtigen, der es erforderlich macht, mit einer weniger raschen Verwirklichung unserer nächsten Ziele zu rechnen.

Die zweiten Thesen aber, d. h. die Thesen des Gen. Golzman, sind in vielerlei *Hinsicht Phantasie*, sind vom Leben losgelöst, *woran zum großen* Teil auch Gen. Larin krankt, der diese Thesen so eifrig verteidigte.

Praktisch ist der wichtigste Bestandteil beider Thesen lediglich der Gedanke, der in der Anmerkung zu § 3 der Thesen Tschubars* und in § 6** der Thesen Golzmans zum Ausdruck kommt, wobei beide Genossen hier den vom ZK am 10. V. 1921 angenommenen Beschluß zum Projekt des Gen. Larin und des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften*** bestätigen und nicht etwa anfechten.

---

* Hier der Text dieser Anmerkung:

„Das ganze obengenannte Verteilungssystem muß in einigen Betrieben erprobt werden, in denen unter der Voraussetzung einer Steigerung ihrer Arbeitsproduktivität an Stelle der individuellen Ausgabe auf Karten die kollektive Versorgung der Betriebsangehörigen eingeführt wird."

** Hier der Text dieses Paragraphen 6:

„Bis zur Bildung eines Lohnfonds an Lebensmitteln muß das genannte Verteilungssystem in einigen Betrieben erprobt werden, in denen, unter der Voraussetzung einer Steigerung ihrer Arbeitsproduktivität, an Stelle der individuellen Ausgabe auf Karten die kollektive Versorgung der Betriebsarbeiter eingeführt wird."

*** Hier der Text dieses Beschlusses[336]:

„Das Projekt des Gen. Larin und des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften wird in dem Teil abgelehnt, der sich mit der Tarifpolitik befaßt, und die Verfasser des Projekts werden beauftragt, die Frage noch einmal gründlich zu

Die KPR-Fraktion des Gewerkschaftskongresses billigte, entgegen der Empfehlung des ZK der Partei, die Thesen Golzmans mit 567 Stimmen und lehnte damit die Thesen Tschubars ab, die 317 Stimmen erhielten.

Das ZK, das den Beschluß der Fraktion in einer Frage, die keine umgehende Änderung der Regierungspolitik zur Folge hat, nicht außer Kraft setzen möchte – denn diese Politik ist in jenem Beschluß des ZK vom 10. V. 1921 vorgezeichnet, der, wie oben gesagt, sowohl von Gen. Golzman als auch von Gen. Tschubar gebilligt und nicht angefochten wurde –, verzichtet in diesem Fall auf sein Recht, sich in die Arbeit und die Beschlüsse des Kongresses einzumischen.

Das ZK beschränkt sich darauf zu verlangen, daß der vorliegende Beschluß in der Fraktion verlesen wird, und macht die Delegierten nachdrücklich darauf aufmerksam, daß sie mit der Annahme der Resolution Golzmans die Verpflichtung übernommen haben, nicht nur ein Höchstmaß an Heroismus, sondern auch Standhaftigkeit, Konsequenz und Hartnäckigkeit im Kampf gegen alte Gewohnheiten, Bräuche und Lebensbedingungen der breiten Masse der Arbeiter an den Tag zu legen, die sogar über die für revolutionäre Zeiten üblichen Normen weit, weit hinausgehen. Die Gewerkschaften haben jetzt die Pflicht, auf Grund des von ihnen angenommenen Beschlusses dafür zu sorgen, daß die Zahl der Betriebe und der Arbeiter schnellstens verringert und letztere in einem Minimum der besten und größten Betriebe konzentriert werden.

Geschrieben zwischen dem 17. und 22. Mai 1921.
Teilweise veröffentlicht im August 1921 in den „Iswestija ZK KPR(B)" Nr. 32.
Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

überprüfen, insbesondere von der Möglichkeit aus gesehen, die reale Versorgung eines Minimums von Arbeitern mit einem Minimum an Lebensmitteln zu sichern. Nach der Überarbeitung ist das Projekt dem Rat der Volkskommissare vorzulegen, damit in einigen Betrieben unter der Voraussetzung einer Steigerung der Arbeitsproduktivität probeweise an Stelle der individuellen Ausgabe auf Karten die kollektive Versorgung eingeführt werden kann."

BEMERKUNGEN ZUM ARBEITSPLAN DES ZK DER KPR(B)[337]

Hauptaufgabe der Gesamtrussischen Mai-Beratung[338] ist es, die Materialvorbereitung und -sammlung zu folgenden Fragen zu organisieren:

1. über eine engere Verbindung der Parteiorganisationen zu den parteilosen Massen,
2. über eine breitere und systematischere Heranziehung Parteiloser zur Arbeit,
3. über die Reorganisierung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion in der Richtung des Kampfes gegen Bürokratismus und Schlendrian, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern und die Heranziehung von Parteilosen zur Arbeit in den Sowjetinstitutionen.

Zu allen diesen Fragen soll die Beratung nicht nur das ganze Material über die in der Praxis gesammelten Erfahrungen zusammentragen und studieren, sondern auch praktische Vorschläge für das ZK ausarbeiten.

Berichte auf dem Plenum

(*α*) 2–3 Berichte über die gegenwärtige (faktische) **Arbeit** des *ZK* und der Partei

(*β*) dasselbe über den Plan für ihre Umgestaltung entsprechend den neuen Aufgaben.

Geschrieben am 24. Mai 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1932
im Lenin-Sammelband XX.

Nach dem Manuskript.

PLAN EINER REDE AUF DEM GEWERKSCHAFTSKONGRESS[339]

1. Versetzungsprüfung vom 3. zum 4. Studienjahr.
2. Von der „Narodnaja Wolja"[340] zur Sozialdemokratie in Rußland, von der II. zur III. Internationale in der Welt.
3. 1. Studienjahr: 1886–1903. ((17))
4. 2. Studienjahr: 1903–1917. ((14))
5. 3. Studienjahr: 1917–1921. ((4))

6. 4. Studienjahr: 1921 – ? (1931)
7. Es ist nicht das letzte und entscheidende Gefecht. Aber ... nahe (Jahre).
8. Im Weltmaßstab ist der Sieg schwer (bis. ter), aber sicher.
9. Dem Kapitalismus, den Kapitalisten Schach und matt.
10. Alias: die Sache des Kommunismus in Rußland wird *beständig* sein.
11. *Privat*eigentum schafft Uneinigkeit. Zusammenschluß der Arbeit gegen das Eigentum.
12. Indien „zählt nicht"? Doch!*
13. „Versailler Vertrag"?[341]

13 *bis*. Internationaler Handel.

14. An der *Wirtschaftsfront* ist es schwer.
15. Deklassiert das Proletariat? Ja! Schlußfolgerungen? Ideologie des Kleineigentümers.
16. Großindustrie und Maschinen – materielle und *geistige* Basis des Proletariats. Inde** *Deklassierung.*
17. Politik – Plus, Ökonomie – Minus.
18. Konsequenz, Parteilichkeit.
19. Wirtschaftsfront.
    Versetzungsprüfungen: Getreide, Brennstoff. (Naturalsteuer)
    1917
    1918 }
    1919 }
    1920
    versus 1921
20. Wirtschaftliche Erfahrungen gibt es bereits – systematisch, unentwegt, beharrlich weiter bauen.
21. Arbeitsdisziplin, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Arbeitsorganisation, Erhöhung der Produktenmenge, erbarmungsloser Kampf gegen Schlamperei und Bürokratismus.
22. In diesem Zeichen wirst du siegen!

Geschrieben im Mai 1921, nicht später als am 25.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

* „Doch!" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

** Daher. *Die Red.*

AN DIE GENOSSEN BERGARBEITER DER PETROWSKER VEREINIGUNG[342]

Gen. Meshlauk hat mich von dem großen Erfolg Ihrer Arbeit im April 1921 unterrichtet: pro Häuer im Durchschnitt 294 Pud gegenüber 291 Pud im Jahre 1914. Ich gratuliere den Genossen Bergarbeitern zu diesem außergewöhnlichen großen Erfolg und sende ihnen die besten Grüße. Mit einer solchen Arbeit werden wir alle Schwierigkeiten überwinden und das Donezbecken und den Bezirk Kriwoi Rog elektrifizieren, und das ist entscheidend.

Mit kommunistischem Gruß W. *Uljanow (Lenin)*

Geschrieben am 25. Mai 1921.
Veröffentlicht im Juli 1921 in der Zeitschrift „Westnik Rabotschewo Prawlenija" Nr. 9–10.

Nach dem Text der Zeitschrift.

X. GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER KPR(B)[343]

26.–28. Mai 1921

1
DISKUSSIONSBEITRAG ZUR TAGESORDNUNG DER KONFERENZ 26. MAI

Genossen! Wie ich bereits sagte, hatten wir vorgesehen und entsprechend dem Charakter der Konferenz auch festgelegt, daß die ökonomische Politik der einzige Tagesordnungspunkt sein soll. Die übrigen Referate sollten informatorischen Charakter tragen, so daß ich keinen Bericht über die politische Tätigkeit vorbereitet habe, mir scheint aber, daß dieser Bericht auf dasselbe ökonomische Thema hinauslaufen müßte. Deshalb sollte man mir vielleicht, damit alle zufriedengestellt sind, nach dem Refe-

rat zusätzliche Fragen stellen, auf die ich im Schlußwort eingehen werde. Ich wiederhole, daß ich mich auf diese Frage überhaupt nicht vorbereitet habe und mir auch jetzt nicht vorstellen kann, was ich außer der Frage der Naturalsteuer hätte behandeln können.

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 43.

Nach dem Stenogramm.

2
DISKUSSIONSBEITRÄGE BEI DER ERÖRTERUNG DES ENTWURFS EINER RESOLUTION ZU DEN FRAGEN DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK
28. MAI

1

Ich meine, daß wir diesen Abänderungsantrag nicht annehmen sollten[344], weil dann eine Erklärung zu der Änderung folgen müßte. Natürlich, wenn die Revolution in Europa ausbricht, werden wir unsere Politik selbstverständlich ändern. Ein Bürgerkrieg, der, wie Sie wissen, gewöhnlich mit einer derartigen Revolution verbunden ist, kann unsere Lage für eine gewisse Zeit praktisch sogar verschlechtern. Natürlich wird das nur für kurze Zeit sein, und natürlich ist es schwierig zu bestimmen, wie lange der Bürgerkrieg in anderen Republiken dauern wird, aber sobald er mit einem Sieg geendet hat, werden wir unsere Politik in dem Sinne ändern, daß wir vielleicht sagen: nichts wird über die Naturalsteuer erfaßt, alles geht über den Warenaustausch. Das muß man den Bauern erklären, denn sonst werden sie denken: was denn, wieder zur Ablieferungspflicht zurück? Deshalb meine ich, man sollte lieber nichts dergleichen hinzufügen. Viele Jahre Revolution und Bürgerkrieg in Europa werden dazu führen, daß die Erfassung ohne jede Steuer über den Warenaustausch erfolgt. Das ist in der Resolution des Parteitags gesagt, wo es heißt, daß die Steuer allmählich verringert wird. Eben dieser Punkt steht mit der bevorstehenden siegreichen Revolution in Zusammenhang, die auch bei einer langen Reihe von Jahren kurz sein wird.

2[345]

Genossen, gerade zu diesem Punkt gab es bei uns in der Kommission Diskussionen, gab es Unstimmigkeiten. Anfangs wandte sich Miljutin gegen die Formulierung „Bekämpfung des anarchischen Warenaustauschs" und sagte, man würde das als Schikane auffassen und es würde den freien Handel in der Praxis aufheben. Als der Punkt in der jetzigen Fassung formuliert und gesagt wurde: „Bekämpfung des anarchischen Warenaustauschs" und weiter „da er sich der kontrollierenden Aufsicht entzieht" – hier ist der Schwarzhandel gemeint, und Sie wissen, daß der ungesetzliche Handel in allen Ländern, die den freien Handel zulassen, bestraft wird, sogar in den kapitalistischen Ländern –, haben wir uns in diesem Punkt geeinigt. Was für eine Bekämpfung? Bekämpfung durch Konzentration vorwiegend in den Händen der Genossenschaften mit dem Zusatz: „ohne jedoch den regulären freien Handel im geringsten einzuengen". Als diese Formulierung zustande gekommen war, stellte die Kommission einstimmig fest, daß die Freiheit des Handels in Gefahr gerät und eingeengt wird. Die Frage ist natürlich delikat. Wir möchten, daß die Direktive in der Richtung geht, den freien Handel nicht einzuengen, aber ohne Bekämpfung des ungesetzlichen Handels, insbesondere der Hamsterfahrten und der Untergrabung des Verkehrswesens, kommt man nicht aus. Wir haben in der Kommission erwogen, ob man nicht das Wort „Bekämpfung" durch ein schwächeres ersetzen sollte, haben uns dann aber auf den Ausdruck geeinigt, da nur der anarchische Warenaustausch, der sich jeglicher Kontrolle durch den Staat entzieht, Objekt des Kampfes ist, um so mehr, als der Zusatz angenommen wurde „ohne jedoch den regulären freien Handel im geringsten einzuengen". In Verbindung mit diesen Zusätzen ist das Wort „Bekämpfung" kein allzu scharfes Wort. Der Abänderungsantrag, den der Genosse vorgeschlagen hat, ist vor allem deshalb riskant, weil wir das Gegenteil erreichen. Er streicht die Worte „ohne jedoch den regulären Handel im geringsten einzuengen" . . .

3[346]

Ich bin der Meinung, daß die Sowjetwirtschaften noch nicht so weit sind, sie sind sehr schwach. Sollen sie sich noch ein Jährchen kräftigen, und dann werden wir im nächsten Jahr sehen, ob wir ihre Selbständigkeit erweitern können oder nicht.

4

Der letzte Abänderungsantrag ist hier nicht am Platze[347], weil über die Materialreserven in einem anderen Punkt, Punkt 5, gesprochen wird: „Überprüfung (zu einem bestimmten Teil) der Produktionsprogramme der Großindustrie in Richtung auf eine verstärkte Produktion von Massenbedarfsgütern und bäuerlichen Geräten.

Erweiterung der Selbständigkeit und Initiative jedes Großbetriebs hinsichtlich der Verfügung über Finanzmittel und Materialreserven. Vorlage einer entsprechenden genauen Verfügung zur Bestätigung durch den Rat der Volkskommissare." Also werden wir das hier nicht wiederholen. Es wird ganz klar von der Materialverteilung gesprochen, auch von Lebensmitteln, natürlich nicht zum Nachteil des Zentrums, weil ohne entsprechende Reserven im Zentrum auch von einer Industrie nicht die Rede sein kann. Was die erste Bemerkung des Genossen betrifft, der gesagt hat, daß es jetzt nicht angebracht sei, die Frage der örtlichen Wirtschaftsberatungen, die etwas zum Scheitern bringen könnten, als gelöst zu betrachten, so habe ich das nirgends gehört. Es kamen im Gegenteil Forderungen, überall Wirtschaftsberatungen einzuführen, die wie eine Kommission des Rats der Volkskommissare arbeiten. Jedes Mitglied des Rats der Volkskommissare, jeder Vertreter des Rats für Arbeit und Verteidigung hat das Recht, beim Rat der Volkskommissare Beschwerde einzulegen. Deshalb, weil sich der Rat für Arbeit und Verteidigung aus Mitgliedern des Rats der Volkskommissare zusammensetzt, gibt es in der Provinz ebenfalls keine speziellen Kanzleien, keine speziellen Organe, sondern die gleichen Institutionen und Abteilungen. Die Gouvernementswirtschaftsberatung ist genau die passende Form, die eine Beratung nicht einengt, sondern erleichtert. Wie in der Direktive gesagt wird: „unter Zulassung aller möglichen Modifikationen des Grundtypus, d. h., die Exekutivkomitees können die Aufgaben und Pflichten der Wirtschaftsberatungen gänzlich übernehmen ..." (liest), es gibt also keine Vorentscheidung in dem Sinne, daß eine absolut starre und einheitliche Handlungsweise vorgeschrieben wird, Außerdem heißt es in der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution: „im Prinzip annehmen". Die Kommission[348] tritt zusammen und arbeitet, ihr Vorsitzender Ossinski hat berichtet, daß eine ganze Reihe von Punkten überprüft worden ist und bereits in schriftlicher Form vorliegt. Das ist eine komplizierte Arbeit, so daß sich noch eine spezielle Kommis-

sion erforderlich macht. Befürchten, daß wir jemandem die Hände binden, wenn wir sagen, im Prinzip angenommen, das brauchen wir nicht.

5[349]

Wir sind nicht dagegen; aber dem Inhalt nach gehört das nicht hierher, sondern zu Punkt 6.[350] Ich schlage vor, es im Prinzip anzunehmen und bei Punkt 6 hinzuzufügen.

6[351]

Das sind bereits Details, diese Frage muß in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK gestellt und mit den interessierten Personen erörtert werden. Prinzipiell ist nichts dagegen einzuwenden, aber im großen und ganzen ist das eine spezielle Maßnahme.

7[352]

Das ist hier eine übertriebene Befürchtung.

Bei uns heißt es in Punkt 7: Beibehaltung und Verstärkung des Apparats, um die Naturalsteuer schnell und vollständig einzuziehen. Natürlich wird man die Naturalsteuer nicht durch Überzeugung einziehen, man kann sie nur durch Zwang einziehen, das nennt sich ja auch Apparat. Heute sind einige wichtige Verordnungen und Instruktionen unterschrieben worden, die alle darauf hinauslaufen, daß wir den Apparat beibehalten, verstärken und eine schnelle Einziehung der Naturalsteuer fordern werden. Man sagt, es heißt hier: „an die erste Stelle rückt der Warenaustausch", und befürchtet, daß die Bauern das als Vorrangigkeit des Warenaustauschs auslegen werden, dann schreiben wir eben: „an besonders wichtige Stelle".

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 43.

Nach dem Stenogramm.

AN ALLE VOLKSKOMMISSARE UND AN DEN LEITER DER STATISTISCHEN ZENTRALVERWALTUNG

Kopien an den Vorsitzenden und an den Sekretär des Gesamtrussischen ZEK

28. V. 1921

Alle Volkskommissare müssen im Besitz des in gedruckter Form verteilten und verschickten

Entwurfs der Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung

mit der Unterschrift Lenins und des Vorsitzenden der Kommission des Rats für Arbeit und Verteidigung, Gen. Obolenski (Ossinski), sein.

Dieser Entwurf wird der Tagung des Gesamtrussischen ZEK vorgelegt, die am 30. V. 1921, 1 Uhr mittags, beginnt.

Alle Volkskommissare sind verpflichtet,

1. bis Montag, den 30. V. 1921, 2 Uhr mittags, schriftliche Abänderungsvorschläge und Ergänzungen zur Direktive zu allen Punkten, Fragen und Unterfragen vorzubereiten, die das entsprechende Volkskommissariat direkt oder indirekt betreffen;

2. zum gleichen Termin einen Rohentwurf von Fragen (für den Bericht) und Unterfragen (d. h. eine detailliertere Aufstellung von Einzelfragen für den Bericht) für ausnahmslos alle Volkskommissariate, jeder Volkskommissar für seines, auszuarbeiten.

Das ist verbindlich, denn das Gesamtrussische ZEK wird die allgemeine Direktive, die aus zwei Teilen bestehen wird, bestätigen: a) Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung mit einer Rechenschaftslegung der Volkskommissariate für Wirtschaft; b) Direktive des Rats der Volkskommissare mit Einführung der Rechenschaftslegung ausnahmslos aller Volkskommissariate, nicht nur der für Wirtschaft, sondern auch der anderen.

Diese letzten Berichte bilden die letzte, zusätzliche „fünfte Fragengruppe". Für jedes Volkskommissariat müssen die wichtigsten Fragen für den Bericht nach dem Muster der Fragen Nr. 1 – Nr. 27, die im Entwurf der Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung enthalten sind, zusammengestellt werden.

Die Berichte werden von jedem Gouvernementsexekutivkomitee und

jedem Kreisexekutivkomitee in einer Auflage von etwa 1000 Exemplaren gedruckt (die technische Möglichkeit des Drucks, mindestens ein Druckbogen monatlich von jedem Kreis, habe ich mit der Hauptverwaltung Papier geklärt). Druck und Vorlage der Berichte sind sechs- bis viermal im Jahr geplant. Endgültig wird dieser Termin, gleichzeitig mit der Bestätigung der gesamten Direktive, von der Tagung des Gesamtrussischen ZEK festgelegt.

Jeder Volkskommissar ist verpflichtet, zu dem obengenannten Termin (30. V. 1921, 2 Uhr mittags) schriftlich in 3–5 Exemplaren eine kurze Aufstellung der wichtigsten Fragen vorzulegen, die in den Bericht über das betreffende Volkskommissariat aufgenommen werden sollen.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Umgehend durchgeben, sowohl schriftlich als auch telefonisch, und von jedem Volkskommissar (falls er nicht da ist, von seinem Stellvertreter, Referenten oder einem Kollegiumsmitglied) quittieren lassen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. *Nach dem Manuskript.*

ÜBER KURZE MONATLICHE AUSZÜGE AUS DEN BERICHTEN

1. Die laufenden Berichte, die alle Behörden, Institutionen, Hauptverwaltungen und Betriebe (darunter die nichtstaatlichen) anzufertigen haben, werden mindestens einmal im Monat vorgelegt.
2. Der „*Ekonomitscheskaja Shisn*", *der Staatlichen Plankommission* und der *Statistischen Zentralverwaltung* müssen diese Berichte regelmäßig und rechtzeitig zur Einsichtnahme zugestellt werden (unabhängig von den in jedem Fall zu erfüllenden Anforderungen der oberen Sowjetinstitutionen).
3. Kurze Auszüge aus den Berichten (Umfang der Produktion; Anzahl der Arbeiter; Anzahl der Betriebe und ähnliche nur absolut notwendige Zahlen) werden in 3 Exemplaren geliefert, je eins an die „*Ekonomi-*

tscheskaja Shisn", die *Statistische Zentralverwaltung* und die *Staatliche Plankommission.*

4. Die *„Ekonomitscheskaja Shisn"* veröffentlicht sie umgehend.
5. Eine Analyse dieser Berichte wird für die wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft von je einem Mitglied der Redaktion der *„Ekonomitscheskaja Shisn"*, der *Staatlichen Plankommission* und der *Statistischen Zentralverwaltung* (entsprechend dem jetzigen § 6) vorgenommen.
6. Periodische zusammenfassende Übersichten veröffentlicht die *„Ekonomitscheskaja Shisn"* regelmäßig in bestimmten von der Redaktion festgelegten Zeitabständen, mindestens zweimal im Jahr.
7. Einfache Diagramme werden von der *Statistischen Zentralverwaltung* monatlich angefertigt. Die Muster dafür muß sie innerhalb einer Woche ausarbeiten. An Hand der bestätigten Muster sind die Diagramme *eine Woche* nach Bestätigung der Muster anzufertigen.

Geschrieben Ende Mai oder Anfang Juni 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. — *Nach dem Manuskript.*

VORSCHLÄGE ZUR FRAGE DER ÜBERPRÜFUNG UND REINIGUNG DES MITGLIEDERBESTANDS DER KPR(B)[353]

Der Hauptkern, der die Registrierung vornimmt, muß eine Gruppe alter Mitglieder der KPR sein (nicht < 5–7 Jahre in der Partei), und unbedingt Arbeiter.

Aus der Partei müssen alle Mitglieder der KPR entfernt werden, die in irgendeiner Weise fragwürdig, unzuverlässig sind, ihre Standhaftigkeit nicht bewiesen haben, mit dem Recht der Wiederaufnahme nach einer zusätzlichen Überprüfung und Bewährung.

1. Personen, die nach dem X. 1917 aus anderen Parteien gekommen sind; 2. solche, die aus der alten Beamtenschaft stammen bzw. bei früheren Regierungen Posten bekleidet haben; 3. alle, die Ämter bekleidet haben, die mit irgendwelchen Privilegien verbunden waren; 4. Sowjetangestellte – diese Kategorien müssen durchweg einer besonderen Über-

prüfung unterzogen werden, wobei unbedingt die Werktätigen zu befragen sind, sowohl Parteimitglieder als auch Parteilose, die das betreffende Mitglied der KPR aus seiner Arbeit kennen.

Von Personen, die Empfehlungen geben, ist ein schriftliches Zeugnis mit genauen Angaben zu verlangen; unter ihnen müssen unbedingt einige Arbeiter sein, die der Partei 5–7 Jahre angehören.

Bei wirklichen Arbeitern, die tatsächlich in ihrem Betrieb arbeiten, und bei Bauern, die ihr Stück Land bewirtschaften, sind die Formalitäten auf ein Minimum zu reduzieren, um diesen Personen durch die Neuregistrierung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Geschrieben im Juni 1921,
nicht später als am 21.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

III. KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

22. Juni–12. Juli 1921[354]

1

BRIEF AN O. W. KUUSINEN UND BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DER „LEITSÄTZE ÜBER DEN ORGANISATORISCHEN AUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN, ÜBER DIE METHODEN UND DEN INHALT IHRER ARBEIT“

eilt

An Gen. *Kuusinen*
Adresse: bei den finnischen Kommunisten oder in der Komintern

10. VI.

Genosse Kuusinen!

Mit großem Vergnügen habe ich Ihren Artikel (3 Kapitel) u. Thesen gelesen.

Anbei meine Bemerkungen über die Thesen.

Ich rate Ihnen: sofort einen *deutschen* (wirklich deutschen) Genossen finden, der den deutschen Text (des Artikels und der Thesen) *verbessern soll.* Vielleicht soll auch dieser Genosse in Ihrem Auftrage Ihren Artikel *als ein Referat* auf dem III. Kongreß verlesen (für deutsche Delegaten wird es viel bequemer sein, *einen Deutschen* zu hören).[355]

Mein Rat: Ende (der Thesen) streichen.

Viel ausführlicher über Propaganda u. Agitation –

besonders über die Presse, aber auch über die mündliche Propaganda.

Nach meiner Meinung müssen Sie unbedingt den Vortrag auf *diesem* Kongreß *übernehmen.* Ich schreibe heute darüber an Sinowjew.

Beste Grüße! Ihr *Lenin*

Thesen

(These 6 oder) § 6, 2. Absatz, letzter Satz

soll sein:

... „erbt unvermeidlich diese Tendenz bis zu einem gewissen Grade von der ... Umgebung" ...

Und der nächste Satz soll sein:

... „Die Kom. Partei *soll* diese Tendenz durch systematische, ausdauernde Org.-Arbeit und *mehrfache* Verbesserungen und Revidierungen *überwinden*" ...

(These 7 od.) § 7:

Ausführlicher dargestellt sein soll, daß in meisten legalen Parteien des Westens eben das fehlt. Fehlt *tägliche* Arbeit (*revolutionäre* Arbeit) eines *jeden* Mitgliedes der Partei.

Dies das Grundübel.

Das zu ändern – darin besteht die größte Schwierigkeit.

Und das ist das Wichtigste.

§ 10.

Viel ausführlicher.

Mehr Details.

Beispiele.

Rolle der Zeitung.

„Unsere" Zeitung im Vergleiche mit der *gewöhnlichen* kapitalistischen Zeitung.

Arbeit für „unsere" Zeitung.

Beispiel: russ. Ztg. 1912–1913.

Kampf gegen bürgerliche Zeitungen. Entlarvung ihrer Käuflichkeit, ihrer Lügen usw.

Flugblattverteilung.

Hausagitation.

Sonntagsausflüge **usw.**

Viel, viel ausführlicher.

§ 11 – auch viel, viel ausführlicher.

§ 13. Berichterstattung und B e s p r e c h u n g der Berichte in „Zellen".

Berichterstattung über feindliche u. *besonders kl.-bürgerliche* Organisationen (Labour Party, soz. Parteien usw.).

Ausführlicher über die Pflicht *in den Massen* des unorganisierten, gelborganisierten (darunter II. und $2^1/_2$. Internationale) Proletariats *und nicht proletarischen* Schichten des *arbeitenden Volkes.*

§§ 26 u. 27.

Das paßt nicht hierher.

Es ist keine „Organisationsfrage".

Besser dieses Thema verarbeiten für einen besonderen Artikel für *Kom. Int.* etwa: „Organisationsfragen für revolutionäre Perioden" od. dgl.

Oder: Zur Frage von der beginnenden Revolution u. unseren entsprechenden Aufgaben (auf Grund russ. u. finnischer Erfahrung).

Geschrieben am 10. Juni 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 3.

Nach dem deutschsprachigen Manuskript.

2

BRIEF AN O. W. KUUSINEN UND WILHELM KOENEN[356]

An die Genossen Kuusinen u. Koenen

9. VII. 1921

Werte Genossen!

Mit großem Vergnügen habe ich Ihren Entwurf der Thesen üb. Organisation gelesen. Mir scheint die Arbeit sehr gelungen zu sein. Ich möchte nur beantragen zwei Zusätze:

1. Rat – Kontrollkommissionen in allen Parteien aus besten, erprobten, erfahrenen Arbeitern zu bilden;

2. üb. Spitzel einen besonderen Paragraph in Zusammenhang mit der Frage von der illegalen Arbeit. Etwa folgenden Inhalts: es ist unvermeidlich, daß die Bourgeoisie Spitzel u. Provokateure in die illegalen Organisationen schicken wird. Dagegen muß mit größter Sorgfalt u. Ausdauer der Kampf geführt werden, und besonders empfohlen sein muß als *ein* Mittel dieses Kampfes geschickte Verbindung, Kombinierung *der legalen* Arbeit mit der illegalen, Prüfung (ob für illegale Arbeit taugt) *durch* längere *legale* Arbeit.[357]

Mit komm. Gruß

Ihr *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 3.

Nach dem deutschsprachigen Manuskript.

3

BEMERKUNGEN ZU DEN ENTWÜRFEN DER THESEN ÜBER DIE TAKTIK FÜR DEN III. KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Brief an G. J. Sinowjew[358]

Das Wesen der Sache besteht darin, daß Levi *politisch* in sehr vielem *recht hat.* Leider hat er eine Reihe von Handlungen begangen, die die Disziplin verletzen, wofür ihn die Partei ausgeschlossen hat.

Die Thesen Thalheimers und Béla Kuns sind politisch grundfalsch. Phrasen und linksradikale Spielerei.

Radek schwankt und hat seinen ursprünglichen Entwurf durch eine Reihe von Zugeständnissen an die Kinderei der „Linken" verdorben. Schon sein erstes „Zugeständnis" ist höchst-charakteristisch: in § 1 seiner Thesen „Umgrenzung der Fragen"* hieß es bei ihm früher: „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse *(für die Prinzipien des Kommunismus)*" (wohlgemerkt). Korrigiert (verballhornt**): „Eroberung der *sozial entscheidenden Teile* der Arbeiterklasse".

Eine Perle! Hier, in diesem Kontext, die Notwendigkeit, „für die Prinzipien des Kommunismus" gerade die *Mehrheit* der Arbeiterklasse zu erobern, abzuschwächen ist der Gipfel der Ungereimtheit.

Um die Macht zu erobern, ist *unter bestimmten Bedingungen* (darunter bei bereits erfolgter Eroberung der *Mehrheit* der Arbeiterklasse *für die Prinzipien des Kommunismus*) am entscheidenden Ort ein *Schlag* der Mehrheit der sozial entscheidenden Teile der Arbeiterklasse notwendig.

Diese Wahrheit so umzuändern, zu verballhornen***, daß in § 1 der allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale über die Eroberung der Arbeiterklasse *für die Prinzipien des Kommunismus* die These von der Notwendigkeit, die *Mehrheit* der Arbeiterklasse zu erobern, *abgeschwächt wird* – das ist ein klassisches Beispiel für die Borniertheit Béla Kuns und Thalheimers (er macht, der Teufel soll ihn holen, einen soliden Eindruck, aber in Wirklichkeit ist er so, daß man ihn mit Ruten prügeln müßte) und ... die *eilfertige Nachgiebigkeit* Radeks.

Radeks Thesen waren übermäßig lang, verschwommen, ohne politischen Angelpunkt. Radek aber hat sie *noch* mehr verwässert, hat sie ganz und gar verdorben.

Was tun? Ich weiß es nicht. Es ist schrecklich viel versäumt worden – Zeit und Arbeit.

Wenn Sie nicht wollen, daß es zu einem offenen Kampf auf dem Kongreß kommt, schlage ich vor:

1. noch heute (da Bucharin versichert, daß Sie heute, nicht später, das Grundlegende entscheiden müssen: aufschieben wäre besser) durch eine

* „Umgrenzung der Fragen" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

** „verballhornt" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

*** „verballhornen" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

präzise Abstimmung die Thesen Thalheimers und B. Kuns als von Grund aus falsch gänzlich abzulehnen. Das schriftlich festhalten. Sie verderben alles, wenn Sie das nicht tun und hier nachgiebig sind.

2. als Grundlage den ersten Entwurf Radeks zu nehmen, der nicht „verbessert" ist durch Korrekturen, von denen ich ein Beispiel angeführt habe.

3. 1–3 Personen zu beauftragen, diesen Text zu kürzen und ihn so zu korrigieren, daß er (falls das möglich ist!) nicht mehr verschwommen ist, sondern wirklich folgendes klar, exakt, eindeutig, als zentrale Ideen, in den Mittelpunkt stellt:

Die Mehrheit (der Arbeiterklasse) haben die kommunistischen Parteien noch nirgends erobert: nicht für die organisatorische Führung, aber auch nicht für die Prinzipien des Kommunismus. Das ist die Grundlage des Ganzen. Dieses Fundament der einzig vernünftigen Taktik „abzuschwächen" ist *verbrecherischer Leichtsinn.*

Daraus ergibt sich: Revolutionäre Ausbrüche sind nichtsdestoweniger angesichts der Fülle von Zündstoff in Europa sehr bald möglich; möglich ist – im Ausnahmefall – auch ein leichter Sieg der Arbeiterklasse. Aber die Taktik der Kommunistischen Internationale jetzt auf dieser Möglichkeit aufzubauen ist unsinnig; unsinnig und schädlich ist es zu schreiben und anzunehmen, die Periode der Propaganda sei vorbei, begonnen habe die Periode der Aktionen.

Die Kommunistische Internationale muß die Taktik auf folgendem aufbauen: Man muß unentwegt und systematisch um die *Mehrheit der Arbeiterklasse,* in erster Linie *innerhalb* der **alten** *Gewerkschaften,* ringen. Dann werden wir bestimmt siegen, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen. Bei einer außerordentlich glücklichen Wendung der Ereignisse für eine kurze Zeit „siegen", das kann auch ein Dummkopf.

Daraus ergibt sich: Die Taktik des „Offenen Briefes" hat überall als verbindlich zu gelten. Das muß man direkt, klar und deutlich sagen, denn Schwankungen bezüglich des „Offenen Briefes" sind äußerst schädlich und äußerst schändlich und **äußerst stark verbreitet.** Dessen muß man sich bewußt sein. Alle, die nicht verstanden haben, daß diese Taktik des „Offenen Briefes" obligatorisch ist, sind spätestens einen Monat nach dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale aus der Kommunisti-

schen Internationale *auszuschließen.* Ich sehe klar, daß es ein Fehler von mir war, für die Zulassung der KAPD[359] zu stimmen, man muß ihn möglichst schnell und möglichst vollständig korrigieren.

Statt seine Gedanken umherschweifen zu lassen, wie Radek es tut, ist es besser, den gesamten Text des „Offenen Briefes" zu übersetzen (in der deutschen Fassung: den gesamten Text anzuführen) und den Brief als Vorbild und seine Bedeutung genauestens zu erläutern.

Und darauf würde ich die *allgemeine* Resolution über die Taktik beschränken.

Nur dann wird der *Ton* angegeben sein. Der zentrale Gedanke wird klar sein. Es wird keine Verschwommenheit geben. Es wird nicht möglich sein, daß jeder das herausliest, was er will (wie bei Radek).

Dann würde vom ursprünglichen Entwurf Radeks nur etwa ein Viertel bleiben, nicht mehr.

Wir sollten doch aufhören, *Broschüren* statt Thesen zu schreiben und zur Abstimmung zu bringen. Selbst ohne Meinungsverschiedenheiten unter uns allen sind bei einem solchen System einzelne Fehler unvermeidlich. Sobald aber der Leitgedanke fehlt und Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeschlossen sind, können wir uns auf *große* Fehler gefaßt machen, verderben wir die ganze Sache.

Und dann, wenn es Ihnen sehr in den Fingern juckt, kann man noch eine Ergänzung hinzufügen: Ausgehend von der dargelegten Taktik fügen wir im besonderen, als Beispiel, nicht als Prinzip, sondern eben als Beispiel, noch das und das hinzu.

Weiter.

Serrati und Levi in *einen* Topf als „Opportunisten" zu werfen ist dumm. Serrati ist schuldig; in welcher Frage? Man muß es klar und deutlich sagen: in der *italienischen* Frage, nicht in der Frage der allgemeinen Taktik. Seine Schuld besteht darin, daß er es zur Spaltung mit den Kommunisten hat kommen lassen, daß er die Reformisten, Turati und Co., nicht ausgeschlossen hat. Solange ihr das nicht tut, Genossen Italiener, steht ihr *außerhalb* der Kommunistischen Internationale. Wir schließen euch aus.[360]

An die italienischen Kommunisten aber ein sehr ernster Rat und die *Forderung:* Solange ihr nicht verstanden habt, beharrlich, geduldig, mit Geschick die Mehrheit der auf Serratis Seite stehenden *Arbeiter* zu **über-**

zeugen und auf eure Seite zu ziehen, seid nicht überheblich, laßt die linksradikalen Spielereien. Der „Fall Levi"* entstand nicht aus der allgemeinen Taktik, sondern aus der Einschätzung der Märzaktion**, der deutschen Frage. Brandler sagt: Es war eine Defensive. Die Regierung hat provoziert.

Nehmen wir an, daß das stimmt, daß es tatsächlich so war.

Welche Schlußfolgerung ergibt sich daraus?

1. Daß das ganze Geschrei von einer Offensive – und es gab unmäßig viel Geschrei darüber – falsch und unsinnig war;

2. daß die Taktik, zum *General*streik aufzurufen, ein *Fehler* war, da man es hier mit einer Provokation der Regierung zu tun hatte, die die *kleine Festung* des Kommunismus (jenen Bezirk in Mitteldeutschland, wo die Kommunisten bereits die Mehrheit hatten) in den Kampf hineinziehen *wollte.*

3. Solche Fehler muß man in Zukunft vermeiden, denn in *Deutschland* ist, nachdem im Bürgerkrieg durch raffinierte Manöver der Rechten 20 000 Arbeiter ermordet worden sind, eine besondere Situation entstanden.

4. Die Defensive von Hunderttausenden Arbeitern (Brandler sagt: *eine Million.* Stimmt das auch? *Übertreibt* er nicht? Warum gibt es keine Angaben nach Gebieten, nach Städten???) als „Putsch" und sogar als „Bakunistenputsch" zu bezeichnen ist schlimmer als ein Fehler, ist eine Verletzung der revolutionären Disziplin. Da Levi dem noch die und die Disziplinverstöße hinzugefügt hat (man muß sie exakt, sehr vorsichtig aufzählen), hat er Strafe verdient und ist zu Recht mit Ausschluß bestraft worden.

Man muß den Ausschluß *befristen,* meinetwegen auf ein halbes Jahr. Dann *gestattet* man ihm wieder, um Aufnahme in die Partei zu bitten, und die Kommunistische Internationale empfiehlt, ihn aufzunehmen, *wenn* er sich im Laufe dieser Frist loyal verhält.

Ich habe außer der Broschüre Brandlers noch nichts gelesen und schreibe dies nur auf der Grundlage der Broschüren von Levi und Brandler. Brandler hat – wenn überhaupt – eins bewiesen: Die Märzaktion** war kein „Bakunistenputsch" [für eine solche *Schmähung* mußte man Levi ausschließen], sondern eine heldenhafte Verteidigung der revolutionären Ar-

* „Fall Levi" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

** „Märzaktion" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

beiter, Hunderttausender; aber wie heldenhaft dies auch war, *in Zukunft darf* man einen solchen Kampf, provoziert von der Regierung, die durch Provokationen von Januar 1919 an bereits 20 000 Arbeiter ermordet hat, *nicht* aufnehmen, solange die Kommunisten nicht die Mehrheit im ganzen Lande, sondern nur in einem kleinen Bezirk hinter sich haben.

((Die Julitage 1917 waren kein Bakunistenputsch. Eine solche Einschätzung hätten wir mit dem Ausschluß aus der Partei beantwortet. Die Julitage waren eine heroische *Offensive.* Und welche Schlußfolgerung haben wir gezogen? Den nächsten heroischen Angriff werden wir nicht *vorzeitig* unternehmen. Die vorzeitige Aufnahme des allgemeinen Kampfes – das ist das Wesen der Märzaktion*. Kein Putsch, sondern ein *Fehler*, gemildert durch den Heroismus der Defensive Hunderttausender.))

Über Šmeral. Könnte man nicht wenigstens 2–3 *Dokumente* bringen?

Es könnte nichts schaden, für die Komintern wenigstens je 2 Dokumente über jedes Land abzudrucken (je 2–4 Seiten).

Welche Fakten über Šmeral? über Strasser?

Einen der wichtigsten Punkte nicht vergessen: man muß unbedingt alles aus den ersten Thesen Radeks entfernen, was sich auf die „Partei des Abwartens" bezieht, auf die Verurteilung dessen. Weg mit alldem.[361]

Über Bulgarien, Serbien (Jugoslawien?) und die Tschechoslowakei – die Frage konkret, gesondert, klar und exakt über *diese* Länder stellen.

Wenn es darüber keine einheitliche Meinung gibt, schlage ich vor, das Politbüro einzuberufen.

10. VI. 1921 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 52.

Nach dem Manuskript.

* „Märzaktion" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

4
ANTRÄGE ZUM ENTWURF DER „THESEN ÜBER DIE TAKTIK"

1. Den Namen Šmeral und das ganze Ende des Absatzes streichen.

2. Die Kommission (oder Exekutive) beauftragen, einen ausführlichen *Brief* an die tschechische Partei aufzusetzen mit einer sachlichen, genauen, *mit Zitaten* belegten Kritik dessen, was an Šmerals Position *falsch* ist und worin die Redakteure des Reichenberger „*Vorwärts*" vorsichtiger sein müssen.[362]

Geschrieben im Juli 1921, nicht später als am 9.
Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 2.

Nach dem Manuskript.

5
REDEN AUF DER BERATUNG DER MITGLIEDER DER DEUTSCHEN, POLNISCHEN, TSCHECHOSLOWAKISCHEN, UNGARISCHEN UND ITALIENISCHEN DELEGATION
11. JULI

1

Gestern habe ich in der „Prawda" einige Nachrichten gelesen, die mich überzeugten, daß die Stunde des Ansturms vielleicht näher ist, als wir auf dem Kongreß glaubten, und was uns die jungen Genossen so übelnahmen. Aber diese Nachrichten will ich später nennen, muß aber sagen, daß, je näher der Generalansturm, desto „opportunistischer" wir vorgehen müssen. Jetzt gehen Sie alle nach Hause und sagen den Arbeitern, wir sind jetzt mäßiger geworden, als wir vor dem III. Kongreß waren. Ihr braucht euch nicht zu schämen, ihr sagt, wir haben Fehler gemacht und wollen jetzt vorsichtiger vorgehen; dadurch erhalten wir die Massen von der SP und USP, die objektiv durch die ganze Lage zu uns gedrängt werden, die aber

vor uns Angst gehabt haben. Ich will an unserem Beispiel zeigen, wie man vorsichtiger sein muß.

Am Anfang des Krieges hatten wir Bolschewiki nur eine Losung: Bürgerkrieg – und zwar unerbittlich. Wir haben jeden als Verräter gebrandmarkt, der nicht den Bürgerkrieg predigte. Aber als wir im März 1917 nach Rußland zurückkamen, da trat in unsrer Haltung eine vollständige Änderung ein. Als wir nach Rußland kamen und mit den Bauern und Arbeitern sprachen, sahen wir, daß sie alle für die Landesverteidigung sind. Aber selbstverständlich in ganz anderem Sinne als die Menschewisten, und wir konnten diese schlichten Arbeiter und Bauern doch nicht Schufte und Verräter schimpfen. Wir nannten das *„gewissenhafte Landesverteidigung"*. Ich will darüber überhaupt einen längeren Artikel schreiben und alle Materialien herausgeben. Am 7. April habe ich Thesen veröffentlicht, in denen ich sagte: Vorsicht und Geduld.* Unsere erste Haltung am Anfang des Krieges war richtig, da galt es, einen klaren, entschlossenen Kern zu bilden. Die spätere Haltung war auch richtig, da galt es, die Massen zu gewinnen. Damals polemisierten wir schon gegen den Gedanken, sofort die Provisorische Regierung niederzuwerfen. Ich schrieb: Wir müssen die Regierung niederwerfen, weil sie eine oligarchische, keine Volksregierung ist, weil sie uns kein Brot, keinen Frieden geben kann. Man kann sie aber nicht sofort niederwerfen, weil sie sich auf die Arbeiterräte stützt und vorläufig noch Vertrauen bei den Arbeitern hat. Wir sind doch keine Blanquisten; wir wollen nicht mit der Minderheit der Arbeiterklasse gegen die Mehrheit regieren.** Die Kadetten, die feine politische Köpfe sind, haben sofort den Widerspruch zwischen unserer früheren und der neuen Haltung gemerkt und nannten uns Heuchler; aber da sie uns gleichzeitig noch Spione, Verräter, Schufte und deutsche Agenten nannten, so machte die erste Qualifikation keinen Eindruck. Am 20. April kam die erste Krise: Miljukows Note über die Dardanellen, die die Regierung als eine imperialistische entlarvte. Darauf gingen bewaffnete Soldatenmassen gegen die Regierungsgebäude und stürzten Miljukow. An ihrer Spitze stand ein gewisser Linde, ein Parteiloser. Die Bewegung war nicht von der Partei organisiert. Wir haben damals die Bewegung folgendermaßen charakterisiert: Es ist ein bißchen mehr als wie bewaffnete Demonstration

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 1–8. *Die Red.*

** Vgl. ebenda, S. 22. *Die Red.*

und ein bißchen weniger als ein bewaffneter Aufstand. In unserer Konferenz am 22. April verlangte die linke Richtung sofortigen Sturz der Regierung. Die Zentralleitung dagegen sprach sich gegen die Losung des Bürgerkrieges aus, und wir gaben allen Agitatoren in der Provinz die Anweisung, widerlegt die infame Lüge, daß die Bolschewiki den Bürgerkrieg wollen. Am 22. April schrieb ich, die Losung „Nieder mit der Provisorischen Regierung" ist falsch, denn ohne die Mehrheit des Volkes für sich zu haben, wird sie entweder zur Phrase oder zum Abenteuer.*

Wir haben uns nicht gescheut, unsere Linke „Abenteuerer" zu nennen unter den Augen unserer Feinde. Darauf triumphierten die Menschewisten und sprachen von unserem Bankrott. Wir sagten aber, jeder Versuch, ein bißchen – wie wenig es auch sei – linker als das Zentralkomitee zu sein, ist eine Dummheit, und wer linker als das Zentralkomitee steht, der steht bereits jenseits des gesunden Menschenverstandes. Wir ließen uns nicht einschüchtern durch die Schadenfreude der Gegner.

Unsere einzige Strategie jetzt ist, mächtiger zu werden und darum klüger, mäßiger, „opportunistischer", und das müssen wir den Massen sagen. Nachdem wir aber durch unsere Mäßigkeit die Massen gewonnen haben, dann kommt die Anwendung der Offensivtaktik, und zwar im strengsten Sinne des Wortes.

Und jetzt die drei Nachrichten:

1. Munizipalarbeiterstreik in Berlin. Die Munizipalarbeiter sind doch meistens konservative Leute, MS** und USP-Leute, gut situiert, und sie sind gezwungen, zu streiken.[363]

2. Textilarbeiterstreik in Lille.[364]

Die 3. Tatsache ist die wichtigste: In Rom kam ein Meeting von 50 000 Arbeitern zusammen aller Parteien: Kommunisten, Sozialisten, auch Republikaner, um den Kampf gegen die Faschisten zu organisieren, und es kamen 5000 Kriegsteilnehmer in Uniform, und kein Faschist wagt, auf der Straße zu erscheinen.[365] Das beweist, daß es viel mehr Brennmaterial in Europa gibt, als wir glaubten. Lazzari hat unsere taktische Resolution gelobt; das ist der große Gewinn unseres Kongresses: Wenn Lazzari sie anerkennt, so werden Tausende Arbeiter, die hinter Lazzari stehen, gewiß zu uns kommen, und ihre Führer werden sie nicht von uns

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 198/199. *Die Red.*

** Mehrheitssozialisten. *Die Red.*

abschrecken können. „Il faut reculer, pour mieux sauter." (Man muß zurückweichen, um besser zu springen.) Und dieser Sprung ist unvermeidlich, weil objektiv die Lage unhaltbar wird.

Also wir fangen jetzt mit unserer neuen Taktik an; nicht nervös werden, wir können nicht zu spät kommen, eher zu früh, und wenn ihr fragt, ob Rußland solange aushalten kann, so sagen wir, wir führen jetzt einen Krieg gegen das Kleinbürgertum, gegen das Bauerntum, einen ökonomischen Krieg, der viel gefährlicher ist für uns als der bisherige. Aber wie Clausewitz gesagt hat, das Element des Krieges ist die Gefahr, und wir standen keinen Augenblick außerhalb der Gefahr. Ich bin sicher, daß, wenn wir vorsichtiger vorgehen, wenn wir Konzessionen zur rechten Zeit machen, werden wir auch in diesem Kriege siegen, wenn er auch länger als drei Jahre dauern wird.

Resümiert:

1. Alle, einstimmig, sagen wir in ganz Europa, wir wenden eine neue Taktik an, und so gewinnen wir die Massen.

2. Koordination des Angriffes in den wichtigsten Ländern: Deutschland, Tschechoslowakei, Italien. Hier ist eine Vorbereitung notwendig, ein stetes Zusammenwirken. Europa ist mit Revolution schwanger. Aber einen Kalender der Revolution vorauszusagen ist unmöglich. Wir in Rußland halten schon aus, nicht nur fünf Jahre, sondern viel mehr. Die einzig richtige Strategie ist die, die wir beschlossen haben. Ich bin sicher, daß wir einen Komplex für die Revolution erobern, dem die Entente nichts anhaben können wird, und das wird schon der Anfang des Sieges im Weltmaßstab sein.

2

Šmeral schien mit meiner Rede sehr zufrieden, aber er legt sie einseitig aus. Ich habe in der Kommission gesagt, daß Šmeral drei Schritte nach links und Kreibich einen Schritt nach rechts gehen soll, damit sie die richtige Linie finden. Šmeral hat leider nichts davon gesagt, daß er diesen Schritt machen will. Er hat auch nichts gesagt, wie er sich die Dinge denkt. Wegen der Schwierigkeit hat Šmeral nur das Alte gesagt und nichts Neues dazu. Šmeral hat gesagt, daß ich bange Gedanken zerstreut habe. Er hat im Frühjahr gefürchtet, daß die kommunistische Behörde von ihm eine

unzeitgemäße Revolution fordern könnte, aber diese Befürchtung ist durch die Ereignisse zerstreut worden. Wir aber haben andere bange Gedanken, und zwar die, ob es in der Tschechoslowakei auch wirklich zur Vorbereitung der Offensive kommen wird und nicht nur zum Hinweis auf die Schwierigkeiten. Ein linker Fehler ist nur ein Fehler; er ist nicht groß und leicht zu korrigieren. Wenn aber in bezug auf die Entschlossenheit des Kampfes ein Fehler gemacht wird, dann ist das kein kleiner Fehler, sondern ein Verrat. Vergleichen kann man so etwas nicht. Die Theorie, daß wir die Revolution machen, daß wir aber erst folgen, wenn andere vorausgehen, ist sehr fehlerhaft.

3

Meine Ansicht war, den Rückzug dieses Kongresses mit dem zu vergleichen, was wir 1917 in Rußland gemacht haben, um so zu zeigen, daß dieser Rückzug dazu dienen soll, die Offensive vorzubereiten. Die Gegner werden sagen, daß wir heute nicht dasselbe sagen, was wir früher gesagt haben. Sie werden daraus in kleinerem Umfange Gewinn ziehen, aber die Arbeitermasse wird uns verstehen, wenn wir ihr sagen, in welchem Sinne die Märzaktion ein Fortschritt war und warum wir ihre Fehler kritisieren, und sagen, daß wir uns besser vorbereiten wollen. Ich bin einverstanden mit *Terracini*, wenn er sagt, daß die Interpretationen Šmerals und Burians schlecht seien. Wenn wir die Koordinierung so verstehen, daß wir warten, bis ein anderes Land, das reicher ist und mehr Bevölkerung hat, vorausgeht, dann ist das keine kommunistische Interpretation, sondern direkter Betrug. Die Koordination muß auch sein, so daß die Genossen von den anderen Ländern wissen, welche Punkte bedeutend sind. Die wichtigste Interpretation der Koordination ist: bessere und schnellere Nachahmung der guten Beispiele. Das Beispiel der Arbeiter *Roms* ist gut.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 5; die erste Rede vollständig, die zweite und dritte nach der gekürzten stenografischen Niederschrift.

Nach der maschinegeschriebenen Übertragung der deutschsprachigen stenografischen Niederschrift.

ERGÄNZUNGEN ZUM ENTWURF DES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE KOLLEKTIVE ENTLOHNUNG DER ANGESTELLTEN IN SOWJETINSTITUTIONEN[366]

PUNKT „A"

Die Kommission der Fünf wird beauftragt, möglichst vollständige Materialien zu sammeln, damit die gegenwärtig in den zentralen Moskauer Institutionen übliche Entlohnung festgestellt werden kann, und zwar sowohl das, was faktisch in Naturalien ausgegeben wird, als auch die Höhe des tatsächlichen Geldlohns, wobei ausnahmslos alle Zahlungen einbezogen werden müssen, auch Ausgaben für Droschken u. ä.

PUNKT „D"

Die kollektive Versorgung sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten ist nur unter Beachtung folgender Richtlinien einzuführen:

1. jeder Betrieb, in dem die kollektive Versorgung eingeführt wird, schließt mit der Regierung einen besonderen Vertrag ab;

2. auf Grund dieses Vertrags verpflichtet sich der Betrieb (vertreten durch die Leitung und besonders gewählte Personen), unentwegt, bis ein normaler Stand erreicht ist, die Zahl der Arbeiter und Angestellten zu reduzieren sowie ihre Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin zu steigern. Einem Betrieb in der Industrie entspricht eine Abteilung oder Unterabteilung u. ä. für die Sowjetangestellten;

3. Nichterfüllung des Vertrags zieht eine Strafe nach sich, die bis zum Entzug jeglicher Versorgung gehen kann.

Geschrieben am 28. Juni 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX.

Nach dem Manuskript.

VORSCHLAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE PRÄMIERUNG VON BETRIEBEN[367]

Ich schlage dem Politbüro vor:

Prämien bis zu 10 000 Goldrubel, wenn eine Gruppe von Betrieben, Abteilungen, Institutionen vorbildlich auf kommerzieller Basis organisiert worden ist.

8. VII. 1921 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX. *Nach dem Manuskript.*

NOTIZEN ÜBER MASSNAHMEN ZUM KAMPF GEGEN DIE HUNGERSNOT UND ÜBER DIE VERSTÄRKUNG DER WIRTSCHAFTSARBEIT[368]

Wenn ein Gebiet, das von der Mißernte betroffen ist und hungert, ein Territorium mit einer Bevölkerung von 25 Millionen umfaßt, sollte man da nicht eine Reihe revolutionärer Maßnahmen ergreifen und aus eben *diesem* Gebiet ungefähr 500 000 Jugendliche in die Armee nehmen? (vielleicht sogar bis zu 1 Million?)

Ziel: der Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade helfen; denn wir verpflegen einen Teil der Hungernden und helfen vielleicht auch den übrigen bis zu einem gewissen Grade durch Brotpakete, die nach Hause geschickt werden. Das erstens. Und zweitens: diese halbe Million sollte in der Ukraine stationiert werden, damit sie helfen, die Arbeit im Ernährungswesen zu verstärken, an der sie brennend interessiert sind, da sie die Ungerechtigkeit, daß sich die reichen Bauern in der Ukraine vollfressen, besonders deutlich erkennen und spüren.

In der Ukraine rechnet man (Rakowski) mit einer Ernte von annähernd *550–650* Millionen Pud. Zieht man *150* Millionen Pud für die Aussaat und *300* ($15 \times 20 = 300$) für die Versorgung von Mensch und Vieh ab,

dann erhalten wir einen Rest (550 – 450 = *100*; 650 – 450 = *200*) von ungefähr *150 Millionen Pud* im Durchschnitt. Stationiert man in der Ukraine eine Armee aus den Hungergouvernements, könnte man diesen Rest (durch Steuern + Warenaustausch + besondere Requisitionen bei den Reichen als Hilfe für die Hungernden) *vollständig* erfassen.

In den Hungergouvernements muß man sofort die Maßnahmen zur Erfassung von Rohstoffen (Häute, Hufe, Hörner, Borsten usw. usf.) verstärken, *indem man es unter anderem zur* Regel *macht, auch nicht mit* einem einzigen Pud zu helfen, weder als Saatgut noch zu Ernährungszwecken, wenn nicht mit dieser oder jener Art von Rohstoff, mit Bruchholz oder dergleichen bezahlt wird.*

Um die Arbeit der Gouvernements-, Kreis- und Bezirkswirtschaftsräte Petrograds, Moskaus, Iwanowo-Wosnessensks und einiger der wichtigsten Industriezentren in der Nähe der beiden Hauptstädte zu aktivieren, sollte man vielleicht je 2–4 verantwortliche Mitarbeiter der Zentralbehörden in diese Wirtschaftsräte delegieren. Diese Gruppen, sagen wir, von 4 Mann würden sich gut aufeinander einspielen, da sie entweder aus Mitarbeitern ein und derselben zentralen Institution oder aus Leuten ausgewählt würden, die einander gut kennen, und sie würden systematisch in diesen Wirtschaftsräten arbeiten, sagen wir, jeder eine Stunde am Tage, zusammen 3–4 Stunden.

Der vollständige oder teilweise Einsatz von Mitarbeitern derjenigen Volkskommissariate, die sich nicht mit der Wirtschaft befassen, zur Arbeit in der Wirtschaft könnte folgendermaßen vonstatten gehen: die Arbeit im eigenen Volkskommissariat übertragen die Eingesetzten zu 3/4 bis 9/10 drittrangigen Mitarbeitern und beschränken sich darauf, diese zu kontrollieren.

In Moskau (und danach auch in anderen Orten) sind *alle* verantwortlichen Parteiarbeiter für die *Wirtschafts*arbeit zu mobilisieren, und zwar wie folgt:

Jeder verantwortliche Parteiarbeiter eines *nicht*wirtschaftlichen Volkskommissariats übernimmt eine örtliche *Wirtschafts*arbeit *unten;* zu diesem Zweck schließt er sich einem bestimmten Betriebskomitee (oder Haus- oder Straßenkomitee) an – einer Organisation, die *nicht höher* als die genannten steht (denn es geht um die Arbeit unten) – und verpflichtet

* Im Manuskript ist dieser Absatz von W. I. Lenin gestrichen. *Die Red.*

sich, dieser Arbeit täglich mindestens zwei Stunden zu widmen. An erster Stelle hat hierbei die Verteilung von Lebensmitteln, die Verbesserung der Arbeit des betreffenden Wirtschaftszweigs und die Brennstoffversorgung zu stehen.

Wichtig ist, *jedem* Mitarbeiter eine festumrissene Aufgabe zuzuweisen.

Sollte man nicht in Moskau (und vielleicht auch in Petrograd?) gleichzeitig mit der Zählung der verantwortlichen Parteiarbeiter per 1. VII. 1921 eine Zählung aller Mitglieder der KPR vornehmen? Dazu die Statistischen Gouvernementsbüros heranziehen. Exakte Angaben über die Partei erhalten.*

Geschrieben im Juli 1921,
nicht später als am 9.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DIE ORGANISIERUNG DES WARENAUSTAUSCHS DURCH DEN ZENTRALVERBAND DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN[369]

1. Den nächsten Bericht in einem Monat ansetzen.

2. Durch einen Bevollmächtigten der *Statistischen Zentralverwaltung* ist das Muster für die Berichterstattung zu überprüfen und sein ordnungsgemäßer Versand an die örtlichen Stellen sowie deren Pflichterfüllung hinsichtlich der Berichterstattung zu kontrollieren.

Frist 1 Woche.

3. Der Zentralverband wird beauftragt, dem Rat der Volkskommissare eine Reihe von Beschlüssen über einen energischeren Kampf gegen den anarchischen Warenaustausch vorzulegen.

Frist 1 Woche.

* Im Manuskript ist dieser Absatz von W. I. Lenin gestrichen. *Die Red.*

4. Was die Äquivalente betrifft, so wird dem Zentralverband und seinen örtlichen Organen einschließlich der Warenaustauschstellen auf dem Lande größere Freiheit bei der Abwicklung der Geschäfte und die systematische Anwendung hoher Prämien für schnellen und großen Umsatz zugestanden.

Frist 1 Woche zur Vorlage im Kleinen Rat der Volkskommissare.

Geschrieben am 15. Juli 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1932 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XX.

ANTRAG AN DAS ZK DER KPR(B)[370]

Ich beantrage:

1. die Frage vorläufig zugunsten des Sibirischen Büros zu entscheiden (noch heute, am 28. VII.);

2. dem Sibirischen Büro eine Rüge zu erteilen wegen eindeutiger Verletzung der Parteipflicht, die darin zum Ausdruck kam, daß das Sibirische Büro nicht gleichzeitig den Text der Vorschläge der beiden anderen Richtungen geschickt hat. Das Sibirische Büro war verpflichtet, offiziell und rechtzeitig von den beiden anderen Richtungen den Text ihrer Vorschläge für das ZK anzufordern;

3. telegrafisch aus Omsk umgehend eine von den Vertretern der beiden Richtungen formulierte Kurzfassung ihrer Vorschläge anzufordern;

4. die Parteikonferenz auf den 15. 8. zu verschieben;

5. möglichst ein Mitglied des ZK ausfindig zu machen, das zu der Konferenz am 15. 8. geschickt werden kann.

28. 7.

Geschrieben am 28. Juli 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXXVI.

VORSCHLÄGE ZU DEN SCHLUSSFOLGERUNGEN F. E. DZIERZYNSKIS ÜBER DIE LAGE IM VERKEHRSWESEN[371]

§ 1. Intensiver nach Maßnahmen forschen usw.
2–4 Das Orgbüro soll die Fragen unter Hinzuziehung des Gen. Rudsutak schnellstens behandeln.
5– Ausarbeiten und auf staatlicher Ebene durchführen.
6– Über Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrswesens und über eine engere Verbindung des Parteiapparats mit dem der Eisenbahnen.

Geschrieben am 8. August 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN G. J. SINOWJEW UND AUFTRAG FÜR DEN SEKRETÄR

6 Kopien anfertigen und verschicken
1. Radek
2. ich
3. Trotzki
4. Kamenew
5. Stalin
6. Reserve

An Gen. Sinowjew

13. VIII. 1921

Offensichtlich ist es in Rußland nicht möglich, ein ordentlich funktionierendes Büro einzurichten, das Angaben über die internationale Arbeiterbewegung regelmäßig zusammenstellt und auswählt. Wir haben dafür weder Leute noch Bibliotheken u. dgl.

Ich schlage vor, ein solches Büro in Deutschland einzurichten. Einen Leiter einzustellen (einen Kommunisten, der keine andere Arbeit machen kann, oder noch besser einen *Nicht*kommunisten) plus 2 Mitarbeiter (+ 2–3 Maschineschreiberinnen).

Hierfür müßte monatlich eine bestimmte Summe bereitgestellt werden. Man müßte versuchen, das *legal* unter der Firma, sagen wir, einer Art Zeitungskorrespondenz* zu organisieren – Lieferung von Artikeln und Materialien an Zeitungsredaktionen.

Drei Deutsche zu finden (die Englisch, Französisch, Italienisch und Tschechisch können – das genügt für den Anfang) ist natürlich möglich. Radek hatte wohl sogar schon jemanden im Auge.

Dieses Büro würde, wenn es uns gelingt, tüchtige Mitarbeiter zu finden und kontraktlich zu binden (der Intelligenz geht es in Deutschland schlecht, und wir könnten gute Kräfte heranziehen), für uns systematische wissenschaftliche Arbeit leisten, indem es Literatur und speziell Zeitungsmaterial *sammelt* und nach 2 Grund- und Hauptfragen *bearbeitet:*

A) *der internationale Imperialismus;*

B) *die internationale Arbeiterbewegung.*

Als Mitarbeiter dieses Büros (und als publizistische Berater) könnten wir wahrscheinlich (über Radek und mit Radeks Hilfe) 2–3 Dutzend Kommunisten finden, die in allen Ländern der Erde journalistisch tätig sind.

Ein solches Büro würde in erster Linie in deutscher Sprache arbeiten (für den europäischen Kontinent gegenwärtig zweifellos die international üblichste Sprache); doch bei der ersten Gelegenheit würden wir seine Publikationen durch Übersetzungen ins Französische und Englische ergänzen. Übersetzungen ins Russische wären sofort leicht zu bewerkstelligen: wir würden das einfach auf staatlichem Wege 2–3 bürgerlichen Professoren übertragen, um nicht kommunistische Kräfte für eine rein ausführende Tätigkeit abzuziehen.

Das Büro müßte zu den beiden genannten Fragen (A und B) systematisch die gesamte internationale Literatur verfolgen, insbesondere Zeitungen, und *Listen der wertvollen Bücher und Zeitungsartikel* zu jeder Frage anfertigen.

Das wichtigste wäre hierbei, diese Fragen richtig zu unterteilen und zu gruppieren; – eine *rationelle* und zu gegebener Zeit, entsprechend den jeweiligen Erfordernissen, zu ergänzende *Liste* dieser Fragen, nach Gruppen gegliedert, anzufertigen.

Weiter – über Bücher und nur in sehr seltenen Fällen über besonders

* „Zeitungskorrespondenz" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

wichtige (1 auf 100 oder vielleicht 1 auf 500) Zeitungsartikel – eine Rezension von nicht mehr als 3–10 Zeilen anfertigen, damit man sofort ersehen kann, was in dem betreffenden Buch oder in dem betreffenden Artikel zu finden ist, was sie enthalten.

Die publizistischen Berater könnten derartige Rezensionen (genauer gesagt, nicht Rezensionen, sondern Inhaltsangaben) leicht anfertigen, wenn das deutsche Zentrum das organisieren und die Publizisten bezahlen würde.

Ferner, das Büro muß laufend

eine Zusammenstellung der wichtigsten Zeitungsmeldungen und *die Sammlung von Zeitungsausschnitten* vornehmen (für den Anfang wenigstens in 3–4 Exemplaren: eins verbleibt am Ort, eins für Moskau, eins als Reserve).

Wir würden (mit Hilfe der *Berater* und hier vor allem mit Hilfe von Radek) die Themen aufstellen, beispielsweise:

– – Schattierungen und Streitfragen innerhalb des Kommunismus;
– – „ „ „ auch *in der Umgebung* des Kommunismus (II$^{1}/_{2}$ und Anarchisten);
– – „ „ „ auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung;
– – Wahlen und Wahlstatistik (bzw. -ergebnisse), um die Stärke der Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung zu vergleichen;
– – die Geschichte bedeutender Streiks und „Vorfälle" (Demonstrationen, Aktionen, Kundgebungen u. dgl.) usw.

Ich glaube, daß dieses Büro bei richtiger Organisation gewisse Einnahmen erzielen könnte, denn seine Bulletins würden als wichtiges Informationsmaterial von bestimmten Zeitungen und Bibliotheken gekauft werden.

Aber natürlich würden diese Einnahmen bestenfalls nur einen geringen Teil der Ausgaben decken. Die Ausgaben können und müssen wir übernehmen. Uns wird das ganze Material unmittelbar für die Volksbildung und für die Agitation und Propaganda zugute kommen.

Ein solches Büro kann und muß man organisieren. Es kann sehr großen Nutzen bringen. Ohne dieses Büro haben wir weder Augen noch Ohren, noch Hände, um an der internationalen Bewegung teilzunehmen – und

wir tun das sporadisch, weil wir (was die Information anbelangt) davon *abhängig* sind, wer in der Nähe, wer gerade zur Hand ist, wer zufällig etwas gelesen hat, zufällig vorbeigekommen ist, zufällig etwas erzählt hat usw.

Ich schlage dem Politbüro vor, diesen Plan zu erörtern und für seine *vorläufige* Ausarbeitung eine kleine Kommission zu bilden, etwa:

Radek
Trotzki
+ ?

Vielleicht am Anfang besser nur zwei. Diese werden sowohl Steklow als auch Béla Kun (und viele andere) zur Mitarbeit *heranziehen* und den Kandidaten für den Posten des *Leiters dieses Büros* nach Moskau *kommen lassen*, werden dann den *Kostenplan* aufstellen und dem Politbüro den ganzen *ausgearbeiteten* Plan vorlegen.[372]

16. VIII. *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 53.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUR ÜBERPRÜFUNG DES VOLKSKOMMISSARIATS FÜR AUSSENHANDEL[373]

Ich schlage dem Politbüro vor zu beschließen:

1. Der Bericht wird gegeben.
2. Als Berichterstatter wird Unschlicht benannt.
3. Der Bericht wird so gehalten, daß sich als *Schlußfolgerung* aus demselben Beschlüsse des Politbüros dazu ergeben.

4. Der vertrauliche Teil wird ausgesondert für einen Bericht in einer geschlossenen Sitzung.

23. VIII. *Lenin*

Geschrieben am 23. August 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

ANTRAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B), UNGERN VOR GERICHT ZU STELLEN[374]

Ich empfehle, dieser Angelegenheit größere Aufmerksamkeit zu schenken, dafür zu sorgen, daß die Stichhaltigkeit der Anklage überprüft wird, und, falls lückenlose Beweise vorliegen, woran offensichtlich nicht zu zweifeln ist, eine öffentliche Gerichtsverhandlung anzuberaumen, sie so schnell wie möglich durchzuführen und ihn zu erschießen.

Telefonisch diktiert am 26. August 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar.

NOTIZ FÜR E. VARGA UND THESEN ÜBER DIE ORGANISIERUNG EINES INFORMATIONSDIENSTES ZU FRAGEN DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

Lieber Genosse Varga! Anbei meine Bemerkungen. Wenn Sie das nötig halten, können wir noch telephonisch sprechen.

Beste Grüße! *Lenin*

31. 8.

A b ä n d e r u n g s a n t r ä g e o d e r T h e s e n
zum Entwurf des Gen. E. Varga
über die Organisierung eines Informationsdienstes

1. Unbedingte und strikteste Legalität des Instituts für Berliner oder Wiener Verhältnisse u. für ganz Westeuropa, England u. Amerika.

2. Sitz des Instituts Berlin od. Wien od. Kopenhagen od. Christiania.

3. Nicht mehr als 20% der Arbeitszeit und der Publikationen des Instituts darf dem wirtschaftlichen und sozialen Teile (beide zusammen 20%) gewidmet werden. 80% – dem politischen Teile.

4. Was den politischen Teil betrifft, so fällt dem Institut nur die Aufgabe zu, objektive Daten zu sammeln über Fragen, die legal sind u. offen besprochen werden können.

5. Das Institut soll unabhängig sein von den einzelnen Komparteien.

6. Der offizielle Titel des Instituts muß etwa lauten: Institut für Studium der Formen der sozialen Bewegung.

7. Prinzipielle Instruktionen zu geben dem Leiter (oder drei, nicht mehr, Leitern) des Instituts.

8. Auf Grund der mündlichen prinzipiellen Instruktion soll der Leiter eine ausführliche, absolut legale, Instruktion ausarbeiten u. hier in Moskau diese Instruktion definitiv von *E K K I* bestätigen lassen.

9. Berichterstattung – wöchentlich oder zweimal wöchentlich. Wirtschaftlich-soziale Beilagen monatlich oder dreimonatlich.

10. Das Institut soll absolut ohne jegliche Verbindung mit den russ. Gesandtschaften existieren.

11. Das Institut soll bescheidener anfangen. Nur deutsche Sprache für deutschsprachige Länder, Skandinavien u. slavische Länder.

Erweiterung auf anglosaxonische u. romanische Länder nur auf Grund spezieller Vereinbarungen je mit einem Vertreter der beiden dieser Gruppen von Ländern, Vereinbarung nur hier in Moskau.

12. Die Berichte oder besser zu sagen die Publikationen oder die Korrespondenzen des Instituts sollen von den Abonnenten (Zeitungen, Bibliotheken usw.) bezahlt werden.

Grundprinzip soll sein: so das Institut einzurichten und seine Arbeiten so zu führen, daß *a l l e* Arbeiterzeitungen *aller* Richtungen *g e z w u n g e n* sein müssen, die Publikationen des Instituts zu abonnieren u. zu

bezahlen. Geschieht dies nicht, so ist es der Beweis, daß das Institut nichts taugt.

13. Als erster Entwurf der Instruktionen soll der Entwurf des Gen. Varga[375] dienen. Zwei gründliche Änderungen dieses Entwurfes sind m. E. nötig: 1) § 3 *oben;* 2) viel ausführliche Bearbeitung des politischen Teils.

Einiges zu diesem Punkt 2:

(Anlage B) § 3 u. 4: Korrespondenzen aus den Fabriken?

+ Geldsammlungen der Arbeiter selbst?

+ speziell u. besonders ausführlich soll bearbeitet werden die Fragen der *Gewerkschaftsbewegung* vom politischen Standpunkte. Die Eroberung der Gewerkschaften ist eine der wichtigsten politischen Fragen.

+ Arbeiterkooperativen. *Idem.* (zu Teil II, b)

+ alle politische *Übergangsformationen* (wie „Farmers-Labor Party" in Ver. Staaten) sind *besonders* wichtig.

+ Flugblätter? Verteilung? Verbreitung?

+ **Verhältnis** zum Kriege 1914–8? *Ganz besonders wichtig.*

Teil II, § a „revolutionäre" (??) Arbeiterparteien wie KAPD.

Titel unrichtig. Sie sind *nicht* revolutionär. Zu sagen wäre: halbanarchistische od. anarchistelnde od. dem Anarchismus nahestehende.

Hinzufügen: Spaltung des Anarchismus in der ganzen Welt in patriotischen u. internationalistischen Teil; – *pro* Sowjetsystem, *gegen* Sowjetsystem.

(§ b) Parteien der 2 u. 2½ Int. **viel** *ausführlicher.*

+ Verhältnis zu *eigenen* Kolonien – u. *Imperialismus* in *praktischer* Politik *viel, viel* ausführlicher.

+ alle pazifistischen u. kleinbürgerlich-demokratischen Gruppen u. Strömungen *viel ausführlicher.*

u. dglch.

31. 8. 1921. *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem deutschsprachigen Manuskript.

AN E. VARGA

Lieber Genosse Varga!

Ich halte die Fragestellung (ob die *EKKI* zu informieren *oder* die Arbeiterpresse *o d.* beide?) für unrichtig.

Wir brauchen *volle* u. *wahrheitstreue* Information. Und die Wahrheit kann nicht davon abhängen, für wen sie dienen soll.

Man kann nur die Teilung anerkennen: *illegale* (nur für *EKKI*) u. *legale* (für alle) Information.

Die erste existiert schon; muß existieren *separat;* muß verbessert werden.

Die zweite, um gut zu sein, braucht gute Organisierung der *Tatsachen*sammlung ohne Affichierung, daß „wir" Kommunisten sind.

Ist die *Tatsachensammlung* voll, genau, gut, dann *wird* unbedingt auch die gelbe Arbeiterpresse (besonders lokale u. gewerkschaftliche Blätter) unser Material *kaufen* u. bezahlen. Geschieht dies nicht, dann ist es der Beweis, daß wir die legale Arbeit *schlecht* führen.

1. IX. 1921

Mit komm. Gruß *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem deutschsprachigen Manuskript.

BESCHLUSS DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE STATISTISCHE ERFASSUNG DER SPENDENSAMMLUNGEN VON ARBEITERN IN EUROPA[376]

2. September 1921

a) Die russischen Mitglieder des Exekutivkomitees werden beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Komintern die Spenden der europäischen Arbei-

ter für die Hungernden in Rußland laufend und exakt statistisch erfaßt und ständig Mitteilungen über diese Spenden veröffentlicht.

b) Das ZK weist besonders darauf hin, daß die Agitation unter den Arbeitern Europas für die Zeichnung eines Tagesverdienstes als eine der zweckmäßigsten Formen der Hilfeleistung für die Hungernden zu verstärken ist.

c) Die russischen Mitglieder der Komintern werden angewiesen, nach zwei Wochen über den Verlauf dieser Propaganda im Politbüro Bericht zu erstatten.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

NOTIZ FÜR W. M. MOLOTOW UND ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUR NOTE AN NOULENS

Gen. Molotow!

Noulens ist bodenlos dreist. Auf der Rückseite mein Vorschlag für einen Beschlußentwurf. Sollten wir nicht einer Meinung sein, verlange ich die Einberufung des gesamten Politbüros für morgen; ich werde dann hereinkommen. Hier darf man auf keinen Fall nachgeben.

4. IX. *Lenin*

Ich schlage folgenden Text
für einen Beschluß des Politbüros vor:

„Tschitscherin wird beauftragt, als Antwort an Noulens in schärfster Form eine ablehnende Note nach Art einer Proklamation gegen Bourgeoisie und Imperialismus zu verfassen; dabei ist die konterrevolutionäre Rolle von Noulens selbst besonders hervorzuheben und extra auf den unverschämt-frechen Charakter des Angebots einzugehen, vor jedem Vertrag eine sich Expertenausschuß nennende Kommission von Spionen zu schikken; ferner ist der Gedanke ins Lächerliche zu ziehen, der Kommission am

4. IX. Angaben über die Wintersaaten zu schicken, darüber, was wir selbst rechtzeitig getan haben; extra die 7 Punkte lächerlich machen und erklären, daß wir entweder nur mit Regierungen à la Deutschland oder auf der Grundlage vorläufiger exakter Verträge verhandeln werden, und natürlich nicht mit Leuten vom Schlage eines Noulens. Speziell unterstreichen, daß wir auch nicht eine Sekunde glauben können, daß die Herren Noulens den Wunsch haben zu helfen, *wenn sie so an die Sache herangehen.*"[377]

Geschrieben am 4. September 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE DIREKTIVEN AN DAS VOLKSKOMMISSARIAT FÜR ERNÄHRUNGSWESEN[378]

Hinzufügen:

1. Verringerung der Zahl der zu versorgenden (Brot vom Staat erhaltenden) Betriebe;
2. keine Erhöhung der Ausgabe von Brot ohne besondere Genehmigung des ZK.

Geschrieben am 5. oder 6. September 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE VERWENDUNG DES GOLDFONDS[379]

Ich schlage dem Politbüro vor zu beschließen:

Das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK wird beauftragt:

1. Den Beschluß des Rats der Volkskommissare über die Bewilligung

von $5^1/_4$ Millionen für die Bestellungen bei der Firma Armstrong aufzuheben.

2. Die Ausführung des Auftrags von 10,9 Millionen für Kesselwagen zu stoppen und Kurski zu beauftragen, innerhalb einer Woche diese Ausgabe von dem Standpunkt aus zu überprüfen, ob sie mit allen früheren Politbürobeschlüssen über den Goldfonds übereinstimmt.

3. Kurski zu beauftragen, eine gleiche Kontrolle bei allen Anweisungen aus dem Goldfonds durchzuführen, beginnend mit August 1921.

4. Alski anzuweisen, ausgehend von dem Politbürobeschluß eine korrekte Form der besonderen Rechnungslegung bei der Verwendung des Goldfonds und der besonderen Überprüfung jedes Ausgabepostens auszuarbeiten (gemeinsam mit Molotow).

5. Kurski zu beauftragen, persönlich an Hand der Dokumente zu klären, ob mit den Anweisungen für die Bestellungen bei Armstrong bereits begonnen wurde, und wenn dies der Fall ist, welche juristische Lage sich durch die Aufhebung des Beschlusses des Rats der Volkskommissare und durch das Abstoppen ergibt.

Lenin

Geschrieben am 7. September 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DEN FREIEN VERKAUF VON BÜCHERN, DIE IN DEN MOSKAUER LAGERHÄUSERN AUFBEWAHRT WERDEN[380]

1. Der Moskauer Deputiertensowjet und der Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung werden beauftragt, gemeinsam eine Bestandsaufnahme der Bücher in den Lagerhäusern Moskaus vorzunehmen;

2. Dem Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung wird gestattet, aus den Moskauer Lagerhäusern die Bücher zu entnehmen, die für die Bibliotheken gebraucht werden, mit der Maßgabe, daß bei der Ver-

teilung dieser Bücher die Interessen Moskaus voll gewahrt werden; um das zu gewährleisten, ist der Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung verpflichtet, dem Moskauer Gouvernementsausschuß die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren und innerhalb von 3 Tagen die Entscheidung des Hauptausschusses anzufechten.

3. Pornographie und Bücher geistlichen Inhalts sind aus den Büchern, die in Moskau zum freien Verkauf gelangen, auszusondern und der *Hauptverwaltung Papier* zum Einstampfen zu übergeben.

4. Fremdsprachige Bücher dürfen frei verkauft werden.

Geschrieben am 13. September 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[381]

Gen. Bogdanow wird beauftragt, aus den Werken und Gruben von Ridder und Ekibastus sowie allen, die wirtschaftlich mit ihnen verbunden sind, unverzüglich einen staatlichen Trust zu bilden, und zwar auf der Grundlage der größtmöglichen finanziellen und ökonomischen Selbständigkeit, der Unabhängigkeit von den örtlichen, sibirischen, kirgisischen u. a. Behörden und der direkten Unterstellung unter den Obersten Volkswirtschaftsrat.

Geschrieben am 14. September 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

NOTIZ FÜR W. M. MOLOTOW MIT EINEM ANTRAG AN DAS ZK DER KPR(B)

Gen. Molotow!

Von allen Seiten höre ich, daß Empfehlungen (in Sachen Parteireinigung[382]) aus Gefälligkeit nach rechts und links gegeben werden.

Ich schlage vor, ein Rundschreiben des ZK zu veröffentlichen (nach Absprache und mit Unterschrift der ZKK und der Überprüfungskommission):

„Empfehlungen zu geben wird nur Personen gestattet, die die Tätigkeit des zu Empfehlenden mindestens ein Jahr aus eigener Anschauung kennen und in einer Parteiorganisation mit ihm zusammen gearbeitet haben.“[383]

15. IX. *Lenin*

Geschrieben am 15. September 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1939 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN W. W. KUIBYSCHEW UND ENTWURF EINER VERPFLICHTUNG DER ARBEITER, DIE AUS AMERIKA NACH RUSSLAND FAHREN[384]

Gen. Kuibyschew!

Ich sende Ihnen den Entwurf einer schriftlichen Verpflichtung, die (*im Falle* einer Unterzeichnung des Vertrags) Rutgers und *alle* seine Leute, einschließlich sämtlicher Arbeiter, abgeben müssen.

Falls Sie einverstanden sind, legen Sie ihnen das vor.

Suchen Sie (für alle Verhandlungen) einen zuverlässigen *Dolmetscher*, der *beide* Sprachen *vollständig* beherrscht.

Ein Vertrag ist notwendig, und zwar ein sehr genauer.

Wir brauchen einen *eigenen Juristen* (einen Kommunisten) für die Abfassung.

Bezeichnen sollte man den Vertrag meines Erachtens als Vertrag betr. *Übergabe* einer Reihe von Werken usw. *in Verwaltung*.

Das technische Gutachten muß von *Stjunkel* und noch einigen *soliden* Experten unterschrieben werden.

Mit kommunistischem Gruß
Lenin

Sind die Leiter und Organisatoren des Unternehmens einverstanden, folgende Verpflichtung selbst zu unterschreiben und alle, die aus Amerika nach Rußland fahren, zur Unterschrift zu veranlassen:

1. Wir verpflichten uns, das durchzuführen, und haften *kollektiv* dafür, daß nach Rußland nur Menschen *fahren*, die fähig und bereit sind, bewußt schwere Entbehrungen auf sich zu nehmen, wie sie unvermeidlich mit der Wiederherstellung der Industrie in einem überaus rückständigen und schrecklich zerstörten Lande verbunden sind.

2. Die nach Rußland Fahrenden verpflichten sich, über die kapitalistische Norm hinaus mit maximaler Intensität, mit größter Arbeitsproduktivität und Disziplin zu arbeiten, denn anders ist Rußland nicht in der Lage, den Kapitalismus zu überholen oder ihn auch nur einzuholen.

3. Wir verpflichten uns, ausnahmslos alle Konflikte, welcher Art sie auch sein mögen, zur endgültigen Entscheidung der obersten Sowjetmacht Rußlands zu übergeben und gewissenhaft all ihren Entscheidungen Folge zu leisten.

4. Wir verpflichten uns, nicht zu vergessen, daß die hungernden und entkräfteten russischen Arbeiter und Bauern, mit denen wir zu tun haben werden, nervlich aufs äußerste erschöpft sind, und werden ihnen in jeder Weise helfen, damit freundschaftliche Beziehungen hergestellt und Mißtrauen und Neid überwunden werden.

Geschrieben am 22. September 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht am 20. Januar 1929 in der „Torgowo-Promyschlennaja Gaseta" Nr. 17. — *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUR FRAGE DER FERNÖSTLICHEN REPUBLIK

Ich schlage vor, Tschitscherin zuzustimmen und ihn zu beauftragen, in Form eines *Resolutionsentwurfs* eine *exakte*, kurze Direktive über die Fernöstliche Republik abzufassen.[385]

Lenin

Geschrieben am 7. oder 8. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B)

Man muß eine Methode erarbeiten, um die Zusammensetzung der verantwortlichen kommunistischen Funktionäre vom Standpunkt ihrer Eignung für die Arbeit auf den verschiedenen Ebenen und für unterschiedliche Aufgabenbereiche zu untersuchen, vorerst wenigstens für die Stadt Moskau und ein Gouvernement.[386]

Geschrieben am 8. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF VON DIREKTIVEN DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ZUTEILUNG VON LAND FÜR DEN ANBAU VON ZUCKERRÜBEN IN DER UKRAINE[387]

Direktiven

des Politbüros zur Frage der Zuteilung von Land an die Zuckerfabriken in der Ukraine für den Zuckerrübenanbau sowie zur Einbeziehung der Bauern, deren Land in der Nähe der Zuckerfabriken liegt, in den obligatorischen Anbauplan und zur Erteilung bestimmter Normen für diese Kultur an die Bauern.

1. Diese ganze Reform ist mit der allergrößten Vorsicht durchzuführen; dabei darf man keinen Schritt tun, ohne praktisch überprüft zu haben, daß beim Anbau von Zuckerrüben eine rationelle Wirtschaft und die unmittelbare Interessiertheit der Bauern maximal gesichert sind.

2. Den Fabriken sind 400 000 Desjatinen zuzuteilen, wobei zu prüfen ist, ob diese Größe für die Sicherung einer wirklichen, richtig funktionierenden Großproduktion tatsächlich notwendig ist.

Die Fabriken sind dafür verantwortlich zu machen, daß das gesamte ihnen übergebene Land rationell bearbeitet und für die Fabriken genutzt wird.

3. Der Anbauplan ist nur dann auf den Boden der Bauern auszudehnen und den Bauern sind nur dann bestimmte Normen für diese Kultur zu erteilen, wenn auf diesem Boden von alters her Rüben angebaut wurden.

4. Es ist streng darauf zu achten, daß sich die Beziehungen zwischen den Zuckerfabriken und den Zuckerrüben anbauenden Bauern auf der Grundlage einer wirklich freiwilligen Übereinkunft entwickeln, im Rahmen der Verbindlichkeit, die sich aus der festgelegten Größe des Zuckerrübenschlags ergibt.

Geschrieben am 10. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXXVI.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE SOZIALVERSICHERUNG[388]

Das Präsidium des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften wird beauftragt, gemeinsam mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat, dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen und dem Volkskommissariat für soziale Fürsorge die Frage der Versicherung der Arbeiter in Verbindung mit der Neuen Ökonomischen Politik auszuarbeiten.

Geschrieben am 10. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXXVI.

NOTIZEN ÜBER „SÜDSTAHL"[389]

Die Anzahl der Arbeiter in diesen **3** Werken (in den Berg- und Hüttenwerken) minimum (im Sommer) 21 000 (etwa).

1. X. etwa *30 000* ‖
Kommunisten etwa *500* ‖
Arbeitslohn gegenwärtig **monatlich**: 216 000
\+ 200 000 Kohle
\+ 200 000 Überstunden
monatlich (12 Std.) = 616 000 Rbl.

Häuer = von 900 000 bis $1^1/_2$ Mill.
Spezialist (maximum) = $2^1/_2$ – 3 Mill.
+ Gestohlenes oder Geschenke bis zu 10 Mill.

1 Goldrubel = 40 000
75 Goldrubel = 3 Mill. Sowjetrubel

Erhöhung für den Spezialisten zum 1. I. 1922:
maximum *4 0* Mill.
= 1 000 Goldrubel monatlich.
„Kaufmännischer Direktor" =
in der *Hauptverwaltung* der 3 Werke
(„Südstahl")
= Stellvertreter des Leiters ...
(Großkaufmann)
((ist einem hochqualifizierten, ja höchstqualifizierten Spezialisten gleichzustellen))
Realisierung auf dem Markt = seine Hauptaufgabe.

Geschrieben im Oktober 1921, nach dem 11.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIII.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN W. M. MOLOTOW ZUR FRAGE DES ABKOMMENS MIT DER GRUPPE RUTGERS[390]

12. X. 1921

Gen. Molotow!

Beiliegend die Materialien zur Sache Rutgers.

Entscheiden muß der *Rat für Arbeit und Verteidigung.*

Ich schlage vor, *zunächst* im ZK eine Entscheidung zu treffen: das ist eine politische Frage. Und das Politbüro muß sich *unbedingt* einschalten, denn es geht um die Ausgabe von *G o l d.*

Beauftragen Sie bitte den Sekretär, sich mit *allen* Mitgliedern des Politbüros telefonisch in Verbindung zu setzen, damit jeder *eine Stunde* festlegt, in der er bis Freitag diese Materialien durchsehen kann. Durchsehen muß sie jeder, damit am Freitag entschieden werden kann.

Der Sekretär soll die Zeiten notieren und das Material jedem Politbüromitglied zum Lesen schicken.

Es ist eine schwierige Frage:

dafür: *w e n n* die Amerikaner erfüllen, was sie versprochen haben, wird der Nutzen enorm sein. Dann ist es um die *600 000* Goldrubel nicht schade.

dagegen: werden sie erfüllen? *Haywood* ist ein halber Anarchist. Mehr sentimental als geschäftstüchtig. *Rutgers* könnte leicht in linken Radikalismus verfallen. *Calvert* redet schrecklich viel. Wir haben keinerlei sachliche Garantien. Enthusiasten werben in der Atmosphäre der Arbeitslosigkeit eine Gruppe von „Abenteurern" an, die in Intrigen enden werden. Und wir büßen dann einen *Teil* der von uns gegebenen 600 000 Goldrubel ein (denn einen Teil der Ausrüstungen werden sie sicher ruinieren, und ein Teil wird ihnen abhanden kommen) und riskieren, **noch** *bis zu 1 Million G o l d rubel* zu verlieren, denn laut § 8 (am Schluß) verpflichten wir uns,

„das Äquivalent der Unkosten für Maschinen und Arbeitsinstrumente, die der betreffende Einwanderer ausgeführt hat, zurückzuerstatten".

K e i n k l e i n e s R i s i k o.

Dafür: Smirnow I. N. und Maximow (der Uraler) – kennen sich in den örtlichen Verhältnissen gut aus, und sie sind dafür.

Dagegen: Martens muß die Amerikaner gut kennen, und er ist dagegen.

Lenin

Ordnen Sie bitte an, daß am Freitag von 12–4 Uhr nachmittags alle Mitglieder des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrats telefonisch vom Sekretär des ZK zu erreichen sind für den Fall, daß sie ins ZK gerufen werden.

PS. Diesen Brief bitte ich ebenfalls an alle Mitglieder des Politbüros zu versenden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS MIT DEM ENTWURF VON BESCHLÜSSEN DES ZK DER KPR(B) UND DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ZU DEN VORSCHLÄGEN VON S. RUTGERS

Meiner Meinung nach kann man die Vorschläge von Rutgers, wie sie jetzt sind, nicht annehmen. Man sollte aber vielleicht so etwas versuchen: ihn veranlassen, die *Gruppe* (Rutgers + Haywood + Calvert) *zu verändern.* Und die finanziellen Bedingungen zu verändern. Vielleicht kann man so beschließen:

> Das ZK lehnt die Vorschläge des Gen. Rutgers in ihrer jetzigen Form, d. h. die Vorschläge des Gen. Bogdanow und der Mitglieder des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrats, die mit ihm gestimmt haben, ab;
>
> gleichzeitig äußert das ZK (und danach auf staatlicher Ebene auch der *Rat für Arbeit und Verteidigung*) nachdrücklich den Wunsch, daß die Gruppe des Gen. Rutgers diese Absage nicht als endgültig ansieht, sondern ihre Vorschläge nach folgenden Gesichtspunkten umarbeitet: *α*) Änderung der Zusammensetzung der Gruppe, d. h. der Hauptgruppe der Initiatoren, in der Richtung, daß sie durch 5–8 namhafte Vertreter der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung oder anderer Arbeiterorganisationen ergänzt wird; *β*) daß sie die Ausgaben unserer Regierung auf 300 000 $ maximum reduziert; *γ*) daß sie unsere Ausgaben für den Fall einer Lösung des Vertrags verringert und präzisiert.[391]

Lenin

Geschrieben zwischen dem 12. und 15. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DEN EINSATZ A. G. SCHLJAPNIKOWS ZUR ARBEIT IM ERNÄHRUNGSWESEN[392]

Der Beschluß des Orgbüros wird bestätigt; es wird nochmals auf das völlig falsche Verhalten des Gen. Schljapnikow hingewiesen, der im Orgbüro erklärt hat, daß er sich nicht fügen werde; bei der Zentralen Überprüfungskommission und der Zentralen Kontrollkommission wird angefragt, für welchen Zeitraum es ihrer Meinung nach möglich ist, Gen. Schljapnikow für die Arbeit im Ernährungswesen freizustellen, ohne daß die Arbeit der Zentralen Überprüfungskommission darunter leidet.

Geschrieben am 14. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44. — *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[393]

1. Gusseinow und Achundow *sofort* vorladen.
2. Nachdrücklich die vollständige Einstellung des Fraktionskampfes in Baku und Aserbaidshan fordern.
3. Bekräftigen, daß Fraktionskampf den Ausschluß aus der Partei zur Folge hat.
4. Die aus der RSFSR nach Aserbaidshan geschickten Genossen mit der Kontrolle der Durchführung beauftragen.
5. Stalin beauftragen, bis Montag den Entwurf einer Direktive über die Durchführung der Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei in Aserbaidshan auszuarbeiten.
6. Den Beschluß über Persien sofort nachdrücklichst bekräftigen.

Geschrieben am 15. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 2. — *Nach dem Manuskript.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE BILDUNG EINER EINHEITLICHEN KONZESSIONSKOMMISSION

Angesichts des Vorschlags von Kapitalisten neutraler Länder, ihnen einen Teil der Betriebe und Industriezweige der RSFSR in Konzession zu übergeben, wird die Kommission der Genossen Trotzki, Bogdanow und Zyperowitsch (wobei das Petrograder Gouvernementskomitee das Recht hat, letzteren durch einen anderen Genossen zu ersetzen) beauftragt, einen Politbürobeschluß vorzubereiten, der die Auflösung aller früheren diesbezüglichen Kommissionen und die Bildung einer einheitlichen leitenden Kommission für die gesamte Angelegenheit in ihrem ganzen Umfang zum Inhalt hat.[394]

Geschrieben am 17. Oktober 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR W. M. MICHAILOW MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B) ÜBER DAS ABKOMMEN MIT DER GRUPPE RUTGERS[395]

19. X.

Gen. Michailow!

Beiliegend die Antwort der Gruppe Rutgers auf den Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung (d. h. auf den ZK-Beschluß).

Meines Erachtens kommt das einer *Annahme* unserer Bedingungen gleich.

Ich lege deshalb den Entwurf eines *ZK-Beschlusses* bei und bitte, ihn *schnellstens* bei den Mitgliedern des Politbüros *in Umlauf* zu setzen. *Sehr eilig.*

Mit kommunistischem Gruß *Lenin*

In Anbetracht dessen, daß die Initiativgruppe (die Genossen Rutgers, Haywood und Calvert) die in dem Beschluß des *Rats für Arbeit und Verteidigung* vom 17. X. vorgelegten Bedingungen angenommen hat, beschließt das ZK und beauftragt es den Rat für Arbeit und Verteidigung zu beschließen:

Der *Rat für Arbeit und Verteidigung* beschließt:

1. das Abkommen mit der Gruppe wird als abgeschlossen betrachtet;

2. Gen. Bogdanow wird angewiesen, umgehend Telegramme mit den dringlichsten Anordnungen über den Beginn der Beschaffung von Brennholz, Bauholz u. dgl. abzufassen und dem Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung zur Unterschrift vorzulegen;

3. das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats wird beauftragt, innerhalb von 2 Tagen den endgültigen Text des abgeänderten Vertrages auszuarbeiten, damit er am Freitag, dem 21. X. 1921, im Rat für Arbeit und Verteidigung bestätigt werden kann;

4. Gen. Rutgers sind am Sonnabend, dem 22. X., vertragsgemäß sofort nach Bestätigung des Vertrags im Rat für Arbeit und Verteidigung am 21. X., 5000 $ auszuhändigen.

Weiter beauftragt das ZK, ohne dies als Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung schriftlich zu fixieren, sowohl Gen. Bogdanow als auch die Kommission Kuibyschews und den Rat für Arbeit und Verteidigung, die Änderungen im Vertrag so vorzunehmen, daß 1. der *Rat für Arbeit und Verteidigung* das Recht hat, sich an der Wahl zusätzlicher Kandidaten für das „Organisationskomitee" *vor* Aufstellung der Kandidatenliste und *bei* der endgültigen Bestätigung dieser Liste zu beteiligen; 2. daß die *Gesamt*summe *aller und jeglicher* Ausgaben der Sowjetmacht 300 000 $ ***nicht übersteigt;*** 3. daß im Falle einer Lösung des Vertrags die Sowjetmacht *keinerlei* finanzielle Verpflichtungen *zu tragen hat* (oder nur solche, die von einem Gericht der RSFSR oder dem *Zentralexekutivkomitee* der RSFSR als rechtmäßig anerkannt werden).

Lenin

Geschrieben am 19. Oktober 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript

VORSCHLÄGE ZUM TEXT DES ENTWURFS EINES ABKOMMENS MIT DER ARA ÜBER DIE ORGANISIERUNG VON LEBENSMITTELSENDUNGEN NACH RUSSLAND[396]

Einverstanden. 19. X. Lenin
(auch wenn ihr Ziel *Handel* ist, *müssen* wir diesen Versuch unternehmen, denn man bietet uns reinen Gewinn für die Hungernden und das Recht der Kontrolle; und eine Kündigungsfrist von 3 Monaten. Deshalb sollte man Frachtgebühren und Lagergeld *nicht* erheben.) Mit Bestätigung durch das Politbüro ist für diese Aktion ein solcher Kontrolleur von uns in die *ARA* zu schicken, der Zuverlässigkeit und die Fähigkeit, *alles* zu kontrollieren, in sich vereint.

Geschrieben am 19. Oktober 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE POLNISCHEN KOMMUNISTEN

19. X. 1921

Werte Genossen!

Nach den lückenhaften Meldungen zu urteilen, die über das Wachstum der kommunistischen Bewegung in Polen in unsere Zeitungen gelangen, und (mehr noch) den Mitteilungen einiger führender polnischer Genossen zufolge, reift in Polen die Revolution heran.

Es reift die Arbeiterrevolution heran: völliger Zusammenbruch der PPS* (der Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf russisch; der II. und II½. Internationale auf europäisch). Übergang einer Gewerkschaft nach der anderen zu den Kommunisten. Anwachsen der Demonstrationen usw. Bevorstehender und unvermeidlicher Finanzkrach. Ein riesiges Fiasko der

* PPS – Polnische Sozialistische Partei. *Die Red.*

bürgerlichen Demokratie (und des Kleinbürgertums) in Polen mit der Agrarreform, ein Fiasko, das herangereift und unvermeidlich ist, das die Mehrheit der Landbevölkerung – die gesamte arme Bauernschaft – unweigerlich zu den Kommunisten treibt.

Im Zusammenhang mit dem Finanzkrach und der schamlosen Ausplünderung Polens durch das Kapital der Entente (Frankreichs u. a. Länder) werden nationale und Großmachtillusionen jetzt durch die Praxis entlarvt, anschaulich, fühlbar entlarvt für die *Massen*, für den einfachen Arbeiter, für den einfachen Bauern.

Wenn das alles so ist, dann muß die (Sowjet-)Revolution in Polen siegen, und zwar bald. Wenn das so ist, dann darf man der Regierung und der Bourgeoisie nicht die Möglichkeit geben, die Revolution durch die blutige Niederschlagung eines *verfrühten* Aufstands zu ersticken. Sich nicht provozieren lassen. Warten, bis die Welle ihren Höhepunkt erreicht hat: sie wird alles hinwegfegen und den Kommunisten den Sieg bringen.

Wenn die Bourgeoisie 100 bis 300 Menschen umbringt, wird das die Sache nicht zugrunde richten. Doch wenn es ihr gelingt, ein Blutbad zu provozieren und zehn*tausend*, dreißig*tausend* Arbeiter abzuschlachten, dann *kann* das die Revolution *sogar um einige Jahre* hinausschieben.

Wenn es für die Regierung wichtig ist, die Wahlen zum Sejm durchzuführen, dann muß man alles daransetzen, damit die Welle der Arbeiterrevolution und der Unzufriedenheit der Bauern den *Sejm erfaßt.*

Auf keine Provokation hereinfallen.

Um jeden Preis die Revolution *großziehen*, bis die Frucht *völlig* ausgereift ist. Der Sieg der Sowjetmacht in Polen *von innen heraus* wäre ein gewaltiger *internationaler* Sieg. Wenn die Sowjetmacht jetzt, meiner Ansicht nach, international zu 20–30% gesiegt hat, so würde nach dem Sieg der Sowjetmacht in Polen *von innen heraus* der *internationale* Sieg der kommunistischen Revolution 40–50%, vielleicht sogar 51% betragen. Denn Polen liegt neben Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn, und ein Sowjetpolen würde das *ganze* auf dem Versailler Frieden begründete System unterminieren.

Deshalb tragen die polnischen Kommunisten eine Verantwortung von Weltbedeutung: das Steuer ihres Schiffes fest in den Händen zu halten; sich nicht provozieren lassen.

Lohnt es, auf die Verprügelung Dąbals durch Daszynski und Co. zu antworten?[397] Wenn ja, dann dadurch, daß man Daszynski verprügelt, ohne zu schießen, ohne ihn zu verletzen, nur so. Das lohnt vielleicht, wenn die Arbeiter dem unverschämten Flegel dabei eine erfolgreiche Lektion erteilen können, wenn das ihre Stimmung hebt, das Opfer (Gefängnis oder Erschießen) werden 5 bis 10 Arbeiter sein. Aber vielleicht lohnt auch das nicht: vielleicht ist es *nützlicher* für die Agitation unter den *Bauern,* daß man *unseren* Dąbal brutal zusammengeschlagen hat? Vielleicht wird uns das die Sympathien der *rückständigen* Bauern *eher* zuwenden als eine Tracht Prügel für Daszynski? Das muß man sorgfältig abwägen.

Mit kommunistischem Gruß *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht am 22. April 1962 in der „Prawda" Nr. 112.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[398]

Zu § 4:

Das Volkskommissariat für Finanzen und die Finanzkommission sowie alle Genossen, die mit Fragen des Binnenhandels zu tun haben, werden beauftragt, in kürzester Frist aus Personen mit solider langjähriger Praxis und Erfahrung im kapitalistischen Handel eine Gruppe zwecks Konsultationen in Fragen des Geldumlaufs zusammenzustellen. Diese Genossen werden aufgefordert, innerhalb von 2 Tagen schriftlich mitzuteilen, ob und in welcher Zeit sie den Auftrag erfüllen können.

Geschrieben am 20. Oktober 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE „FOWLER"-PFLÜGE[399]

1. Für die Durchführung der Beschlüsse des *Rats für Arbeit und Verteidigung* über die Fowler-Pflüge wird der Leiter der Abteilung Metall des Obersten Volkswirtschaftsrats, Genosse Martens, persönlich verantwortlich gemacht.

2. Genosse Martens wird ersucht, dem *Rat für Arbeit und Verteidigung* innerhalb einer Woche schriftlich einen Plan für die Organisierung der Arbeiten und konkrete Maßnahmen für eine erfolgreiche Verwirklichung vorzulegen.

3. Das außerordentliche Dreierkollegium wird aufgelöst und verpflichtet, Gen. Martens innerhalb einer Woche die Geschäfte zu übergeben und einen schriftlichen Bericht über die Arbeit des Kollegiums vorzulegen.

4. Das Volkskommissariat für Justiz wird beauftragt, innerhalb einer Woche die bürokratische Arbeitsweise, die Schlamperei und das falsche Verhalten, das die Abteilung Metall, ferner insbesondere das außerordentliche Dreierkollegium, aber auch andere Institutionen in dieser Angelegenheit bekundet haben, zu untersuchen.

Dem *Rat für Arbeit und Verteidigung* ist Bericht zu erstatten.

Geschrieben am 21. Oktober 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIII.

Nach dem Manuskript.

BESCHLUSS DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ZUR FRAGE DER BERICHTERSTATTUNG UND DER DIAGRAMME FÜR DEN RAT FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG[400]

21. Oktober 1921

Eine aus den Genossen Gorbunow, Smoljaninow, Awanessow (kann durch einen anderen Genossen ersetzt werden) und Krumin bestehende

Kommission wird beauftragt, unter Hinzuziehung der Statistischen Zentralverwaltung, der Staatlichen Plankommission und der entsprechenden Behörden

innerhalb einer Woche dem Rat für Arbeit und Verteidigung den Entwurf eines Beschlusses vorzulegen, nach dem alle Behörden dem Rat für Arbeit und Verteidigung monatlich statistische Angaben und Diagramme einzureichen haben, insbesondere im Hinblick auf die Charakteristik des Wirtschaftslebens, das Studium und die Auswertung der Berichte sowie die Formulierung praktischer Schlußfolgerungen.

Für die Einberufung der Kommission und den Bericht an den Rat für Arbeit und Verteidigung ist Gen. Gorbunow oder Smoljaninow verantwortlich.[401]

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIII.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE LEITUNG DER BAUMWOLLINDUSTRIE[402]

Gen. Bogdanow wird beauftragt, gemeinsam mit Gen. Kamenew beide Entwürfe in der Richtung umzuarbeiten, daß der Bürokratismus, der in beiden Entwürfen enthalten ist, völlig beseitigt und eine Verfahrensweise festgelegt wird, die eine kommerziellen Bedingungen wirklich entsprechende rasche Abwicklung aller Geschäfte garantiert.

Beide Textvorschläge sind einander gegenüberzustellen und den Mitgliedern des Politbüros zuzuschicken.

Geschrieben am 27. Oktober 1921.

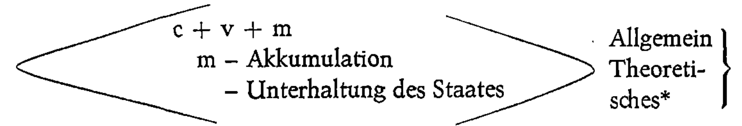
Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

PLAN ZU EINEM ARTIKEL „DAS KOMMERZIELLE PRINZIP"[403]

Plan zu einem Artikel „Das kommerzielle Prinzip"

Eignet sich das als Losung?
„Kommerz"? = Kapitalismus.
(α) „Staatskapitalismus". Seine positiven Seiten.
(β) Kriegszustand schloß „Kommerz" aus.
(γ) Der Übergang zum „Kommunismus" erfolgte sehr oft (sowohl aus militärischen Erwägungen; als auch auf Grund des fast absoluten Elends; als auch auf Grund eines Fehlers, einer Reihe von Fehlern) ohne Zwischenstufen des Sozialismus (Kommunismus *vs* Sozialismus).
(δ) „Rechnungsführung und Kontrolle"?
(ε) *Muß sich rentieren.*



„Krieg" = Diktatur des Proletariats.

vielfältige Formen:
(α) Politik vom 25. X. 1917 bis 5. I. 1918
(β) Weltpolitik. Brester Frieden**
(γ) Bürgerkrieg.
(δ) Kampf gegen die „Wirtschaftskrise", *d. h.* gegen die kleinbürgerliche Elementargewalt? gegen die Demoralisierung nach dem Kriege? gegen den Zerfall? gegen die Unfähigkeit?

Bedingung für den Sieg im Kriege: äußerste Anspannung.
Kommerzielles Prinzip =
= äußerste Anspannung
= Reduzierung der Betriebe auf ein Minimum, Konzentration derselben

* „Allgemein Theoretisches" bei Lenin deutsch. *Die Red.*
** „Weltpolitik. Brester Frieden" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

= Prüfung der Ergebnisse
= „Wirtschaftlichkeit".
Entweder – oder:

aut 100 000 + 500 000
16 . . .* 1/4 . . .* für den Bauern?

aut** größte Anspannung, Reduzierung, „Druck" (?)
Genug der Faulheit, der Schlamperei, der kleinen Schiebereien, des Diebstahls, der Demoralisierung.

{ Warum nicht „Wirtschaftlichkeit"? – Freiheit des Handels
– Staatskapitalismus
– Geldsystem. }

Geschrieben im Oktober oder November 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWÜRFE VON BESCHLÜSSEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE ÜBER DEN FINANZPLAN UND DEN EMISSIONSPLAN FÜR DAS JAHR 1922

1

1. Die Finanzkommission wird beauftragt, zum Dienstag, dem 15. XI., eine Berechnung in Goldrubeln vorzulegen, wobei alle und jegliche Arten von Einnahmen, einschließlich Naturalsteuer, Brennstoff usw. usf., einzubeziehen sind,

– eine Berechnung in Goldrubeln vorzulegen, wie sich der Ausgabenteil des Budgets auf die Volkskommissariate verteilt (in absoluten Zahlen) – im Vergleich zu analogen Zahlen der Vorkriegszeit (das Mittel für 5 oder für 10 Jahre) und zu den ungefähren Zahlen von 1919 und 1920.

* An dieser Stelle stehen die russischen Buchstaben ч und ф, deren Bedeutung ebenso wie die der Zahlen nicht entschlüsselt werden konnte. *Die Red.*

** aut - aut – entweder – oder. *Die Red.*

2. Es sind 2 Varianten vorzulegen: eine Emission in Höhe von 240 und eine in Höhe von 300 Millionen Goldrubel.

3. Der jeweilige Anteil am Gesamtbudget (sowohl stofflich als auch wertmäßig) ist der Zuteilung der Rationen nach dem Lebensmittelplan des *Rats für Arbeit und Verteidigung* gegenüberzustellen.

4. Die Ausarbeitung des Budgets auf der Basis des gegebenen Plans (mit der Variante einer Emission von 240 Millionen Goldrubel) ist sofort in Angriff zu nehmen.

5. Eine Aufgabe für die Staatliche Plankommission? für die Statistische Zentralverwaltung? oder für eine erweiterte Kommission?

6. Termin – 20. XII.

7. Könnte man nicht einige *Hauptprinzipien* der Finanzkommission veröffentlichen?

insbesondere eine Berechnung (in Waren) des Vorkriegsrubels,
u. ä.[404]

Geschrieben am 5. November 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXXVI.

2

1. Die Finanzkommission und die Staatliche Plankommission werden beauftragt, die Berechnung der Einnahmen und Ausgaben auf Grund der allgemeinen Prinzipien, nach denen sich gegenwärtig die Finanzkommission richtet, abzuschließen, desgleichen die Gegenüberstellungen, die der Rat der Volkskommissare in dem Beschluß vom 5. November in Auftrag gegeben hat.

2. Diese Berechnungen sind in Form zusammenfassender Aufstellungen vorzulegen und als vorläufige Daten für die Begründung des Staatshaushalts für das Jahr 1922 zu betrachten.[405]

Geschrieben am 18. November 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXXV.

UNTERREDUNG MIT EINER DELEGATION DER MONGOLISCHEN VOLKSREGIERUNG[406]

5. November 1921

Erste Frage der mongolischen Delegation: „Was halten Sie, Gen. Lenin, von der Gründung einer revolutionären Volkspartei in unserem Lande, und was ist für uns das Wichtigste?"

Gen. Lenin erläuterte unserer Delegation die internationale Lage unseres Landes und wies darauf hin, daß die imperialistischen Mächte auf Grund der geographischen Lage der Mongolei im Falle eines Krieges bestrebt sein werden, unser Land zu erobern und es in ein Aufmarschgebiet für militärische Aktionen gegen ein anderes Land zu verwandeln. Deshalb, sagte Gen. Lenin, ist der einzig richtige Weg für jeden Werktätigen Ihres Landes der Kampf um die staatliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit im Bündnis mit den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands. Dieser Kampf kann nicht isoliert geführt werden, deshalb ist die Gründung einer Partei der mongolischen Araten die Voraussetzung für den Erfolg ihres Kampfes.

Zweite Frage der mongolischen Delegation: „Wird der nationale Befreiungskampf siegreich sein?"

Antwort des Gen. Lenin:

„Ich nehme selbst seit 30 Jahren an der revolutionären Bewegung teil und weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es für jedes Volk ist, sich von seinen äußeren und inneren Unterdrückern zu befreien. Aber ungeachtet dessen, daß die Mongolei ein Land der Viehzucht ist und die Hauptmasse ihrer Bevölkerung nomadisierende Hirten sind, hat sie in ihrer Revolution große Erfolge erzielt, und das Wichtigste ist, sie hat diese Erfolge durch die Gründung ihrer revolutionären Volkspartei gefestigt, deren Aufgabe es ist, eine Massenpartei zu werden und nicht zuzulassen, daß fremde Elemente sie verunreinigen."

Dritte Frage der mongolischen Delegation: „Sollte sich die revolutionäre Volkspartei nicht in eine kommunistische Partei verwandeln?"

Antwort des Gen. Lenin:

„Ich würde das nicht empfehlen, weil eine Partei sich nicht in eine andere ‚verwandeln' kann." Nachdem Gen. Lenin das Wesen der kommu-

nistischen Partei als einer Partei des Proletariats dargelegt hatte, sagte er: „Die Revolutionäre werden noch sehr viel an ihrem staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau arbeiten müssen, bis aus den Hirten eine proletarische Masse entsteht, die später zur ‚Verwandlung' der revolutionären Volkspartei in eine kommunistische Partei beitragen wird. Ein einfacher Wechsel des Aushängeschilds ist schädlich und gefährlich."

Gen. Lenin legte unserer Delegation ausführlich die Idee der Möglichkeit und Notwendigkeit einer nichtkapitalistischen Entwicklung der Mongolei dar; als wichtigste Voraussetzung für den Übergang zur nichtkapitalistischen Entwicklung bezeichnete er die Intensivierung der Arbeit der revolutionären Volkspartei und der Regierung, damit im Ergebnis dieser Arbeit und des verstärkten Einflusses von Partei und Staatsmacht Genossenschaften heranwachsen und neue Formen der Wirtschaftsführung und der nationalen Kultur Eingang finden, damit sich die Araten zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes um Partei und Regierung zusammenschließen. Erst aus den Inseln der unter dem Einfluß von Partei und Regierung geschaffenen neuen Wirtschaftsform wird sich das neue, nichtkapitalistische Wirtschaftssystem der Araten-Mongolei entwickeln.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Der neunte Parteitag der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (28. September–5. Oktober 1934)", Ulan-Bator.

Nach dem Text des Buches.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)

Es wird festgestellt, daß die Resolution der I. Gesamtrussischen Konferenz für kulturelle Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften nicht der Resolution des X. Parteitags der KPR über den Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung in seinen Beziehungen zum Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften (§ 2) entspricht.[407]

Die Resolution des Kongresses der Gouvernementsausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung[408] wird im Prinzip bestätigt, der Hauptaus-

schuß für politisch-kulturelle Aufklärung wird beauftragt, nach Absprache mit dem Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften im Verlaufe eines Monats eine detaillierte praktische Instruktion auszuarbeiten, die ganz konkret die Formen der „Zusammenfassung" der Arbeit beider Institutionen und die Formen der „Ausnutzung" „des Apparats und der Kräfte" des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung durch die Gewerkschaften und ihre Organe bestimmt.[409]

Geschrieben am 8. November 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR W. M. MICHAILOW MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[410]

Gen. *Michailow!* Ich bitte, dies als Umlauf an die Mitglieder des Politbüros zu schicken.

Meine persönliche Meinung: den gesamten Plan W. Miljutins als ganz und gar untauglich und vollkommen unbegründet *ablehnen.*

Ich schlage vor: *ablehnen.*

9. XI.

Lenin

Geschrieben am 9. November 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR W. M. MICHAILOW MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ARBEIT IM ERNÄHRUNGSWESEN DER UKRAINE[411]

9. XI.

Gen. Michailow!

Schicken Sie dies bitte als Umlauf an die Mitglieder des Politbüros und geben Sie es mir anschließend zurück.

Ich schlage folgenden Politbürobeschluß vor.

Das Politbüro weist das ZK der KP der Ukraine darauf hin, daß die vollständige Erfassung der Lebensmittel in der Ukraine, d. h. zu 100%, für die RSFSR von absolut grundlegender Bedeutung ist. Ebenso auch die Lieferung von 57 Millionen Pud an uns. Es erteilt den Auftrag: umgehend eine Reihe energischster Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles auszuarbeiten und über alle Beschlüsse zu informieren.

Über die Erfassung der Lebensmittel und ihren Abtransport nach der RSFSR sind zweimal im Monat telefonisch kurze zusammenfassende Angaben durchzugeben.

Lenin

Geschrieben am 9. November 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ZUM ENTWURF DES DEKRETS „ÜBER DIE BESTRAFUNG FÜR FALSCHE BESCHULDIGUNGEN"[412]

Ich schlage eine Ergänzung zwecks Erhöhung des Strafmaßes vor:

α) nicht weniger als soundso viel Jahre

β) für wissentlich falsche *schriftliche* Aussage oder Antwort (bzw. unter

bestimmten Bedingungen Umgehen der Frage), wie zum Beispiel bei Meineid in Deutschland, aber ohne Eid*.

Lenin

Geschrieben zwischen dem 14. und 24. November 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. *Nach dem Manuskript.*

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DES DEKRETS „ÜBER DIE EINFÜHRUNG DER BEZAHLUNG FÜR ZEITUNGEN"

Entweder durch mehrere §§ über eine *(strenge)* Kontrolle der Freiexemplare ergänzen,

oder sie durch eine besondere Instruktion (ein § darüber) zur Pflicht machen.[413]

15. XI. *Lenin*

Geschrieben am 15. November 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

NOTIZ FÜR W. M. MOLOTOW MIT ANTRÄGEN AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)

Zur Abstimmung (als Umlauf)

26. XI. 1921

Gen. Molotow! Kann man nicht versuchen, im Politbüro zwei Fragen per Telefon zu entscheiden:

* „Meineid" und „Eid" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

1. Sokolnikow wird als Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für Finanzen zum Mitglied der Finanzkommission ernannt *unter der Bedingung*, daß er *Vorsitzender des Turkestanischen Büros* bleibt und verpflichtet ist, sooft erforderlich, nach Turkestan zu *fahren*, bis dort alles vollständig geregelt ist. (Sollte sich hierfür keine Mehrheit finden, sehe ich mich gezwungen, die Frage dem gesamten Politbüro zur Erörterung vorzulegen.)

2. Wir haben heute in der Eile meinen Antrag[414] abgelehnt, und ich war einverstanden, ihn zurückzuziehen. Ich sehe jetzt aber, daß das voreilig war, und möchte ihn erneuern:

Verpflichtet werden 1. Pjatakow; 2. Ruchimowitsch; 3. Bogdanow (oder sein Stellvertreter Smilga) – innerhalb von 2 Wochen dem Politbüro einen Plan (oder ein Statut oder Thesen) vorzulegen über die Beziehungen zwischen der Gouvernementswirtschaftsberatung und den Großbetrieben, die sich in dem betreffenden Gouvernement befinden und unmittelbar der Zentralverwaltung in Moskau unterstehen.[415]

[Wir werden das nicht selbst ausarbeiten. Das ist eine *allgemeine* Frage. Man wird *alle* Volkskommissariate befragen müssen. Die Vorarbeiten müssen schnellstens erledigt werden. Beginnen sollte man mit der Gouvernementswirtschaftsberatung im Donezbecken.]

Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

BRIEF AN A. D. ZJURUPA MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES GESAMTRUSSISCHEN ZEK UND NOTIZ FÜR DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)

28. XI.

Gen. Zjurupa! Bei mir ist folgender Plan gereift:

Zusätzlich zu der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung Rykow (mit beschließender Stimme im Rat der Volkskommissare) wird mit gleichen Rechten die Funktion eines zwei-

ten stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung geschaffen. Ernannt wird – bei gleichzeitiger Befreiung von seiner Funktion als Volkskommissar für Ernährungswesen – Zjurupa.

Die Rechte dieser Stellvertreter: beschließende Stimme im Rat der Volkskommissare und im *Rat für Arbeit und Verteidigung*; Führung des Vorsitzes bei Abwesenheit des Vorsitzenden. *Alle* Rechte des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, was die Mitwirkung in allen Kollegien und Institutionen anbelangt, und (im Rahmen dieser Rechte) das Recht, *in Fragen der Koordinierung und Lenkung* der Arbeit der Volkskommissariate für Wirtschaft den Volkskommissaren sowie deren Kollegiumsmitgliedern usw. (mit Wissen der Volkskommissare der betreffenden Ressorts) Anweisungen für die praktische Arbeit zu erteilen, die sofort auszuführen sind.

So denke ich mir den offiziellen Beschluß des *Gesamtrussischen ZEK.*[416]

Die Aufgabe besteht darin, die *wirtschaftliche Arbeit* als **GANZES**, besonders *in Verbindung mit der Staatsbank* (Handel) und *der Staatlichen Plankommission sowie über diese Institutionen*, praktisch zu koordinieren, voranzubringen und zu verbessern.

Sich *persönlich* mit den Besonderheiten und mit der Arbeit aller Volkskommissare für Wirtschaft und *aller Mitglieder* ihrer Kollegien sowie einer Reihe (10–100) der wichtigsten örtlichen und im Gebietsmaßstab arbeitenden Funktionäre dieses Ressorts bekannt zu machen.

Persönlich an *wichtigen* Sitzungen der Kollegien der betreffenden Volkskommissariate, der Staatlichen Plankommission, der Staatsbank, des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften u. ä. teilzunehmen und *persönlich*, gemäß Festlegung des stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung, die *wichtigsten* Funktionen oder solche, wo es besonders dringlich ist, zu überprüfen.

Wie lange diese Funktionen bestehenbleiben, werden wir sehen: vielleicht 3–4 Jahre, vielleicht 30 Jahre.

Eines der Ziele: einen Typus hochqualifizierter Inspektoren und Instrukteure zur Überprüfung und *Organisierung* der gesamten wirtschaftlichen Arbeit in allen Wirtschaftsinstitutionen sowohl im Zentrum als auch im Lande draußen heranzubilden.

Die Stellvertreter bedienen sich bei ihrer Arbeit *des Apparats* der be-

stehenden Volkskommissariate und haben als *eigenes* Organ nur die *Geschäftsstelle des Rats für Arbeit und Verteidigung* (4–5 Leiter mit 1–2 Stellvertretern und 1–2 Sekretären für jeden Stellvertreter).

Der Leiter der Geschäftsstelle des Rats für Arbeit und Verteidigung, seine Mitarbeiter und Sekretäre bilden einen einheitlichen und den *einzigen* Apparat des gesamten *Rats für Arbeit und Verteidigung* und der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des *Rats*.

Ihre Antwort erwarte ich spätestens **MITTWOCH.** *Dieses Schreiben möchte ich zurückhaben.*

Mit kommunistischem Gruß *Lenin*

An die Mitglieder des Politbüros: Ich habe für diesen *vorläufigen* Plan die Zustimmung A. D. Zjurupas erhalten und bitte alle Mitglieder des Politbüros, ihn durchzulesen. Ich will die Sache morgen, am 1. XII., im Politbüro auf die Tagesordnung setzen.

30. XI. *Lenin*

Geschrieben am 28. und 30. November 1921.
Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXXIII.
Vollständig veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

REDE AUF DEM I. LANDWIRTSCHAFTSKONGRESS DES MOSKAUER GOUVERNEMENTS

29. November 1921[417]

Genossen! Gestatten Sie mir zunächst, Ihren Kongreß im Namen des Rats der Volkskommissare zu begrüßen. Ich bedaure sehr, daß es mir nicht möglich ist, auf Ihrem Kongreß ein so ausführliches Referat zu halten, wie es nötig wäre, und daß ich dem Kongreß nicht beiwohnen kann, um hier die Berichte anzuhören und insbesondere die Reden jener Vertreter aus den einzelnen Orten, die unmittelbar eine Wirtschaft führen, die un-

mittelbar an der Hebung der Landwirtschaft interessiert sind und wesentliche praktische Hinweise geben können. Ich muß mich deshalb neben der allgemeinen Begrüßung mit einem kurzen Hinweis auf die große Bedeutung begnügen, die der Arbeit Ihres Kongresses zukommt.

Sie alle wissen, Genossen, daß die grundlegende Frage, die jetzt durch alle Umstände zu einer der erstrangigen Fragen sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik unserer Republik geworden ist, die Hebung unserer Wirtschaft überhaupt und die Hebung der Landwirtschaft in erster Linie ist. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß sich jetzt, nach den vergangenen schweren Jahren des imperialistischen Krieges und nach dem siegreichen Bürgerkrieg, in der Masse der Bauernschaft eine tiefgreifende Umwandlung vollzieht. Die Erkenntnis, daß es unmöglich ist, in alter Weise zu wirtschaften, ist zutiefst in die Bauernmassen eingedrungen. Vor uns steht jetzt die wichtige Aufgabe, das, was bisher nur von wenigen Bauern getan wurde, die Kenntnisse, die wegen der bei uns schwach entwickelten Agronomie nur ungenügend in der Masse der Bauernschaft verbreitet sind – das alles zum Gemeingut von Millionen und aber Millionen zu machen. Eine ganze Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, daß das Streben nach Umgestaltung der Wirtschaft und Hebung der landwirtschaftlichen Kultur bei der Bauernschaft nie so tiefgehend, so umfassend, so stark war wie jetzt, und unsere wichtigste Aufgabe ist zu erreichen, daß solche Kongresse wie der Ihrige öfter stattfinden und daß sich die Ergebnisse dieser Kongresse in allernächster Zukunft praktisch auswirken.

Die größte Katastrophe, die in diesem Jahr über uns hereingebrochen ist, ist die Hungersnot in einer ganzen Reihe von Gouvernements, ist die Dürre, die uns allem Anschein nach, wenn nicht im kommenden Jahr, so in den nächsten Jahren, bedrohen kann. Im Zusammenhang damit ist es die wichtigste Aufgabe nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft, um jeden Preis eine ernsthafte Verbesserung und Hebung der Landwirtschaft zu erreichen, womit sofort praktisch begonnen werden muß. Das kann nur dann gelingen, wenn die Erkenntnis, daß die Verbesserung der Wirtschaft eine Notwendigkeit ist, bis weit in die Masse der Bauern gedrungen ist, die eine Wirtschaft führen, die Landwirte sind. Nur dann, wenn die Verbesserungen, mit denen bereits in großem Umfang begonnen worden ist, ausnahmslos alle Gouvernements erfassen, werden wir die Hungersnot überwinden, besiegen und eine Verbesserung

der bäuerlichen Wirtschaft erzielen können. Die Arbeit einer kleinen, im Vergleich zur großen Masse der Bauern unbedeutenden Zahl von Agronomen kann nur dann produktiv sein, wenn sie eng mit den praktischen Aufgaben der Landwirtschaft verbunden ist. Derartige Kongresse wie der Ihrige müssen in allen Gouvernements einberufen werden und auf die Bauernmassen Einfluß nehmen. Das ist jetzt die dringendste, ich möchte sogar sagen, eine politische Notwendigkeit, denn alle politischen Fragen laufen, da sich unsere internationale Lage verbessert hat, auf ein und dasselbe hinaus: die Produktivität der Landwirtschaft um jeden Preis zu erhöhen. Die Erhöhung ihrer Produktivität wird unbedingt auch eine Hebung unserer Industrie und eine bessere Versorgung der bäuerlichen Wirtschaft sowohl mit allen notwendigen Gegenständen des persönlichen Bedarfs als auch mit Produktionsinstrumenten, mit Maschinen, nach sich ziehen, ohne die eine gesicherte Existenz der Arbeiter- und Bauernmassen unmöglich ist.

Genossen! Sie haben hier das Referat des Gen. Ossinski über die allgemeine Wirtschaftspolitik gehört und, wie man mir sagte, ein Referat des Gen. Mesjazew über Fragen der Flurregelung. Ich wiederhole: Von besonderem Wert für uns sind die praktischen Vorschläge, die hier von Vertretern der bäuerlichen Wirtschaft gemacht werden, von denen, die unmittelbar eine Wirtschaft führen. Für uns sind die Erfahrungen, die Sie mitgebracht haben und die den breitesten Massen zugänglich sein werden, außerordentlich wichtig und wertvoll. Das Gouvernement Moskau nimmt immerhin so etwas wie eine Sonderstellung ein, denn hier hat die Bauernschaft die Möglichkeit und günstigere Bedingungen für einen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der zentralen Stellen und mit den Agronomen; und sowohl das, was auf dem Kongreß erarbeitet wird, als auch das, was er an Resultaten bringt, wird weit über die Grenzen des Moskauer Gouvernements hinaus Bedeutung haben. Äußerst gefährlich könnte es werden, wenn die Hilfe der Agronomen zuwenig in Anspruch genommen würde, und deshalb ist es notwendig, daß die Moskauer Landwirte, daß die Moskauer Bauernschaft sowohl ihre Erfahrungen als auch die Erfolge, die sie bei der Verbesserung der Landwirtschaft erzielen werden, als erste Schritte auf diesem Weg betrachten und der ganzen Bauernschaft zur Kenntnis bringen. Und eben hierauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, damit Ihre Erfahrungen und die Schlußfolgerungen, zu denen Sie

hier gelangen, nicht nur Ihnen helfen, Ihre Wirtschaft weiter voranzubringen, sondern daß Sie an Ihren Erfahrungen die Bauern der abgelegensten Gouvernements teilhaben lassen und ihnen Hinweise geben.

Alle Fragen, die hier aufgeworfen wurden, die Fragen des Sonderlands, mit einem Wort, alle Fragen, die mit der Flurregelung zusammenhängen, sind für ein viel größeres Gebiet von Bedeutung, und es ist besonders für uns, für die Vertreter des Zentrums, sehr wesentlich, Ihre Meinung zu dieser Frage zu kennen. Wir gedenken, diese Fragen an Hand der praktischen Erfahrungen zu behandeln. Das Wichtigste und Grundlegendste ist, daß bei unseren Bauern die Erkenntnis reift, daß die Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft eine Notwendigkeit ist, und daß die praktischen Schritte, die unternommen werden, von Ihnen selbst allseitig beraten werden. Alles, was Sie hier zur Sprache bringen, wird bei uns Beachtung finden, und wir werden Ihre persönlichen Erfahrungen bei der Festlegung praktischer Maßnahmen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wiederhole ich, daß Ihre Erfahrungen bis in die entferntesten Gouvernements dringen müssen. Das ist es, was wir an der Arbeit Ihres Kongresses für besonders wichtig halten.

Abschließend möchte ich nochmals die Grüße des Rats der Volkskommissare übermitteln und Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit wünschen. (Beifall.)

Ein kurzer Zeitungsbericht wurde am 30. November 1921 in der „Prawda" Nr. 270 veröffentlicht.

Vollständig veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Stenogramm, verglichen mit dem Text der Zeitung.

ROHENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE GESAMTRUSSISCHE TSCHEKA

Erstens: die Kompetenz einengen
Zweitens: in bezug auf Verhaftungen die Rechte noch mehr einengen
Drittens: Frist $<$ 1 Monat
Viertens: die Gerichte verstärken oder nur vor Gericht stellen

Fünftens: Benennung
Sechstens: über das G e s a m t r u s s i s c h e ZEK > ernsthafte Milderungen durchführen.[418]

Geschrieben am 1. Dezember 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE EINHEITSFRONTTAKTIK

a) Die von Sinowjew, Radek und Bucharin unterbreitete Linie für eine Reihe von Vorschlägen der kommunistischen Parteien der Komintern zu gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern der II. Internationale wird gebilligt. Sie werden beauftragt, diese Linie innerhalb von 2 Tagen in einem Resolutionsentwurf zu präzisieren, der den Mitgliedern des Politbüros zuzusenden ist.
b) Gen. Bucharin wird beauftragt, über die Erfahrungen der KPR in bezug auf den Kampf der Bolschewiki gegen die Menschewiki und die Blocks zwischen ihnen einen Artikel zu schreiben und dem Politbüro vorzulegen.[419]

Geschrieben am 1. Dezember 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.
Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG ÜBER DIE KOMMISSION FÜR DIE NUTZBARMACHUNG MATERIELLER RESSOURCEN[420]

a) Der Entwurf der Staatlichen Plankommission wird im Prinzip angenommen und diese beauftragt, innerhalb einer Woche den überarbeiteten

Entwurf mit den geänderten §§ 2 und 3 sowie die Ergebnisse der in § 5 vorgesehenen Arbeit vorzulegen.

Geschrieben am 2. Dezember 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)[421]

Das Kommissariat für Ernährungswesen wird beauftragt, die Hauptgruppe der Spezialisten (nach Weisung des Obersten Volkswirtschaftsrats) in der Verwaltung Mühlen bestehen zu lassen und unter Kontrolle des Obersten Volkswirtschaftsrats das Programm der Instandsetzung der großen Mühlen durchzuführen.

Geschrieben am 5. Dezember 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

BEMERKUNGEN ZU DEN LEITSÄTZEN ÜBER DIE EINHEITSFRONT

Gen. Sinowjew!

Habe den Entwurf der Leitsätze gelesen und bin einverstanden.

Den Absatz zur Geschichte des Bolschewismus ergänzen und zum Teil ändern. Daß es nur 1910 eine Spaltung gab, stimmt nicht. Es muß gesagt werden, daß die formellen Trennungen von den Menschewiki, wie sie im Frühjahr 1905 und im Januar 1912 stattfanden, mit halben Vereinigungen und Vereinigungen in den Jahren 1906 und 1907 und dann 1910 abwechselten, die nicht nur kraft der Peripetien des Kampfes erfolgten, sondern auch unter dem Druck der Massen unten, die sich durch eigene Erfahrung überzeugen wollten.

Ich denke, das muß man, auf einer knappen Seite, genauer und konkreter sagen.[422]

Lenin

6. XII.

Geschrieben am 6. Dezember 1921.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

BRIEF AN DEN PROPAGANDA- UND AKTIONSRAT DER VÖLKER DES OSTENS[423]

Werte Genossen!

Von ganzem Herzen begrüße ich Ihr demnächst erscheinendes Presseorgan. Ich bedaure sehr, daß mir mein schlechter Gesundheitszustand nicht erlaubt, einen Artikel dafür zu liefern. Ich hoffe, mit Hilfe Ihrer Zeitung wird es schneller und umfassender gelingen, die besten Vertreter der Werktätigen des Ostens heranzuziehen. Von der Einbeziehung der werktätigen Massen des Ostens in das politische Leben hängt jetzt in hohem Maße das Schicksal der gesamten westlichen Zivilisation ab.

Mit den besten Wünschen und Grüßen

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der RSFSR
Lenin

Telefonisch diktiert im Dezember 1921, nicht vor dem 17.

Zum erstenmal veröffentlicht am 22. April 1957 in der „Prawda" Nr. 112.

Nach der Niederschrift des Sekretärs.

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DER RESOLUTION DER XI. KONFERENZ DER KPR(B) ÜBER DIE PARTEIEINIGUNG

Zum Resolutionsentwurf Saluzkis über die Parteieinigung möchte ich zwei Bemerkungen machen.

1. Im Abschnitt 3, § a, schlägt Saluzki vor, vorübergehend, für 6 Monate, den Eintritt in die Partei zu sperren. Ich denke, das ist nicht richtig. Ich würde vorschlagen, nicht den Eintritt zu sperren, sondern strengere Bedingungen zu stellen, nämlich: eine längere Kandidatenzeit. Wenn eineinhalb Jahre für wirkliche Arbeiter als zu lang angesehen werden, so kann man diese Frist verkürzen und überhaupt einer Kürzung auf $^{3}/_{4}$ Jahre oder sogar ein halbes Jahr zustimmen, wie Trotzki vorschlägt. Aber meiner Meinung nach muß man bei so kurzen Fristen eine qualifizierte Mehrheit in den Gremien fordern, die den Beschluß über die Aufnahme fassen, beispielsweise, daß mindestens eine $^{4}/_{5}$-Mehrheit erforderlich ist, wenn die Kandidatenzeit verkürzt werden soll, wobei diese $^{4}/_{5}$-Mehrheit nicht nur von *einem* Parteigremium (der untersten Zelle, die die Aufnahme vornimmt) gefordert wird, sondern von mehreren Gremien zur gegenseitigen Kontrolle (beispielsweise außer der untersten Zelle noch vom Gouvernementsparteikomitee u. dgl.). Ich hätte absolut nichts gegen eine Erleichterung der Aufnahme von wirklichen Arbeitern in die Partei einzuwenden, doch wenn wir nicht außerordentlich strenge Bedingungen stellen, die festlegen, wer sich als Arbeiter in der Großindustrie bezeichnen darf, so wird sich durch diese Lücke sofort wieder eine Menge Gesindel einschleichen. Was die Rotarmisten betrifft, so sind meiner Meinung nach strengere Bedingungen notwendig, denn erstens sind das in der Mehrzahl keine Arbeiter, sondern Bauern, und zweitens sind es sehr junge Menschen, die sich erst noch bewähren müssen.

2. Im Abschnitt 4, § a, schlägt Saluzki vor, die vorgesehenen Pläne für die Arbeit im Komsomol zu überprüfen. Mir scheint, zu diesem Punkt muß man strengere Bedingungen stellen und kontrollieren, daß die in die Partei aufzunehmenden Mitglieder des Komsomol erstens wirklich ernsthaft gelernt und einiges Wissen erworben haben, und zweitens, daß sie längere Zeit ernsthaft praktisch gearbeitet haben (auf wirtschaftlichem, kulturellem u. ä. Gebiet).[424]

Lenin

Telefonisch diktiert am 22. Dezember 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

REDEN AUF DER BERATUNG PARTEILOSER DELEGIERTER DES IX. GESAMTRUSSISCHEN SOWJETKONGRESSES 26. DEZEMBER 1921[425]

1

Genossen! Nachdem wir beschlossen haben, unsere Unterhaltung fortzusetzen – ich glaube, in dieser Hinsicht gibt es bei uns keinerlei Zweifel –, möchte ich nur sagen, daß es jetzt gegen halb neun ist, wir können uns hier bis halb zehn und sogar länger unterhalten. Es gilt, die Frage auszuwählen, die uns am meisten interessiert. Wenn hier ein Genosse meint, daß das die Bodenfrage ist, so muß ich sagen: Lassen Sie uns die Zeit auf die Fragen verteilen, die für Sie vor allem von Bedeutung sind. Meine Sache hier ist, denke ich, mehr zuzuhören und zu notieren. Das, was ich sagen wollte, habe ich Ihnen auf dem Kongreß gesagt. Ich bemühe mich zu notieren, worüber es in welchem Gouvernement, in welchem Kreis die meisten Beschwerden gibt. Ich meine, wir sollten die Zeit so einteilen, daß wir nach Beendigung der Aussprache über die Arbeits- und Spanndienstpflicht abschätzen, welche Fragen uns dann als die wesentlichsten erscheinen, um zu erreichen, daß sich dazu ebenfalls noch Vertreter aus den verschiedenen Gouvernements äußern. Für mich kommt es hier darauf an, möglichst ausführliche Notizen zu machen, um zu wissen, was die Parteilosen hier gesagt haben. Auf die einzelnen Fragen zu antworten, die hier gestellt werden, wird für mich sowieso sehr schwierig sein, weil ich hier keine Auskünfte einholen kann und deshalb nicht sofort, auf der Stelle werde antworten können. Deshalb schlage ich also vor, die Fragen auszuwählen, die als die wichtigsten betrachtet werden, und zu diesen ebenso Ihre Meinung zu sagen wie über die Arbeits- und Spanndienstauflage, und ich werde jeden Hinweis, der von Ihnen kommt, notieren.

2

Genossen, es fällt mir sehr schwer, zu dieser Frage etwas zu sagen; ich notiere alle Fragen, die hier gestellt wurden, und schreibe auf, aus wel-

chem Gouvernement bestimmte Hinweise gekommen sind, doch ohne mich bei der entsprechenden Institution genau erkundigt zu haben, kann ich die Fragen, die hier gestellt wurden, nicht sofort beantworten. Dem Genossen vom Volkskommissariat für Arbeit, der soeben sprach, fiel es leicht zu antworten, denn er hat das erlassene Gesetz vor Augen und die Erläuterung, wie durch die Einführung dieses Gesetzes eine Erleichterung erzielt wird. Auf die hier aufgeworfenen Detailfragen kann ich keine bestimmte Antwort geben, ohne mich vorher bei dem entsprechenden Volkskommissariat erkundigt zu haben.

Hier habe ich noch einige Zettel erhalten. Einer kommt von einem ukrainischen Genossen aus Kiew, der fragt, weshalb ich noch nie in der Ukraine war. Nach der Ukraine ist es weit. Eine solche Reise zu unternehmen ist schwierig.

Ein Genosse fragt, wer die Pferde bezahlen wird, die bei der Arbeits- und Spanndienstpflicht draufgehen. Ich habe diese Frage notiert. Der Genosse hat darauf im großen und ganzen vorhin schon geantwortet.

Dann wurden zwei Zettel abgegeben – einer betraf die Naturalsteuer, und im anderen ging es darum, daß ein wenig bemittelter Bauer nicht in der Lage ist, Textilien zu kaufen. Es ist verständlich, daß die Bauernschaft jetzt in allen Gouvernements auf viele solcher Schwierigkeiten stößt. Ohne Nachfrage bei der entsprechenden Institution kann ich diese Frage nicht sofort beantworten.

Werden wir helfen können und inwieweit? Ich wiederhole, daß ich darauf nicht sofort antworten kann. Mir scheint, das wichtigste, was hier zur Arbeits- und Spanndienstauflage gesagt wurde, ist, soweit ich nach einer flüchtigen Durchsicht meiner Notizen feststellen konnte (und ich habe mir bei jedem Genossen, der hier gesprochen hat, kurze Notizen gemacht), das wichtigste sind meiner Meinung nach die Übergriffe und Unregelmäßigkeiten bei den Holzbeschaffungskomitees der Eisenbahn[426]. Die meisten Hinweise bezogen sich darauf, daß die von diesen Komitees angesetzten Arbeiten schwer sind, daß sich die Menschen quälen müssen, daß außerordentlich viele Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung und Festsetzung der Arbeiten vorkommen, besonders in Zeiten, wo ein solcher Arbeitseinsatz den Bauernwirtschaften direkt schadet. Alle diese Hinweise habe ich notiert und auch aufgeschrieben, daß, als der letzte Dreiwocheneinsatz

war, alle Genossen aus dem Zentrum in die Provinz geschickt wurden. Ich habe gebeten, konkrete Materialien über alle mit den Arbeiten zur Brennstoffbeschaffung zusammenhängenden Unregelmäßigkeiten und Übergriffe zu sammeln, und habe verschiedene Berichte angefordert. Briefe dazu treffen bereits ein, aber ich muß sagen, daß ich mich in letzter Zeit infolge der Krankheit, durch die ich gezwungen war, mich auch auf dem Kongreß nur auf einen allgemeinen Bericht zu beschränken, mit diesen Antworten nicht selbst befassen konnte. Damit wird ein anderer Genosse beauftragt werden, der mich vorübergehend vertritt, aber wir werden unbedingt alle diese Angaben, die während des letzten Dreiwocheneinsatzes zusammengetragen wurden, auswerten. Ich halte die Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und Übergriffe von seiten der Holzbeschaffungskomitees der Eisenbahn im großen und ganzen zweifellos für richtig. Einer der Hauptgründe, weshalb beschlossen wurde, die Arbeits- und Spanndienstauflage einzuführen, über die der Genosse aus dem Volkskommissariat für Arbeit berichtet hat, ist eben, daß ohne eine richtige Festlegung des Arbeitsmaßes (es wird ein solcher Versuch gemacht: im Gesetz wird die Sechstagearbeit festgelegt), daß ohne eine solche richtige Festlegung im Gesetz Übergriffe von seiten der Gouvernementsverwaltungen für Forstwirtschaft und der Holzbeschaffungskomitees der Eisenbahn unausbleiblich sind und der Kampf dagegen sehr schwer ist. Aber wenn im Gesetz genau gesagt wird, so wie es jetzt der Fall ist, wieviel Tage zu arbeiten sind, wenn ein bestimmtes Pensum bekannt ist, wenn festgelegt ist, wie lange und wieviel in dieser Anzahl von Tagen zu arbeiten ist, wird der Kampf gegen Übergriffe bedeutend erleichtert. Natürlich ist in den Gouvernements und Kreisen, in denen Gouvernementsverwaltungen für Forstwirtschaft und Holzbeschaffungskomitees der Eisenbahn bestehen, besonders dann, wenn sich in diese Institutionen – wie ein Genosse feststellte – viele der alten Angestellten, der alten Gutsbesitzer, der alten Holzunternehmer eingeschlichen haben, natürlich ist der Kampf gegen diese Leute schwierig. In der Provinz muß strenger darauf geachtet werden, und wir müssen dafür sorgen, daß mehr parteilose Bauern im ZEK sind, an die man sich, falls eine Beschwerde nicht an die richtige Stelle gelangt, wenden kann, und die dann selber hier, in den Sitzungen des ZEK, diese Frage aufwerfen und eine Untersuchung der Unregelmäßigkeiten fordern werden. Diese Maßnahmen werden auf jeden Fall auf dem gegenwärtigen

Kongreß beschlossen werden. Die Zahl der Mitglieder des ZEK aus dem Kreis der parteilosen Bauern wird, wie mir alle Genossen, die am Kongreß teilnehmen, mitteilten, zweifellos erhöht werden. Hiervon ausgehend muß man nun darauf achten, daß der Kampf gegen die Übergriffe der Holzbeschaffungskomitees der Eisenbahn mit größerem Erfolg geführt werden kann, und das wird um so leichter sein, je mehr parteilose Bauern Mitglieder des ZEK sind. Ich wiederhole, daß ich alle hier vorgebrachten Hinweise notiere und von jedem einzelnen das entsprechende Volkskommissariat oder den Volkswirtschaftsrat unterrichten werde, damit Maßnahmen getroffen werden können. Jede Detailfrage zu beantworten, ohne mich bei dem entsprechenden Volkskommissariat erkundigt zu haben, ist mir im Augenblick natürlich nicht möglich.

3

Ich möchte Gen. Kalinin um zwei Minuten Redezeit bitten, damit seine Worte nicht irgendwie mißverstanden werden.[427] Ich bin überzeugt, daß er mir nicht den Gedanken zuschreiben wollte, ich hätte irgendwann vorgeschlagen, die Gebetbücher zu verbrennen. Es versteht sich von selbst, daß ich niemals eine solche Sache vorgeschlagen habe und auch nicht vorschlagen konnte. Sie wissen, daß unsere Verfassung, das Grundgesetz unserer Republik, in bezug auf die Religion jedem unbedingt Glaubensfreiheit garantiert.

Noch zwei Worte an den Genossen, der auf die äußerst schwere Lage einiger Kreise des Gouvernements Wjatka hingewiesen hat. Die Kreise gehören zum Hungergebiet. Unsere größte Hoffnung ist jetzt der Vertrag, den uns die amerikanische Regierung vorgeschlagen hat. Wir werden ihn dieser Tage abschließen. Nach diesem Vertrag bietet uns die amerikanische Regierung 20 Millionen Dollar. Wir werden 10 Millionen geben, das sind insgesamt 30 Millionen Dollar – das bedeutet 60 Millionen Goldrubel. Das ist eine beträchtliche Summe. Ein großer Teil der Sommersaatflächen wird bestellt werden können, vielleicht sogar alle. Darüber hinaus schicken wir jemand nach Kanada. Wir glauben, daß wir aus dem Goldfonds noch einen zusätzlichen Teil ausgeben können, um etwas mehr Saatgut zu beschaffen. Die wichtigste Frage ist jetzt natürlich die Hungersnot, der Futtermangel. Die Sommeraussaat muß so vollständig wie mög-

lich durchgeführt werden. Darauf werden sich auch alle Anstrengungen richten. (B e i f a l l.)

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXIII.

Nach dem Stenogramm.

ENTWURF DER THESEN ÜBER DIE ROLLE UND DIE AUFGABEN DER GEWERKSCHAFTEN UNTER DEN VERHÄLTNISSEN DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK[428]

Das Plenum des ZK der KPR vom 28. XII. 1921 behandelte Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften in Verbindung mit der Neuen Ökonomischen Politik. Entgegengenommen wurden die Berichte der Genossen Rudsutak, Andrejew und Schljapnikow (der vorgesehene Bericht des Gen. Lutowinow wurde nur deshalb nicht entgegengenommen, weil es nicht gelungen war, den Referenten rechtzeitig kommen zu lassen). Nach einem Meinungsaustausch wurde beschlossen, die Rohentwürfe der Thesen der Genossen Rudsutak und Andrejew einer Kommission, bestehend aus diesen beiden Genossen unter Hinzuziehung des Gen. Lenin, zu übergeben, und diese Kommission wurde beauftragt, einen Thesenentwurf auszuarbeiten, der dem Politbüro zur Bestätigung vorgelegt werden muß.

(*Nach* Bestätigung des Entwurfs durch die Kommission und dann durch das Politbüro werden dem noch einige Zeilen hinzugefügt.)

ENTWURF

1. DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Neue Ökonomische Politik führt zu einer Reihe wesentlicher Veränderungen in der Lage des Proletariats und folglich auch der Gewerkschaften. Diese Veränderungen werden durch den Umstand hervorgerufen, daß in der gesamten Politik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozia-

lismus die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht jetzt bei diesem Übergang besondere Methoden anwenden, in vieler Beziehung auf eine andere Art vorgehen als früher, eine Reihe von Positionen sozusagen durch eine „neue Umgehung" erobern, einen Rückzug durchführen, um besser vorbereitet wieder zum Angriff auf den Kapitalismus überzugehen. Insbesondere sind gegenwärtig freier Handel und Kapitalismus, die der staatlichen Regelung unterliegen, zugelassen und entwickeln sich, während anderseits die Staatsbetriebe auf das sogenannte Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, das heißt im wesentlichen in starkem Maße auf kommerzielle und kapitalistische Grundlagen, übergeführt werden.

2. DER STAATSKAPITALISMUS IM PROLETARISCHEN STAAT UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Ohne sein Wesen zu ändern, kann der proletarische Staat die Freiheit des Handels und die Entwicklung des Kapitalismus nur bis zu einem bestimmten Grade zulassen und nur unter der Bedingung der staatlichen Regelung (Aufsicht, Kontrolle, Festsetzung der Formen, der Ordnung usw.) des Privathandels und des privatwirtschaftlichen Kapitalismus. Der Erfolg einer solchen Regelung hängt nicht nur von der Staatsmacht ab, sondern noch mehr vom Reifegrad des Proletariats und der werktätigen Massen im allgemeinen, sodann vom Kulturniveau usw. Aber selbst bei vollem Erfolg einer solchen Regelung bleibt der Gegensatz zwischen den Klasseninteressen der Arbeit und des Kapitals unbedingt bestehen. Darum besteht von nun an eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften darin, die Klasseninteressen des Proletariats in seinem Kampf gegen das Kapital in jeder Hinsicht und mit allen Mitteln zu verteidigen. Diese Aufgabe muß offen an eine der ersten Stellen gerückt werden, der Gewerkschaftsapparat muß entsprechend umgebaut, abgeändert oder ergänzt werden, Streikfonds usw. müssen gegründet, richtiger gesagt, von Fall zu Fall geschaffen werden.

3. DIE STAATLICHEN BETRIEBE, DIE AUF DIE SOGENANNTE WIRTSCHAFTLICHE RECHNUNGSFÜHRUNG ÜBERGEFÜHRT WERDEN, UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung ist unvermeidlich und untrennbar verbunden mit der Neuen Ökonomischen Politik, und in nächster Zukunft wird dieser Typus unausbleiblich zum vorherrschenden, wenn nicht zum ausschließlichen werden. Faktisch bedeutet das unter den Verhältnissen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels, daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle, kapitalistische Grundlagen übergeführt werden. Dieser Umstand, in Verbindung mit der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zu erreichen, daß ein jeder Staatsbetrieb ohne Verlust, mit Gewinn arbeitet, sowie in Verbindung mit dem unvermeidlichen Ressortinteresse und der Übertreibung des Ressorteifers, erzeugt unausbleiblich einen gewissen Interessengegensatz zwischen der Arbeitermasse und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden. Darum haben die Gewerkschaften auch in bezug auf die Staatsbetriebe unbedingt die Pflicht, die Klasseninteressen des Proletariats und der werktätigen Massen gegen ihre Arbeitgeber zu schützen.

4. DER WESENTLICHE UNTERSCHIED ZWISCHEN DEM KLASSENKAMPF DES PROLETARIATS IN EINEM STAAT, DER DAS PRIVATEIGENTUM AM GRUND UND BODEN, AN DEN FABRIKEN USW. ANERKENNT UND WO SICH DIE POLITISCHE MACHT IN HÄNDEN DER KAPITALISTENKLASSE BEFINDET, UND DEM KLASSENKAMPF DES PROLETARIATS IN EINEM STAAT, DER DAS PRIVATEIGENTUM AM GRUND UND BODEN UND AN DEN MEISTEN GROSSBETRIEBEN NICHT ANERKENNT, IN EINEM STAAT, WO SICH DIE POLITISCHE MACHT IN HÄNDEN DES PROLETARIATS BEFINDET

Solange Klassen bestehen, ist der Klassenkampf unvermeidlich. In der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist das Bestehen von Klassen unvermeidlich, und das Programm der KPR sagt mit voller Be-

stimmtheit, daß wir lediglich die ersten Schritte beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus machen. Darum müssen sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften offen anerkennen, daß der Klassenkampf besteht und so lange unvermeidlich ist, bis die Elektrifizierung der Industrie und der Landwirtschaft wenigstens in den Grundzügen abgeschlossen und damit die Axt an alle Wurzeln des Kleinbetriebs und der Marktherrschaft gelegt ist. Hieraus ergibt sich, daß wir gegenwärtig keinesfalls auf den Streikkampf verzichten können, prinzipiell kein Gesetz zulassen können, das Streiks durch obligatorische staatliche Vermittlung ersetzt.

Anderseits ist es augenscheinlich, daß das Endziel des Streikkampfes unter dem Kapitalismus die Zerstörung des Staatsapparats, der Sturz der Staatsmacht der gegebenen Klasse ist. Aber beim proletarischen Staat vom Übergangstypus, wie es der unsere ist, kann das Endziel des Streikkampfes nur die Festigung des proletarischen Staates und der Staatsmacht der proletarischen Klasse auf dem Wege des Kampfes gegen bürokratische Auswüchse dieses Staates, gegen seine Fehler und Schwächen, gegen die sich seiner Kontrolle entziehenden Klassengelüste der Kapitalisten usw. sein. Darum können sowohl die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als auch die Gewerkschaften keinesfalls vergessen und dürfen den Arbeitern und werktätigen Massen niemals verhehlen, daß die Anwendung des Streikkampfes in einem Staat mit proletarischer Staatsmacht ausschließlich erklärt und gerechtfertigt werden kann durch bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates und alle möglichen Überreste der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Institutionen einerseits und durch die politische Unentwickeltheit und kulturelle Rückständigkeit der werktätigen Massen anderseits. Denn wenn die Gerichte und alle übrigen Staatsorgane auf klassenmäßiger Grundlage, von den Werktätigen selbst, unter Ausschluß der Bourgeoisie aus den Reihen der Wähler, geschaffen werden, dann muß die normale Methode zur Lösung von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern immer häufiger darin bestehen, daß sich die Werktätigen unmittelbar an die Staatsorgane wenden.

5. DIE RÜCKKEHR ZUR FREIWILLIGEN MITGLIEDSCHAFT IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Die zwangsweise Eintragung ausnahmslos aller Arbeiter als Mitglieder der Gewerkschaften entsprach – wie sich herausstellte – weder dem faktisch erreichten Grad der Sozialisierung der Industrie noch dem Entwicklungsstand der Massen. Die Zwangsmitgliedschaft hat außerdem in gewissem Grade zu bürokratischen Auswüchsen auch in den Gewerkschaften geführt. Es ist notwendig, mit aller Entschiedenheit auf ziemlich lange Zeit zur freiwilligen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zurückzukehren. Von den Gewerkschaftsmitgliedern darf man auf keinen Fall fordern, daß sie bestimmte politische Ansichten vertreten; in diesem Sinne, wie auch in der Frage der Stellung zur Religion, müssen die Gewerkschaften parteilos sein. Von den Gewerkschaftsmitgliedern ist im proletarischen Staat nur zu fordern, daß sie Verständnis haben für die kameradschaftliche Disziplin und für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Kräfte der Arbeiter zum Schutz der Interessen der Werktätigen und für die Notwendigkeit der Loyalität gegenüber der Macht der Werktätigen, d. h. der Sowjetmacht. Der proletarische Staat muß den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter sowohl in rechtlicher wie auch in materieller Hinsicht fördern. Aber die Gewerkschaften dürfen keinerlei Rechte ohne Pflichten haben.

•

6. GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBSLEITUNG

Nach der Eroberung der Staatsmacht besteht das wichtigste und grundlegendste Interesse des Proletariats in der Vergrößerung der Produktenmenge und der gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft. Diese im Programm der KPR klar gestellte Aufgabe ist bei uns gegenwärtig durch den Ruin, die Hungersnot und die Zerrüttung der Nachkriegszeit besonders akut geworden. Darum ist ein schneller und möglichst nachhaltiger Erfolg bei der Wiederherstellung der Großindustrie die Voraussetzung, ohne welche der Erfolg des gesamten Werkes der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals, ohne welche der Sieg des Sozia-

lismus undenkbar ist. Aber ein solcher Erfolg erfordert seinerseits, bei der gegenwärtigen Lage Rußlands, unbedingt die Konzentration der gesamten Machtfülle in den Händen der Betriebsleitungen. Diese Leitungen, die in der Regel nach dem Prinzip der Einzelverantwortung zusammengesetzt sind, müssen selbständig sowohl die Festsetzung der Lohnsätze wie auch die Verteilung der Geldmittel, der Verpflegungsrationen, der Arbeitskleidung und jeder sonstigen Versorgung regeln, bei größtmöglicher Manövrierfreiheit, bei strengster Kontrolle der tatsächlichen Erfolge hinsichtlich der Steigerung der Produktion – und zwar einer verlustlosen, gewinnbringenden Produktion –, bei sorgfältigster Auswahl der hervorragendsten und tüchtigsten Verwaltungskräfte usw.

Jede unmittelbare Einmischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe muß unter diesen Bedingungen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden.

Aber es wäre völlig falsch, diese unbestreitbare Wahrheit in dem Sinne auszulegen, daß die Teilnahme der Gewerkschaften an der sozialistischen Organisierung der Industrie und an der Leitung der staatlichen Industrie abzulehnen sei. Diese Teilnahme ist notwendig in genau bestimmten, nämlich in den folgenden Formen.

7. DIE ROLLE UND DIE TEILNAHME DER GEWERKSCHAFTEN AN DEN WIRTSCHAFTS- UND STAATSORGANEN DES PROLETARISCHEN STAATES

Das Proletariat ist die Klassenbasis des Staates, der den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. Das Proletariat kann diese Aufgabe in einem Lande, in welchem die Kleinbauernschaft gewaltig überwiegt, nur dann erfolgreich lösen, wenn es das Bündnis mit der übergroßen Mehrheit der Bauernschaft außerordentlich geschickt, behutsam und allmählich verwirklicht. Die Gewerkschaften müssen die engsten und ständigen Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Arbeit von der bewußten Vorhut der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei, geleitet wird. Die Gewerkschaften, die eine Schule des Kommunismus überhaupt sind, müssen im besonderen

für die gesamte Masse der Arbeiter und sodann auch für alle Werktätigen eine Schule der Verwaltung der sozialistischen Industrie (und nach und nach auch der Landwirtschaft) sein.

Ausgehend von diesen prinzipiellen Leitsätzen sind folgende Grundformen der Teilnahme der Gewerkschaften an den Wirtschafts- und Staatsorganen des proletarischen Staates festzulegen:

(1) Die Gewerkschaften nehmen an der Zusammensetzung aller Wirtschafts- und Staatsorgane teil, die mit der Wirtschaft zusammenhängen, indem sie ihre Kandidaten aufstellen und ihre beratende Stimme abgeben; die Gewerkschaften arbeiten auch in diesen Organen mit, aber nicht unmittelbar, sondern über die von ihnen vorgeschlagenen und von der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht bestätigten Mitglieder der höchsten staatlichen Institutionen, über die Mitglieder von Wirtschaftskollegien, die Mitglieder von Betriebsleitungen (dort, wo eine solche Kollegialität statthaft ist), die Verwaltungsfunktionäre, ihre Stellvertreter usw.

(2) Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften besteht darin, aus der Masse der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt Verwaltungskräfte heranzuziehen und auszubilden. Wenn es heute bei uns Dutzende von Verwaltungsfunktionären der Industrie gibt, die den Anforderungen vollauf genügen, und Hunderte, die den Anforderungen mehr oder weniger genügen, so brauchen wir in der nächsten Zeit Hunderte von den ersteren und Tausende von den letzteren. Die systematische Erfassung aller für eine solche Arbeit geeigneten Arbeiter und Bauern und die eingehende, allseitige, praktische Prüfung der Erfolge ihrer Ausbildung für die Verwaltungstätigkeit müssen von den Gewerkschaften viel sorgfältiger und energischer durchgeführt werden als bisher.

(3) Nicht weniger wichtig ist die Teilnahme der Gewerkschaften an allen Planungsorganen des proletarischen Staates. Neben der Teilnahme der Gewerkschaften an der gesamten Kultur- und Bildungsarbeit und der Produktionspropaganda soll eine solche Betätigung der Gewerkschaften die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen immer umfassender und tiefer in den gesamten staatswirtschaftlichen Aufbau einbeziehen, wobei sie diese bekannt macht mit dem ganzen Kreislauf des Wirtschaftslebens, mit dem ganzen Kreislauf der Industrietätigkeit, von

der Rohstoffbeschaffung bis zur Realisierung des Erzeugnisses, und ihnen eine immer konkretere Vorstellung vermittelt sowohl von dem einheitlichen Staatsplan der sozialistischen Wirtschaft als auch von der praktischen Interessiertheit des Arbeiters und Bauern an der Verwirklichung dieses Plans.

(4) Die Ausarbeitung der Tarife und Versorgungsnormen usw. bildet einen notwendigen Bestandteil der Arbeit der Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus und bei ihrer Teilnahme an der Leitung der Industrie. Im besonderen müssen die Disziplinargerichte unentwegt die Arbeitsdisziplin heben sowie auf kulturelle Formen des Kampfes hierfür und für die Steigerung der Produktivität hinwirken, ohne sich jedoch in die Funktionen der Volksgerichte im allgemeinen und in die Funktionen der Verwaltung einzumischen.

Diese Aufzählung der wichtigsten Funktionen der Gewerkschaften beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft muß selbstverständlich von den entsprechenden Organen der Gewerkschaften und der Sowjetmacht bis in alle Einzelheiten konkretisiert werden. Das Wesentlichste ist, daß die Gewerkschaften bewußt und entschieden von der unmittelbaren, unvorbereiteten, nicht kompetenten, unverantwortlichen Einmischung in die Verwaltung, die nicht wenig Schaden angerichtet hat, übergehen zur beharrlichen, sachlichen, auf eine lange Reihe von Jahren berechneten Arbeit auf dem Gebiet der *praktischen Unterweisung* der Arbeiter und aller Werktätigen in der *Leitung* der Volkswirtschaft des ganzen Landes.

8. DIE VERBINDUNG MIT DEN MASSEN ALS GRUNDBEDINGUNG JEDWEDER ARBEIT DER GEWERKSCHAFTEN

Die Verbindung mit den Massen, das heißt mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter (und sodann aller Werktätigen) ist die wichtigste, grundlegende Bedingung für den Erfolg jedweder Tätigkeit der Gewerkschaften. Von unten bis zur höchsten Spitze der Gewerkschaftsorganisationen und ihres Apparates muß ein ganzes System von verantwortlichen Genossen, und zwar unbedingt nicht nur aus den Reihen der Kommunisten, geschaffen und praktisch auf Grund der Erfahrung vieler Jahre erprobt werden,

von Genossen, die tief im Arbeiterleben verwurzelt bleiben, das Leben der Arbeiter in- und auswendig kennen und es verstehen müssen, in jeder Frage, in jedem Moment die Stimmungen der Massen, ihre wirklichen Bedürfnisse, Bestrebungen und Gedanken untrüglich festzustellen, die es verstehen müssen, ohne eine Spur falscher Idealisierung den Grad der Bewußtheit der Massen und die Stärke des Einflusses dieser oder jener Vorurteile und Überreste der Vergangenheit festzustellen, die es verstehen müssen, das grenzenlose Vertrauen der Masse durch kameradschaftliches Verhalten zu ihr und durch sorgsame Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu gewinnen. Eine der größten und bedrohlichsten Gefahren für die zahlenmäßig bescheidene Kommunistische Partei, die, als Vorhut der Arbeiterklasse, ein riesiges Land führt, das (vorläufig noch ohne direkte Unterstützung fortgeschrittener Länder) den Übergang zum Sozialismus vollzieht, ist die Gefahr der Loslösung von den Massen, die Gefahr, daß die Vorhut zu weit vorauseilt, ohne „die Front auszurichten", ohne mit der gesamten Armee der Arbeit, d. h. mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter- und Bauernmassen, in fester Verbindung zu bleiben. Wie die beste Fabrik mit einem ausgezeichneten Triebwerk und erstklassigen Maschinen stillstehen wird, wenn der Transmissionsmechanismus zwischen dem Triebwerk und den Maschinen nicht funktioniert, so ist eine Katastrophe unseres sozialistischen Aufbaus unvermeidlich, wenn der Transmissionsmechanismus zwischen der Kommunistischen Partei und den Massen – die Gewerkschaften – falsch aufgebaut ist oder nicht richtig funktioniert. Es genügt nicht, diese Wahrheit zu erläutern, an sie zu erinnern, sie zu bestätigen; sie muß in der gesamten Struktur der Gewerkschaften und in ihrer tagtäglichen Arbeit organisatorisch verankert sein.

9. DIE WIDERSPRÜCHE IN DER LAGE DER GEWERKSCHAFTEN BEI DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Aus all dem oben Dargelegten ergibt sich eine Reihe von Widersprüchen zwischen den verschiedenen Aufgaben der Gewerkschaften. Einerseits ist die Hauptmethode ihrer Tätigkeit die Überzeugung, die Erziehung; anderseits können sie sich als Teilhaber der Staatsmacht nicht der Teilnahme an Zwangsmaßnahmen entziehen. Einerseits ist ihre Hauptaufgabe

der Schutz der Interessen der werktätigen Massen im unmittelbarsten und nächstliegenden Sinne des Wortes; anderseits können sie als Teilhaber der Staatsmacht und Erbauer der gesamten Volkswirtschaft als Ganzes nicht auf Druckmittel verzichten. Einerseits müssen sie auf militärische Art arbeiten, denn die Diktatur des Proletariats ist der erbittertste, hartnäckigste, verzweifeltste Klassenkrieg; anderseits sind gerade auf die Gewerkschaften spezifisch militärische Arbeitsmethoden am allerwenigsten anwendbar. Einerseits müssen sie es verstehen, sich der Masse, ihrem gegebenen Niveau anzupassen; anderseits dürfen sie den Vorurteilen und der Rückständigkeit der Masse gegenüber auf keinen Fall nachsichtig sein, sondern müssen die Masse unentwegt auf ein immer höheres Niveau heben. Und so weiter und so fort.

Diese Widersprüche sind nicht zufällig und werden im Laufe einiger Jahrzehnte nicht zu beseitigen sein. Denn erstens sind das Widersprüche, die jeder Schule eigen sind. Und die Gewerkschaften sind eine Schule des Kommunismus. Früher als in einigen Jahrzehnten kann man nicht damit rechnen, daß die Mehrheit der Werktätigen den höchsten Entwicklungsstand erreicht und sich aller Spuren und Erinnerungen an die „Schule" für Erwachsene entledigt. Zweitens, solange es Überreste des Kapitalismus und der Kleinproduktion gibt, sind in der gesamten gesellschaftlichen Struktur Widersprüche zwischen diesen Überresten und den Keimen des Sozialismus unvermeidlich.

Die praktischen Schlüsse hieraus sind von zweierlei Art. Erstens: Für die erfolgreiche Arbeit der Gewerkschaften genügt es nicht, ihre Aufgaben richtig zu verstehen, genügt es nicht, sie richtig aufzubauen; es ist noch ein besonderer Takt vonnöten, die Fähigkeit, in jedem konkreten Einzelfall auf eine besondere Art an die Massen heranzugehen, um mit einem Minimum von Reibungen zu erreichen, daß diese Massen in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung auf eine höhere Stufe gehoben werden.

Der zweite Schluß: Die genannten Widersprüche werden unvermeidlich Konflikte, Mißhelligkeiten, Reibungen usw. erzeugen. Um sie unverzüglich beizulegen, bedarf es einer höheren Instanz, die genügend Autorität besitzt. Solche Instanzen sind die Kommunistische Partei und die internationale Vereinigung der kommunistischen Parteien aller Länder, die Kommunistische Internationale.

10. DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE SPEZIALISTEN

Die Grundsätze zu dieser Frage sind im Programm der KPR dargelegt. Doch werden sie auf dem Papier bleiben, wenn man nicht wiederholt die Aufmerksamkeit auf Tatsachen lenkt, die zeigen, in welchem Grade sie in die Tat umgesetzt werden. Solche Tatsachen der letzten Zeit sind erstens Fälle der Ermordung von Ingenieuren durch Arbeiter auf sozialisierten Schächten, nicht nur im Ural, sondern auch im Donezbecken; zweitens der Selbstmord des Oberingenieurs der Moskauer Wasserwerke, W. W. Oldenborger.*

Die Schuld für solche Erscheinungen tragen natürlich die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht als Ganzes in unvergleichlich größerem Maße als die Gewerkschaften. Aber jetzt handelt es sich nicht darum, das Maß der politischen Schuld festzustellen, sondern darum, bestimmte politische Schlüsse zu ziehen. Wenn alle unsere führenden Körperschaften, d. h. sowohl die Kommunistische Partei als auch die Sowjetmacht und die Gewerkschaften, es nicht erreichen, daß wir jeden Spezialisten, der gewissenhaft, mit Sachkenntnis und Hingabe arbeitet, auch wenn seine Ideologie dem Kommunismus völlig fremd ist, wie unseren Augapfel hüten, so kann von keinerlei ernsthaften Erfolgen beim sozialistischen Aufbau die Rede sein. Wir werden zwar noch nicht bald so weit sein können, aber wir müssen um jeden Preis dahin kommen, daß die Spezialisten als besondere soziale Schicht, die bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht bleiben wird, unter dem Sozialismus besser leben als unter dem Kapitalismus, sowohl in materieller als auch in rechtlicher Beziehung, sowohl im Hinblick auf die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Bauern als auch in geistiger Hinsicht, d. h. hinsichtlich der Befriedigung, die sie in ihrer Arbeit finden, und des Bewußtseins, daß ihre Arbeit, die von den eigennützigen Interessen der Kapitalistenklasse unabhängig ist, gesellschaftlichen Nutzen bringt. Niemand wird einverstanden sein, eine Behörde als halbwegs erträglich eingerichtet anzuerkennen, in der keine planmäßig organisierte und praktische Ergebnisse zeitigende Arbeit geleistet

* Hier die diesbezügliche Mitteilung aus der „Prawda" vom 3. I. 1922: ((den vollständigen Text dieser Mitteilung aus der „Chronik", S. 4, anführen)).[429]

wird, um für die Spezialisten allseitig zu sorgen, die besten unter ihnen zu fördern, ihre Interessen zu wahren und zu schützen usw. Diese ganze vielfältige Arbeit müssen die Gewerkschaften leisten (bzw. systematisch an der entsprechenden Arbeit aller Behörden teilnehmen) unter dem Gesichtspunkt nicht der Interessen der betreffenden Behörde, sondern der Interessen der Arbeit und der Volkswirtschaft als Ganzes. In bezug auf die Spezialisten obliegt den Gewerkschaften die schwerste und mühevollste Arbeit der tagtäglichen Einwirkung auf die breitesten Massen der Werktätigen, um richtige Beziehungen zwischen ihnen und den Spezialisten herzustellen; und nur eine solche Arbeit kann wirklich ernste praktische Ergebnisse zeitigen.

11. DIE GEWERKSCHAFTEN UND DER KLEINBÜRGERLICHE EINFLUSS AUF DIE ARBEITERKLASSE

Die Gewerkschaften haben nur dann reale Bedeutung, wenn sie sehr breite Schichten parteiloser Arbeiter vereinigen. Daraus ergibt sich unvermeidlich, besonders in einem Lande mit gewaltig überwiegender Bauernschaft, gerade in den Gewerkschaften eine relative Zählebigkeit jener politischen Einflüsse, die den Überbau auf den Resten des Kapitalismus und auf der Basis der Kleinproduktion bilden. Das sind die kleinbürgerlichen, d. h. einerseits die sozialrevolutionär-menschewistischen (die russische Abart der Parteien der II. und der II½. Internationale), anderseits die anarchistischen Einflüsse. Nur innerhalb dieser Strömungen ist eine halbwegs beträchtliche Anzahl von Personen geblieben, die den Kapitalismus nicht aus eigennützigen Klassenmotiven, sondern ideologisch verteidigen, da sie nach wie vor an eine nicht klassenmäßig bedingte Bedeutung der von ihnen gepredigten „Demokratie", „Gleichheit" und „Freiheit" schlechthin glauben.

Gerade durch die erwähnte sozialökonomische Ursache und nicht durch die Rolle einzelner Gruppen oder gar einzelner Personen sind die bei uns zu beobachtenden Überreste (zuweilen auch das Wiederaufleben) derartiger kleinbürgerlicher Ideen in den Gewerkschaften zu erklären. Sowohl die Kommunistische Partei als auch die Sowjetinstitutionen, die Kultur-

und Bildungsarbeit leisten, sowie alle Kommunisten in den Gewerkschaften müssen daher dem ideologischen Kampf gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse, Strömungen und Abweichungen innerhalb der Gewerkschaften weit größere Aufmerksamkeit widmen – um so mehr, als die Neue Ökonomische Politik zwangsläufig zu einer gewissen Stärkung des Kapitalismus führt. Ein Gegengewicht dazu in Form des verstärkten Kampfes gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse auf die Arbeiterklasse ist dringend notwendig.

Ende

Werden wir zusammen mit den Thesen besprechen.

Dies ist Gen. Molotow zu übergeben, **ohne es vorher abzuschreiben.**

Hiermit enden die zur Veröffentlichung bestimmten Thesen, d. h. ihr Entwurf, der der Kommission und danach dem Politbüro vorgelegt wird.

Ich schlage dem Politbüro vor, den Beschluß aus dem Entwurf des Gen. Rudsutak in folgender Fassung als besonderen Beschluß anzunehmen:

Das Politbüro beauftragt das Orgbüro, beim Orgbüro des ZK eine spezielle Kommission zu bilden, die unter dem Gesichtswinkel des verstärkten Kampfes gegen die kleinbürgerlichen, sozialrevolutionär-menschewistischen und anarchistischen, Einflüsse und Abweichungen eine Überprüfung und Erneuerung der leitenden Körperschaften (und nach Möglichkeit auch aller kommunistischen Funktionäre) der Gewerkschaftsbewegung vornehmen soll. Diese Kommission muß bis zum XI. ordentlichen Parteitag der KPR ihre Arbeit (wenigstens den größten Teil) beendet haben und dem Parteitag darüber Bericht erstatten.[430]

Nicht zur Veröffentlichung bestimmt

4. I. 1922. *Lenin*

Geschrieben zwischen dem 30. Dezember 1921 und 4. Januar 1922.

Mit einigen Änderungen veröffentlicht am 17. Januar 1922 in der „Prawda" Nr. 12.

Nach dem Manuskript.

SCHREIBEN AN W. M. MOLOTOW FÜR DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) MIT ENTWÜRFEN VON BESCHLÜSSEN

an Gen. Molotow für das **Politbüro**

Da die Notiz in der „Prawda" vom 3. I. 1922 über den Selbstmord *Oldenborgers* sowie über die Untersuchung dieser Angelegenheit völlig unzulänglich ist (oder nicht alles ausspricht?),

schlage ich dem Politbüro vor zu beschließen:

1. Der Moskauer Sowjet wird beauftragt, das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK zu ersuchen, alle im Bericht der Kommission genannten Personen vor *Gericht* zu stellen;

2. das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK wird beauftragt, diesem Ersuchen unverzüglich nachzukommen und

3. – in der *gesamten* Sowjetpresse ausführlich darüber zu berichten;

4. das Volkskommissariat für Justiz wird beauftragt, dieses Verfahren besonders sorgfältig, umsichtig und wirkungsvoll durchzuführen (unter persönlicher Verantwortung des Gen. Kurski und eines zu ernennenden öffentlichen Anklägers);

5. das Orgbüro wird beauftragt, ein besonderes Parteigericht zu bilden. Vor dieses Gericht ist die ganze *kommunistische Zelle* der Wasserwerke zu stellen. (Je nach dem Grad der Schuld ist ein Teil für immer oder befristet aus der Partei auszuschließen, einem Teil ist eine strenge Rüge zu erteilen.) Die Gerichtsverhandlung muß wirkungsvoll und öffentlich sein.

+ 6. Direktive an die „Iswestija" und die „Prawda": diese empörende Angelegenheit in mehreren scharfen Artikeln behandeln.

4. I. 1922 *Lenin*

Noch ein Beschlußentwurf:

Das Politbüro ist über alle Morde an Ingenieuren (und Spezialisten) in Sowjetbetrieben zu informieren und über die Untersuchungsergebnisse zu unterrichten ((Oberster Volkswirtschaftsrat, Gesamtrussischer Zentralrat der Gewerkschaften usw., über den *Rat für Arbeit und Verteidigung*)).[431]

PS. Die Angelegenheit ist empörend: man muß Alarm schlagen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ANTRAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE BEREITSTELLUNG VON MITTELN FÜR DAS NISHNI-NOWGORODER RADIOLABORATORIUM

(Zum Gesuch Dowgalewskis über die Bereitstellung von 50 000 Goldrubeln für das Nishni-Nowgoroder Radiolaboratorium.)

Ich unterstütze das und bitte Gen. Molotow, im Politbüro darüber abstimmen zu lassen. Ich bitte die Mitglieder des Politbüros, die ungeheure Wichtigkeit des Radiolaboratoriums in Nishni-Nowgorod zu berücksichtigen sowie die großen Dienste, die es uns bereits erwiesen hat, und den gewaltigen Nutzen, den es uns in nächster Zukunft sowohl auf dem Gebiet des Militärwesens als auch bei der Propaganda bringen kann.[432]

Lenin

Telefonisch diktiert am
12. Januar 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

DIREKTIVEN ZUM FILMWESEN

Das Volkskommissariat für Bildungswesen muß eine Kontrolle über alle Filmvorführungen organisieren und diese ganze Angelegenheit systematisieren. Alle Filmstreifen, die in der RSFSR vorgeführt werden, müssen im Volkskommissariat für Bildungswesen registriert und numeriert werden. Für jedes Filmprogramm muß eine bestimmte Proportion festgelegt werden:

a) Unterhaltungsfilme, speziell für Reklamezwecke und um Einnahmen zu erzielen (natürlich ohne Zoten und ohne Konterrevolution), und

b) zu dem Thema „Aus dem Leben der Völker aller Länder" – Filme speziell propagandistischen Inhalts, wie z. B.: die Kolonialpolitik Eng-

lands in Indien, die Arbeit des Völkerbunds, Hungernde in Berlin usw. usf. Man sollte nicht nur Filme zeigen, sondern auch propagandistisch interessante Lichtbilder mit entsprechenden Untertiteln. Es muß erreicht werden, daß Filmtheater, die sich in Privathand befinden, dem Staat in der Form von Pachtgeld ausreichende Einnahmen zuführen; den Unternehmern wird gestattet, die Zahl der Programmnummern zu erhöhen und neue einzuführen, aber unbedingt unter Zensur des Volkskommissariats für Bildungswesen und bei Gewährleistung der entsprechenden Proportionen zwischen Unterhaltungsfilmen und solchen propagandistischen Charakters unter dem Titel „Aus dem Leben der Völker aller Länder", um die Produzenten an der Herstellung und Produktion neuer Filme zu interessieren. Ihnen soll in diesem Rahmen ein weites Betätigungsfeld geboten werden. Filme propagandistischen und erzieherischen Charakters müssen von alten Marxisten und Publizisten überprüft werden, damit sich bei uns keiner jener bedauerlichen Fälle wiederholt, wo mit der Propaganda gerade das Gegenteil dessen erreicht wird, was bezweckt wurde. Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Einrichtung von Filmtheatern in den Dörfern und im Osten des Landes zu richten, wo sie etwas Neues darstellen und wo unsere Propaganda deshalb besonders erfolgreich sein wird.[433]

Diktiert am 17. Januar 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1925 in der Zeitschrift „Kinonedelja" Nr. 4.

Nach der Niederschrift N. P. Gorbunows (maschinegeschriebenes Exemplar).

ANTRAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) ÜBER EINE REISE M. I. KALININS IN DIE UKRAINE[434]

An Molotow für alle Mitglieder des Politbüros

Ich bitte, im Politbüro über folgenden Antrag abstimmen zu lassen: Gen. Kalinin wird unverzüglich in die getreidereichsten Gouvernements der Ukraine entsandt, um Hilfe für die Hungernden zu beschaffen. Um den Erfolg der Agitation für die Hilfssammlungen zu sichern, wird seine

Expedition besonders sorgfältig mit Lichtbildern und Filmen ausgestattet, werden ihr Zeugen beigegeben, die aus den von der Hungersnot betroffenen Gebieten kommen, usw. Für die praktische Organisierung der gesamten Expedition werden persönlich verantwortlich gemacht

1. Kalinin für die politische Seite

2. ein speziell ernannter und vom Politbüro bestätigter Genosse Praktiker, der diese Angelegenheit auch wirklich ordentlich durchzuführen und zu organisieren versteht.

Kalinin wird verpflichtet, mit der gesamten Expedition spätestens in 3 Tagen abzureisen.

Lenin

Telefonisch diktiert am 27. Januar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach der Niederschrift des Sekretärs.

ANTRAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)

An Genossen Molotow
für alle Mitglieder des Politbüros

Mir scheint, daß der „Parteilose" in der heutigen Nummer der „Prawda" einen durchaus richtigen und zeitgemäßen Plan entwickelt.[435]

Ich schlage vor, eine Kommission zu bilden, die diesen Plan umgehend ausarbeitet und schnellstens durchführt, ungefähr in folgender Zusammensetzung: Molotow (der vom Sekretariat des ZK oder dem Orgbüro durch jemand anders ersetzt werden kann), dann Jakowenko, Theodorowitsch und eben dieser „Parteilose".

Lenin

Telefonisch diktiert am 27. Januar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs.

ENTWURF EINER DIREKTIVE FÜR DEN STELLVERTRETENDEN LEITER UND ALLE MITGLIEDER DER GENUA-DELEGATION[436]

1. II. 1922

An Gen. Molotow für die Mitglieder des Politbüros

Ich schlage vor, folgende Direktive für den stellvertretenden Leiter und alle Mitglieder der Genua-Delegation zu bestätigen:

1. Alle Mitglieder der Delegation müssen sich allgemein auf alle politischen und Finanzfragen vorbereiten, die auf der Konferenz stehen werden bzw. sich dort ergeben können. Außerdem muß sich jedes Delegationsmitglied speziell, besonders eingehend und gründlich auf eine der wichtigsten diplomatischen Fragen und auf eine der wichtigsten Finanzfragen vorbereiten.

Tschitscherin und Litwinow erhalten den Auftrag, solche Fragen auf alle Delegationsmitglieder aufzuteilen (ausgenommen sind Kranke, wie Rudsutak u. ä.).

2. Jedes Delegationsmitglied muß zu der Beratung am 22. II. (mit dem Politbüro des ZK) ein ganz gedrängt (2–3 Seiten Maximum, im Telegrammstil) konzipiertes Programm seiner Ansichten und der Politik zu allen wichtigen Fragen, sowohl auf dem Gebiet der Diplomatie als auch auf dem der Finanzen, vorbereiten.

3. Unter der Verantwortung von Tschitscherin und Litwinow ist rechtzeitig die gesamte einschlägige Literatur in verschiedenen Sprachen zu sammeln und an die Delegationsmitglieder zu verteilen, desgleichen eine systematische Dokumentensammlung in russischer Sprache.

4. In Anbetracht der besonderen Wichtigkeit und der besonderen Kompliziertheit der Finanzfragen haben Tschitscherin und Litwinow im Einvernehmen mit dem Volkskommissar für Finanzen, der Staatlichen Plankommission und A. D. Zjurupa eine Liste von Finanzexperten und einen Plan für die Verteilung der Arbeit unter dieselben aufzustellen; Frist – 1 Woche.

5. Alle Delegationsmitglieder müssen das Buch von Keynes („Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens“) und ähnliche bürgerliche und bürger-

lich-pazifistische Bücher und *Abschnitte aus Büchern* (Lansing über den „imperialistischen" Charakter des Krieges und des Friedens von 1918 u. dgl.) *sehr gut kennen*. Man muß sich folgendermaßen vorbereiten: In den Reden und Erklärungen kurz den *kommunistischen* Standpunkt darlegen, wobei diese Darlegung so aussehen soll: Ich bin zwar Kommunist und habe die und die kommunistischen Ansichten, will aber in diesem Gremium keine Kommunisten zitieren und die Frage der Notwendigkeit der Annullierung aller Schulden u. ä. vom bürgerlichen Standpunkt aus stellen (siehe 6 und 7).

6. Alle Reden und Erklärungen unserer Delegierten auf der Konferenz müssen von vornherein so angelegt sein, daß sie alle zusammengenommen bei jedem beliebigen Verlauf und Ausgang der Konferenz (sogar bei einem Scheitern der Konferenz innerhalb sehr kurzer Zeit, was wir natürlich versuchen werden zu verhindern) eine kurze, aber klare Darlegung der Gesamtheit der kommunistischen Ansichten (zu Fragen der internationalen Beziehungen und der Wirtschaft) und eine ausführliche Darlegung bürgerlicher und bürgerlich-pazifistischer Ansichten in bezug auf die unversöhnlichen Widersprüche der imperialistischen Welt (der imperialistischen Welt wie auch des imperialistischen Friedens*) ergeben.

7. Es ist sehr wahrscheinlich und sogar sicher, daß alle bürgerlichen Delegierten der Konferenz sofort einen stillschweigenden, aber festen Block bilden werden, um wegen Georgien und wegen all der Dinge, deren uns die kleinbürgerliche und großbürgerliche Diplomatie und Demokratie gewöhnlich beschuldigt, über uns herzufallen. Wir müssen uns rechtzeitig darauf vorbereiten und unbedingt als erste zur Offensive übergehen (neben unserer Hauptaufgabe, die verschiedenen Länder auseinanderzubringen, sie untereinander zu entzweien). Dieses Übergehen zur Offensive muß vorwiegend indirekt erfolgen, z. B. in Form von „Anspielungen" (oder bürgerlicher Zitate aus entsprechenden Schriften) auf die wundesten und schändlichsten Punkte der imperialistischen Verhältnisse (Korea; Amritsar; die öffentliche Auspeitschung von Revolutionären in Indien; die Rede Lloyd Georges gegen Briand in Cannes über „Mörder" usw. usf.).

8. In Anbetracht des häufig bewiesenen Bestrebens unserer Spezialisten

* Lenin gebraucht hier das russische Wort мир in seinen beiden Bedeutungen: Welt und Frieden. *Die Red.*

überhaupt und der Anhänger der Menschewiki unter ihnen im besonderen, uns hereinzulegen (und dies sehr oft mit Erfolg), indem sie Auslandsreisen als Erholungsaufenthalt und als ein Mittel zur Festigung weißgardistischer Verbindungen ausnutzen, empfiehlt das ZK, sich auf ein absolutes Minimum zuverlässigster Experten zu beschränken, mit der Maßgabe, daß jeder von ihnen eine schriftliche Bürgschaft sowohl von dem betreffenden Volkskommissar als auch von mehreren Kommunisten haben muß. Die Zahl von 45 darf keinesfalls überschritten werden. Die Liste der Experten und des gesamten Personenkreises ist in 1½ Wochen dem ZK zur Bestätigung vorzulegen. Persönlich verantwortlich für diesen Punkt sind die Genossen Litwinow, Joffe und Tschitscherin. Sie sind auch verantwortlich für die Auswahl eines geschäftsführenden Sekretärs, der Nachtarbeit und ähnliche unzulässige Dinge nicht duldet.

Zum Entwurf der Thesen für die *Direktive* an die Genua-Delegation schlage ich folgende Ergänzung vor:

9. Punkt 1 der Bedingungen von Cannes müssen unsere Delegierten in ihren Reden und Erklärungen besonders häufig zitieren, wobei sie ihn 1. ausschließlich in der Fassung des „Petit Parisien" zitieren müssen, d. h. mit dem Wort „Eigentumssystem" und nicht einfach „System"; wobei sie 2. dieses Wort und diesen Punkt sehr breit auslegen müssen, nämlich so, als werde in ihm die Unvermeidlichkeit der Ablösung des kapitalistischen Eigentumssystems durch das kommunistische Eigentumssystem anerkannt und als bliebe die einzige Streitfrage „zwischen uns" jetzt die Frage, wann und auf welchem Wege diese Ablösung erfolgen soll, d. h. nach der russischen Methode der Jahre 1917–1920 oder nach Lloyd Georges Methode der „abgestumpften Revolution" à la Irland 1921 oder Ägypten 1922.[437]

Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN N. I. BUCHARIN UND G. J. SINOWJEW

An die Genossen Bucharin und Sinowjew

Man muß rechtzeitig überlegen, wer von den schlagfertigsten Leuten die Komintern auf der Konferenz mit der II. und II½. Internationale vertreten soll.[438] Außerdem muß man rechtzeitig die Grundfragen der auf dieser Beratung zu befolgenden Taktik und Strategie durchdenken.

Die Liste der Fragen, die auf der Beratung erörtert werden sollen, muß rechtzeitig überlegt werden und kann nur nach Absprache mit allen an der Beratung teilnehmenden Seiten zusammengestellt werden. Von uns aus dürfen wir auf diese Liste nur solche Fragen setzen, die unmittelbar *die praktische gemeinsame Aktion der Arbeitermassen betreffen*, und zwar im Rahmen dessen, was in den offiziellen Presseerklärungen aller drei beteiligten Seiten als unbestritten anerkannt wird. Wir müssen ausführlich begründen, warum wir uns im Interesse der Einheitsfront auf solche Fragen beschränken. Für den Fall, daß die Herren Gelben strittige Fragen der Politik, z. B. die Stellung zu den Menschewiki, die Frage Georgiens usw. aufwerfen, müssen wir folgende Taktik festlegen: 1. erklären, daß die Liste der Fragen nur nach einstimmigem Beschluß aller drei beteiligten Seiten zusammengestellt werden kann; 2. erklären, daß wir uns bei der Zusammenstellung unserer Fragenliste ausschließlich leiten ließen von dem Gedanken an eine Aktionseinheit der Arbeitermassen, die auch bei bestehenden grundlegenden politischen Differenzen sofort erreicht werden könnte; 3. erklären, daß wir durchaus damit einverstanden sind, daß die Frage der Stellung zu den Menschewiki, die Frage Georgiens und jede beliebige andere Frage, die die II. und die II½. Internationale vorschlagen, aufgenommen werden, allerdings unter der unerläßlichen Bedingung, daß sie mit der Aufnahme folgender Fragen einverstanden sind: 1. das renegatenhafte Verhalten der II. und der II½. Internationale zum Basler Manifest, 2. die Mitwirkung dieser selben Parteien an der Ermordung Luxemburgs, Liebknechts und anderer Kommunisten Deutschlands durch jene bürgerlichen Regierungen, die von diesen Parteien unterstützt werden, 3. die gleiche Stellung dieser Parteien zur Ermordung von Revolutionären in den Kolonien durch jene bürgerlichen Parteien, die von der II. und der II½. Internationale unterstützt werden, usw. usf. Eine Liste sol-

cher und ähnlicher Fragen müssen wir beizeiten vorbereiten, außerdem müssen wir zu einigen der wichtigsten dieser Fragen rechtzeitig Thesen vorbereiten und Referenten benennen.

Wir müssen einen Anlaß finden, um offiziell zu erklären, daß wir in der II. und der II½. Internationale nichts anderes sehen als inkonsequente und schwankende Partner eines Blocks mit der konterrevolutionären Bourgeoisie der ganzen Welt und daß wir zu der Beratung über die Einheitsfront gehen, um eine mögliche praktische Einheit in der unmittelbaren Massenaktion zu erreichen und um die ganze politisch falsche Position der II. und der II½. Internationale zu entlarven, ebenso wie diese letzteren (II. und II½.) zu der Beratung mit uns kommen, um eine praktische Einheit in der unmittelbaren Massenaktion zu erreichen und die Unrichtigkeit unserer Position politisch nachzuweisen.

Lenin

Telefonisch diktiert am 1. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) IM ZUSAMMENHANG MIT DER KONFERENZ VON GENUA

An Gen. Molotow (für die Mitglieder des Politbüros)

Ich mache auf den Artikel „Die Konferenz von Genua" von J. Kljutschnikow in Nr. 13 der „Smena Wech"[439] aufmerksam und schlage vor:

1. Gemeinsam mit unseren Delegationsmitgliedern die Frage zu erörtern, Kljutschnikow als Experten heranzuziehen.

2. Die gesamte Delegation wird verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß zu dem gleichen Thema, zu dem Kljutschnikows Artikel geschrieben ist, einige Artikel in unserer Presse gebracht werden, nur müßten sie ein-

gehender und gründlicher sein und die Frage vollständig und allseitig beleuchten.

3. Wer als Experte aus Rußland fahren möchte oder hierfür vorgesehen ist, wird verpflichtet, innerhalb von 10 Tagen einen Artikel zu verfassen, in dem er auf einem von ihm gewählten Spezialgebiet die Beziehungen Rußlands zum Ausland eingehend beleuchtet. Diejenigen Artikel (oder Teile von Artikeln), die nichts Vertrauliches enthalten, müssen unverzüglich in unserer Presse veröffentlicht werden.

4. Tschitscherin und Litwinow werden dafür verantwortlich gemacht, daß die Verteilung der Themen für die Artikel und die Namen der Verfasser zu Punkt 1 und 2 innerhalb einer Woche dem Politbüro mitgeteilt werden.

Lenin

Telefonisch diktiert am 4. Februar 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

ZU DER VERÖFFENTLICHUNG DES TELEGRAMMS MIT DER WIEDERGABE EINER BROSCHÜRE VON PARVUS[440]

1

an Gen. Molotow
(für die Mitglieder des Politbüros)

Ich beantrage eine Untersuchung darüber, wer dieser Tage das Telegramm mit der Wiedergabe des Geschreibsels von Parvus in die Zeitungen gebracht hat.

Nach Ermittlung des Schuldigen empfehle ich, dem Leiter der betreffenden Abteilung der Telegrafenagentur „Rosta" eine strenge Rüge zu erteilen und den unmittelbar schuldigen Journalisten aus dem Dienst zu

jagen, denn nur ein ausgemachter Dummkopf oder Weißgardist ist imstande, unsere Zeitungen zu einem Instrument der Reklame für einen solchen Schuft wie Parvus zu machen.

Lenin

Telefonisch diktiert am 4. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

2

BESCHLUSS DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) 11. MÄRZ 1922

Die Veröffentlichung eines derartigen Telegramms wird für unangebracht erklärt, da das als Reklame für Parvus aufgefaßt werden muß; die Redaktionen der Partei- und Sowjetzeitungen werden verpflichtet, sich in Zukunft der Veröffentlichung solcher Telegramme zu enthalten.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

ENTWURF DER DIREKTIVE DES ZK DER KPR(B) FÜR DIE SOWJETISCHE DELEGATION AUF DER KONFERENZ VON GENUA[441]

Ich schlage folgenden Entwurf der Direktive des ZK vor:

Ohne die Liste der Experten zu bestätigen, schlägt das ZK den in die Liste aufgenommenen Kandidaten vor, innerhalb einer Woche ein Konzept für das *Programm* und die *Taktik* (zu den Fragen, die in die Kompetenz des betreffenden Experten fallen) auf der *gesamten*

Genuakonferenz vorzulegen. Alle Volkskommissare sind verpflichtet, innerhalb von 2 Tagen *schriftliche* Beurteilungen und Bürgschaften für die von ihnen vorgesehenen Experten abzugeben. Wenn sich die Experten in Europa blamieren, werden sowohl sie als auch die Volkskommissare die Verantwortung tragen.

Zur Entwicklung und Ergänzung der Direktiven für die Konferenz in Genua *schlage ich folgendes vor:*

1. Ohne die Frage nach Form und Zeitpunkt eines entsprechenden Auftretens unserer Delegation im voraus zu entscheiden, hält es das ZK für deren unabdingbare Pflicht, zu allen Hauptfragen ein vollständiges, selbständiges, geschlossenes Programm zu entwickeln.

2. Dieses Programm muß bürgerlich-pazifistisch sein, wobei seitens unserer Delegation rechtzeitig ein klarer Vorbehalt gemacht werden muß, daß wir hier nicht das allein unseren Anschauungen entsprechende kommunistische Programm (kurz: des und des Inhalts) aufstellen, da wir der Aufmerksamkeit der übrigen Delegationen, die auf einem prinzipiell anderen Standpunkt stehen, eine Reihe von Palliativen und Maßnahmen von reformerischem Typus vorschlagen wollen, die zum Teil bereits in England und in anderen kapitalistischen Ländern von Leuten vorgeschlagen worden sind, die bürgerliche Ansichten vertreten. Unter bestimmten Voraussetzungen könnte dieses Palliativprogramm immerhin die gegenwärtige schwierige Lage erleichtern (aus der ein gesicherter Ausweg nur bei endgültigem Bruch mit allen Grundlagen des kapitalistischen Eigentums möglich ist).

3. Ein ungefähres Verzeichnis der Hauptpunkte dieses Programms:

(1) Annullierung aller Schulden;

(2) Anwendung der „irischen" Lösung auf alle Kolonien und abhängigen Länder und Nationen;

(3) radikale Revision des Versailler Vertrages;

(4) Gewährung von Krediten zu vorteilhaften Bedingungen an die Länder, die durch den Krieg am meisten verwüstet wurden und die hinsichtlich der Möglichkeit, sich aus eigener Kraft wieder aufzurichten, am schwächsten und für die Weltwirtschaft als eventuelle Lieferanten einer gewaltigen Menge von Lebensmitteln und Rohstoffen am wichtigsten sind;

(5) Festlegung einer einheitlichen internationalen Goldeinheit für die Währungen einer Reihe von Ländern und von Maßnahmen zur Einführung dieser Einheit;

(6) Vereinbarung einer Reihe von Ländern über Maßnahmen zum Kampf gegen Inflation und Geldentwertung (einige dieser Maßnahmen nennen);

(7) Vereinbarung einer Reihe von Ländern über Maßnahmen zum Kampf gegen die Brennstoffkrise und über Maßnahmen zur rationellsten und sparsamsten Ausnutzung der Energiequellen auf der Grundlage einer einheitlichen planmäßigen Elektrifizierung;

(8) das gleiche hinsichtlich der – vom Standpunkt der Möglichkeit, Rohstoffe und Lebensmittel heranzuschaffen – besonders dringenden Maßnahmen zur Reorganisierung und Verbesserung des internationalen Verkehrswesens.

Usw.

4. Ein solches Programm muß in den Reden entwickelt werden, wenn das aber nicht möglich ist, muß es (wenigstens in gedrängter Form) in drei bis vier europäischen Sprachen gedruckt und an die Delegierten und die Presse verteilt werden. (Gedruckt werden muß es auf jeden Fall.)

5. Als Experten sind nur solche Personen zuzulassen, die fähig sind, ein solches Programm (in diesem oder jenem Teil) zu entwickeln, zu begründen und zu verteidigen, und die *diese Fähigkeit bewiesen haben.* Die Experten müssen *für Europa* ihre Programme und Pläne *mit ihrer Unterschrift* veröffentlichen. ((Das Echo auf ein solches Programm werden Artikel in der Presse der III. Internationale sein: Dieser Versuch zu „überzeugen", wird es heißen, schadet nicht, ist aber fast nutzlos, denn *notwendig ist eine Revolution*; – und in der Presse der II. und der II½. Internationale: Wir werden sehen, was sie sagen.))

Geschrieben am 6. Februar 1922.
Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht am 24. April 1962 in der „Prawda" Nr. 114.
Vollständig veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR W. M. MOLOTOW MIT ANTRÄGEN AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)

Gen. Molotow!

Ich bitte, telefonisch über zwei Anträge an das Politbüro abstimmen zu lassen:

1. Den Beschluß des Politbüros über die Höhe der einheitlichen Getreidesteuer nicht zu veröffentlichen, ehe nach Vorlage der endgültigen Berechnungen der Staatlichen Plankommission ein neuer Beschluß gefaßt wird.

(Krshishanowski hat sich gestern bitter bei mir beklagt, daß sie eine Riesenarbeit für diese Berechnung geleistet haben und daß man diese, wie er sagt, abgeblasen hat, ohne ihn auch nur anzuhören. Ich bitte, ihm 3–4 Tage Zeit zu lassen und bis dahin mit der Veröffentlichung zu warten.)

2. Die Zeitung *„Kooperatiwnoje Delo"* ist zu schließen. Über die Verwendung der Materialien soll man sich mit der *„Ekonomitscheskaja Shisn"* einigen.[442]

Lenin

Geschrieben am 11. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

BEMERKUNGEN AUF EINEM BRIEF N. L. MESCHTSCHERJAKOWS UND ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B)

... Nun zur Zeitung „Kooperatiwnoje Delo".

1. Die Leitung des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften, die
? ? nur aus Kommunisten besteht, sagt, daß die Zeitung gebraucht wird, damit die Genossenschaften die schwierige und neue organisatorische Arbeit durchführen und die ihnen gestellten Handelsaufgaben lösen können.

2. Die Redaktion der Zeitung besteht nur aus Kommunisten: ich, Sarabjanow, Schwezow, Kutusow-Ilimski usw.

3. Nach Rußland kommt eine Delegation westlicher Genossenschaftler. Die Schließung der Zeitung wird von den alten Genossenschaftlern ausgenutzt werden und die Genossenschaftsarbeit erschweren.

??

4. Die Schließung der Zeitung wird auf der Konferenz in Genua ausgeschlachtet werden.

haha!!

5. Bis jetzt stand in der Zeitung nichts, was sich gegen die Sowjetmacht oder den Kommunismus gerichtet hätte.

11. Februar 1922. *N. Meschtscherjakow*

An Gen. Molotow für das *Politbüro:*

Angesichts der offenkundigen Haltlosigkeit der Argumente des Gen. Meschtscherjakow schlage ich vor:

1. Die Leitung des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften zu beauftragen, die Tageszeitung „Kooperatiwnoje Delo" durch eine *Wochenzeitschrift* zu ersetzen;

2. die dadurch frei werdenden Kräfte und Mittel gänzlich darauf zu konzentrieren, die Tätigkeit der Zentralstelle zur Kontrolle und Unterstützung der Genossenschaften in der Provinz bei der Entwicklung eines geregelten Handels zu verbessern;

3. monatlich einen Bericht über die Durchführung von § 2 an das Politbüro zu geben;

4. die Mitarbeit in der „Ekonomitscheskaja Shisn" zu verstärken.

14. II. *Lenin*

Geschrieben am 14. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) MIT BEMERKUNGEN ZUM RESOLUTIONSENTWURF DER ERSTEN TAGUNG DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE ÜBER DIE TEILNAHME AN DER KONFERENZ DER DREI INTERNATIONALEN[443]

An Gen. Molotow
(für die Mitglieder des Politbüros)

Ich schlage vor, in dem von Sinowjew übersandten Entwurf der Resolution über die Teilnahme der Komintern an der geplanten Konferenz aller Arbeiterparteien der Welt folgende Änderungen vorzunehmen. Nach den Worten: „Die Aktionseinheit der Arbeitermassen, die ungeachtet grundlegender politischer Differenzen sofort erreicht werden kann" – die folgenden Sätze bis zu den Worten „daß die Arbeitermassen die Aktionseinheit fordern" streichen. Den Satz, der mit diesen Worten beginnt, folgendermaßen ändern: „Die klassenbewußten Arbeiter, die diese politischen Differenzen ausgezeichnet verstehen, wollen und fordern dennoch mit der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter die Einheit der Aktion in bezug auf die dringendsten und nächstliegenden praktischen Interessen der Arbeiterschaft. Daran kann jetzt kein ehrlicher Mensch zweifeln" usw.

Als zweite Änderung schlage ich vor, den Satz, der mit den Worten beginnt: „Alle strittigen Fragen werden ausgeschaltet und die unstrittigen in den Vordergrund gestellt", zu ändern und durch das Nachfolgende zu ergänzen: „Wenn auch die strittigsten Fragen auf bestimmte Zeit zurückgestellt und die am wenigsten strittigen in den Vordergrund gerückt werden, so rechnen selbstverständlich beide Seiten oder richtiger alle drei internationalen Vereinigungen, die an der Konferenz teilnehmen, im Endeffekt auf den Sieg ihrer Ansichten."

Als wichtigste Änderung schlage ich vor, den Absatz zu streichen, in

dem die Führer der II. und der II½. Internationale Helfershelfer der Weltbourgeoisie genannt werden. Das hätte dieselbe Wirkung wie das Wörtchen „Gänserich"*. Es wäre völlig unklug, eine praktische Sache von gewaltiger Bedeutung aufs Spiel zu setzen, um sich das Vergnügen zu gönnen, ein übriges Mal auf die Schufte zu schimpfen, auf die wir andernorts schimpfen und noch und noch schimpfen werden. Wenn es auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive noch Leute gibt, die nicht verstanden haben, daß die Einheitsfronttaktik uns helfen wird, die Führer der II. und der II½. Internationale zu stürzen, so muß man für diese Leute eine Reihe zusätzlicher allgemeinverständlicher Lektionen und Aussprachen veranstalten. Vielleicht ist es auch notwendig, für sie eine besonders populäre Broschüre zu schreiben und sie zum Beispiel in französischer Sprache herauszugeben, falls die Franzosen die marxistische Taktik noch nicht begriffen haben. Schließlich ist es besser, die vorliegende Resolution nicht einstimmig, sondern mit Stimmenmehrheit anzunehmen (diejenigen, die dagegen stimmen, werden wir danach einer besonderen, gründlichen und populären Belehrung unterziehen), als den Erfolg einer wichtigen praktischen Sache aufs Spiel zu setzen wegen einiger politischer Kinder, die morgen ihre Kinderkrankheit überwunden haben werden.

Lenin

Telefonisch diktiert am 23. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

* Dieses Wort war der Anlaß zum Streit in N. W. Gogols Erzählung „Geschichte des großen Krakeels zwischen Iwan Iwanowitsch und Iwan Nikiforowitsch". *Die Red.*

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE AUFGABEN DER SOWJETISCHEN DELEGATION IN GENUA

Umlauf nur für die Mitglieder des Politbüros
Entwurf eines Beschlusses des ZK

1. Das Zentralkomitee erklärt die in den Thesen des Gen. Litwinow gegebene Einschätzung der Lage und der Aufgaben (unserer Delegation in Genua) für richtig.

2. Das Zentralkomitee erkennt dem stellvertretenden Leiter der Delegation, Gen. Tschitscherin, alle Rechte des Delegationsleiters zu.

3. Für den Fall einer Erkrankung oder Abreise des Gen. Tschitscherin werden seine Rechte abwechselnd einer der beiden Dreiergruppen übertragen: a) Litwinow, Krassin, Rakowski; b) Litwinow, Joffe, Worowski.

4. Unsere Delegation soll die Frage der Anerkennung der Bedingungen von Cannes zu umgehen suchen. Falls dies nicht gelingt und falls man uns ein direktes Ultimatum stellt, soll versucht werden, den Vorschlag Krassins zur Debatte zu stellen: „Alle Länder erkennen ihre Staatsschulden an und verpflichten sich, die durch die Tätigkeit ihrer Regierungen verursachten Schäden und Verluste zu ersetzen."

Falls auch das nicht gelingt, muß man es auf einen Bruch ankommen lassen, dabei aber mit aller Bestimmtheit erklären, daß wir zur Anerkennung der privaten Schulden bereit sind, jedoch, da wir mit offenen Karten spielen wollen, darauf hinweisen, daß wir sie – wie die Gesamtsumme unserer Verpflichtungen überhaupt – durch unsere Gegenansprüche für beglichen halten. Einen Superarbiter zwischen uns und den bürgerlichen Ländern lassen wir nicht zu, denn es handelt sich um einen Streit zwischen den beiden Eigentumssystemen.

Wenn ein Bruch nicht zu vermeiden ist, muß mit aller Klarheit die entscheidende und einzige Ursache des Bruchs aufgezeigt werden: die Habgier einer Handvoll Privatkapitalisten wie Urquhart u. ä., in deren Diensten die Regierungen stehen.

Als äußerstes Zugeständnis ist diesen Kapitalisten noch ein Vor-

zugsrecht auf Konzessionen anzubieten (d. h., wenn wir beabsichtigen, ihren früheren Besitz ganz oder teilweise irgendeinem X zu den und den Bedingungen in Konzession zu geben, so verpflichten wir uns, ihn dem früheren Eigentümer zu den gleichen Bedingungen zu überlassen).

5. Da die Möglichkeit besteht, daß die Bourgeois versuchen werden, uns an der Entwicklung unseres Programms zu hindern, ist alles zu tun, um dieses Programm gleich in der ersten Rede wenn nicht zu entwickeln, so doch darzulegen oder zu umreißen oder wenigstens zu erwähnen (und es dann sofort ausführlicher zu veröffentlichen).

6. Unser Programm besteht darin, uns, ohne unsere kommunistischen Anschauungen zu verheimlichen, doch mit einem ganz allgemeinen und kurzen Hinweis auf sie zu begnügen (z. B. in einem Nebensatz) und direkt zu erklären, daß wir es für unangebracht halten, unsere Anschauungen hier zu propagieren, da wir hierhergekommen sind, um ein Handelsabkommen abzuschließen und den Versuch zu machen, mit dem pazifistischen Teil des anderen (bürgerlichen) Lagers zu einem Abkommen zu gelangen.

Als pazifistischen Teil dieses Lagers (oder welch anderen speziell ausgewählten höflichen Ausdruck man gebrauchen mag) müssen wir die kleinbürgerliche, pazifistische und halbpazifistische Demokratie vom Typus der II. und der II½. Internationale betrachten und bezeichnen, ferner Leute vom Schlage eines Keynes usw.

Eine der wichtigsten, wenn nicht unsere wichtigste politische Aufgabe in Genua ist es, diesen Flügel des bürgerlichen Lagers aus dem gesamten bürgerlichen Lager herauszulösen, uns zu bemühen, diesen Flügel für uns einzunehmen, nicht nur ein Handelsabkommen, sondern auch ein politisches Abkommen mit ihm von unserem Standpunkt aus für zulässig und wünschenswert zu erklären (als eine der wenigen Chancen einer friedlichen Entwicklung des Kapitalismus zu einer neuen Ordnung, wobei wir als Kommunisten hieran zwar nicht besonders glauben, aber als Repräsentanten einer Macht, der die Mehrheit der anderen Mächte feindlich gegenübersteht, doch bereit sind und es für unsere Pflicht halten, einen solchen Versuch zu unterstützen).

Es ist alles Mögliche und sogar Unmögliches zu unternehmen, um den pazifistischen Flügel der Bourgeoisie zu stärken und seine Aussichten auf

einen Sieg bei den Wahlen wenigstens etwas zu vergrößern – dies erstens –, und zweitens, um die in Genua gegen uns vereinigten bürgerlichen Länder untereinander zu entzweien – das sind die zwei Seiten unserer politischen Aufgabe in Genua. Auf keinen Fall die Darlegung kommunistischer Anschauungen.

7. Es ist auf jede Weise zu versuchen, die Vorstellungen über die Wiederherstellung der Volkswirtschaft in Rußland und in Europa – im Sinne der Arbeiten der Staatlichen Plankommission und unter Zugrundelegung dieser Arbeiten – so ausführlich wie möglich zu entwickeln und möglichst umfassend bekanntzumachen (wenn es in Reden nicht möglich ist, dann in der Presse).

8. Falls das bürgerliche Lager in Genua uns das Ultimatum stellt, Fragen des Pazifismus nicht zu berühren, sondern nur begrenzte kommerzielle Themen zu behandeln, so müssen wir unserem Bedauern Ausdruck geben, uns aber dem Ultimatum beugen und erklären, daß wir zwei Ziele auf dieser Konferenz haben: *ein* pazifistisches und *ein* kommerzielles. Eines bleibt bestehen.

9. Mit der detaillierten Ausarbeitung, wie das pazifistische Programm zu entwickeln ist, beauftragt das ZK die Delegation und beschränkt sich auf folgende allgemeine Direktive: Das Programm sollte so ausführlich wie möglich entwickelt werden, um eine möglichst tiefgehende Spaltung zwischen dem pazifistischen Lager der internationalen Bourgeoisie und dem grob-bürgerlichen, dem aggressiv-bürgerlichen, dem reaktionär-bürgerlichen Lager zu erreichen.

10. Was die Frage des Handels und der Konzessionen anbelangt (darunter auch die Frage der Anleihen), so sind als hauptsächliche Garantie die Wälder im Norden u. dgl. anzubieten. Auf eine Schmälerung der Rechte unseres Staates lassen wir uns nicht ein. Ohne besonderes telegrafisches Einverständnis des Zentralkomitees sind keine Verträge abzuschließen.[444]

Lenin

Geschrieben am 24. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

SCHREIBEN AN W. M. MOLOTOW FÜR DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES ÜBER EINE NOTE AN ITALIEN

An Gen. Molotow für die Mitglieder des Politbüros

Meines Erachtens ist die Frage Genua klar, nachdem Tschitscherin, Joffe, Krassin und Litwinow sich schriftlich geäußert haben.

Ich schlage den Entwurf einer Entschließung vor.

Plan: Alle Mitglieder des Politbüros versuchen, *schriftlich* zu einer Einigung zu gelangen. Falls das nicht gelingt, kommen alle zusammen und halten *allein* (auch ohne Sekretär) eine einstündige Sitzung ab.

Danach 1 oder 2 Stunden mit der Delegation und Schluß.

24. II. *Lenin*

Ich schlage vor zu beschließen: Das Politbüro beauftragt Gen. Tschitscherin, Italien eine längere, ausgesprochen höfliche Note zu schicken, die aber eine **Menge** Sticheleien enthält, daß ja nicht wir es sind, die eine der ersten „Bedingungen", nämlich die Einberufung zum 8. III., verletzen, daß wir vorschlagen, 1. den 8. III. zu bestätigen; und daß wir 2., falls die Mehrheit dagegen ist, protestieren und den 15. III. vorschlagen.[445]

Lenin

Geschrieben am 24. Februar 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 44.

Nach dem Manuskript.

KORREKTUREN UND BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF EINER VERORDNUNG ÜBER DEN KLEINEN RAT DER VOLKSKOMMISSARE[446]

das kann man russisch nicht sagen	...... 10. Alle entschiedenen Beschlüsse des Kleinen Rats der Volkskommissare, d. h. solche, die eine Frage grundsätzlich entscheiden, außer den in Art. 5 genannten, werden an den Rat der Volkskommissare weitergeleitet. Alle speziellen Fragen aber, solche inzidenten Charakters, wie zum Beispiel: verschiedene Untersuchungen, Sammeln notwendiger Materialien, Weiterleitung von Angelegenheiten an die zuständigen Dienststellen, alle möglichen Antworten auf Anfragen von Behörden an den Kleinen Rat sowie Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen des Rats der Volkskommissare werden vom Kleinen Rat in seinem Namen endgültig entschieden und nicht an den Großen Rat weitergeleitet.
das kann man nicht sagen, *besser* ist – *die im Büro anfallen* oder die *zur Büroarbeit gehören*	

+ Ich rate einzufügen: Zu allen Fragen, die den Moskauer Deputiertensowjet betreffen, unbedingt einen Vertreter desselben einladen.

+ Unbedingt *alle* interessierten Volkskommissariate einladen.

Geschrieben im Februar 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUR SCHWEDISCHEN ANLEIHE[447]

Ich schlage vor: Im Prinzip billigen und das Volkskommissariat für Außenhandel beauftragen, die Verhandlungen fortzusetzen, *jedoch mit der Maßgabe,* daß 1. eine endgültige Entscheidung nicht ohne das Politbüro getroffen wird (das sich die Freiheit der *Ablehnung* vor-

behalten muß); daß 2. versucht wird, eine *ähnliche Anleihe* zu besseren Bedingungen bei dem anderen (italienischen) *Offerenten* aufzunehmen.

13. III. *Lenin**

Geschrieben am 13. März 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) MIT VORSCHLÄGEN ZUM ENTWURF DER DIREKTIVEN DES EKKI FÜR DIE DELEGATION DER KOMINTERN AUF DER KONFERENZ DER DREI INTERNATIONALEN[448]

An Sinowjew
„ Stalin
„ Kamenew und die anderen Mitglieder des Politbüros:

Ich schlage vor

S. 11 (2. Teil) (über die Änderung der Stellung zu den Menschewiki) zu streichen.

Zur Zeit darf man nicht einmal bedingt davon sprechen.

Meines Erachtens sollte man die Direktive so abändern:

AA) Wenn ihr die strittigsten Fragen, d. h. diejenigen, die die größte Feindseligkeit der III. Internationale gegen die II. und die II½. hervorrufen, aufnehmen wollt, so sind wir unter der Bedingung einverstanden, daß (a) die Fragenliste mit uns abgestimmt wird

(b) ... und für die Erörterung des Rechts der III. Internationale ganz detaillierte Richtlinien vereinbart werden; die Wahrung ihrer Rechte bis ins kleinste Detail u. dgl. m.

* Der Entwurf ist außerdem von L. B. Kamenew und J. W. Stalin unterzeichnet; L. D. Trotzki enthielt sich der Stimme. *Die Red.*

BB) Wir jedoch schlagen vor, *n u r* die am wenigsten strittigen Fragen aufzunehmen, weil wir als Ziel den Versuch ansehen, zu Teilaktionen, aber eben zu gemeinsamen **A k t i o n e n** der Arbeitermassen zu gelangen.

Sollte AA angenommen werden, so werden wir einfügen: unsere **allgemeine** Einschätzung der II. und II$^1/_2$. Internationale, die *S u m m e* unserer Anschuldigungen gegen sie usw. usf.

Weiter: am 25. III., d. h. auf der Vorbesprechung, müssen unsere Delegierten äußerste Zurückhaltung üben, *s o l a n g e* noch die Hoffnung besteht, das Ziel zu erreichen, **d. h.** alle 3 Internationalen ((auch die II. und die II$^1/_2$.)) auf eine gemeinsame Konferenz zu kriegen.

Wegen ihrer *Z u s a m m e n s e t z u n g* nicht sofort abbrechen; überhaupt nicht abbrechen, ohne vorher Moskau gefragt zu haben, falls es nicht zu einer **Riesen**gemeinheit kommt, die *a b s o l u t* nicht geduldet werden kann.

Lenin

Geschrieben am 14. oder 15. März 1922.

Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht 1958 in dem Buch „Das Wirken W. I. Lenins in den Jahren 1917–1922", Moskau.

Vollständig veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) MIT DEM ENTWURF EINER DIREKTIVE FÜR GENOSSEN, DIE INS AUSLAND FAHREN

An Gen. Molotow
für die Mitglieder des Politbüros

In Anbetracht dessen, daß Gen. Radek und, *wie ich hörte, auch Gen. Sosnowski* ins Ausland fahren,

– in Anbetracht dessen, daß *diplomatische Fähigkeiten nicht* zu den starken Seiten dieser wertvollen und sehr befähigten Genossen *gehören,* schlage ich vor, im Namen des Politbüros folgende Direktive zu erlassen:

„Alle ins Ausland fahrenden Genossen werden vom Politbüro darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt einerseits größte Zurückhaltung in Erklärungen und Gesprächen über die Menschewiki und Sozialrevolutionäre erfordert, anderseits jedoch schonungslosesten Kampf und maximalstes Mißtrauen gegen sie (als gegen den gefährlichsten *faktischen* Helfershelfer der Weißgardisten)."

17. III. *Lenin*

PS. Bitte *telefonisch abstimmen lassen.*[449] *Lenin*

Geschrieben am 17. März 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)[450]

An Gen. Molotow für die Mitglieder des Politbüros

Es ist nicht das erste Mal, daß das Moskauer Komitee (darunter auch Gen. Selenski) faktisch *Nachsicht übt* gegenüber Kommunisten, die man wegen der von ihnen begangenen Verbrechen aufhängen müßte.

Das geschieht aus „Versehen". Doch dieses „Versehen" ist äußerst gefährlich. *Ich schlage vor:*

1. Dem Antrag des Gen. Diwilkowski *zuzustimmen.*

2. Dem Moskauer Komitee wegen *Nachsicht* gegenüber Kommunisten eine strenge Rüge zu erteilen (die Form der Nachsicht – die besondere Kommission).

3. Allen Gouvernementskomitees mit Nachdruck mitzuteilen, daß das ZK bei dem geringsten Versuch, die Gerichte im Sinne einer „Milderung" der Verantwortlichkeit von Kommunisten zu „beeinflussen", *Parteiausschlüsse* aussprechen wird.

4. Durch Rundschreiben das Volkskommissariat für Justiz davon zu unterrichten (Kopie an die Gouvernementskomitees der Partei), daß die

Gerichte verpflichtet sind, Kommunisten *strenger* zu bestrafen als Nichtkommunisten.

Bei Verstoß hiergegen werden Volksrichter und Kollegiumsmitglieder des Volkskommissariats für Justiz *aus dem Dienst gejagt.*

5. Das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK zu beauftragen, das Präsidium des Moskauer Sowjets durch eine Rüge in der Presse *anzuprangern.*

18. III. *Lenin*

PS. Eine nicht zu überbietende Schmach und Schande: die an der Macht befindliche Partei verteidigt „ihre" Gauner!!

Geschrieben am 18. März 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht am 20. November 1962 in der „Prawda" Nr. 324.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR N. P. GORBUNOW UND VORSCHLÄGE ZUR FRAGE DER GENOSSENSCHAFTEN[451]

Gen. Gorbunow!

Lesen Sie das durch, machen Sie sich kurze Notizen und schicken Sie es *umgehend* weiter an Gen. Molotow für die Mitglieder des *Politbüros*, und danach auch für *Zjurupa* und *Rykow.*

Meines Erachtens sind Genossenschaften und Gewerkschaften nicht gleichzusetzen.

Die Genossenschaften müssen die obligatorische Mitgliedschaft beibehalten.

Die Mittel werden freiwillig beigesteuert. Wenn die Genossenschaften bei uns Handel treiben werden (und sich nicht mit der Herausgabe von Tageszeitungen die Zeit vertreiben, in denen müßige Schwätzer politisches Wortgeprassel von sich geben, das allen zum Halse heraushängt), dann muß der Handel Gewinn bringen. Wer Beiträge zahlt, wird am Gewinn beteiligt.

Mitglied der Genossenschaft sind alle. Das brauchen wir für die Zukunft. Was daran schlecht sein soll, ist unverständlich.

Die Anteilbeiträge sind freiwillig. Wer einen Beitrag entrichtet hat, erhält einen Gewinnanteil.

Schlußfolgerung: Meines Erachtens sollte man die Frage zurückstellen und sie auf dieser Tagung nicht behandeln.

18. III. *Lenin*

Geschrieben am 18. März 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE UND BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DER ERKLÄRUNG DER SOWJETISCHEN DELEGATION AUF DER KONFERENZ VON GENUA[452]

An Genossen Molotow

Zu der von Gen. Tschitscherin eingereichten Vorlage „Elemente der ersten Rede auf der Konferenz" schlage ich folgende Änderungen vor:

1. Auf der ersten Seite, Zeile 7 und 8 von oben – ich schlage vor, von „Eigentumssystemen" zu sprechen und nicht einfach von politisch-ökonomischen Systemen.[453]

2. Auf derselben Seite, Zeile 8 und 9 von unten – unbedingt jeden Hinweis auf einen „unvermeidlichen gewaltsamen Umsturz und die Unvermeidlichkeit des blutigen Kampfes" streichen und statt dessen lediglich sagen, daß wir Kommunisten die Ansichten der Pazifisten nicht teilen, was aus der kommunistischen Literatur hinreichend bekannt ist, daß wir es aber, da wir als Kaufleute hierhergekommen sind, unbedingt für unsere Pflicht halten, jeden Versuch zur friedlichen Lösung strittiger Fragen mit allen Mitteln zu unterstützen.

3. Auf derselben Seite, Zeile 2 und 3 von unten – unbedingt die Worte streichen, daß unsere „historische Konzeption die Anwendung von Gewaltmaßnahmen einschließt".

4. Seite 2, Zeile 2 und 3 von oben – unbedingt die Worte streichen, daß unsere historische Konzeption in jedem Fall von der Unvermeidlichkeit neuer Weltkriege ausgeht.

Unter keinen Umständen sollte man solche furchtbaren Worte gebrauchen, denn das hieße dem Gegner in die Hände arbeiten. Man soll sich nur auf den Hinweis beschränken, daß die Ansichten der Kommunisten nicht übereinstimmen mit den Ansichten solcher Pazifisten, wie es die Staaten sind, mit denen wir in Verhandlungen treten, Staatsmänner wie Henderson, Keynes usw., daß wir es aber, um zu dem von uns gewünschten Wirtschaftsabkommen zu gelangen, für unsere Pflicht halten, alles, was von uns abhängt, zu tun, damit wenigstens ein bestimmter Teil dieses pazifistischen Programms – und zwar möglichst weitgehend – erfüllt wird.

Lenin

Telefonisch diktiert am
23. März 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach der Niederschrift
des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

XI. PARTEITAG DER KPR(B)

27. März–2. April 1922[454]

1

VORSCHLAG FÜR DEN ENTWURF DER RESOLUTION ZUM BERICHT DER DELEGATION DER KPR(B) IN DER KOMINTERN

Ziel und Sinn der Einheitsfronttaktik bestehen darin, immer breitere Arbeitermassen in den Kampf gegen das Kapital einzubeziehen, wobei man sich nicht scheuen darf, sogar den Führern der II. und der II½. Internationale immer wieder vorzuschlagen, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Wenn die Mehrheit der Arbeiter bereits ihre eigene Klassenvertretung er-

richtet hat – d. h. eine sowjetische, keine „gesamtnationale", d. h. mit der Bourgeoisie gemeinsame – und wenn sie die politische Herrschaft der Bourgeoisie bereits gestürzt hat, dann kann Einheitsfronttaktik natürlich nicht mehr bedeuten, daß man sich an Parteien wie die Menschewiki („SDAPR") und SR („Partei der Sozialrevolutionäre") zu wenden hat, denn sie haben sich als Gegner der Sowjetmacht erwiesen. Unter der Sowjetmacht muß der Einfluß auf die Arbeitermassen *nicht* durch Appelle *an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre*, sondern durch die oben bezeichneten Maßnahmen erweitert werden.[455]

Geschrieben zwischen dem 29. März und 2. April 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 2.

Nach dem Manuskript.

2
REDE ZUR FRAGE DER VERÖFFENTLICHUNG VON INSERATEN IN DER „PRAWDA"
2. APRIL[456]

Genossen! Hier ist ein geradezu fatales Mißverständnis entstanden. Ich wollte zur Geschäftsordnung sprechen (was der Gen. Vorsitzende betonte), aber kein Schlußwort halten. Ich bat um das Wort zur Geschäftsordnung, weil ich den Parteitag bitten wollte, von der Geschäftsordnung und der Norm abzuweichen. Es gilt die Regel, daß man, nachdem ein Beschluß gefaßt worden ist, in die betreffende Frage nicht mehr eingreifen darf. Ich bitte den Parteitag, mir 4–5 Minuten Redezeit zu gewähren, damit ich gegen einen Beschluß sprechen kann, der irrtümlich angenommen worden ist.

Als ich hörte, daß der Parteitag diesen Beschluß angenommen hat, und als ich hörte, daß Gen. Rjasanow ihn verteidigt hat... (Rjasanow: „Das stimmt nicht.") Nun, einfach wunderbar, daß wenigstens *ein* ungereimter Beschluß ohne Rjasanow durchgegangen ist. Wirklich, wenn wir ein naives kleines Fräulein von vielleicht zwölf Jahren vor uns hätten,

dem gestern zu Ohren gekommen wäre, daß es auf der Welt den Kommunismus gibt, das ein weißes Kleid mit roten Schleifchen anziehen und sagen würde, die Kommunisten, das sind die reinsten Händler – so wäre das drollig und man könnte darüber ruhig lachen, aber was machen wir denn im Ernst? Woher wird die „Prawda", die Sie der Inserate beraubt haben, Geld nehmen? Es fragt sich, wieviel Geld braucht die „Prawda", damit sie nicht hinter den „Iswestija" zurückbleibt? Das wissen Sie nicht? Nun, ich weiß es auch nicht!

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 in der 2./3. Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band XXVII.

Nach dem Stenogramm.

3
NOTIZEN IN EINER SITZUNG DES PARTEITAGS
2. APRIL

Sedoi:

α) . . . Widersprüche, Abnormität, Inkonsequenz . . .

β) „*g r ö ß t e s V e r t r a u e n*" und!!?

---

1. Haltlosigkeit der Beschuldigung, das ZK verfolge die ehemalige *Arbeiteropposition*
2. Verzicht auf positive Arbeit
3. Konzentration auf Oppositionsspielerei
4. Verhalten auf dem Verbandstag der Metallarbeiter
5. dito – nach dem Verbandstag
6. ist nicht innerhalb der ehemaligen *Arbeiteropposition* eine Scheidung zu beobachten, die die Partei veranlaßt, einen Unterschied zu machen zwischen einer Mehrheit derjenigen, die ungeachtet unterschiedlicher Ansichten loyal in der Partei arbeiten, und einer (vielleicht sogar unbedeutenden) Minderheit, die sich ausgesprochen illoyal aufführt.

Geschrieben am 2. April 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES PLENUMS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE ORGANISIERUNG DER ARBEIT DES SEKRETARIATS

Das ZK beauftragt das Sekretariat, die offiziellen Sprechstunden genau festzulegen und einzuhalten sowie diese Festlegung zu veröffentlichen; dabei muß es zur Regel werden, daß die Sekretäre nur die wirklich grundsätzlich leitende Tätigkeit selbst übernehmen und die andere Arbeit ihren Mitarbeitern und den technischen Sekretären übertragen.

Genosse Stalin wird beauftragt, sich umgehend Stellvertreter und Mitarbeiter zu suchen, die ihn von der Arbeit in den Sowjetinstitutionen (mit Ausnahme der Leitung in grundsätzlichen Fragen) entlasten.

Das ZK beauftragt das Orgbüro und das Politbüro, innerhalb von 2 Wochen eine Liste der Kandidaten für das Kollegium und die Stellvertreter des Volkskommissars der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion vorzulegen.[457]

Geschrieben am 3. April 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

SCHREIBEN AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) MIT BESCHLUSSENTWÜRFEN

1

Gen. Molotow, geben Sie bitte den vorliegenden Artikel* und meine folgenden Anträge als Umlauf an die Mitglieder des Politbüros und lassen Sie darüber abstimmen.

1. Es bestehen keine Einwände dagegen, den vorliegenden Artikel des

* Es handelt sich um W. I. Lenins Artikel „Wir haben zu teuer bezahlt" (Werke, Bd. 33, S. 316–320). *Die Red.*

Gen. Lenin am Dienstag in den „Iswestija" und in der „Prawda" zu veröffentlichen.

2. Der Sowjet- und Parteipresse wird die Direktive erteilt, das Berliner Abkommen von dem dort dargelegten Gesichtspunkt aus einzuschätzen, wobei die konkrete Tatsache der faktischen Verbindung von Sozialrevolutionären und Menschewiki (dem rechten Flügel dieser beiden Parteien) mit der internationalen Bourgeoisie besonders detailliert aufzudecken ist.

3. Zu diesem Zweck soll die Herausgabe der Broschüre Sawinkows „Der Kampf gegen die Bolschewiki" und der Broschüre St. Iwanowitschs „Niedergang der russischen Sozialdemokratie" in allen europäischen Sprachen beschleunigt werden, wobei ausführlich zu erläutern ist, wie diese beiden Broschüren die reale Verbindung des rechten Flügels der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der internationalen Reaktion beweisen.

4. Gen. Trotzki wird beauftragt, darauf zu achten, daß solche und ähnliche Materialien in allen Sprachen mit den entsprechenden Erläuterungen so schnell wie möglich herausgegeben werden.

5. Gen. Radek wird telegrafisch angewiesen, so schnell wie möglich mit den vollständigen Protokollen der Berliner Beratung nach Moskau zu kommen.

6. Gen. Bucharin wird die Reise nach Rußland untersagt, er wird verpflichtet, zur weiteren Behandlung zur Kur zu fahren.

Lenin

Telefonisch diktiert am
9. April 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach der Niederschrift
des Sekretärs (maschinegeschriebene Kopie).

2

An Genossen Stalin
für das Politbüro

Was den Antrag des Gen. Sinowjew betrifft, stimme ich jetzt dafür, Radek nicht herkommen zu lassen, sondern sich darauf zu beschränken, alle ausführlichen Protokolle der Berliner Beratung anzufordern und zu verlangen, daß sie mit der Diplomatenpost geschickt werden.

Gegen ein Herkommen Bucharins bin ich ganz entschieden, denn das würde nur unnötigerweise seine Kur stören.[458]

Lenin

Telefonisch diktiert am 10. April 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

BEMERKUNGEN UND VORSCHLÄGE ZUM BESCHLUSSENTWURF DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMINTERN IN ZUSAMMENHANG MIT DER BEENDIGUNG DER KONFERENZ DER DREI INTERNATIONALEN[459]

Briefe an G. J. Sinowjew

1

Zu Punkt 1 schlage ich eine Ergänzung vor: Besonders ausführlich ist 1. die faktische Verbindung unserer Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der gesamten Front der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie gegen die Sowjetmacht zu erklären, wobei die Aufmerksamkeit besonders auf die Broschüre Sawinkows „Der Kampf gegen die Bolschewiki" (Warschau 1920) sowie auf St. Iwanowitschs „Niedergang der russischen Sozialdemokratie" zu lenken ist, denn aus diesen Broschüren geht besonders anschaulich hervor, was aus einer Anzahl anderer Dokumente natürlich bekannt ist, nämlich, daß der rechte Flügel der Menschewiki und Sozialrevolutionäre sich formal hinter dem Namen der Gesamtpartei versteckt, in Wirklichkeit aber völlig selbständig handelt; 2. besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu lenken, die völlige Übereinstimmung unserer Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit den Führern der II. und der II½. Internationale klarzumachen und die außerordentliche Schädlichkeit der letzten Broschüre von Otto Bauer zu zeigen, in der faktisch ein panischer Rückzug vor dem Kapitalismus vorgeschlagen und propagiert wird. Eine

solche Propagierung müssen wir genauso behandeln, wie wir während des Krieges die Propagierung einer panischen Flucht an der Front behandelt haben.

Mit Punkt 2 bin ich einverstanden.

Zu Punkt 3:

Hier habe ich Bedenken, denn ich glaube, daß ein Beschluß mit der präzisen Forderung nach Einstimmigkeit uns vor Fehlern bewahren dürfte, und gemeinsame Aufrufe zu Themen, die die von der Berliner Beratung bestätigten Punkte erläutern (Verteidigung Sowjetrußlands u. dgl.), werden uns außerordentlich nützlich sein, denn wir werden sie in der Folgezeit des öfteren ausnutzen, um zu entlarven, wie sich unsere Gegner in Widersprüche verwickelt haben.

Zu Punkt 4: unterstütze ich unbedingt.

Zu Punkt 5: habe keine Einwände.

Zu Punkt 6:

Mir ist der Sinn dieses Punktes unverständlich, denn ich bin der Meinung, daß man das Berliner Abkommen unverzüglich ratifizieren muß, sobald wir den offiziellen Text der gefaßten Beschlüsse erhalten haben, oder wahrscheinlich ist es sogar noch besser, dies sofort zu tun mit dem Vorbehalt, daß eben jener Text ratifiziert wird, der in der „Prawda" vom 9. IV. veröffentlicht war.

Besonders bitte ich zu erwirken, daß der vollständige Text des Protokolls der Berliner Beratung schnellstens durch einen Sonderkurier überbracht wird, und zu prüfen, ob dieses Protokoll von den offiziellen Vertretern aller drei Internationalen unterzeichnet ist.

Lenin

Telefonisch diktiert am
11. April 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift
des Sekretärs (maschinegeschriebene Kopie).

2

Gen. Sinowjew!

Zu den Punkten des Beschlusses des Exekutivkomitees der Komintern, über die wir uns heute früh schriftlich verständigt haben, wäre noch folgendes hinzuzufügen:

Der Kritik an der Politik der II. und der $II^{1}/_{2}$. Internationale muß man jetzt einen etwas anderen Charakter verleihen, und zwar: Man muß dieser Kritik (besonders in Versammlungen mit Arbeitern, die Anhänger der II. und der $II^{1}/_{2}$. Internationale sind, sowie in speziellen Flugblättern und Artikeln für sie) einen mehr erläuternden Charakter geben, muß besonders geduldig und ausführlich, ohne diese Arbeiter durch scharfe Worte abzustoßen, die unvereinbaren Gegensätze zwischen den Losungen, die ihre Vertreter in Berlin angenommen haben (zum Beispiel Kampf gegen das Kapital, Achtstundentag, Verteidigung Sowjetrußlands, Hilfe für die Hungernden), und der ganzen reformistischen Politik erläutern.

Vielleicht sollte man, ehe das veröffentlicht wird, prüfen, ob die Berliner Beschlüsse von der II. und der $II^{1}/_{2}$. Internationale ratifiziert worden sind.

Lenin

Telefonisch diktiert am
11. April 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift
des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

INTERVIEW FÜR DEN KORRESPONDENTEN DER ZEITUNG „THE NEW YORK HERALD“[460]

Gen. Lenin erklärte in einem Gespräch mit dem Mitarbeiter der amerikanischen Zeitung „The New York Herald“ zur Genuakonferenz:

Diese Konferenz darf sich nur vom ökonomischen Prinzip leiten lassen. Rußland weiß gut, was es von den bürgerlichen Staaten zu erwarten hat. Die augenblickliche Lage kann nicht andauern. Sie ist verhängnisvoll sowohl für Rußland als auch für die ganze Welt.

Rußland braucht den Handel mit den bürgerlichen Staaten. Anderseits wissen die bürgerlichen Regierungen gut, daß das Wirtschaftsleben Europas ohne Rußland nicht in Ordnung gebracht werden kann.

Allerdings befinden sich diejenigen, die die Absicht haben, der rus-

sischen Delegation in Genua erniedrigende Bedingungen zu stellen, in einem großen Irrtum. Rußland wird es nicht zulassen, daß man es wie ein besiegtes Land behandelt. Wenn die bürgerlichen Regierungen versuchen sollten, Rußland gegenüber einen solchen Ton anzuschlagen, so würden sie eine sehr große Dummheit begehen.

„Krasnaja Gaseta" (Petrograd)
Nr. 84, 14. April 1922.

Nach dem Text der Zeitung.

BESCHLUSS DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE HERAUSGABE VON WERKEN G. W. PLECHANOWS

27. April 1922[461]

Gen. Kamenew wird beauftragt, mit Gen. Ter zu sprechen und für die Herausgabe der revolutionären Schriften Plechanows in einem Sammelband zu sorgen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach einem maschinegeschriebenen
Exemplar der protokollarischen
Niederschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ÜBER DIE VORLAGE ZUSAMMENFASSENDER ANGABEN ÜBER DIE NATURALSTEUER AN DAS ZK

1. Das Volkskommissariat für Ernährungswesen
2. das Volkskommissariat für Landwirtschaft

3. die Statistische Zentralverwaltung
4. die Staatliche Plankommission
Sektion Landwirtschaft

werden beauftragt, dem ZK innerhalb von 4 Tagen zusammenfassende Angaben über die Naturalsteuer vorzulegen, höchstens *1 Seite*, aus denen klar und übersichtlich sowohl die Höhe der 1921–1922 eingebrachten als auch der in der Presse für 1922–1923 vorgesehenen Naturalsteuer hervorgeht.[462]

Geschrieben am 11. Mai 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ FÜR J. W. STALIN MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUR FRAGE DES AUSSENHANDELSMONOPOLS[463]

Gen. Stalin! Angesichts dieser Sachlage schlage ich vor, *durch Umfrage* bei den Mitgliedern des Politbüros folgende Direktive anzunehmen: „Das ZK bestätigt das Außenhandelsmonopol und beschließt, überall die Untersuchungen und Vorarbeiten zur Frage der Verschmelzung des Obersten Volkswirtschaftsrats mit dem Volkskommissariat für Außenhandel einzustellen. Vertraulich alle Volkskommissare unterschreiben lassen." Das Original ist an Stalin zurückzugeben, Kopien werden nicht angefertigt.

15. V. *Lenin*

Geschrieben am 15. Mai 1922.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ERGÄNZUNG ZUM ENTWURF DES EINFÜHRUNGSGESETZES ZUM STRAFGESETZBUCH DER RSFSR UND BRIEF AN D. I. KURSKI[464]

Entwurf

EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM STRAFGESETZBUCH DER RSFSR

. . . 5. Bis zur Herstellung von Bedingungen, die der Sowjetmacht Sicherheit gegen konterrevolutionäre Anschläge bieten, wird den Revolutionstribunalen das Recht eingeräumt, bei Verbrechen nach Artikel 58, 59, 60, 61, 62, 63 *+64* . . . . . des
× *Strafgesetzbuches als höchstes Strafmaß Erschießen in Anwendung zu bringen.)*

×) Hinzufügen noch die Artikel *64* und *65* und *66* und *67* und *68* und *69*.

××) Hinzufügen, daß Erschießen auf Beschluß des Präsidiums des Gesamtrussischen ZEK durch Ausweisung ins Ausland (befristet oder unbefristet) ersetzt werden kann.

×××) Hinzufügen: Erschießen wegen unerlaubter Rückkehr aus dem Ausland.

Gen. Kurski!

Meines Erachtens muß die Anwendung der Todesstrafe erweitert werden (mit Ersetzen durch Ausweisung). Siehe S. *1 unten* gegenüber allen Formen der Betätigung von Menschewiki, *Sozialrevolutionären u. ä.;*

eine Formulierung finden, die diese Handlungen mit der *internationalen Bourgeoisie* und ihrem Kampf gegen uns **in Verbindung** setzt (Bestechung von Presse und Agenten, Vorbereitung eines Krieges u. dgl. m.).

Geben Sie das bitte schnellstens mit Ihrer Stellungnahme zurück.

15. V. *Lenin*

Geschrieben am 15. Mai 1922.
Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht 1937 in der Zeitschrift „Bolschewik" Nr. 2.
Vollständig veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DAS SEKRETARIAT DES ZK DER KPR(B) ZUR FRAGE DER REDUZIERUNG DER ROTEN ARMEE[465]

Ich denke, man soll die Frage stellen, man soll die Reduzierung um ein Viertel verkünden und das damit begründen, daß in Genua zwar kein großer und kein besonders sicherer, aber immerhin doch ein gewisser realer Schritt zu einem Waffenstillstand erreicht worden ist.

Lenin

Telefonisch diktiert am 20. Mai 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebene Kopie).

BRIEF AN J. W. STALIN FÜR DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B) MIT DEM ENTWURF EINES BESCHLUSSES ÜBER DIE ZUSAMMENSETZUNG DES GESAMTRUSSISCHEN ZEK

An Gen. Stalin für das *Politbüro*:

Die Tagung des Gesamtrussischen ZEK hat gezeigt, daß die Zusammensetzung des Gesamtrussischen ZEK nicht in Ordnung ist. Die übergroße Mehrheit seiner Mitglieder sind Amtspersonen.

Ich schlage dem Politbüro vor zu beschließen:

Es wird als notwendig erachtet, daß nicht weniger als 60% der Mitglieder des Gesamtrussischen ZEK Arbeiter und Bauern sind, die keinerlei Amt im Sowjetapparat bekleiden; daß nicht weniger als 67% der Mitglieder des Gesamtrussischen ZEK Kommunisten sind; die Ausarbeitung dieser Frage zum nächsten Plenum des ZK wird einer Dreiergruppe übertragen: den Genossen Kalinin, Jenukidse, Kamenew. Zuerst im Politbüro

erörtern und von dort ins Plenum des ZK bringen, das den Antrag dem nächsten Gesamtrussischen Sowjetkongreß zur Beschlußfassung vorlegt.[466]

23. V. 1922 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. *Nach dem Manuskript.*

AN DEN ERSTEN KONGRESS DER WERKTÄTIGEN FRAUEN TRANSKAUKASIENS[467]

Ich grüße den ersten Kongreß werktätiger Frauen Transkaukasiens. Vielen Dank für die Wahl. Da ich krank bin, kann ich nicht kommen.

Lenin

Geschrieben im Mai 1922, nicht später als am 26.

Veröffentlicht am 29. Mai 1922 in der Zeitung „Bakinski Rabotschi" Nr. 117. *Nach dem Text des „Bakinski Rabotschi".*

ÜBER DIE BILDUNG DER UdSSR

Brief an L. B. Kamenew für die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B)[468]

26. IX.

Gen. Kamenew! Vermutlich haben Sie bereits von Stalin die Resolution seiner Kommission über den Beitritt der unabhängigen Republiken zur RSFSR erhalten.

Wenn nicht, dann lassen Sie sich die Resolution vom Sekretär geben und lesen Sie sie bitte unverzüglich durch. Ich habe gestern mit Sokolnikow und heute mit Stalin darüber gesprochen. Morgen werde ich Mdiwani

sehen (ein georgischer Kommunist, der gewisser „Unabhängigkeitsbestrebungen" verdächtigt wird).

Meiner Meinung nach ist die Frage äußerst wichtig. Stalin hat ein wenig die Tendenz, sich zu übereilen. Sie müssen gut überlegen (Sie hatten doch einmal die Absicht, sich damit zu befassen, und haben sich sogar etwas damit befaßt); Sinowjew auch.

Zu *einem* Zugeständnis hat sich Stalin schon bereit erklärt. In § 1 soll statt „Eintritt" in die RSFSR gesagt werden –

„formelle Vereinigung zusammen mit der RSFSR zu einer Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens".

Der Sinn dieses Zugeständnisses ist, hoffe ich, verständlich: Wir betrachten uns und die Ukrainische SSR u. a. als gleichberechtigt, und wir werden zusammen und auf gleichem Fuße mit ihnen der neuen Union, der neuen Föderation, der „Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens" beitreten.

§ 2 muß dann ebenfalls geändert werden. Neben den Sitzungen des Gesamtrussischen ZEK der RSFSR wäre eine Art von –

„Gesamtföderativem ZEK der Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens" zu schaffen.

Wenn jede dieser Institutionen einmal wöchentlich tagt (oder letztere sogar einmal in zwei Wochen), dann läßt sich das leicht einrichten.

Wichtig ist, daß wir den „Unabhängigkeitsaposteln" keine Nahrung geben, daß wir ihre *Unabhängigkeit* nicht vernichten, sondern ein *neues Stockwerk* aufsetzen und eine Föderation *gleichberechtigter* Republiken schaffen.

Der zweite Teil von § 2 könnte bleiben: Unzufriedene führen Beschwerde (gegen die Beschlüsse des *Rats für Arbeit und Verteidigung* und des *Rats der Volkskommissare*) beim gesamtföderativen ZEK, *ohne damit* jedoch die Durchführung der Beschlüsse *aufzuhalten* (wie auch in der RSFSR).

§ 3 könnte mit redaktionellen Änderungen bleiben: „vereinigen sich zu *gesamtföderativen* Volkskommissariaten, die ihren Sitz in Moskau haben, mit der Maßgabe, daß die entsprechenden Volkskommissariate der RSFSR in allen Republiken, *die der Union der Republiken Europas und Asiens angehören,* durch Bevollmächtigte mit einem kleinen Apparat vertreten sind".

Der 2. Teil von § 3 bleibt. Man könnte vielleicht sagen, um die Gleichberechtigung stärker zu betonen: „nach Übereinkunft der *Zentralexekutivkomitees* der Republiken, die der Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens angehören".

Den 3. Teil muß man noch überlegen: Sollte man nicht „zweckmäßig" durch „*obligatorisch*" ersetzen? Oder vielleicht *bedingt* obligatorisch sagen, in dem Sinne, daß man zumindest *anfragen* soll und Entscheidungen ohne Anfrage nur in Fällen von „besonders dringender Wichtigkeit" zulässig sind?

§ 4 vielleicht auch „vereinigen nach Übereinkunft der Zentralexekutivkomitees"?

§ 5 vielleicht ergänzen: „bei gleichzeitiger Einrichtung von gemeinsamen (oder allgemeinen) Konferenzen und Kongressen, die *rein beratenden* Charakter (oder *nur* beratenden Charakter) tragen"?

Entsprechende Änderungen in den Anmerkungen 1 und 2.

Stalin ist damit einverstanden, die Vorlage der Resolution im Politbüro des ZK bis zu meiner Ankunft zu verschieben. Ich komme am Montag, dem 2. X. Mit Ihnen und Rykow möchte ich mich vormittags für etwa 2 Stunden treffen, sagen wir von 12 bis 2, und, wenn es nötig sein sollte, abends, sagen wir von 5 bis 7 oder von 6 bis 8.

Das ist mein vorläufiger Vorschlag. Auf Grund der Aussprachen mit Mdiwani und anderen Genossen werde ich ihn ergänzen und abändern. Ich bitte auch Sie sehr, das gleiche zu tun und mir zu antworten.

Ihr *Lenin*

PS. Abschriften an a l l e Mitglieder des Politbüros schicken.

Geschrieben am 26. September 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

AN DEN VERBANDSTAG DER TEXTILARBEITER UND -ARBEITERINNEN[469]

10. X. 1922

Liebe Genossen!

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nicht Wort halten kann. Ich bekam plötzlich einen schlimmen Zahn, was mich nicht nur gleich zu Beginn wieder aus meiner Arbeit herausriß, sondern mir auch – für eine ganze Woche – die Nerven ruiniert hat. Alle Begegnungen (auf Kongressen) muß ich wieder für eine Woche absagen.

Es tut mir außerordentlich leid, daß ich Ihren Verbandstag nicht besuchen kann. Ich hoffe sehr, daß Gen. Kutusow Ihnen alles ausführlich erzählt und Ihnen meine besten Grüße und Wünsche überbringt.

Ihr *Lenin*

Veröffentlicht 1922 in dem Buch „Bericht über die Arbeiten des V. Gesamtrussischen Verbandstages der Textilarbeiter. 6.–11. Oktober 1922". Moskau.

Nach dem Faksimile in der Sonderausgabe der Zeitung „Golos Textilej", 25. Januar 1924.

ERGÄNZUNGEN ZU DEN BEDINGUNGEN DES VERTRAGS MIT L. URQUHART[470]

1. Ferner: Das Konzessionsterritorium muß reduziert werden, wobei der RSFSR unbedingt ein für den Ural ausreichender Teil von Ekibastus (mindestens $^1/_4$ oder $^1/_6$) zu sichern ist;
2. das Wichtigste: Die Summen, die Urquhart erhält, müssen so herabgesetzt werden, daß unser Gewinn nicht bis 1934 (?) auf sich warten läßt.

Lenin

3. Wozu diese Korrekturen? Für eine *ungefähre* Direktive an unsere Bevollmächtigten?

Dafür.

Lenin

Geschrieben im Oktober 1922, nicht vor dem 25.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

THESEN ÜBER DIE GENOSSENSCHAFTSBANK[471]

1. Prämien für Geschäftsabschlüsse, und zwar für die Höhe derselben und für ihre Verteilung auf die einzelnen Kreise;
2. das gleiche für die Einlagen;
3. Mitarbeit der angesehensten landwirtschaftlichen kommunistischen Genossenschaftler in der Bank zwecks Kontrolle und Ankurbelung;
4. Förderung der Genossenschaftsbank durch die Staatsbank mittels Senkung des Zinssatzes;
5. Bewilligung einer bestimmten Summe durch die Staatsbank.

Geschrieben am 2. November 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 45. — *Nach dem Manuskript.*

AN DIE PETROGRADER TEXTILARBEITER[472]

3. XI. 1922

Liebe Genossen! Herzlichen Dank für das Plaid, das Sie mir geschickt haben, ich finde es herrlich. Ich bedaure außerordentlich, daß ich Schorow nicht empfangen konnte.

Beste Grüße! Ihr W. *Uljanow (Lenin)*

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV. — *Nach dem Manuskript.*

ANTRAG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B), BETREFFEND DIE REDUZIERUNG DER ARMEE

An Gen. Stalin

Ich ersuche, sofort die Mitglieder des Politbüros über meinen folgenden Antrag zu befragen:

dem Vorschlag des Gen. Trotzki über eine Vorlage an die Regierung betreffs Reduzierung der Armee um 200 000 Mann im Laufe des Monats Januar wird zugestimmt;

Gen. Trotzki fragen, in welcher Zeit er es für möglich hält, einen entsprechenden Antrag, fertig ausgearbeitet, dem Rat der Volkskommissare vorzulegen.[473]

13. XI. 1922 *Lenin*

Zum erstenmal veröffentlicht 1964 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 45.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar.

AN DIE RUSSISCHE KOLONIE IN NORDAMERIKA[474]

Der Vorsitzende der amerikanischen „Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands", Genosse Reichel, berichtete mir, daß bei einem Teil der russischen Kolonie in Nordamerika unrichtige Ansichten über die Neue Ökonomische Politik bestehen.

Diese unrichtigen Ansichten können, glaube ich, dadurch entstanden sein, daß die kapitalistische Presse diese Politik bewußt entstellt und haßerfüllte, aus Sowjetrußland verjagte Weißgardisten sowie Menschewiki und Sozialrevolutionäre die unsinnigsten Märchen in Umlauf bringen.

In Europa kommen diese über uns und besonders über unsere Neue Ökonomische Politik verbreiteten Märchen mehr und mehr aus der Mode. Die Neue Ökonomische Politik hat zu keiner grundlegenden Veränderung in der Gesellschaftsordnung Sowjetrußlands geführt und kann zu keiner

derartigen Veränderung führen, solange sich die Macht in den Händen der Arbeiter befindet; und an der Festigkeit der Sowjetmacht kann wohl heute schon niemand mehr zweifeln. Die Haßtiraden der kapitalistischen Presse und der Zustrom russischer Weißgardisten nach Amerika sind nur ein Beweis für unsere Stärke.

Der Staatskapitalismus, der eines der Hauptmerkmale der Neuen Ökonomischen Politik darstellt, ist unter den Bedingungen der Sowjetmacht ein Kapitalismus, der von der Arbeiterklasse bewußt zugelassen und eingeschränkt wird. Vom Staatskapitalismus in Ländern mit bürgerlichen Regierungen unterscheidet sich unser Staatskapitalismus sehr wesentlich, und zwar dadurch, daß der Staat bei uns nicht von der Bourgeoisie repräsentiert wird, sondern vom Proletariat, das das volle Vertrauen der Bauernschaft zu gewinnen vermochte.

Leider geht die Einführung des Staatskapitalismus bei uns nicht so schnell, wie wir uns das wünschen. Bis jetzt haben wir beispielsweise faktisch noch keine ernst zu nehmende Konzession, aber ohne Beteiligung ausländischen Kapitals an der Entwicklung unserer Wirtschaft ist deren schnelle Wiederherstellung undenkbar.

Diejenigen, denen unsere Neue Ökonomische Politik, die einzig richtige Politik, nicht genügend klar ist, möchte ich auf die Reden verweisen, die Gen. Trotzki und ich auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu dieser Frage gehalten haben*.

Genosse Reichel informierte mich über die Vorbereitungen der „Gesellschaft für technische Unterstützung" zur Bildung von landwirtschaftlichen und anderen amerikanischen Produktionskommunen, die nach Rußland ausreisen wollen, um dort zu arbeiten, und die neue Produktionsgeräte, Traktoren, Saatgut hochwertiger Kulturpflanzen usw. mitzubringen beabsichtigen.

In den Briefen, die ich an die „Gesellschaft für technische Unterstützung" und an die „Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands" anläßlich der außerordentlich erfolgreichen Arbeit, welche ihre landwirtschaftlichen Kommunen und Gruppen im Sommer 1922 in Rußland leisteten, schrieb, habe ich den amerikanischen Genossen bereits meinen Dank ausgesprochen.**

---

* Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 404–418. *Die Red.*

** Ebenda, S. 366, 367. *Die Red.*

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um mich im Namen der Sowjetregierung nochmals bei ihnen zu bedanken, und möchte betonen, daß keine andere Art der Unterstützung für uns wichtiger und wertvoller ist, als die Hilfe für unsere Landwirtschaft sowie zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)

Geschrieben am 14. November 1922.

Veröffentlicht am 10. Januar 1923 in der Zeitung „Russki Golos" Nr. 2046. New York.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie, verglichen mit dem Text der Zeitung.

ENTWURF EINER RESOLUTION DES IV. KONGRESSES DER KOMINTERN ZUR FRAGE DES PROGRAMMS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE[475]

Vorschläge, angenommen auf der Beratung der Fünfergruppe des ZK
(Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin)
20. November 1922

1. Alle Programme werden der Exekutive der Kommunistischen Internationale oder einer von ihr bestimmten Kommission zum Zwecke des Studiums und detaillierter Bearbeitung überwiesen.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale ist verpflichtet, in kürzester Frist alle Programmentwürfe, die bei ihr einlaufen, zu publizieren.

2. Der Kongreß bestätigt, daß die nationalen Parteien, die noch keine nationalen Programme besitzen, verpflichtet sind, sofort an ihre Ausarbeitung zu gehen, um sie der Exekutive spätestens drei Monate vor dem nächsten Kongreß zu unterbreiten zwecks endgültiger Bestätigung durch den künftigen Kongreß.

3. In den nationalen Programmen muß die Notwendigkeit des Kampfes für die Übergangsforderungen mit aller Klarheit und Entschiedenheit be-

gründet werden, wobei die entsprechenden Vorbehalte über die Abhängigkeit dieser Forderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes gemacht werden müssen.

4. Die theoretische Grundlage für alle derartigen Übergangs- oder Teilforderungen muß eindeutig in dem allgemeinen Programm gegeben werden, wobei der IV. Kongreß erklärt, daß die Komintern gleichermaßen entschieden die Bestrebungen verurteilt, die Einführung der Teilforderungen in das Programm als Opportunismus darzustellen, wie auch alle Versuche, die grundlegende revolutionäre Aufgabe durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen.

5. In dem allgemeinen Programm müssen klar die grundlegenden historischen Typen der Übergangsforderungen der nationalen Parteien dargestellt werden, gemäß den grundlegenden Unterschieden in der ökonomischen Struktur der verschiedenen Länder, wie z. B. Englands und Indiens, usw.[476]

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

VORSCHLÄGE ÜBER DIE ARBEITSTEILUNG ZWISCHEN DEN STELLVERTRETERN DES VORSITZENDEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE UND DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG[477]

Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern:

1. Ein Stellvertreter übernimmt den *Rat für Arbeit und Verteidigung*, die beiden anderen im monatlichen Wechsel den *Rat der Volkskommissare.*
2. Die Volkskommissariate teilen sie unter sich nach einer Liste entsprechend (oder ähnlich) der Liste vom Frühjahr 1922 auf.
3. Die bereits begonnene Arbeit (beispielsweise die Trusts – die Trustkommission; Kontrolle der Ausgaben für die Schwerindustrie) führt Gen. Kamenew weiter.

4. Jeder Stellvertreter übernimmt die Kontrolle des Apparats; – einen bestimmten Teil wöchentlich oder vierzehntäglich (die Kontrolle so planen und ansetzen, daß jedesmal ein anderes Volkskommissariat an die Reihe kommt; – mal deren oberste Leitungen, mal die unteren Dienststellen; – jede Kontrolle muß durch einen ausführlichen schriftlichen Beschluß fixiert werden; die Bereiche nichtkontrollierter Volkskommissariate, die die für andere Volkskommissariate vorgeschriebenen, aber analog durchaus auch auf sie zutreffenden Kürzungen und Verbesserungen bei sich nicht vornehmen, haben mit Strafen bis zu Verhaftung und Entlassung zu rechnen.)

Lenin

4. XII. 1922

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

ZUM ENTWURF EINES BESCHLUSSES DES POLITBÜROS DES ZK DER KPR(B) ZUM BERICHT DER KOMMISSION FÜR STAATLICHE VERSORGUNG

Der Bedarf aller Schulen an Brot, sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Schüler, ist über den Voranschlag hinaus vollständig zu decken; Gen. Kamenew, Gen. Zjurupa und Genossin Jakowlewa werden beauftragt zu berechnen, welche Menge Getreide konkret dafür bereitgestellt werden muß, zuzüglich einer besonders überprüften Mindestmenge für die Angestellten.

Für die Schulen ist noch zusätzlich 1 Million Goldrubel bereitzustellen.[478]

Lenin

Geschrieben am 6. oder 7. Dezember 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach einem von W. I. Lenin unterzeichneten maschinegeschriebenen Exemplar.

ANTRAG AN DAS PLENUM, BETREFFEND DIE GESCHÄFTSORDNUNG DES POLITBÜROS

1. Die Sitzungen des Politbüros finden donnerstags ab 11 Uhr statt und dauern auf keinen Fall länger als bis 2 Uhr.

2. Falls Fragen unerledigt bleiben, werden sie entweder auf Freitag oder auf Montag um die gleiche Zeit vertagt.

3. Die Tagesordnung des Politbüros muß mittwochs bis spätestens 12 Uhr verschickt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch (in schriftlicher Form) die Materialien zur Tagesordnung vorliegen.

4. Zusätzliche Fragen können am Sitzungstag lediglich unter folgenden Bedingungen aufgenommen werden:

a) falls sie absolut unaufschiebbar sind (insbesondere Fragen der Diplomatie),

b) nur, wenn sie schriftlich vorliegen,

c) nur dann, wenn von keinem der Mitglieder des Politbüros dagegen Einspruch erhoben wird.

Die letzte Bedingung, daß außerhalb der Tagesordnung vorgebrachte Fragen nur behandelt werden, wenn kein Einspruch erfolgt, darf nur dann ignoriert werden, wenn es sich um diplomatische Fragen handelt, die keinerlei Aufschub dulden.

Lenin

Telefonisch diktiert am 8. Dezember 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

VORSCHLÄGE FÜR DIE ARBEITSORDNUNG DER STELLVERTRETER UND DES VORSITZENDEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE

Arbeitsordnung der Stellvertreter und des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare

1. Arbeitszeit: 11–2, 6–9; zusammen mit dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare an folgenden Tagen: *Montag und Dienstag, Donnerstag und Freitag.*

2. Besondere Sitzungen aller Stellvertreter und des Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung an den gleichen Tagen und zur gleichen Zeit (ohne Politbüro, Rat der Volkskommissare und Rat für Arbeit und Verteidigung) jeweils bei Bedarf, aber *im allgemeinen mindestens* zweimal in der Woche für eine Stunde. Diese Zeit muß am Vortag bis spätestens neun Uhr abends festgelegt werden.

3. Die gesamte Arbeit der Stellvertreter teilt sich in:

(a) sorgfältigste Überwachung der Arbeit des Kleinen Rats der Volkskommissare;

(b) dito – der disponierenden Sitzungen des *Rats für Arbeit und Verteidigung;*

(die disponierenden Sitzungen des *Rats für Arbeit und Verteidigung* sind wieder einzuführen, um die Stellvertreter für andere, wichtigere Arbeit freizustellen. In den disponierenden Sitzungen führen *nicht* die Stellvertreter den Vorsitz, jedoch erlangen die Beschlüsse dieser Sitzungen *erst durch ihre* Unterschrift Gültigkeit);

(c) Vorsitz bei den Tagesordnungspunkten der Sitzungen des *Rats der Volkskommissare* und des *Rats für Arbeit und Verteidigung,* bei denen nicht der Vorsitzende des *Rats der Volkskommissare* den Vorsitz führt;

(d) Mitarbeit im Finanzkomitee (plus Sokolnikow und sein Stellvertreter und der Vorsitzende des Kleinen Rats der Volkskommissare; letzterer nicht bei allen Zusammenkünften des Finanzkomitees).

(Vielleicht kann man einmal in der Woche für eine Stunde Sitzungen des Finanzkomitees unter Leitung des Vorsitzenden des *Rats der Volkskommissare* ansetzen? Das wäre zu überlegen.)

(e) Festlegung der Tagesordnungen aller Institutionen, darunter des Kleinen Rats der Volkskommissare, einschließlich der Reihenfolge der Fragen, wobei die wichtigsten Fragen zu viert, unter Leitung des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, ausgesondert werden müssen;

(f) sorgfältigste Überwachung der einzelnen Volkskommissariate und ihres Apparats sowohl durch Anweisungen an die Volkskommissare und ihre Stellvertreter persönlich als auch durch Überprüfung ihres Apparats oben und unten;

(g) hierfür (Punkt *f*) werden die Volkskommissariate unter die Stellvertreter aufgeteilt; diese Aufteilung ist vom Vorsitzenden des *Rats der Volkskommissare* zu bestätigen.

4. Die gesamte obengenannte Arbeit ist so zwischen den Stellvertretern aufzuteilen, daß alle drei (und notfalls auch ihre Mitarbeiter aus dem Kreis der Leiter der Geschäftsstellen) *jeweils zwei Monate* an einer bestimmten Arbeit „sitzen" und *sie* dann *wechseln.*

(Das ist notwendig, damit alle Stellvertreter den *gesamten* Apparat als Ganzes kennenlernen und eine wirklich einheitliche Leitung zustande kommt.)

5. Der Entwurf einer solchen Arbeitsteilung zwischen den drei Stellvertretern wird von ihnen umgehend verfaßt und zu viert bestätigt.

6. Da es bedeutend wichtiger ist, unseren gesamten Apparat zu verbessern und in Ordnung zu bringen, als Vorsitz zu führen und mit den stellvertretenden Volkskommissaren und Volkskommissaren zu schwätzen, wovon die Stellvertreter bisher vollständig in Anspruch genommen waren, muß unbedingt festgelegt und strikt durchgeführt werden, daß jeder Stellvertreter *mindestens zwei Stunden* in der Woche „an die Basis hinabsteigt" und persönlich die verschiedenartigsten Teile des Apparats studiert, sowohl oben als auch unten, und dazu völlig unerwartet. Das Protokoll eines solchen Studiums, fixiert, bestätigt und (in bestimmten Fällen) *allen* Ressorts zur Kenntnis gebracht, wird dazu beitragen, den Apparat *einzuschränken*, und wird allenthalben der Verbesserung unseres Staatsapparats dienen.

Lenin

Geschrieben am 9. Dezember 1922.

Zum erstenmal veröffentlicht 1945 im Lenin-Sammelband XXXV.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN L. B. KAMENEW, A. I. RYKOW UND A. D. ZJURUPA ÜBER DIE ARBEITSTEILUNG ZWISCHEN DEN STELLVERTRETERN DES VORSITZENDEN DES RATS DER VOLKSKOMMISSARE UND DES RATS FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG

An die Genossen Kamenew, Rykow, Zjurupa

Infolge eines neuen Krankheitsanfalls muß ich umgehend jede politische Arbeit einstellen und wiederum in Urlaub gehen.[479] Daher verlieren unsere Meinungsverschiedenheiten ihre praktische Bedeutung. Ich muß nur sagen, daß ich mit der praktischen Ergänzung Rykows von Grund aus nicht einverstanden bin und direkt das Gegenteil verlange – völlige Freiheit, Uneingeschränktheit und sogar Erweiterung der Sprechstunden.[480] Näheres bei unserer nächsten persönlichen Zusammenkunft.

Mit der Aufteilung der Volkskommissariate bin ich ebenfalls weitgehend nicht einverstanden. Ich denke, man muß diese Aufteilung stärker mit der Fähigkeit der einzelnen Stellvertreter zu rein administrativer Arbeit in Übereinstimmung bringen; meines Erachtens besteht der Hauptmangel der gestern von Ihnen vorgelegten Aufteilung darin, daß eine solche Übereinstimmung fehlt.[481] Funktionen wie Vorsitz führen und Kontrolle der richtigen juristischen Formulierungen in gesetzgebenden Akten wie in Verordnungen des Finanzkomitees u. dgl. müßten bedeutend schärfer von den Funktionen der Kontrolle und Verbesserung des Verwaltungsapparats getrennt sein. Für die erstgenannten Funktionen (d. h. Vorsitz führen, Kontrolle der richtigen Formulierungen usw.) ist Gen. Kamenew geeigneter, während die rein administrativen Funktionen mehr Zjurupa und Rykow liegen.

Aus dem obengenannten Grund muß ich diese Frage bis zu meiner Rückkehr aus dem Urlaub aufschieben. Ich bitte nur zu beachten, daß ich meine Zustimmung zu der von Ihnen vorgeschlagenen Aufteilung nicht für drei Monate gebe (zum Unterschied von Ihrem Vorschlag), sondern bis zu dem Zeitpunkt, da ich die Arbeit wieder aufnehmen kann, sofern dies früher als in drei Monaten der Fall ist.

Mir fällt ein, daß Sie bei der Aufteilung ein so wichtiges Organ wie die „Ekonomitscheskaja Shisn" völlig vergessen haben, um das sich speziell jemand kümmern muß. Meiner Meinung nach wäre es das richtigste, wenn Rykow sich darum kümmert.

Lenin

13. XII. 1922

Telefonisch diktiert.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

MATERIALIEN ZUM ARTIKEL „WIE WIR DIE ARBEITER-UND-BAUERN-INSPEKTION REORGANISIEREN SOLLEN"*

1

PLAN ZUM ARTIKEL „WIE SOLLEN WIR MIT DER ARBEITER-UND-BAUERN-INSPEKTION VERFAHREN?"

1. – Unser Staatsapparat als Ganzes ist weitgehend mit dem alten Geist verbunden, von ihm erfüllt.

Auf folgende Art können wir ihn am besten erneuern.

2. – Die größte Beweglichkeit hat ein Typ von Apparat, der unmittelbar mit dem ZK verbunden ist.

3. – Er hat die größte Autorität.

4. – Wird es dann nicht zu viele ZK-Mitglieder geben?

5. – Der Charakter der Plenartagungen des ZK als Konferenzen erwuchs bereits aus unserem bisherigen Parteiaufbau.

6. – Vielleicht ein Beschluß über die Beschränkung der Teilnahme von ZK-Mitgliedern an den Sitzungen der obersten Regierungsinstitutionen (Rat der Volkskommissare, Rat für Arbeit und Verteidigung, Gesamtrussisches ZEK usw.).

---

* Siehe Werke, Bd. 33, S. 468–473. *Die Red.*

7. – Vielleicht eine Reihenfolge festlegen für ihre Teilnahme an diesen Sitzungen.

8. – Vielleicht eine Reihenfolge für ihre Teilnahme an den Sitzungen des Kollegiums der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion festlegen.

9. – Möglicher Einwand gegen diesen Plan: zuviel Revisoren, zuviel Aufsicht, zuviel Vorgesetzte, die das Recht haben, sofortige Rechenschaft zu fordern, und die die Angestellten von ihrer direkten Arbeit abhalten, usw.

10. – Antwort: wir setzen voraus, daß die Mitarbeiter der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion nicht zu dem üblichen Typ von Angestellten gehören.

11. – Woraus erklärt sich die bessere Zusammensetzung der Angestellten im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten? Und welche Bedingungen sind erforderlich, um aus der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion einen ebenso erneuerten Apparat zu machen?

12. – Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion muß sofort mit der Organisierung der Arbeit auf neue Art beginnen und sich dabei auf die in fünf Jahren gesammelten Erfahrungen stützen.

13. – Neue Arbeitsorganisation von seiten des Sekretariats des ZK (die neuen ZK-Mitglieder durch eine Schulung mit allen Einzelheiten der Verwaltung bekannt machen).

14. – Eine strengere Ordnung bei den Sitzungen des Politbüros ergibt sich schon aus dem Ablauf der Arbeit.

15. – Ein bedeutendes Plus ergibt sich aus der Erhöhung der Zahl der ZK-Mitglieder – Verminderung des persönlichen, zufälligen Elements in seinen Beschlüssen usw.

Diktiert im Januar 1923,
nicht später als am 9.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift
des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

2
WIE SOLLEN WIR MIT DER ARBEITER-UND-BAUERN-INSPEKTION VERFAHREN?

Es ist unzweifelhaft, daß die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion für uns eine sehr große Schwierigkeit darstellt. Bis jetzt ist aus ihr nichts Rechtes geworden, und die Frage, wie sie zu organisieren ist und sogar ob sie überhaupt zweckmäßig ist, bleibt offen.

Ich glaube, daß diejenigen, die an ihrer Notwendigkeit zweifeln, im Unrecht sind. Aber gleichzeitig bestreite ich keineswegs, daß unser Staatsapparat und seine Verbesserung ein sehr schwieriges und bei weitem nicht gelöstes Problem darstellt.

Unser Staatsapparat ist, mit Ausnahme des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, zum größten Teil ein Überbleibsel des alten, an dem nur zu einem geringen Teil grundlegende Veränderungen vorgenommen wurden. Er ist nur äußerlich leicht abgeschliffen worden. Und was das übrige betrifft, so muß der Arbeiter-und-Bauern-Staat – zumal er ein Staat ist, der auf völlig neuen Prinzipien beruht –, um den Staatsapparat richtig in Gang zu bringen, in ihm in ganz hierarchischer Form Parteimitglieder konzentrieren – das war stets erforderlich und ist es auch heute.

Erinnern wir uns – um das Gesagte zu erhärten –, wie wir in den gefährlichen Situationen des Bürgerkriegs vorgegangen sind, wie wir die besten Kräfte unserer Partei in der Roten Armee konzentrierten, wie wir die fortgeschrittensten Arbeiter, die Parteimitglieder, mobilisierten.

Und hier, scheint mir, ergibt sich im Resultat all unserer Versuche, die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion umzuorganisieren, die Schlußfolgerung, daß wir *einen* Versuch noch nicht gemacht haben. Wir haben nämlich noch nicht versucht, diese Sache unseren Arbeitern und Bauern in die Hand zu geben, indem wir sie an die Spitze unserer Partei stellen, als Mitglieder des ZK.

Ich denke mir diese Umbildung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion folgendermaßen: einige Dutzend (etwa 50 bis 75) Arbeiter und Bauern, die sich in bezug auf Gewissenhaftigkeit und Ergebenheit besonders bewährt haben, werden zusätzlich zu den vorhandenen ZK-Mitgliedern ins

ZK der Partei gewählt. Gleichzeitig wird die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion endlich (endlich!) auf einige hundert Personen reduziert, die einerseits am erfahrensten in den Angelegenheiten der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion überhaupt sind, d. h. auf Personen, die mit der allgemeinen Kontrolle unseres Apparats am besten vertraut sind – hochqualifizierte Fachleute, sowohl was die Kenntnis unseres Apparats als auch die theoretische Ausbildung in Fragen der Arbeitsorganisation in Institutionen und in den Methoden der Kontrolle und Ermittlung betrifft –, anderseits Personen, die reine Sekretärsfunktionen ausüben, im Hilfsapparat tätig sind.

Den neuen Mitgliedern des ZK, die völlig gleichberechtigt mit den anderen ZK-Mitgliedern sind, wird die Aufgabe gestellt, in stetiger und beharrlicher Arbeit unseren Staatsapparat zu studieren und zu verbessern. Alle übrigen Angestellten der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion erhalten den Auftrag, ihnen dabei zu helfen: die einen als die mit diesem Apparat und mit der Arbeit der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion am besten Vertrauten, die anderen als Angestellte mit Sekretärsfunktionen.

Das Volkskommissariat der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion könnte dabei ebenso wie bisher ein Volkskommissariat bleiben. Die neuen ZK-Mitglieder könnten als zeitweilig zu ihm Abkommandierte gelten. Der Volkskommissar der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion könnte seinen Titel, seine Stellung und seine Rechte beibehalten, ebenso auch die Mitglieder seines Kollegiums.

Welche Vorteile könnten wir nun aus einer solchen Organisation ziehen? Vor allem könnten wir ein für allemal auf neue Reorganisationen verzichten, die infolge ungenügender Kenntnis unseres Apparats vorgenommen werden. Zweitens würden wir mit einem Schlag die Autorität dieses Volkskommissariats erhöhen, einmal durch die Hinzuziehung von ZK-Mitgliedern, zum andern durch die Verringerung der Zahl seiner Angestellten auf wenige Hundert. Denn statt des jetzigen Zustands, wo die Mitglieder des Volkskommissariats der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion in der Regel von den Almosen der von ihnen inspizierten Institutionen leben, würden wir auf einen Schlag eine solche Situation bekommen, daß eine maximale Unabhängigkeit der Angestellten der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion garantiert wäre einmal durch ein sehr hohes Gehalt (das kann man erreichen durch die Reduzierung der Zahl der Angestellten auf wenige Hundert außerordentlich hoch qualifizierter und erprobter höherer

Angestellter), zum anderen durch jene Helfer mit reinen Sekretärsfunktionen, welche sich unter der ständigen Kontrolle und Aufsicht sowohl der obenerwähnten ZK-Mitglieder als auch einiger Spezialisten befinden würden, die wir nach aufmerksamer Prüfung der Zahl der Angestellten des Volkskommissariats behalten würden.

Die neuen Mitglieder des ZK würden den Auftrag erhalten, sehr aufmerksam und umsichtig unseren Staatsapparat in allen seinen Verzweigungen, so auch den Apparat der staatlichen Trusts, zu studieren.

Diese Sache läßt sich nicht schnell zum Abschluß bringen. Deshalb würde ihnen für diese Aufgabe kein fester Termin gestellt werden. Anderseits könnten sie darauf rechnen, einige Jahre in dieser Funktion zu arbeiten, wonach die einen ZK-Mitglieder durch andere für die gleiche Aufgabe bestimmte abgelöst würden, d. h., wir würden durch einen Beschluß des Parteitags den ZK-Mitgliedern garantieren, daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, einige Jahre auf diesem Posten zu arbeiten und danach an ihren früheren Arbeitsplatz zurückzukehren.

Lenin

9. Januar 1923

Niedergeschrieben von M. W.

WIE SOLLEN WIR MIT DER ARBEITER-UND-BAUERN-INSPEKTION VERFAHREN? (Fortsetzung)

Ich sehe voraus, daß ein solcher Plan einen ganzen Berg von Einwänden hervorrufen wird, deren größter Teil eingegeben wird durch das bösartige Geheul der schlechtesten unter den alten Elementen unseres Staatsapparats, die wirklich alt, d. h. vorrevolutionär, geblieben sind. Man wird sagen, daß das zu einem völligen Chaos in der Arbeit führen wird, daß die ZK-Mitglieder, ohne zu wissen, was zu tun ist, sich in den Volkskommissariaten und Institutionen herumtreiben und überall die Arbeit stören, Erklärungen verlangen werden usw. usf.

Mir scheint, daß der Charakter solcher Einwände ihren Ursprung zu offenkundig verrät und daß man es sich wohl sparen kann, auf diese Ein-

wände zu antworten. Es versteht sich von selbst, daß man wahrscheinlich einen gewissen Teil dieser Einwände als berechtigt ansehen könnte, wenn man voraussetzt, daß die Mitarbeiter zu dem üblichen Typ von Angestellten gehören. Aber es geht darum, daß wir in diesem Volkskommissariat eben nicht den üblichen Typ von Angestellten voraussetzen, sondern daß wir hier nur die besten Arbeiter aufnehmen, die es nach Überprüfung durch den Parteitag verdienen, ins ZK gewählt zu werden. Damit, scheint mir, geben wir die Garantie, daß künftig die Zusammensetzung des Volkskommissariats der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion qualitätsmäßig nicht schlechter sein wird als die unseres besten Volkskommissariats, nämlich des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten. Wodurch ist es zu erklären, daß das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten die beste Zusammensetzung der Angestellten aufweist? Erstens dadurch, daß dort so gut wie keine Diplomaten der alten Schule bleiben konnten, zweitens dadurch, daß wir für dieses Volkskommissariat die Mitarbeiter neu, ausschließlich nach neuen Gesichtspunkten, entsprechend den neuen Aufgaben ausgewählt haben, drittens dadurch, daß dort, im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, kein solches Übermaß an wahllos zusammengewürfelten Angestellten vorhanden ist wie in den anderen Volkskommissariaten, an Angestellten, die im Grunde genommen ein getreues Spiegelbild der alten Beamtenschaft sind, und viertens dadurch, daß das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten unter der unmittelbaren Leitung unseres ZK arbeitet. Das ist eigentlich unser einziges Volkskommissariat, das wir vollständig erneuert haben, das wirklich für die Arbeiter-und-Bauern-Macht und in ihrem Geiste arbeitet und nicht nur den Anschein erweckt, so zu arbeiten, während es in Wirklichkeit in seiner Masse gegen sie oder nicht in ihrem Geiste arbeitet.

Weiter, welche Bedingungen müssen erfüllt werden, um aus der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion einen ebensolchen wirklich erneuerten Apparat zu machen? Die erste Bedingung – Gewissenhaftigkeit – wird durch die Wahl vollauf gewährleistet; die zweite Bedingung – hohe Qualitäten der Funktionäre im Sinne ihrer Ergebenheit für die Sache und ihrer Fähigkeiten; die dritte Bedingung – ihr enges Verhältnis zur höchsten Parteiinstanz und Gleichberechtigung mit denen, die unsere Partei und über die Partei auch unseren ganzen Staatsapparat leiten.

Man kann einwenden, daß keine Gewissenhaftigkeit, keine Partei-

autorität das ersetzt, was in diesem Falle die Hauptsache ist, nämlich: Sachkenntnis, die Kenntnis unseres Staatsapparats und das Wissen darum, *wie* er umgestaltet werden muß.

Darauf antworte ich: Als eine der wesentlichsten Bedingungen steht in meinem Vorschlag die, daß wir keine baldigen Ergebnisse aus der Arbeit des neuen Volkskommissariats erwarten, sondern von vornherein annehmen, daß diese Arbeit sich viele Jahre hinziehen wird. Damit reduziert sich die Frage bereits darauf, die Arbeit des neuen Volkskommissariats zu organisieren.

Und ich halte mich zu der Annahme berechtigt, daß sich sowohl bei unseren Parteifunktionären als auch bei den Leitern unserer jetzigen Arbeiter-und-Bauern-Inspektion genügend Erfahrung, genügend Wissen, genügend Sachkenntnis und andere Eigenschaften angesammelt haben, um die Schulung der neuen ZK-Mitglieder richtig zu organisieren, eine Schulung am Gegenstand selbst, d. h. ihre Einführung in alle Einzelheiten unseres Staatsapparats zu verbinden mit der Einführung auch in das Gebiet dessen, was die moderne Wissenschaft des bürgerlichen Staats bei der Organisation der effektivsten Arbeit der Angestellten aller Art erreicht hat.

Lenin

13. Januar 23

Niedergeschrieben von L. F.

WIE SOLLEN WIR MIT DER ARBEITER-UND-BAUERN-INSPEKTION VERFAHREN?
(2. Fortsetzung)

Ich setze als selbstverständlich voraus, daß die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion jetzt sofort, gestützt auf die in fünf Jahren gesammelten Erfahrungen, mit der Organisierung der Arbeit auf neue Art beginnt; daß sie die neuen Mitarbeiter in mehrere Gruppen aufteilt und die Arbeit systematisch auf diese Gruppen verteilt; daß sie diese Gruppen gliedert in solche, die sich periodisch mit dem praktischen Studium der auslän-

dischen Erfahrungen beschäftigen, und solche, die die Ergebnisse der modernen Wissenschaft auf dem Gebiet der Organisation der Arbeit überhaupt und speziell der Verwaltungsarbeit theoretisch untersuchen. Sie wird alle ihre Mitarbeiter für die Erledigung der Arbeiten einteilen, die ihnen – systematisch von unten nach oben – in verschiedenen Funktionen und in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung, an verschiedenen Orten, unter verschiedenen Arbeitsbedingungen in bezug auf die Nationalitäten usw. aufgetragen werden.

Mit einem Wort: ich setze voraus, daß die Genossen in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion in diesen fünf Jahren einiges gelernt haben und daß sie es verstehen werden, die von ihnen erworbenen Kenntnisse bei der Reorganisierung des Volkskommissariats anzuwenden. Außerdem sollte man nicht vergessen, daß wir, ich glaube, drei wissenschaftliche Institutionen haben, die sich mit dem Studium der Arbeitsorganisation befassen (das Zentralinstiut für Arbeit, eine zu diesem Zweck in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion gebildete Gruppe und eine Gruppe im Volkskommissariat für Heereswesen). Kürzlich fand eine Tagung dieser drei Gruppen statt[482], und man kann hoffen, daß ihre Arbeit jetzt richtiger, einmütiger und zweckentsprechender verlaufen wird als bisher.

Wie stelle ich mir nun die neue Arbeitsorganisation des Sekretariats unseres ZK vor? Natürlich erfordern einige Dutzend ZK-Mitglieder eine neue Arbeitsorganisation. Ich muß jedoch bemerken, daß wir faktisch bereits dazu übergegangen sind, die Plenartagungen unseres ZK gewissermaßen als höchste Parteikonferenzen durchzuführen. Es geht jetzt darum, daß man die Einführung dieser neuen ZK-Mitglieder in die gesamte Arbeit des ZK organisiert und sie mit der Arbeit der höchsten staatlichen Institutionen vertraut macht. Wenn wir hierbei zurückbleiben, so erfüllen wir eine unserer wichtigsten Pflichten nicht, die Pflicht nämlich, die eroberte Macht dazu zu benutzen, die besten Elemente der werktätigen Massen in allen Einzelheiten der Verwaltungsarbeit zu unterweisen. Solche Maßnahmen wie eine strengere Ordnung bei den Sitzungen unseres Politbüros, die Festsetzung von zwei Tagen in der Woche für diese Sitzungen bei kürzerer Sitzungsdauer, bessere Vorbereitung aller Dokumente für die Sitzungen und zeitigere Verteilung dieser Dokumente an alle Mitglieder des ZK – solche Maßnahmen ergeben sich schon heute aus dem ganzen Arbeitsablauf und sind dringend erforderlich, so daß kaum zu erwarten

ist, daß es dagegen irgendwelche Einwendungen geben könnte. Das erfordert natürlich eine Erhöhung der Ausgaben für die Angestellten mit Sekretärsfunktionen, aber mit dem Geld für diese Ausgaben zu geizen wäre im höchsten Grade unvernünftig.

Außerdem will ich den Genossen nicht verhehlen, daß ich als bedeutendes Plus, das sich aus der Erhöhung der Zahl der ZK-Mitglieder ergibt, die Verminderung des persönlichen, zufälligen Elements in den Beschlüssen des ZK ansehe, ihre bessere Vorbereitung, eine gründlichere Prüfung aller in diesen Sitzungen aufgestellten Behauptungen und im Zusammenhang damit eine größere Stabilität unseres ZK im Sinne sowohl der Kontinuität seiner Arbeit als auch seiner Widerstandsfähigkeit gegenüber Spaltungen, zu denen es bei ungenügender Verbindung dieser Institution mit den Massen kommen könnte.

Lenin

13. Januar 23

Niedergeschrieben von L. F.

Diktiert am 9. und 13. Januar 1923.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach der Niederschrift
des Sekretärs (maschinegeschriebenes Exemplar).

BEILAGEN

FRAGEBOGEN FÜR DIE DELEGIERTEN DES IX. PARTEITAGS DER KPR (BOLSCHEWIKI)

1. Vorname, Vatersname und Familienname:
   Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin)
2. Nr. der Delegiertenkarte: $\frac{\text{beschließend}}{\text{beratend*}}$: *381*
3. Welcher Organisation gehören Sie an (Kreis, Gouvernement): *Moskau*
4. Zahl der Mitglieder Ihrer Organisation: *35 000*
5. Wie wurden Sie gewählt (Gouvernementskonferenz, Kreiskonferenz, Mitgliederversammlung usw.) und wann:
   Moskauer Stadtkonferenz
6. Zahl der Parteimitglieder, die auf der Gouvernementskonferenz, Kreiskonferenz oder Mitgliederversammlung, von der Sie zum Parteitag gewählt wurden, vertreten waren: *35 000*
7. Alter: *50*
8. Bildung: *Hochschulbildung*
9. Früherer Beruf (genaue Angaben) oder welche Spezialkenntnisse besitzen Sie:
   Früher: Rechtsanwaltsassistent
   Publizist
10. Nationalität: *Großrusse*
11. Familienstand: *verheiratet*

Parteiarbeit

12. Seit wann sind Sie Mitglied der KPR (Jahr, Monat): *seit 1893*
13. An welchen Gesamtrussischen Parteitagen haben Sie teilgenommen:
    wohl an fast allen
14. Welche Parteiarbeit haben Sie geleistet, wann und wo:
    Mitglied des ZK und Redakteur des ZO

---

* Das Wort „beratend" wurde von W. I. Lenin gestrichen. *Die Red.*

15. Wie lange haben Sie illegal gearbeitet:
    1893–1917
16. Welche Parteiarbeit leisten Sie gegenwärtig:
    Mitglied des ZK
    Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und des Rats für Verteidigung
17. Gehörten Sie vor Eintritt in die KPR einer anderen Partei an, wann, wie lange: *nein*

Sowjetarbeit

18. Welche Sowjetarbeit haben Sie geleistet, wann, wo:
    Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und des Rats für Verteidigung
19. Welche Sowjetarbeit leisten Sie gegenwärtig: *dieselbe*
20. Welchen Gewerkschaften gehörten Sie an und wann; welcher gehören Sie gegenwärtig an: *keiner*
21. Waren Sie wegen Parteiarbeit Repressalien ausgesetzt, wann, in welchen Strafsachen:
    verhaftet 1887, 1894 und 1900
22. Wo waren Sie bei Ausbruch der Februarrevolution (Verbannung, Zwangsarbeit, Gefängnis, Ausland, Militärdienst, Fabrik usw.):
    in der Emigration (in Zürich)
23. Wie lange waren Sie im Gefängnis: *14 Monate plus einige Tage*
    „ „ „ „ in der Verbannung: *3 Jahre*
    „ „ „ „ auf Zwangsarbeit: *gar nicht*
    „ „ „ „ in der Emigration: *1900–1905 und 1908–1917*

Unterschrift *W. Uljanow (Lenin)*
29. März 1920

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Neunter Parteitag der KPR(B)", Moskau (Faksimile).

Nach dem von W. I. Lenin ausgefüllten Formular.

FRAGEBOGEN FÜR DIE NEUREGISTRIERUNG DER MITGLIEDER DER MOSKAUER ORGANISATION DER KPR(B)

1. Familienname, Vorname und Vatersname: *Wladimir Iljitsch Uljanow*
2. Alter: *50 Jahre*
3. In welchem Gouvernement, welcher Stadt, welchem Kreis, Amtsbezirk, Dorf geboren: *Stadt Simbirsk*
4. Beruf der Eltern und ihre Adresse: *verstorben*
5. Familienangehörige (nach dem Alter) und Anzahl der von Ihnen unterhaltenen Personen:
   Frau 51
   Bruder 45
   Schwester 44
6. Besitzen Sie Immobilien (Grundstück, Haus) oder Produktionsmittel und wo: *nein*
7. Nationalität: } *russisch*
8. Muttersprache: } *russisch*
9. Welche Sprachen, außer russisch, sprechen, lesen, schreiben Sie (Zutreffendes unterstreichen):
   französisch, deutsch, englisch; alle 3 schlecht
10. Hauptberuf: *Publizist*
11. Welche Bildung haben Sie erhalten und wo
    a) Allgemeine Bildung { *Gymnasium*
    b) Spezialausbildung { *1891 an der juristischen Fakultät als Externer das Abschlußexamen abgelegt*
12. Waren Sie im Ausland, wann und wo:
    1895; 1900–1905; 1907–1917 in der Emigration (Schweiz, Frankreich, England, Deutschland, Galizien)
13. Welche Gegenden Rußlands kennen Sie gut:
    Habe nur an der Wolga und in den Hauptstädten gelebt.
14. Haben Sie in der alten Armee Militärdienst geleistet (Dienstgrad, Truppenteil und wie lange): *nein*
15. Haben Sie an Kämpfen teilgenommen und wurden Sie verwundet (wo und wann): *nein*
16. In welchem Betrieb oder welcher Institution arbeiten Sie gegenwärtig (Anschrift und Telefonnummer der Dienststelle), Funktion:
    Rat der Volkskommissare

17. Wie hoch ist Ihr Gehalt und haben Sie Nebeneinnahmen:
    $13\frac{1}{2}$ Tausend (13 500)[483]
    Nebeneinnahmen aus publizistischer Tätigkeit
18. Seit wann sind Sie Mitglied der KPR:
    seit ihrer Gründung und früher (1893)
19. Sind Sie während der Woche der Partei eingetreten: – *nein* –
20. Von welcher Organisation wurden Sie ursprünglich in die KPR aufgenommen: *s. § 18*
21. Haben Sie Lektionen über gesellschaftspolitische Fragen gehört, wo, wann, bei wem; haben Sie einen Lehrgang für politisches Grundwissen besucht und welche Stufe:

    Z

22. Welcher Zelle gehören Sie an:
    Unterbezirk Kreml
23. Wurden Sie vor einem Parteigericht zur Verantwortung gezogen, wann und weshalb:
    von den Menschewiki in der SDAPR bei den Spaltungen
24. Haben Sie einer anderen Partei angehört, welcher und wann und in welcher Eigenschaft: *nein*
25. Welche Dokumente oder Bescheinigungen besitzen Sie, aus denen hervorgeht, daß Sie unserer illegalen Parteiorganisation angehört haben:
    Die Geschichte der Partei ist ein solches Dokument.
26. Wichtigste frühere Arbeitsstellen:

1. Vor der Februarrevolution:	a) im Zivilleben:	*im Ausland und in Petrograd*
	b) in der Partei:	
2. Vor der Oktoberrevolution:	a) im Zivilleben:	
	b) in der Partei:	

27. Worin bestand Ihre Teilnahme an der Februarrevolution:
    außer allgemeiner Parteiarbeit in nichts
    (Emigration)
28. Dito an der Oktoberrevolution: *Mitglied des ZK*
29. Waren Sie wegen politischer Delikte Repressalien ausgesetzt, wo und wann; welche Strafen haben Sie verbüßt:
    Gefängnis 1887 (einige Tage)
    „ 1895–1897 (14 Monate und Verbannung für 3 Jahre nach Ostsibirien)
    „ 1900 (einige Tage)
30. Welcher Gewerkschaft haben Sie angehört, wo und wann:
    keiner

31. Welcher Gewerkschaft gehören Sie gegenwärtig an (Nr. des Mitgliedsbuches angeben): *keiner*
32. Haben Sie nach der Februarrevolution Wahlfunktionen ausgeübt und wo:
    a) Sowjetfunktionen: *Vorsitzender des Rats der Volkskommissare*
    b) gewerkschaftliche: *nein*
    c) Parteifunktionen: *Mitglied des ZK*
    d) im Betrieb:
    e) in Truppenteilen: } *nein*
    f) Sonstige:
33. Haben Sie eine militärische Ausbildung (Dienstgrad) und sind Sie bei einer Abteilung zur besonderen Verwendung registriert, in welcher Kompanie und unter welcher Nummer: *nein*
34. Waren Sie zur Roten Armee mobilisiert, wann, von welcher Organisation und auf welchem Wege (allgemeine Mobilisierung oder Mobilisierung durch die Partei), wie lange waren Sie an der Front und wo (genaue Angaben), welche Funktionen übten Sie aus, haben Sie an Kämpfen teilgenommen, waren Sie verwundet, wann und wo: *nein*
35. Wurden Sie zur Arbeit im Verkehrswesen mobilisiert, wann und von welcher Organisation: *nein*
36. Welche Partei- und Sowjetarbeit können Sie leisten (Organisator, Verwaltungsfunktionär, Lektor, Agitator, Kulturfunktionär usw.):

Z

37. Haben Sie in großen Versammlungen gesprochen und den Vorsitz geführt:
    ja
38. Welche Parteiarbeit leisten Sie gegenwärtig:
    Mitglied des ZK
39. Welche zusätzlichen Angaben möchten Sie machen:

Z

40. Ihre Wohnadresse und Telefonnummer:
    Kreml. Obere Telefonzentrale
41. Welche Schriften von Marx, Engels, Lenin, Kautsky und Plechanow haben Sie gelesen:
    fast alle (von den unterstrichenen Autoren)
42. Zu welchen Themen haben Sie vor Arbeitern und Bauern gesprochen oder Lektionen gehalten:
    größtenteils zu politischen

43. Schreiben Sie Zeitungsartikel, wo und zu welchen Themen:
selten, zu politischen Themen
44. Können Sie Flugblätter und Aufrufe verfassen und was haben Sie auf diesem Gebiet geschrieben:
Ja. Aufzählen ist unmöglich, es war ziemlich viel
45. Auf welchem Wissensgebiet fühlen Sie sich besonders stark und zu welchen Fragen können Sie Lektionen halten und Unterricht erteilen:
mehr zu politischen Fragen

(Unterschrift) *W. Uljanow (Lenin)*
17. IX. 1920

Zum erstenmal veröffentlicht 1926 in dem Buch: I. G. Lasjan, „Die ‚Personalakte' des Mitglieds der KPR(B) W. I. Uljanow (Lenin)", Verlag „Moskowski Rabotschi", Moskau-Leningrad.

Nach dem von W. I. Lenin ausgefüllten Formular.

FRAGEBOGEN FÜR DIE DELEGIERTEN DER IX. GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER KPR(BOLSCHEWIKI)

1. Vorname, Vatersname und Familienname: *Wladimir Iljitsch Uljanow*
2. Nr. der Delegiertenkarte $\frac{\text{beratend}}{\text{beschließend}}$ *habe noch keine Delegiertenkarte*
3. Von welcher Organisation delegiert: *ZK*
4. Alter: *50 Jahre*
5. Bildung: *Hochschulbildung*
6. Früherer Beruf (genaue Angaben) oder welche Spezialkenntnisse besitzen Sie:
Publizist
7. Nationalität: *Russe*
8. Seit wann sind Sie Mitglied der KPR (Jahr, Monat):
1893, formell 1898
9. Welche Parteiarbeit leisten Sie gegenwärtig: *Mitglied des ZK*
10. Welche Sowjetarbeit leisten Sie gegenwärtig:
Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und Vorsitzender des Rats für Verteidigung
11. Welchen Gewerkschaften gehören Sie gegenwärtig an:
keiner

12. Gehörten Sie vor Eintritt in die KPR einer anderen Partei an, wann, wie lange: *nein*

Unterschrift *W. Uljanow (Lenin)*

20. IX. 1920

Zum erstenmal veröffentlicht 1959
im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem von W. I. Lenin
ausgefüllten Formular.

FRAGEBOGEN FÜR DIE DELEGIERTEN DES X. GESAMTRUSSISCHEN PARTEITAGS DER KPR

1. Familienname:	*Uljanow (Lenin)*
2. Vorname und Vatersname:	*Wladimir Iljitsch*
3. Welcher Parteiorganisation gehören Sie an (Gouv., Stadt, Kreis, Armee, Division):	*ZK der KPR Moskau Stadt*
4. Nr. der Delegiertenkarte — beschließend / beratend	*Nr. 21 beratend*[484]
5. Wie wurden Sie gewählt (Gouvernementskonferenz, Kreiskonferenz, Armeekonferenz, Divisionskonferenz, Mitgliederversammlung usw.) und wann:	*vom ZK, beratend*
6. Zahl der Parteimitglieder, die auf der Gouvernementskonferenz, Kreiskonferenz, Armeekonferenz, Divisionskonferenz, von der Sie zum Parteitag gewählt wurden, vertreten waren	*das ZK hat 19 Mitglieder*
7. An welchen Gesamtrussischen Parteitagen haben Sie teilgenommen:	*an allen, außer Juli 1917 (oder August?)*
8. Geburtsjahr und Alter:	*1870*

9. Gesundheitszustand und Invalidität:	*gesund*
10. Familienstand (Anzahl der von Ihnen unterhaltenen Familienmitglieder):	*Frau und Schwester wohnen mit mir zusammen*
11. Nationalität:	*Russe*
12. Muttersprache:	*russisch*
13. Welche anderen Sprachen können Sie und wie gut:	*englisch, deutsch, französisch schlecht; italienisch sehr schlecht*
14. Welche Gegenden Rußlands kennen Sie gut und wie lange haben Sie dort gelebt:	*am besten das Wolgagebiet, wo ich geboren bin und bis zu meinem 17. Lebensjahr gelebt habe*
15. Waren Sie im Ausland (wann, wo, wie lange):	*in mehreren Ländern Westeuropas 1895; 1900–1905; 1908–1917*
16. Militärische Ausbildung:	*keine*
17. Bildung (welche Lehranstalten haben Sie besucht, haben Sie diese beendet, wenn nicht, wieviel Klassen oder Semester haben Sie abgeschlossen):	*1891 die juristische Fakultät der Petrograder Universität absolviert (Examen als Externer abgelegt)*
18. Hauptberuf vor 1917:	*Publizist*
19. Welche Spezialkenntnisse besitzen Sie:	*keine*
20. Welche Tätigkeit übten sie **nach** 1917 aus, außer Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und ähnlicher Arbeit:	*außer den angegebenen nur publizistische Tätigkeit*
21. Welcher Gewerkschaft gehören Sie gegenwärtig an:	*dem Journalistenverband*

22. Welche Arbeit haben Sie nach 1917 geleistet – Sowjetarbeit, Arbeit auf militärischem, gewerkschaftlichem, wirtschaftlichem Gebiet (außer Parteiarbeit):

Wann (von wann bis wann, Monat und Jahr angeben)	Wo (Gouv., Kreis, Stadt, Armee, Division)	In welcher Institution	Welche Funktion
von X. 1917 bis III. 1921	*Moskau*	*Rat der Volkskommissare und Rat für Arbeit und Verteidigung*	*Vorsitzender*

23. Welche Arbeit – Sowjetarbeit, Arbeit auf militärischem, wirtschaftlichem, gewerkschaftlichem Gebiet leisten Sie zur Zeit des Ausfüllens dieses Fragebogens (außer Parteiarbeit):

Wann (seit wann, Monat und Jahr angeben)	Wo (Gouv., Kreis, Stadt, Armee, Division)	In welcher Institution	Welche Funktion
seit X. 1917	*Moskau*	*Rat der Volkskommissare und Rat für Arbeit und Verteidigung*	*Vorsitzender*

24. Seit wann sind Sie Mitglied der KPR (Bolschewiki)	*seit 1894*
25. Haben Sie anderen Parteien angehört, wenn ja, welchen, wann und wie lange:	*nein*

26. Haben Sie vor 1917 an der revolutionären Bewegung teilgenommen:

Wann (von wann bis wann)	Wo (Gouv., Kreis, Stadt)	In welcher Organisation	Welche Arbeit
1892–1893 *1894–1895* *1895–1897* *1898–1900* *1900–1905* *1905–1907* *1908–1917*	*Samara* *Petersburg* *Gefängnis* *Sibirien* *(Gouvernement* *Jenissejsk)* *im Ausland* *Petersburg* *im Ausland*	 *illegale sozial-* *demokratische* *Zirkel, Mitglied* *der SDAPR seit* *ihrer Gründung*	

27. Waren Sie wegen revolutionärer Tätigkeit Repressalien ausgesetzt (wann, in welchen Strafsachen):	*1887 Verhaftung; 1895–1897 Gefängnis; 1898–1900 Sibirien; 1900 Verhaftung*
28. Wie lange waren Sie: Im Gefängnis Auf Zwangsarbeit In der Verbannung In der Emigration	 *einige Tage + 14 Monate* *gar nicht* *drei Jahre* *9–10 Jahre*

29. Welche Parteiarbeit leisten Sie seit 1917:

Wann (von wann bis wann, Monat und Jahr angeben)	Wo (Gouv., Kreis, Stadt, Armee, Division usw.)	In welcher Institution	Welche Funktion
von X. 1917 bis III. 1921	*Moskau*	*ZK*	*Mitglied des ZK*

30. Welche Parteiarbeit leisten Sie zur Zeit des Ausfüllens dieses Fragebogens:

Wann (seit wann)	Wo (Stadt, Gouv., Kreis, Armee, Division)	In welcher Institution	Welche Funktion
von X. 1917 bis III. 1921	*Moskau*	*ZK*	*Mitglied des ZK*

31. Hatten Sie sich vor Gerichten der RSFSR und vor Parteigerichten zu verantworten (wann, wo, in welcher Angelegenheit):	*nein*

7. März 1921

Unterschrift des Delegierten:
W. Uljanow (Lenin)

Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht am 21. Januar 1926 in der Zeitung „Na Smenu" (Swerdlowsk) Nr. 5.
Vollständig veröffentlicht 1932 im Lenin-Sammelband XX.

Nach dem von W. I. Lenin ausgefüllten Formular.

FRAGEBOGEN FÜR DIE DELEGIERTEN DER XI. GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER KPR(BOLSCHEWIKI)

1. Familienname, Vorname, Vatersname: *Uljanow (Lenin) Wladimir Iljitsch*
2. Nehmen Sie mit beschließender oder beratender Stimme teil:
3. Delegiertenkarte: *Nr. 1*
4. Von welcher Organisation delegiert: *ZK der KPR*
5. An welchen Gesamtrussischen Parteikonferenzen und Parteitagen haben Sie mit beschließender Stimme teilgenommen:
   an *allen außer 1898 und Sommer 1917* Parteitagen, an *wahrscheinlich an fast allen* Konferenzen
6. Geburtsjahr: *1870*
7. Nationalität: *Großrusse*
8. Bildung (Grund-, Mittel-, Hochschulbildung)
9. a) Hauptberuf und Spezialgebiet vor 1917:
   Publizist

b) Wie lange haben Sie in diesem Beruf gearbeitet:
von 1894 bis 1917, d. h. 23 Jahre

10. a) Haupterwerbsquelle vor 1914:
publizistische Tätigkeit und Mittel von der Partei
b) 1914–1917: *das gleiche*
c) 1917–1921: *das gleiche bis zum 25. X. 1917. Nach dem 25. X. Gehalt von der Sowjetregierung*

11. Welche Sowjetarbeit leisten Sie gegenwärtig:
Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung

12. Welche Arbeit leisten Sie gegenwärtig
a) in der Genossenschaft } *faktisch keine*
b) in der Gewerkschaft }

13. Welche Parteiarbeit leisten Sie gegenwärtig:
Mitglied des ZK der KPR

14. Wann sind Sie in die KPR eingetreten: *1895*

15. Gehörten Sie früher anderen Parteien an, wann, welchen: *nein*

16. Waren Sie wegen revolutionärer Tätigkeit Repressalien ausgesetzt (wann):
Verhaftung und Ausweisung 1887; Verhaftung und Verbannung nach Ostsibirien 1895 (XII.) – 1900
Wie lange waren Sie:
1. im Gefängnis: *jeweils einige Tage 1887 und 1900; 14 Monate 1895–1897*
2. auf Zwangsarbeit: *gar nicht*
3. in der Verbannung: *drei Jahre (Gouvernement Jenissejsk, Kreis Minussinsk)*
4. in der Emigration: *1900–1905 und 1908–1917*

Unterschrift *W. Uljanow (Lenin)*

14. Dezember 1921

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem von W. I. Lenin ausgefüllten Formular.

FRAGEBOGEN FÜR DIE GESAMTRUSSISCHE ZÄHLUNG DER MITGLIEDER DER KPR(B)

13. Februar 1922

ZK der KPR Statistische Abteilung Formular „A" Nr. 38	GESAMTRUSSISCHE ZÄHLUNG der Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands(B) 1922	*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*

1. Wo befindet sich die Zelle: Stadt/Dorf *Moskau* Kreis/Amtsbezirk *Stadtbezirk Samoskworetschje*

Gouvernement/Gebiet *Kreml-Distrikt Nr. 1*

2. Name des Betriebes (Institution, Truppenteil), bei dem die Zelle organisiert ist: *Rat der Volkskommissare, Parteibuch 224.332*

3. Name der Parteiorganisation, die das Parteibuch ausgestellt hat: *Stadtbezirkskomitee Samoskworetschje*

4. Familienname: *Uljanow (Lenin)*

5. Vorname und Vatersname: *Wladimir Iljitsch*

6. Geschlecht: *Männlich* 7. Alter: geboren *1870;* vollendete Lebensjahre: *52*

8. Umgangssprache: *russisch* 9. Welche Sprachen sprechen Sie außerdem frei: *Frei keine einzige*

10. a) Haben Sie einen religiösen Glauben (religiöse Überzeugungen)? (ja, nein) welche: *Nein*
    b) Wenn Sie Atheist sind, seit wann: *seit meinem 16. Lebensjahr*

11. Zahl der Familienmitglieder des Befragten (ohne ihn):
    unterhaltsberechtigte: *zwei*
    arbeitende: *zwei*

12. Bildung: a) Können Sie lesen und schreiben (ja, nein): *Ja*
b) Falls Sie eine Schule besucht haben oder besuchen, vermerken Sie: —

Tabelle I. Bildungsstand

Typ der Lehranstalt (zweiklassige Dorfschule; vierklassige Stadtschule; technische Berufsschule; Abendkurse für Autohandwerk; Fliegerkurse; Gymnasium; Universität; Parteischule). Außerschulische Bildung vermerken mit „Autodidakt", „zu Hause"	Wieviel Jahre haben Sie gelernt	Haben Sie die Schule beendet (ja, nein, aus der und der Klasse abgegangen, lerne noch)
13	14	15
a. *Habe 1887 das humanistische Gymnasium absolviert und* b. *1891 das Abschlußexamen an der juristischen* c. *Fakultät der Universität abgelegt*	*8 Jahre (im Gymnasium)*	*Gymnasium beendet. Abschlußexamen an der Universität als Externer abgelegt*

16. Falls Sie lernen möchten, was konkret (Lesen und Schreiben, Wissenschaften, Künste, Handwerk – welche konkret): —

Tabelle II. Soziale und nationale Herkunft

Stellung zum Befragten	Hauptberuf oder -beschäftigung, Amt, Dienstrang	Stellung im Gewerbe (Unternehmer mit Lohnarbeitern; allein arbeitende Besitzer; Lohnarbeiter; „freier" Beruf; Hausbesitzer; Hausfrau)	Nationalität
17	18	19	20
1. Großvater (väterlicherseits ..	*unbekannt*		
2. Vater	*Direktor der Volksschulen*		
3. Mutter	–		

21. Seit dem wievielten Lebensjahr leben Sie von der eigenen Arbeit: seit dem *27.* Lebensjahr *(ungefähr)*; auf Lohnbasis oder in eigener Wirtschaft (unterstreichen): *Publizist*

22. a) Hauptberuf und Spezialgebiet vor 1917:

Publizist

b) Wieviel Jahre haben Sie in diesem Beruf gearbeitet:

etwa 20 (1897–1917)

23. Haupterwerbsquelle vor 1914:

publizistische Tätigkeit und Mittel von der Partei.

1914–1917: *Das gleiche*

Tabelle III. Arbeits- und Dienststellen von 1917
bis zur jetzigen Umfrage

Arbeitsperiode	Arbeitsstelle		Art der Tätigkeit	auf Lohnbasis, gewählt, ernannt	Dauer der Tätigkeit			
	Name des Betriebes (Institution, Truppenteil), in dem der Befragte mindestens 3 Monate gearbeitet hat und in dem er gegenwärtig arbeitet	Stadt oder Gouvernement			von wann bis wann		insgesamt	
					Mon. Jahr	Mon. Jahr	Jahre	Mon.
24	25	26	27	28	29	30	31	32
A. Von 1917 bis zum Beginn der jetzigen Tätigkeit	a	....	....	....	......	......	....	....
	b	....	....	....	......	......	....	....
	c	....	....	....	......	......	....	....
	d	....	....	....	......	......	....	....
	e	....	....	....	......	......	....	....
B. Zum Zeitpunkt der Umfrage:	a. *seit X. 1917 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare*	*Moskau*		*ernannt*	*seit dem 25.X. 1917*		*4*	*3*
	b.	....	....	....	......	......	....	....

33. Letzter Monatsverdienst (in Geld): Tarifgruppe *17*,
Grundlohn ..... Rbl., Gesamtgehalt *4 700 000* Rubel

Tabelle IV. Parteiarbeit

Name der Partei und der Fraktion	Stellung in der Organisation („Berufsrevolutionär", Mitglied des Parteikomitees, Sekretär des Parteikomitees, Organisator, Agitator, Propagandist, Angehöriger der Kampfgruppe, Arbeit im technischen Apparat, einfaches Mitglied)	Ort der Tätigkeit (Stadt, Gouvernement)	Mitgliedschaft in der Partei: Eingetreten (Jahr, Monat)	Mitgliedschaft in der Partei: Ausgetreten (Jahr, Monat)	Mitgliedschaft in der Partei: Gesamtdauer der Mitgliedschaft in der Partei (in Jahren und Monaten)
34	35	36	37	38	39
KPR(B)	*Berufsrevolutionär, Mitglied des ZK*	*Moskau*	*1895 (faktisch)*	–	*etwa 27 Jahre*

Tabelle V. Revolutionäre Arbeit

Teilnahme	wie oft
40	41
1. An wirtschaftlichen Streiks	–
2. „ politischen „	–
Insgesamt	
3. An politischen Straßendemonstrationen	–
4. An Studentenbewegungen	*(1887)*
5. An illegalen Zirkeln	*oft*
6. An illegalen Veranstaltungen und Meetings	*oft*
7. An Maifeiern	
8. An bewaffneten Aufständen und Partisanenaktionen	–
9. An Parteikonferenzen	*An fast*
10. An Parteitagen	*allen*

42. Gefängnishaft: a) im Gefängnis: *1* Jahr 2 Monate; administrative Verbannung: *3* Jahre – Mon.; Strafansiedlung – Jahre – Monate; politische Emigration: *Etwa 10* Jahre .... Monate; wie oft geflohen: –
43. a) Welche Zeitungen und Zeitschriften haben Sie 1921 gelesen (nennen Sie die Titel): *verschiedene*
    b) Regelmäßig, gelegentlich, gar nicht: *nicht regelmäßig*

c) Falls Sie gar nicht lesen, weshalb nicht (keine Zeitungen, keine Zeit, kein Interesse) ___

d) Falls Sie lesen, dann wo (zu Hause, im Dienst, in der Bibliothek, im Lesesaal, an der Wand angeschlagene Zeitungen): *zu Hause*

44. a) Seit wann sind Sie Mitglied der Gewerkschaft: seit 19 .....

b) Nehmen Sie zur Zeit an der Gewerkschaftsarbeit teil (ja, nein): *nein*

c) Falls Sie teilnehmen, in welcher Form:

Tabelle VI. Militärdienstzeit als Militärangehöriger und politischer Kommissar

In welcher Armee	Waffengattung u. Spezialgebiet (Infant., Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Ingenieure)	Höchster militärischer Dienstgrad und Rang (Soldat, Kompanieführer)	Dauer der Dienstzeit: von wann bis wann		Dauer der Dienstzeit: Dienstzeit insgesamt		Wie oft: teilgenommen		Wie oft: verwundet		Militärische Auszeichnungen erhalten
			Monat Jahr	Monat Jahr	Jahre	Monate	An Gefechten u. dgl.	An Nahkämpfen	Durch Schußwaffe	Durch blanke Waffe	
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56
1. Zarist. Armee											
2. Weiße Armee	*Nein*										
3. Grüne Armee											
4. Rote Armee											

57. Falls Sie nicht beim Militär waren, haben Sie dann an der Allgemeinen Militärischen Ausbildung teilgenommen (ja, nein): *Nein*

58. Wann demobilisiert ______ Monat 19 ______ Jahr

59. a) Falls Sie Städter oder Arbeiter sind, haben Sie noch irgendwelche Verbindungen zum Dorf (ja, nein) ______ ______

b) Welche konkret (eigene oder mit anderen Personen gemeinsame Feldwirtschaft, Gärtnerei, Imkerei u. dgl.) ______

c) In welcher Form beteiligen Sie sich an dieser Wirtschaft (durch eigene Arbeit, finanzielle Unterstützung) ______ ______

Bemerkungen:

Stadt *Moskau* .... *13. Februar 1922*

W. Uljanow (Lenin)

Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht (Faksimile der ersten Seite) 1924 in der Zeitschrift „Ogonjok" Nr. 7.

Zum erstenmal vollständig (als Faksimile) veröffentlicht 1926 in dem Buch: I. G. Lasjan, „Die ‚Personalakte' des Mitglieds der KPR(B) W. I. Uljanow (Lenin)", Verlag „Moskowski Rabotschi", Moskau-Leningrad.

Nach dem von W. I. Lenin ausgefüllten Formular.

FRAGEBOGEN FÜR DIE DELEGIERTEN DES XI. PARTEITAGS DER KPR(BOLSCHEWIKI)

1. Familienname, Vorname, Vatersname: ... Uljanow, Wladimir Iljitsch*
2. Nehmen Sie mit $\frac{\text{beratender}}{\text{beschließender}}$ Stimme teil
3. Delegiertenkarte Nr.:
4. Von welcher Organisation delegiert: ... Moskau
5. Alter: ... 52 Jahre
6. Nationalität: .... Russe
7. Bildung: ... Hochschulbildung
8. Welcher sozialen Gruppe gehören Sie an (Arbeiter, Bauer, Angestellter)
9. Wie lange haben Sie in Ihrem Beruf gearbeitet: 28 Jahre *als Publizist*

* Die in gewöhnlicher Schrift gesetzten Antworten wurden von M. I. Uljanowa geschrieben. *Die Red.*

10. Welche Parteiarbeit leisten Sie gegenwärtig:
    Mitglied des ZK der KPR

11. Welche Sowjetarbeit leisten Sie gegenwärtig:
    Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung

12. Welche Arbeit leisten Sie gegenwärtig
    a) in der Genossenschaft } *keine*
    b) in der Gewerkschaft }

13. Wann sind Sie in die KPR eingetreten: ... bei ihrer Gründung *(1895)*

14. Gehörten Sie früher anderen Parteien an, wann, welchen: *Nein*

Unterschrift: *W. Uljanow (Lenin)*

27. März 1922

Zum erstenmal veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XIII.

Nach dem teilweise von W. I. Lenin ausgefüllten Formular.

TAGEBUCH DER SEKRETÄRE W. I. LENINS[485]

21. November 1922 bis 6. März 1923

21. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Morgens war Gorbunow[486] bei Wladimir Iljitsch. Ab 11½ Kamenew; um 6 Uhr Sitzung[487]. Keinerlei Aufträge. Bei Lidija Alexandrowna [Fotijewa] liegt ein Schreiben[488] zur Stellungnahme*, an das Wladimir Iljitsch zwischen 5 und 6 erinnert werden möchte, da er mit Stalin darüber sprechen will. Lidija Alexandrowna hat es jedoch an sich genommen und gesagt, sie werde ihm die Erläuterungen, die er von Stalin haben will, selbst geben, so daß man ihn nicht daran zu erinnern brauche – Lidija Alexandrowna wird das tun. Kamenew 10¼ bis 10¾.

21. November, abends

Haskell[489] – 11½ } zum 22. November bestellt**.
Stalin – 12½ }

Wegen Haskell und Lers (Dolmetscher) an die Kommandantur Anweisung gegeben.

22. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

I. Vormittags keinerlei Aufträge. Die bestellten Personen waren da.

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke“:

* Stellungnahme erfolgt. Dem Politbüro zugestellt. Tschitscherin und Stalin benachrichtigt. Woloditschewa.

** Haskell – durch Kamenew. Lers – Dolmetscher. Stalin – durchgeführt. Sind beide dagewesen.

[Für den] Nachmittag – Kiwdilo und Brodowski zu 6 Uhr (Arbeiter der Porzellanfabrik)*, die Unterredung wird wie folgt verlaufen: gegen 6 Uhr kommen sie ins Arbeitszimmer Gorbunows, er wird mit ihnen sprechen und uns benachrichtigen, dann geht Wladimir Iljitsch auf einen Augenblick hinein.

Wegen des Passierscheins muß Anweisung gegeben werden (durch das Troizki-Tor).

II. Wladimir Iljitsch gab mir zur Verteilung an alle Mitglieder des Politbüros und an Tschitscherin einen streng vertraulichen Brief über den Vorschlag Haskells; 8 Exemplare zur Weiterleitung zwecks Stellungnahme an Nasaretjan[491] geschickt.** Bei Burakowa[492] kontrollieren – erhalten.

III. Die Schreiben von Gorbunow an das Präsidium des V. Gesamtrussischen Verbandstages der Sowjetangestellten[493] Wladimir Iljitsch zur Unterschrift vorlegen (mit Unterschrift zurück an Gorbunow).

23. November, vormittags

(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Ab 11 Uhr vormittags hat Wladimir Iljitsch Politbürositzung, bis $2^1/_2$.[494] Vorläufig keinerlei Aufträge.

Wenn Wladimir Iljitsch nach dem Brief an Hoover fragt, muß man ihm sagen, daß das alles Tschitscherin selbst übernommen hat. Haskell reist heute um 7.20 Uhr ab. Der Brief wird durch Lander übergeben (wie Wladimir Iljitsch gewünscht hat). Vorläufig keine Besucher für den Nachmittag.

23. November, abends

(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Um 5.40 Uhr war Wladimir Iljitsch in seinem Arbeitszimmer. Er fragte nach Post von Skljanski[495] und danach, wann das Protokoll vom Politbüro fertig sein wird und wie das technisch erledigt wird. Ich fragte bei Skljanski nach, der versprach, die Unterlagen am 24. November früh zu schicken.

6.45 Uhr Post für Sokolnikow[496].

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Kiwdilo und Brodowski durch Saks[490] verständigt, nähere Angaben über sie sind bei ihm zu erhalten.

** Abgeschickt 15.20 Uhr. Nr. 8565.

Um 8.05 Uhr wollte Wladimir Iljitsch mit Stalin sprechen, der jedoch in einer Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees war. Wladimir Iljitsch meinte: „Entweder heute abend oder morgen früh, jetzt braucht man ihn nicht zu stören." Um 8.30 Uhr ging er fort.

Wladimir Iljitsch hat alle neu erschienenen Bücher durchgesehen. Ich gab Wladimir Iljitsch die Post von Sinowjew[497] und das Material von Saks. Wladimir Iljitsch erkundigte sich nach der Tagesordnung für die Sitzung des Großen Rats der Volkskommissare und bat um die Übersetzung eines Briefes aus dem Russischen ins Englische. Um 10.05 Uhr ging Wladimir Iljitsch fort.

24. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch wollte Meisner sprechen (von der Hauptverwaltung für Fischereiindustrie), möglicherweise wird er ihn heute empfangen, vorläufig steht nichts fest.

Möglicherweise wird Wladimir Iljitsch heute abend oder morgen am Tage Skljanski und Panzendshanski wegen des Schiffbauprogramms empfangen.*[498]

Wladimir Iljitsch bat darum, daß Earsman und Garden[499], die Vertreter der australischen Partei, für heute abend telefonisch erreichbar bleiben, von 5 bis 9 abends; sie werden im Hotel „Lux", Zimmer 294, warten, die Verbindung kann über die Kommandantur hergestellt werden.

Anruf von Burakowa, die bat, Wladimir Iljitsch Tschitscherins Vorschlag zu dem Telegramm Worowskis über die Meerengen[500] zur Stellungnahme zu geben.**

24. November, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Vor der Sitzung war Kamenew bei Wladimir Iljitsch. Von 6 bis 7½ war Wladimir Iljitsch in der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung.[501] Zur Stellungnahme erhielt Wladimir Iljitsch vom Politbüro den Vorschlag für die Zusammensetzung der Kommission zur Überprüfung

---

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Skljanski wurde empfangen.

** Abends ins Politbüro geschickt.

der Erklärung des ZK Georgiens.[502] Wladimir Iljitsch hat nicht Stellung genommen.

Er übergab mir seine Stellungnahme über die Meerengen zur Weiterleitung an das Politbüro. 7½–8½ – Skljanski, dann Krshishanowski – in der Wohnung.

25. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch fühlt sich nicht wohl[503], er war nur fünf Minuten im Arbeitszimmer und diktierte telefonisch drei Briefe[504], nach deren Beantwortung er sich später erkundigen wollte.

Maria Iljinitschna [Uljanowa] sagte, man solle ihn durch nichts stören – wenn er selbst nach den Antworten fragt, soll man sie bei den entsprechenden Stellen einholen. Keine Besucher, vorläufig keinerlei Aufträge. Es sind zwei Briefe von Stalin und Sinowjew da[505] – darüber kein Sterbenswörtchen, solange keine besondere Anweisung und Erlaubnis vorliegt.

25. November, abends

Er kam um 6 Uhr und telefonierte ein paar Minuten. Von 6½ bis 7½ war A. D. Zjurupa da. Unmittelbar nach dessen Besuch ging er fort, nachdem er noch gebeten hatte, alle Unterlagen Kamenews, die in zwei Mappen bei ihm auf dem Tisch lagen, an Zjurupa[506] und die Artikel über die Urquhart-Konzession an Tschitscherin zu schicken[507]. Wurde erledigt. (Jedoch ist ein Teil der Materialien bei Nikolai Petrowitsch [Gorbunow] oder in der Ablage.)

Tschitscherin bat zu übermitteln, daß er persönliche Instruktionen in Sachen der Urquhart-Konzession bekommen möchte. Er (Tschitscherin) reist morgen abend ab. Man muß das Sonntag vormittag mitteilen. (Noch nicht mitgeteilt.)

8½ bis 8¾ – Telefongespräch. Gorbunow bat, ihm alle Materialien über die Trusts, über die Fragen der Finanzierung und die Information aus dem Sekretariat Kamenew zu übergeben, da Wladimir Iljitsch ihn gebeten habe, Zjurupa mit diesen Materialien bekannt zu machen. Die Stellungnahmen zu den Trusts und die Information von Kamenew habe ich Zjurupa bereits geschickt – Zjurupa hat sie erhalten und gebeten, sie

ihm vorläufig für einige Zeit zu überlassen, damit er sich mit ihnen bekannt machen könne. Offensichtlich hat Nikolai Petrowitsch ihm noch irgendwelche Materialien gegeben.

Die Briefe habe ich nicht vorgelegt. Aber sie sind offensichtlich alle sehr wichtig. Man müßte sich mit Lidija Alexandrowna deswegen beraten.

26. November, Sonntag, vormittags
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Wladimir Iljitsch kam um 12 Uhr, telefonierte, schaute die Bücher durch und nahm einige mit. Um $1^1/_2$ ging er fort und nahm den Bericht W. Miljutins[508] und andere Papiere mit.

26. November, Sonntag, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Wladimir Iljitsch kam um 6.50 Uhr; telefonierte; um 7.30 Uhr kam Zjurupa. Um 8.30 Uhr ging Zjurupa, Wladimir Iljitsch ging ebenfalls.

27. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch war gegen 12 Uhr mittags in seinem Arbeitszimmer und ging bald wieder, ohne nach jemandem gefragt zu haben. Durch Nadeshda Konstantinowna [Krupskaja] forderte er das gesamte Material über den Außenhandel an; es wurde alles in die Wohnung geschickt. Vorläufig keinerlei Aufträge, keine Besucher. Auch keine Post.

27. November, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Gorbunow bat, das Schreiben von Sinowjew im Zusammenhang mit Münzenberg[509] (wenn es eingegangen ist) nach Möglichkeit Wladimir Iljitsch zur Unterschrift zu geben und ihm (Gorbunow) die Materialien über den Außenhandel zu schicken, da Wladimir Iljitsch ihn gebeten habe, Zjurupa mit diesen Materialien bekannt zu machen. Aber heute hat Wladimir Iljitsch sie nicht herausgegeben. Sie sind bei ihm in der Wohnung. Von Wladimir Iljitsch keinerlei Aufträge. Kurz nach 6 habe ich der Kommandantur Anweisung gegeben, Kramer[510] einen Passierschein für die Wohnung auszustellen.

Ziemlich viel Post, darunter auch aus Berlin.

28. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch kam nicht in sein Arbeitszimmer, er telefonierte zweimal mit Lidija Alexandrowna*. Er bat um den Artikel von Sorokin aus der „Ekonomitscheskaja Shisn" vom 26. November[512] über die 159 Direktiven** – dann gab er Lidija Alexandrowna einige Aufträge – für den Nachmittag liegen vorläufig keinerlei Aufträge vor, Post lasse ich ebenfalls nicht zurück.

28. November, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Um 7.45 Uhr bat Wladimir Iljitsch, Awanessow ausfindig zu machen[513] und ihn zu fragen, ob er ihn anrufen könne. Er rief nochmals an und teilte seine Telefonnummer mit. Ich übermittelte Wladimir Iljitsch, daß Awanessow in einer Sitzung des Kollegiums der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion sei. „Dann ist es nicht nötig, ich rufe Sie morgen vormittag an." Zur Unterschrift für Wladimir Iljitsch kam ein Schreiben von Gorbunow an das Präsidium des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, Kopie an Bogdanow[514] und Fomin[515], mit der Bitte, das ZEK möge die Frage der Überführung der Fabriken zur Imprägnierung von Bahnschwellen aus dem Obersten Volkswirtschaftsrat an das Volkskommissariat für Verkehrswesen überprüfen.[516] Wladimir Iljitsch hat unterschrieben (in der Wohnung, und es dann ins Sekretariat geschickt).

29. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch war um 12.20 Uhr in seinem Arbeitszimmer und rief Stalin zu sich, der bis 13.40 Uhr blieb. Für den Nachmittag keinerlei Aufträge. Post vorläufig ebenfalls nicht.

29. November, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Aus dem Politbüro wurde mitgeteilt (8812), daß die Frage der Unionsrepubliken im Politbüro morgen behandelt wird (das Material wurde nicht zur Information, sondern zur Prüfung geschickt).[517]

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Siehe besonderes Kärtchen.[511]

** Artikel ausgeschnitten, aufgeklebt und in die Wohnung gebracht.

Wladimir Iljitsch rief zwischen $5^1/_2$ und 6 Uhr an. Er fragte, ob von Stalin ein Schreiben über das Schiffsreparaturprogramm eingegangen sei. Er telefonierte ein paar Minuten mit Kamenew und diktierte dann telefonisch seine Überlegungen zum Schiffsreparaturprogramm, die er an Stalin und Kamenew weiterzuleiten bat (ist erledigt)[518].

Er erkundigte sich, ob das Telegramm an Haskell nach London abgegangen sei. Der diensthabende Sekretär aus dem Sekretariat Tschitscherin bejahte das.* Morgen früh schickt er eine schriftliche Bestätigung. Wurde Wladimir Iljitsch mitgeteilt.

Von 7.50 Uhr bis 8.55 Uhr war Awanessow da. Sie sprachen im Arbeitszimmer. Er ging um 9 Uhr. Während des Gesprächs mit Awanessow erkundigte sich Wladimir Iljitsch, für wann das Plenum des Zentralkomitees angesetzt sei. Morgen wird diese Frage im Politbüro behandelt (zusammen mit der Tagesordnung); auf dem letzten ZK-Plenum war festgelegt worden, das Plenum so einzuberufen, daß es gleichzeitig mit dem Sowjetkongreß tagt. Dies wurde Wladimir Iljitsch mitgeteilt.[519]

30. November, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch kam um 1.10 Uhr in sein Arbeitszimmer, rief an und bat um die Nr. 763 der „Poslednije Nowosti" vom 13. Oktober, ihn interessiere dort ein Artikel von Peschechonow[520]. Ich suchte die Zeitung heraus und brachte sie in die Wohnung. Im Arbeitszimmer war Wladimir Iljitsch genau 5 Minuten und ging dann sofort nach Hause. Keinerlei Aufträge. Post vorläufig ebenfalls nicht. Lidija Alexandrowna bat zu vermerken – nur zur Information –, daß Briefe von Haskell und Tschitscherin, die an Wladimir Iljitsch adressiert waren, Kamenew übergeben wurden.

30. November, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Wladimir Iljitsch kam um 6.45 Uhr in sein Arbeitszimmer, fragte, was es Neues gebe und wann die Sitzung des Politbüros zu Ende gewesen sei.

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Kopie des Telegramms mit der Unterschrift Litwinows [Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten. *Die Red.*] wurde an Haskell abgeschickt. Erhalten am 30. November.

Ich teilte Wladimir Iljitsch mit, daß neue Bücher da seien, und er bat, sie ihm zu bringen. Er gab die „Poslednije Nowosti“ vom 13. Oktober zurück.

Um 7.55 Uhr kam Adoratski[521] zu Wladimir Iljitsch und blieb bis 8.40 Uhr. Wladimir Iljitsch telefonierte. Er bat um das Protokoll vom Politbüro, das ich ihm gab. Wladimir Iljitsch bat, das Protokoll vom Politbüro zu verwahren. Er bat, Engels' „Politisches Vermächtnis“[522] besonders aufzubewahren. Die durchgesehenen Neuerscheinungen gab er zurück und ging um 9 Uhr fort.

1. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch rief um 11.20 Uhr bei Lidija Alexandrowna an und bat, zu 12 Uhr Molotow zu bestellen.*

Molotow und Syrzow[523] waren zusammen von 12 bis $1^1/_2$ da. Vorläufig keinerlei Aufträge für den Nachmittag. Post ebenfalls nicht.

1. Dezember, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Wladimir Iljitsch kam um 5.30 Uhr, um 5.45 Uhr kam Zjurupa.

Um 7 Uhr kamen Earsman, Garden und der Dolmetscher Woitinski, sie blieben bis 8.40 Uhr. Um 8.45 Uhr ging auch Wladimir Iljitsch fort.

2. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch kam um 12.30 Uhr für nur 10 Minuten und rief Lidija Alexandrowna zu sich. Er bat sie, zu 6 Uhr das Material über die Hauptverwaltung für Fischereiindustrie für eine Besprechung mit Knipowitsch[524] vorzubereiten und die Besprechung für 7 Uhr abends anzusetzen. Die Materialien sind bei Gorbunow; dafür sorgen, daß zu 6 Uhr alles bei uns ist. Wegen Knipowitsch muß allen Posten Anweisung gegeben werden, ihn durchzulassen, da er keinen Passierschein besitzt.

Morgens war der Arzt bei Wladimir Iljitsch und hat ihm folgendes gesagt: Wladimir Iljitsch muß alle zwei Monate ein- oder sogar zweimal für mehrere Tage zur Erholung fahren. Für Dienstag hat er ihm noch

---

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke“:

* Molotow wurde zu 12 Uhr bestellt und war da.

nicht erlaubt, den Vorsitz zu führen – für Donnerstag wird er ihm die Erlaubnis geben, aber nicht für lange, und nach Donnerstag muß er unbedingt für ein paar Tage wegfahren.

Anruf von Gorbunow; er bittet, Wladimir Iljitsch bei erster Gelegenheit mitzuteilen, daß Rykow am 1. Dezember mit dem Schnellzug aus Tiflis abgereist sei. Unbedingt mitteilen, da Wladimir Iljitsch sich sehr dafür interessiert.

Zu 8 Uhr bat Wladimir Iljitsch Kamenew zu bestellen (Anruf um 14.05 Uhr).

Man muß Lidija Alexandrowna daran erinnern, Wladimir Iljitsch zu fragen, über welchen Artikel von Kin[525] er mit Zjurupa gesprochen hat, da dieser den Artikel absolut nicht finden kann.

2. Dezember, abends

Im Arbeitszimmer ab $6^1/_2$, *von 7 bis 8* – Knipowitsch; *von 8 bis* $9^1/_4$ – Kamenew.

Wladimir Iljitsch gab mir einen englischen Brief und bat festzustellen, wann Earsman abreist. Angefragt bei Kaiser, dem Kommandanten des Hotels „Lux", der erklärte, daß Earsman heute bestimmt noch nicht abreise, er werde morgen den Tag seiner Abreise genau mitteilen.* Dann Wladimir Iljitsch Bescheid sagen und ihm diesen Brief geben.

Den Brief an Münzenberg** hat er unterschrieben[526], jedoch mit dem Vorbehalt, er glaube nicht, daß der Anfang des Briefes in richtigem Deutsch geschrieben sei. Er bat, eine Kopie bei ihm (Nr. 8579) im Sekretariat zu belassen.

Er hat einen Brief an Swiderski zur Unterschrift, Kopie bei uns. Wenn er den Brief unterschrieben hat, an den Adressaten schicken[527].

Gorbunow hat Zeitungsausschnitte gebracht***: eine Mappe mit neuem Material, eine mit älterem. Es ist das Material für die Rede Wladimir Iljitschs auf dem Sowjetkongreß, um dessen Zusammenstellung er gebeten

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Auskunft von Kaiser: Earsman weiß selbst nicht genau, wann er fährt, aber er bleibt noch lange hier, möglicherweise sogar noch einige Monate.

** Der Brief wurde Münzenberg durch Gorbunow übermittelt. M. Woloditschewa.

*** Wladimir Iljitsch auf den Tisch gelegt.

hat. Ich glaube, man sollte Lidija Alexandrowna fragen, ob man es ihm am Sonntag geben kann.

Wladimir Iljitsch bat, Belenki[528] zu fragen, wann (genau) Rykow und Dzierzynski ankommen.* Er interessiert sich sehr dafür. Bei Belenki noch nicht angefragt.

Wladimir Iljitsch mitgeteilt, daß Frumkin die Materialien vorbereitet und sie entweder Montag früh oder Sonntag abend schickt.[529]

Wladimir Iljitsch erkundigte sich mehrmals bei Gorbunow nach dem Bericht Michailowskis zur Finanzfrage. Das muß bei Nadja [Allilujewa] sein. Er bittet, ihm beide Berichte von Michailowski und den Bericht von Krasnoschtschokow zurückzugeben, sobald sie nicht mehr gebraucht werden.[530] Er ging um 9½.

3. Dezember, vormittags

(Eintragung von S. A. Flakserman)

Wladimir Iljitsch kam um 2 Uhr in sein Arbeitszimmer. Er bat, eine Stenografin zu rufen. Woloditschewa war nicht zu Hause, und Wladimir Iljitsch bat, sie nicht zu suchen, da er wenig zu schreiben habe und mit der Hand schreiben werde. Habe Wladimir Iljitsch folgendes mitgeteilt: den Bescheid Belenkis über die Ankunft Rykows und Dzierzynskis sowie die Auskunft Kaisers über den Zeitpunkt der Abreise Earsmans. Wladimir Iljitsch bat, über Woitinski aus der Komintern, der Englisch kann, in Erfahrung zu bringen, wann Earsman das Schreiben braucht.

Wladimir Iljitsch blieb 20 Minuten in seinem Arbeitszimmer und ging dann.

3. Dezember, Sonntag, abends

(Eintragung von S. A. Flakserman)

Wladimir Iljitsch kam um 6 Uhr abends in sein Arbeitszimmer.

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Belenki teilte mit, Dzierzynski werde etwa am 8. Dezember aus Tiflis abfahren, unterwegs zwecks Revisionen Station machen und ungefähr am 13. Dezember in Moskau sein. Rykow ist am 2. Dezember aus Tiflis abgefahren und wird am 4. Dezember früh hier sein. (Wegen Rykow wird er nochmals nachfragen und dann anrufen.) Belenki hat noch einmal angerufen und mitgeteilt, daß Rykow heute um 6 Uhr abends ankommt, er wollte das nochmals nachprüfen und anrufen. Hat auf der Strecke rückgefragt.

Belenki teilte mit, daß Rykow laut Auskunft des Volkskommissariats für Verkehrswesen am 3. Dezember aus Baku abgefahren ist und am 5. Dezember in Rostow erwartet wird. An Dzierzynski wurde zur Kontrolle ein Telegramm geschickt. Wladimir Iljitsch habe ich das noch nicht mitgeteilt.

Um 6.45 Uhr bat Wladimir Iljitsch, Awanessow mitzuteilen, daß er seinen Brief erhalten und gelesen habe und zunächst telefonisch mit ihm sprechen wolle.[531] Morgen früh mitteilen.

Um 7 Uhr abends verließ Wladimir Iljitsch das Arbeitszimmer.

4. Dezember, vormittags

(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch kam um 11.05 Uhr in sein Arbeitszimmer. Er bat, genauen Bescheid über die Ankunft Rykows einzuholen.* Um 10.40 Uhr hatte Wladimir Iljitsch angerufen und gebeten, Awanessow zu 11 Uhr zu bestellen. Awanessow kam um 11.15 Uhr und blieb bis 12.10 Uhr, die Unterhaltung betraf den Außenhandel. Um 12.30 Uhr ging Wladimir Iljitsch in das Arbeitszimmer Gorbunows, kam dann zurück und diktierte Woloditschewa per Telefon.[532] Um 2 Uhr ging er nach Hause. Um 6 Uhr abends wird Kolegajew bei Wladimir Iljitsch sein (Telefon 174-14 oder über den Anschluß Trotzkis).[533]

Wenn Rykow ankommt (falls Wladimir Iljitsch schon zur Erholung ist, er fährt am Donnerstag), muß man ihn telefonisch mit Wladimir Iljitsch verbinden.** Um 5.50 Uhr kommt Shukow[534] für 10 Minuten zu Wladimir Iljitsch. Von 7 Uhr bis 8 Uhr – Frumkin, von 8.15 Uhr bis 9 Uhr – Zjurupa (bedingt, falls diese Zeit Wladimir Iljitsch nicht paßt, dann morgen um 11 oder $12^1/_2$ vormittags).

4. Dezember, abends

(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Um 5.30 Uhr diktierte Wladimir Iljitsch Woloditschewa einen Brief an Litwinow und ein Begrüßungsschreiben an den III. Kongreß der Kom-

---

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Belenki angerufen und ihn gebeten, nochmals alles genau festzustellen. Er versprach, heute abend Bescheid zu geben.

** Beachten.

munistischen Jugendinternationale[535]. Er rief an und fragte, was heute vorliege. Ich teilte mit, wer zu welcher Zeit zu Wladimir Iljitsch kommt. Um 5.50 Uhr war Kolegajew wegen der Schließung von Theatern da, bis 6.10 Uhr. Gleich anschließend ging Shukow mit Golzman und Lawrentjew[536] hinein, bis 6.50 Uhr, sie sprachen über die Elektroindustrie. Nach ihnen kam Frumkin, von 6.50 bis 7.25 Uhr, zur Frage des Außenhandels. Um 7.30 Uhr verließ Wladimir Iljitsch das Arbeitszimmer und kam um 8 Uhr zurück. Wladimir Iljitsch fragte nach der Antwort von Litwinow. Verlangte nach dem Telegramm von Haskell. Er brachte ein Buch des Spaniers Cesar Reyes und bat, Titelblatt und Inhaltsverzeichnis des Buches zu übersetzen.[537] Die Kommission, bestehend aus Sinowjew, Trotzki und Bucharin, tagte am 4. Dezember (heute) abends. Dorthin (zu Händen Bucharins) wurde ein Exemplar der Bemerkungen Wladimir Iljitschs zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag geschickt.[538]

Um 9 Uhr verließ Wladimir Iljitsch das Arbeitszimmer.

5. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Litwinow teilte mit, daß von unserer Mission eine Bestätigung über den Erhalt des Telegramms durch Haskell vorliegt. Wladimir Iljitsch mitteilen.

Wladimir Iljitsch kam um 10.45 Uhr in sein Arbeitszimmer und fragte, ob die Kommission Bucharin–Sinowjew–Trotzki getagt habe, ich antwortete, daß sie nachts eine Sitzung gehabt hätte; er ging um 1.40 Uhr.

Um 6 Uhr kommen tschechoslowakische Arbeiter zu Wladimir Iljitsch (siehe Liste).[539] Man muß allen Posten Anweisung geben, sie durchzulassen. Passierscheine in den Kreml haben sie (für 15 Min.). Benachrichtigung erledigt.

Um 7 Uhr kommt Popow[540] für ½ Stunde (benachrichtigt). Von Litwinow muß eine schriftliche Mitteilung über die Aushändigung des Telegramms an Haskell kommen.

5. Dezember, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Von 6 bis 6¾ die Tschechoslowaken: Josef Hais, Chramosta, Franěk, Richter, Chábera mit Anzelowitsch.[541]

Von 7 bis 8 Popow (wegen der Zählung). Ein paar Minuten Pause, in

der Wladimir Iljitsch nach Hause ging. Um 8.20 Uhr im Arbeitszimmer – A. D. Zjurupa. Ging um 9.25 Uhr.

6. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch kam kurz nach elf in sein Arbeitszimmer und bat Lidija Alexandrowna, in seinem Auftrag einige Briefe zu schreiben (an Jakowlewa, Kamenew, Zjurupa).[542] Er bat, ihn telefonisch mit Stalin zu verbinden, und verabredete eine Zusammenkunft mit ihm. Um 12.40 Uhr kam Stalin zu ihm und blieb bis 2.20 Uhr. Er bat, Eiduk zu $7^1/_2$ zu bestellen, um 6 Uhr Dowgalewski[543], um 7 Uhr Bogdanow. Nach Stalin wollte er mit Meschtscherjakow[544] sprechen*.

Um 2.25 Uhr ging Wladimir Iljitsch nach Hause. Anruf von Kamenew, der mitteilte, daß er zu Händen des Gen. Lenin einen Brief schicke, der diesem persönlich übergeben werden müsse**.

6. Dezember, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch hat den Brief von Kamenew um 6 Uhr gelesen.

Von 6.05 Uhr bis 6.30 Uhr – Bogdanow; von 6.55 Uhr bis 7.20 Uhr – Eiduk; von 7.25 Uhr bis – Dowgalewski.

Etwa 15–20 Minuten diktierte Wladimir Iljitsch seine Erinnerungen an N. J. Fedossejew.[545] Er ging kurz nach 9. Die Erinnerungen wurden auf seine Bitte an Anna Iljinitschna [Jelisarowa] geschickt (siehe Kopie des Begleitschreibens).

7. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch kam um 10.55 Uhr in sein Arbeitszimmer; um 11 Uhr begann die Sitzung des Politbüros unter Vorsitz von Kamenew. Wladimir Iljitsch nimmt teil.[546] Er verließ die Sitzung um 2.20 Uhr und ging in seine Wohnung.

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Ist nicht geschehen, da es zu spät geworden war.

** *Um drei Viertel fünf erhalten und im Arbeitszimmer auf den Tisch gelegt.* Woloditschewa.

7. Dezember, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Wladimir Iljitsch kam um 5.30 Uhr in sein Arbeitszimmer, telefonierte mit Stalin und anderen und gab verschiedene Aufträge für das Politbüro[547] und an Jakowlewa.[548] Um 6.15 Uhr fuhr er nach Gorki, wohin er verschiedenes laufendes Material mitnahm.[549]

8. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Um 12.10 Uhr rief Wladimir Iljitsch bei Lidija Alexandrowna an und sprach mit ihr über die gestrigen Beschlüsse des Politbüros.

Um 12.15 Uhr Belenki für Wladimir Iljitsch mitgegeben: 1. Protokoll des Politbüros Nr. 39[550] und 2. eine Liste verantwortlicher Funktionäre im gesamtrussischen und im Gebietsmaßstab (von Syrzow). Wladimir Iljitsch wollte später anrufen und etwas diktieren.

8. Dezember, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Wladimir Iljitsch rief um 5.35 Uhr an und diktierte Woloditschewa[551]; um 5.50 Uhr sprach Lidija Alexandrowna mit Wladimir Iljitsch, der ihr für das Politbüro seine Stellungnahme zu drei Fragen mitteilte: zum Telegramm von Worowski, Mdiwani und Tschitscherin vom 7. Dezember 1922[552], zur Zusammensetzung der Kommission für die Vorbereitung der Resolutionen zum X. Sowjetkongreß und zu dem Begrüßungsschreiben an den Gesamtukrainischen Sowjetkongreß[553]. Er diktierte ein Reglement für das Politbüro.[554] Mit der Vertagung des Plenums ist er einverstanden.[555] Ende des Gesprächs um 6.20 Uhr. Medizin aus Berlin abgeschickt.

9. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Vom Vortag keinerlei Aufträge. Anruf von Maria Iljinitschna, die mitteilte, daß Wladimir Iljitsch um $5^3/_4$ etwas diktieren wolle; um 6 Uhr Gespräch mit Rykow, er ist angekommen und sitzt zu Hause. Keinerlei Aufträge. Es sind Briefe eingegangen.

9. Dezember, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch rief um 6.05 Uhr an und erteilte einen Auftrag. Die Briefe Wladimir Iljitschs über die Arbeit der Stellvertreter[556] abgeschickt an: Rykow, Stalin, Zjurupa und Kamenew.

Von Kamenew wird Belenki einen Brief für Wladimir Iljitsch bringen.

Den Brief Wladimir Iljitschs in französischer Sprache wird Souvarine heute abend zurückbringen.[557]

An Wladimir Iljitsch abgeschickt: 1. seinen Brief über die Arbeit der Stellvertreter (Original, Kopie und Kopie der alten Verordnung[558]), Brief von Zetkin und Medizin.

10. Dezember, vormittags

Von Wladimir Iljitsch liegt nichts vor.

10. Dezember, abends

Er rief kurz nach 6 an und bat, ihn mit Stalin zu verbinden. Stimmte dem Telegramm von Kirow, Wassiljew und Polujan über die Sozialrevolutionäre zu.[559]

Bei erster Gelegenheit muß man Wladimir Iljitsch seinen französisch geschriebenen Brief an Lazzari schicken, den Souvarine korrigiert hat; liegt bei der Wache; um 8¾ bat Wladimir Iljitsch, Frumkin einen Brief zu schicken, in dem er um dessen Meinung zu den Thesen von Awanessow ersucht. Wurde abgeschickt. Morgen früh bei Frumkin erkundigen, wann er seine Stellungnahme schickt.[560]

Bei Gorbunow morgen früh ebenfalls anfragen (siehe Kopie Nr. 8605 und 8606).[561]

Der Brief an Lazzari muß nicht extra geschickt werden. Nur bei Gelegenheit. Das ist eine Anweisung von Wladimir Iljitsch.

11. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Keinerlei Aufträge. Wladimir Iljitsch hat nicht ein einziges Mal angerufen. Kontrollieren, daß in seinem Arbeitszimmer abends mindestens 14 Grad Wärme sind.

11. Dezember, abends
(Eintragung von Sch. M. Manutscharjanz)

Keinerlei Aufträge. Wladimir Iljitsch hat nicht ein einziges Mal angerufen.

12. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Wladimir Iljitsch traf um 11 Uhr in Moskau ein und kam um 11.15 Uhr in sein Arbeitszimmer, blieb dort nicht lange und ging bis 12 Uhr nach Hause. Um 12 Uhr sollen Rykow, Kamenew und Zjurupa zu ihm kommen.*

Wladimir Iljitsch verließ das Arbeitszimmer um 2 Uhr, bis 2 Uhr waren Rykow, Kamenew und Zjurupa bei ihm.

Für den Nachmittag liegt bisher nichts vor.

12. Dezember, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch ist seit 5.30 Uhr im Arbeitszimmer. Er telefonierte ein paar Minuten. Dann gab er mir den Brief an den Italiener Lazzari zum Abschicken und bat, besonders darauf zu achten, wer ihn befördern wird (daß ihn ein zuverlässiger Genosse mitnimmt). Dzierzynski von 6 bis 6.45 Uhr.[562]

Stomonjakow[563] – (Frage des Außenhandelsmonopols) – 7.45 Uhr.

Er ging um $8^1/_4$.

Den Brief Wladimir Iljitschs an Lazzari an Souvarine zurückgeschickt („Lux", 23). Er wird mit zuverlässigen Genossen sprechen und uns morgen früh das Ergebnis mitteilen oder besser noch, ihn selbst anrufen.**

13. Dezember, vormittags
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Um 11 Uhr waren die Ärzte da und verordneten Wladimir Iljitsch völlige Ruhe, er soll wegfahren.[564]

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Sind dagewesen.

** Auf Wunsch Wladimir Iljitschs die Sache besonders im Auge behalten. Persönliche Empfangsbestätigung von Souvarine liegt vor.

Gegen 12 Uhr rief er Fotijewa zu sich in die Wohnung, um seine Angelegenheiten abzuwickeln. Er diktierte folgende Briefe: an das Zentralkomitee über Roshkow[565], an Frumkin, Stomonjakow und Trotzki über den Außenhandel[566], an die Stellvertreter über die Aufteilung der Arbeit[567]. Um 12.30 Uhr kam Stalin und blieb bis 2.35 Uhr.

13. Dezember, abends

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Um 5.55 Uhr rief er Fotijewa zu sich. Die Antworten von Frumkin und Trotzki mitgeteilt. Er legte eine Zusammenkunft mit Krshishanowski für den 14. Dezember 12 Uhr fest. Diktierte von 7.30 Uhr bis 8.25 Uhr einen Brief an das Plenum des Zentralkomitees zur Frage des Außenhandels.[568] Wollte sich mit Frumkin treffen, verschob das aber. Die Stimmung war nicht schlecht, er scherzte. Nur die Abwicklung seiner Angelegenheiten beunruhigte ihn.

14. Dezember, vormittags

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch rief um 11 Uhr an, sprach mit Fotijewa über den gestrigen Brief über den Außenhandel und bat, ihn niemandem zu geben, da er noch eine Ergänzung zu machen habe. Er erkundigte sich, ob Krshishanowski kommen wird, und rief noch einmal um 11.10 Uhr an.

Um 1.10 Uhr bat er, ihn mit Jaroslawski[569] zu verbinden. Da Jaroslawski nicht zu finden war, verschob er das Gespräch bzw. die Zusammenkunft mit ihm auf den Nachmittag. Um 2.25 Uhr rief er Fotijewa zu sich und übergab ihr ein Schreiben an Awanessow, das diesem zusammen mit dem Brief über den Außenhandel zugestellt werden soll.[570] Er ordnete an, den Brief, sobald er zurückkommt, an Frumkin zu schicken, mit dem er wahrscheinlich abends sprechen wird. Er war sehr zufrieden, als er von dem Beschluß des Politbüros über Roshkow erfuhr, lachte und sagte, das sei eine sehr gute Neuigkeit.[571] Seine Stimmung ist dem Anschein nach gut, er scherzt und lacht.

14. Dezember, abends

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch rief um $^3/_4 6$ an. Er fragte nach dem Protokoll vom Politbüro und sagte, er habe die Absicht zu diktieren. Er bat, ihn mit

Jaroslawski zu verbinden. (Jaroslawski war bei ihm.) Zwischen 6 und 7 war der Arzt da. Frumkin kam, war aber nicht bei Wladimir Iljitsch. Nach 8 Uhr fragte Wladimir Iljitsch, ob er hier sei. Er bat Lidija Alexandrowna, ihn morgen um 12 Uhr an Frumkin zu erinnern, wenn dieser bei Zjurupa sein wird. Er bat festzustellen, ob alle Materialien über das Außenhandelsmonopol an Trotzki geschickt wurden, und übergab die Materialien, die sich bei ihm befanden. Man muß sie Lidija Alexandrowna zeigen. Der Brief Wladimir Iljitschs über den Brief Bucharins wurde auf Wunsch Wladimir Iljitschs an Stalin und Trotzki geschickt.*[572] Die Ergänzung wird er, wie er sagte, gesondert schreiben.

Vor 8 Uhr sagte er Lidija Alexandrowna, er werde diktieren: 1. einen Brief an Sinowjew wegen Roshkow in Pskow; 2. an Kamenew über die Union der Sozialistischen Republiken; 3. die Ergänzung zu dem Brief über den Außenhandel.

Gegen 9 wiederholte er, daß er sich vorbehalte, bis 10 Uhr anzurufen. Gegen 10 rief Maria Iljinitschna an und sagte, daß Wladimir Iljitsch heute nicht diktieren werde.

15. Dezember, vormittags
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch rief um 11.50 Uhr an und bat um die Kopien der gestrigen Briefe. Er bestellte Fotijewa zu sich in die Wohnung und gab ihr einen eigenhändig geschriebenen Brief an Trotzki mit dem Auftrag, ihn persönlich mit der Maschine abzuschreiben und abzuschicken; die Kopie ist in einem versiegelten Umschlag im Geheimarchiv aufzubewahren.[573] Das Schreiben fällt ihm sehr schwer; er ordnete an, das Original zu vernichten, es wird jedoch zusammen mit der Kopie im Geheimarchiv aufgehoben.

Er traf folgende Verfügungen über die Bücher: die technischen, medizinischen usw. Bücher sollen aussortiert und zurückgegeben werden, die landwirtschaftlichen sollen an Maria Iljinitschna, die Bücher über Produktionspropaganda, Arbeitsorganisation und Pädagogik an Nadeshda Konstantinowna übergeben werden; schöne Literatur bis auf Anforderung

---

Eintragungen in der Rubrik „Erledigungsvermerke":

* Muß man ihn an Frumkin schicken?

behalten und Publizistik, politische Literatur, Memoiren, Erinnerungen usw. für ihn zurücklegen.

Außerdem gab er die Anweisung, daß man ihm alle Protokolle des Finanzkomitees zusammen mit einem nicht zu langen, aber auch nicht zu kurzen Begleitschreiben des Sekretärs bringen solle, aus dem er sich eine klare Vorstellung von der Arbeit des Finanzkomitees machen könne. Seine Stimmung ist nicht besonders, er sagte, daß er sich schlechter fühle und nachts nicht geschlafen habe.

15. Dezember, abends
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch rief um 8.30 Uhr an und diktierte (anfangs telefonisch, dann bestellte er mich in die Wohnung) Briefe an Stalin und Trotzki. An Stalin über die Möglichkeit seines Auftretens auf dem Sowjetkongreß[574], an Trotzki über die Notwendigkeit eines kategorischen Protestes gegen eine Absetzung der Frage des Außenhandels von der Tagesordnung des Plenums, falls eine solche beabsichtigt ist.[575] Ende des Diktats gegen 9 Uhr.

16. Dezember, vormittags
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Von 11 bis 11.45 Uhr waren die Ärzte da (Kramer und Koshewnikow).[576] Nadeshda Konstantinowna schickte einen Brief an die Stellvertreter, den Wladimir Iljitsch ihr offenbar gestern abend oder heute vor Eintreffen der Ärzte diktiert hatte.[577] Pakaln[578] sagt, daß Wladimir Iljitsch nicht nach Gorki fahren möchte, da die Fahrt mit dem Propellerschlitten ermüdend sei und man mit dem Auto nicht fahren könne. Pakaln erzählt, daß man jeden Tag um ½10 den Hund (Aida) zu Wladimir Iljitsch bringt, der mit dem Hund spielt und ihn sehr gern hat. Es ging ein Telegramm von Foerster[579] ein, in dem dieser bekräftigt, daß Wladimir Iljitsch vor dem Auftreten auf dem Kongreß mindestens sieben Tage vollständige Ruhe haben müsse. Wladimir Iljitsch hat weder angerufen noch irgendwelche Aufträge erteilt.

16. Dezember, abends
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Anruf von Nadeshda Konstantinowna, die im Namen Wladimir Iljitschs bat, Stalin mitzuteilen, daß er auf dem Sowjetkongreß nicht sprechen werde. Auf die Frage, wie sich Wladimir Iljitsch fühlt, sagte sie, mittelmäßig, dem Aussehen nach gehe es, aber es sei schwer, etwas Genaues zu sagen. Sie bat, ebenfalls in seinem Auftrag, insgeheim Jaroslawski anzurufen, er solle auf dem Plenum die Reden Bucharins und Pjatakows und nach Möglichkeit auch anderer zur Frage des Außenhandels mitschreiben.

18. Dezember, vormittags
(Eintragung von N. S. Allilujewa)

Das Plenum des Zentralkomitees tagt. Wladimir Iljitsch ist nicht anwesend, er ist krank – keinerlei Aufträge oder Anweisungen.

18. Dezember, abends

Das Plenum tagt. Wladimir Iljitsch ist nicht anwesend, mit der Nachmittagssitzung ist das Plenum beendet.[580]

23. Dezember
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Kurz nach 8 Uhr bestellte mich Wladimir Iljitsch zu sich in die Wohnung und diktierte vier Minuten. Er fühlte sich schlecht. Die Ärzte waren da.[581] Bevor er zu diktieren begann, sagte er: „Ich will Ihnen einen Brief an den Parteitag diktieren. Schreiben Sie!"[582] Er diktierte rasch, aber man spürte, daß er krank ist. Als er fertig war, fragte er nach dem Datum. Warum ich so blaß aussehe, warum ich nicht auf dem Kongreß sei[583]; er bedauerte, daß er meine Zeit in Anspruch nehme, in der ich auf dem Kongreß sein könnte. Ich erhielt weiter keine Aufträge.

24. Dezember
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Am nächsten Tag (24. Dezember) bestellte mich Wladimir Iljitsch in der Zeit zwischen 6 und 8 Uhr wieder zu sich. Er machte nachdrücklich darauf aufmerksam, daß das gestern (23. Dezember) und heute (24. Dezember) Diktierte absolut vertraulich sei, und betonte das mehrmals. Er

verlangte, alles, was er diktiere, solle an besonderer Stelle und unter besonderer Verantwortlichkeit aufbewahrt und kategorisch als vertraulich angesehen werden. Dann gab er zusätzlich noch eine Anweisung.[584]

Man holte für Wladimir Iljitsch die „Aufzeichnungen über die Revolution" von Suchanow, Band III und IV.

29. Dezember

Über Nadeshda Konstantinowna bat Wladimir Iljitsch, eine Liste der neuen Bücher zusammenzustellen. Die Ärzte haben ihm erlaubt zu lesen. Wladimir Iljitsch liest Suchanows „Aufzeichnungen über die Revolution" (Band III und IV). Schöne Literatur möchte Wladimir Iljitsch nicht. Die Listen bat er nach Sachgebieten zusammenzustellen.

5. Januar 1923

Wladimir Iljitsch forderte die Listen der neuen Bücher seit dem 3. Januar und Titlinows Buch „Neue Kirche" an.[585]

17. Januar

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch bestellte mich zwischen 6 und 7 Uhr für eine halbe Stunde zu sich. Er überlas seine Bemerkungen zu dem Buch Suchanows über die Revolution und nahm Korrekturen daran vor. Etwa 10, 15 Minuten lang diktierte er die Fortsetzung dazu.[586]

Er zeigte sich zufrieden mit dem neuen Gestell, das ihm das Lesen der Bücher und seiner Manuskripte erleichtert.

Als er den Satz „Unseren Suchanows ..." diktierte, hielt er bei den Worten „*... fällt es im Traum nicht ein ...*" inne und warf, während er sich die Fortsetzung überlegte, scherzhaft die Worte hin: „Was habe ich nur für ein Gedächtnis! Ich habe völlig vergessen, was ich sagen wollte! Zum Teufel nochmal! Eine erstaunliche Gedächtnisschwäche!" Er bat, die Bemerkungen sofort abzuschreiben und ihm zu geben.

Ich konnte ihn mehrere Tage hintereinander beim Diktat beobachten und habe dabei festgestellt, daß es ihm unangenehm ist, wenn man ihn mitten im Satz unterbricht, da er dann den Faden verliert.

18. Januar
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)
Wladimir Iljitsch hat niemanden zu sich bestellt.

19. Januar
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)
Wladimir Iljitsch rief mich heute gegen 7 Uhr und kurz nach 8 Uhr zu sich. Er diktierte etwa 30 Minuten lang seine zweite Variante über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion („Wie wir die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion reorganisieren sollen")[587] und sagte, daß er sie möglichst schnell fertig haben möchte.

20. Januar
Wladimir Iljitsch rief mich heute zwischen 12 und 1 Uhr zu sich. Er überlas seinen Artikel „Wie wir die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion reorganisieren sollen" und nahm Einfügungen und Korrekturen daran vor.
Er sagte, daß Nadeshda Konstantinowna ihm noch Material zu einem Teil seines Artikels liefern werde, und beauftragte Lidija Alexandrowna, genau festzustellen, welche und wieviel Institutionen es bei uns gibt, die sich mit Fragen der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit beschäftigen, wieviel Kongresse darüber stattgefunden und welche Gruppen an ihnen teilgenommen haben. Ob es nicht in Petrograd irgendwelche Materialien gibt? (Chlopljankin[588] hat das gleiche Material geschickt, das auch Nadeshda Konstantinowna hatte, nur etwas ausführlicher.)
Wladimir Iljitsch forderte eine vollständige Bücherliste an.[589] Ich war etwa 30 Minuten bei ihm.

21. Januar
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)
Wladimir Iljitsch hat niemanden zu sich bestellt.

22. Januar
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)
Wladimir Iljitsch bestellte mich für 25 Minuten zu sich (von 12 bis 12.25 Uhr). Er nahm Korrekturen an der zweiten Variante über die Ar-

beiter-und-Bauern-Inspektion vor und entschied sich endgültig für diese Variante. Da seine Zeit begrenzt war, beeilte er sich sehr. Er bat, den Artikel in Ordnung zu bringen, ihn abzuschreiben und ihm abends zu bringen. Nadeshda Konstantinowna, die mich einließ, sagte, daß er sich illegal noch ein paar Minuten für die Durchsicht des Artikels genommen habe. Nadeshda Konstantinowna teilte mir mit, daß die (diensthabende) Schwester mich erst nicht zu ihm lassen wollte. Nachdem ich Wladimir Iljitsch verlassen hatte, kam Nadeshda Konstantinowna ins Sekretariat und übermittelte mir die Bitte Wladimir Iljitschs, dort, wo ich beim Schreiben nicht mitgekommen sei (falls es solche Stellen gäbe), Lücken zu lassen. Sie sagte, es sei Wladimir Iljitsch so vorgekommen, als sei es schwer gewesen, ihm zu folgen, da er sich sehr beeilt habe. Ich teilte mit, daß ich alles mitgeschrieben habe, daß ich aber, sollten mir Zweifel kommen, seiner Bitte entsprechen werde.

23. Januar

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch bestellte mich zwischen 12 und 1 Uhr. Er las noch einmal flüchtig den obenerwähnten Artikel durch und nahm geringfügige Änderungen daran vor. Er bat, sie in sein und unser Exemplar einzutragen und davon ein Exemplar Maria Iljinitschna für die „Prawda" zu geben. Der Artikel wurde korrigiert und Maria Iljinitschna vor 3 Uhr übergeben. Er fragte, ob Lidija Alexandrowna zurückgekehrt sei und ob unsere Feiertage vorüber seien.

30. Januar

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Am 24. Januar rief Wladimir Iljitsch Fotijewa zu sich und ordnete an, man solle bei Dzierzynski oder Stalin die Materialien der Kommission zur georgischen Frage anfordern und sie eingehend studieren. Dieser Auftrag wurde Fotijewa, Gljasser und Gorbunow erteilt. Zweck ist ein Bericht an Wladimir Iljitsch, der das für den Parteitag braucht. Darüber, daß das Politbüro die Frage behandelt, war er offenbar nicht informiert.[590] Er sagte: „Kurz vor meiner Erkrankung hat mir Dzierzynski über die Arbeit der Kommission und über den ‚Zwischenfall' berichtet, und das hat mich mit großer Sorge erfüllt."

Am Donnerstag, dem 25. Januar, fragte er, ob die Materialien einge-

gangen seien. Ich antwortete, daß Dzierzynski erst am Sonnabend eintrifft und ich ihn deshalb noch nicht fragen konnte.

Am Sonnabend fragte ich Dzierzynski, der mir sagte, daß die Materialien bei Stalin sind. Ich schickte einen Brief an Stalin, der aber, wie sich herausstellte, nicht in Moskau war. Gestern, am 29. Januar, rief Stalin an und sagte, er dürfe die Materialien ohne das Politbüro nicht herausgeben. Er fragte, ob ich Wladimir Iljitsch nicht zuviel erzähle und woher sonst er so auf dem laufenden sei. Zum Beispiel zeige sein Artikel über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, daß ihm verschiedene Umstände bekannt sind. Ich antwortete, daß ich nichts sage und keinerlei Grund zu der Annahme habe, daß er auf dem laufenden sei. Heute bestellte mich Wladimir Iljitsch zu sich, um die Antwort zu erfahren, und sagte, er werde darum kämpfen, daß man die Materialien aushändige.

Am 26. Januar ordnete Wladimir Iljitsch an, Zjurupa, Swiderski und Awanessow zu sagen, sie möchten, wenn sie mit seinem Artikel einverstanden sind, eine Reihe von Beratungen einberufen und noch vor dem Parteitag erörtern, ob man nicht einen Plan, ein Konzept für Lehrbücher aufstellen solle (offenbar zur Normung der Arbeit). Er fragte, ob sie die Schriften von Kershenzew und Jermanski kennen.[591] Es gibt einen Plan für die wissenschaftliche Organisation der Arbeit, und in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion gibt es eine Normenabteilung.

Heute fragte er, was Zjurupa geantwortet habe und ob er sowie Swiderski, Awanessow und Reske[592] mit seinem Artikel einverstanden seien. Ebenso die anderen Mitglieder des Kollegiums. Ich antwortete, daß ich das nicht wisse. Er fragte, ob Zjurupa nicht schwanken würde, ob er die Sache nicht hinauszuziehen suche, ob er offen mit mir spreche. Ich sagte, daß ich vorläufig noch keine Möglichkeit gehabt habe, mit ihm zu sprechen, daß ich ihm nur den Auftrag übermittelt und er die Erledigung übernommen habe.

Am 24. Januar sagte Wladimir Iljitsch: „Zunächst zu unserer ‚konspirativen' Sache: ich weiß, daß Sie mich betrügen." Als ich ihm das Gegenteil versicherte, sagte er: „Ich habe darüber meine eigene Meinung."

Heute, am 30. Januar, erzählte Wladimir Iljitsch, der Arzt habe gestern seine Frage, ob er am 30. März auf dem Parteitag werde sprechen können, verneint, aber versprochen, daß er bis zu diesem Termin aufstehen und in einem Monat Zeitungen lesen dürfe. Auf die georgische Kommission

zurückkommend, sagte er lachend: „Das ist doch keine Zeitung, folglich kann ich das jetzt schon lesen." Seine Stimmung ist offenbar nicht schlecht. Er hat keine Kompresse auf dem Kopf.

1. Februar
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Heute rief mich Wladimir Iljitsch zu sich (um 6½ Uhr). Ich teilte ihm mit, das Politbüro habe der Herausgabe der Materialien zugestimmt.[593] Er gab Hinweise, was dabei zu beachten sei und überhaupt wie man mit ihnen arbeiten solle.[594] Wladimir Iljitsch sagte: „Wenn ich in Freiheit wäre (erst hatte er sich versprochen, aber dann wiederholte er lachend: wenn ich in Freiheit wäre), dann würde ich das leicht alles selbst machen." Wahrscheinlich werde das Studium der Materialien etwa 4 Wochen in Anspruch nehmen.

Er fragte, wie sich Zjurupa und die anderen zu seinem Artikel verhielten. Ich antwortete entsprechend den Anweisungen von Zjurupa und Swiderski, daß Swiderski völlig einverstanden sei. Zjurupa begrüße ihn in dem Teil, der die Hinzuziehung von Mitgliedern des Zentralkomitees betrifft, bezweifle aber die Möglichkeit, alle gegenwärtigen Funktionen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion bei einer Reduzierung auf 300–400 Mitarbeiter erfüllen zu können. Der Standpunkt Awanessows ist mir nicht bekannt. Morgen ist eine Beratung des gesamten Kollegiums.

Er fragte, ob der Artikel im Zentralkomitee behandelt worden sei. Ich antwortete, daß mir das nicht bekannt sei. Wladimir Iljitsch gab sich mit diesen Informationen zufrieden.

2. Februar
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch rief mich um 11¾ zu sich und diktierte den Artikel „Lieber weniger, aber besser"[595]. Ende des Diktats um 12½.[596]

Er bat Lidija Alexandrowna, jeden zweiten Tag bei ihm vorbeizukommen. Auf die Frage, „um wieviel Uhr", antwortete er, er sei doch jetzt ein freier Mann. Nebenbei warf er hin, daß man nur zwischen 2 und 5 nicht zu ihm kommen dürfe; es ginge um sechs, oder man solle das mit seiner Schwester absprechen.

Ich hatte ihn seit dem 23. Januar nicht gesehen. Sein Aussehen hat sich

bedeutend gebessert: er sieht frisch und munter aus. Er diktiert wie immer ausgezeichnet: ohne Stockungen, sehr selten nach einem Ausdruck suchend, richtiger: er diktiert nicht, sondern er spricht und untermalt seine Worte mit Gesten. Er hat keine Kompresse auf dem Kopf.

3. Februar

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch rief mich um 7 Uhr für ein paar Minuten zu sich und fragte, ob wir die Materialien durchgesehen hätten. Ich antwortete, daß wir sie nur oberflächlich angesehen haben und daß es nicht so viel sind, wie wir angenommen hatten. Er fragte, ob diese Frage im Politbüro behandelt worden sei. Ich antwortete, daß ich kein Recht hätte, darüber zu sprechen. Er fragte: „Hat man Ihnen verboten, eben und speziell hierüber zu sprechen?" „Nein, überhaupt darf ich nicht über laufende Angelegenheiten sprechen." „Also ist das eine laufende Angelegenheit?" Ich begriff, daß mir ein Lapsus unterlaufen war, und wiederholte, daß ich kein Recht hätte zu sprechen. Er sagte: „Ich kenne diese Sache noch von Dzierzynski, aus der Zeit vor meiner Krankheit. Hat die Kommission im Politbüro Bericht erstattet?" „Ja, und das Politbüro hat ihren Beschluß im allgemeinen bestätigt, soweit ich mich erinnere." Er sagte: „Nun, ich denke, Sie machen Ihren Bericht in etwa drei Wochen, und dann werde ich einen Brief schreiben." Ich entgegnete: „Vielleicht schaffen wir es nicht in 3 Wochen." Dann kamen die Ärzte (Foerster, der eben erst angekommen war, Koshewnikow und Kramer), und ich ging. Er sah vergnügt und munter aus, vielleicht war er ein wenig aufgeregt vor der Visite Foersters, der ihn lange nicht gesehen hatte.

4. Februar

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch rief mich heute gegen 6 Uhr zu sich. Er fragte, ob ich nichts dagegen hätte, daß er mich auch am Sonntag ruft. („Schließlich wollen auch Sie sich doch irgendwann erholen!")

Er diktierte über eine halbe Stunde die Fortsetzung des Artikels „Lieber weniger, aber besser". Sein Aussehen ist frisch, die Stimme kräftig. Er ist ohne Kompresse. Er schloß mit den Worten: „Nun, das genügt vorläufig. Ich bin ein bißchen müde." Er bat, das Stenogramm zu übertragen und

anzurufen, sobald ich fertig sei, da er den Artikel wahrscheinlich noch heute weiterdiktieren werde; er sagte, es sei eine alte Gewohnheit von ihm, das Manuskript beim Schreiben vor sich zu haben, ohne dies komme er schwer zurecht.

Nadeshda Konstantinowna teilte mir mit, daß der deutsche Arzt (Foerster) bei ihm gewesen sei, der ihm viele angenehme Dinge gesagt, Gymnastik erlaubt und die Zeit zum Diktieren von Artikeln verlängert habe. Wladimir Iljitsch sei sehr zufrieden gewesen.

Um 8 Uhr rief er mich wieder zu sich, diktierte jedoch nicht, sondern sah das Geschriebene durch und ergänzte einiges. Als er fertig war, sagte er, er beabsichtige, den Artikel, bevor er ihn zum Druck gibt, Zjurupa und vielleicht noch einigen weiteren Mitgliedern seines Kollegiums zu zeigen, auch wolle er diesen seinen Gedanken noch das eine oder andere hinzufügen. Er diktierte langsamer als gewöhnlich. Hatte eine Kompresse auf dem Kopf. Sein Gesicht wurde blasser, er war offensichtlich müde.

5. Februar

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Heute rief mich Wladimir Iljitsch um 12 Uhr zu sich. Ich war ³/₄ Stunden dort. Er diktierte langsam. An einer Stelle fehlte ihm ein Ausdruck und er sagte: „Irgendwie geht es bei mir heute nicht so glatt, nicht so flink" (er betonte das letzte Wort). Er ließ sich seinen Artikel „Wie wir die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion reorganisieren sollen" geben und las selber schweigend etwa 3–4 Minuten. Er diktierte noch etwas weiter und machte dann Schluß, mit dem Bemerken, daß er mich heute um 4 oder 5, vielleicht aber auch um 6 Uhr rufen werde.

5. Februar, abends

(Eintragung von M. I. Gljasser)

Wladimir Iljitsch bestellte um 7 Uhr (10 Minuten vor 7) Lidija Alexandrowna, da sie jedoch erkrankt war, rief er mich.

Er erkundigte sich, ob wir schon begonnen hätten, die Materialien der georgischen Kommission zu sichten, und in welcher Zeit wir diese Arbeit abzuschließen gedächten. Ich antwortete, wir hätten die Materialien aufgeteilt und zu lesen begonnen; was den Termin betreffe, so rechneten wir mit der Frist, die er uns gestellt hat, d. h. mit drei Wochen. Er fragte, wie

wir sie zu lesen beabsichtigen. Ich sagte, wir seien zu dem Schluß gelangt, daß jeder von uns alles lesen müsse. „Ist das Ihr einstimmiger Beschluß?" – „Ja." Wladimir Iljitsch begann auszurechnen, wieviel Zeit noch bis zum Parteitag sei. Als ich sagte, daß es noch ein Monat und 25 Tage seien, meinte er, daß diese Frist wohl ausreiche, falls jedoch zusätzliche Informationen eingeholt werden müßten, könne sie sich als zu kurz erweisen, um so mehr, wenn man berücksichtige, daß es bis zum Kaukasus sehr weit ist. Er erkundigte sich, wieviel jeder von uns arbeitet, und meinte, wir könnten nötigenfalls Woloditschewa und Schuschanika Manutscharjanz zur Arbeit hinzuziehen. Dann fragte er, ob wir einen formellen Beschluß gefaßt hätten, daß alle alles lesen sollen. Ich antwortete, daß wir diesen Beschluß nirgends schriftlich festgehalten haben, und fragte ihn, ob er vielleicht etwas dagegen habe. Er sagte, daß er natürlich gern sehen würde, daß wir alle alles lesen, aber die Aufgaben unserer Kommission seien doch äußerst unbestimmt. Einerseits möchte er uns nicht übermäßig belasten, anderseits aber müsse man damit rechnen, daß es im Verlauf der Arbeit notwendig werden könne, diese Aufgaben zu erweitern. Möglicherweise werde man zusätzliche Materialien einholen müssen. Er fragte, wo die Materialien aufbewahrt werden, wie wir mit ihnen arbeiten, ob wir alle Materialien kurz konspektieren und ob wir die Konspekte mit der Maschine abschreiben („würde das nicht zuviel Arbeit machen?"). Schließlich sagte Wladimir Iljitsch, daß wir im Laufe der nächsten Woche entscheiden sollten, wieviel Zeit wir brauchen und in welcher Form wir diese Materialien durcharbeiten werden; bei der Bearbeitung sollen wir uns von der Notwendigkeit leiten lassen, eine allgemeine Übersicht über alle Angaben anzufertigen, sowohl zu den Fragen, die die Kommission festgelegt hat, als auch zu denjenigen, die er uns im Verlauf der Arbeit stellen wird.

Dann erteilte Wladimir Iljitsch den Auftrag, bei Popow anzufragen, wie weit es mit der Bearbeitung der Materialien aus der Zählung der Statistischen Zentralverwaltung in Petrograd, Moskau und Charkow (falls hier eine Zählung stattgefunden hat) ist, in welchem Zeitraum er sie durchzuarbeiten gedenkt und ob sie veröffentlicht werden.[597] Wladimir Iljitsch möchte sie gern bis zum Parteitag gedruckt sehen; er findet, daß die Materialien angesichts der besonderen Bedeutung dieser Zählung veröffentlicht werden müssen, wenngleich die Angaben der vorangegangenen Zählungen nicht veröffentlicht wurden und Popow lediglich Wladimir

Iljitsch die Tabellen zugestellt hat. Deshalb muß man besonders auf Popow drücken und ihm eine offizielle Anfrage dazu schicken, nachdem man vorher mit ihm darüber gesprochen hat.

Ich blieb insgesamt 20 Minuten. Ich sah Wladimir Iljitsch zum erstenmal während seiner Krankheit. Er sieht meiner Meinung nach gut und munter aus, nur ein wenig blasser als früher. Er spricht langsam, gestikuliert mit der linken Hand und bewegt die Finger der rechten. Er hat keine Kompresse auf dem Kopf.

6. Februar, abends
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch bestellte mich zwischen 7 und 9 Uhr. Ich war etwa $1^1/_2$ Stunden dort. Er begann zunächst seinen Artikel „Lieber weniger, aber besser" zu lesen. Wladimir Iljitsch amüsierte sich über die mit roter Tinte vorgenommenen Korrekturen (nicht über die Korrekturen selbst, was ihren Charakter betrifft, sondern über die Art der Eintragung!). Der Artikel war auf seine Bitte hin nicht abgeschrieben, sondern das ursprünglich aus dem Stenogramm übertragene Exemplar nur durch die Korrekturen ergänzt worden, die Wladimir Iljitsch beim Lesen vorgenommen hatte. Da aber die Korrekturen nicht mit Korrekturzeichen, sondern so eingetragen waren, wie es Sekretäre gewöhnlich tun, so erwies sich das bei erneutem Lesen für Wladimir Iljitsch als unbequem. In Zukunft, bat er, sollte man alles neu abschreiben. Beim Überfliegen des Artikels schweifte Wladimir Iljitsch verschiedentlich ab und sprach über seine alte Gewohnheit, zu schreiben und nicht zu diktieren; darüber, daß er jetzt verstehe, warum ihn die Stenografen nicht zufriedenstellen (er sagte: „nicht zufriedenstellten"); daß er gewöhnt sei, sein Manuskript vor Augen zu haben, anzuhalten, in schwierigen Fällen eine Stelle, an der er sich „verheddert" habe, zu überdenken, im Zimmer umherzugehen, sogar einfach irgendwohin spazierenzugehen; daß er auch jetzt häufig gern zum Bleistift greifen und schreiben oder selber Korrekturen eintragen möchte.

Er erinnerte sich noch, wie er im Jahre 18 versucht hatte, dem Stenografen Trotzkis seinen Artikel zu diktieren, wie er, sobald er merkte, daß er sich „verhedderte", vor Aufregung mit „unglaublicher" Geschwindigkeit immer weiter „jagte" und wie das dazu führte, daß er das ganze Manu-

skript verbrennen mußte, woraufhin er sich selbst hinsetzte und den „Renegaten Kautsky"[598] schrieb, mit dem er dann zufrieden war.

Das alles erzählte Wladimir Iljitsch sehr vergnügt und lachte sein ansteckendes Lachen. Eine solche Stimmung hatte ich bei ihm noch nicht gesehen. Er diktierte einen Teil seines Artikels weiter. Das Diktat dauerte etwa 15–20 Minuten. Er beendete das Diktat selbst.

7. Februar

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch rief mich zu sich. Er sprach über drei Fragen.

1. Über die Ergebnisse der Zählung (hierzu erteilte er einen Auftrag: er bat, ihm die Korrekturbogen des Sammelbandes über die Zählung zu zeigen. Ich sagte, daß dazu die Genehmigung Stalins notwendig sei).

2. Über die georgische Kommission. Er erkundigte sich, in welchem Stadium die Arbeit sei, wann wir mit dem Lesen fertig werden, wann wir zusammenkommen usw.

3. Über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion. Beabsichtigt das Kollegium, jetzt irgendeinen Beschluß zu fassen, „einen Schritt von staatlicher Bedeutung zu tun", oder verschiebt es die Sache bis zum Parteitag? Er sagte, daß er einen Artikel schreibe, aber nicht damit zu Rande komme; dennoch wolle er ihn noch fertigmachen und Zjurupa zu lesen geben, bevor er ihn in Druck gibt. Er beauftragte mich, Zjurupa zu fragen, ob er sich mit diesem Artikel beeilen müsse oder nicht.

Heute sagte Koshewnikow, daß sich der Gesundheitszustand Wladimir Iljitschs sehr gebessert habe. Er kann schon die Hand bewegen und beginnt selber zu glauben, daß es ihm wieder möglich sein wird, sie zu gebrauchen.

7. Februar, vormittags

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Ich war gegen 12½ bei Wladimir Iljitsch. Er sagte, er werde zu allen möglichen Themen diktieren, ordnen werde er sie später. Er diktierte zu folgenden Themen: 1. Wie kann man Parteiinstitutionen mit Sowjetinstitutionen vereinigen? und 2. Ziemt es sich, die Lerntätigkeit mit der Amtstätigkeit zu verbinden?

Bei den Worten „Und je schroffer diese Revolution . . ." hielt er inne

und wiederholte sie mehrmals, offensichtlich hatte er Schwierigkeiten; er bat, ihm zu helfen und das Vorangegangene nochmals vorzulesen, dann lachte er und sagte: „Hier bin ich, wie es scheint, endgültig steckengeblieben, so vermerken Sie es auch – genau an dieser Stelle steckengeblieben!"

Auf meine Worte, daß ich nur noch für eine kurze Zeitspanne sein unvermeidliches Übel sei, da er bald selbst werde schreiben können, entgegnete er: „Nun, wer weiß, wann das sein wird!" Seine Stimme klang müde und angegriffen.

7. Februar, abends

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch rief mich zwischen 7 und 9 Uhr zu sich. Ich war etwa 1½ Stunden dort. Er beendete den Satz, bei dem er gestern stehengeblieben war. Er sagte: „Ich werde jetzt versuchen, das nächste Thema zu entwickeln." Danach fragte er nach den Themen, die er früher vorgemerkt hatte[599]; als ich ihm die Themen vorgelesen hatte, bemerkte er, daß ihm eins davon entfallen wäre (über das Verhältnis zwischen dem Hauptausschuß für technische Berufsausbildung und der allgemeinen Bildungsarbeit im Volk). Er diktierte den allgemeinen Teil seines Artikels „Lieber weniger, aber besser". Er diktierte schnell und frei, ohne Anstrengung, gestikulierend.

Als er fertig war, sagte er, daß er später versuchen werde, diesen Teil mit dem ganzen Artikel in seiner Gesamtheit zu verbinden. Er war müde. Abends erfuhr ich von Nadeshda Konstantinowna, daß Wladimir Iljitsch morgen nicht diktieren wird; er beabsichtigt zu lesen.

9. Februar

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Morgens bestellte mich Wladimir Iljitsch zu sich. Er bestätigte, daß er die Frage der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion vor den Parteitag bringen werde. Was die Zählung betrifft, so mache er sich Sorgen, ob man die Tabellen in der Form veröffentlichen wird, wie das notwendig ist. Er war einverstanden mit meinem Vorschlag, daß Kamenew oder Zjurupa jemanden beauftragen sollen, das zu überprüfen. Ein entsprechender Auftrag soll Krshishanowski und Swiderski erteilt werden. Stimmung und Aussehen waren ausgezeichnet. Er sagte, daß Foerster dazu neige, ihm Zu-

sammenkünfte früher als Zeitunglesen zu gestatten. Auf meine Bemerkung, daß das vom ärztlichen Standpunkt aus wohl wirklich besser wäre, dachte er nach und sagte sehr ernst, daß es seiner Meinung nach gerade vom ärztlichen Standpunkt aus schlechter sei, da er das gedruckte Material nur lesen würde – und fertig, während eine Zusammenkunft zum Meinungsaustausch führe.

9. Februar, vormittags
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch rief mich zwischen 12 und 1 Uhr zu sich. Er sagte, daß das neu Abgeschriebene ihn mehr zufriedenstelle. Er las den zuletzt diktierten Teil des Artikels und nahm daran fast keine Korrekturen vor. Als er fertig war, sagte er: „Das ist mir, wie es scheint, recht gut gelungen." Ich hatte den Eindruck, daß er mit diesem Teil seines Artikels sehr zufrieden war. Er bat mich, den Schluß zu schreiben: „So verbinde ich . . ." usw. Ich war etwa eine Stunde da.

9. Februar, abends

Wladimir Iljitsch bestellte Lidija Alexandrowna zu sich. Nadeshda Konstantinowna bat, ihr den allgemeinen Teil des Artikels zu geben, da Wladimir Iljitsch sie gebeten habe, ihn zu lesen.

10. Februar
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch bestellte mich zwischen 6 und 7 Uhr und beauftragte mich, den Artikel „Lieber weniger, aber besser" Zjurupa zu geben, er solle ihn nach Möglichkeit innerhalb von zwei Tagen lesen.

Er bat um Bücher laut Aufstellung.[600] Er sieht müde aus und spricht mit großer Anstrengung, verliert den Faden und bringt die Worte durcheinander. Auf dem Kopf hat er eine Kompresse.

12. Februar
(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Es geht Wladimir Iljitsch schlechter. Er hat starke Kopfschmerzen. Er rief mich für ein paar Minuten zu sich. Wie Maria Iljinitschna erzählt, haben ihn die Ärzte derart aufgeregt, daß ihm die Lippen gezittert haben.

Foerster hatte am Vortage gesagt, daß ihm Zeitungen, Zusammenkünfte und politische Informationen kategorisch verboten sind. Auf die Frage, was er unter politischen Informationen verstehe, hatte Foerster geantwortet: „Nun, sehen Sie, zum Beispiel interessieren Sie sich für die Zählung der Sowjetangestellten." Offensichtlich ärgerte sich Wladimir Iljitsch über diese Informiertheit der Ärzte. Außerdem hatte Wladimir Iljitsch offenbar den Eindruck, daß nicht die Ärzte dem Zentralkomitee Anweisungen geben, sondern daß das Zentralkomitee den Ärzten Instruktionen gegeben hat.

Er sprach mit mir wieder über die gleichen drei Themen und sagte, er habe Kopfschmerzen. Ich scherzte, daß ich ihn durch Hypnose heilen werde und daß die Kopfschmerzen in zwei Tagen vorbei sein würden.

14. Februar

(Eintragung von L. A. Fotijewa)

Wladimir Iljitsch rief mich zwischen 12 und 1 Uhr zu sich. Er hatte keine Kopfschmerzen und sagte, er sei vollkommen gesund. Seine Krankheit sei nervöser Art und so, daß er zeitweise vollkommen gesund sei, d. h. einen ganz klaren Kopf habe, während es ihm zeitweise schlechter gehe. Deshalb sollen wir uns mit seinen Aufträgen beeilen, denn er will unbedingt einiges zum Parteitag fertigmachen und hofft, daß er dazu in der Lage sein wird. Wenn wir die Sache jedoch verzögern und damit unmöglich machen, so wäre er sehr, sehr unzufrieden. Dann kamen die Ärzte, und wir mußten abbrechen.

14. Februar, abends

Er rief mich erneut zu sich. Das Sprechen fiel ihm schwer, er war sichtlich müde. Er sprach wieder über die drei Punkte seiner Aufträge. Besonders ausführlich über den, der ihn am meisten beschäftigt, d. h. über die georgische Frage. Er bat, wir sollten uns beeilen, und gab einige Anweisungen.[601]

5. März

(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch bestellte mich gegen 12 und bat mich, zwei Briefe zu schreiben: einen an Trotzki[602] und einen an Stalin[603]; der erste ist Trotzki

persönlich telefonisch zu übermitteln, seine Antwort soll Wladimir Iljitsch so schnell wie möglich mitgeteilt werden. Den zweiten bat er vorläufig zurückzuhalten, da es ihm heute, wie er sagte, nicht so recht von der Hand ginge. Er fühlte sich nicht gut.

6. März
(Eintragung von M. A. Woloditschewa)

Wladimir Iljitsch fragte nach der Antwort auf den ersten Brief (die telefonische Antwort wurde stenografiert). Er las den zweiten (an Stalin) durch und bat, ihn persönlich zu übergeben und direkt die Antwort in Empfang zu nehmen. Er diktierte einen Brief an die Gruppe Mdiwani.[604] Er fühlte sich schlecht. Nadeshda Konstantinowna bat, Stalin diesen Brief nicht zu schicken, was am 6. auch nicht geschah. Aber am 7. sagte ich, daß ich den Auftrag Wladimir Iljitschs ausführen müsse. Sie besprach sich mit Kamenew, und der Brief wurde Stalin und Kamenew übergeben, später auch Sinowjew, als dieser aus Petrograd zurückkam. Stalin antwortete sofort, nachdem er den Brief von Wladimir Iljitsch erhalten hatte (der Brief war von mir persönlich an Stalin übergeben worden, und Stalin diktierte mir auch seine Antwort an Wladimir Iljitsch). Wladimir Iljitsch hat den Brief noch nicht erhalten, da er erkrankt ist.[605]

Zum erstenmal veröffentlicht 1963 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS“ Nr. 2.

Nach den Aufzeichnungen der Sekretäre.

ANMERKUNGEN

[1] Gemeint ist das Gesamtrussische Exekutivkomitee des Eisenbahnerverbandes (Wikshel). Es wurde auf dem Konstituierenden I. Gesamtrussischen Eisenbahnerkongreß gewählt, der im Juli–August 1917 in Moskau stattfand. Die Führung im Exekutivkomitee hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Nach dem Sieg des bewaffneten Oktoberaufstands in Petrograd war das Exekutivkomitee ein Zentrum der Konterrevolution. Es verschanzte sich hinter Neutralitätsbeteuerungen und Appellen zur Beendigung des Bürgerkriegs, sabotierte den Abtransport revolutionärer Truppen aus Petrograd nach Moskau, wo der bewaffnete Kampf für die Errichtung der Sowjetmacht andauerte, und drohte mit der Stillegung des Eisenbahnverkehrs. Am 29. Oktober (11. November) 1917 nahm das Exekutivkomitee eine Resolution an, in der es dazu aufrief, eine neue, sogenannte „sozialistische Einheitsregierung" zu bilden, der Vertreter aller Parteien „von den Bolschewiki bis zu den Volkssozialisten" angehören sollten. Die konterrevolutionäre Politik und die Machenschaften des Exekutivkomitees riefen bei den Eisenbahnarbeitern große Unzufriedenheit hervor. Auf dem Außerordentlichen Gesamtrussischen Eisenbahnerkongreß im Januar 1918 wurde das Exekutivkomitee aufgelöst. Der Kongreß wählte als zentrales Organ des Eisenbahnerverbandes ein neues Gesamtrussisches Exekutivkomitee (Wikshedor), das überwiegend aus Bolschewiki bestand. *1*

[2] Der „Entwurf eines Dekrets über die Beschlagnahme warmer Sachen für die Frontsoldaten" wurde in der Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 8. (21.) November 1917 beraten und bestätigt. Die Ergänzungen Lenins wurden in der endgültigen Fassung des Dekrets berücksichtigt. (Siehe „Prawda" Nr. 184 vom 22. (9.) November 1917.) Was die „Beschlagnahme von Wohnungen der Reichen zur Linderung der Not der Armen" anbelangt, so wurde entsprechend den Vorschlägen Lenins der „Ent-

wurf eines Dekrets über die Einquartierung von Rotarmisten- und Arbeitslosenfamilien in die Wohnungen der Bourgeoisie und über die Begrenzung des Wohnraums" ausgearbeitet und in der Sitzung des Petrograder Sowjets am 1. März 1918 bestätigt. (Siehe „Iswestija" Nr. 38 vom 2. März 1918.) *2*

3 Gemeint sind die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung im Wahlkreis Petrograd (Hauptstadt), die vom 12. bis 14. (25. bis 27.) November 1917 stattgefunden hatten. Das vorläufige Ergebnis dieser Wahlen wurde am 15. (28.) November, das endgültige am darauffolgenden Tag bekannt. Es ergab für die Partei der Bolschewiki 424 000 Stimmen und 6 Sitze in der Konstituierenden Versammlung (von 12 des Petrograder Wahlkreises); die Kadetten erhielten 247 000 Stimmen (4 Sitze), die Sozialrevolutionäre 152 000 (2 Sitze, davon einen die linken Sozialrevolutionäre). *3*

4 Bei den Wahlen zu den Stadtbezirksdumas in Petrograd, die Ende Mai bis Anfang Juni 1917 stattfanden, stimmten 20% der Wähler für die Kandidaten der Bolschewiki. Bei den Wahlen zur Petrograder Stadtduma am 20. August (2. September) erhielten die Bolschewiki 33% aller abgegebenen Stimmen. Mit den Wahlen im September meint Lenin wahrscheinlich die Wahlen zu den Stadtbezirksdumas in Moskau, die am 24. September (7. Oktober) 1917 stattfanden und bei denen die Bolschewiki 51% aller Stimmen erhielten. Lenin wies darauf hin, daß dieses Stimmenverhältnis überhaupt „eines der auffallendsten Symptome für den tiefgreifenden Umschwung in der Stimmung der ganzen Nation" war. (Werke, Bd. 26, S. 63.) *3*

5 Der vorliegende Entwurf entstand in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 18. November (1. Dezember) 1917, in der über die Gehälter der Volkskommissare beraten wurde. Er wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen und als Beschluß des Rats der Volkskommissare „Über die Höhe der Gehälter der Volkskommissare, der höheren Angestellten und Beamten" am 23. November (6. Dezember) 1917 in Nr. 16 der „Gaseta Wremennowo Rabotschewo i Krestjanskowo Prawitelstwa" veröffentlicht.

Die Frage der Spezialistengehälter wurde später von der Partei und der Sowjetregierung erneut behandelt. Im Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 2. (15.) Januar 1918 „Zu den Gehaltsnormen für höhere Angestellte" (siehe den vorliegenden Band, S. 20) wurde darauf verwiesen, daß die Begrenzung der Gehälter für die Volkskommissare kein Verbot darstellt, an Spezialisten höhere Gehälter zu zahlen. Durch Beschluß des Gesamtrussischen ZEK vom 29. April 1918 wurde diese Änderung im allgemeinen Entlohnungssystem für notwendig erklärt. *4*

6 Der vorliegende Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 19. November (2. Dezember) 1917 angenommen. *4*

[7] Nach der Verhaftung des Generals Manikowski übernahmen der Volkskommissar für Heereswesen N. I. Podwoiski und die Kollegiumsmitglieder des Volkskommissariats für Heereswesen B. W. Legran, K. A. Mechonoschin und E. M. Skljanski die Leitung der Militärbehörde.

Am 30. November (13. Dezember) faßte der Rat der Volkskommissare den Beschluß, Manikowski und Maruschewski gegen Kaution freizulassen. *5*

[8] Am 25. November (8. Dezember) 1917 wurde das 6., das Tukumser, lettische Schützenregiment von Valka nach Petrograd verlegt und verrichtete bereits am 28. November (11. Dezember) den Garnisonsdienst im Bereich des Smolny und des Taurischen Palastes. *5*

[9] Die vorliegenden Thesen schrieb W. I. Lenin für einen Dekretentwurf des Rats der Volkskommissare über die Nationalisierung der städtischen Immobilien. Der Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 23. November (6. Dezember) 1917 bestätigt und am 25. November (8. Dezember) in Nr. 18 der „Gaseta Wremennowo Rabotschewo i Krestjanskowo Prawitelstwa" unter der Überschrift „Entwurf eines Dekrets über die Aufhebung des Privateigentums an städtischen Immobilien (angenommen vom Rat der Volkskommissare)" veröffentlicht. Am 20. August 1918 wurde das Dekret in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK bestätigt und am 24. August in den „Iswestija WZIK" Nr. 182 veröffentlicht. *5*

[10] Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin bei der Erörterung seines Vorschlags über die Organisierung einer „Sonderkommission zur Durchführung einer sozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik" in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 27. November (10. Dezember) 1917. Der Entwurf wurde in etwas geänderter Fassung bestätigt. *6*

[11] Die Besondere Beratung für Verteidigungsfragen war am 17. (30.) August 1915 gebildet worden, „um Maßnahmen zur Verteidigung des Staates zu erörtern und zu koordinieren und um die Versorgung der Armee und Flotte mit Kriegs- und sonstigem Material zu sichern". („Besondere Beratungen und Komitees der Kriegszeit", Petrograd 1917, S. 7, russ.)

Durch Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 11. (24.) Dezember 1917 erhielt die Besondere Beratung für Verteidigungsfragen die Aufgabe, „die Aufträge für die Verteidigung zu annullieren oder auf das für Friedenszeiten normale Niveau zu reduzieren sowie die damit verbundene Demobilisierung der Betriebe und ihren Übergang zur Friedensproduktion zu organisieren". („Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 214, russ.) *6*

[12] Die Bemerkungen W. I. Lenins „*Zu den Losungen für die Demonstration*" sind eine Ergänzung zu dem am 28. November (11. Dezember) 1917 in der „Prawda" und in den „Iswestija ZIK" veröffentlichten Aufruf des Petrograder

Sowjets „An die Arbeiter und Soldaten Petrograds". Für diesen Tag hatten die Kadetten eine Demonstration anberaumt in der Absicht, eigenmächtig die Konstituierende Versammlung zu eröffnen und einen konterrevolutionären Umsturz durchzuführen.

Der Versuch der konterrevolutionären Bourgeoisie, unter Führung der Kadetten die Macht zu ergreifen, wurde durch die Maßnahmen des Rats der Volkskommissare und des Petrograder Sowjets vereitelt. *7*

13 Den Entwurf des Beschlusses des ZK der Partei über die Verantwortung für unbegründete Beschuldigungen schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit der anonymen Beschuldigung J. Haneckis, er sei Angestellter einer deutschen Handelsfirma gewesen. Einen Brief Lenins an das ZK der SDAPR(B) zu dieser Angelegenheit siehe Briefe, Bd. V, Dokument 24. *8*

14 Über den Grubenbezirk Alexandrowsk-Gruschewski war in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 9. (22.) Dezember 1917 beraten worden. *11*

15 *Monopolrat* – von der Provisorischen Regierung 1917 gebildete Institution zur Wahrung des Handelsmonopols für Brennstoffe aus dem Donezbecken. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution sabotierte der Rat die Brennstoffversorgung des Verkehrswesens und der Industriebetriebe im Zentrum Sowjetrußlands. *11*

16 Den hier veröffentlichten Entwurf schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 13. (26.) Dezember 1917, in der die Koordinierungskommission, die am 11. (24.) Dezember vom Rat der Volkskommissare zur Überprüfung der Gehaltstarife für Angestellte staatlicher Institutionen eingesetzt worden war, über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichtete. Der Entwurf wurde in etwas geänderter Fassung bestätigt. Auf Grund des angenommenen Beschlusses erteilte der Rat der Volkskommissare allen Volkskommissariaten die Anweisung, ab 1. (14.) November 1917 neue, höhere Gehaltstarife für die Angestellten der staatlichen Institutionen einzuführen; die Volkskommissare wurden angewiesen, sofort alle notwendigen Veränderungen in den Gehaltsbudgets für 1918 vorzunehmen. *12*

17 Den vorliegenden Entwurf brachte W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 15. (28.) Dezember 1917 ein, in der über die Einstellung der Arbeit in den Putilow-Werken beraten wurde. Der Entwurf wurde angenommen und am 17. (30.) Dezember 1917 als Beschluß des Rats der Volkskommissare „Über die Bildung einer Kommission von Praktikern" in Nr. 35 der „Gaseta Wremennowo Rabotschewo i Krestjanskowo Prawitelstwa" veröffentlicht. *12*

18 Der Vorschlag W. I. Lenins über die Verfahrensweise bei der Aufnahme von Fragen in die Tagesordnung der Sitzungen des Rats der Volkskommissare

wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 18. (31.) Dezember 1917 erörtert; es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Instruktion Lenins und der Vorschlag Gorbunows, die Tagesordnung eine halbe Stunde vor dem (festgesetzten) Beginn der Sitzung abzuschließen, werden bestätigt; die Volkskommissare haben sich unterschriftlich zu verpflichten, diesen Beschluß einzuhalten." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *13*

19 Diesen Entwurf schrieb W. I. Lenin während der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 19. Dezember 1917 (1. Januar 1918), in der ein Protest des Vorsitzenden der Gesamtrussischen Tscheka F. E. Dzierzynski gegen die Handlungsweise des Volkskommissars für Justiz I. S. Steinberg und des Kollegiumsmitglieds des Volkskommissariats für Justiz W. A. Karelin, zweier linker Sozialrevolutionäre, behandelt wurde.

Es ging um folgendes: Am Vorabend, während der Sitzung des Rats der Volkskommissare, teilte man Lenin mit, daß die Tscheka im Gebäude der Freien Ökonomischen Gesellschaft eine Gruppe von Mitgliedern des konterrevolutionären „Bundes zur Verteidigung der Konstituierenden Versammlung" verhaftet habe, die versucht hatten, eigenmächtig und entgegen dem Dekret des Rats der Volkskommissare die „Tagung" der Konstituierenden Versammlung zu eröffnen. Der Rat der Volkskommissare beschloß, die Verhafteten solange festzuhalten, bis man das Nötige über ihre Person festgestellt hat. Steinberg und Karelin fuhren an den Ort des Geschehens; sie hielten sich jedoch nicht an den Beschluß des Rats der Volkskommissare, sondern ließen alle Verhafteten frei und informierten nicht einmal die Tscheka hierüber. Ihre Handlungsweise widersprach der Vereinbarung der Zentralkomitees der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre, im Rat der Volkskommissare eine gemeinsame Linie zu verfolgen, und verstieß gegen die von den linken Sozialrevolutionären bei ihrem Eintritt in den Rat der Volkskommissare eingegangene Verpflichtung, die Politik der Sowjetmacht durchzuführen.

Der Rat der Volkskommissare bestätigte Lenins Beschlußentwurf. *13*

20 Gemeint sind die Gesamtrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage (Gesamtrussische Tscheka), die Untersuchungskommission beim Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die Untersuchungskommission für die Kriegsmarine und das Komitee zum Kampf gegen Ausschreitungen Betrunkener. *13*

21 *„Nowaja Shisn"* (Neues Leben) – Tageszeitung, die vom 18. April (1. Mai) 1917 bis Juli 1918 in Petrograd erschien. Die Zeitung wurde auf Initiative von internationalistischen Menschewiki und von Schriftstellern gegründet, die sich um die Zeitschrift „Letopis" gruppierten. Der Oktoberrevolution und der

Errichtung der Sowjetmacht stand die Zeitung feindlich gegenüber. Ab 1. Juni 1918 erschien sie in zwei Ausgaben: einer Petrograder und einer Moskauer. Beide Ausgaben wurden im Juli 1918 verboten. *17*

22 Es handelt sich um eine Erklärung, die S. A. Losowski, damals Sekretär des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, an die bolschewistische Fraktion des ZEK gerichtet hatte. Die Erklärung war in Nr. 172 der „Nowaja Shisn" vom 4. (17.) November 1917 veröffentlicht. Im Dezember 1917 wurde S. A. Losowski aus der bolschewistischen Partei ausgeschlossen. Im Dezember 1919 wurde er wieder in die KPR(B) aufgenommen. *17*

23 Lenin meint S. A. Losowskis Artikel „An den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß" und „Gewerkschaften und Sowjetmacht", die in den Nummern 7 und 8 des „Professionalny Westnik", Jahrgang 1917, erschienen waren.

„Professionalny Westnik" (Gewerkschaftsbote) – Zeitschrift, Organ des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften; erschien von September 1917 bis März 1919 in Petrograd. *17*

24 Der vorliegende Entwurf wurde von W. I. Lenin eingebracht und in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 2. (15.) Januar 1918 angenommen, in der die Anfrage des Volkskommissars für Arbeit A. G. Schljapnikow über die Gehaltsnormen für höhere Angestellte von Betriebsleitungen behandelt wurde. *20*

25 Lenin meint den Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 18. November (1. Dezember) 1917 „Über die Höhe der Gehälter der Volkskommissare, der höheren Angestellten und Beamten". Der Entwurf dieses Beschlusses stammte von W. I. Lenin. (Siehe den vorliegenden Band, S. 4.) *20*

26 Der Entwurf des Beschlusses *„Über Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage"* wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 14. (27.) Januar 1918 angenommen. Dieser Beschluß war ein Versuch, den Gesamtrussischen Rat für Ernährungswesen, der sich dem Volkskommissariat für Ernährungswesen entgegenstellte und die Maßnahmen der Sowjetmacht sabotierte, zur gemeinsamen Arbeit mit der Sowjetmacht heranzuziehen. Der erste sowjetische Kongreß für Ernährungswesen, der am 14. (27.) Januar in Petrograd eröffnet wurde und an dem Delegierte des III. Gesamtrussischen Sowjetkongresses teilnahmen, löste den Rat für Ernährungswesen und andere Organisationen, die sich mit Angelegenheiten des Ernährungswesens beschäftigten, auf und konzentrierte die Leitung aller mit dem Ernährungswesen zusammenhängenden Fragen bei den Organen der Sowjetmacht. *21*

27 Am 11. (24.) Januar 1918 hatte der Rat der Volkskommissare auf Vorschlag des Volkskommissars für Justiz, des linken Sozialrevolutionärs I. S. Steinberg, eine Überprüfung der Tätigkeit der Untersuchungskommission beim Petro-

grader Sowjet angesetzt und die gesamte Kommission bis zur Klärung der Überprüfungsergebnisse beurlaubt. Die Vorsitzenden der Untersuchungskommission M. Kozlowski und P. A. Krassikow wandten sich an den Rat der Volkskommissare mit der Bitte, diesen Beschluß aufzuheben. Daraufhin ersuchte der Rat der Volkskommissare am 14. (27.) Januar die von ihm gebildete Revisionskommission, das Ergebnis der Überprüfung innerhalb von 48 Stunden vorzulegen; außerdem faßte er den Beschluß, sich mit einer Anfrage an das ZK der Partei der linken Sozialrevolutionäre zu wenden. Entsprechend *diesem Beschluß schrieb Lenin die hier veröffentlichte Anfrage.*

Die Mitteilungen der Kommission, die die Tätigkeit der Untersuchungskommission überprüft hatte, wurden im Rat der Volkskommissare erörtert. Am 21. Januar (3. Februar) bestätigte der Rat der Volkskommissare den von Lenin verfaßten Beschlußentwurf (siehe den vorliegenden Band, S. 24/25); am 26. Februar konstatierte der Rat der Volkskommissare, daß „alle gegen die verantwortlichen Leiter der Untersuchungskommission erhobenen Beschuldigungen wegen Korruption und sonstiger Verbrechen oder Vergehen in keiner Weise begründet sind", und beschloß, die Überprüfung der Tätigkeit der Untersuchungskommission für beendet zu erklären und ihre Leiter – Krassikow, Kozlowski, Lindeman, Mizgendler und Rosin – wieder auf ihre Posten zu berufen. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 499, russ.; siehe auch den vorliegenden Band, S. 32/33.) *22*

28 Der vorliegende Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 15. (28.) Januar 1918 von W. I. Lenin geschrieben und dortselbst bestätigt. *22*

29 Gemeint ist der Kommentar zu § 51 der durch Befehl des Obersten Marinekollegiums vom 8. (21.) Januar 1918 bestätigten „Verordnung über die Demokratisierung der Flotte", in dem es hieß, daß „alle Anordnungen zentraler Organe, sowohl des Marineamts als auch gesamtstaatlicher Organe, ebenso wie Beschlüsse irgendwelcher Komitees ... von der Seeflotte oder -flottille nur im Falle ihrer Bestätigung durch das Zentralkomitee der Marine durchzuführen sind". (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *23*

30 Die Frage der Entlohnung der Post- und Telegrafenangestellten wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 16. (29.) Januar 1918 behandelt. Der von W. I. Lenin verfaßte Beschlußentwurf wurde vom Rat der Volkskommissare angenommen. *23*

31 Die vorliegenden Entwürfe schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 16. (29.) Januar 1918, in der der Bericht des Präsidiums des ersten sowjetischen Gesamtrussischen Kongresses für Ernährungswesen be-

handelt wurde. Der Kongreß war am 14. (27.) Januar in Petrograd eröffnet worden mit dem Ziel, ein einheitliches Zentrum für das Ernährungswesen zu bilden. Die Resolution des Kongresses zeugte von einem bedeutenden Erfolg im Kampf für den Zusammenschluß der Mitarbeiter des Ernährungswesens um die Sowjetmacht. Zugleich erhielt der Rat der Volkskommissare jedoch Informationen über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Volkskommissar für Ernährungswesen A. G. Schlichter einerseits und dem Präsidium des Kongresses für Ernährungswesen, dem Gesamtrussischen Rat für Ernährungswesen (der im November 1917 auf dem Kongreß für Ernährungswesen in Moskau gewählt worden war) und der Abteilung Ernährungswesen des Obersten Volkswirtschaftsrats anderseits. Im Zusammenhang damit verfaßte Lenin den zweiten Beschlußentwurf.

Der erste Entwurf wurde vom Rat der Volkskommissare angenommen, der zweite ist nicht im Sitzungsprotokoll enthalten. (Siehe auch den vorliegenden Band, S. 21.) *24*

32 Auf dem Dokument befindet sich W. I. Lenins Vermerk: „Einstimmig angenommen." Der Beschluß des Rats der Volkskommissare wurde in etwas geänderter Fassung am 23. Januar (5. Februar) 1918 in Nr. 17 der „Iswestija" veröffentlicht. *25*

33 Der Entwurf des „*Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens*" wurde vom Kollegium des Volkskommissariats für Landwirtschaft ausgearbeitet und dann einer Kommission des III. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten zur Redaktion übergeben. W. I. Lenin, der dieser Kommission angehörte, war maßgeblich an der Redaktion des Entwurfs beteiligt. Die von Lenin verfaßte Ergänzung wurde in etwas geänderter Fassung als Artikel 26 in das Gesetz aufgenommen, der den Abschnitt V bildete – „Festsetzung einer Bodennutzungsnorm, sofern der Boden für Baulichkeiten, landwirtschaftliche Gewerbe oder für Kultur- und Bildungsstätten u. dgl. bestimmt ist". (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 414, russ.) *26*

34 Diese Ergänzung schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 30. Januar (12. Februar) 1918, in der das genannte Dekret beraten wurde. Das Dekret diente „dem Ziel, die planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und den wichtigsten Konsumgütern zu gewährleisten". Die Ergänzung Lenins bildete § 5 des vom Rat der Volkskommissare bestätigten Dekrets. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 453/454, russ.)

Zu dem Bericht der genannten Kommission nahm der Rat der Volkskommissare ferner einen Beschluß an, in den die weiter unten veröffentlichten

Vorschläge W. I. Lenins aufgenommen wurden. (Siehe den vorliegenden Band, S. 27.) *26*

35 Der Beschluß *„Über die Verfahrensweise bei der Einstellung von Saboteuren"* wurde vom Rat der Volkskommissare in der Sitzung am 31. Januar (13. Februar) 1918 zu einem Bericht J. M. Swerdlows über die Liquidierung der Sabotage ehemaliger Beamter angenommen. *28*

36 Den hier veröffentlichten Fernspruch schrieb Lenin im Zusammenhang mit dem Abbruch der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und der erneuten Offensive der deutschen Imperialisten, die unmittelbar Petrograd bedrohte.

Das Manuskript dieses Dokuments, von dem lange Zeit nur ein maschinegeschriebenes Exemplar vorlag, gelangte erst 1948 in den Besitz des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. *29*

37 Am 24. Februar um 7 Uhr morgens wurde dieser Beschluß des Rats der Volkskommissare der deutschen Regierung in Berlin übermittelt. Ungeachtet dessen antwortete die deutsche Heeresleitung auf den Funkspruch des Obersten Befehlshabers der sowjetischen Truppen N. W. Krylenko, der den Vorschlag enthielt, den früher abgeschlossenen Waffenstillstand als gültig zu betrachten, daß dieser nicht mehr in Kraft sei. Die deutschen Truppen setzten ihren Vormarsch bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages am 3. März fort. *30*

38 Am 14. (27.) Januar 1918 hatte in Finnland die Revolution begonnen, und die Macht war in die Hände des Proletariats übergegangen. Im Februar begannen auf Initiative der Arbeiterregierung Finnlands – des Rats der Volksbeauftragten – Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrags zwischen der Russischen und der Finnischen Sozialistischen Republik. Ein von der Russisch-Finnischen Koordinierungskommission vorbereiteter Vertragsentwurf wurde am 25., 27. und 28. Februar in den Sitzungen des Rats der Volkskommissare erörtert. Am 1. März wurde der Vertrag von Vertretern beider vertragschließenden Seiten unterzeichnet.

W. I. Lenin war unmittelbar an der Ausarbeitung des Vertrags beteiligt, er sprach mit den Delegierten der finnischen Arbeiterregierung, die bevollmächtigt waren, den Vertrag zu unterzeichnen, und redigierte den Vertragsentwurf. (Siehe Lenin-Sammelband XXI, S. 241–243, russ.)

Es war dies der erste Vertrag zwischen zwei sozialistischen Republiken, das Beispiel eines neuen Typs internationaler Beziehungen – brüderlicher, freundschaftlicher Beziehungen zwischen gleichberechtigten, souveränen Staaten, in denen die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat. *31*

39 In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 25. Februar 1918 wurde der Entwurf W. I. Lenins bestätigt. *31*

[40] In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 27. Februar 1918 wurde der von W. I. Lenin verfaßte Beschlußentwurf angenommen.

In § 13 des „Vertrags zwischen der Russischen und der Finnischen Sozialistischen Republik" hieß es: „Die Russische Föderative Sowjetrepublik gewährt den in Rußland lebenden finnischen Bürgern, die der Arbeiterklasse oder der keine fremde Arbeit ausbeutenden Bauernschaft angehören und ihren Wohnsitz zwecks Ausübung einer beruflichen Arbeit auf russischem Territorium haben, alle politischen Rechte der Bürger Rußlands.

Die Finnische Sozialistische Arbeiterrepublik ihrerseits verpflichtet sich, den Bürgern der Russischen Föderativen Sowjetrepublik in Finnland die Erlangung politischer Rechte weitestgehend zu erleichtern, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der werktätigen Bevölkerung, die keinen ständigen Wohnsitz hat." („Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 508, russ.) *32*

[41] Der vorliegende Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 26. Februar 1918 von W. I. Lenin geschrieben und dortselbst als Ergänzung zum Beschluß des Rats der Volkskommissare über die Überprüfung der Tätigkeit der Untersuchungskommission beim Petrograder Sowjet angenommen. *33*

[42] Die Ausführungen W. I. Lenins werden nach dem Stenogramm der Sitzung des Rats der Volkskommissare wiedergegeben, das sich im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet. Das Stenogramm wurde 1962 für die 5. russische Ausgabe der Werke W. I. Lenins entziffert. *33*

[43] Es handelt sich um einen Vorschlag der Vertreter des ZK der Gewerkschaft der Schiffahrtsarbeiter, die Verwaltung der Schiffahrt in den Händen der Gewerkschaft zu konzentrieren.

In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 4. März 1918 wurde die Bildung eines Kollegiums zur Verwaltung der Schiffahrt erörtert. Gemäß dem Beschluß des Rats der Volkskommissare wurde die Schiffahrtsverwaltung dem Obersten Volkswirtschaftsrat unterstellt; beim Obersten Volkswirtschaftsrat wurde die Abteilung Schiffahrt gebildet, deren Kollegium aus Vertretern des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Rats der Volkskommissare, der Gewerkschaft der Schiffahrtsarbeiter und der Gebietsvolkswirtschaftsräte bestehen sollte.

Der Rat der Volkskommissare wies die anarchosyndikalistischen Forderungen der Schiffahrtsarbeiter zurück. Er beschloß auf Vorschlag W. I. Lenins, auf Grundlage des § 3 des Beschlusses des Rats der Volkskommissare vom 27. Februar unverzüglich ein Kollegium zu bilden, vorübergehend die Zahl der

Gewerkschaftsvertreter im Kollegium zu erhöhen und Maßnahmen zur sofortigen Absendung von Geldscheinen zu ergreifen, um die Auszahlung der Gehälter an die Arbeiter der Winterhäfen an der Wolga und am Marienkanal zu ermöglichen. Die wichtigsten Punkte des Beschlusses des Rats der Volkskommissare hatte W. I. Lenin verfaßt. (Siehe den vorliegenden Band, S. 36/37.) *33*

44 Gemeint ist das Dekret des Rats der Volkskommissare „Über die Nationalisierung der Handelsflotte", das am 23. Januar (5. Februar) 1918 angenommen und am 26. Januar (8. Februar) in Nr. 18 der „Gaseta Wremennowo Rabotschewo i Krestjanskowo Prawitelstwa" veröffentlicht wurde. *33*

45 Der vorliegende Entwurf wurde von W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 4. März 1918 bei der Beratung über die Bildung eines Kollegiums zur Verwaltung der Schiffahrt geschrieben und dortselbst bestätigt. (Die Ausführungen Lenins in der Sitzung des Rats der Volkskommissare siehe im vorliegenden Band, S. 33–36.) *36*

46 Gemeint ist § 3 des „Beschlusses über die Verwaltung der See- und Binnenhandelsflotte und der Schiffahrt", der in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 27. Februar 1918 bestätigt worden war. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 501/502, russ.) *36*

47 Es handelt sich um die Anweisung von Mitteln für Reparaturarbeiten in den Winterhäfen an der Wolga und am Marienkanal. *37*

48 Eine Fotokopie des maschinegeschriebenen Textes dieses Interviews mit einem eigenhändigen Vermerk W. I. Lenins sowie die englische Übersetzung des Interviews wurden 1932 in dem Buch „Memoirs of a british agent" („Memoiren eines britischen Agenten") von R. H. Bruce Lockhart veröffentlicht. Auf der Kopie des maschinegeschriebenen Textes des Interviews steht folgender Vermerk Lenins: „23. III. für *Ransome*". (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

„The Daily News" (Tagesnachrichten) – bürgerliche Zeitung, London, seit 1846, jetzt unter dem Titel „News Chronicle and Daily Dispatch". *37*

49 W. I. Lenin meint die Rede, die der Außenminister Großbritanniens A. Balfour am 14. März 1918 im Unterhaus gehalten hatte. Um die wahren Ziele der japanischen Intervention zu verschleiern, behauptete Balfour, Japan verhindere dadurch, daß es mit Einverständnis der Alliierten Sibirien und die sibirische Eisenbahn besetzt halte, Deutschlands Vordringen nach Nordasien. *37*

50 Der Entwurf des Dekrets über die Einführung der staatlichen Kontrolle über das gesamte Versicherungswesen wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 23. März 1918 erörtert. Das Dekret wurde mit einigen Ergänzungen und Änderungen angenommen. Die hier veröffentlichten Vorschläge W. I. Lenins bildeten die Grundlage für Punkt V des Dekrets. Außer-

dem präzisierte Lenin die Überschrift des Dekrets folgendermaßen: „Dekret über die Einführung der staatlichen Kontrolle über das gesamte Versicherungswesen, *mit Ausnahme der Sozial- (das heißt der obligatorischen staatlichen) Versicherung*". (Das kursiv Gedruckte wurde von Lenin hinzugefügt.) Am 2. April 1918 wurde das Dekret in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 5–11, russ.) *38*

51 Den *„Urspünglichen Entwurf des Artikels ‚Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht'"* diktierte Lenin in der Zeit vom 23. bis 28. März 1918 einem Stenografen. Die Arbeit an dem Artikel diente offenbar der Vorbereitung auf die Behandlung des Plans zur Entfaltung des sozialistischen Aufbaus durch das Zentralkomitee der KPR(B). Das Plenum des ZK tagte am 7. April. In seiner Eröffnungsrede auf dem Plenum betonte Lenin, daß die Revolution in einen „neuen Abschnitt" eingetreten sei. Das Zentralkomitee beauftragte Lenin, „Thesen zur gegenwärtigen Lage auszuarbeiten und sie dem ZK vorzulegen". Entsprechend diesem Beschluß schrieb Lenin die „Thesen über die Aufgaben der Sowjetmacht im gegenwärtigen Augenblick". (Diesen Titel trug Lenins Abhandlung „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" im Manuskript; siehe Werke, Bd. 27, S. 225–268.)

Die Kapitel X (Schluß), XI, XII und XIII siehe Werke, Bd. 27, S. 192–208. Ein Teil des Kapitels IV sowie die Kapitel V, VI, VII, VIII, IX und der Anfang von Kapitel X des ursprünglichen Entwurfs des Artikels „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" wurden zum erstenmal 1962 in Band 36 der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins veröffentlicht. Sie erschienen in deutscher Sprache 1963 in der Broschüre: W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (Entwurf und Artikel). Die Kapitel I, II, III und der Anfang von Kapitel IV wurden bisher nicht aufgefunden. *39*

52 Der Beschlußentwurf wurde von W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 26. März 1918 eingebracht. In dieser Sitzung wurde ein Bericht von A. G. Schljapnikow über den Gesamtrussischen Verbandstag der Schiffahrtsarbeiter, der vom 14. bis 26. Februar in Moskau stattgefunden hatte, entgegengenommen sowie der von J. Larin eingebrachte Entwurf des „Dekrets über die Verwaltung der Wolga-Schiffahrt" behandelt. Der Rat der Volkskommissare nahm den von Lenin vorgelegten Beschluß an.

Der in dem Beschluß erwähnte Kongreß der Schiffahrtsarbeiter und -angestellten in Nishni-Nowgorod fand vom 25. März bis 10. April 1918 statt. *57*

53 *Kawomar* – Verwaltung des Kanalsystems, welches das Kaspische Meer, die Wolga und den Marienkanal verbindet; sie wurde durch das „Dekret über die Verwaltung der Wolga-Schiffahrt" zur Verwaltung der nationalisierten Flotte und des gesamten Güter- und Personenverkehrs eingerichtet. Durch den Be-

schluß des Rats der Volkskommissare über die Reorganisierung der Verwaltungsorgane der Schiffahrt vom 18. Mai 1918 wurde diese Verwaltung aufgelöst; ihre Funktionen wurden der Hauptverwaltung für Schiffahrt übertragen. *58*

54 Diesen Entwurf legte W. I. Lenin dem Rat der Volkskommissare in seiner Sitzung am 26. März 1918 vor, in der über die Kontrolle der Ausgaben aller Abteilungen des Obersten Volkswirtschaftsrats beraten wurde. Lenins Vorlage wurde angenommen. *58*

55 Der Entwurf des „Dekrets über die Verfahrensweise bei der Entsendung von Kommissaren und Vertretern aus den einzelnen Kommissariaten in die Provinz", der vom Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten eingebracht worden war, wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 1. April 1918 erörtert. Der Rat der Volkskommissare forderte alle Kommissariate auf, den Entwurf zu prüfen und ihre Bemerkungen dazu mitzuteilen. Am 5. April wurde das Dekret mit den Ergänzungen W. I. Lenins bestätigt und am 11. April 1918 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 58/59, russ.) *60*

56 Die *„Thesen zur Bankpolitik"* verfaßte W. I. Lenin in einer der Beratungen mit leitenden Mitarbeitern des Volkskommissariats für Finanzen und der Staatsbank, die im März–April 1918 stattfanden. *61*

57 Am 14. (27.) Dezember 1917 waren die Dekrete „Über die Nationalisierung der Banken" und „Über die Revision der Safes in den Banken" vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee bestätigt worden. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 225–231, russ.) *61*

58 In der *gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, des Zentralkomitees des Metallarbeiterverbandes und des Obersten Volkswirtschaftsrats* wurde ein Projekt zur Bildung eines Trusts „Nationale Gesellschaft" erörtert. Dieses Projekt war von einer Gruppe Kapitalisten vorgelegt worden, an deren Spitze A. P. Meschtscherski, leitender Direktor der Industrievereinigung „Sormowo-Kolomna", stand. Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats faßte am 14. April 1918 den Beschluß, die Verhandlungen mit Meschtscherski einzustellen; am 18. April lehnte der Rat der Volkskommissare das Projekt Meschtscherskis ab und beschloß die Nationalisierung der Betriebe. Für die Nationalisierung sprach sich auch eine Konferenz von Vertretern der Maschinenfabriken aus, die vom 12. bis 18. Mai 1918 stattfand. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, S. 382/383.) *63*

59 Der *I. Sowjetkongreß der Sowjetischen Donrepublik,* der sich zum obersten Organ der Sowjetmacht am Don erklärte, tagte vom 9. bis 12. April 1918. Auf dem Kongreß waren 750 Delegierte anwesend. W. I. Lenin wurde zum

Ehrenvorsitzenden des Kongresses gewählt. Die von Lenin erwähnte Resolution wurde am 12. April mit überwältigender Mehrheit angenommen; die von den Menschewiki eingebrachte Resolution erhielt nur 2 Stimmen. Der Kongreß brachte seine Zustimmung zur Friedenspolitik der Sowjetregierung zum Ausdruck und hob in einer Resolution hervor, daß er die Donrepublik als Teil der RSFSR betrachtet und den Kampf für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft und die Schaffung einer Roten Armee als Hauptaufgabe ansieht. Der Kongreß verkündete die Bereitschaft der werktätigen Kosaken, die Sowjetmacht zu verteidigen. *63*

60 Das vorliegende Dokument ging in das „Dekret über die Registrierung von Aktien, Obligationen und anderen zinstragenden Papieren" ein, dessen Entwurf von Lenin redigiert, ergänzt und mit einer Überschrift versehen wurde. Am 18. April wurde das Dekret vom Rat der Volkskommissare erörtert und bestätigt und am 20. April in Nr. 78 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 130–138, russ.) *64*

61 Die Frage der Bereitstellung von Mitteln für die Zuckerrübenaussaat wurde von der Hauptverwaltung Zucker aufgeworfen; das Gesuch wurde vom Kongreß der Werktätigen der Zuckerindustrie, an dem auch Vertreter der Bodenkomitees teilnahmen, unterstützt. Am 17. April 1918 behandelte der Rat der Volkskommissare das vom Obersten Volkswirtschaftsrat eingebrachte Gesuch über die Bewilligung von 20 Mill. Rubel für die Hauptverwaltung Zucker und bestätigte den von W. I. Lenin vorgelegten Beschlußentwurf. *64*

62 Der hier veröffentlichte Text ging mit geringfügigen Änderungen in das „Dekret über die Bildung einer Gesamtrussischen Evakuierungskommission" ein, das am 19. April 1918 vom Rat der Volkskommissare angenommen wurde. Das Dekret wurde in den Zeitungen „Snamja Truda" und „Iswestija WZIK" am 23. und 24. April 1918 veröffentlicht. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 140–142, russ.) *65*

63 Die Beratung über den Entwurf dieses Dekrets stand am 22. April 1918 auf der Tagesordnung der Sitzung des Rats der Volkskommissare, wurde jedoch auf die nächste Sitzung verschoben. Nach Durchsicht des Entwurfs schrieb W. I. Lenin die hier veröffentlichte Ergänzung. Am 23. April nahm der Rat der Volkskommissare das Dekret als Ganzes einschließlich der Ergänzung Lenins an; am darauffolgenden Tag bestätigte er es endgültig mit einigen Korrekturen (es wurde ein neuer Punkt eingefügt). Deshalb gehört die Ergänzung Lenins in der am 27. April 1918 in Nr. 84 der „Iswestija WZIK" veröffentlichten Fassung zu Punkt 7 des „Dekrets über die Versorgung der Landwirtschaft mit Produktionsgeräten und Metallen". (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 169–172, russ.) *66*

64 Der Dekretentwurf war am 25. April 1918 in der Sitzung einer Kommission beim Rat der Volkskommissare erörtert worden. Das Dekret wurde am 2. Mai 1918 von der Kommission angenommen, am selben Tag mit der hier veröffentlichten Ergänzung W. I. Lenins vom Rat der Volkskommissare bestätigt und am 10. Mai in Nr. 91 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 212–216, russ.) *66*

65 Diesen Beschlußentwurf schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit der von den Führern der linken Sozialrevolutionäre M. A. Spiridonowa und W. A. Karelin erhobenen Forderung, die Leitung des Volkskommissariats für Landwirtschaft völlig den linken Sozialrevolutionären zu überlassen und den Bolschewiki nur eine politische Vertretung zuzugestehen. Siehe auch W. I. Lenins Schreiben an das ZK der KPR(B) zu dieser Frage (Briefe, Bd. V, Dokument 133).

Am 3. Mai 1918 lehnte das Zentralkomitee der KPR(B) die Forderungen der linken Sozialrevolutionäre ab. *67*

66 Der Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 9. Mai 1918, in der ein Dekret über die Erteilung außerordentlicher Vollmachten an den Volkskommissar für Ernährungswesen behandelt wurde, angenommen. *68*

67 Die Brennstofffrage wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 24. Mai 1918 behandelt; Berichterstatter von der Abteilung Brennstoff des Obersten Volkswirtschaftsrats war N. I. Solowjow und von der Moskauer Abteilung für Brennstoffbeschaffung S. S. Dikanski. *69*

68 Der vorliegende Entwurf W. I. Lenins wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 25. Mai 1918 angenommen, in der die Überführung des Automobiltransports in die Kompetenz der Autosektion der Abteilung Verkehrswesen des Obersten Volkswirtschaftsrats behandelt wurde. *69*

69 Das vorliegende Dokument wurde am 29. Mai 1918 vom Rat der Volkskommissare angenommen und ist unverändert in den Beschluß des Rats der Volkskommissare über die selbständigen Lebensmittelbeschaffungen eingegangen, der am 1. Juni in Nr. 110 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht wurde. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 344–348, russ.) *70*

70 Der vom Obersten Volkswirtschaftsrat ausgearbeitete Entwurf der „Bestimmungen über die Verwaltung der nationalisierten Betriebe" wurde in den Sitzungen der Sektion Produktionsorganisation des I. Gesamtrussischen Kongresses der Volkswirtschaftsräte am 28. und 30. Mai 1918 behandelt. Nach eingehender Beratung nahm die Sektion unter dem Druck der „linken Kommunisten" die „Bestimmungen", die der Politik von Partei und Regierung wider-

sprachen, an. Nachdem Lenin von dem Auftreten der „linken Kommunisten" zur Frage der Verwaltung der nationalisierten Betriebe erfahren (siehe Briefe, Bd. V, Dokument 158) und sich mit den von der Sektion ausgearbeiteten „Bestimmungen" bekannt gemacht hatte, schlug er vor, diese in der am 2. Juni eigens gebildeten Koordinierungskommission zu überprüfen, der vom Rat der Volkskommissare W. I. Lenin, vom Obersten Volkswirtschaftsrat A. I. Rykow und G. D. Weinberg angehörten. Die Koordinierungskommission überarbeitete die „Bestimmungen" auf der Grundlage der hier veröffentlichten Bemerkungen Lenins. Entgegen der Forderung der „linken Kommunisten" bestätigte der Kongreß mit Stimmenmehrheit den Entwurf der Koordinierungskommission. 72

71 Der vorliegende Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 7. Juni 1918 angenommen.

Briefe, Reden, Artikel und Notizen Lenins sowie von ihm verfaßte Entwürfe von Beschlüssen des Rats der Volkskommissare und andere Dokumente, die die Organisierung des Bibliothekswesens betreffen, sind in N. K. Krupskajas Buch „Was Lenin über die Bibliotheken schrieb und sagte" (deutsch: Leipzig 1956) zusammengetragen. 73

72 Die hier veröffentlichten Vorschläge zum Entwurf des Dekrets über die Organisierung und Versorgung der Dorfarmut schrieb W. I. Lenin offensichtlich in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 8. Juni 1918 während der Erörterung dieses Entwurfs. Der Dekretentwurf wurde mit wesentlichen Änderungen angenommen. Am 11. Juni wurde das Dekret vom Gesamtrussischen ZEK bestätigt und am 16. Juni 1918 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 412–419, russ.) Mit diesem Dekret wurden die Komitees der Dorfarmut konstituiert. Eine Einschätzung der Komitees der Dorfarmut gab W. I. Lenin in seiner Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarmut und der Kommunen am 11. Dezember 1918. (Siehe Werke, Bd. 28, S. 341.) 73

73 Diese Formulierung W. I. Lenins bezieht sich auf § 2 des Dekretentwurfs. In Übereinstimmung mit Lenins Vorschlag lautet der § 2 des Dekrets folgendermaßen: „In die Amtsbezirks- und Dorfkomitees der Dorfarmut wählen oder gewählt werden können alle Dorfbewohner, sowohl alteingesessene als auch zugereiste, ohne irgendwelche Einschränkungen, mit Ausnahme der offenkundigen Kulaken und Reichen, die Überschüsse an Getreide oder anderen Lebensmitteln haben, Handelsunternehmen und Produktionsstätten besitzen und Landarbeiter oder Tagelöhner beschäftigen u. dgl. m.

Anmerkung: Personen, die Lohnarbeiter beschäftigen zur Führung einer

Wirtschaft, die die Verbrauchsnorm nicht übersteigt, können in die Komitees der Dorfarmut wählen und gewählt werden." („Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 416/417, russ.) *74*

74 Am 10. Juni 1918 informierten M. P. Pawlowitsch und A. I. Rykow den Rat der Volkskommissare darüber, daß das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats die Zusammensetzung des Komitees für staatliche Bauvorhaben beim Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt hat. (Das Komitee war durch Dekret des Rats der Volkskommissare vom 9. Mai 1918 gegründet worden.) Der hier veröffentlichte Text bildete Punkt zwei des Beschlusses des Rats der Volkskommissare zu dieser Frage. *74*

75 Der Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 14. Juni 1918 zum Bericht des Stellvertreters des Volkskommissars für Verkehrswesen W. I. Newski angenommen. Am 18. Juni bestätigte der Rat der Volkskommissare das aus 9 Mitgliedern bestehende Kollegium: 4 Bolschewiki, 2 internationalistische Menschewiki und 3 linke Sozialrevolutionäre. *75*

76 Lenin meint die vom Gesamtrussischen ZEK am 8. Juni 1918 bestätigten „Grundlegenden Bestimmungen über die Verwaltung der Eisenbahnen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik", die am 16. Juni in Nr. 122 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht wurden. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. II, Moskau 1959, S. 365–367, russ.) *75*

77 Der vorliegende Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 15. Juni 1918 angenommen, in der die Gewährung eines Kredits an die Zentralverwaltung für die Textilindustrie beim Obersten Volkswirtschaftsrat (Textilzentrum) zum Einkauf von Flachs behandelt wurde. (Siehe auch den vorliegenden Band, S. 99/100.) *75*

78 Der vorliegende Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 15. Juni 1918 angenommen, in der darüber beraten wurde, dem Obersten Volkswirtschaftsrat Mittel für die Hauptverwaltung für Lederindustrie zum Ankauf von Rohstoffen zu überweisen. *76*

79 Das Interview W. I. Lenins wurde der Redaktion der Zeitung „Folkets Dagblad (Politiken)" noch am gleichen Tage telegrafisch übermittelt, kam jedoch aus technischen Gründen mit Verspätung an und wurde erst am 4. Juli 1918 veröffentlicht. Am 6. Juli brachte die „Leipziger Volkszeitung" in Nr. 155 einen kurzen Bericht über das Interview.

„Folkets Dagblad (Politiken)" – Organ der Linken Sozialdemokratischen Partei Schwedens; erschien in Stockholm von April 1916 bis Mai 1945 (bis November 1917 unter dem Titel „Politiken"). Ab 1921 Organ der Kommunistischen Partei Schwedens, nach deren Spaltung im Oktober 1929 – ihres rechten Flügels. *78*

80 Es handelt sich um die Entwaffnung der Anarchisten durch die Organe der Gesamtrussischen Tscheka in der Nacht vom 11. zum 12. April 1918 in Moskau. Diese Maßnahme wurde dadurch hervorgerufen, daß ausgesprochen konterrevolutionäre und kriminelle Elemente, die durch Überfälle und Plünderungen die Bevölkerung terrorisierten und in den von den Anarchisten in Besitz genommenen Villen Unterschlupf fanden, unter der Flagge aller möglichen anarchistischen Gruppen segelten. Die Anarchisten Petrograds, die der Aufforderung, die Waffen abzuliefern, nicht nachkamen, wurden am 23. April 1918 entwaffnet.

„*Anarchija*" (Die Anarchie) – Zeitung, die ab September 1917 in Moskau erschien. Von der Gesamtrussischen Tscheka am 13. April 1918 verboten, erschien sie erneut vom 21. April bis Juli 1918. *79*

81 Am 2. Juli 1918 wurde der hier veröffentlichte Beschlußentwurf nach Entgegennahme einer „dringlichen Erklärung des Gen. Lenin über die Notwendigkeit, den Bauern hinsichtlich ihres Bedarfs an landwirtschaftlichen Maschinen entgegenzukommen", vom Rat der Volkskommissare angenommen. (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *80*

82 Gemeint ist der V. Gesamtrussische Sowjetkongreß, der vom 4. bis 10. Juli 1918 in Moskau stattfand. *80*

83 Der vorliegende Beschlußentwurf wurde am 8. Juli 1918 vom Rat der Volkskommissare angenommen, nachdem, wie es im Protokoll heißt, „der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare an die Genossen Lunatscharski und Malinowski die Frage gerichtet hatte, warum sie den im Dekret ‚Über die Entfernung der zu Ehren von Zaren und Zarenhöflingen errichteten Denkmäler und über die Herstellung von Entwürfen für Denkmäler der russischen sozialistischen Revolution' niedergelegten Beschluß des Rats der Volkskommissare nicht ausgeführt haben". (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Siehe zu dieser Frage auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 35, S. 336, und Briefe, Bd. V, Dokument 131, 140 und 189. *81*

84 Das hier veröffentlichte Dokument wurde Punkt 20 des zweiten Abschnitts der Verfassung der RSFSR zugrunde gelegt, die am 10. Juli 1918 vom V. Gesamtrussischen Sowjetkongreß angenommen wurde. *81*

85 W. I. Lenin sprach auf einer Kundgebung am Abend des 26. Juli 1918 im großen Saal der Renngesellschaft auf dem Chodynka-Feld. Der Saal war von Arbeitern und Rotarmisten überfüllt. Im Namen der 1. Artilleriebrigade der Reserve sprach ein Rotarmist; er begrüßte in der Person Lenins den Rat der

Volkskommissare und erklärte, die Brigade werde sich beim ersten Ruf des Rats der Volkskommissare zur Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht erheben. Die nach der Rede Lenins vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen. Abschließend machte ein Redner, Snamenski, die Anwesenden kurz mit dem Leben Lenins bekannt. *82*

86 Der hier veröffentlichte Beschlußentwurf wurde mit geringfügigen Änderungen in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 22. August 1918 angenommen. *84*

87 Punkt 1 dieses Beschlusses des Rats der Volkskommissare wurde am 23. August 1918 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *85*

88 Zu welchem Dokument der hier veröffentlichte Vorschlag gemacht wurde, konnte nicht ermittelt werden. *85*

89 Die Frage der Einführung einer Naturalsteuer war von W. I. Lenin in seinen am 2. August 1918 geschriebenen „Thesen zur Ernährungsfrage" aufgeworfen worden. (Siehe Werke, Bd. 28, S. 31–33.) Zum erstenmal wurde der Entwurf eines Dekrets über die Erhebung einer Naturalsteuer bei den Landwirten in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 4. September 1918 eingebracht. In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 21. September wurde der Dekretentwurf erneut behandelt. Offenbar während dieser Sitzung schrieb Lenin die „Richtlinien für das Dekret" und die Bemerkungen zum Dekretentwurf. (Weitere Lenin-Dokumente, die mit der Ausarbeitung des Dekrets in dieser und in anderen Sitzungen des Rats der Volkskommissare zusammenhängen – Notizen, zahlenmäßige Berechnungen, der Plan einer Rede in der Sitzung des Rats der Volkskommissare –, siehe auch im Lenin-Sammelband XVIII, S. 148–150, russ.) In seiner endgültigen Fassung wurde das Dekret am 26. Oktober 1918 vom Rat der Volkskommissare angenommen, am 30. Oktober vom Gesamtrussischen ZEK bestätigt und am 14. November 1918 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. Die Durchführung des Dekrets wurde jedoch durch die weitere Ausbreitung der ausländischen Intervention und des Bürgerkriegs verhindert.

Die von Lenin im Jahre 1918 ausgearbeiteten Prinzipien der Erhebung einer Einkommenssteuer in Naturalien wurden allseitig entwickelt und praktisch verwirklicht durch die Einführung der Naturalsteuer im Frühjahr 1921, die den Übergang zum friedlichen wirtschaftlichen Aufbau der Nachkriegszeit auf der Grundlage der Neuen Ökonomischen Politik bedeutete. Das im Oktober 1918 angenommene Dekret über die Naturalsteuer erwähnte Lenin im Bericht über die politische Tätigkeit des ZK auf dem X. Parteitag, als er die Frage der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer behandelte. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 186/187.) *86*

90 Der Artikel 12 des „Gesetzes über die Sozialisierung des Grund und Bodens", das am 18. (31.) Januar 1918 vom III. Gesamtrussischen Sowjetkongreß bestätigt und in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK am 27. Januar (9. Februar) angenommen worden war, lautete: „Die Verteilung des Bodens an die Werktätigen hat nach dem ausgleichenden und dem Arbeitsprinzip so zu erfolgen, daß die Arbeits- und Verbrauchsnorm unter Berücksichtigung des historisch entstandenen Systems der Bodennutzung in dem betreffenden Gebiet die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Arbeitskräfte jeder einzelnen Wirtschaft nicht übersteigt und gleichzeitig der Familie des Landwirts eine auskömmliche Existenz ermöglicht." In Artikel 17 des Gesetzes hieß es: „Einkommensüberschuß, der aus der natürlichen Fruchtbarkeit besserer Bodenstücke sowie aus einer günstigeren Lage zu den Absatzmärkten resultiert, wird den Organen der Sowjetmacht für gesellschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt." („Dekrete der Sowjetmacht", Bd. I, Moskau 1957, S. 408/409, russ.) *86*

91 In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 15. Oktober 1918 stellte das Kommissariat für Ernährungswesen den Antrag, 40 Mill. Rubel zum Unterhalt der Komitees der Dorfarmut zu bewilligen, offenbar für 6 Monate, ausgehend von einer Summe von $6^1/_2$ Mill. Rubel pro Monat. W. I. Lenin machte, wahrscheinlich angesichts der in Kürze geplanten Zusammenlegung der Komitees der Dorfarmut mit den Sowjets, den Vorschlag, die genannten Mittel für 2 Monate zu bewilligen („$2 \times 6^1/_2 = 13$"). Der Vorschlag Lenins, zum Unterhalt der Komitees der Dorfarmut 13 Mill. Rubel zu bewilligen, wurde vom Rat der Volkskommissare angenommen; die anderen Vorschläge Lenins fanden ebenfalls ihren Niederschlag im Wortlaut des Beschlusses des Rats der Volkskommissare. (Siehe „Dekrete der Sowjetmacht", Bd. III, Moskau 1964, S. 593–595, russ.) *87*

92 Die vorliegenden Bemerkungen schrieb W. I. Lenin am 15. Oktober 1918 im Zusammenhang mit einem Bericht, den das „Dreierkollegium" für Holzbeschaffung beim Obersten Volkswirtschaftsrat dem Rat der Volkskommissare gegeben hatte. Alle Vorschläge Lenins gingen in den vom Rat der Volkskommissare zu dieser Frage angenommenen Beschluß ein. Der Rat der Volkskommissare bewilligte 100 Mill. Rubel für die Holzbeschaffung, forderte Rechenschaft über ihre Verwendung nach Ablauf einer Woche und ersuchte das „Dreierkollegium", ebenfalls nach Ablauf einer Woche konkretere Angaben zu den von Lenin formulierten Fragen zu machen. *88*

93 Am 8. November 1918 faßte der VI. Gesamtrussische Außerordentliche Sowjetkongreß zu einem Referat des Volkskommissars für Justiz D. I. Kurski einen Beschluß über die revolutionäre Gesetzlichkeit, der auf Grundlage der vom Zentralkomitee der Partei bestätigten Thesen W. I. Lenins ausgearbeitet

worden war. Der Beschluß wurde am 10. November in der „Prawda" veröffentlicht. *89*

94 Am 5. Juni 1918 war in den „Iswestija WZIK" das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Übergabe der Lehr- und Bildungsanstalten aller Behörden in die Kompetenz des Volkskommissariats für Bildungswesen veröffentlicht worden. Am 19. November 1918 legte das Volkskommissariat für soziale Fürsorge (vorgetragen von A. I. Uljanowa-Jelisarowa) dem Rat der Volkskommissare den Entwurf eines Dekrets über das Verbleiben der Kinderheime in der Kompetenz dieses Kommissariats zur Beratung vor. Im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage schrieb W. I. Lenin den hier veröffentlichten Beschlußentwurf, der mit geringfügigen Änderungen angenommen wurde. *90*

95 In § 3 des Dekrets des Rats der Volkskommissare vom 5. Juni 1918 wurde das Volkskommissariat für Bildungswesen angewiesen, spezielle Kommissionen aus Vertretern der interessierten Behörden und des Volkskommissariats für Bildungswesen zu bilden zur Festlegung der Termine und des Verfahrens für die Übergabe der Lehr- und Bildungsanstalten, darunter auch der Institutionen der Vorschulerziehung. *90*

96 Der Entwurf des Dekrets über die Organisation der Versorgung der Bevölkerung wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 12. November 1918 erörtert und am 21. November endgültig vom Rat der Volkskommissare bestätigt. Die Ergänzungen W. I. Lenins sind in die endgültige Fassung des Dekrets eingegangen. Am 24. November wurde das Dekret in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht.

Die Frage der Teilnahme der Genossenschaften an der Organisation der Versorgung der Bevölkerung wurde nicht von allen verantwortlichen Mitarbeitern des Ernährungswesens richtig verstanden. Eine Erläuterung dieser Frage gab W. I. Lenin in seiner Rede in der Versammlung der Bevollmächtigten der Moskauer Zentralen Arbeiterkonsumgenossenschaft am 26. November 1918, in seinem Referat über die Stellung des Proletariats zur kleinbürgerlichen Demokratie in der Versammlung der Moskauer Parteiarbeiter am 27. November 1918 und im Schlußwort zu diesem Referat. (Siehe Werke, Bd. 28, S. 191–196, 210–214 und 220–223.)

Siehe auch Werke, Bd. 35, S. 352, und Briefe, Bd. V, Dokument 378. *91*

97 Der *Rat für Verteidigung* (Rat der Arbeiter-und-Bauern-Verteidigung) wurde am 30. November 1918 vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee als außerordentliches Organ des Sowjetstaates gegründet. Er besaß alle Vollmachten zur Mobilisierung der Kräfte und Mittel des Landes für die Vertei-

digung. Zum Vorsitzenden des Rats für Verteidigung wurde W. I. Lenin ernannt.

Die vorliegenden Dokumente schrieb Lenin in der ersten Sitzung des Rats für Verteidigung am 1. Dezember 1918. Als erstes umriß Lenin die nächsten Aufgaben des Rats und die Tagesordnung der ersten Sitzung (Dokument 1); dann brachte er einige Vorschläge zur Ausarbeitung der genannten Fragen zu Papier, wobei er seine Vorschläge zur Ernährungsfrage ausführlicher formulierte (Dokument 2 und 3). Die Vorschläge Lenins fanden ihren Niederschlag in den in dieser Sitzung angenommenen Beschlüssen des Rats für Verteidigung. (Siehe Lenin-Sammelband XVIII, S. 243–245, russ.) *91*

98 Zu Punkt 4 der Tagesordnung („Über die Mobilisierung der Intelligenz") erhielt L. B. Krassin den Auftrag, den Entwurf eines Beschlusses über die Mobilisierung der technischen Kräfte auszuarbeiten; L. B. Krassin, W. I. Newski und N. P. Gorbunow wurden beauftragt, den Entwurf einer Richtlinie für Fragebogen auszuarbeiten. Die Entwürfe sollten dem Rat der Volkskommissare vorgelegt werden. *92*

99 Der Rat für Verteidigung hatte beschlossen, die Behandlung der Brennstofffrage einer Sonderkommission, bestehend aus W. I. Lenin, A. I. Rykow, I. I. Radtschenko, A. F. Wolkowski und W. I. Newski, zu übertragen; mit der Einberufung der Kommission wurde Lenin beauftragt. Die Sitzung der Kommission fand am 2. Dezember 1918 statt. (Siehe das folgende Dokument.) *92*

100 Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin offensichtlich in der Sitzung der vom Rat für Verteidigung gebildeten Brennstoffkommission (siehe Anm. 99). In dem Entwurf sind die Diskussionsbeiträge der Kommissionsmitglieder berücksichtigt. Der Leninsche Entwurf wurde von der Kommission angenommen und ist im Sitzungsprotokoll enthalten. Im Protokoll der Brennstoffkommission wurden die Punkte 1, 2, 3, 4 durch eine besondere Überschrift hervorgehoben: „Beschlüsse der Kommission, die die Geltung von Beschlüssen des Rats für Verteidigung haben". Der Entwurf W. I. Lenins wurde als bereits bestätigter Beschluß auch von den Mitgliedern des Verteidigungsrats J. W. Stalin und W. I. Newski unterzeichnet. *93*

101 Die Staatsbank hatte die Ausgabe von Geldscheinen aus dem für das Kollegium für Forstwirtschaft reservierten Sonderfonds verzögert. *93*

102 In der Sitzung des Rats für Verteidigung am 1. Dezember 1918 wurde im Laufe der Diskussion über die Arbeit des Transportwesens eine Kommission gebildet, die sich mit der Tätigkeit der Gesamtrussischen Tscheka im Transportwesen beschäftigen sollte. Die erste Sitzung der Kommission fand am 3. Dezember unter Vorsitz W. I. Lenins statt. Wahrscheinlich in dieser Sitzung schrieb Lenin die hier veröffentlichten Vorschläge über die Arbeit der

Gesamtrussischen Tscheka nieder. Alle diese Vorschläge, mit Ausnahme der letzten zwei, wurden später von Lenin durchgestrichen. Die Beschlüsse der Kommission wurden auf der Grundlage der Leninschen Vorschläge formuliert. *94*

103 Es handelt sich um die Leitung der Kollegien der Gouvernements- und Eisenbahn-Tschekas. *94*

104 Ausgehend von den Vorschlägen W. I. Lenins beschloß die Kommission, das Kommissariat für Verkehrswesen zu beauftragen, zusammen mit einem Vertreter der Gesamtrussischen Tscheka die Bestimmungen über die Transportabteilung der Gesamtrussischen Tscheka unter dem Gesichtswinkel der Nichteinmischung der Tscheka in die technisch-operativen Funktionen des Kommissariats für Verkehrswesen umzuarbeiten. Zur Frage der Beziehungen zwischen der Gesamtrussischen Tscheka, der Eisenbahn-Tscheka (Transportabteilung der Gesamtrussischen Tscheka) und dem Volkskommissariat für Verkehrswesen siehe den Entwurf eines Beschlusses des Rats für Verteidigung (vorliegender Band, S. 109/110). *94*

105 Auf Beschluß der Kommission wurde das Recht, durch ihre Delegierten an Ermittlungen teilzunehmen, den Volkskommissariaten und den Parteikomitees der KPR(B) eingeräumt. *94*

106 Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats für Verteidigung am 4. Dezember 1918, in der ein Bericht von N. P. Brjuchanow über die Beschleunigung und Forcierung der Lebensmittelbeschaffung behandelt wurde. Die Vorschläge W. I. Lenins fanden ihren Niederschlag in dem vom Rat für Verteidigung zu dieser Frage angenommenen Beschluß. (Siehe Lenin-Sammelband XVIII, S. 246/247, russ.) *95*

107 In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 5. Dezember 1918 wurde der von N. P. Brjuchanow eingebrachte Entwurf der „Bestimmungen über die Organisierung einer Arbeiterinspektion für das Ernährungswesen" behandelt. Offensichtlich bei der Behandlung dieser Frage schrieb Lenin die beiden hier veröffentlichten Dokumente. Sie wurden später beide von Lenin durchgestrichen, aber die in der Sitzung an dem Entwurf Brjuchanows vorgenommenen Änderungen stimmen mit den in ihnen enthaltenen Grundgedanken überein. *96*

108 Am 4. Dezember 1918 hatte der Rat für Verteidigung die Einführung der dritten Schicht in den Tulaer Waffen- und Munitionsfabriken erörtert und beschlossen, diese Frage in einer besonderen Kommission zu untersuchen. In der Sitzung der Munitionskommission am 5. Dezember waren anwesend: W. I. Lenin, der Vorsitzende der Außerordentlichen Kommission zur Versorgung der Roten Armee L. B. Krassin, der stellvertretende Vorsitzende des Revolu-

tionären Kriegsrats der Republik E. M. Skljanski, der Oberkommandierende der Streitkräfte der RSFSR J. J. Wazetis, Vertreter der Hauptverwaltung Artillerie, der Tulaer Munitionsfabrik u. a. – insgesamt 17 Personen. Die Kommission nahm Beschlüsse an, die die Geltung von Beschlüssen des Rats für Verteidigung hatten; in diesen Beschlüssen fanden die Maßnahmen ihren Niederschlag, die Lenin in seinen Notizen skizziert hatte. (Siehe Lenin-Sammelband XXXIV, S. 55–57, russ.) *97*

109 Es handelt sich um die Bildung paritätischer Kommissionen zur Einberufung eines Kongresses der Bankangestellten, der an Stelle der zwei bestehenden Gewerkschaftsverbände – der Gesamtrussischen Gewerkschaft der Bankangestellten und der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Volksbank der RSFSR – einen einheitlichen Verband der Mitarbeiter des Bankwesens gründen sollte. Am 2. Dezember 1918 wurden die Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaften und die Einberufung des Kongresses in einer von W. I. Lenin geleiteten speziellen Beratung erörtert. Der Kongreß der Bankangestellten fand Anfang Januar 1919 statt. *98*

110 Dieses Dokument schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 14. Dezember 1918 im Zusammenhang mit einem Bericht W. P. Miljutins über die Finanzierung des Textilzentrums beim Obersten Volkswirtschaftsrat. Die Vorschläge Lenins fanden ihren Niederschlag in dem vom Rat der Volkskommissare zu dieser Frage angenommenen Beschluß. *99*

111 Die Punkte 1 und 3 wurden von Lenin durchgestrichen. Ein Vergleich mit dem im Protokoll festgehaltenen Wortlaut des Beschlusses läßt vermuten, daß Lenin die vom Rat der Volkskommissare angenommenen Punkte in seinem Exemplar stehengelassen hat. *99*

112 Den Brief an G. W. Tschitscherin schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit der Vorbereitung des ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Bereits zu Beginn des ersten Weltkriegs, als die II. Internationale durch den Übergang der meisten Führer der sozialistischen Parteien Westeuropas auf die Positionen des Sozialchauvinismus zusammengebrochen war, stellte W. I. Lenin die Aufgabe, eine neue, wahrhaft revolutionäre Internationale zu gründen, und entfaltete den Kampf für den Zusammenschluß der linken sozialistischen Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und das dadurch bewirkte Anwachsen der internationalen revolutionären Bewegung sowie das Entstehen kommunistischer Parteien oder Gruppen in einer Reihe kapitalistischer Länder machten diese Aufgabe noch dringender und schufen günstige Bedingungen für ihre Lösung.

Die dringende Notwendigkeit der Vereinigung der Kommunisten wurde außerdem dadurch diktiert, daß die opportunistischen, sozialchauvinistischen

Führer den Versuch unternahmen, die II. Internationale zu erneuern. Die Führung der englischen Labour Party unterbreitete den Sozialisten aller Länder den Vorschlag, zum 6. Januar 1919 in Lausanne eine internationale sozialistische Konferenz zur Wiederherstellung der II. Internationale einzuberufen. Diesen Appell beantwortete das ZK der KPR(B) am 24. Dezember 1918 mit einem Funkspruch, in dem es alle revolutionären internationalistischen Kräfte aufrief, die Teilnahme „an Konferenzen der Feinde der Arbeiterklasse, die sich mit dem Namen Sozialismus tarnen", abzulehnen. („Prawda" Nr. 281, 25. Dezember 1918.) Zur gleichen Zeit stellte W. I. Lenin, wie aus seinem vorliegenden Brief an G. W. Tschitscherin hervorgeht, die Frage der unverzüglichen Einberufung einer internationalen Konferenz der Kommunisten und linken Sozialdemokraten mit dem Ziel, die III. Internationale zu gründen. *100*

113 Gemeint ist das Mitglied des Spartakusbundes Eduard Fuchs. Fuchs war Ende Dezember 1918 aus Berlin in Moskau eingetroffen, um W. I. Lenin über die Lage in Deutschland zu informieren. *100*

114 Am 31. Dezember ging W. I. Lenin eine Aufstellung mit den Charakteristiken der in seiner Liste erwähnten Parteien und Organisationen zu. Außer den von Lenin genannten Organisationen wurden in der Aufstellung noch acht weitere angeführt. Es wurde ferner vorgeschlagen, zur Konferenz auch Vertreter der chinesischen, koreanischen und persischen revolutionären Arbeiter als Gäste einzuladen.

Am selben Tag erhielt W. I. Lenin auch den Entwurf des Aufrufs „Zum 1. Kongreß der kommunistischen Internationale", der in seinem Auftrag und entsprechend seinen Vorschlägen ausgearbeitet worden war. W. I. Lenin nahm an diesem Entwurf eine Reihe grundlegender Korrekturen und Ergänzungen vor.

Im Januar 1919 wurde der Entwurf des Aufrufs „Zum 1. Kongreß der kommunistischen Internationale" von W. I. Lenin auf einer Beratung von Vertretern einer Reihe kommunistischer und sozialistischer Parteien und Organisationen unterbreitet. Nach seiner Erörterung nahm die Beratung den Entwurf an. Am 24. Januar 1919 wurde der Aufruf in der Presse veröffentlicht.

Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale fand vom 2. bis 6. März 1919 statt. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 467–490.) *102*

115 Diese Notizen beziehen sich auf die Zeit der Wiederherstellung der Sowjetmacht in Charkow.

Charkow war am 3. Januar 1919 durch sowjetische Truppen von den Petljurabanden befreit worden. *103*

116 Die Frage der Entsendung von Funktionären nach Charkow wurde in den Sitzungen des Rats für Verteidigung am 17. und 27. Januar 1919 beraten. *104*

117 Der *Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare über das Genossenschaftswesen* wurde von W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 28. Januar 1919 eingebracht und mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Der im vierten Punkt erwähnte Dekretentwurf über die Konsumkommunen wurde am 16. März vom Rat der Volkskommissare angenommen und am 20. März in Nr. 60 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht.

Die Ergänzung zum ersten Punkt schrieb Lenin links neben diesen Punkt an den Rand, wahrscheinlich, nachdem er den Beschlußentwurf als Ganzes geschrieben hatte. In dem Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 28. Januar beginnt der erste Punkt folgendermaßen: „Die Genossenschaftsabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats und das Kommissariat für Ernährungswesen werden beauftragt, gemeinsam mit der Statistischen Zentralverwaltung in kürzester Frist Informationen darüber einzuholen, wie die Grundlinie der sowjetischen Politik von den Genossenschaften in der Praxis durchgeführt wird." *104*

118 Der vorliegende Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 30. Januar 1919 angenommen und am 1. Februar in Nr. 23 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *105*

119 Die Frage der Erteilung einer Konzession zum Bau der „Großen Nordbahn" wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 4. Februar 1919 beraten. Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf wurde mit einigen Ergänzungen angenommen.

Nach dem Projekt der Initiatoren der Konzession sollte die Trasse der neuen Eisenbahnlinie den Ob über Kotlas mit Petrograd und Murmansk verbinden. Die Konzession kam nicht zustande. *105*

120 Das vorliegende Dokument ist fast vollständig in den Beschluß des ZK der KPR(B) vom 19. Februar 1919 eingegangen.

Am 11. März 1919 nahm das ZK einen neuen, erweiterten Beschluß über die Ernährungspolitik in der Ukraine an. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus befindet sich ein maschinegeschriebenes Exemplar dieses Beschlusses, in dem Lenin auf einer Seite vermerkt hat: „Am 11. III. im Büro des ZK der KPR als Direktive an die Ukrainische KP und an die Ukrainische Sowjetregierung bestätigt. 11. III. 1919. Lenin." *107*

121 Den unvollendeten Artikel „Über den Aufruf der deutschen Unabhängigen" schrieb W. I. Lenin in der zweiten Februarhälfte 1919. Kritik an dem Aufruf der deutschen „Unabhängigen" übte Lenin in § 21 seiner „Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats". (Siehe Werke, Bd. 28, S. 481/482.) *108*

122 W. I. Lenin meint die erweiterte Beratung der Internationalen Sozialistischen Kommission, des ausführenden Organs der Zimmerwalder Vereinigung, die vom 5. bis 9. Februar 1916 in Bern stattfand. An der Beratung nahmen 22 Vertreter der Internationalisten aus mehreren Ländern teil. Die Mehrheit der Teilnehmer waren Zentristen. Lenin hatte wesentlichen Einfluß auf den Verlauf der Beratung. Die Beratung nahm ein Rundschreiben „An alle angeschlossenen Parteien und Gruppen" an, in dem entsprechend den Forderungen der Bolschewiki und linker Sozialdemokraten die Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen, die Losung der „Vaterlandsverteidigung" im imperialistischen Krieg und die Bewilligung von Kriegskrediten verurteilt wurden; es wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, revolutionäre Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg vorzubereiten. Das Rundschreiben forderte jedoch nicht den endgültigen Bruch mit dem Sozialchauvinismus und Opportunismus. Bei der Abstimmung erklärten die Vertreter der Zimmerwalder Linken, daß sie, obwohl sie nicht alle Gedanken des Rundschreibens für befriedigend halten, dennoch für dasselbe stimmen, weil sie in ihm einen Fortschritt gegenüber den Entschließungen der ersten internationalen sozialistischen Konferenz in Zimmerwald sehen. Die Beratung legte den Termin für die zweite Internationale Sozialistische Konferenz fest, die vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal stattfand. *108*

123 Gemeint ist Karl Kautskys Artikel „Fraktion und Partei" in Nr. 9 der „Neuen Zeit" vom 26. November 1915. *109*

124 Die Teilnehmerinnen des Lehrgangs hatten sich in einem Brief an W. I. Lenin gewandt mit der Bitte, bei ihnen zu sprechen. Der Brief schloß mit dem Versprechen, die Plätze ihrer Männer, Brüder und Söhne, die in der Roten Armee dienten, einzunehmen. *111*

125 Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 15. März 1919, in der die Frage der Polygraphischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats behandelt wurde. Der Beschluß des Rats der Volkskommissare wurde auf der Grundlage der Leninschen Vorschläge formuliert. Den Wortlaut des angenommenen Beschlusses siehe Lenin-Sammelband XXIV, S. 24, russ. *112*

126 Auf die Notwendigkeit, die besten Kader aus der Arbeiterklasse zur Arbeit im Ernährungs- und Verkehrswesen zu entsenden, hatte W. I. Lenin schon in seiner Rede in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen ZEK, des Moskauer Sowjets und des Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses am 17. Januar 1919 hingewiesen. (Siehe Werke, Bd. 28, S. 414/415.)

Lenins Entwurf wurde vom ZK der KPR(B) angenommen; er wurde auch von den ZK-Mitgliedern L. B. Kamenew, G. J. Sinowjew, J. W. Stalin, J. D.

Stassowa, N. N. Krestinski, M. F. Wladimirski, N. I. Bucharin, W. W. Schmidt und F. E. Dzierzynski unterzeichnet. *113*

127 Die *Außerordentliche Sitzung des Plenums des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten am 3. April 1919* fand in Anbetracht der Zuspitzung der Ernährungslage in Moskau und der darauf gegründeten konterrevolutionären Agitation der Menschewiki und Sozialrevolutionäre unter den Eisenbahnern gemeinsam mit Vertretern der Stadtbezirkssowjets, der Betriebskomitees und der Vorstände der Gewerkschaften statt. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre riefen die Eisenbahner zum Streik und zur Sabotage in den Eisenbahnwerkstätten auf. So kam es zum Streik in den Werkstätten der Alexander-Eisenbahn, der dazu führte, daß die Hauptwerkstätten am 31. März auf Beschluß des Volkskommissariats für Verkehrswesen geschlossen wurden. Die Arbeit in den Werkstätten wurde erst am 3. April, nach der Entlassung konterrevolutionärer Kulakenelemente, wiederaufgenommen.

In der Sitzung erstattete W. I. Lenin den Bericht über die äußere und innere Lage der Sowjetrepublik; über den Zustand des Eisenbahnverkehrs sprach L. B. Krassin, über die Ernährungspolitik A. I. Swiderski. Die Diskussionsredner verurteilten die konterrevolutionäre Agitation der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Das Schlußwort wurde von A. W. Lunatscharski gehalten, der auch die von Lenin verfaßte Resolution über die äußere und innere Lage der Sowjetrepublik einbrachte. Im vorliegenden Band wird der ursprüngliche Resolutionsentwurf veröffentlicht. Das Plenum des Moskauer Sowjets nahm außerdem eine spezielle Resolution gegen die Agitation der Menschewiki und Sozialrevolutionäre an, in der die vom Volkskommissariat für Verkehrswesen ergriffenen Maßnahmen in den Werkstätten der Alexander-Eisenbahn gebilligt wurden. *115*

128 Im Januar 1919 machte die Sowjetregierung zweimal (am 12. und 17.) Friedensvorschläge. Am 4. Februar wandte sie sich per Funk an die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans und der USA und brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, an der geplanten Friedenskonferenz auf den Prinzeninseln teilzunehmen. *116*

129 *„Wsegda Wperjod!"* (Immer Vorwärts!) – menschewistische Zeitung; erschien in Moskau; 1918 kam eine Nummer heraus, 1919 erschien sie vom 22. Januar bis 25. Februar. *116*

130 *„Delo Naroda"* (Die Sache des Volkes) – Organ der Sozialrevolutionäre; die Zeitung erschien mit Unterbrechungen und unter verschiedenen Namen von März 1917 bis März 1919 zunächst in Petrograd, später in Samara und Moskau. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution nahm sie eine sowjetfeindliche Position ein und wurde wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten. *116*

131 Diesen Antrag schrieb W. I. Lenin auf den Beschlußentwurf des ZK der KPR(B), an dem er auch eine Korrektur vorgenommen hatte. Der Entwurf war von W. I. Lenin, N. N. Krestinski und J. W. Stalin unterschrieben. In dem Beschluß hieß es: „Die Kriegführung verlangt als unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg die unbedingte Einheitlichkeit der Operationen an allen Fronten, die ihrerseits den einheitlichen Oberbefehl der Roten Armee an allen Fronten, die einheitliche Versorgung der Roten Armee an allen Fronten und die einheitliche Verwaltung des gesamten Eisenbahnverkehrs erfordert, denn das Transportwesen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kriegführung." In dem Beschluß wurde die Notwendigkeit genauester Direktiven an die Kommissariate für Heereswesen und Marine sowie an die Versorgungsorgane der Sowjetrepubliken hervorgehoben – „in dem Sinne, daß diese selbständigen Kommissariate ausschließlich und in strikter Übereinstimmung mit den Direktiven arbeiten, die sie von den entsprechenden Kommissariaten der RSFSR erhalten, da nur so die notwendige Einheitlichkeit, Schnelligkeit und Exaktheit bei der Ausführung aller Anordnungen und Operationen erzielt werden kann."

Weiter wurde in dem Beschluß darauf hingewiesen, daß „die dringlichste Aufgabe in der Ukraine die maximale Ausnutzung des Brennstoffs, des Metalls, der vorhandenen Betriebe und Werkstätten sowie der Lebensmittelvorräte ist". Da die gesamte Industrie der Ukraine im östlichen Teil der Republik konzentriert war und sich die Überführung des Volkswirtschaftsrats von Charkow nach Kiew negativ auf die Wiederherstellung des Transportwesens, der Hüttenindustrie und der verarbeitenden Industrie der Ukraine ausgewirkt hatte, erklärte es das ZK der KPR(B) für notwendig, daß der Volkswirtschaftsrat ebenso wie die ukrainische Außerordentliche Kommission zur Versorgung der Roten Armee ihren Sitz oder starke Vertretungen in Charkow haben, die berechtigt sind, sich unmittelbar mit Moskau in Verbindung zu setzen und finanzielle Zuweisungen unmittelbar aus Moskau zu erhalten. Das ZK der Partei hob hervor, daß „die ukrainischen Eisenbahnen ein untrennbarer Bestandteil des russischen Eisenbahnnetzes sind und vom Volkskommissariat für Verkehrswesen von Moskau aus verwaltet werden". In dem Beschluß hieß es weiter, daß „das Volkskommissariat für Staatliche Kontrolle der RSFSR seine Tätigkeit auf alle Institutionen der Ukrainischen Sowjetrepublik ausdehnen muß". (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Dieser Beschluß des ZK der KPR(B) war ein wichtiger Schritt zur Festigung der militärischen Einheit der Sowjetrepubliken. Am 24. April 1919 schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit dem schriftlichen Bericht des Oberkommandierenden J. J. Wazetis über die militärische Lage der RSFSR, in dem die

Notwendigkeit begründet wurde, die bewaffneten Kräfte der Sowjetrepubliken zu vereinigen und sie einem einheitlichen Oberbefehl zu unterstellen, in einem Brief an E. M. Skljanski, daß man schnellstens „den *Text* einer Direktive des ZK an alle ‚Nationalen' über die *Einheit* (den Zusammenschluß) auf militärischem Gebiet entwerfen" muß. (Briefe, Bd. V, Dokument 528.) Den „Entwurf einer Direktive des ZK über die militärische Einheit" siehe Werke, Bd. 29, S. 393/394. Das Militärbündnis der Sowjetrepubliken trat am 1. Juni 1919 durch das Dekret des Gesamtrussischen ZEK „Über den Zusammenschluß der Sowjetrepubliken Rußlands, der Ukraine, Lettlands, Litauens und Belorußlands zum Kampf gegen den Weltimperialismus" in Kraft. *118*

132 Am 21. April 1919 hielt W. I. Lenin in der Sitzung des Rats für Verteidigung ein Referat „Über die Intensivierung der Arbeit auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung". Das hier veröffentlichte Dokument ist offensichtlich der Entwurf für den abschließenden Teil des Beschlusses zu dieser Frage. *118*

133 Diese Zeilen schrieb Lenin unter einen Appell, den Béla Kun im Namen der Räteregierung Ungarns an die ungarischen Kämpfer in der Roten Armee gerichtet hatte. „Ihr ungarischen Internationalisten", hieß es in dem Appell, „die ihr auf dem Territorium Rußlands gegen die Banden Koltschaks und die Konterrevolution kämpft, kämpft jetzt ebenso wie in Ungarn auch für die Ungarische Räterepublik, denn Ungarn und Rußland sind jetzt eins." Dieser Appell wurde im April 1919 in ungarischer Sprache herausgegeben und an den Fronten des Bürgerkriegs verbreitet.

Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich der von L. M. Karachan in russischer Sprache geschriebene Text des Zusatzes. *119*

134 Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin am 2. Mai 1919 in der zweiten Sitzung der Wirtschaftskommission beim Rat der Volkskommissare, in der über Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beraten wurde. *119*

135 Am 31. Mai 1919 behandelte der Rat für Verteidigung Fragen der Mobilmachung. Der Rat bestätigte einen von W. I. Lenin verfaßten Dekretentwurf (siehe den vorliegenden Band, S. 122) und faßte einen Beschluß über die Bereitstellung von Lebensmitteln für die Einberufenen durch das Volkskommissariat für Ernährungswesen sowie über die Prüfung des Verhältnisses der Mitarbeiter aller Behörden und Institutionen zur Militärpflicht mit dem Ziel, alle Militärpflichtigen, die ohne Schaden für die Sache durch Personen, welche nicht der Einberufung unterlagen, oder durch Frauen ersetzt werden konnten, unverzüglich den Militärbehörden zur Verfügung zu stellen. *121*

136 Am 24. Mai 1919 hatte der Rat für Verteidigung einen Beschluß angenommen, der den Rotarmisten, die in getreidereichen Gebieten an der Front ein-

gesetzt waren, gestattete, ihren Familien in Hungergebieten Lebensmittelpakete zu schicken. Der Rat für Verteidigung hatte die Zentrale Kommission für die Lebensmittelversorgung der Roten Armee beauftragt, den Entwurf einer detaillierten Instruktion zur Verwirklichung dieses Beschlusses auszuarbeiten und bis spätestens 1. Juni vorzulegen. Der Entwurf der Instruktion wurde vom Rat für Verteidigung am 23. Juli 1919 bestätigt. *123*

137 Das Reiterkorps Mamontows war von Denikin zu einem Schlag im Hinterland der sowjetischen Truppen der Südfront eingesetzt worden. Am 10. August 1919 durchbrach die Reiterei Mamontows im Gebiet Nowochopjorsk die Frontlinie und überfiel mehrere Siedlungen und Städte. Diese Überfälle brachten die Sowjettruppen in eine bedrohliche Lage; sie erschwerten die Angriffsoperationen und behinderten die Lenkung und Versorgung der Truppen an einigen Stellen beträchtlich. Partei und Regierung ergriffen außerordentliche Maßnahmen zum Kampf gegen die Reiterei Mamontows. Am 23. August verhängte der Rat für Verteidigung den Kriegszustand über die Gouvernements Rjasan, Tula, Orjol, Woronesh, Tambow und Pensa, in denen die gesamte Macht in den Händen der Revolutionskomitees konzentriert war. Den Revolutionskomitees wurde die Verantwortung für die Organisierung der Abwehr weißgardistischer Überfälle und für die Niederschlagung konterrevolutionärer Aktionen übertragen. W. I. Lenin maß der Zerschlagung des Mamontowschen Reiterkorps große Bedeutung bei. Das Korps wurde im Oktober/November 1919 vernichtet. *125*

138 W. I. Lenin forderte wiederholt vom Revolutionären Kriegsrat der Republik, an dessen Spitze L. D. Trotzki stand, entschiedene Maßnahmen zum Kampf gegen die Truppen Mamontows zu ergreifen. Am 16. September 1919 schrieb Lenin: „Mit Mamontow Stillstand. Offenbar eine Verspätung nach der anderen. Verspätet haben sich die Truppen, die sich vom Norden nach Woronesh begeben haben. Verspätet hat man sich mit der Beförderung der 21. Division nach dem Süden. Verspätet mit den Maschinengewehren. Verspätet mit dem Nachrichtenwesen ... Offenbar ‚befiehlt' unser Revolutionärer Kriegsrat der Republik, interessiert sich aber nicht dafür oder ist nicht imstande, darüber zu wachen, ob das Befohlene *ausgeführt wird*. Wenn das allgemein unsere Sünde ist, so ist das in der Kriegführung gleichbedeutend mit Untergang." (Werke, Bd. 35, S. 396/397.) *126*

139 Der Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 4. September 1919 angenommen. *127*

140 Die folgende Entscheidung des Politbüros des ZK der KPR(B) wurde im Zusammenhang mit einem Brief G. W. Tschitscherins an W. I. Lenin vom 26. September 1919 getroffen. Tschitscherin hatte um Anweisungen zu folgen-

den Fragen gebeten: 1. Kann man auch ohne Beschluß des ZK der KPR(B) an die Arbeiter der Ententeländer den Appell richten, auf ihre Regierungen Druck auszuüben, damit diese die Verhandlungen des Sowjetstaates mit den baltischen Ländern über den Abschluß von Friedensverträgen nicht stören? 2. Soll man sich im Namen der Sowjetregierung mit einem neuen Friedensvorschlag an die Ententeländer wenden? „Das wird man als Zeichen der Schwäche auslegen ...", schrieb Tschitscherin. „Dafür wird das ein Ansatzpunkt für die Gegner der Intervention sein, insbesondere für die Trade-Unions"; 3. Kann man die geplante Reise M. M. Litwinows in ein neutrales Land zu Verhandlungen mit englischen Vertretern über den Austausch von Kriegsgefangenen dazu nutzen, daß Litwinow gleichzeitig „die Frage des Friedens zur Sprache bringt"? 4. Ist es für den Fall, daß die Mission Litwinows mißlingt, angebracht, daß A. M. Gorki in seinem geplanten Appell an die Weltöffentlichkeit „unsere unveränderte Friedensbereitschaft anführt und dabei die Regierungen der Entente darauf hinweist, daß sich der Kampf in Ausrottung verwandelt"? (Unterstreichung von W. I. Lenin.) „Wir würden allerdings einen offiziellen Friedensvorschlag bei weitem vorziehen ...", schrieb Tschitscherin. (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) Zu dieser Frage siehe auch W. I. Lenin, Briefe, Bd. VI, Dokument 87. *128*

141 Zu dem Konflikt war es infolge einer Verordnung gekommen, mit der das Volkskommissariat für Staatliche Kontrolle die Auflösung von 9 juristischen Abteilungen im Obersten Volkswirtschaftsrat verfügt hatte. Wegen dieser Verordnung reichte der Oberste Volkswirtschaftsrat beim Kleinen Rat der Volkskommissare eine Beschwerde über die Staatliche Kontrolle ein. Der Rat der Volkskommissare bestätigte den Beschluß des Kleinen Rats der Volkskommissare zu der Beschwerde des Obersten Volkswirtschaftsrats und nahm den von W. I. Lenin vorgelegten Entwurf am 30. September 1919 mit einigen Änderungen an. Hinzugefügt wurde Punkt 3: „Das gleiche wird von allen Komitees verlangt, und zwar innerhalb von zwei Wochen." Punkt 3 des Leninschen Entwurfs wurde als Punkt 4 des Beschlusses in folgender Fassung bestätigt: „Das Volkskommissariat für Justiz wird beauftragt, eine Untersuchung darüber durchzuführen, ob die Mitglieder der juristischen Abteilungen des Obersten Volkswirtschaftsrats wegen Bürokratismus gerichtlich zu belangen sind. Bericht in einer Woche an den Kleinen Rat." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *129*

142 Die „Wünsche zur Frage des Genossenschaftswesens" schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit einer Beratung der Fraktion des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften und des Volkskommissariats für Ernährungswesen.

Die Beratung war vom Rat der Volkskommissare einberufen worden und fand am 9. Oktober 1919 unter Vorsitz W. I. Lenins statt. *129*

143 *„Bednota"* (Die Armut) – Tageszeitung für die Bauern, die vom 27. März 1918 bis zum 31. Januar 1931 in Moskau erschien. Die Zeitung wurde auf Beschluß des ZK der KPR(B) an Stelle der Zeitungen „Derewenskaja Bednota", „Derewenskaja Prawda" und „Soldatskaja Prawda" herausgegeben. Sie führte einen aktiven Kampf für die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, für die Organisierung der armen und Mittelbauern und ihren Zusammenschluß um die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht.

Ab 1. Februar 1931 verschmolz die „Bednota" mit der Zeitung „Sozialistitscheskoje Semledelije". *130*

144 Gemeint ist das am 16. März 1919 vom Rat der Volkskommissare angenommene Dekret über die Konsumkommunen. *130*

145 Die afghanische Außerordentliche Gesandtschaft mit Mohammed Wali Khan an der Spitze traf am 10. Oktober 1919 in Moskau ein. Am 12. Oktober stattete Mohammed Wali Khan in Begleitung des Obersten Richters der afghanischen Armee und des Sekretärs der Gesandtschaft dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten einen Besuch ab. Der Gesandte wurde vom gesamten Kollegium des Volkskommissariats empfangen. Am 14. Oktober empfing der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare W. I. Lenin im Beisein von Vertretern des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten den afghanischen Gesandten. Die Unterredung dauerte über eine halbe Stunde. *130*

146 Die in dem Schreiben des Emirs Aman Ullah Khan berührten Fragen wurden in dem vom Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare W. I. Lenin unterzeichneten Brief der Sowjetregierung vom 27. November 1919 beantwortet. *131*

147 Diese Ansprache hielt W. I. Lenin am 24. Oktober 1919 im Haus der Gewerkschaften vor kommunistischen Arbeitern aus Iwanowo-Wosnessensk, die auf der Fahrt an die Front durch Moskau kamen. Am 3. Oktober hatte in Iwanowo-Wosnessensk eine Stadtparteiversammlung stattgefunden, auf der alle Parteimitglieder aufgefordert wurden, ihre Kräfte für die Zerschlagung der Armee Denikins einzusetzen; die Parteiorganisationen wurden verpflichtet, mit der Mobilisierung von Kommunisten für die Front zu beginnen. Am 9. Oktober beschloß das Büro des Iwanowo-Wosnessensker Gouvernementskomitees die allgemeine Mobilisierung der Parteimitglieder. In kurzer Zeit wurden etwa 350 Parteimitglieder mobilisiert. Am 22. Oktober wurde die erste Gruppe an die Front verabschiedet, und am 24. Oktober trafen die mobilisierten Iwanowo-Wosnessensker Kommunisten in Moskau ein. W. I. Lenin schrieb

in einem Brief an den Revolutionären Kriegsrat der Südfront: „Ich empfehle Ihnen nachdrücklich den Überbringer, Gen. Stepan Nasarow, einen Bolschewik, den ich seit langem persönlich kenne.

Gemeinsam mit anderen Iwanowo-Wosnessensker Genossen hat er eine *mit Überlegung organisierte* Gruppe (300 bis 500 Mann) gebildet, die vielseitig verwendbar ist und den Kampfgeist einer ganzen Armee zu heben vermag.

Ich empfehle Ihnen die Genossen wärmstens und bitte Sie sehr, alles zu tun, damit sie sich nicht in der Menge verlieren, sondern richtig und sorgfältig eingesetzt werden." (Briefe, Bd. VI, Dokument 123.) *131*

148 Gemeint ist die Wahlkampagne für die Wahlen zur Abgeordnetenkammer, die im Oktober 1919 begonnen hatte. *132*

149 Am 11. November 1919 wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare der Entwurf eines Dekrets über ein einheitliches Organ für die Forstwirtschaft erörtert. Der Rat der Volkskommissare lehnte den Dekretentwurf ab und bildete aus Vertretern der Hauptverwaltung für Forstwirtschaft, der Volkskommissariate für Landwirtschaft und für Innere Angelegenheiten eine Kommission, die er beauftragte, die hier veröffentlichten Vorschläge W. I. Lenins einzuarbeiten. Am 21. November 1919 wurde das Dekret vom Rat der Volkskommissare bestätigt und am 29. November 1919 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *133*

150 Der vorliegende Beschlußentwurf wurde am 18. November 1919 vom Rat der Volkskommissare angenommen. *134*

151 Gleichzeitig mit dem Entwurf des Volkskommissariats für Ernährungswesen erörterte der Rat der Volkskommissare einen Entwurf des Obersten Volkswirtschaftsrats zum gleichen Problem. Punkt 4 des Entwurfs des Obersten Volkswirtschaftsrats lautete: „Den Stärkesirupfabriken ist das Recht einzuräumen, mit den Bauern Verträge über Kartoffellieferungen abzuschließen mit der Maßgabe, daß von jedem verarbeiteten Pud 1 Pfund Stärkesiruperzeugnisse ausgegeben werden kann." (Lenin-Sammelband XXIV, S. 140, russ.) *134*

152 Der von der Kommission ausgearbeitete Dekretentwurf über die Kartoffelbeschaffung wurde vom Rat der Volkskommissare am Sonnabend, dem 22. November 1919, mit den in der Sitzung vorgenommenen Abänderungen bestätigt. *134*

153 Der *II. Gesamtrussische Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens*, der vom Zentralbüro der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens beim ZK der KPR(B) einberufen war, fand vom 22. November bis 3. Dezember 1919 in Moskau statt. Am Vorabend des Kongresses, am 21. November, fand unter Vorsitz Lenins eine Vorbespre-

chung von Mitgliedern des ZK der KPR(B) mit einer Gruppe von Delegierten statt. Auf dem Kongreß waren 71 Delegierte mit beschließender und 11 mit beratender Stimme anwesend. Am ersten Tag des Kongresses hielt Lenin das Referat über die politische Lage. Die zu Lenins Referat angenommene Resolution wurde an das Präsidium überwiesen „zur Konkretisierung und Ausarbeitung der Hauptthesen, die der Arbeit im Osten zugrunde gelegt werden sollten". Der Kongreß nahm u. a. einen Bericht über die Arbeit des Zentralbüros der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, Berichte aus den einzelnen Orten und einen Bericht des Zentralen mohammedanischen Militärkollegiums entgegen.

Der Kongreß legte die Aufgaben der Partei- und Sowjetarbeit im Osten fest und wählte ein neues Zentralbüro. *135*

154 G. W. Tschitscherin hielt das Referat über die internationale Lage auf der VIII. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) (2.–4. Dezember 1919). Die Konferenz nahm den von W. I. Lenin verfaßten „Resolutionsentwurf zur Frage der internationalen Politik" an. In dem Bericht über die Tätigkeit des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare, den W. I. Lenin auf dem VII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (5.–9. Dezember 1919) erstattete, legte er diesen Resolutionsentwurf zur Annahme durch den Kongreß vor. (Siehe Werke, Bd. 30, S. 220.) Der Kongreß nahm den Entwurf einstimmig als Friedensangebot an die Ententeländer an. *135*

155 Das vorliegende Dokument wurde dem vom Plenum des ZK der KPR(B) am 29. November 1919 angenommenen Beschluß über die Zusammensetzung des Gesamtrussischen ZEK zugrunde gelegt, dessen Wahl auf dem VII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß bevorstand. *136*

156 Lenin meint den Beschluß des VIII. Parteitags der KPR(B) zur Organisationsfrage. Im Abschnitt über den Sowjetaufbau hieß es, daß die Zusammensetzung des Gesamtrussischen ZEK verändert werden müsse und daß hauptsächlich örtliche Funktionäre, die ständig unter den Massen der Arbeiter und Bauern arbeiten, dem Gesamtrussischen ZEK angehören sollen. (Siehe „Achter Parteitag der KPR(B). März 1919. Protokoll", Moskau 1959, S. 427, russ.) *136*

157 In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 2. Dezember 1919 wurde der Entwurf des Dekrets „Über die Verbesserung des Eisenbahnverkehrs im Zusammenhang mit Militärtransporten" erörtert. Während der Diskussion brachte W. I. Lenin das vorliegende Dokument ein, das in § 10 des Dekrets einging. Mit diesem Zusatz und weiteren Änderungen wurde das Dekret vom Rat der Volkskommissare angenommen und teilweise in Nr. 281 der „Iswestija WZIK" vom 14. Dezember 1919 veröffentlicht. *136*

158 Diese Bemerkungen Lenins bildeten die Grundlage für einen Beschluß, den das Politbüro des ZK der KPR(B) nach Erörterung des Entwurfs der „Bestimmungen über das Büro der Fraktion der KPR(B) beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften" in seiner Sitzung am 27. Dezember 1919 faßte. *137*

159 In § 1 des Entwurfs der „Bestimmungen" hieß es, daß die führende Parteiorganisation der gesamten Gewerkschaftsbewegung Rußlands die Fraktion der KPR(B) beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften sei. *137*

160 § 3 hatte im Entwurf der „Bestimmungen" folgende Fassung: „Zwecks Koordinierung der Tätigkeit aller Gesamtrussischen Industrievereinigungen und zur möglichst erfolgreichen und organisierten Durchsetzung einer einheitlichen Linie der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsbewegung unterstehen alle existierenden und neu entstehenden Fraktionen der Gesamtrussischen Industrievereinigungen unmittelbar der Fraktion beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften." *137*

161 Über die Lebensmittelversorgung Moskaus wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 6. Dezember 1919 beraten. Der Beschluß des Rats der Volkskommissare zu dieser Frage wurde auf der Grundlage der hier veröffentlichten Bemerkungen W. I. Lenins formuliert. *139*

162 Es handelt sich um ein Abkommen zwischen dem Volkskommissariat für Verkehrswesen und dem Volkskommissariat für Ernährungswesen über den Getreidetransport aus den Anbaugebieten in die Verbrauchergebiete. „Das Abkommen", hieß es in dem Beschluß des Rats der Volkskommissare, „soll garantieren, daß regelmäßig die Menge Getreide nach Moskau geliefert wird, die für die Verteilung nach dem Klassenprinzip erforderlich ist." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) Siehe hierzu auch den vorliegenden Band, S. 178/179. *139*

163 Gemeint ist die tägliche Information an den Rat der Volkskommissare über die Brotversorgung Moskaus und über die Kartoffeltransporte für Moskau. *139*

164 Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 23. Dezember 1919 im Zusammenhang damit, daß die Gouvernementskommissare für Ernährungswesen der Gouvernements Kasan, Simbirsk und Samara eine Anordnung des Volkskommissariats für Ernährungswesen über die Absendung von Direktzügen mit Getreide nach Moskau nicht durchgeführt hatten. Nach Behandlung der Frage wurde Lenins Beschlußentwurf mit einigen Änderungen vom Rat der Volkskommissare bestätigt. *140*

165 In der Diskussion stellte sich heraus, daß eine der Hauptursachen für die Nichterfüllung der Anordnung die Tatsache war, daß das Volkskommissariat

für Ernährungswesen vom Kommissariat für Post- und Fernmeldewesen nicht rechtzeitig eine direkte Leitung bekommen hatte, um sich mit den örtlichen Stellen in Verbindung setzen zu können. Diesen Punkt nahm der Rat der Volkskommissare in folgender Fassung an: „In allen Fällen, in denen keine direkte Leitung zur Durchführung eines wichtigen Auftrags zu bekommen ist, wird dasjenige Kommissariat für schuldig befunden, das nicht sofort, wenn es nach Ablauf einer Stunde keine Leitung erhält, beim Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Beschwerde einlegt." (Lenin-Sammelband XXIV, S. 147, russ.) *140*

166 Diesen Punkt nahm der Rat der Volkskommissare in folgender Fassung an: „Das Kommissariat für Justiz wird beauftragt, ein Untersuchungsverfahren einzuleiten, um den Grad der Schuld festzustellen, der die Gouvernementskommissare für Ernährungswesen und sonstige Amtspersonen trifft, welche für die Nichterfüllung der Anordnung des Kommissariats für Ernährungswesen über die Absendung von Direktzügen mit Getreide nach Moskau bzw. für die Nachlässigkeit bei ihrer Durchführung verantwortlich sind." (Lenin-Sammelband XXIV, S. 147, russ.) *140*

167 Die Angaben, die Lenin von der Statistischen Zentralverwaltung erhielt, wurden von ihm in dem Bericht des Zentralkomitees auf dem IX. Parteitag der KPR(B) verwendet. (Siehe Werke, Bd. 30, S. 452.) *141*

168 Am 23. Dezember 1919 beriet der Kleine Rat der Volkskommissare über die Versorgung der Arbeiter mit Kleidung und Schuhwerk. Der Kleine Rat beschloß, hierfür einen Teil der für die Rote Armee bestimmten Reserven zu verwenden, jedoch ohne Schaden für die Armee. Ende Dezember sollte die Hauptwirtschaftsverwaltung der Armee an das Volkskommissariat für Ernährungswesen aus Armeebeständen 30 000 Paar Lederschuhe ausgeben, während der Oberste Volkswirtschaftsrat verpflichtet wurde, dem Kommissariat für Ernährungswesen alle zwei Wochen 20% aller im Land hergestellten Stiefel zur Verfügung zu stellen.

Offensichtlich stieß dieser Beschluß des Kleinen Rats der Volkskommissare im Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats auf Widerspruch; im Zusammenhang damit nahm der Rat der Volkskommissare am 30. Dezember einen Beschluß an, dem der hier veröffentlichte Entwurf W. I. Lenins zugrunde gelegt wurde. *143*

169 Diesen Satz bestätigte der Rat der Volkskommissare in folgender Fassung: „Genosse Rykow wird verpflichtet, seinem Vertreter für alle Sitzungen zur Frage der Arbeitsbekleidung ein präzises Mandat zu geben und nur ihn zu delegieren."

Am 3. Januar 1920 behandelte der Kleine Rat der Volkskommissare erneut

diese Frage, diesmal im Beisein des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats A. I. Rykow, und verpflichtete ihn, ab 1. Januar 1920 den Organen des Volkskommissariats für Ernährungswesen monatlich mindestens 40 000 Paar Arbeitsschuhe für Männer zu liefern, nicht gerechnet Holz-, Filz- und Bastschuhe. *143*

170 Der Entwurf der Instruktion zur Beschaffung von Rohstoff wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 30. Dezember 1919 behandelt. Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf wurde vom Rat der Volkskommissare angenommen. *144*

171 Gemeint ist der Beschluß des VII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses über den Sowjetaufbau, insbesondere hinsichtlich des Rechts der Volkskommissariate, gegen die Leiter der entsprechenden Abteilungen der Exekutivkomitees Einspruch zu erheben. *144*

172 Laut Beschluß des VII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses sollte der Oberste Volkswirtschaftsrat eine Instruktion ausarbeiten, die die Rechte und Pflichten der zentralen und örtlichen Dienststellen des Obersten Volkswirtschaftsrats gegenüber den staatlichen Betrieben von besonderer Bedeutung, den zu Trusts vereinigten Betrieben usw. festlegte. *144*

173 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf wurde am 16. Januar 1920 in der Sitzung des Rats der Arbeiter-und-Bauern-Verteidigung, in der der Bericht „Über die Reorganisation des Sonderkomitees zur Überführung der Eisenbahnen in den Kriegszustand und über die Reorganisation der Transportabteilung der Gesamtrussischen Tscheka" erörtert wurde, bestätigt. *144*

174 Am 2. Januar 1920 hatte die Sowjetregierung der aserbaidshanischen mussawatistischen Regierung den Vorschlag unterbreitet, ein Abkommen über gemeinsame Aktionen gegen Denikin abzuschließen. Diese beantwortete den Vorschlag jedoch mit einer Absage.

In der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 17./18. Januar 1920 wurde ein Bericht des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten G. W. Tschitscherin über die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit Aserbaidshan entgegengenommen. Das Politbüro nahm dazu den von W. I. Lenin vorgelegten Beschlußentwurf an. *145*

175 Der vorliegende Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 17./18. Januar 1920 angenommen. Er bezieht sich auf den Protest des Oberkommandierenden gegen ein Telegramm, das der Vorsitzende des Revolutionären Kriegsrats Trotzki mit einem Postskriptum Lenins am 17. Januar 1920 an den Befehlshaber der Turkestanischen Front M. W. Frunse und den Befehlshaber der 4. Armee G. K. Woskanow gerichtet hatte. In dem Telegramm wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, energische Maßnahmen

zum Bau der Eisenbahnlinie nach Emba und zum Umbau der Eisenbahnlinie Krasny Kut–Alexandrow-Gai auf Breitspur zu ergreifen. (Siehe W. I. Lenin, Briefe, Bd. VI, Dokument 210.) *146*

176 Die Frage der Umbildung der Staatlichen Kontrolle zur Arbeiter-und-Bauern-Inspektion wurde Ende 1919 aufgeworfen und auf dem VII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß behandelt. Zur Ausarbeitung eines Beschlußentwurfs über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion bildete das Gesamtrussische ZEK eine Kommission, der Vertreter der Staatlichen Kontrolle, des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und des Gesamtrussischen ZEK angehörten. Da die Kommission zu keiner einheitlichen Meinung kam, wurde die Frage dem Politbüro des ZK der KPR(B) vorgelegt, das die hier veröffentlichte Direktive am 23. Januar 1920 zum Beschluß erhob. *147*

177 Die *Anweisungen zur Arbeit der Agitations- und Instrukteurzüge und -dampfer* schrieb W. I. Lenin am 25. Januar 1920 zu einem Bericht J. Burows über die Ergebnisse der von den Agitations- und Instrukteurzügen des Gesamtrussischen ZEK geleisteten Arbeit.

Die Abteilung für Agitations- und Instrukteurzüge und -dampfer des Gesamtrussischen ZEK teilte am 3. Februar 1920 mit, daß sie entsprechend Lenins Anweisungen Verbindung zum Komitee für Filmwesen aufgenommen und eine vorläufige Kommission zur Ausarbeitung von Bestimmungen über Agitationsfahrten in Zügen und auf Dampfern des Gesamtrussischen ZEK gebildet habe. *147*

178 Den vorliegenden Entwurf schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 27. Januar 1920, in der ein Bericht des Chefs des Moskauer Militärbezirks und der Garnison der Stadt Moskau A. A. Burdukow über das Entladen von Kartoffeln auf dem Moskauer Eisenbahnknotenpunkt und über das Räumen der Moskauer Straßen und Eisenbahnstrecken von Schnee behandelt wurde. Lenins Entwurf wurde vom Rat der Volkskommissare bestätigt. *149*

179 In der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 31. Januar 1920 wurde folgender Beschluß angenommen: „Eine Wiederaufnahme der Kartoffelkampagne wird bis zum Frühjahr verschoben mit der Maßgabe, daß das Volkskommissariat für Ernährungswesen verpflichtet wird, in den Monaten April und Mai 1920 neben der Saatgutkampagne den Bedarf Moskaus an Speisekartoffeln in Höhe von 560 000 Pud zu decken." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *149*

180 Der Bericht über die Maßnahmen, die das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten ergriffen hatte, um durchzusetzen, daß der Pflicht zur Schneebeseitigung nachgekommen wird, wurde in der Sitzung des Rats der Volks-

kommissare am 31. Januar 1920 entgegengenommen. Der Rat der Volkskommissare faßte einen Beschluß über die Bildung einer Kommission unter Vorsitz F. E. Dzierzynskis, der die Verantwortung für diese Angelegenheit übertragen wurde. *150*

181 § 4 des Entwurfs einer Verordnung über die Prämierung von Arbeitern und Angestellten, der bei W. I. Lenin Zweifel hervorrief, lautete folgendermaßen: „§ 4. Als Grundlage der zu bestimmenden Leistungsnormen dient die technisch mögliche Leistung bei besten technischen Produktionsbedingungen, wie sie bei normalem Zustand der Produktionsmittel und -instrumente gegeben sind. Infolge der allgemeinen Bedingungen des derzeitigen Zustands der Industrie aber muß von dieser technisch möglichen Norm ein Abzug vorgenommen werden, jedoch auf keinen Fall mehr als 50%, danach wird die faktische Produktivitätsnorm festgelegt, die für die verschiedenen Produktionszweige, Betriebe und Gruppen verschieden sein kann."

Der Kleine Rat der Volkskommissare beschloß in seiner Sitzung am 1. Februar 1920: „Der Beschlußentwurf über die Prämierung wird an das Volkskommissariat für Arbeit zur Überarbeitung entsprechend den Hinweisen des Gen. Lenin zurückgeschickt."

Der Beschluß „Über die Verfahrensweise bei der Bestätigung der Entwürfe für die Prämierung" wurde vom Rat der Volkskommissare am 8. Juni 1920 angenommen und am 10. Juni in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *150*

182 Gemeint ist die *erste Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode*, die vom 2. bis 7. Februar 1920 in Moskau stattfand. Am 2. Februar erstattete W. I. Lenin auf der Tagung den Bericht über die Arbeit des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare. (Siehe Werke, Bd. 30, S. 305–327.) *151*

183 Dieser Entwurf ging vollinhaltlich in die Beschlüsse des Rats für Verteidigung vom 2. Februar 1920 ein, die, von W. I. Lenin unterschrieben und mit einem Zusatz versehen (siehe den vorliegenden Band, S. 153), am 3. Februar an alle Institutionen verschickt wurden. Die Beschlüsse des Rats für Verteidigung sind im Lenin-Sammelband XXIV, S. 64–67, russ., veröffentlicht. *152*

184 Diesen Beschlußentwurf legte W. I. Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 5. Februar 1920 vor, in der ein Bericht L. B. Krassins über Vergünstigungen für Arbeiter, die mit der Reparatur von Lokomotiven und der Herstellung von Ersatzteilen für das Transportwesen beschäftigt sind, behandelt wurde.

Zu dem Bericht wurde folgende Resolution angenommen: „Der Oberste Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Ernährungswesen und das Volkskommissariat für Verkehrswesen werden beauftragt, die Frage aller Ver-

günstigungen, die auf die Arbeiter ausgedehnt werden sollen, welche mit der Reparatur von Lokomotiven und der Herstellung von Ersatzteilen für das Transportwesen beschäftigt sind, im einzelnen zu untersuchen und die Liste der Betriebe dem Rat der Volkskommissare vorzulegen." *154*

185 Die Frage, wie die besten Werkstätten volle 24 Stunden am Tag für Reparaturarbeiten genutzt werden können, wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 16. März 1920 behandelt. W. I. Lenin erachtete es für notwendig, daß intensiv und ununterbrochen an der Instandsetzung von Lokomotiven gearbeitet würde, da sich das Eisenbahnwesen in einem katastrophalen Zustand befand. Daher wurde in der genannten Sitzung noch über eine Reihe weiterer Fragen beraten, z. B. über die Sicherung der Möglichkeit, Lokomotiven und Ersatzteile für die Instandsetzung der Eisenbahnen im Ausland zu bestellen, und über die Überprüfung der Betriebe, die Waggons und Lokomotiven für Direktzüge reparieren. *154*

186 Die *Rede auf der IV. Konferenz der Außerordentlichen Kommissionen der Gouvernements (Gouvernements-Tschekas)* hielt W. I. Lenin in der Plenarsitzung am Vormittag des 6. Februar 1920. Die Konferenz fand zu einer Zeit statt, in der das Sowjetland nach der Zerschlagung Koltschaks, Denikins und Judenitschs eine vorübergehende Atempause erkämpft hatte und sich mehr mit Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus beschäftigen konnte.

An der Konferenz nahmen 69 Delegierte mit beschließender und 7 Delegierte mit beratender Stimme teil. Alle Delegierten waren Kommunisten, wobei die Mehrzahl der 69 Delegierten mit beschließender Stimme schon lange vor der Oktoberrevolution der Partei angehört hatte. Der sozialen Lage nach waren die meisten Arbeiter. *154*

187 Partei der *Borotbisten* – kleinbürgerlich-nationalistische Partei, die im Mai 1918 nach der Spaltung der Ukrainischen Partei der Sozialrevolutionäre entstanden war. Sie benannte sich nach ihrem Zentralorgan „Borotba" (Der Kampf). Im August 1919 nahm sie den Namen Ukrainische kommunistische Partei-Borotbisten an.

Ihre Zusammensetzung war nicht einheitlich, es gab in ihren Reihen eine nicht geringe Anzahl konterrevolutionärer Elemente, die, getarnt durch revolutionäre Phrasen, in Wirklichkeit Gegner der Diktatur des Proletariats waren. Zweimal stellte die Partei der Borotbisten den Antrag, als die eigentliche Kommunistische Partei der Ukraine in die Komintern aufgenommen zu werden. In einem speziellen Beschluß vom 26. Februar 1920 wertete das Exekutivkomitee der Komintern dies als Versuch, die Reihen der ukrainischen Werktätigen zu spalten, und empfahl den Borotbisten, ihre Partei aufzulösen und der KP(B) der Ukraine beizutreten. Der wachsende Einfluß der Bolsche-

wiki unter den Bauernmassen und die Erfolge der Sowjetmacht in der Ukraine führten zur Selbstauflösung der Partei der Borotbisten. Ein Teil ihrer ehemaligen Mitglieder wurde später in die KP(B) der Ukraine aufgenommen. Vgl. hierzu auch den vorliegenden Band, S. 169/170. *163*

188 Weiter folgt im Manuskript die nachstehende Anweisung W. I. Lenins: „Die Genossen Trotzki und Rakowski werden beauftragt, diese Resolution bis spätestens morgen genauer zu formulieren und sie chiffriert noch morgen telegrafisch dem Ukrainischen Revolutionskomitee zu übermitteln." *163*

189 Dieses Interview gewährte W. I. Lenin dem Korrespondenten der amerikanischen bürgerlichen Zeitung „The World" Lincoln Eyre Mitte Februar 1920. Sowjetrußland hatte zu dieser Zeit eine friedliche Atempause erkämpft und konzentrierte seine Kräfte auf die Wiederherstellung und Rekonstruktion der Volkswirtschaft. Die Sowjetregierung verkündete ein umfangreiches Programm zur Aufnahme von diplomatischen und Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern. Lincoln Eyre war eigens wegen dieses Interviews nach Rußland gekommen. Lenin empfing ihn zusammen mit dem Kameramann Kubes. Die einstündige Unterredung wurde in englischer Sprache geführt, anfangs im Arbeitszimmer Lenins, dann in seiner Wohnung im Kreml. Das Interview wurde am 21. Februar 1920 in der Zeitung „The World" veröffentlicht und von vielen Zeitungen Westeuropas und Amerikas nachgedruckt. *163*

190 Der Friedensvertrag zwischen der RSFSR und Litauen wurde am 12. Juli 1920 in Moskau, der Friedensvertrag zwischen der RSFSR und Lettland am 11. August 1920 in Riga abgeschlossen. *168*

191 An der Spitze des ukrainischen Lehrerverbandes standen Anhänger Petljuras. *170*

192 Der hier veröffentlichte Entwurf W. I. Lenins wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 2. März 1920, in der ein Bericht L. B. Krassins über den Außenhandel behandelt wurde, angenommen. Er steht in Zusammenhang mit Punkt 17 der Thesen über den Außenhandel, in dem es hieß: „Aus Vertretern des Volkskommissariats für Außenhandel, der Staatlichen Kontrolle und der Gesamtrussischen Tscheka ist eine Kommission zu bilden, die den Auftrag erhält, den für den Außenhandel verfügbaren Warenfonds der Republik festzustellen und ihn mit Beschlag zu belegen." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *170*

193 In Trotzkis Thesenentwurf hatte § 1 die Überschrift „Über den Willen zur Arbeit". (Siehe „Neunter Parteitag der KPR(B). März/April 1920. Protokolle", Moskau 1960, S. 533, russ.) *170*

194 Der vom Volkskommissariat für Bildungswesen eingebrachte Dekretentwurf über Gerichtsverfahren gegen Minderjährige wurde in der Sitzung des Rats

der Volkskommissare am 4. März 1920 erörtert und mit den Abänderungsvorschlägen W. I. Lenins bestätigt. Das Dekret wurde am 6. März in Nr. 51 der „Iswestija WZIK" unter der Überschrift „Über Verfahren gegen Minderjährige, die wegen gesellschaftsgefährdender Handlungen angeklagt sind" veröffentlicht. *171*

195 Am 9. März 1920 wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare die Frage der Sowjetwirtschaften behandelt. Dabei legte W. I. Lenin den hier veröffentlichten Beschlußentwurf vor. Der Rat der Volkskommissare beauftragte den Volkskommissar für Landwirtschaft S. P. Sereda, „den genauen Wortlaut aller Beschlüsse zu dieser Frage und einen darauf basierenden Beschlußentwurf vorzulegen". Der vom Volkskommissar für Landwirtschaft ausgearbeitete „Entwurf eines Beschlusses über Maßnahmen zur Organisation der Sowjetwirtschaften" wurde am 15. April 1920 vom Rat der Volkskommissare bestätigt. *172*

196 In der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und des Moskauer Gewerkschaftsrats am 15. März 1920 hatte der Sekretär des ZK der KPR(B) N. N. Krestinski erklärt, daß er, da der von der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und ihren verantwortlichen Leitern vertretene Standpunkt zur Frage des Kollegialprinzips und der Einzelleitung stark vom Standpunkt des ZK der KPR(B) abweicht, im Namen des ZK der Partei allen Mitgliedern der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften empfiehlt, sich auf den Verbandstagen der Gewerkschaften nicht für die Kollegialleitung einzusetzen.

Die Mitglieder des Büros der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften erhoben in einer geschlossenen Sitzung entschiedenen Protest gegen derartige Auslegungen und Methoden der Einhaltung der Parteidisziplin und wandten sich an das ZK der KPR(B) mit der Bitte, ihnen zu gestatten, auf den Verbandstagen der Gewerkschaften die Resolution der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften zu vertreten. Das Gesuch wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) erörtert, in der die hier veröffentlichten Leninschen Beschlußentwürfe angenommen wurden. *173*

197 W. I. Lenin hat das Vorwort nicht zu Ende geschrieben. Die Broschüre „The Proletarian Revolution and Kautsky the Renegade. By V. I. Ulianov (N. Lenin)" erschien Ende März 1920 ohne Vorwort. *175*

198 Deutsch war die Broschüre unter dem Titel „N. Lenin. Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" Ende Dezember 1919 erschienen. *175*

199 Lenin erhielt das Buch Ramsay MacDonalds später. Es gehörte, mit Randbemerkungen W. I. Lenins, zu dessen persönlicher Bibliothek. Lenin vermerkte besonders die Stellen des Buches, an denen MacDonald versucht, die Klassen-

gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft zu vertuschen. Die Randbemerkungen Lenins in dem Buch MacDonalds sind im Lenin-Sammelband XXIV, S. 253–285, russ., veröffentlicht. *175*

200 Verfasser des Entwurfs der „Bestimmungen über die Subbotniks" war der Mitarbeiter im Apparat des Zentralkomitees der KPR(B) A. N. Sokolow. Die Bestimmungen wurden offenbar zum Jahrestag der Organisierung der Subbotniks (zum 10. Mai 1920) vorbereitet. *177*

201 Die vorliegende Notiz schrieb Lenin in Verbindung mit den Beschlüssen der XII. Konferenz des „Bund", die vom 12. bis 19. April 1920 stattgefunden hatte.

Der *„Bund"* („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland") wurde 1897 gegründet und vereinigte hauptsächlich halbproletarische jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands.

Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befinden sich die Resolutionen der XII. Konferenz des „Bund" mit Vermerken W. I. Lenins. In der Resolution „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben unserer Partei" strich W. I. Lenin folgende Stelle an: „14. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des letzten Jahres stellt die XII. Konferenz des ‚Bund' fest: 1. daß der ‚Bund' bereits seit der XI. Konferenz prinzipiell auf der Plattform des Kommunismus steht, 2. daß das Programm der Kommunistischen Partei, das gleichzeitig das Programm der Sowjetmacht ist, der prinzipiellen Position des ‚Bund' entspricht, 3. daß eine ‚sozialistische Einheitsfront' mit prinzipiellen Gegnern der Sowjetmacht, die das Proletariat in Gegensatz zu seiner Staatsmacht bringen wollen, unmöglich ist, 4. daß die Zeit angebrochen ist, da sich der ‚Bund' von seiner offiziellen Oppositionspolitik lossagen und Verantwortung für die Politik der Sowjetmacht auf sich nehmen kann."

Gleichzeitig wurde in der Resolution zu organisatorischen Fragen darauf hingewiesen, daß „die logische Folge der vom ‚Bund' eingenommenen politischen Position der Eintritt des ‚Bund' in die KPR ist, und zwar zu denselben Bedingungen, zu denen er der SDAPR angehörte". (Unterstreichungen von W. I. Lenin.) Die Konferenz empfahl dem ZK des „Bund", unter allen Umständen zu sichern, daß der „Bund" in der KPR den Status einer „autonomen Organisation des jüdischen Proletariats" beibehält (von W. I. Lenin angestrichen).

Am 6. Mai 1920 beschloß das Politbüro des ZK der KPR(B) nach Erörterung der Bedingungen für die Aufnahme des „Bund" in die KPR: „Kamenew, Stalin und Preobrashenski werden beauftragt, die Vertreter des ‚Bund' zu empfangen und ihre Vorschläge anzuhören." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Auf der XIII. Konferenz des „Bund" im Jahre 1921 wurde die Auflösung des „Bund" beschlossen. Ein Teil seiner Mitglieder wurde nach den allgemeinen Prinzipien in die KPR(B) aufgenommen. *178*

202 Das Dekret „*Über die Einführung der Lebensmittelzuteilung nach Arbeitsleistung*" wurde am 30. April 1920 vom Rat der Volkskommissare angenommen und am 4. Mai in Nr. 94 der „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *178*

203 Es handelt sich um einen Bombenanschlag im Gebäude des Moskauer Komitees der Partei in der Leontjewski-Gasse, der am 25. September 1919 von linken Sozialrevolutionären verübt wurde. *181*

204 Dieser Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 25. Mai 1920 angenommen. *182*

205 Der Wortlaut des Dekrets wurde, entsprechend den Bemerkungen W. I. Lenins abgeändert, in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 25. Mai 1920 angenommen und am 4. Juni 1920 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *183*

206 Die in den vorliegenden Notizen geäußerten Gedanken fanden ihren Niederschlag in dem Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 27. Mai 1920. *183*

207 Die Unterredung W. I. Lenins mit dem japanischen Korrespondenten R. Nakahira fand am 3. Juni 1920 in Lenins Arbeitszimmer im Kreml statt. In einer Korrespondenz aus Moskau teilte Nakahira mit: „Entgegen meinen Erwartungen war das Arbeitszimmer einfach und bescheiden eingerichtet, was mich sehr in Erstaunen setzte ... Lenin empfing uns außerordentlich einfach und herzlich, wie alte Freunde. Obwohl er den höchsten Posten in Rußland innehat, ließen seine Art und seine Umgangsformen nichts von seiner hohen Stellung spüren." („Osaka Asahi" Nr. 13814 vom 13. Juni 1920.) Am nächsten Tag brachte Nakahira, wie er später erzählte, den Wortlaut des Interviews zu Lenin, der alles aufmerksam las und einige Korrekturen vornahm.

Weiter unten wird die Unterredung W. I. Lenins mit dem japanischen Korrespondenten K. Fusse veröffentlicht. Die Unterredung mit Fusse fand am 3. oder 4. Juni statt. Möglicherweise hat Lenin beide Korrespondenten gleichzeitig empfangen. Fusse teilt mit, daß die Unterredung ungefähr 20 Minuten gedauert hat. Der Unterredung wohnte der Leiter der Ostabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten A. N. Wosnessenski bei.

Einen Bericht über das Fusse gegebene Interview brachte die damals in Wladiwostok erscheinende sozialrevolutionäre Zeitung „Wolja". Die im vorliegenden Band veröffentlichte Aufzeichnung der Unterredung Lenins mit Fusse wurde in russischer Sprache zum erstenmal 1924 in dem Sammelband „Lenin und der Osten" veröffentlicht. *184*

208 Es handelt sich um die *Fernöstliche Republik*, die im April 1920 auf dem Ter-

ritorium Transbaikaliens, des Amurgebiets, von Primorje, Kamtschatka und Nordsachalin gegründet worden war. Die Bildung der Fernöstlichen Republik, eines der Form nach bürgerlich-demokratischen Staates, der jedoch im wesentlichen eine sowjetische Politik betrieb, entsprach den Interessen Sowjetrußlands, das bemüht war, sich eine längere Atempause an der Ostfront zu sichern und einen Krieg mit Japan zu vermeiden. Gleichzeitig war die Bildung des „Pufferstaates" im Fernen Osten eine erzwungene Maßnahme. W. I. Lenin sagte, daß „die Umstände zur Bildung eines Pufferstaates in Gestalt der Fernöstlichen Republik gezwungen haben und wir sehr wohl wissen, welch maßlose Leiden die sibirischen Bauern durch den japanischen Imperialismus zu erdulden haben, welch unerhörte Unzahl von Bestialitäten die Japaner in Sibirien begangen haben" (Werke, Bd. 31, S. 461).

Nachdem das Territorium des Fernen Ostens (mit Ausnahme Nordsachalins) von Interventen und Weißgardisten gesäubert war, faßte die Volksversammlung der Fernöstlichen Republik am 14. November 1922 den Beschluß, sich mit der RSFSR zu vereinigen. *184*

209 Es handelt sich um die *französische Sozialistische Partei*, gegründet 1905 durch Vereinigung der Sozialistischen Partei Frankreichs (Guesdisten) und der Französischen Sozialistischen Partei (Jaurèsisten). An der Spitze der vereinigten Partei standen die Reformisten.

Zu Beginn des ersten Weltkriegs bezog die Parteiführung eine sozialchauvinistische Position, unterstützte offen den imperialistischen Krieg und beteiligte sich an der bürgerlichen Regierung. In der Partei gab es eine zentristische Strömung mit J. Longuet an der Spitze sowie einen linken, revolutionären Flügel, der auf den Positionen des Internationalismus stand. Ihm gehörten vor allem einfache Parteimitglieder an.

Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den offenen Reformisten und den Zentristen einerseits und dem linken, revolutionären Flügel, der durch Masseneintritte einfacher Arbeiter gestärkt wurde, anderseits. Auf dem Parteitag im Dezember 1920 in Tours erhielt der revolutionäre Flügel die Mehrheit. Der Parteitag beschloß den Anschluß an die Kommunistische Internationale und gründete die Kommunistische Partei Frankreichs. Die reformistisch-zentristische Minderheit spaltete sich ab und bildete eine selbständige Partei, die sich weiterhin französische Sozialistische Partei nannte. *190*

210 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf wurde mit unbedeutenden Änderungen in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 22. Juni 1920 angenommen, in der die Thesen und der Resolutionsentwurf über die Republik Turkestan, der von einer eigens dazu gebildeten Kommission ausge-

arbeitet worden war, erörtert wurden. Den Entwurf dieser Kommission mit den Bemerkungen Lenins siehe in Bd. 41 der 5. russischen Ausgabe der Werke, S. 433–436. *190*

211 *Turkestankommission* – eine Kommission des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare der RSFSR für die Angelegenheiten Turkestans; sie wurde auf Grund eines Beschlusses des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare vom 8. Oktober 1919 gebildet. Ihr gehörten G. I. Boki, F. I. Goloschtschokin, W. W. Kuibyschew, J. E. Rudsutak, M. W. Frunse und Sch. S. Eliawa an. Die Turkestankommission besaß die Vollmachten sowohl eines staatlichen als auch eines Parteiorgans und wurde nach Turkestan geschickt, um die Kommunisten und alle Werktätigen des Gebiets bei der Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit, bei der Festigung der Sowjetmacht und des Bündnisses zwischen den Völkern Turkestans und Sowjetrußlands allseitig zu unterstützen. Eine ihrer Aufgaben war die Korrektur der bei der Durchführung der Nationalitätenpolitik in Turkestan begangenen Fehler.

Die Turkestankommission führte eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der örtlichen Parteiorganisationen sowie zum Kampf gegen Großmachtchauvinismus und lokalen Nationalismus durch. Die wichtigsten Fragen, um die es dabei ging, waren die Autonomie Turkestans, das Verhältnis zu den föderalen Organen sowie die Formen und Methoden des Parteiaufbaus. *190*

212 Der *II. Kongreß der Kommunistischen Internationale* fand vom 19. Juli bis 7. August 1920 statt. Der Kongreß wurde in Petrograd eröffnet; ab 23. Juli tagte er in Moskau. An ihm nahmen 167 Delegierte mit beschließender und 51 Delegierte mit beratender Stimme teil; sie vertraten 67 Arbeiterparteien und -organisationen aus 37 Ländern. Neben Vertretern kommunistischer Parteien und Organisationen beteiligten sich am Kongreß auch Vertreter solcher Parteien, die ihren Austritt aus der II. Internationale erklärt und beratende Stimme hatten, wie die USPD und die französische Sozialistische Partei, sowie Vertreter verschiedener syndikalistischer Gruppen.

W. I. Lenin war maßgeblich an der Vorbereitung des Kongresses beteiligt. Eine bedeutende Rolle bei der Festlegung der Aufgaben und der politischen Linie der Komintern spielte Lenins Buch „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", das unmittelbar vor Eröffnung des Kongresses außer in russischer auch in deutscher, französischer und englischer Sprache erschien und an alle Delegierten verteilt wurde.

Ebenfalls in Vorbereitung des II. Kongresses verfaßte Lenin folgende Dokumente: „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage (Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internatio-

nale)", „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage (Für den Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale)", „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale", „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale". (Siehe Werke, Bd. 31, S. 132–139, 140–152, 172–189, 193–199.)

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte des Kongresses waren: Die gegenwärtige Weltlage und die Aufgaben der KI; Rolle und Struktur der kommunistischen Parteien vor und nach der Machteroberung durch das Proletariat; die Nationalitäten- und Kolonialfrage; Aufnahmebedingungen für die KI; Statuten der KI.

Am ersten Sitzungstag hielt Lenin das „Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale". (Siehe Werke, Bd. 31, S. 203–222.)

Lenin arbeitete aktiv in folgenden Kommissionen des Kongresses mit: nationale und koloniale Frage, Agrarfrage, Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, die Weltlage und die Aufgaben der Komintern.

Auf dem Kongreß hielt Lenin ferner die Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei, er erstattete den Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage und hielt die Reden über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, über den Parlamentarismus und über die Zugehörigkeit zur Britischen Arbeiterpartei. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 223–252.)

Der Kongreß nahm die „Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution" an, bei deren Ausarbeitung Lenin unmittelbar beteiligt war, ferner die „Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage", die „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale" und die Statuten der Kommunistischen Internationale. Außerdem wurden das „Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale" sowie verschiedene Begrüßungen und Aufrufe verabschiedet.

Während des Kongresses und auch danach kam Lenin mit vielen Delegierten zusammen, erörterte mit ihnen den Aufbau der kommunistischen Parteien und ließ sich ausführlich über den revolutionären Kampf in ihren Ländern berichten.

Der II. Kongreß legte die programmatischen, taktischen und organisatorischen Grundsätze der Kommunistischen Internationale fest. Er veranschaulichte das Wachstum der kommunistischen Weltbewegung und ihren zunehmenden Einfluß. *191*

213 Das hier veröffentlichte Dokument ist einer der Entwürfe der Leninschen „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale". (Siehe Werke, Bd. 31, S. 172–189.) *191*

214 *„l'Humanité"* – Tageszeitung, 1904 von Jean Jaurès als Organ der Französischen Sozialistischen Partei gegründet. Während des ersten Weltkriegs befand sich die Zeitung in Händen des extrem rechten Flügels der Partei.

Ab Dezember 1920, nach der Spaltung der französischen Sozialistischen Partei und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde die Zeitung deren Zentralorgan; auch jetzt erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Französischen Kommunistischen Partei. *192*

215 *„Le Populaire"* (Die Volkszeitung) – Organ der französischen Zentristen; erschien ab 1916 in Limoges, ab Juli 1917 in Paris. Von 1921 an war die Zeitung das Organ der französischen Sozialistischen Partei und ist heute in Händen der rechten Sozialisten. *192*

216 *„Freiheit"* – Tageszeitung, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands; erschien in Berlin vom 15. November 1918 bis 30. September 1922 als Zentralorgan der USPD, bis 28. Februar 1919 unter dem Titel „Die Freiheit". *192*

217 Die *„British Socialist Party"* (Britische Sozialistische Partei – BSP) wurde 1911 in Manchester gegründet. Sie trieb Propaganda und Agitation im Geiste des Marxismus; ihre zahlenmäßige Schwäche und Losgelöstheit von den Massen verliehen ihr jedoch einen gewissen sektiererischen Charakter.

Während des ersten Weltkriegs bildeten sich in der Partei zwei Richtungen heraus: eine offen sozialchauvinistische unter der Führung von H. Hyndman und eine internationalistische unter der Führung von W. Gallacher, A. Inkpin, Th. Rothstein u. a. Im Februar 1916 wurde die Zeitung „The Call" gegründet, die für den Zusammenschluß der Internationalisten von großer Bedeutung war. Die Jahreskonferenz der BSP, die im April 1916 in Salford stattfand, verurteilte die sozialchauvinistische Position Hyndmans und seiner Anhänger, worauf diese aus der Partei austraten. Seitdem hatten die internationalistischen Elemente in der BSP die Führung inne.

Die BSP begrüßte die Sozialistische Oktoberrevolution und war maßgeblich an der Bewegung der englischen Werktätigen gegen die Intervention in Sowjetrußland beteiligt. 1919 sprach sich die Mehrheit der örtlichen Parteiorganisationen (98 gegen 4) für den Anschluß an die Kommunistische Internationale aus. Die BSP spielte eine bedeutende Rolle bei der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Auf dem Vereinigungsparteitag 1920 trat die überwiegende Mehrheit der örtlichen Organisationen der BSP in die Kommunistische Partei über. *192*

218 Die *Sozialistische Partei Amerikas* (SP) wurde 1901 gegründet. Zu ihren Mitbegründern gehörte der populäre amerikanische Arbeiterführer Eugene Debs. Die zentristische und rechtsopportunistische Führung der Partei (V. L. Berger, M. Hillquit u. a.) leugnete jedoch die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, lehnte revolutionäre Kampfmethoden ab und beschränkte die Tätigkeit der Partei im wesentlichen auf die Beteiligung an den Wahlkampagnen. Während des ersten Weltkriegs bildeten sich in der Sozialistischen Partei drei Strömungen heraus: die Sozialchauvinisten, die Zentristen und die revolutionäre Minderheit.

1919 kam es zur Spaltung der SP. Der linke Flügel, geführt von Charles Ruthenberg, William Foster, William Haywood u. a., trat aus der Partei aus, ergriff die Initiative zur Gründung der Kommunistischen Partei Amerikas und bildete deren Kern. *193*

219 Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* entstand Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Großen Einfluß hatten in ihr die Opportunisten, die während des ersten Weltkriegs eine sozialchauvinistische Position bezogen. Sie spalteten sich Ende 1916 von der Partei ab und gründeten eine eigene Organisation. Die Mehrheit der Partei mit Robert Grimm an der Spitze vertrat zentristische, sozialpazifistische Auffassungen. Der linke Flügel der Partei stand auf dem Boden des Internationalismus und erstarkte unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution. Im Dezember 1920 traten die Linken aus der Partei aus und vereinigten sich 1921 mit der Kommunistischen Partei der Schweiz. *193*

220 Über die Rede J. Tanners, eines führenden Funktionärs der englischen Gewerkschaften, der als Delegierter am II. Kongreß der Komintern teilnahm, spricht W. I. Lenin ausführlich in seiner „Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei". (Siehe Werke, Bd. 31, S. 223–227.) *194*

221 Diese Bemerkungen schrieb W. I. Lenin auf ein maschinegeschriebenes (deutschsprachiges) Exemplar des Berichts, den A. Sultan-Sade offenbar für die Kommission für die nationale und die koloniale Frage vorbereitet hatte. In der Plenarsitzung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale am 28. Juli 1920 erstattete Sultan-Sade den Bericht über die Perspektiven der sozialen Revolution im Osten. *195*

222 Der Konflikt zwischen der Petrograder einheitlichen Konsumkommune und dem Petrograder Sowjet bestand in folgendem: Im Sommer 1920 schlugen einige leitende Mitarbeiter des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets mit G. J. Sinowjew an der Spitze und des Petrograder Gewerkschaftsrats vor, die Brotration, deren Höhe sich generell nach der Arbeitsleistung richtete, nicht

nur für Arbeitstage, sondern auch für arbeitsfreie und Feiertage an die Arbeiter auszugeben. Die Leitung der Petrograder Kommune (A. J. Badajew u. a.) sprach sich gegen diesen Vorschlag aus, weil sie der Meinung war, daß eine solche zusätzliche Ausgabe von Brot das Prinzip der Versorgung nach Arbeitsleistung verletze und außerdem nicht durch die nötigen Getreidereserven gesichert sei; sie könnte überhaupt die regelmäßige Ausgabe der Rationen nach Arbeitsleistung gefährden und das Vertrauen der Arbeiter zum Versorgungsapparat untergraben. Der Petrograder Sowjet setzte sich jedoch über die Meinung der Leitung der Petrograder Kommune hinweg und verkündete die Ausgabe von Rationen für Feiertage. Badajew lehnte es ab, diese Anordnung zu befolgen, und erklärte, daß die Leitung der Petrograder Kommune unter solchen Bedingungen nicht arbeiten könne. Das Petrograder Gouvernementskomitee der KPR(B) erörterte am 5. Juli 1920 „die Weigerung des Gen. Badajew, den Beschluß des Großen Präsidiums vom 23. Juni d. J. über die Erhöhung der Brotrationen, über die Ausgabe von 5 Pfund als Ausgleich für die Rückstände in der Brotbelieferung und über die Ausgabe von Rationen an Arbeiter während ihres Urlaubs durchzuführen", und beschloß: „1. Alle Stadtbezirksbüros, alle verantwortlichen Mitarbeiter der Petrograder Kommune werden angewiesen, auf ihren Posten zu bleiben und die Arbeit ohne die geringste Stockung durchzuführen, bis das Petrograder Komitee und das Exekutivkomitee eine besondere Anordnung treffen. 2. Es wird für notwendig erachtet, die Zusammensetzung der Leitung der Petrograder Kommune grundlegend zu verändern; das Büro des Gouvernementskomitees wird beauftragt, zusammen mit dem Präsidium des Exekutivkomitees neue Genossen zu benennen, sie vom Kontrollrat der Petrograder Kommune bestätigen zu lassen und sich diesbezüglich vorübergehend, bis zur Einberufung der Stadtkonferenz der Betriebskomitees und Gewerkschaftsverbände, mit Moskau in Verbindung zu setzen." (Institut für Parteigeschichte beim Leningrader Gebietskomitee der KPdSU, Parteiarchiv.) *196*

223 Der Konflikt zwischen der Petrograder Kommune und dem Petrograder Sowjet wurde auf der Plenartagung des ZK der KPR(B) am 16. Juli 1920 behandelt. Im Zusammenhang damit schrieb W. I. Lenin den hier veröffentlichten Beschlußentwurf. Lenins Vorschläge wurden angenommen. In Anbetracht dessen, daß die Beziehungen, die sich zwischen den leitenden Mitarbeitern der Petrograder Kommune und denen des Petrograder Sowjets herausgebildet hatten, zu neuen Konflikten führen konnten, faßte das ZK den Beschluß, A. J. Badajew und einige weitere Mitarbeiter der Petrograder Kommune nach Moskau zu versetzen. Badajew wurde als Vorsitzender der Moskauer Konsumgenossenschaft bestätigt. *196*

224 Die Antworten wurden von W. I. Lenin auf das Telegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Fernöstlichen Republik und Mitglieds des Fernöstlichen Büros des ZK der KPR(B) A. M. Krasnoschtschokow vom 17. Juli 1920 geschrieben, das die Mitteilung über das am 15. Juli unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen mit Japan enthielt. In einem gesonderten Protokoll, das ebenfalls von den Vertretern der Fernöstlichen Republik und Japans unterzeichnet war, hieß es, daß der beste Weg zur Herstellung des Friedens im Fernen Osten die Bildung eines „Pufferstaates" sei. Dieser Staat müsse auf demokratischer Grundlage aufgebaut sein und eine einheitliche Regierung haben, die auf einer Konferenz von Vertretern aller Gebiete des Fernen Ostens gebildet werden müsse. In diesem Zusammenhang bat Krasnoschtschokow Lenin, schnellstens auf die im Telegramm gestellten Fragen zu antworten. *196*

225 *Vierpunktewahlsystem* – Kurzbezeichnung für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. *196*

226 Hier ist wahrscheinlich die Gewährleistung einer kommunistischen Mehrheit in den demokratischen staatlichen Institutionen gemeint. *196*

227 W. I. Lenin hielt die hier veröffentlichte Rede auf einer Massenkundgebung, die nach Beendigung der ersten Sitzung des II. Kongresses der Komintern am Abend des 19. Juli auf dem Urizkiplatz in Petrograd stattfand. *197*

228 Es handelt sich um Maxim Gorkis Artikel „Wladimir Iljitsch Lenin", der in Nr. 12 der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale", Jahrgang 1920, als Leitartikel erschienen war, und um einen Brief Gorkis an Herbert G. Wells in der gleichen Nummer der Zeitschrift.

Sowohl der Artikel als auch der Brief Gorkis waren durchdrungen vom Gefühl aufrichtiger Liebe zu Lenin und von Bewunderung für seine Tätigkeit, sie waren jedoch vom Standpunkt des Personenkults geschrieben und enthielten eine Reihe politisch schädlicher Behauptungen. Gorki gab in ihnen eine äußerst subjektive, dem Wesen nach idealistische Einschätzung der Rolle Lenins, des russischen Volkes und des Charakters der Revolution in Rußland. Gorki ließ die führende Rolle der Kommunistischen Partei, die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft Rußlands in der Revolution außer acht.

Am 31. Juli 1920 nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) den hier veröffentlichten Antrag Lenins an.

„Die Kommunistische Internationale" – Zeitschrift, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale; erschien in russischer, englischer, französischer, deutscher, spanischer und chinesischer Sprache. Die erste Num-

mer erschien am 1. Mai 1919. In der Zeitschrift wurden Dokumente der Komintern und theoretische Artikel veröffentlicht, darunter eine Reihe Leninscher Arbeiten („Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte", „Über die Aufgaben der III. Internationale (Ramsay MacDonald über die III. Internationale)", „Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten", „Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats", „Notizen eines Publizisten" u. a.). Die Redaktion der Zeitschrift setzte sich aus Vertretern aller Parteien zusammen, die der Komintern angehörten. Die Zeitschrift beleuchtete Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie im Zusammenhang mit Problemen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und setzte sich mit verschiedenen antileninistischen Strömungen auseinander. Ihr Erscheinen wurde im Juni 1943 im Zusammenhang mit dem Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern vom 15. Mai 1943 über die Auflösung der Kommunistischen Internationale eingestellt. *198*

229 Am 19. August 1920 wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) die Lage an der polnischen und an der Wrangelfront erörtert. Das Politbüro hielt die Wrangelfront für die wichtigste und legte eine Reihe von Maßnahmen zu ihrer Verstärkung fest, insbesondere faßte es einen Beschluß über die Verlegung der 6. Division der Ersten Reiterarmee an die Wrangelfront.

Am 20. August 1920 erhob der Oberkommandierende in einem Schreiben an den Revolutionären Kriegsrat der Republik Einspruch gegen die Verlegung der 6. Division mit der Begründung, daß sie den Kern der Ersten Reiterarmee bilde und in qualitativer Hinsicht die übrigen drei Divisionen aufwiege. Auf dem Schreiben des Oberkommandierenden befindet sich folgende Bemerkung J. W. Stalins: „Diese Angaben sind *falsch:* die übrigen drei Divisionen haben zusammen *mindestens* 10 000 Säbel, wobei die 4. Kavalleriedivision, die in der Reiterarmee verbleibt, älter und gefestigter ist als die sechste."

Nachdem W. I. Lenin das erwähnte Schreiben gelesen hatte, brachte er seine Vorschläge zu Papier.

Wahrscheinlich bei der Erörterung dieser Vorschläge schrieb Lenin unter die ersten beiden Punkte den Vermerk: „Krestinski dagegen", unter den vierten Punkt: „Krestinski enthielt sich der Stimme" und unter den fünften Punkt: „Krestinski *dafür*".

Die Numerierung der Punkte wurde wie im Manuskript beibehalten. *198*

230 Es handelt sich um den Befehl des Revolutionären Kriegsrats der Westfront Nr. 1847 vom 20. August 1920, in dem es hieß, daß die polnische Friedens-

delegation durchweg aus Spionen und Agenten bestehe und daß ein Friedensvertrag nur „auf den Trümmern des weißen Polens" abgeschlossen werden könne. *199*

231 Am 23. August 1920 hob der Revolutionäre Kriegsrat der Republik den Befehl des Revolutionären Kriegsrats der Westfront auf und erteilte ihm wegen seiner falschen Handlungsweise einen Verweis. Gleichzeitig wurde der Leiter der sowjetischen Delegation bei den Verhandlungen mit Polen, K. Ch. Danischewski, angewiesen, die polnische Delegation von dem Beschluß des Revolutionären Kriegsrats der Republik über die Aufhebung des Befehls des Revolutionären Kriegsrats der Westfront in Kenntnis zu setzen, falls diese durch die in der Sitzung der Delegation bereits abgegebene Erklärung nicht zufriedengestellt ist. *199*

232 Die *IX. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B)* fand vom 22. bis 25. September 1920 in Moskau statt. An der Konferenz nahmen 241 Delegierte teil (116 mit beschließender und 125 mit beratender Stimme), die 700 000 Parteimitglieder vertraten. Zu der Konferenz kamen Vertreter der Gouvernementsorganisationen der RSFSR und der Ukraine sowie von den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Aserbaidshans und Armeniens. Die Rote Armee war durch 34 Delegierte vertreten. Auf der Tagesordnung standen: 1. Referat eines Vertreters der polnischen Kommunisten; 2. politischer Rechenschaftsbericht des ZK; 3. organisatorischer Rechenschaftsbericht des ZK; 4. die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus; 5. Bericht der Kommission zum Studium der Parteigeschichte und 6. Bericht über den II. Kongreß der Komintern.

In der ersten Sitzung der Konferenz erstattete W. I. Lenin den politischen Rechenschaftsbericht des ZK. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 264–268.) Die Hauptfragen des Berichts waren der Friedensschluß mit Polen und Maßnahmen zur Zerschlagung der weißgardistischen Armee Wrangels.

In der Diskussion zu Lenins Bericht wurden besonders die Gründe für den Mißerfolg der sowjetischen Truppen bei Warschau behandelt. Nach dem Schlußwort Lenins nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung über die Bedingungen des Friedensschlusses mit Polen an. Eine Erklärung des Gesamtrussischen ZEK über die konkreten Friedensbedingungen, die unter unmittelbarer Leitung Lenins ausgearbeitet und von ihm redigiert worden war, wurde gebilligt. (Siehe Lenin-Sammelband XXXVI, S. 123–126, russ.)

Auf der Konferenz spielte die Erörterung der nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus eine große Rolle. Dabei hielt der Vertreter der parteifeindlichen Gruppe des „demokratischen Zentralismus" T. W. Sapronow ein Korreferat. Die „Dezisten" traten gegen die Partei- und Staatsdisziplin und die führende Rolle der Kommunistischen Partei in den Sowjets und in den Gewerkschaften

auf. Die Parteikonferenz erteilte ebenso wie der IX. Parteitag der KPR(B) der Gruppe des „demokratischen Zentralismus" eine entschiedene Abfuhr.

Die Konferenz nahm die Resolution „Über die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus" an, deren Entwurf Lenin verfaßt hatte. Ebenfalls von Lenin stammten die „Vorschläge zur Resolution über die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus". (Siehe den vorliegenden Band, S. 206–208.) Die Konferenz wies auf die Notwendigkeit hin, die einfachen Parteimitglieder stärker zur aktiven Teilnahme an der Arbeit der Gouvernementskonferenzen und der Plenartagungen der Gouvernementskomitees der KPR(B) heranzuziehen. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Bekämpfung des Bürokratismus in der Arbeit der Sowjet- und Wirtschaftsorgane festgelegt. Die Konferenz erachtete es für notwendig, zum Kampf gegen verschiedene Übergriffe und zur Untersuchung der Beschwerden von Parteimitgliedern eine Kontrollkommission und bei den Gouvernementskomitees spezielle Parteikommissionen zu bilden.

Zum organisatorischen Rechenschaftsbericht des ZK nahm die IX. Konferenz eine Resolution an, in der empfohlen wurde, die Arbeit des Sekretariats des ZK dahingehend zu verbessern, daß sich die Sekretariatsmitglieder möglichst gründlich mit der örtlichen Arbeit vertraut machen und deren Erfahrungen auswerten, daß sie der Arbeit der Agitations- und Propagandaabteilung mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Weiterhin wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die unmittelbare Leitung der organisatorischen Arbeit der Parteiorganisationen in den Reihen der Roten Armee und der Flotte von seiten des ZK zu verbessern und nicht zu dulden, daß die Arbeit dieser Organisationen vom gesellschaftlichen Leben isoliert wird. *200*

233 W. I. Lenin meint die Behauptung A. M. Kollontais, daß es Unterdrückung von Kritik gegeben habe, indem man denjenigen, die kritisierten, bisweilen vorschlug, wie sie sich ausdrückte, „in schöne, heiße Gegenden" zu fahren, „um Pfirsiche zu essen". *202*

234 Die Vorschläge W. I. Lenins über die Zusammensetzung der Kontrollkommission gingen mit einigen Änderungen in die Resolution der IX. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) „Über die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus" ein. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, 1954, S. 506–512, russ.)

Der Text ab: „Bei den *Versetzungen* ist zu ergänzen:" bis zum Schluß wurde von Lenin durchgestrichen und ist in der Resolution nicht enthalten. *207*

235 *PPS* (Polska Partia Socjalistyczna) – Polnische Sozialistische Partei – reformistische nationalistische Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS,

deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die PPS-„Lewica" (PPS-Linke) und die rechte, chauvinistische PPS-„Prawica" („Fracy").

Die PPS-„Lewica" nahm unter dem Einfluß der SDAPR(B) sowie der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens) nach und nach eine konsequent revolutionäre Position ein.

Im ersten Weltkrieg bezog ein großer Teil der PPS-„Lewica" eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die sich ab 1925 Kommunistische Partei Polens nannte).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären polnischen Londoner Exil„regierung".

Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten" nannte, schloß sich mit der 1942 gegründeten Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupanten zusammen. Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). *208*

236 Den „*Entwurf einer Resolution über proletarische Kultur*" schrieb Lenin in der Sitzung des Politbüros am 9. Oktober 1920, in der die Ausarbeitung einer Resolution für den Kongreß des Proletkult auf der Tagesordnung stand. In diesem Entwurf gibt Lenin die wichtigsten Gedanken seines Resolutionsentwurfs „Über proletarische Kultur" wieder, den er am Vortag, am 8. Oktober, geschrieben hatte. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 307/308.)

Proletkult – Kultur- und Bildungsorganisation, die im September 1917 als unabhängige, selbständige Arbeiterorganisation entstanden war. Nach der Oktoberrevolution versuchte der Proletkult weiterhin, seine „Unabhängigkeit" zu verteidigen, und stellte sich damit gegen den proletarischen Staat. Der Proletkult versuchte, sich der Führung durch die Kommunistische Partei zu entziehen, und verteidigte seine Unabhängigkeit von den Organen der Sowjetmacht, insbesondere vom Volkskommissariat für Bildungswesen. Die Anhänger des Proletkult leugneten faktisch die Bedeutung des kulturellen Erbes und wollten, unter Mißachtung der Aufgaben der Kultur- und Bildungs-

arbeit unter den Massen und losgelöst vom Leben, sozusagen „unter Laboratoriumsbedingungen" eine besondere „proletarische Kultur" schaffen. Der führende Ideologe des Proletkult A. A. Bogdanow bekannte sich in Worten zum Marxismus, propagierte aber in Wirklichkeit eine subjektiv-idealistische, machistische Philosophie. Der Proletkult war keine einheitliche Organisation. Neben bürgerlichen Intellektuellen, die in vielen Organisationen des Proletkult führend waren, gehörten ihm auch junge Arbeiter an, die ehrlich bestrebt waren, beim kulturellen Aufbau des Sowjetstaates mitzuhelfen.

Die Partei trat entschieden gegen die separatistischen Tendenzen des Proletkult auf. Im Oktober 1920 stellte Lenin im Politbüro des ZK der KPR(B) die Frage des Proletkult zur Diskussion. Ausgehend von einem Beschluß des Politbüros, der auf einem von Lenin verfaßten Entwurf basierte, arbeitete der Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung (siehe Anm. 245) eine Instruktion über die Beziehungen des Proletkult zum Volkskommissariat für Bildungswesen aus. Diese Instruktion wurde von der Plenartagung des ZK am 10. November 1920 angenommen.

Anfang der zwanziger Jahre begannen die Organisationen des Proletkult zu zerfallen, und im Jahre 1932 hörte der Proletkult auf zu bestehen. *211*

237 Dieser Entwurf wurde mit Ergänzungen in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 14. Oktober 1920 angenommen. *212*

238 Der *Bakuer Kongreß der Völker des Ostens* (Erster Kongreß der Völker des Ostens) fand vom 1. bis 7. September 1920 statt. An ihm nahmen 1891 Delegierte – Vertreter von 37 Nationalitäten (aus dem Kaukasus, Mittelasien, Afghanistan, Ägypten, Indien, Iran, China, Korea, Syrien, der Türkei, Japan und anderen Ländern) teil. Zwei Drittel der Delegierten (1273) waren Kommunisten.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen folgende Fragen: 1. Die internationale Lage und die Aufgaben der Werktätigen der Völker des Ostens; 2. die nationale und koloniale Frage; 3. die Agrarfrage; 4. die Sowjets im Osten; 5. die Organisationsfrage u. a. Zur Ausarbeitung der Materialien wurden auf dem Kongreß vier Sektionen gebildet: zur Agrarfrage, zur nationalen und kolonialen Frage, zur Frage des Sowjetaufbaus und zur Organisationsfrage.

Der Kongreß schloß sich den Beschlüssen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale an und arbeitete auf deren Grundlage eine Reihe Resolutionen aus. Zur Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse bildete der Kongreß beim Exekutivkomitee der Komintern ein ständiges Organ, den Propaganda- und Aktionsrat der Völker des Ostens.

Eine Einschätzung des Bakuer Kongresses gab Lenin in seiner Rede am 15. Oktober 1920. (Siehe Werke, Bd. 31, S. 321.) *212*

239 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf über die Wiederherstellung der Baltischen Flotte wurde in der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung am 23. Oktober 1920 angenommen. *214*

240 Über die Versorgung der Sowjetangestellten nach Arbeitsleistung wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 23. Oktober 1920 beraten. Lenins Vorschläge wurden vollständig in den diesbezüglichen Beschluß aufgenommen. Der Rat der Volkskommissare beauftragte die in der Sitzung gebildete Kommission, am 26. Oktober 1920 Bericht zu erstatten. *215*

241 Dieser Beschlußentwurf wurde mit Ergänzungen in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 26. Oktober 1920 zu dem Punkt „Über Stimmungen innerhalb der Partei" angenommen. *215*

242 Die Presseerklärung über die Kontrollkommission, die auf Beschluß der IX. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) gebildet worden war, wurde am 28. Oktober 1920 auf der ersten Seite der „Prawda" veröffentlicht. *215*

243 Das vorliegende Dokument ist Teil eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare, der am 26. Oktober 1920 im Zusammenhang mit der Diskussion über die Organisierung der Verbindung zwischen den Volkskommissariaten für Wirtschaft angenommen wurde.

Die Frage der Organisierung der Verbindung zwischen den Volkskommissariaten für Wirtschaft war im April 1920 auf dem IX. Parteitag der KPR(B) aufgeworfen worden. In der dazu angenommenen Resolution hieß es: „Der Parteitag beauftragt das ZK, in nächster Zeit ein System der tagtäglichen organisatorischen Verbindung zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat und den übrigen unmittelbar mit der Wirtschaft verbundenen Volkskommissariaten (den Volkskommissariaten für Ernährungswesen, Verkehrswesen, Landwirtschaft) auszuarbeiten mit dem Ziel, eine völlige Einheitlichkeit bei der Durchführung des vom Parteitag bestätigten Wirtschaftsplans zu gewährleisten." („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, 1954, S. 490, russ.) Entsprechend einem Beschluß des Parteitags hielt Lenin in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 26. Oktober 1920 eine Rede „Über die Koordinierung der Arbeit der Kommissariate für Wirtschaft zur Ausarbeitung eines einheitlichen Wirtschaftsplans" und legte seinen Beschlußentwurf vor. *217*

244 Diese Dreiergruppe war am 26. Oktober 1920 vom Rat der Volkskommissare benannt worden, um Angaben über die zwischenbehördlichen Kommissionen zusammenzutragen. *217*

245 Lenins Entwurf ging vollständig in den Beschluß über den Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung ein, der in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 28. Oktober 1920 angenommen wurde.

Der *Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung* wurde beim Volkskommissariat für Bildungswesen auf Grund des am 12. November 1920 von W. I. Lenin unterzeichneten Dekrets des Rats der Volkskommissare gebildet. Er war in administrativer und organisatorischer Hinsicht dem Volkskommissariat für Bildungswesen, in allen Fragen jedoch, die den ideologischen Inhalt seiner Arbeit betrafen, unmittelbar dem ZK der KPR(B) unterstellt. Der Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung koordinierte die gesamte politische Bildungsarbeit sowie die Agitations- und Propagandaarbeit, er leitete die Massenschulung für Erwachsene (Beseitigung des Analphabetentums, Schulen, Klubs, Bibliotheken und Lesestuben) sowie die Bildungsarbeit innerhalb der Partei (kommunistische Hochschulen, Parteischulen). Geleitet wurde der Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung bis zu seiner Umwandlung in den Sektor Massenarbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen (Juni 1930) von N. K. Krupskaja. *218*

246 Gemeint ist der Beschluß des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees „Über Maßnahmen zur Verstärkung der Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen". Der Beschluß war *in* Nr. 226 der *„Iswestija WZIK" vom 10. Oktober* 1920 veröffentlicht. *218*

247 In der Plenarsitzung des ZK der KPR(B) am 9. November 1920 wurde G. M. Krshishanowski beauftragt, für den VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß ein Referat „Über die Elektrifizierung Rußlands" vorzubereiten. Dieses Referat wurde auf dem Sowjetkongreß, der vom 22. bis 29. Dezember 1920 in Moskau stattfand, auf Vorschlag des Präsidiums in die Tagesordnung des Kongresses aufgenommen. *220*

248 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf wurde fast unverändert am 10. November 1920 vom Plenum des ZK angenommen.

Über den Proletkult siehe Anm. 236. *222*

249 Siehe Anm. *245. 222*

250 Der vorliegende Entwurf wurde vom Plenum des ZK der KPR(B) in seiner Abendsitzung am 10. November 1920 zum Referat des Gen. Artjom (F. A. Sergejew) „Über die Heranziehung der Legien-Gewerkschaften zur Kontrolle über die Erfüllung unserer Aufträge" angenommen. *222*

251 Zur möglichst raschen Wiederherstellung der Volkswirtschaft sowie zur Herstellung friedlicher Geschäftsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten erachtete es die Sowjetregierung für möglich, ausländischen Gesellschaften Konzessionen zu erteilen. Am 30. Oktober 1920 bildete der Rat der Volkskom-

missare eine spezielle Kommission, die den Entwurf eines Dekrets über die Konzessionen ausarbeiten sollte. In einer Notiz für M. I. Kalinin vom 12. November teilte W. J. Lenin seine Bemerkungen zu dem ihm zugesandten Entwurf mit. (Siehe Briefe, Bd. VII, Dokument 11.) Am 16. November wurde der von der Kommission vorgelegte Entwurf in der Sitzung des Rats der Volkskommissare behandelt. Im Zusammenhang damit schrieb Lenin den hier veröffentlichten Beschlußentwurf, der vom Rat der Volkskommissare angenommen wurde. 223

252 Das Dekret über die Konzessionen wurde vom Rat der Volkskommissare am 23. November 1920 bestätigt. Kurz darauf erschien die Broschüre „Über die Konzessionen. Dekret des Rats der Volkskommissare vom 23. November 1920. Text des Dekrets. Objekte der Konzessionen. Karten". Das Dekret, die Karten der Konzessionen sowie eine Reihe von Artikeln über dieses Problem wurden 1921 in deutscher Sprache in Nr. 1–2 der Zeitschrift „Russische Korrespondenz" veröffentlicht.

Über die Konzessionen siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 434 bis 454 und 459–482. 223

253 Dieser Beschlußentwurf wurde mit geringfügigen Ergänzungen in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 27. November 1920 angenommen. 223

254 Der *Rat für Verteidigung* (Rat der Arbeiter-und-Bauern-Verteidigung) wurde auf Beschluß des Gesamtrussischen ZEK vom 30. November 1918 gegründet, um die gesamte Arbeit zur Verteidigung der Sowjetrepublik zu leiten und zu koordinieren.

Vorsitzender des Rats für Verteidigung war W. I. Lenin.

Nach der Liquidierung der Hauptfronten des Bürgerkriegs und der Intervention wurde der Rat für Verteidigung Anfang April 1920 in den Rat für Arbeit und Verteidigung umgewandelt. Nach Beendigung des Bürgerkriegs fungierte der Rat für Arbeit und Verteidigung entsprechend einem Beschluß des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses vom 29. Dezember 1920 als Kommission des Rats der Volkskommissare. Seine Hauptaufgabe war die Koordinierung der Arbeit aller Behörden und Institutionen, die mit der Verteidigung des Landes und dem wirtschaftlichen Aufbau zu tun hatten. Er bestand bis 1937. 224

255 In Aserbaidshan entstanden die Komitees der Dorfarmut nach der Proklamierung Aserbaidshans zur Sozialistischen Sowjetrepublik. Der Beschluß über ihre Organisierung wurde im August 1920 vom Politbüro des ZK der AKP(B) gefaßt. 224

256 Am 27. November 1920 behandelte das Politbüro des ZK der KPR(B) die Thesen für den Bericht G. J. Sinowjews an den bevorstehenden VIII. Gesamt-

russischen Sowjetkongreß „Über die Verbesserung der Tätigkeit der Sowjetorgane im Zentrum und an der Peripherie und den Kampf gegen den Bürokratismus". Das Politbüro bestätigte den hier veröffentlichten Entwurf W. I. Lenins und bildete eine Kommission, die beauftragt wurde, die Thesen umzuarbeiten. In ihrer endgültigen Fassung wurden die Thesen am 14. Dezember 1920 in der „Prawda" und den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. *225*

257 L. B. Krassin leitete die sowjetische Delegation bei den Verhandlungen mit der englischen Regierung über den Abschluß eines Handelsabkommens. *225*

258 Die *Aktionskomitees* (Aktionsräte) wurden im August 1920 von englischen Arbeitern gegründet mit dem Ziel, den Eintritt Englands in den Krieg gegen Sowjetrußland zu verhindern. Bei der Organisierung der Aktionskomitees spielte die Kommunistische Partei Großbritanniens eine große Rolle. Die Komitees setzten sich für die Anerkennung Sowjetrußlands durch England und für die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern ein.

Das Politbüro des ZK der KPR(B) nahm den von W. I. Lenin eingebrachten Beschlußentwurf an.

Siehe auch den vorliegenden Band, S. 228/229. *226*

259 Der von W. I. Lenin verfaßte Entwurf wurde am 30. November 1920 vom Rat der Volkskommissare angenommen. *226*

260 Die *Wirtschaftskommission*, eine Kommission zur Organisierung der Verbindung zwischen allen Volkskommissariaten für Wirtschaft, wurde am 26. November 1920 gebildet. Ihr Leiter war W. I. Lenin. Die Kommission erarbeitete ein Projekt zur Reorganisierung des Rats für Arbeit und Verteidigung mit dem Ziel, das Schwergewicht seiner Arbeit auf die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus zu verlagern.

Das hier veröffentlichte Dokument bildete die Grundlage für den Beschluß „Über den Rat für Arbeit und Verteidigung", der im Namen des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare auf dem VIII. Sowjetkongreß eingebracht und am 29. Dezember 1920 von diesem bestätigt wurde. *227*

261 Der vorliegende Entwurf wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 4. Dezember 1920 angenommen. Siehe dazu auch W. I. Lenin, Briefe, Bd. VII, Dokument 22. *228*

262 Gemeint ist das Memorandum, das die Sowjetregierung am 29. Juni 1920 an die englische Regierung gerichtet hatte. (Siehe „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR", Bd. II, Moskau 1958, S. 593–598, russ.) *229*

263 Der letzte Satz ist im Manuskript durchgestrichen.

Über die Verhandlungen mit England über die Unterzeichnung eines Handelsabkommens siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 488/489. *229*

264 W. I. Lenin meint die Broschüre „Über die Konzessionen. Dekret des Rats der Volkskommissare vom 23. November 1920. Text des Dekrets. Objekte der Konzessionen. Karten", Moskau 1920. *229*

265 Die Frage der Umgestaltung der Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen wurde von Lenin bereits im November 1920 aufgeworfen. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 42, S. 376.) Die Notwendigkeit der Reorganisation ergab sich daraus, daß die Arbeit und die Struktur des Volkskommissariats nicht den neuen Aufgaben der Volksbildung entsprachen, die durch den Übergang zum friedlichen sozialistischen Aufbau entstanden waren. In einem Brief an A. W. Lunatscharski vom 29. November 1920 legte Lenin seine vorläufigen Vorstellungen über die Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen dar. (Siehe Briefe, Bd. VII, Dokument 37.) Der hier veröffentlichte Beschlußentwurf Lenins wurde nach Hinzufügung von Punkt 2 am 8. Dezember 1920 vom Plenum des ZK der KPR(B) angenommen.

Punkt 2 lautet: „Der Volkskommissar leitet die organisatorische und administrativ-operative Arbeit des Volkskommissariats für Bildungswesen im gesamtrussischen Maßstab ebenso wie die Arbeit innerhalb des Apparats des Volkskommissariats nur über seinen Stellvertreter." *234*

266 Am 26. Januar 1921 bildete das Plenum des ZK der KPR(B) zur Ausarbeitung eines Projekts für die allgemeine Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen eine Kommission, die von Lenin geleitet wurde. Am 28. Januar bat Lenin in einem Brief an die Kollegiumsmitglieder des Volkskommissariats für Bildungswesen, ihm schnellstens Materialien über die verschiedenen Arten von Schulen zusammen mit dem Wortlaut der geltenden Gesetze zu schicken. (Siehe Briefe, Bd. VII, Dokument 100.) Auf Vorschlag Lenins gewährte das Politbüro des ZK der Kommission am 2. Februar das Recht, dem Kollegium des Volkskommissariats für Bildungswesen im Namen des ZK der Partei Direktiven zu erteilen. Am 5. Februar wurden die von Lenin verfaßten „Direktiven des Zentralkomitees an die im Volkskommissariat für Bildungswesen arbeitenden Kommunisten" in Nr. 25 der „Prawda" veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 114–116.)

Am 11. Februar bestätigte der Rat der Volkskommissare die von den Kommissionsmitgliedern ausgearbeiteten und von Lenin redigierten „Bestimmungen über das Volkskommissariat für Bildungswesen". Sie wurden in Nr. 33 der „Iswestija WZIK" vom 15. Februar veröffentlicht. Auf der Grundlage dieser Bestimmungen wurde im Verlauf des Jahres 1921 die Reorganisation des Volkskommissariats für Bildungswesen vorgenommen. *235*

267 Das hier veröffentlichte Dokument ist als Punkt 1 in den Beschluß „Über die Produktionspropaganda" eingegangen, der am 8. Dezember 1920 vom Plenum des ZK der KPR(B) angenommen wurde.

Siehe auch die von W. I. Lenin verfaßten „Thesen über Produktionspropaganda" (Werke, Bd. 31, S. 398–400). *235*

268 Die vorliegenden Ergänzungen wurden in den Wortlaut des Beschlusses des ZK der KPR(B) vom 20. Dezember 1920 über die Schaffung einer speziellen Produktionszeitung aufgenommen. *236*

269 Der *VIII. Gesamtrussische Sowjetkongreß der Arbeiter-, Bauern-, Rotarmisten- und Kosakendeputierten* fand vom 22. bis 29. Dezember 1920 in Moskau statt. An ihm nahmen 2537 Delegierte, davon 1728 mit beschließender und 809 mit beratender Stimme teil, das waren wesentlich mehr Delegierte als bei allen vorangegangenen Sowjetkongressen. 91,7% der Delegierten waren Kommunisten. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: Bericht über die Tätigkeit des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare, die Elektrifizierung Rußlands, die Wiederherstellung der Industrie und des Verkehrswesens, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und die Hilfe für die bäuerlichen Wirtschaften, die Verbesserung der Tätigkeit der Sowjetorgane und der Kampf gegen den Bürokratismus. Die wichtigsten Fragen der Tagesordnung wurden vorher in Fraktionssitzungen der KPR(B) beraten. Zur allseitigen und gründlichen Erörterung der Fragen wurden auf dem Kongreß drei Sektionen gebildet: die Sektionen Industrie, Landwirtschaft und Sowjetaufbau.

Der Kongreß arbeitete unter unmittelbarer Leitung W. I. Lenins. Lenin erstattete in den Plenarsitzungen des Kongresses am 22. Dezember den Bericht über die Tätigkeit des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare und hielt am 23. Dezember das Schlußwort dazu. Außerdem sprach er sechsmal in den Sitzungen der kommunistischen Fraktion des Kongresses (am 21., 22., 24. und 27. Dezember), u. a. über die Konzessionen und bei der Erörterung der Gesetzesvorlage des Rats der Volkskommissare über Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften vom 14. Dezember 1920. Diese Vorlage wurde unter Teilnahme Lenins auf einer Beratung parteiloser Bauerndelegierten des Kongresses am 22. Dezember und in den Sitzungen der KPR(B)-Fraktion am 24. und 27. Dezember beraten und dann einstimmig vom Kongreß angenommen.

Ferner nahm der VIII. Sowjetkongreß den auf Initiative W. I. Lenins ausgearbeiteten Plan für die Elektrifizierung Rußlands, den GOELRO-Plan, und eine von Lenin verfaßte Resolution zu G. M. Krshishanowskis Referat über die Elektrifizierung an.

Siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 457–531. *236*

270 Auf Beschluß des Plenums des ZK der KPR(B) vom 8. Dezember 1920 war der X. Parteitag für Februar 1921 anberaumt worden. Im Januar beschloß

das ZK, der Bitte der örtlichen Organisationen zu entsprechen und den Parteitag auf März zu verlegen. *238*

271 Lenin meint das Dekret des Rats der Volkskommissare über die Konzessionen vom 23. November 1920, das am 25. November 1920 in Nr. 265 (1112) der „Iswestija WZIK" veröffentlicht worden war. *247*

272 Unmittelbarer Anlaß zu der *Note Curzons* waren die Erfolge der Roten Armee, die im Sommer 1920 die weißgardistischen polnischen Eindringlinge aus der Ukraine und Belorußland vertrieben hatte. Um den Vormarsch der Roten Armee aufzuhalten und einen Zusammenbruch des gutsherrlichen Polens sowie die Zerschlagung Wrangels zu verhindern, richtete die englische Regierung am 11. Juli 1920 eine von Außenminister Curzon unterzeichnete Note an Sowjetrußland. Diese enthielt die ultimative Forderung, den Vormarsch der Roten Armee einzustellen, einen Waffenstillstand mit Polen abzuschließen und den Krieg gegen Wrangel zu beenden. Die englische Regierung bot ihre Vermittlung an und drohte im Namen des Obersten Rats der Entente für den Fall, daß das Ultimatum nicht angenommen würde, Polen „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" Hilfe zu erweisen.

In ihrer auf der Grundlage der Vorschläge W. I. Lenins verfaßten Antwortnote lehnte die Sowjetregierung entschieden eine Vermittlung Curzons ab und bestand auf direkten Verhandlungen mit Polen. Sie protestierte gegen die Versuche Englands, die Krim zu annektieren, und erklärte sich bereit, die persönliche Sicherheit Wrangels und die Sicherheit seiner Truppen zu garantieren, jedoch nur unter der Bedingung ihrer unverzüglichen und vollständigen Kapitulation. *248*

273 Es handelt sich um S. I. Gussews Broschüre „Der einheitliche Wirtschaftsplan und der einheitliche Wirtschaftsapparat", die 1920 zum VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß erschienen war. *249*

274 Gemeint ist die Zahl der Angestellten in allen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturinstitutionen, die damals dem Moskauer Sowjet unterstanden. *249*

275 W. I. Lenin meint S. I. Gussews 1920 erschienene Broschüre „Die nächsten Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus (Zu den Thesen des ZK der KPR), Materialien zum IX. Parteitag der KPR". *250*

276 Gemeint ist die Fernöstliche Republik. (Siehe Anm. 208.) Im Herbst 1920 hatte Washington Vanderlip, ein Vertreter des großen amerikanischen Vanderlip-Syndikats, in Moskau Verhandlungen geführt über Konzessionen auf Fischfanggebiete sowie zur Erkundung und Förderung von Erdöl und Kohle auf Kamtschatka und im übrigen östlich des 160. Meridians gelegenen Teil Ostsibiriens. Ende Oktober war ein Vertragsentwurf ausgearbeitet worden, nach dem das Syndikat die Konzession auf 60 Jahre erhalten sollte. Nach 35 Jahren

sollte die Sowjetregierung das Recht haben, alle Konzessionsunternehmen vorfristig zurückzukaufen, und nach Ablauf der ganzen Frist sollten die Unternehmen mit ihren Ausrüstungen in vollem Betrieb unentgeltlich in das Eigentum der RSFSR übergehen. Das Vanderlip-Syndikat erhielt jedoch weder von seiner Regierung noch von seiten einflußreicher Finanzgruppen der USA Unterstützung, und der Vertragsentwurf wurde nicht unterzeichnet. *254*

277 Offensichtlich meint W. I. Lenin folgenden Passus im „Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)": „In ihrer gesamten Arbeit im Dorf stützt sich die KPR nach wie vor auf die proletarischen und halbproletarischen Schichten des Dorfes, sie organisiert vor allem diese zu einer selbständigen Kraft, indem sie Parteizellen im Dorf, Organisationen der Dorfarmut, einen besonderen Typus von Gewerkschaften der Proletarier und Halbproletarier des Dorfes usw. schafft, sie auf jede Weise an das städtische Proletariat heranführt und dem Einfluß der Dorfbourgeoisie und der Kleinbesitzerinteressen entreißt." („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 425, russ.) *255*

278 W. I. Lenin meint folgenden Passus im „Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)": „Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie ist zugleich das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparats der Sowjetmacht und gibt die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion zu schaffen." („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 422, russ.) *256*

279 Bei der Erörterung des Resolutionsentwurfs des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses „Über Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften" war die kommunistische Fraktion des Kongresses für die Streichung der Punkte über die persönliche Prämierung von Einzellandwirten aufgetreten. Am 27. Dezember 1920 gelangte das Plenum des ZK bei der Behandlung dieser Frage zu der Feststellung, daß die Fraktion des Kongresses eine falsche Entscheidung getroffen hatte, und schlug vor, dieselbe zu überprüfen. Das Plenum nahm den von W. I. Lenin vorgelegten Beschlußentwurf an, in dem die Bedingungen und Prinzipien für die Prämierung von Einzellandwirten festgelegt waren. (Siehe den vorliegenden Band, S. 267.) Das Plenum beauftragte Lenin, vor der Fraktion des Kongresses dazu zu sprechen. Nach dem Auftreten Lenins gab die Fraktion ihren früheren Standpunkt auf. *256*

280 Der *Orden des Roten Arbeitsbanners* wurde durch Beschluß des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses eingeführt, um Gruppen von Werktätigen sowie einzelne Bürger auszuzeichnen, die besondere Selbstlosigkeit, Initiative, Liebe zur Arbeit und Organisiertheit bei der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben an den Tag legen. *260*

281 Es handelt sich um den Delegierten des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses Jerjomin. *261*

282 Nach Lenins Rede in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses (siehe den vorliegenden Band, S. 256–261) kam es zu einer Diskussion. Dabei versuchte der Rotarmist Jerjomin, ein Mittelbauer, zu beweisen, daß die Kulaken den armen Bauern sowieso die landwirtschaftlichen Geräte und die Pferde wegnehmen können. Er führte als Beispiel an, daß hungernde Bauern im Gouvernement Tambow gezwungen waren, den Kulaken ihre Pferde für 5 Pud Getreide zu verkaufen. *262*

283 Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, 1954, S. 468, russ. *266*

284 Die Punkte über die Prämierung von Einzellandwirten wurden vom Plenum des ZK am 27. Dezember 1920 angenommen und sind in die Resolution des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses „Über Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaften" eingegangen. *267*

285 Gemeint ist die von L. B. Kamenew geleitete sogenannte Föderalkommission. Die Kommission hatte Fragen vorzubereiten, die die staatlichen Beziehungen der Sowjetrepubliken untereinander betrafen. *267*

286 Diese Vorschläge befinden sich auf einem Brief G. W. Tschitscherins an das Politbüro des ZK der KPR(B) vom 30. Dezember 1920. In diesem Brief teilte Tschitscherin mit, daß der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare Belorußlands A. G. Tscherwjakow auf die äußerst anormale Lage hingewiesen habe, die im Zusammenhang mit den nicht geregelten staatlichen Beziehungen zwischen Belorußland und der RSFSR bestand und die eine Zusammenarbeit der beiden Republiken erschwerte. Tschitscherin sprach sich für den Abschluß eines Vertrages mit Belorußland auf der gleichen Grundlage wie mit der Ukraine aus.

Die Frage des Abschlusses eines Bündnisvertrages zwischen Sowjetbelorußland und der RSFSR war im Herbst 1920 von belorussischen Partei- und Sowjetorganen aufgeworfen worden. Die Verhandlungen, die Ende Dezember 1920 und Anfang Januar 1921 stattfanden, endeten mit der Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zwischen der RSFSR und der Belorussischen Sozialisti-

schen Sowjetrepublik am 16. Januar. Am 21. Januar 1921 wurde der Vertrag von der Tagung des Belorussischen ZEK bestätigt. *267*

287 Der von W. I. Lenin vorgelegte Entwurf wurde vom Politbüro des ZK der KPR(B) am 4. Januar 1921 angenommen. *268*

288 Auf der II. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VIII. Wahlperiode (19./20. März 1921) wurde die Frage des Volkskommissariats für Landwirtschaft nicht behandelt. Auf der Tagesordnung standen die Richtlinien für die Volkskommissariate. In einem Beschluß hierzu wurde der endgültige Termin für die Vorlage der Richtlinien über die Volkskommissariate und ihre Organe zur Bestätigung durch das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK festgesetzt. *268*

289 Am 26. Januar 1921 behandelte das Plenum des ZK der KPR(B) die georgische Frage (sie stand als Punkt 3 auf der Tagesordnung, daher schrieb W. I. Lenin: „zu Punkt 3"). Die Erörterung dieser Angelegenheit hing mit den feindlichen Machenschaften der menschewistischen Regierung Georgiens gegen die Sowjetrepublik zusammen. Unter Verletzung des Abkommens mit der RSFSR vom 7. Mai 1920 verbot Georgien den Transitverkehr für Frachten aus der RSFSR durch sein Territorium, darunter auch den Transport von Lebensmitteln für die hungernde Bevölkerung Armeniens; es verweigerte die Rückgabe der wertvollsten russischen Schiffe an die RSFSR, die sich vorher bei der Wrangelarmee befunden hatten, nach der Vernichtung Wrangels jedoch in georgische Häfen eingelaufen waren; Georgien wandte Repressalien gegenüber Mitarbeitern der sowjetischen Botschaft an und beleidigte die Staatsflagge der RSFSR; es provozierte und unterstützte konterrevolutionäre Ausschreitungen gegen die Sowjetmacht im Nordkaukasus. Wegen dieser Verletzungen des Abkommens erhoben die Vertreter der RSFSR zu wiederholten Malen offiziellen Protest. Die georgische Regierung ließ jedoch alle Proteste unbeantwortet. *268*

290 Der Entwurf W. I. Lenins wurde ohne Änderungen als Punkt a in den Beschluß des Plenums aufgenommen. Punkt b lautete: „Die Kaukasusfront wird angewiesen, reale Garantien auszuarbeiten (Kontrollkommissionen usw.), die wir auf diplomatischem Wege von der georgischen Regierung fordern könnten, um zu verhindern, daß Georgien den Aufständischen in Dagestan und Tschetschenien zu Hilfe kommt." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *269*

291 Am 26. Januar 1921 hatten sich 13 Mitglieder des Zektran (Zentralkomitee des Vereinigten Gewerkschaftsverbandes der Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeiter) an das ZK der KPR(B) gewandt mit der Bitte, sie von ihren Pflichten als Mitglieder des Zektran zu entbinden. Ein Motiv für ihre Erklärung war, daß die Kritik, die während der Gewerkschaftsdiskussion an den Arbeitsmethoden

des Zektran geübt wurde, bei den Eisenbahn- und Schiffahrtsarbeitern angeblich den Eindruck erweckt habe, das ZK der Partei verurteile die gesamte frühere und gegenwärtige Tätigkeit des Zektran. Die Verfasser der Erklärung bezeichneten die Kritik an der Arbeit des Zektran als Hetze von seiten einer Gruppe Schiffahrtsarbeiter sowie einzelner Mitglieder des ZK der Partei und des Präsidiums des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften. (Zur Frage des Zektran siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 18–21.)

Der von W. I. Lenin eingebrachte Beschlußentwurf wurde vom Politbüro des ZK der KPR(B) am 31. Januar angenommen. *269*

292 Gemeint sind Verhandlungen mit dem holländischen Erdölkonzern „Royal Dutch" darüber, daß diesem das Recht zugestanden wird, Erdölprodukte aus den Gebieten von Baku und Grosny zu exportieren.

Zur Frage der Erdölkonzessionen nahm der Rat der Volkskommissare am 1. Februar 1921 einen Beschluß an, dessen erste zwei Punkte auf Grund der Vorschläge W. I. Lenins formuliert wurden: „a) Die Erteilung von Erdölkonzessionen in Grosny und in Baku sowie auf anderen in Betrieb befindlichen Erdölfeldern wird im Prinzip gebilligt; es werden Verhandlungen aufgenommen und beschleunigt durchgeführt. b) Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, eine hochqualifizierte Kommission von erstklassigen Erdölexperten nach Baku und Grosny zu entsenden mit dem Auftrag, die Frage der Sicherung der Erdölgewinnung zu untersuchen und die Ursachen einer eventuellen Katastrophe bei den derzeitigen Methoden der Ausbeutung der Erdölfelder zu klären. Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird beauftragt, dem Rat der Volkskommissare die Liste der Kommissionsmitglieder zur Bestätigung vorzulegen." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Zur Frage der Erdölkonzessionen siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 129–131; den vorliegenden Band, S. 279–282, und Briefe, Bd. VII, Dokument 84 und 91. *270*

293 Der hier veröffentlichte Entwurf wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 1. Februar 1921 angenommen. *270*

294 Am 9. Februar 1921 nahm der Rat für Arbeit und Verteidigung einen Bericht W. A. Awanessows über die Lage in der Brennstoffversorgung entgegen und ernannte eine Kommission (F. E. Dzierzynski, A. A. Andrejew, D. I. Kurski, A. I. Rykow und W. W. Fomin), die beauftragt wurde, zur nächsten Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung einen Beschlußentwurf vorzulegen. Am 11. Februar brachte Dzierzynski einen Entwurf ein, der mit den von W. I. Lenin vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen bestätigt wurde. Der zeitweiligen Kommission, von der in dem hier veröffentlichten Dokument die

Rede ist, gehörten Awanessow, Bergaus, Krylenko, Lomow und Messing an. *271*

295 Dieser Beschlußentwurf ging vollständig in den Beschluß ein, der vom Rat der Volkskommissare in seiner Sitzung am 15. Februar 1921 zu dem Bericht der Kommission zur Überprüfung des Importplans (Punkt 2 und 3) angenommen wurde. *271*

296 Die Trotzkisten und andere Oppositionelle wandten sich gegen die Umwandlung der GOELRO in eine einheitliche allgemeine Plankommission. In der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung am 18. Februar wurde ein Beschluß über die Bildung der allgemeinen Plankommission nicht gefaßt. In der Sitzung wurde kein Stenogramm aufgenommen. Es sind nur die von Lenin angefertigten kurzen Aufzeichnungen von der Diskussion und seine Notizen für das Schlußwort erhalten geblieben. (Siehe Lenin-Sammelband XX, S. 20 bis 22, russ.) Nach diesen Notizen und nach dem Artikel „Über den einheitlichen Wirtschaftsplan" (siehe Werke, Bd. 32, S. 132–141) zu urteilen, wandten sich gegen die Bildung einer allgemeinen Plankommission J. Larin, W. P. Miljutin, N. Ossinski und A. I. Rykow. Die Behandlung dieser Frage wurde an den Rat der Volkskommissare überwiesen.

Der hier veröffentlichte Entwurf ging vollständig in den „Beschluß über die allgemeine staatliche Plankommission" ein, der am 22. Februar 1921 zusammen mit der Liste der von Lenin vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder vom Rat der Volkskommissare bestätigt wurde. (Siehe Lenin-Sammelband XX, S. 24, russ.) Die allgemeine staatliche Plankommission entstand auf der Basis der GOELRO. Sie wurde von G. M. Krshishanowski geleitet. *272*

297 Die *Versammlung des Parteiaktivs der Stadt Moskau am 24. Februar 1921* wurde vom Moskauer Komitee der KPR(B) in einer außerordentlich schweren Zeit einberufen, als die wirtschaftliche Zerrüttung im Lande ihren äußersten Grad erreicht hatte.

Ziel der Versammlung war es, das Parteiaktiv über Maßnahmen zur besseren Versorgung der Moskauer Werktätigen zu informieren. Die Versammlung des Parteiaktivs faßte den Beschluß, auf die Tagesordnung der Plenartagung des Moskauer Sowjets ein Referat über die internationale und innere Lage Sowjetrußlands zu setzen. *273*

298 Gemeint ist der konterrevolutionäre Aufstand der Daschnaken in Armenien, der am 13. Februar 1921 ausgebrochen war. Die Daschnaken bekamen Waffen und Geld von den imperialistischen Regierungen Englands, der USA, Frankreichs, des menschewistischen Georgiens und der Türkei. In den eroberten Gebieten errichteten sie ein Terror- und Willkürregime, brannten Dörfer und Ortschaften nieder und machten sie dem Erdboden gleich. Unter

Führung der bolschewistischen Partei und mit Unterstützung von Truppenteilen der sowjetischen 11. Armee schlugen die Werktätigen Armeniens die Daschnaken. Am 4. April 1921 wurde die Hauptstadt Armeniens, Jerewan, befreit. *274*

299 Lenin meint den Vorsitzenden des Sibirischen Revolutionskomitees I. N. Smirnow. *275*

300 Es handelt sich um Punkt 9 der Resolution der IX. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) „Über die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 509, russ.) *275*

301 W. I. Lenins Rede auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der KPR(B) am 21. November 1920 siehe Werke, Bd. 31, S. 402–422.

Was das „System der zwei Sitzungssäle" betrifft, so vergleiche hierzu W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 195. *275*

302 Die Mobilisierung der Rohstoffreserven des Landes war eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik der Sowjetrepublik im Zusammenhang mit dem Plan zur Wiederherstellung der Industrie. Diese Frage wurde am 18. Februar 1921 in einer Sitzung der Wirtschaftskommission des Rats der Volkskommissare unter Vorsitz W. I. Lenins behandelt. Die Kommission berief eine spezielle Beratung, die die Frage der Erfassung von Rohstoffen detailliert untersuchen sollte. Die hier veröffentlichten Notizen machte Lenin offenbar während der Sitzung der Rohstoffkommission am 26. Februar 1921.

Weiterhin wurde die Rohstofffrage im Rat der Volkskommissare am 1. März 1921 sowie in der Sitzung einer speziellen Kommission, die sich paritätisch aus Mitgliedern des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Volkskommissariats für Ernährungswesen zusammensetzte, behandelt. Am 7. April 1921 bestätigte der Rat der Volkskommissare den Entwurf eines Beschlusses über die Erfassung von Rohstoffen. *277*

303 Der Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung über die Verbesserung der Arbeiterversorgung wurde am 1. März 1921 in Nr. 45 der „Prawda" veröffentlicht. *279*

304 Bei dem Hauptteil des hier veröffentlichten Dokuments (ab „Sie wollen nicht für Kapitalisten arbeiten ..." bis zum Schluß) handelt es sich um Aufzeichnungen, die während der Debatte über die Erdölkonzessionen, möglicherweise auf dem Plenum des ZK der KPR(B) am 24. Februar 1921, gemacht wurden. Später systematisierte W. I. Lenin die Aufzeichnungen und numerierte die einzelnen Punkte (3–14). Dann teilte er das obere freie Feld über den Aufzeichnungen mit einem Strich ab und schrieb darauf den vorläufigen Plan des Brie-

fes (Punkt 1–14). Ein nach diesem Plan geschriebener Brief W. I. Lenins existiert im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU nicht. Die wichtigsten der in dem Plan erwähnten Fragen haben in einem Brief ihren Niederschlag gefunden, den W. I. Lenin am 2. April 1921 an den Vorsitzenden des Aserbaidshanischen Erdölkomitees A. P. Serebrowski nach Baku richtete. (Siehe Briefe, Bd. VII, Dokument 221.)

Im Text wird der Beschluß des Rats der Volkskommissare über Erdölkonzessionen vom 1. Februar 1921 erwähnt. Der Rat der Volkskommissare nahm den von W. I. Lenin verfaßten Beschlußentwurf an, nachdem er im Prinzip die Erteilung einer Konzession auf einige Erdölgebiete von Baku und Grosny sowie andere Erdölfelder gebilligt hatte. Über Erdölkonzessionen siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 129–131; Briefe, Bd. VII, Dokument 144 und 207. *279*

305 Diese Ergänzung wurde aufgenommen in den Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 4. März 1921 „Über die Festsetzung des obligatorischen Minimums der an allen höheren Schulen der RSFSR zu vermittelnden allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnisse". *283*

306 Der *X. Parteitag der KPR(B)* fand vom 8. bis 16. März 1921 in Moskau statt. Auf dem Parteitag waren 694 Delegierte mit beschließender und 296 mit beratender Stimme anwesend; sie vertraten über 700 000 Parteimitglieder.

Auf der Tagesordnung standen der Bericht des ZK, die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, die Rolle der Gewerkschaften, Fragen des Parteiaufbaus, die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage u. a.

Lenin eröffnete den Parteitag und leitete seine gesamte Arbeit. Er erstattete den Bericht über die politische Tätigkeit des ZK und hielt Referate über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, über die Einheit der Partei und die anarchosyndikalistische Abweichung, über die Gewerkschaften u. a. Er sprach mehrmals in der Diskussion zu diesen Fragen, hielt die Schlußworte und verfaßte die Entwürfe zu den wichtigsten Beschlüssen.

Die Beschlüsse des X. Parteitags der KPR(B) sind von historischer Bedeutung. Der Parteitag legte, vor allem mit dem Beschluß über den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), der zu Lenins „Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer" angenommen wurde, den konkreten Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Methoden des Aufbaus des Sozialismus unter den neuen Bedingungen fest. In den Beschlüssen des Parteitags wurde besonders die Notwendigkeit der Festigung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft und der Verstärkung der führenden Rolle der Partei beim erfolgreichen sozialistischen

Aufbau hervorgehoben. (Siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 163–277.) *284*

307 Das hier veröffentlichte Dokument bezieht sich auf eine Beratung der Anhänger der „Plattform der Zehn", die offenbar vor Eröffnung des X. Parteitags oder in den ersten Tagen seiner Arbeit, am 8. oder 9. März 1921, stattfand.

Die *„Plattform der Zehn"* war der von der Gewerkschaftskommission unter maßgeblicher Beteiligung W. I. Lenins im November 1920 ausgearbeitete „Beschlußentwurf für den X. Parteitag der KPR über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften". Angesichts der neuen Aufgaben, die sich aus der Beendigung des Bürgerkriegs und dem Übergang zum friedlichen wirtschaftlichen Aufbau ergaben, bestimmte das Dokument die Rolle der Gewerkschaften als Schulen der Verwaltung, Schulen der Wirtschaftsführung, Schulen des Kommunismus. Als hauptsächliche Arbeitsmethoden der Gewerkschaften wurden die Methode der Überzeugung und die Entfaltung einer breiten Demokratie innerhalb der Gewerkschaften bezeichnet und die Aufgabe gestellt, die gesamte Arbeiterklasse in das Werk des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen.

Der Entwurf wurde im Verlauf der Gewerkschaftsdiskussion von der Mehrheit der örtlichen Parteiorganisationen gegen die Plattformen verschiedener parteifeindlicher Gruppen unterstützt und dem vom X. Parteitag angenommenen Beschluß über Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften zugrunde gelegt. (Siehe auch W. I. Lenins Artikel „Die Krise der Partei", Werke, Bd. 32, S. 27 bis 38.) *284*

308 Gemeint ist eine nach W. K. Machaiski benannte anarchistische Strömung, die besonders gegen die Intelligenz eingestellt und bemüht war, einen Keil zwischen Arbeiterklasse und revolutionäre Intelligenz zu treiben. *284*

309 Dieser Punkt wurde von W. I. Lenin in § 7 des von ihm vorbereiteten und vom X. Parteitag der KPR(B) angenommenen Entwurfs der Resolution „Über die Einheit der Partei" (siehe Werke, Bd. 32, S. 245–248) ausführlicher entwickelt. *284*

310 Im Abänderungsantrag Rafaïls (R. B. Farbmans) zu Punkt 4 der Resolution „Über die Einheit der Partei" (siehe Werke, Bd. 32, S. 247) wurde vorgeschlagen hinzuzufügen, daß die Diskussion über strittige Fragen „auf allgemeinen Versammlungen und in der Presse" erfolgen soll. Der Antrag wurde abgelehnt. *285*

311 A. S. Kisseljow trat auf dem X. Parteitag gegen den siebenten Punkt der Resolution „Über die Einheit der Partei" auf, in dem das Zentralkomitee ermächtigt wurde, in Fällen von Fraktionstätigkeit als äußerste Maßnahme den Ausschluß von Mitgliedern des ZK aus der Partei in Anwendung zu bringen. In seinem Diskussionsbeitrag hatte Kisseljow erklärt, Lenin habe im Hinblick auf diesen

Punkt der Resolution den Ausdruck gebraucht „Maschinengewehre in Stellung bringen". *286*

312 Der Abänderungsantrag Martschenkos betraf den sechsten Punkt der Resolution „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei" (siehe Werke, Bd. 32, S. 252). Martschenko hatte vorgeschlagen, in der Resolution zu vermerken, daß Sammelbände mit Diskussionsartikeln nur vom ZK der KPR(B) oder den Gebietsbüros des ZK herausgegeben werden dürfen. Der Antrag wurde abgelehnt. *286*

313 Der Antrag W. I. Lenins wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 16. März 1921 angenommen. *287*

314 Dieser Beschlußentwurf wurde vom Politbüro des ZK der KPR(B) am 19. März 1921 bestätigt. *287*

315 In der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften am 11. April 1921 wurde die Frage der Konzessionen und der Lage der Arbeiter in Konzessionsbetrieben behandelt.

Anlaß dazu war, daß sich bei einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre gewisse Schwankungen zeigten und daß A. G. Schljapnikow und D. B. Rjasanow in demagogischer Weise gegen die Konzessionen agitierten.

W. I. Lenin hielt in der Fraktionssitzung ein Referat über die Konzessionen (siehe Werke, Bd. 32, S. 310–326), trat während der Diskussion gegen die Erklärungen Schljapnikows und Rjasanows auf und machte sich kurze Notizen über die Diskussion, die er dann bei seinem Schlußwort benutzte. *288*

316 Gemeint ist der am 29. März 1921 vom Rat der Volkskommissare angenommene Beschluß *„Die Grundprinzipien der Konzessionsverträge"*, dem ein Entwurf W. I. Lenins zugrunde lag. Dieser Beschluß wurde von Lenin in seinem Referat über die Konzessionen in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften verlesen. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 312–325.) Mit seiner Bemerkung, daß der Rat der Volkskommissare den Beschluß „gegen den Antrag zweier sehr bekannter Gewerkschaftsfunktionäre" angenommen habe, meinte Lenin offenbar M. P. Tomski und A. S. Golzman. *289*

317 Gemeint ist der Entwurf eines Konzessionsvertrags mit der Aktiengesellschaft Schwedischer Kugellagerfabriken in Göteborg. Ein Vertrag mit dieser Firma wurde im April 1923 unterzeichnet. *290*

318 Der erwähnte Vertrag war im Ergebnis von Verhandlungen, die am 17. und 18. März 1921 zwischen dem Georgischen Revolutionskomitee und Vertretern der menschewistischen georgischen Regierung in Kutaïs stattfanden, abgeschlossen worden. *291*

319 W. I. Lenin meint den am 16. März 1921 unterzeichneten Handelsvertrag zwischen Sowjetrußland und England. *292*

320 Gemeint sind die Funktionäre der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, des Zentrums der internationalen Vereinigung reformistischer Gewerkschaften (sie wurde auf dem Kongreß in Amsterdam im Juli 1919 gegründet und bestand bis Dezember 1945). *293*

321 *„Wperjod"* (Vorwärts) – Tageszeitung; erschien ab März 1917 in Moskau als Organ der Moskauer Organisation der Menschewiki, dann als Organ der Komitees der SDAPR (Menschewiki) der Moskauer Organisation und des Zentralgebiets. Ab 2. April 1918 war die Zeitung Organ auch des Zentralkomitees der Menschewiki. Am 10. Mai 1918 wurde sie auf Beschluß der Gesamtrussischen Tscheka wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten und ihre Leitung vor Gericht gestellt. Am 14. Mai erschien die Zeitung erneut unter dem Titel „Wsegda Wperjod!". Endgültig wurde sie auf Beschluß des Gesamtrussischen ZEK im Februar 1919 verboten. *294*

322 W. I. Lenin meint den Internationalen Rat der Gewerkschaften, der im Juli 1920 auf Initiative des Exekutivkomitees der Komintern und des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften als Zentrum der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung gebildet worden war. Auf dem ersten internationalen Gewerkschaftskongreß im Juli 1921 wurde er in Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI, Profintern) umbenannt. *297*

323 Den *Entwurf eines Beschlusses über die Anforderungen für den Außenhandel* nahm der Rat der Volkskommissare mit einigen redaktionellen Änderungen am 12. April 1921 an. Die detaillierte Prüfung dieser Frage wurde der Staatlichen Plankommission übertragen. In diesem Zusammenhang sandte Lenin zwei Briefe an G. M. Krshishanowski. (Siehe Werke, Bd. 35, S. 461–463.) *301*

324 *„Algemba"* ist die abgekürzte Bezeichnung für den Bau der Eisenbahnlinie Alexandrow-Gai–Emba und der Erdölleitung, die die Erdölfelder an der Emba mit dem Ural und Saratow verbinden sollte. Am 15. April 1921 bestätigte der Rat für Arbeit und Verteidigung den hier veröffentlichten Beschlußentwurf. Am 29. April faßte der Rat für Arbeit und Verteidigung den Beschluß, den Bau der Erdölleitung einzustellen, da seine Abgelegenheit beträchtliche Ausgaben für den Transport des Materials, der Ausrüstungen und Lebensmittel erforderte, und am 6. Mai beschloß er, den Bau der Eisenbahnlinie Alexandrow-Gai–Emba von beschleunigtem Tempo auf normales umzustellen. *301*

325 Der Entwurf des Beschlusses „Über die Verteilung von Landmaschinen" wurde am 26. April in der Sitzung des Rats der Volkskommissare beraten und mit einigen Ergänzungen dem Kleinen Rat der Volkskommissare zur Fertigstellung übergeben. Das hier veröffentlichte Dokument, von W. I. Lenin als

Punkt 5 des Beschlußentwurfs formuliert, wurde in derselben Sitzung des Rats der Volkskommissare als Grundlage angenommen. Endgültig bestätigte der Rat der Volkskommissare den Beschluß über die Verteilung von Landmaschinen am 17. Mai 1921. *302*

326 Das vorliegende Dokument schrieb W. I. Lenin nicht später als am 27. April 1921. Es wurde dem Entwurf eines Briefes des ZK der KPR(B) vom 1. Mai „Über das Verhältnis zu den parteilosen Arbeitern" zugrunde gelegt, an welchem Lenin einige Korrekturen vornahm und zu dem er eine Ergänzung schrieb. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 43, S. 390–392.)

Am 4. Mai bestätigte das ZK der KPR(B) den Entwurf des Briefes mit den Korrekturen und der Ergänzung Lenins, und am 7. Mai erschien er in der „Prawda" Nr. 97 als Zirkular an alle Gouvernementskomitees, Kreiskomitees, kommunistischen Fraktionen und Gewerkschaften. *303*

327 Am Schluß des Manuskripts machte W. I. Lenin mit Bleistift den Zusatz: „(Broschüre über die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki. Über die Rechte . . .)". Das letzte Wort ist unleserlich. Offenbar meinte Lenin die Rechte der allgemeinen Versammlungen. *304*

328 Dieser Beschlußentwurf wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 10. Mai 1921 zu dem Punkt „Direktiven an die georgischen Genossen" angenommen. *305*

329 Dieser Beschlußentwurf wurde vom Politbüro des ZK der KPR(B) mit geringfügigen Ergänzungen am 11. Mai 1921 angenommen. *307*

330 Die Sitzung der kommunistischen Fraktion des IV. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses, in der die Tätigkeit des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften erörtert wurde, fand am 18. Mai 1921 statt. Eine Kommission des ZK der KPR(B) zur Leitung der Arbeit des Kongresses hatte einen Resolutionsentwurf über die Tätigkeit des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften ausgearbeitet, welcher der Resolution des Gewerkschaftskongresses zugrunde gelegt werden sollte. Sie beauftragte M. P. Tomski, Mitglied dieser Kommission und Vorsitzender des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, diesen Entwurf in der kommunistischen Fraktion zur Diskussion zu stellen. Tomski unterließ das jedoch. In der Fraktionssitzung wurde eine von D. B. Rjasanow vorgelegte Resolution angenommen, die den Parteibeschlüssen über die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften direkt zuwiderlief. Das Plenum des ZK der KPR(B) am 18. Mai verurteilte die Resolution Rjasanows. Es beschloß, Tomski aus der Kommission abzuberufen, ihn von der Arbeit im Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften zu befreien und Rjasanow von der Gewerkschaftsarbeit zu entbinden.

Im Auftrage des ZK der KPR(B) erläuterte W. I. Lenin in der Fraktions-

sitzung den anarchosyndikalistischen Charakter der Resolution Rjasanows. Die Fraktion lehnte die Resolution Rjasanows mit überwältigender Mehrheit ab und nahm die Resolution des ZK an. Eine Aufzeichnung der Rede Lenins ist im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU nicht vorhanden. *307*

331 Das hier veröffentlichte Dokument schrieb W. I. Lenin in der Plenarsitzung des ZK der KPR(B) am 18. Mai 1921, in der die Verwirklichung von Punkt 13 des Parteiprogramms über Maßnahmen auf dem Gebiet der religiösen Beziehungen erörtert wurde.

Das Plenum nahm die Vorschläge W. I. Lenins an. *308*

332 Punkt 7 des ursprünglichen Entwurfs der Resolution des Plenums forderte, die Frage nach dem Verhältnis der Partei zur Religion „in allen Parteizellen und -komitees zu stellen; die Abteilung Agitation und Propaganda zu beauftragen, Thesen für ein Referat vorher auszuarbeiten und zu verschicken; Protokolle von den Versammlungen, wie überhaupt alle Materialien, die diese Frage betreffen, unbedingt an Ort und Stelle zu sammeln, dem ZK zuzustellen und für den Bericht an den XI. Parteitag der KPR auszuwerten" (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv). *308*

333 In Punkt 10 des ursprünglichen Resolutionsentwurfs hieß es, daß die Partei den entschiedensten Kampf führen müsse gegen Versuche „einzelner Geistlicher, eine neue Organisation der Kirche zu schaffen", indem sie sie der staatlichen Organisation anpassen. *308*

334 *„Ekonomitscheskaja Shisn"* (Das Wirtschaftsleben) – Tageszeitung, die ab November 1918 als Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats und der Volkskommissariate für Wirtschaft herausgegeben wurde. Die Zeitung erschien bis November 1937; zuletzt war sie das Organ des Volkskommissariats für Finanzen der UdSSR, der Staatsbank und anderer Finanzinstitutionen der UdSSR sowie des ZK des Verbandes der Bankangestellten. *310*

335 Den vorliegenden Beschlußentwurf schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang damit, daß die KPR-Fraktion des IV. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses die Thesen A. S. Golzmans zur Tariffrage angenommen hatte, die nicht den Direktiven des ZK entsprachen. Am 22. Mai 1921 wurde dieser Entwurf vom Politbüro des ZK angenommen. Auf Vorschlag einer Delegation mehrerer Industriegewerkschaften (der Metall-, Textil- und Bergarbeiter) sowie einer Delegation der wichtigsten proletarischen Zentren (Moskau, Petrograd und Iwanowo-Wosnessensk) revidierte die Fraktion des Gewerkschaftskongresses ihren Beschluß und nahm mit Stimmenmehrheit die vom ZK gebilligten Thesen W. J. Tschubars als Grundlage an. Diese von der Fraktion

angenommenen Thesen wurden am 24. Mai vom IV. Gewerkschaftskongreß bestätigt. *311*

336 Der Entwurf dieses ZK-Beschlusses stammte von W. I. Lenin. (Siehe Lenin-Sammelband XXIII, S. 142, russ.) *311*

337 Die Bemerkungen W. I. Lenins betrafen den sechsten und siebenten Punkt des Arbeitsplans des ZK der KPR(B), der zur X. Gesamtrussischen Parteikonferenz aufgestellt worden war. Am 28. Mai 1921 bestätigte die Konferenz den Arbeitsplan des ZK. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 576/577, russ.) *313*

338 W. I. Lenin meint eine für Mai 1921 anberaumte Gesamtrussische Beratung der Leiter der Orginstrukteurabteilungen der Gouvernementskomitees, auf der die nächsten Aufgaben der organisatorischen Arbeit der Partei erörtert werden sollten. Die Beratung fand nicht statt. *313*

339 Diesen Plan einer Rede bereitete W. I. Lenin für den IV. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß vor, der vom 17. bis 25. Mai 1921 stattfand. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU besitzt jedoch keine Angaben über ein Auftreten Lenins auf dem Kongreß. *313*

340 *„Narodnaja Wolja"* (Volkswillen) – politische Geheimorganisation terroristischer Volkstümler, die im August 1879 entstanden war. Auf den Positionen des utopischen Sozialismus der Volkstümler verharrend, betraten die Narodowolzen die Bahn des politischen Kampfes, wobei sie den Sturz der Selbstherrschaft und die Erringung der politischen Freiheit als wichtigste Aufgabe betrachteten. Sie hofften, die Umgestaltung der Gesellschaft ohne Beteiligung des Volkes, durch individuellen Terror erreichen zu können. „Die Narodowolzen", schrieb W. I. Lenin, „taten einen Schritt vorwärts, indem sie zum politischen Kampf übergingen, doch diesen Kampf mit dem Sozialismus zu verbinden gelang ihnen nicht." (Werke, Bd. 8, S. 59.) Die Organisation wurde nach dem Attentat auf Alexander II. am 1. März 1881 von der zaristischen Regierung zerschlagen. *313*

341 Der *Versailler Friedensvertrag*, der den imperialistischen Weltkrieg 1914 bis 1918 beendete, wurde am 28. Juni 1919 auf der Pariser Konferenz von den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und ihren Verbündeten auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite unterzeichnet. In einer Einschätzung des Versailler Friedensvertrages sagte W. I. Lenin am 15. Oktober 1920: „Das ist ein ... ungeheuerlicher Raubfrieden, der Millionen und aber Millionen Menschen, darunter die zivilisiertesten, zu Sklaven macht." (Werke, Bd. 31, S. 317.) Der Versailler Vertrag hatte das Ziel, die für die Siegermächte günstige Aufteilung der kapitalistischen Welt zu untermauern und ein

solches System von Beziehungen zwischen den Ländern zu schaffen, das auf die Vernichtung Sowjetrußlands und auf die Zerschlagung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt ausgerichtet war. *314*

342 Den *Brief an die Bergarbeiter der Petrowsker Vereinigung* schrieb W. I. Lenin während einer Unterredung mit I. I. Meshlauk, dem damaligen Direktor des Petrowsker Hüttenkombinats. Der Brief wurde in einer Versammlung der Arbeiter des Kombinats verlesen und trug zu einer merklichen Steigerung des Arbeitselans bei den Bergarbeitern des Donezbeckens bei. *315*

343 Die X. *Gesamtrussische Konferenz der KPR(B)* fand vom 26. bis 28. Mai 1921 in Moskau statt. Anwesend waren 239 Delegierte, die Partei- und Sowjetorganisationen vertraten. Es war eine außerordentliche Konferenz. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: 1. Die ökonomische Politik: a) Naturalsteuer, b) Genossenschaften, c) Finanzreform, d) Kleinindustrie; 2. die Rolle der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zum gegenwärtigen Zeitpunkt; 3. der III. Kongreß der Komintern; 4. Information über die Arbeit des IV. Gewerkschaftskongresses; 5. die Organisationsfrage.

Die Hauptaufmerksamkeit der Konferenz galt der praktischen Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik, über die im Lande draußen noch keine genügende Klarheit herrschte.

Die Konferenz wurde unter unmittelbarer Leitung W. I. Lenins durchgeführt. Er hielt die Eröffnungsrede, sprach zur Tagesordnung, hielt das Referat über die Naturalsteuer und das Schlußwort hierzu und sprach mehrmals in der Diskussion zur Resolution „Über die ökonomische Politik". W. I. Lenin gab der Konferenz eine zusätzliche Information zu dem Referat über die Arbeit des IV. Gewerkschaftskongresses und hielt die Rede bei der Schließung der Konferenz. Siehe auch Werke, Bd. 32, S. 419–458. *315*

344 W. I. Lenin meint einen Abänderungsantrag zum ersten Punkt des Resolutionsentwurfs. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 454.) Der Verfasser des Antrags hatte vorgeschlagen hinzuzufügen: „soweit sich die Bedingungen der Weltrevolution nicht ändern". Der Abänderungsantrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. *316*

345 Diesen Diskussionsbeitrag hielt W. I. Lenin im Zusammenhang mit einem Abänderungsantrag zum dritten Punkt des Resolutionsentwurfs. Am Schluß dieses Punktes hieß es: „Bekämpfung des anarchischen (d. h. sich jeglicher Kontrolle und Aufsicht durch den Staat entziehenden) Warenaustausches durch dessen Konzentration vorwiegend in den Händen der Genossenschaften, ohne jedoch den regulären freien Handel im geringsten einzuengen." Der Verfasser des Abänderungsantrags schlug vor, das Ende des Satzes ab „ohne jedoch" zu ersetzen durch die Worte: „wodurch jedes rein administrative Her-

angehen an diesen Warenaustausch beseitigt würde." Der Antrag wurde abgelehnt. *317*

346 Diesen Diskussionsbeitrag hielt W. I. Lenin im Zusammenhang mit einem Abänderungsantrag zum fünften Punkt des Resolutionsentwurfs, der die Erweiterung der Selbständigkeit und Initiative jedes Großbetriebs hinsichtlich der Verfügung über Finanzmittel und Materialreserven vorsah. Der Verfasser des Abänderungsantrags schlug vor, diesen Punkt auch auf die Sowjetwirtschaften auszudehnen. Der Antrag wurde abgelehnt. *317*

347 Gemeint ist ein Abänderungsantrag zum neunten Punkt der Resolution. In dem Antrag wurde folgende Ergänzung vorgeschlagen: „wobei besondere Aufmerksamkeit auf die Initiative und Selbständigkeit der örtlichen Organe zu richten ist". Der Antrag wurde abgelehnt. *318*

348 Es handelt sich um die vom Rat für Arbeit und Verteidigung am 20. Mai 1921 eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs der „Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen". (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 391–417.) *318*

349 Der fünfte Diskussionsbeitrag W. I. Lenins bezog sich auf einen Abänderungsantrag zum zehnten Punkt des Resolutionsentwurfs, in welchem es hieß: „Die zentralen Institutionen sind besonders verantwortlich zu machen, wenn örtliche Initiative behindert oder ungenügend unterstützt wird." (Siehe Werke, Bd. 32, S. 456.) Der Verfasser des Abänderungsantrags schlug folgende Ergänzung vor: „Ferner sind die Strafmaßnahmen wegen Mißwirtschaft und Unterschlagung von Staatseigentum sowie Vergeudung von Arbeitskraft zu verschärfen." Die Änderung wurde zu Punkt 6 der Resolution angenommen. *319*

350 Punkt sechs des Resolutionsentwurfs betraf die Regulierung der Arbeiterlöhne. *319*

351 Dieser Diskussionsbeitrag W. I. Lenins betraf den Antrag Kisseljows, in die Resolution einen Punkt über die Einführung eines Systems kollektiver Empfehlungen (bis zu 3 Personen) für Personen, die Staatseigentum verwalten, aufzunehmen und gleichzeitig auf eventuelle Strafmaßnahmen gegen diejenigen hinzuweisen, die die Empfehlung gegeben haben. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. *319*

352 Diesen Diskussionsbeitrag hielt W. I. Lenin im Zusammenhang mit einem Abänderungsantrag zum zweiten Punkt der Resolution. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 454.) Der Verfasser des Antrags schlug vor, in der Resolution zu vermerken, daß beim wirtschaftlichen Aufbau die Naturalsteuer an die erste Stelle rückt. Der Antrag wurde abgelehnt. *319*

353 Die Vorschläge W. I. Lenins wurden in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 21. Juni 1921 als Direktive an die Kommission über die Parteireinigung angenommen. Sie gingen mit einigen Änderungen in den am 25. Juni angenommenen Beschluß des Politbüros des ZK zur Frage der Kontrolle, Überprüfung und Reinigung der Partei ein. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung dieses Beschlusses schrieb Lenin die Notizen über die Bedingungen für die Parteiaufnahme. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 43, S. 362.) Die Bemerkungen Lenins wurden ebenfalls in dem vom ZK gefaßten Beschluß berücksichtigt. 322

354 Der *III. Kongreß der Kommunistischen Internationale* fand vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 in Moskau statt. An dem Kongreß nahmen 603 Vertreter von kommunistischen Parteien und Gruppen sowie anderen Organisationen aus über 50 Ländern teil. Die KPR(B) war durch 72 Delegierte vertreten; an ihrer Spitze stand Lenin.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren: Die wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der KI; der Bericht über die Tätigkeit des EKKI; die Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands; die italienische Frage; die Taktik der KI; die Gewerkschaftsfrage; die Taktik der KPR(B); der organisatorische Aufbau der kommunistischen Parteien, die Methoden und der Inhalt ihrer Arbeit.

Lenin leitete die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses. Er verfaßte die „Thesen zum Referat über die Taktik der KPR", die vom Kongreß angenommen wurden, er hielt die Reden zur italienischen Frage und zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale, das Referat über die Taktik der KPR(B), er hatte entscheidenden Anteil an der Ausarbeitung aller wichtigen Beschlüsse des Kongresses, er sprach in den Kommissionen des Kongresses und in den erweiterten Sitzungen des EKKI sowie auf Beratungen von Kongreßdelegierten. (Siehe Werke, Bd. 32, S. 473–519.)

Der Entwurf der „Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit" war von O. W. Kuusinen für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet worden. Am 6. Juni 1921 hatte Kuusinen W. I. Lenin einen Teil seines Artikels (Referats) über die Organisationsfrage sowie die Leitsätze, die dem gesamten Artikel zugrunde lagen, geschickt. Auf Grund der Hinweise W. I. Lenins überarbeitete Kuusinen die Leitsätze und schickte sie ihm am 17. Juni (mit Ausnahme der Punkte 25–29, die die Parteipresse betrafen) zurück. Am 21. Juni folgte auch der übrige Teil. Wahrscheinlich las Lenin auch diese Variante. Am 27. Juni erhielt er die dritte Variante, die er am 9. Juli mit letzten Bemerkungen und Ergänzungen billigte. (Siehe den vorliegenden

Band, S. 326.) An der Ausarbeitung der Leitsätze war auch Wilhelm Koenen (einer der Sekretäre der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands) beteiligt. Nach Erörterung des Entwurfs der Leitsätze in einer Kommission wurde er mit einigen Änderungen am 12. Juli vom III. Kongreß der Komintern angenommen. (Siehe „Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1921, S. 105 bis 142.) *323*

355 Das Referat über die Organisationsfrage wurde am 10. Juli 1921 auf dem III. Kongreß der Komintern von Wilhelm Koenen verlesen. *324*

356 Siehe hierzu auch das vorhergehende Dokument. *326*

357 Die Bemerkungen W. I. Lenins wurden von O. W. Kuusinen und Wilhelm Koenen berücksichtigt. *326*

358 Das hier veröffentlichte Dokument wurde im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Thesen über die Taktik für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale geschrieben. Mit der Ausarbeitung der Thesen war die russische Delegation des Kongresses beauftragt worden.

Am 1. Juni 1921 hatte Karl Radek W. I. Lenin seinen Entwurf der Thesen über die Taktik mit Änderungen, die er auf Vorschlag Thalheimers und Béla Kuns an demselben vorgenommen hatte, sowie einen von diesen ausgearbeiteten Thesenentwurf geschickt. Auf dem Briefumschlag, in dem Lenin die Materialien erhalten hatte, entwarf er seine ersten Bemerkungen zu den Entwürfen. (Siehe W. I. Lenin, „Über die Kommunistische Internationale", Berlin 1969, S. 696.) Danach schrieb er die im vorliegenden Band veröffentlichten ausführlichen Bemerkungen.

Entsprechend den Hinweisen W. I. Lenins wurde der Thesenentwurf umgearbeitet, mit mehreren Delegationen auf Vorberatungen erörtert und im Namen der russischen Delegation dem III. Kongreß vorgelegt. Am 1. Juli hielt W. I. Lenin auf dem Kongreß die „Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale". (Siehe Werke, Bd. 32, S. 491–500.) Am 12. Juli wurden die Thesen einstimmig vom Kongreß angenommen. (Siehe „Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1921, S. 31–63.) *326*

359 Die *KAPD* (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) wurde im April 1920 von Vertretern des Linksradikalismus gebildet, die 1919 auf dem Heidelberger Parteitag aus der KPD ausgeschlossen worden waren. Im November 1920 wurde sie als sympathisierende Partei in die Kommunistische Internationale aufgenommen unter der Bedingung, daß sie sich mit der KPD wieder vereinigt. Da sich die KAPD jedoch weigerte, diese Bedingung zu erfüllen, wurde sie nach dem III. Weltkongreß aus der Komintern ausgeschlossen. Ende 1921

war die KAPD zu einer kleinen Sekte geworden. Die ehrlichen proletarischen Kräfte dieser Partei brachen mit ihren linksradikalen Führern und fanden zur KPD zurück. *329*

360 Die italienische Frage wurde auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit dem Protest der Italienischen Sozialistischen Partei gegen den Beschluß des EKKI erörtert, der vorsah, die ISP aus der Komintern auszuschließen und die Kommunistische Partei Italiens als einzige Sektion der Komintern in Italien anzuerkennen.

Die Italienische Sozialistische Partei hatte sich im Oktober 1919 der Komintern angeschlossen. Vertreter der ISP nahmen am II. Kongreß der Komintern teil, auf dem der Leiter ihrer Delegation, G. M. Serrati, in mehreren Fragen einen falschen Standpunkt bezog. Nach dem Kongreß trat Serrati gegen die Trennung von den Reformisten auf.

Auf dem Parteitag der ISP in Livorno (15.–21. Januar 1921) wurde eine Resolution der Linken, die die Annahme der 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale und den Ausschluß der Reformisten aus der Partei forderte, mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Daraufhin traten die Linken aus der ISP aus und gründeten am 21. Januar die Kommunistische Partei Italiens, die sich der Kommunistischen Internationale anschloß.

Die Italienische Sozialistische Partei entsandte zum III. KI-Kongreß eine Delegation, der C. Lazzari, F. Maffi und E. Riboldi angehörten.

Der III. Kongreß der Komintern nahm am 29. Juni 1921 eine Resolution an, in der es hieß, daß die Italienische Sozialistische Partei, solange sie reformistische und zentristische Elemente in ihren Reihen duldet, nicht der Kommunistischen Internationale angehören kann. Das Exekutivkomitee der Komintern wurde beauftragt, „die notwendigen Schritte zu unternehmen zur Vereinigung der von reformistischen und zentristischen Elementen gereinigten SPI mit der KPI zu einer einheitlichen Sektion der Kommunistischen Internationale" („Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1921, S. 5). Dieser Beschluß des III. Komintern-Kongresses wurde nicht verwirklicht.

Im Frühjahr 1923 bildete sich innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei eine linke Fraktion, die „Drittinternationalisten" (Serrati, Maffi u. a.), die für eine Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Italiens eintrat. Im August 1924 schlossen sich die „Drittinternationalisten" der Kommunistischen Partei Italiens an. *329*

361 Offenbar meint W. I. Lenin folgende Stelle aus dem ursprünglichen Thesenentwurf Radeks: „Nachdem sie (die nach Radeks Definition zentristischen Gruppen in den kommunistischen Parteien mehrerer Länder. *Die Red.*) sahen,

daß die Kommunistische Internationale nur wirklich revolutionäre Massenparteien bilden will, erhoben sie das Feldgeschrei von dem Rückfall der Kommunistischen Internationale in das Sektierertum. So die Gruppe Levi in Deutschland, Šmeral in der Tschechoslowakei usw. Der Charakter dieser Gruppen liegt klar und offen zutage: es sind zentristische Gruppen, die die Politik des passiven Wartens auf die Revolution mit kommunistischen Phrasen und Theorien drapieren. Die Gruppe Šmeral hat die Bildung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei noch dann aufgeschoben, als schon die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter auf dem Boden des Kommunismus stand." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *331*

362 Der Reichenberger „Vorwärts", um den sich die „Linken" der Tschechoslowakei mit K. Kreibich an der Spitze gesammelt hatten, hatte das Referat B. Šmerals auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auszugsweise veröffentlicht.

Die Anträge W. I. Lenins wurden von der Taktikkommission angenommen. Der Abschnitt der „Thesen über die Taktik", der sich auf die KPČ bezog, wurde entsprechend Lenins Anträgen abgefaßt. *332*

363 Anfang Juli 1921 beschlossen die Arbeiter und Angestellten der Berliner Munizipalbetriebe, für höhere Löhne in den Streik zu treten. Für den Streik hatte sich die Mehrheit der Arbeiter (etwa 80 000) ausgesprochen. Den Reformisten gelang es jedoch, den Streik zu verhindern. In Verhandlungen von Vertretern der Arbeiter und Angestellten mit dem Berliner Magistrat gelang es lediglich, eine geringfügige Lohnerhöhung durchzusetzen. *334*

364 In den ersten Julitagen 1921 traten die Arbeiter der Baumwollfabriken von Lille in den Streik, weil ihnen die Fabrikanten die Löhne gekürzt hatten. Der Streik erfaßte mehrere Departements. In der ersten Septemberhälfte wurde im Departement du Nord der Generalstreik ausgerufen. Trotz der Standhaftigkeit der Arbeiter erlitt der Streik nach zweimonatiger Dauer infolge der reformistischen Taktik der Gewerkschaftsführer und der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Niederlage. *334*

365 Eine ausführliche Meldung über das Massenmeeting, das am 8. Juli 1921 in Rom stattgefunden hatte, war am 10. Juli 1921 in Nr. 149 der „Prawda" erschienen. *334*

366 Der *Entwurf des Beschlusses über die kollektive Entlohnung der Angestellten in Sowjetinstitutionen* wurde vom Rat der Volkskommissare am 14., 21., 24., 28. Juni und 8. Juli 1921 beraten. Das Wesen der kollektiven Versorgung bestand in der Abschaffung der persönlichen Versorgung auf Karten und nach

Listen sowie in der Abschaffung der Naturalprämien. Die gesamte Versorgung der Arbeiter und Angestellten erfolgte danach ausschließlich in Form des Arbeitslohnes, dessen Höhe für jeden Betrieb als Ganzes, d. h. kollektiv für alle seine Arbeiter und Angestellten, festgelegt wurde. Am 24. Juni beschloß der Rat der Volkskommissare, in den Sowjetinstitutionen Moskaus und Petrograds ab 1. Juli, in den übrigen Teilen der Republik nicht vor dem 1. September, zur kollektiven Entlohnung der Angestellten überzugehen, und bildete eine Kommission, die einen Entwurf ausarbeiten sollte, „um genau festzustellen, wenigstens auf Grund einiger Beispiele, wieviel Sowjetangestellte nach der Reduzierung des Personalbestandes übrigbleiben und wie hoch ihre Geld- und Naturaleinkünfte sind". Am 28. Juni 1921 nahm der Rat der Volkskommissare zu einem Bericht A. B. Chalatows und L. I. Ginsburgs den „Beschluß über die kollektive Entlohnung der Angestellten in Sowjetinstitutionen" mit den von W. I. Lenin in Punkt A vorgeschlagenen Änderungen und den Punkt D ebenfalls in Lenins Formulierung an. Den endgültigen Wortlaut des Beschlusses nahm der Rat der Volkskommissare am 8. Juli 1921 an. *337*

367 Den Vorschlag über die Prämierung von Betrieben schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit einem Beschluß, den das Politbüro des ZK der KPR(B) am 7. Juli 1921 zu einem Referat A. S. Kisseljows „Über die beschleunigte Überführung von Betrieben und Institutionen zum defizitlosen Wirtschaften" gefaßt hatte. Der Beschluß des Politbüros lautete: „Die Sowjetinstitutionen werden beauftragt, die Maßnahmen zur Überführung sowohl von einzelnen Betrieben als auch von Sowjetinstitutionen zum defizitlosen Wirtschaften energischer durchzuführen." *338*

368 Im Zusammenhang mit der Hungersnot, die das Wolgagebiet und den Süden der Ukraine im Jahre 1921 heimsuchte, faßte das Politbüro des ZK der KPR(B) am 9. Juli 1921 einen Beschluß über die Notwendigkeit, eine größtmögliche Anzahl von Kommunisten zur Arbeit im Ernährungswesen einzusetzen.

Die *„Notizen über Maßnahmen zum Kampf gegen die Hungersnot und über die Verstärkung der Wirtschaftsarbeit"* schrieb Lenin offenbar im Zusammenhang mit der Vorbereitung dieser Frage für die Sitzung des Politbüros. *338*

369 Die Frage des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften beriet der Rat der Volkskommissare in seiner Sitzung am 15. Juli 1921. Dort wurden folgende Referate entgegengenommen: von L. M. Chintschuk „Über die Organisierung des Warenaustauschs und über die Notwendigkeit, die Arbeit auf diesem Gebiet zu verstärken und zu beschleunigen" und von N. P. Brjuchanow „Über die Durchführung des Beschlusses des Rats der Volkskommissare vom

14. Juni 1921, den Zentralverband der Konsumgenossenschaften zu kontrollieren mit dem Ziel, über den Warenaustausch zu einer größtmöglichen Menge Getreide zu kommen". Zu beiden Referaten wurde eine gemeinsame Resolution angenommen, in die W. I. Lenins Vorschläge eingingen. *340*

370 Der Antrag an das ZK der KPR(B) wurde im Zusammenhang mit den Thesen des Sibirischen Büros des ZK der KPR(B) und des Sibirischen Revolutionskomitees „Über die Organisationsformen der sibirischen Sowjetinstitutionen und der sibirischen Parteiorganisationen" geschrieben. In den Thesen wurde die Notwendigkeit der Existenz eines Gebietssowjetzentrums mit den entsprechenden wirtschaftlichen und militärischen Abteilungen, einer Vertretung der Gesamtrussischen Tscheka sowie eines Gebietsparteizentrums in Sibirien begründet. Die beiden Zentren sollten nach Auffassung des Sibirischen Büros und des Sibirischen Revolutionskomitees nach dem Prinzip der Ernennung aufgebaut sein.

Eine den Thesen beigefügte Aktennotiz enthielt die Mitteilung, daß diese Frage auf der bevorstehenden IV. Sibirischen Gebietsparteikonferenz behandelt würde, wobei Vertreter von zwei Richtungen sprechen würden: der Richtung, die die Notwendigkeit der Existenz sibirischer Gebietszentren ablehnt, und derjenigen, die die Notwendigkeit ihrer Einrichtung nach dem Wahlprinzip anerkennt. Am 29. Juli 1921 bestätigte das Orgbüro des ZK der KPR(B) im wesentlichen die Thesen des Sibirischen Büros.

Im Manuskript sind die Punkte 4 und 5 von W. I. Lenin gestrichen. *341*

371 Das Plenum des ZK der KPR(B) untersuchte am 8. August 1921 die Lage im Verkehrswesen und bestätigte die Schlußfolgerungen F. E. Dzierzynskis mit den von W. I. Lenin vorgeschlagenen Änderungen.

Im ersten Punkt der Schlußfolgerungen hieß es, daß alle Partei- und Sowjetorgane nach Maßnahmen zur Verbesserung und Unterstützung des Verkehrswesens forschen müssen.

In den Punkten zwei bis vier der Schlußfolgerungen ging es um die Verstärkung des Apparats des Volkskommissariats für Verkehrswesen durch verantwortliche Mitarbeiter, um die Herausgabe eines Rundschreibens an alle Gouvernementskomitees der KPR(B) über die Lage im Verkehrswesen und um die Bildung einer Unterabteilung Verkehr in der Orginstrukteurabteilung des ZK der KPR(B) zur Leitung der Parteiarbeit im Verkehrswesen.

Im fünften Punkt der Schlußfolgerungen war vorgesehen, Betriebe, die für Zwecke des Transportwesens benötigt wurden, dem Volkskommissariat für Verkehrswesen zu übergeben. *342*

372 Über die Einrichtung eines Informationsbüros im Ausland, das Angaben über die internationale Arbeiterbewegung sammeln sollte, wurde am 17. August

1921 im Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) beraten. Lenins Vorschlag wurde angenommen.

Bald darauf sandte Varga W. I. Lenin seinen Entwurf „Die Organisierung der Information im EKKI". Der Entwurf sah die Einrichtung eines Informationsdienstes vor, der dem EKKI die notwendigen Materialien liefern sollte. In dem Entwurf legte Varga auch seine Ansichten über die Arbeitsmethoden dieses Informationsdienstes dar und gab Hinweise zur Zusammenstellung der wirtschaftlichen und sozialen Berichte sowie der politischen Information. Am 31. August 1921 sandte W. I. Lenin Varga seine Bemerkungen zu diesem Entwurf, nämlich die „Abänderungsanträge oder Thesen zum Entwurf des Gen. E. Varga über die Organisierung eines Informationsdienstes" (siehe den vorliegenden Band, S. 347/348).

Das Schreiben W. I. Lenins vom 1. September 1921 (siehe den vorliegenden Band, S. 349) ist die Antwort an E. Varga, der in seinem Brief an Wladimir Iljitsch vom 31. August 1921 mitgeteilt hatte, daß Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Zwecks eines solchen Informationsdienstes bestehen. Trotzki, Sinowjew und Radek, schrieb Varga, sind der Meinung, daß dieser Informationsdienst vor allem zur Information innerhalb des EKKI dienen soll. „In Ihren Thesen jedoch *scheint das Schwergewicht auf der Information der Presse der Arbeiterbewegung* von Mitteleuropa zu liegen, während die Information des EKKI in den Hintergrund rückt. Von dieser Änderung des Ziels hängen alle anderen Änderungen ab (Legalität, volle Unabhängigkeit von der Komintern)". „Folglich wäre es notwendig, prinzipiell zu entscheiden: Soll der Informationsdienst das Ziel haben: a) das EKKI zu informieren? b) mit seinen Publikationen Einfluß auf die Arbeiterpresse auszuüben? c) beide Aufgaben zu vereinen? Von der Entscheidung dieser Frage hängen meiner Meinung nach alle organisatorischen Fragen ab." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) Der Plan zur Einrichtung eines Informationsdienstes wurde nicht verwirklicht. *345*

373 Der hier veröffentlichte Entwurf steht auf einem Brief, den der stellvertretende Vorsitzende der Gesamtrussischen Tscheka J. S. Unschlicht an das ZK der KPR(B) geschrieben hatte und in dem es hieß: „Auf der letzten Tagung des Gesamtrussischen ZEK wurde beschlossen, in der Septembersitzung einen Bericht der Kommission zur Überprüfung des Volkskommissariats für Außenhandel entgegenzunehmen. Ich bitte um Ihre Meinung:

1. Soll man überhaupt einen solchen Bericht geben? 2. Wenn ja, dann in welcher Richtung?" (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Der Antrag W. I. Lenins wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 25. August 1921 angenommen. *345*

374 Dieser Antrag an das Politbüro des ZK der KPR(B) wurde im Zusammenhang mit einem Telegramm des Vorsitzenden des Sibirischen Revolutionskomitees I. N. Smirnow vom 26. August 1921 geschrieben, das die Mitteilung über die Verhaftung des Barons von Ungern enthielt.

Das Politbüro nahm den Antrag W. I. Lenins an.

Die Gerichtsverhandlung gegen Ungern fand am 15. September statt. Dabei wurden zahlreiche Verbrechen Ungerns und seiner Handlanger aufgedeckt: Nach der Eroberung von Urgu (heute Ulan-Bator) befahl er, alle Angestellten des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften und der Stadtverwaltung zu erschießen; auf seinen Befehl wurden friedliche Einwohner ausgeraubt, ermordet und die Stadt in Brand gesteckt. Das Gericht klärte die Verbindung des Barons Ungern mit chinesischen Militaristen und japanischen Interventen auf. Ungern wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. *346*

375 E. Vargas Entwurf „Die Organisierung der Information im EKKI" enthielt zwei Anlagen: „Anlage A – Instruktion über die Zusammenstellung der wirtschaftlichen und sozialen Berichte" und „Anlage B – Instruktion über die Zusammenstellung der Berichte über die politische Lage im Lande". Die erste Instruktion sah vor:

1. Ziel der Berichte – ein dynamisches Bild und eine Analyse der Entwicklung der revolutionären Bewegung im Lande zu vermitteln.

2. Vier Faktoren, die die revolutionäre Entwicklung kennzeichnen:

a) Kommunistische Partei – Triebkraft der revolutionären Bewegung;

b) Proletariat – revolutionäre Masse;

c) herrschende Klassen – Gegner;

d) kleinbürgerliche Mittelschichten.

Der Bericht soll die Gruppierung der Klassenkräfte zeigen.

3. Ausgangspunkt muß die Darlegung der ökonomischen Lage, der sozialen Lage des Proletariats und der Mittelschichten sein.

4. Der Bericht soll aus einem kurzen Überblick (5–10 Seiten) und einer ausführlichen Anlage dazu bestehen.

Die zweite Instruktion enthielt folgende Abschnitte (Teile): I. kommunistische Parteien; II. nichtkommunistische proletarische Parteien; III. bürgerliche Parteien; IV. Organisation der bewaffneten Kräfte.

In den dann von Lenin erwähnten §§ 3 und 4 von Teil I („kommunistische Parteien") in der Instruktion E. Vargas (Anlage B) war von legalen und illegalen Parteizellen, von der Verbreitung der Parteiliteratur, von Aufrufen, Broschüren, Büchern und von der Herausgabe illegaler Parteiliteratur die Rede. *348*

376 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschluß wurde am 2. September 1921 vom Politbüro angenommen. Am 3. September richtete Lenin einen Brief an den

Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern, in dem er darum bat, dafür zu sorgen, daß Angaben über die Spenden der europäischen Arbeiter für die Hungernden in Rußland zusammengetragen werden. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 53, Dokument 270.) Über die Art und Weise, wie die Ergebnisse der Geldsammlungen des internationalen Proletariats in der sowjetischen Presse veröffentlicht werden sollten, siehe ebenda, Dokument 345. *349*

377 Unter dem Deckmantel der Hilfeleistung für die hungernde Bevölkerung in Rußland hatten die Imperialisten eine „internationale Kommission" gegründet, die von Noulens, ehemaliger französischer Botschafter in Rußland und einer der führenden Organisatoren konterrevolutionärer Verschwörungen und der militärischen Intervention gegen das Sowjetland, geleitet wurde. Der Kommission gehörten ehemalige französische, englische und belgische Diplomaten sowie ausländische Eigentümer in Rußland nationalisierter Großbetriebe an. Am 4. September 1921 hatte Noulens' Kommission an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten ein Telegramm gerichtet, in dem sie für 30 Experten die Erlaubnis zur Einreise nach Sowjetrußland forderte, damit diese nach einem besonderen Programm an Ort und Stelle Untersuchungen anstellen könnten. In Wirklichkeit sah das Programm die Sammlung von Spionagematerial vor.

Am 6. September billigte das Politbüro des ZK der KPR(B) mit einigen Änderungen den nach W. I. Lenins Vorschlägen ausgearbeiteten Entwurf einer Note an Noulens. In der am 8. September in den „Iswestija WZIK" veröffentlichten Antwortnote des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß „die Kommission des Herrn Noulens an die Stelle der Hilfe für die Hungernden das Sammeln von Angaben über die innere Lage Sowjetrußlands gesetzt hat . . ., wobei dies unter Leitung von Leuten geschehen soll, die derartige Studien bereits getrieben haben, um ganz unverhohlen Aufruhr zu stiften und ausländischen Armeen den Vormarsch auf dem Territorium der Sowjetrepublik zu erleichtern" („Dokumente der Außenpolitik der UdSSR", Bd. IV, Moskau 1960, S. 309/310, russ.). Die Sowjetregierung verweigerte der Kommission kategorisch die Einreise. *351*

378 Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung, der Mißernte und der Notwendigkeit, der hungernden Bevölkerung zu helfen, nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) am 6. September 1921 den Beschluß über die Direktiven an das Volkskommissariat für Ernährungswesen mit den Ergänzungen W. I. Lenins an. Die Direktiven sahen eine Verringerung der Zahl der vom Staat zu versorgenden Personen ab Oktober 1921 sowie die Bildung eines Getreidefonds vor. *351*

379 Der Beschlußentwurf über die Verwendung des Goldfonds wurde am 14. September 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *351*

380 Der Entwurf W. I. Lenins wurde am 13. September 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. Punkt 4 wurde von Lenin gestrichen und fand im Beschluß des Politbüros keinen Niederschlag.

Die Frage des Verkaufs von Büchern wurde erneut in der Sitzung des Politbüros am 15. Oktober behandelt. Das Politbüro bestätigte seinen Beschluß vom 13. September und legte konkrete praktische Maßnahmen zu dessen Verwirklichung fest; besonderes Augenmerk galt dabei dem Kampf gegen das Eindringen sowjetfeindlicher Literatur aller Art in den Buchhandel. *352*

381 Der Entwurf wurde am 14. September 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *353*

382 Die Parteireinigung wurde gemäß der Resolution des X. Parteitags der KPR(B) „Zu Fragen des Parteiaufbaus" durchgeführt.

Die Parteireinigung war lange und sorgfältig vorbereitet worden. Am 21. Juni 1921 nahmen das ZK und die Zentrale Kontrollkommission den „Beschluß über die Überprüfung und Reinigung der Partei" an. (Siehe „Prawda" Nr. 146 vom 30. Juni 1921.) In ihm wurden die Termine für die Durchführung der Parteireinigung festgesetzt (vom 1. August bis 1. Oktober 1921), wurde als unerläßliche Bedingung für die Parteireinigung die Befragung von Werktätigen – sowohl von Kommunisten als auch von Parteilosen – über die zu überprüfenden Parteimitglieder verlangt und die Bildung örtlicher Überprüfungskommissionen festgelegt. Für die Dauer der Parteireinigung war die Aufnahme in die Partei gesperrt, außer für Arbeiter und Bauern, die keine fremde Arbeit ausbeuteten. Am 7. Juli bestätigte das Politbüro die Zentrale Kommission zur Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei, im ganzen Lande wurden örtliche Überprüfungskommissionen gebildet. Das ZK der Partei verfaßte einen Brief „An alle Parteiorganisationen. Über die Parteireinigung" (siehe „Prawda" Nr. 163 vom 27. Juli 1921) und erläuterte darin Aufgaben und Methoden der Reinigung. Das ZK empfahl, sich von folgenden Hinweisen leiten zu lassen: Arbeitern, was das Einreichen von Papieren, Beurteilungen u. ä. betrifft, weitgehend entgegenzukommen. Bei den Bauern streng zu unterscheiden zwischen Kulaken und ehrlichen werktätigen Bauern. Strengere Maßstäbe sind bei „kommissarisierten" Parteimitgliedern anzulegen, bei solchen, die mit irgendwelchen Privilegien verbundene Posten innehaben. Einer besonderen Überprüfung unterliegen ehemalige Beamte und Personen, die aus der bürgerlichen Intelligenz stammen. Der gründlichsten Überprüfung unterliegen frühere Mitglieder anderer Parteien, besonders ehemalige Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Der Beginn der Parteireinigung wurde auf den 15. August verlegt.

Die Parteireinigung dauerte bis zum XI. Parteitag der KPR(B). Im Ergebnis

wurden etwa 25% der Gesamtmitgliedschaft aus der Partei ausgeschlossen. Die Parteireinigung wirkte sich günstig auf die soziale Zusammensetzung der Partei aus, sie festigte die Disziplin, erhöhte die Autorität der Partei bei den parteilosen Arbeitern und Bauern und befreite die Partei von sie diskreditierenden Elementen. Die ideologische und organisatorische Geschlossenheit der Partei nahm zu. *353*

383 Dieser Hinweis W. I. Lenins fand seinen Niederschlag in Beschlüssen des ZK. In dem „Bericht des Zentralkomitees der KPR" für September 1921 wird darauf verwiesen, daß das ZK zwei Beschlüsse gefaßt hat, die die Vergabe von Empfehlungen für Mitglieder der KPR während der Überprüfung regeln. In dem ersten heißt es: „Empfehlungen dürfen nur solche Genossen geben, die den zu Empfehlenden mindestens ein Jahr kennen, sei es, weil sie mit ihm zusammen gearbeitet haben oder weil sie Gelegenheit hatten, seine Tätigkeit in einer Parteiorganisation zu beobachten." Der zweite Beschluß weist auf die Verantwortung der Empfehlenden für die empfohlenen Genossen hin. (Siehe „Iswestija ZK RKP(b)" Nr. 35 vom 1. Dezember 1921.) *354*

384 Im Jahre 1921 hatten einzelne Gruppen amerikanischer Arbeiter, die sich um die „Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands" zusammengeschlossen hatten, den Wunsch geäußert, nach Sowjetrußland zu fahren und dort am wirtschaftlichen Aufbau mitzuarbeiten. Ein beträchtlicher Teil dieser Arbeiter waren russische Emigranten, die noch vor der Oktoberrevolution nach Amerika ausgewandert waren.

Der Rat für Arbeit und Verteidigung beriet am 22. Juni 1921 über die industrielle Emigration aus Amerika und empfahl, „einzelne Industriebetriebe oder Gruppen von Betrieben durch ihre Übergabe an Gruppen amerikanischer Arbeiter und industriell entwickelter Bauern zu entwickeln, und zwar zu vertraglichen Bedingungen, die ihnen einen bestimmten Grad wirtschaftlicher Autonomie sichern" (Lenin-Sammelband XX, S. 202, russ.). Der Rat für Arbeit und Verteidigung erachtete es ebenfalls für notwendig, die Einwanderung von Arbeitern aus dem Ausland zu regulieren. Am 11. August 1921 wurde an die „Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands" ein von Lenin unterzeichnetes Telegramm gesandt. Darin hieß es: „Man muß die Schwierigkeiten berücksichtigen, die es in Rußland gibt und die überwunden werden müssen, Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung und andere. Wer nach Rußland kommt, muß darauf vorbereitet sein ... Es wäre gut, zuerst Delegierte zu schicken, die sich hier bei uns an Ort und Stelle die Ländereien und Waldgebiete, die Bergwerke, Fabriken usw. ansehen, die verpachtet werden sollen." („Dokumente der Außenpolitik der UdSSR", Bd. IV, Moskau 1960, S. 261, russ.)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1921 führte eine Gruppe amerikanischer Arbeiter unter Leitung des holländischen Ingenieurs und Kommunisten S. Rutgers, des bekannten Funktionärs der amerikanischen Arbeiterbewegung William Haywood und des amerikanischen Arbeiters Calvert mit der Sowjetregierung Verhandlungen darüber, dieser Gruppe einen Teil des Kusnezker Steinkohlenbeckens zur wirtschaftlichen Nutzung zu übergeben und dort eine Industriekolonie zu gründen. Am 19. September empfing Lenin Vertreter der amerikanischen Arbeiter und führte ein Gespräch mit ihnen. Es existiert eine von Lenin angefertigte Niederschrift dieses Gesprächs. (Siehe Lenin-Sammelband XXIII, S. 39, russ.) Den Entwurf der Verpflichtung schrieb Lenin im Zusammenhang mit diesem Gespräch. Über den Abschluß des Vertrags mit der Organisationsgruppe der amerikanischen Arbeiter (der Gruppe Rutgers) siehe den vorliegenden Band, S. 360. *354*

385 Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR G. W. Tschitscherin hatte dem Politbüro des ZK der KPR(B) in einem Schreiben vom 7. Oktober 1921 mitgeteilt, daß die Regierung der Fernöstlichen Republik das Politbüro um Stellungnahme zu folgenden Fragen bittet: 1. Ist die Anerkennung der Fernöstlichen Republik durch Japan und Amerika erwünscht, auch wenn sie nicht gleichzeitig die RSFSR anerkennen? 2. Sollen die Angebote von Ausländern, der Fernöstlichen Republik Staatsanleihen zu gewähren, angenommen werden? 3. Ist die Fernöstliche Republik formal oder auch dem Wesen nach eine selbständige und von der RSFSR unabhängige Republik? Nach Ansicht des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten sollten diese Fragen folgendermaßen beantwortet werden: 1. Die Anerkennung der Fernöstlichen Republik ist erwünscht, jedoch ohne vertragliche Fixierung der Struktur der Fernöstlichen Republik. 2. Auslandsanleihen sind von Nutzen, wenn die souveränen Rechte der Fernöstlichen Republik gewahrt bleiben. 3. Die Unabhängigkeit der Fernöstlichen Republik von der RSFSR ist nur als formal anzusehen.

Am 8. Oktober 1921 nahm das Politbüro den Vorschlag W. I. Lenins an.

Der von G. W. Tschitscherin vorgelegte Entwurf einer Direktive an die Fernöstliche Republik wurde am 10. Oktober 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) bestätigt. *355*

386 Dieser Vorschlag W. I. Lenins ging in den Beschluß ein, den die Plenartagung des ZK der KPR(B) am 8. Oktober 1921 zu einem Bericht W. M. Molotows über die statistische Erfassung der verantwortlichen Funktionäre und die Regeln für ihren Einsatz annahm. *356*

387 Der von W. I. Lenin eingebrachte Entwurf wurde am 10. Oktober 1921 zu einem Bericht Ch. G. Rakowskis, W. J. Tschubars und G. I. Petrowskis vom

Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. „In dieser Frage", heißt es in dem Bericht des ZK für Oktober/November 1921, „wurde allgemein auf ein äußerst behutsames und aufmerksames Verhalten in bezug auf die Belange der Bauern und ihre Heranziehung zur Unterstützung des Staates orientiert." („Iswestija ZK RKP(b)" Nr. 36 vom 15. Dezember 1921.) *356*

388 Dieser Beschlußentwurf wurde am 10. Oktober 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. Am 15. November bestätigte der Rat der Volkskommissare das Dekret „Über die Sozialversicherung von Personen, die Lohnarbeit leisten". (Siehe „Iswestija WZIK" Nr. 263 vom 23. November 1921.) *357*

389 Es handelt sich hier um Randbemerkungen W. I. Lenins in der Zeitung „Jushny Metallurg" (Jenakijewo) Nr. 1 vom 11. Oktober 1921. In der oberen linken Ecke der Zeitung steht folgender Vermerk Lenins: „Einen Teil nach Jusowka und einen Teil nach Debalzewo". *357*

390 Der vorliegende Brief wurde in Vorbereitung der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) geschrieben, in der die Frage des Abkommens mit der Gruppe amerikanischer Arbeiter und Ingenieure beraten werden sollte, die unter Leitung von S. Rutgers nach Rußland gekommen waren. (Siehe Anm. 384.)

Der Rat für Arbeit und Verteidigung hatte am 23. September 1921 den Vorschlag der Gruppe Rutgers, ihr das Nadeshdinsker Werk und mehrere Betriebe des Kusnezker Steinkohlenbeckens zur wirtschaftlichen Nutzung zu übergeben, erörtert und den Abschluß des Vertrags empfohlen. Er beauftragte eine Kommission aus Vertretern des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Volkskommissariats für Arbeit und des Volkskommissariats für Landwirtschaft mit der endgültigen Ausarbeitung der Vertragsbedingungen. W. I. Lenin nahm an den Verhandlungen mit der Gruppe Rutgers teil und machte eine Reihe von Vorschlägen zu den Vertragsbedingungen. (Siehe auch den vorliegenden Band, S. 360, 362/363, und 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 53, S. 260/261, 302/303.)

Das am 20. Oktober unterzeichnete Abkommen mit der Gruppe Rutgers wurde am 21. Oktober vom Rat für Arbeit und Verteidigung und am 25. Oktober vom Rat der Volkskommissare bestätigt. Im November schloß die Sowjetregierung den Vertrag mit dieser Gruppe ab. Laut Vertrag mußten die amerikanischen Arbeiter eine bestimmte Menge an Produktionsinstrumenten, Material und Lebensmitteln mitbringen, während die Sowjetregierung 300 000 Dollar zum Ankauf von Maschinen und Inventar im Ausland bewilligte. Auf der Grundlage dieses Vertrages wurde in einem Teil des Kusnezker Steinkohlenbeckens die „Autonome Industriekolonie ‚Kusbass'" gegründet, die direkt dem Rat für Arbeit und Verteidigung unterstand. *358*

391 Die Vorschläge W. I. Lenins bildeten die Grundlage für einen Beschluß des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 15. Oktober 1921 zu den Vorschlägen von Rutgers und für den Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung vom 17. Oktober 1921 „Über die Bedingungen des Abkommens mit der Gruppe Rutgers". *360*

392 Der von W. I. Lenin verfaßte Beschlußentwurf über den Einsatz A. G. Schljapnikows zur Arbeit im Ernährungswesen wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 14. Oktober 1921 angenommen. Das Politbüro nahm eine Stellungnahme der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Überprüfungskommission zu der Abkommandierung Schljapnikows entgegen und faßte am 27. Oktober folgenden Beschluß: „Die Frist für den Einsatz des Gen. Schljapnikow im Ernährungswesen wird auf zwei Monate vom Tage seiner Abfahrt an festgelegt." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Die *Zentrale Überprüfungskommission* war für die Dauer der Parteireinigung (siehe Anm. 382) gebildet worden. Sie bestand aus 5 Personen und hatte die Arbeit der örtlichen Überprüfungskommissionen anzuleiten. (Siehe „Prawda" Nr. 146 vom 30. Juni 1921.) *361*

393 Zwischen den führenden Funktionären der Bakuer Parteiorganisation und den zentralen Organisationen Aserbaidshans war es zu einigen Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung der Nationalitätenpolitik gekommen. In diesem Zusammenhang erteilte das ZK der KPR(B) den Parteifunktionären in Aserbaidshan die Weisung, den Eigenheiten der Lebensweise und der Mentalität der mohammedanischen Bevölkerung mit größtem Feingefühl zu begegnen. Das ZK forderte von allen Funktionären der Aserbaidshanischen Kommunistischen Partei, dies in ihrer gesamten Tätigkeit zu beachten, eine freundschaftliche Zusammenarbeit anzustreben und keinerlei Fraktionsbildung in der Parteiorganisation zu dulden. Lenins Vorschläge gingen in den am 15. Oktober 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommenen Beschluß ein.

Der weiter unten erwähnte von J. W. Stalin ausgearbeitete Entwurf einer Direktive über die Durchführung der Nationalitätenpolitik der Kommunistischen Partei in Aserbaidshan wurde am 17. Oktober vom Politbüro des ZK der KPR(B) bestätigt.

In Punkt 6 handelt es sich um einen Beschluß des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 3. Oktober 1921 darüber, daß keinerlei Verstöße der Bakuer Funktionäre gegen die Politik der Sowjetregierung in bezug auf Persien (Iran) zugelassen werden dürfen. *361*

394 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf wurde am 17. Oktober 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *362*

395 Der von W. I. Lenin verfaßte Beschlußentwurf wurde am 20. Oktober 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. Lenins Vorschläge gingen in das mit der Gruppe Rutgers unterzeichnete Abkommen ein. *362*

396 Die *ARA (American Relief Administration)*, eine amerikanische Hilfsorganisation, wurde 1919 zur Unterstützung der durch den ersten Weltkrieg in Not geratenen Bevölkerung gegründet. Vorsitzender der ARA war der bis 1917 eng mit dem russischen Kapital liierte Großkapitalist H. C. Hoover. Einige Mitarbeiter der ARA übten ihre Wohltätigkeit ehrlich und gewissenhaft aus. Im ganzen diente die ARA jedoch dazu, den Einfluß des amerikanischen Imperialismus auszudehnen und ihm zum Absatz von Ladenhütern zu verhelfen.

Am 18. Oktober 1921 wurde allen Mitgliedern des Politbüros der KPR(B) der Entwurf eines Abkommens mit der ARA über die Organisierung von Lebensmittelsendungen nach Rußland zur Stellungnahme zugeschickt. Auf dem Begleitschreiben befinden sich die Unterschriften der Mitglieder des Politbüros und ein Antrag J. W. Stalins, für den Transport der Sendungen von der Grenze bis zu den Verteilungsdepots sowie für die Lagerung Gebühren zu erheben, da es seiner Meinung nach um Handel und nicht um Wohltätigkeit ging. Die Bemerkung W. I. Lenins in der Klammer bezieht sich auf diesen Antrag. Der Entwurf des Abkommens mit der ARA wurde am 19. Oktober 1921 vom Politbüro bestätigt.

In Anbetracht der Hungersnot, die 1921 im Wolgagebiet und im Süden der Ukraine herrschte, nahm die Sowjetregierung die Hilfe der ARA an, wies aber ihre Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetrepublik einzumischen, zurück und stellte die Tätigkeit der ARA unter Kontrolle. Wie die folgenden Ereignisse zeigten, trieb der Apparat der ARA, der hauptsächlich aus Offizieren der amerikanischen Armee bestand, Spionage und unterstützte konterrevolutionäre Elemente. Im Juni 1923 wurde der Tätigkeit der ARA in der UdSSR ein Ende gesetzt. *364*

397 *Dąbal, Tomasz* – einer der Führer des linken Flügels der Polnischen Bauernpartei; trat 1922 der Kommunistischen Partei Polens bei. *Daszynski, Ignacy* – polnischer Politiker. Nach 1919 einer der Führer der PPS-„Prawica", 1920 Stellvertreter des Premierministers in der bürgerlich-gutsbesitzerlichen polnischen Regierung. Unterstützte später das faschistische Pilsudskiregime. *366*

398 Diesen Beschlußentwurf schrieb W. I. Lenin in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 20. Oktober 1921, in der ein Gesuch des Volkskommissariats für Finanzen behandelt wurde, Vertreter dieses Volkskommissariats mit beschließender Stimme in den Rat für Arbeit und Verteidigung sowie in die Gebiets- und Gouvernementswirtschaftsberatungen einzubeziehen. Das Politbüro lehnte das Gesuch ab und nahm den von W. I. Lenin vorgelegten

Beschlußentwurf an. Der letzte Satz ist im Manuskript gestrichen und wurde nicht in den Beschluß aufgenommen.

Die *Finanzkommission des ZK der KPR(B) und des Rats der Volkskommissare* war kurz nach dem X. Parteitag auf Vorschlag W. I. Lenins gebildet worden, um die mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik zusammenhängenden Fragen der Finanzpolitik auszuarbeiten. *366*

399 Die Frage der Produktion von Motorpflügen nach dem Fowler-System wurde vom Rat für Arbeit und Verteidigung wiederholt beraten. Das Kollegium der Abteilung Metall des Obersten Volkswirtschaftsrats, dem im Mai 1920 die Produktion dieser Pflüge übertragen worden war, hatte einen Plan aufgestellt, ohne die vorhandenen Metall- und Brennstoffressourcen zu berücksichtigen. Aber das außerordentliche Dreierkollegium, das gebildet worden war, um die gesamte Produktion der Pflüge zusammenzufassen, informierte weder den Rat für Arbeit und Verteidigung noch den Rat der Volkskommissare über den wirklichen Stand der Dinge.

Der vorliegende Beschlußentwurf wurde am 21. Oktober 1921 in der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung angenommen. Die Angelegenheit wurde dem Moskauer Militärtribunal zur Untersuchung übergeben. Anfang Januar 1922 erklärte es die gegen mehrere Mitarbeiter des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Volkskommissariats für Landwirtschaft erhobene Beschuldigung, sich zu den ihnen übertragenen Pflichten nicht ernst genug verhalten zu haben, für erwiesen. Jedoch in Anbetracht der Verdienste dieser Mitarbeiter bei der Wiederherstellung der Wirtschaft beschloß das Tribunal, sie nicht zu bestrafen. Auf Empfehlung des Moskauer Militärtribunals erteilte der Rat für Arbeit und Verteidigung dem Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats und dem Kollegium des Volkskommissariats für Landwirtschaft einen Verweis. Siehe hierzu auch W. I. Lenins Brief an P. A. Bogdanow vom 23. Dezember 1921 (Werke, Bd. 36, S. 545–547). *367*

400 Am 30. Juni 1921 hatte das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK die „Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 391–417) bestätigt. Aus diesem Anlaß richtete W. I. Lenin am 21. Juli an die Redaktionen der Zeitungen „Iswestija", „Prawda", „Ekonomitscheskaja Shisn" u. a. einen Brief mit der Weisung, man müsse „ausführlich die prinzipielle Bedeutung darlegen, die den örtlichen Wirtschaftsberatungen und einer öffentlichen Berichterstattung sowohl für die Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik schlechthin als auch für den richtigen wirtschaftlichen Aufbau zukommt" (5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 53, S. 52).

Als die ersten Berichte der örtlichen Institutionen eintrafen, warf Lenin die

Frage auf, wie diese Berichte studiert und ausgewertet werden müßten. Am 21. Oktober 1921 hielt er in der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung ein Referat über die Berichterstattung und die Diagramme für den Rat für Arbeit und Verteidigung und brachte den hier veröffentlichten Entschließungsentwurf ein. *367*

401 Wie W. A. Smoljaninow in seinen Erinnerungen schreibt, zog sich die Arbeit der Kommission in die Länge. „Wladimir Iljitsch interessierte sich sehr für die Ergebnisse der Arbeit unserer Kommission. Auf seinen Rat und Vorschlag wurde ein Entschließungsentwurf ausgearbeitet, den der Rat für Arbeit und Verteidigung am 21. November 1921 auch bestätigte. In dem Beschluß fanden alle Hinweise Wladimir Iljitschs ihren Niederschlag; besonderen Wert legte er darauf, in den Volkskommissariaten und sonstigen Institutionen Personen ausfindig zu machen, die wirkliches Interesse zeigten und die Bedeutung des Studiums der örtlichen Berichte begriffen hatten." („Erinnerungen an Wladimir Iljitsch Lenin", Bd. 4, Moskau 1969, S. 364/365, russ.) In der persönlichen Bibliothek W. I. Lenins befinden sich einige Dutzend Berichte von Gouvernementswirtschaftsberatungen. *368*

402 Am 27. Oktober 1921 wurde in der Sitzung des Politbüros über die Leitung der Baumwollindustrie beraten (es sprachen: P. A. Bogdanow, N. I. Lebedew, G. N. Melnitschanski, I. I. Kutusow). Das Politbüro nahm den von W. I. Lenin eingebrachten Beschlußentwurf an. Nach der endgültigen Überarbeitung wurden die Bestimmungen über die Leitung der Baumwollindustrie in der Sitzung des Politbüros am 3. November bestätigt. *368*

403 Ein Artikel unter dieser Überschrift wurde nicht geschrieben. *369*

404 Der Entwurf des Finanz- und des Emissionsplans für das Jahr 1922 wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare am 5. November 1921 beraten. Die Vorschläge W. I. Lenins bildeten die Grundlage für einen Beschluß, den der Rat der Volkskommissare zu dieser Frage annahm. Die Punkte 2, 4, 5 und 6 sind im Manuskript gestrichen und im Beschluß nicht enthalten. *371*

405 Der von W. I. Lenin verfaßte Entwurf ging in den Wortlaut des Beschlusses ein, den der Rat der Volkskommissare am 18. November 1921 zu dieser Frage annahm. Der Rat der Volkskommissare bestätigte „unter Vorbehalt die von der Finanzkommission vorgelegten Zahlen des Ausgabenteils des Budgets in ihrer Aufteilung auf die Volkskommissariate" und beauftragte die Volkskommissariate, „die Arbeit an der Aufstellung der Haushaltspläne so zu beschleunigen, daß sie zum 1. Dezember unbedingt abgeschlossen ist". Die Finanzkommission und die Staatliche Plankommission bekamen den Auftrag, „innerhalb einer Woche die Berechnung der Einnahmen in Geldform wie auch

in Form materieller Werte abzuschließen". (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *371*

406 Die mongolische Delegation war am 2. November 1921 in Moskau eingetroffen. Ziel der Verhandlungen war der Abschluß eines Vertrags zwischen der Regierung der RSFSR und der Volksregierung der Mongolei. Am 5. November 1921 wurde der Vertrag unterzeichnet. Er sah die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Mongolei vor. Beide Seiten verpflichteten sich, auf ihrem Territorium weder den Aufenthalt noch die Bildung von Gruppen, die gegenüber der anderen Seite eine feindliche Haltung einnehmen, zu dulden, und trafen Vereinbarungen über die Verfahrensweise bei der Ernennung von diplomatischen und konsularischen Vertretern, bei der Festlegung der Staatsgrenze usw. *372*

407 Die *I. Gesamtrussische Konferenz für kulturelle Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften* fand vom 26. September bis 1. Oktober 1921 in Moskau statt. An ihr nahmen 173 Delegierte teil, davon 119 Kommunisten. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Rechenschaftsberichte der Abteilung Kultur beim Gesamtrussischen Zentralrat der Gewerkschaften, des Volkskommissariats für Bildungswesen und seiner Hauptverwaltungen sowie des Proletkult; Berichte aus dem Donezbecken, aus Petrograd und Baku; die Kulturarbeit unter der Jugend. Die Konferenz wies Wege zur Verbesserung der politischen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik.

In der Frage der Beziehungen zum Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung vertrat die Konferenz einen falschen Standpunkt. Ihre Resolution „Rolle und Aufgaben der Kulturarbeit der Gewerkschaften" enthielt die Forderung, die Kulturarbeit der Gewerkschaften vom Einfluß des Hauptausschusses zu befreien. Diese Linie stand im Widerspruch zur Resolution des X. Parteitags der KPR(B) „Über den Hauptausschuß für politisch-kulturelle Aufklärung und die Agitations- und Propagandaaufgaben der Partei". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 550, russ.) Vgl. auch den vorliegenden Band, S. 211 und 218. *373*

408 W. I. Lenin meint die Resolution des II. Gesamtrussischen Kongresses der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung (17.–22. Oktober 1921) „Über die Berichte des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung". In dieser Resolution wurden die Beziehungen zwischen den Ausschüssen für politisch-kulturelle Aufklärung und den Kulturabteilungen der Gewerkschaften im Zentrum und draußen im Lande festgelegt. „Die Gewerkschaften", heißt es darin, „gleiten immer wieder zu dem ganz und gar falschen Standpunkt ab,

daß die Aufklärungsarbeit in all ihren Formen Sache der Gewerkschaften sein müsse und daß sie die Aufklärungsarbeit besser zu leisten vermögen als die Organe des Volkskommissariats für Bildungswesen.

Dieser Standpunkt ist nicht richtig und ergibt sich aus einer falschen Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaften. Von diesem Standpunkt aus käme man notwendigerweise zu dem Schluß, daß alle Funktionen des Staates und die Arbeit aller Volkskommissariate den Gewerkschaften zu übertragen sind." („II. Gesamtrussischer Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. Bulletin des Kongresses", Nr. 7, 24. Oktober 1921, russ.)

Die Resolution des Kongresses legte konkrete Maßnahmen fest zur Zusammenfassung der politisch-ideologischen und der kulturellen Aufklärungsarbeit des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung und der Kulturabteilung des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften. *373*

409 Das Politbüro des ZK der KPR(B) beschloß am 8. November 1921, die von Lenin vorgelegte Resolution als Grundlage anzunehmen. Entsprechend diesem Beschluß wurden die Bestimmungen über die Zusammenfassung der politischen Aufklärungsarbeit der Kulturabteilung des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und des Hauptausschusses für politisch-kulturelle Aufklärung ausgearbeitet. *374*

410 Die vorliegende Notiz wurde auf einen Brief G. W. Tschitscherins geschrieben, in dem dieser dem Politbüro des ZK der KPR(B) mitteilte, daß auf der Baltischen Wirtschaftskonferenz (sie fand vom 28. bis 31. Oktober 1921 in Riga statt) die Frage der Entnationalisierung des Außenhandels Sowjetrußlands aufgeworfen worden war. Der Leiter der Delegation der RSFSR auf der Konferenz, W. P. Miljutin, hatte zu dieser Frage einen Bericht vorgelegt, der an das Politbüro geschickt wurde. Miljutins Plan lief auf eine Liquidierung des Außenhandelsmonopols hinaus. Am 10. November lehnte das Politbüro auf W. I. Lenins Vorschlag den Antrag Miljutins ab. (Siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 361–364 und 441–445, sowie 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 44, S. 427–430.) *374*

411 Der von W. I. Lenin vorgelegte Beschlußentwurf über die Arbeit im Ernährungswesen der Ukraine wurde am 10. November 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *375*

412 Das Dokument entstand im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Dekrets des Rats der Volkskommissare „Über die Bestrafung für falsche Beschuldigungen". Das Dekret wurde am 24. November von W. I. Lenin unterzeichnet und am 1. Dezember 1921 in den „Iswestija WZIK" veröffentlicht. W. I. Lenins Ergänzungen wurden in das Dekret aufgenommen. (Siehe „Samm-

lung von Verordnungen und Verfügungen der Arbeiter-und-Bauern-Regierung", 1921, Nr. 77, S. 787, russ.) *375*

413 Das Dekret „Über die Einführung der Bezahlung für Zeitungen" wurde am 28. November 1921 vom Rat der Volkskommissare bestätigt. Diesem Dekret nach sollten sowohl Einzelpersonen, öffentliche Einrichtungen und gesellschaftliche Organisationen als auch staatliche Institutionen und Betriebe ohne Ausnahme Zeitungsgebühren bezahlen. W. I. Lenins Vorschlag wurde dem Punkt 8 des Dekrets zugrunde gelegt, der das Volkskommissariat für Bildungswesen verpflichtete, innerhalb von 2 Wochen eine Instruktion auszuarbeiten und zu veröffentlichen, wie die richtige Verteilung der Zeitungen über das Netz von Bildungseinrichtungen und die Versorgung der Werktätigen mit Zeitungen kontrolliert werden sollen. (Siehe „Iswestija WZIK" Nr. 275 vom 7. Dezember 1921.) *376*

414 W. I. Lenin meint einen Antrag, den er im Zusammenhang mit der Erörterung der Meinungsverschiedenheiten unter den leitenden Funktionären im Donezbecken in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) eingebracht hatte. *377*

415 W. I. Lenins Anträge zur ersten und zweiten Frage wurden am 27. November 1921 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *377*

416 Dieser Teil des Briefes stellte den Entwurf eines Beschlusses des Politbüros des ZK der KPR(B) dar. In dem Beschluß des Politbüros, der am 1. Dezember 1921 zu einer Mitteilung W. I. Lenins angenommen wurde, hieß es: „Genosse Zjurupa wird von seiner Funktion als Volkskommissar für Ernährungswesen befreit und zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung ernannt, mit beschließender Stimme im Rat für Arbeit und Verteidigung und im Rat der Volkskommissare und mit Bestätigung durch das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK in dieser Funktion." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

In der gleichen Formulierung wurde am 2. Dezember 1921 der Beschluß des Gesamtrussischen ZEK über die Ernennung A. D. Zjurupas zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Arbeit und Verteidigung angenommen. (Siehe „Iswestija WZIK" Nr. 272 vom 3. Dezember 1921.) *378*

417 Der *I. Landwirtschaftskongreß des Moskauer Gouvernements* fand vom 28. bis 30. November 1921 in Moskau (im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften) statt. Auf dem Kongreß waren mehr als 300 Delegierte, Bauern und Mitarbeiter landwirtschaftlicher Verwaltungsstellen, anwesend.

Vor den Kongreßteilnehmern sprachen der Stellvertreter des Volkskommissars für Landwirtschaft N. Ossinski (W. W. Obolenski) über die Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik in der Landwirtschaft und P. A. Mesjazew

über Formen der Flurregelung im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik. Die Reden lösten eine lebhafte Diskussion aus.

W. I. Lenins Rede auf dem Kongreß ist in Band 33 der Werke nach einem in Nr. 270 der „Prawda" vom 30. November 1921 veröffentlichten kurzen Zeitungsbericht wiedergegeben. Im vorliegenden Band wird sie nach dem Stenogramm wiedergegeben, dessen Text bedeutend umfangreicher ist als der Zeitungsbericht. *379*

418 Im Zusammenhang mit dem Übergang des Landes zum friedlichen wirtschaftlichen Aufbau schlug W. I. Lenin vor, die Gesamtrussische Tscheka zu reorganisieren. Am 1. Dezember 1921 beauftragte das Politbüro des ZK der KPR(B) eine Kommission, bestehend aus L. B. Kamenew, D. I. Kurski und F. E. Dzierzynski, diese Frage innerhalb von fünf Tagen unter folgenden Gesichtspunkten zu erörtern: „a) die Kompetenz der Gesamtrussischen Tscheka einzuengen; b) das Recht zu Verhaftungen einzuengen; c) die Frist für die Durchführung von Verfahren im allgemeinen auf einen Monat festzusetzen; d) die Gerichte zu verstärken; e) über eine Umbenennung zu beraten; f) eine allgemeine Richtlinie über eine Änderung im Sinne ernsthafter Milderungen vorzubereiten und über das Gesamtrussische ZEK durchzuführen." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Lenins Gedanken fanden ihren Niederschlag auch in dem „Beschluß über die Gesamtrussische Tscheka", der am 27. Dezember 1921 vom IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß angenommen wurde. Der Kongreß beauftragte das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK, „die Bestimmungen über die Gesamtrussische Tscheka und ihre Organe zu überprüfen im Hinblick auf ihre Reorganisation, die Einengung ihrer Kompetenz und die Verstärkung der Prinzipien der revolutionären Gesetzlichkeit" („Neunter Gesamtrussischer Sowjetkongreß. Stenografischer Bericht", 1922, S. 300, russ.). Das Politbüro des ZK der KPR(B) behandelte am 23. Januar 1922 die Frage der Umwandlung der Gesamtrussischen Tscheka in die Staatliche Politische Verwaltung (GPU) beim Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten und legte die Hauptaufgaben und -funktionen der GPU fest. Am 6. Februar nahm das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK den Beschluß über die Reorganisation der Gesamtrussischen Tscheka an. (Siehe „Iswestija WZIK" Nr. 30 vom 8. Februar 1922.)

In Punkt drei des hier veröffentlichten Rohentwurfs ist die Frist für die Durchführung von Gerichtsverfahren gemeint. *383*

419 Der Beschlußentwurf wurde im Zusammenhang mit der Erörterung der Einheitsfronttaktik im Politbüro des ZK der KPR(B) am 1. Dezember 1921 geschrieben. W. I. Lenins Vorschläge wurden angenommen. Sie liegen den vom Exekutivkomitee der Komintern ausgearbeiteten „Leitsätzen über die Einheits-

front der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der II., der II½. und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die die anarchosyndikalistischen Organisationen unterstützen" zugrunde. W. I. Lenins Bemerkungen zu den Leitsätzen über die Einheitsfront (siehe den vorliegenden Band, S. 384/385) wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die Leitsätze wurden 1921 in der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale" Nr. 20 veröffentlicht. Die XI. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B) (19.–21. Dezember 1921) schloß sich diesen Leitsätzen an. Die erste Tagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale (21. Februar–4. März 1922) und der IV. Kongreß der Komintern erörterten und bestätigten die Leitsätze.

Im Zusammenhang mit dem Auftrag für N. I. Bucharin, einen Artikel über die Erfahrungen der KPR(B) zu schreiben, verfaßte W. I. Lenin die „Bemerkungen zur Geschichte der KPR". (Siehe Werke, Bd. 36, S. 541–543.) *383*

420 Es handelt sich um den von der Staatlichen Plankommission vorbereiteten Entwurf eines Beschlusses des Rats für Arbeit und Verteidigung über die Auflösung der Kommission für die Nutzbarmachung materieller Ressourcen beim Rat für Arbeit und Verteidigung.

In den §§ 2 und 3 des Entwurfs der Staatlichen Plankommission wurde darauf hingewiesen, daß die Plankommissionen des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Volkskommissariats für Ernährungswesen jeweils die Pläne für die Verteilung der Erzeugnisse der staatlichen Industriebetriebe und für die Verteilung der Lebensmittelressourcen vorzubereiten haben, während es der Staatlichen Plankommission obliegt, diese Pläne zu einem Gesamtplan für die Verteilung der materiellen Ressourcen zusammenzufassen und ihn dem Rat für Arbeit und Verteidigung vorzulegen. In § 5 waren die Termine und die Verfahrensweise für die Auflösung der Kommission festgelegt.

W. I. Lenins Antrag wurde in der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung am 2. Dezember 1921 angenommen. Der von der Staatlichen Plankommission überarbeitete Beschlußentwurf über die Kommission für die Nutzbarmachung materieller Ressourcen wurde am 16. Dezember vom Rat für Arbeit und Verteidigung bestätigt. *383*

421 W. I. Lenin hatte den Entwurf im Zusammenhang damit geschrieben, daß in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 5. Dezember 1921 eine Beschwerde des Obersten Volkswirtschaftsrats über einen Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung behandelt wurde. Dieser Beschluß sah die Übergabe der Mühlen aus der Kompetenz des Obersten Volkswirtschaftsrats in die des Volkskommissariats für Ernährungswesen vor. Das Politbüro bestätigte den Beschluß des Rats für Arbeit und Verteidigung und empfahl dem Kleinen

Rat der Volkskommissare, die von W. I. Lenin eingebrachten ergänzenden Bemerkungen anzunehmen. *384*

422 Siehe Anm. 419. *385*

423 Der *Propaganda- und Aktionsrat der Völker des Ostens* war auf dem I. Kongreß der Völker des Ostens, der im September 1920 in Baku stattfand, gewählt worden. Der Rat stellte sich die Aufgabe, die Befreiungsbewegung der Völker des Ostens zu unterstützen und zu vereinen. *385*

424 Die hier veröffentlichten Bemerkungen W. I. Lenins zum Entwurf der Resolution der XI. Parteikonferenz der KPR(B) über die Parteireinigung wurden von der Kommission zur Ausarbeitung der Resolution berücksichtigt.

Die Konferenz erörterte die Ergebnisse der Parteireinigung und nahm eine Resolution „Über die Festigung der Partei, ausgehend von den Erfahrungen bei der Überprüfung ihres Mitgliederbestandes" an, die dann auf einer Beratung der Gebietskomitees, der Gebietsbüros und der Gouvernementskomitees der KPR endgültig ausgearbeitet und vom ZK und dem XI. Parteitag bestätigt wurde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 597/598, russ.) *386*

425 Der *IX. Gesamtrussische Sowjetkongreß* tagte vom 23. bis 28. Dezember 1921 in Moskau. Es waren 1993 Delegierte anwesend, davon 1850 Kommunisten und 139 Parteilose.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen 13 Punkte. Lenin erstattete den Rechenschaftsbericht des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare über die Innen- und Außenpolitik der Republik. Der Kongreß nahm eine Deklaration über die internationale Lage der RSFSR an, die auf Grund der Hinweise W. I. Lenins abgefaßt war. Ferner nahm er die von Lenin verfaßte „Direktive für die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet" an und faßte Beschlüsse zu den wichtigsten Fragen der Industrie und Landwirtschaft.

W. I. Lenin leistete eine umfangreiche Arbeit bei der Vorbereitung des IX. Sowjetkongresses und leitete dessen Arbeit. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 123–166.)

Auf der *Beratung parteiloser Delegierter*, die am Abend des 26. Dezember 1921 stattfand, wurden zwei Fragen behandelt: die Arbeits- und Spanndienstauflage (Referent war der Vertreter des Volkskommissariats für Arbeit, Lemberg) und die Bodenfrage. Die Beratung wurde von M. I. Kalinin geleitet. Lenin fertigte auf der Beratung kurze Aufzeichnungen von den Reden an. (Siehe Lenin-Sammelband XXIII, S. 292–294, 297/298, russ.) *387*

426 Die *Holzbeschaffungskomitees der Eisenbahn* leiteten die Beschaffung von Brennholz für Industriebetriebe und Eisenbahnen und seinen Abtransport zu den Bahnstationen. *388*

427 M. I. Kalinin hatte erwähnt, daß an Stelle von 5 jetzt 20 parteilose Bauern in das ZEK gewählt würden, und dazu bemerkt: „Da meinen Genossen, daß wir nach dem Bart wählen. Entschuldigen Sie, Genossen, aber für den Bauern hat der Bart eine wichtige Bedeutung. Ein Bauer mit Bart hat auch seine bestimmte Mentalität und seine bestimmten Gedanken. Dafür ein treffendes Beispiel: Neben mir sitzt der Bauer Petruschkin, da sagt Genosse Lenin: ‚Ich werde alle Gebetbücher nehmen und sie verbrennen.' Nun möchte ich die Meinung eines Parteilosen wissen und frage Petruschkin, was die Bauern dazu sagen werden, wenn ich die Gebetbücher verbrenne. Er wird sagen: Hol sie der Teufel, sollen sie verbrennen! Er ist jung; nehme ich aber einen mit Bart und frage ihn, so wird er sagen, daß man abwarten muß. Für uns hat das große Bedeutung." („Istoritscheski Archiw" Nr. 2, 1962, S. 76, russ.) *390*

428 Mit der Niederschrift des *„Entwurfs der Thesen über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik"* begann W. I. Lenin unmittelbar nach dem Plenum des ZK der KPR(B) am 28. Dezember 1921. Dieser Entwurf wurde von den Mitgliedern der Kommission (A. A. Andrejew und J. E. Rudsutak) und Mitgliedern des Politbüros beraten, wobei verschiedene Änderungen und Ergänzungen an dem Entwurf vorgenommen wurden. Am 12. Januar 1922 behandelte das Politbüro des ZK der KPR(B) den Thesenentwurf in seiner Sitzung und beschloß: „Der von Gen. Lenin vorgelegte Wortlaut der Thesen wird als Grundlage angenommen ... Die Thesen werden mit allen Abänderungsvorschlägen einer Redaktionskommission, bestehend aus den Genossen Lenin, Sinowjew, Andrejew und Bucharin, überwiesen, die sie endgültig zu bestätigen und im Namen des ZK zu veröffentlichen hat. Dabei ist auf die Unterstützung der Thesen durch das Büro der Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften hinzuweisen." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Der endgültige Wortlaut der Thesen wurde am 17. Januar 1922 in der „Prawda" als Beschluß des ZK der KPR(B) veröffentlicht, der den Thesenentwurf des ZK zur Gewerkschaftsfrage für den XI. Parteitag bildete. Der XI. Parteitag der KPR(B) nahm die vom ZK vorgelegten Thesen als Grundlage an; während der Diskussion in der Kommission wurden einige Änderungen vorgenommen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 603–612, russ.)

Der endgültige Wortlaut des Beschlusses des ZK der KPR(B) „Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik" ist in Band 33 der Werke W. I. Lenins, S. 169

bis 181, enthalten. Im vorliegenden Band wird der Leninsche Entwurf der Thesen veröffentlicht. *391*

429 In der „Prawda“ vom 3. Januar 1922 war in der Rubrik „Chronik“ eine Notiz „Zum Selbstmord des Ingenieurs Oldenborger“ erschienen. Darin hieß es: „Im Einvernehmen mit dem Moskauer Komitee der KPR hat der Moskauer Sowjet eine Sonderkommission zur Untersuchung der Gründe für den Selbstmord des Oberingenieurs der Moskauer Wasserwerke, W. W. Oldenborger, eingesetzt. Diese Kommission ist zu der Überzeugung gelangt, daß der Verstorbene nicht nur ein hochqualifizierter Spezialist, sondern auch voll und ganz seiner Sache ergeben war. Der Grund für den Selbstmord ist in den schweren Bedingungen zu suchen, die Oldenborger in seiner tagtäglichen Arbeit behinderten. Einige Mitglieder des außerordentlichen Dreierkollegiums der Wasserwerke erschwerten und komplizierten die laufende Arbeit aufs äußerste, statt zur Verbesserung der Lage in den Moskauer Wasserwerken beizutragen; der Oberinspektor des Volkskommissariats der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, Ingenieur Semjonow, ein Mitglied dieses Dreierkollegiums, verhielt sich Oldenborger gegenüber grob, schikanös und bürokratisch; der Oberinspektor Makarow-Semljanski, ebenfalls vom Volkskommissariat der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion und ehemaliger Büroangestellter der Wasserwerke, hetzte ständig gegen Oldenborger, und die Arbeiter Jelagin und Merkulow gaben Oldenborger grundlos die Schuld an dem technischen Durcheinander in den Wasserwerken und an dem schlechten Verhältnis der Angestellten zur Parteizelle. All das mußte sich auf den Gemütszustand des Verstorbenen auswirken. Die Kommission kam zu dem Schluß, daß ein Verbleiben Makarow-Semljanskis nicht nur in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, sondern überhaupt in einer sowjetischen Institution untragbar ist, da er sich bei der Sowjetmacht angebiedert hat, ein Intrigant ist und bei den Angestellten und Arbeitern der Wasserwerke im Ruf eines unehrlichen Menschen steht. Ebenso erklärte die Kommission eine weitere Mitarbeit des Oberingenieurs Semjonow in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion sowie jedwede Beziehung von ihm zu den Moskauer Wasserwerken für unzulässig. Ferner wurde die Entlassung Jelagins und Merkulows aus den Wasserwerken und ihre Versetzung in einen anderen Betrieb für notwendig erachtet.“

Siehe hierzu auch den vorliegenden Band, S. 404. *401*

430 Anlaß zu W. I. Lenins Antrag, eine Kommission zur Überprüfung und Erneuerung der leitenden Gewerkschaftskader zu bilden, war der Umstand, daß sich unter ihnen zahlreiche ehemalige Menschewiki und Sozialrevolutionäre befanden, sowie die Notwendigkeit, entsprechend der Resolution der XI. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) „Über die Festigung der Partei, aus-

gehend von den Erfahrungen bei der Überprüfung ihres Mitgliederbestandes" die erforderliche Dauer der Parteizugehörigkeit für leitende Gewerkschaftsfunktionäre heraufzusetzen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 596, russ.)

Das Politbüro des ZK der KPR(B) nahm den Antrag W. I. Lenins an; am 20. Januar 1922 wurde eine Kommission gebildet, der M. P. Tomski, A. A. Andrejew und S. I. Syrzow angehörten. Über die Ergebnisse ihrer Arbeit erstattete die Kommission dem XI. Parteitag der KPR(B) Bericht. (Siehe „Elfter Parteitag der KPR(B). Stenografischer Bericht", 1961, S. 246–252, russ.) *403*

431 Diese Beschlußentwürfe wurden vom Politbüro des ZK der KPR(B) in seiner Sitzung am 5. Januar 1922 angenommen.

Die Verhandlung über den Selbstmord W. W. Oldenborgers fand vom 8. bis 14. März 1922 vor dem Obersten Tribunal beim Gesamtrussischen ZEK statt. Das Tribunal verurteilte die Angeklagten zu unterschiedlichen Strafen. *404*

432 Über die Erhöhung der Kredite für den Bau von Funkanlagen wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 20. Januar 1922 beraten. Das Politbüro erklärte sich mit dem Vorschlag Lenins einverstanden und bestätigte das Gutachten des Volkskommissariats für Finanzen zu dieser Frage. *405*

433 Im Namen des Leiters der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare wurde dieses Dokument am 27. Januar 1922 an das Volkskommissariat für Bildungswesen geschickt mit dem Bemerken: „Ich übermittle Ihnen als Richtlinie eine Direktive Wladimir Iljitschs über das Filmwesen." Das Volkskommissariat für Bildungswesen wurde beauftragt: „1. Auf der Grundlage dieser Direktive ein Aktionsprogramm auszuarbeiten und es unverzüglich der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare zum Vortrag bei Wladimir Iljitsch zuzustellen. 2. Nach einem Monat der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare einen Bericht darüber vorzulegen, was real zur Durchführung dieser Direktive getan wurde und welche Ergebnisse erzielt wurden. 3. Unverzüglich mitzuteilen, welche Funktionen nach Erlaß des letzten Beschlusses des Rats für Arbeit und Verteidigung über das Filmwesen beim Volkskommissariat für Bildungswesen verblieben sind und wem die unmittelbare Anleitung zur Erfüllung dieser Funktionen obliegt." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

In einem Gespräch mit A. W. Lunatscharski im Februar 1922 betonte W. I. Lenin noch einmal, daß unbedingt eine bestimmte Proportion zwischen Unterhaltungsfilmen und wissenschaftlichen Filmen hergestellt werden müsse. Wladimir Iljitsch, schreibt A. W. Lunatscharski in seinen Erinnerungen, sagte, daß

man die Produktion neuer Filme, die von kommunistischen Ideen erfüllt sind und die sowjetische Wirklichkeit widerspiegeln, mit einer Wochenschau beginnen müsse, und daß nach seiner Meinung die Zeit für die Produktion solcher Filme vielleicht noch nicht gekommen sei. „Wenn Sie eine gute Wochenschau mit ernsten und aufklärenden Streifen haben, dann fällt es nicht so sehr ins Gewicht, wenn daneben, um das Publikum anzuziehen, irgendein nutzloser Film läuft, mehr oder weniger vom üblichen Genre. Natürlich brauchen wir trotzdem eine Zensur. Konterrevolutionäre und unsittliche Filme darf es nicht geben." Und Wladimir Iljitsch fügte hinzu: „In dem Maße, wie Sie durch richtiges Wirtschaften auf die Beine kommen und vielleicht bei einer allgemeinen Verbesserung der Situation im Lande einen bestimmten Zuschuß erhalten, müssen Sie die Filmproduktion breiter entfalten und vor allen Dingen gute, gesunde Filme unter die Massen bringen, sowohl in der Stadt, mehr aber noch auf dem Lande... Sie müssen ständig dessen eingedenk sein, daß für uns von allen Künsten die Filmkunst die wichtigste ist." *406*

434 W. I. Lenins Antrag über eine Reise M. I. Kalinins in die Ukraine wurde am 28. Januar vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. M. I. Kalinin unternahm die Reise mit dem Agitationszug „Oktoberrevolution" vom 7. bis 18. Februar und vom 5. bis 18. März 1922 über folgende Route: Poltawa – Mirgorod – Kiew – Belaja Zerkow – Krementschug – Odessa – Shmerinka – Kamenez-Podolsk – Winniza – Berditschew – Shitomir. *406*

435 Es handelt sich um den Artikel „Der IX. Sowjetkongreß und die Bauernschaft", der am 27. Januar 1922 mit der Unterschrift „Ein Parteiloser" in der „Prawda" erschienen war. Der Verfasser des Artikels entwickelte darin einen Plan, die Beschlüsse des IX. Gesamtrussischen Sowjetkongresses zu Fragen der Landwirtschaft unter den Bauern zu popularisieren. W. I. Lenins Antrag wurde am 28. Januar 1922 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *407*

436 Die Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz, auf der alle Fragen der Herstellung des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa, darunter auch die Frage der russischen Schulden, behandelt werden sollten, ging von der Sowjetregierung aus, die sich am 28. Oktober 1921 mit einer entsprechenden Note an England, Italien, die USA, Frankreich und Japan gewandt hatte. (Vgl. 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 44, S. 185–188.) Am 6. Januar 1922 faßte der Oberste Rat der Ententeländer auf der Konferenz in Cannes (Frankreich) den Beschluß, eine internationale Wirtschafts- und Finanzkonferenz nach Genua einzuberufen. Mit dem Beschluß über die Einladung Sowjetrußlands zu der Konferenz hofften die Alliierten, von der Sowjetregierung eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Zugeständnisse erzwingen und gleichzeitig Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland aufnehmen zu können.

Am 27. Januar wurde auf einer Außerordentlichen Tagung des Gesamtrussischen ZEK die sowjetische Delegation zur Genuakonferenz gewählt. W. I. Lenin wurde zum Leiter der Delegation ernannt und G. W. Tschitscherin zum Stellvertreter „mit allen Rechten des Delegationsleiters für den Fall, daß die Umstände die Reise des Genossen Lenin zur Konferenz unmöglich machen". Der Delegation gehörten L. B. Krassin, M. M. Litwinow, N. N. Narimanow, W. W. Worowski, J. E. Rudsutak u. a. an. Aus Besorgnis um Leben und Sicherheit Lenins faßte das ZK der KPR(B) einen besonderen Beschluß, dem zufolge W. I. Lenin die Vollmachten des Delegationsleiters G. W. Tschitscherin übertrug.

Lenin leitete dennoch faktisch die Arbeit der Delegation, arbeitete die Direktiven des ZK der Partei für die sowjetische Delegation und andere mit der Teilnahme Sowjetrußlands an der Genuakonferenz zusammenhängende wichtige Dokumente aus. (Siehe den vorliegenden Band, S. 412/413, 414–416, 421–423, 430/431, und 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 44 und Bd. 45.)

Die *Genuakonferenz* fand vom 10. April bis 19. Mai 1922 statt. An ihr nahmen Vertreter aus 29 Ländern teil. In einer von W. I. Lenin befürworteten und vom Rat der Volkskommissare bestätigten Erklärung der sowjetischen Delegation hieß es: „Die russische Delegation, die die Prinzipien des Kommunismus vertritt, erkennt an, daß in der heutigen historischen Epoche, die ein Nebeneinander der alten und der entstehenden neuen sozialen Ordnung ermöglicht, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die diese beiden Eigentumssysteme vertreten, für den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau von zwingender Notwendigkeit ist." („Handbuch der Verträge 1871–1964", Berlin 1968, S. 225.)

Die Genuakonferenz löste die ihr gestellten Aufgaben nicht. Die sowjetische Delegation wies die Versuche der imperialistischen Mächte, Sowjetrußland ein Kolonialregime aufzuzwingen (Kontrolle über die sowjetischen Finanzen usw.), entschieden zurück. Mit ihren Vorschlägen an die Konferenzteilnehmer, über eine allgemeine Rüstungseinschränkung und das Verbot der barbarischsten Kampfmittel (Giftgas, Luftangriffe) zu verhandeln, zeigte die sowjetische Delegation der ganzen Welt den friedliebenden Charakter der sowjetischen Außenpolitik. *408*

437 Lenin meint die zu Beginn der zwanziger Jahre von der englischen Regierung unter Lloyd George betriebene Politik, gewisse Zugeständnisse zu machen, um die revolutionäre nationale Befreiungsbewegung in Irland und Ägypten zu ersticken.

Nach langem, erbittertem Kampf des irischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit war am 6. Dezember 1921 ein englisch-irischer Vertrag abgeschlossen worden. Der Vertrag sah die Bildung eines Dominions, des „Irischen

Freistaats", im Rahmen des Britischen Reiches vor. Die sechs nordöstlichen Grafschaften, die den industriell am weitesten entwickelten Teil Irlands bildeten, wurden jedoch von Irland abgetrennt und blieben bei Großbritannien.

Nach Niederwerfung des Aufstands des ägyptischen Volkes gegen die englische Herrschaft im Dezember 1921 sah sich die englische Regierung im Februar 1922 gezwungen, das Protektorat über Ägypten aufzuheben und Ägypten zum „unabhängigen Königreich" zu erklären. Die „Unabhängigkeit" Ägyptens war aber nur formal, denn die englische Okkupation ganz Ägyptens, die englische Kontrolle in der Suezkanalzone, die Herrschaft Englands im Anglo-Ägyptischen Sudan u. a. blieben bestehen. *410*

438 Es handelt sich um die Konferenz der Vertreter der II., $II^1/_2$. und III. Internationale, die vom 2. bis 5. April 1922 in Berlin stattfand. Die Vertreter der II. und $II^1/_2$. Internationale kamen zu der Konferenz unter dem Druck der Arbeiter, die die Aktionseinheit im Kampf gegen das Kapital forderten. Die Konferenz erließ einen Aufruf an das internationale Proletariat, am 20. April oder am 1. Mai gemeinsame Demonstrationen für den Achtstundentag, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Offensive des Kapitals, für die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland sowie für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zu veranstalten.

Dem Vorschlag der KI-Delegation, einen Arbeiterweltkongreß einzuberufen, wichen die Vertreter der II. und $II^1/_2$. Internationale aus. Diese Frage wurde der auf der Konferenz gebildeten Neunerkommission, die sich aus je drei Vertretern der drei Internationalen zusammensetzte, zur Prüfung übergeben. Am 23. Mai erklärte sich die II. Internationale offen gegen die Einberufung eines Arbeiterweltkongresses und sprengte damit die Neunerkommission.

Die Vertreter der II. Internationale versuchten auf der Konferenz, faktisch unterstützt von der Delegation der $II^1/_2$. Internationale, der Delegation der Komintern unannehmbare Bedingungen aufzuzwingen: Lostrennung Georgiens vom Sowjetstaat, Verzicht auf die Bildung kommunistischer Zellen in den proletarischen Massenorganisationen, Freilassung der politischen Verbrecher. Die Delegation der Komintern (N. I. Bucharin, Karl Radek, Clara Zetkin) wies diese Forderungen zurück, nahm aber die Bedingung an, daß die Sowjetmacht in der Strafsache gegen die rechten Sozialrevolutionäre nicht die Todesstrafe verhängen und Vertretern der II. und $II^1/_2$. Internationale die Anwesenheit bei der Gerichtsverhandlung erlauben würde. In seinem Artikel „Wir haben zu teuer bezahlt" unterzog W. I. Lenin diese Zugeständnisse einer scharfen Kritik. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 316–320.) *411*

439 *„Smena Wech"* (Wechsel der Wegzeichen) – Wochenschrift, die von einer Gruppe weißgardistischer Emigranten aus der Intelligenz von Oktober 1921

bis März 1922 in Paris herausgegeben wurde. Die gleiche Gruppe gab im Juli 1921 in Prag den Sammelband „Smena Wech" heraus. Um den Sammelband und die Zeitschrift gruppierte sich eine gesellschaftlich-politische Strömung, deren soziale Grundlage eine gewisse Belebung kapitalistischer Elemente im Zusammenhang mit der Einführung der NÖP in Sowjetrußland bildete. Die „Smena-Wech"-Leute betrachteten den Übergang zur NÖP als Evolution der Sowjetmacht in Richtung auf die Wiederherstellung des Kapitalismus. Sie traten für die Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht ein, weil sie mit einer bürgerlichen Entartung des Sowjetstaates rechneten. Ein Teil der „Smena-Wech"-Leute brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, ehrlich mit der Sowjetmacht zusammenzuarbeiten und bei der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Landes mitzuwirken.

Die XII. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B) (4.–7. August 1922) stellte in der Resolution „Über die antisowjetischen Parteien und Strömungen" fest: „*Die sogenannte ,Smena-Wech'-Strömung spielte bisher und kann auch weiterhin* eine objektiv fortschrittliche Rolle spielen. Sie vereinigte und vereinigt die Gruppen von Emigranten und aus der russischen Intelligenz, die sich mit der Sowjetmacht ,ausgesöhnt' haben und bereit sind, mit ihr für die Wiedergeburt des Landes zu arbeiten. *Insofern* verdiente und verdient die ,Smena-Wech'-Richtung weiterhin, daß man sich ihr gegenüber positiv verhält. Gleichzeitig aber darf nicht eine Minute außer acht gelassen werden, daß auch in der ,Smena-Wech'-Strömung in starkem Maße bürgerliche Restaurationstendenzen vorhanden sind, daß die ,Smena-Wech'-Leute ebenso wie die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre darauf hoffen, daß den wirtschaftlichen Zugeständnissen politische Zugeständnisse in Richtung auf die bürgerliche Demokratie folgen werden usw." („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 671, russ.) Die Mehrzahl der „Smena-Wech"-Leute nahm in der Folgezeit offen konterrevolutionäre Positionen ein. Siehe hierzu auch W. I. Lenins Einschätzung im Bericht des ZK der KPR(B) an den XI. Parteitag (Werke, Bd. 33, S. 272–274). *412*

440 W. I. Lenins Schreiben an das Politbüro des ZK der KPR(B) war veranlaßt durch ein am 2. Februar 1922 in den „Iswestija WZIK" veröffentlichtes Telegramm aus Warschau, in dem der Inhalt von Parvus' Broschüre „Der wirtschaftliche Rettungsweg" dargelegt wurde. Parvus verteidigte darin die Eroberungspläne des deutschen Imperialismus im Osten, die Pläne der kolonialen Versklavung der Völker Sowjetrußlands.

Lenins Antrag wurde am 8. Februar vom Politbüro angenommen. Nach eingehender Untersuchung faßte das Politbüro am 11. März 1922 einen Beschluß zu dieser Frage. (Siehe das folgende Dokument.) *413*

441 Die im vorliegenden Dokument enthaltenen Ergänzungen zu den Direktiven des ZK für die Delegation auf der Konferenz von Genua wurden am 8. Februar 1922 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *414*

442 *„Kooperatiwnoje Delo"* (Das Genossenschaftswesen) – Tageszeitung für Sozialökonomie, Genossenschaftswesen und Handel; Organ des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften. Chefredakteur des „Kooperatiwnoje Delo" war N. L. Meschtscherjakow. Die erste Nummer der Zeitung erschien am 1. Februar 1922.

W. I. Lenins Vorschlag (siehe das folgende Dokument) wurde am 15. Februar 1922 in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) erörtert. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Redaktion der Zeitung ‚Kooperatiwnoje Delo' wird angewiesen, dem Politbüro innerhalb von drei Tagen schriftliche Erläuterungen zur Herausgabe der Zeitung ‚Kooperatiwnoje Delo', über ihren Charakter, das Redaktionskollegium und die Mitarbeiter einzureichen." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) Am 22. Februar wurde die Frage erneut behandelt. Es wurde festgelegt, die Schließung der Zeitung um zwei Wochen zu verschieben. Endgültig wurde die Frage im Mai entschieden: Die Zeitung „Kooperatiwnoje Delo" wurde in eine Wochenschrift umgewandelt. *417*

443 Die erste Tagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale fand vom 21. Februar bis 4. März 1922 in Moskau statt. An der Tagung nahmen 105 Delegierte aus 36 Ländern teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Einheitsfronttaktik. Außerdem nahm die Tagung einen Bericht über die Lage in den einzelnen Sektionen der KI entgegen.

Die Tagung nahm Thesen über den Kampf gegen den Krieg und die Kriegsgefahr an, weiterhin Thesen zur Neuen Ökonomischen Politik, einen Beschluß über die Einheitsfronttaktik und eine Resolution über die Teilnahme der Komintern an der geplanten Konferenz der drei Internationalen sowie eine Reihe anderer Dokumente.

W. I. Lenin konnte aus gesundheitlichen Gründen an der Tagung nicht teilnehmen. Er war jedoch aktiv an der Vorbereitung der Tagung beteiligt und hatte die Taktik der Delegation der Komintern für die Konferenz der drei Internationalen ausgearbeitet. (Siehe den vorliegenden Band, S. 411/412, 426/427 u. a.)

Am 23. Februar 1922 nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) die Abänderungsvorschläge Lenins zum Resolutionsentwurf über die Teilnahme an der Konferenz der drei Internationalen an.

Am 4. März 1922 bestätigte die erste Tagung der Erweiterten Exekutive der KI die Resolution über die Teilnahme an der Konferenz der drei Internationalen. *419*

444 Am 28. Februar 1922 nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) den von W. I. Lenin eingebrachten Beschlußentwurf mit folgender Ergänzung J. W. Stalins an: „1. Die Frage der *Anerkennung der Sowjetmacht* ist nicht zu Beginn, sondern am Schluß der Konferenz zu stellen (nachdem alles unternommen wurde, um zu einem Wirtschaftsabkommen zu gelangen), und dann ist daraus kein Ultimatum zu machen. 2. Als Partner (Vertragschließende) sind auf der Konferenz von seiten Rußlands nicht der *Zentralverband der Konsumgenossenschaften, die landwirtschaftlichen Genossenschaften* u. ä. vorzuschlagen (wie das Krassin tut), sondern es gibt nur einen Partner – den russischen Staat." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *423*

445 Noch am gleichen Tage nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) W. I. Lenins Vorschlag an, und G. W. Tschitscherin richtete an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Italiens einen Funkspruch über den Termin für die Einberufung der Genuakonferenz. (Siehe „Iswestija WZIK" Nr. 47 vom 28. Februar 1922.) *424*

446 Die neue Verordnung über den Kleinen Rat der Volkskommissare wurde in der Sitzung des Rats der Volkskommissare vom 31. Oktober 1922 bestätigt. *425*

447 Ab Herbst 1921 führten Vertreter Sowjetrußlands mit der schwedischen Regierung und mit Geschäftskreisen Schwedens Verhandlungen über eine Anleihe. W. I. Lenin schrieb den hier veröffentlichten Vorschlag, nachdem er sich mit den Bedingungen der Anleihe sowie mit der Meinung des Volkskommissariats für Außenhandel und des Volkskommissars für Finanzen N. N. Krestinski zu dieser Frage bekannt gemacht hatte. *425*

448 Der vorliegende Brief wurde im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Direktiven des EKKI für die Delegation der Komintern zur Konferenz der drei Internationalen geschrieben. Er enthält Bemerkungen zum Entwurf der Direktiven, den Sinowjew verfaßt und am 14. März 1922 W. I. Lenin mit der Bitte zugesandt hatte, seine Meinung dazu vor der Erörterung des Entwurfs im Exekutivkomitee der Komintern zu äußern.

Die Direktiven wurden, entsprechend den Bemerkungen und Vorschlägen Lenins korrigiert und ergänzt, vom Politbüro gebilligt. Am 17. März 1922 wurden sie einstimmig vom Exekutivkomitee der Komintern bestätigt. *426*

449 Der von W. I. Lenin vorgelegte Entwurf wurde am 18. März 1922 vom Politbüro des ZK der KPR(B) angenommen. *428*

450 W. I. Lenins Brief hängt mit folgenden Vorkommnissen zusammen. Auf Grund zahlreicher Eingaben wegen Übergriffen bei der Zentralen Wohnungsabteilung des Moskauer Sowjets war dort eine Revision durchgeführt worden. Da der-

artige Eingaben auch an Lenin gerichtet wurden, erfolgte die Revision unter engster Mitarbeit der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare (A. A. Diwilkowski). Die Revision stellte bei einer Reihe verantwortlicher Mitarbeiter der Zentralen Wohnungsabteilung Übergriffe fest, bei denen ihnen der Leiter der Abteilung Kommunalwirtschaft des Moskauer Sowjets, das Parteimitglied Sowetnikow, Vorschub geleistet hatte. Das Büro des Moskauer Komitees der KPR(B), das unter Teilnahme des Präsidiums des Moskauer Sowjets am 14. März tagte, erklärte die Feststellungen der Revision für unbegründet und beschloß, die Angelegenheit einer neuen, einer Parteikommission zur Überprüfung zu überweisen. In einem Brief an N. P. Gorbunow vom 15. März, der allen Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPR(B) zur Kenntnisnahme zugestellt wurde, betonte Diwilkowski, daß dieser Entscheid der Weisung Lenins widerspricht, schonungslos vorzugehen gegen „bürokratisches Banditentum, besonders wenn es von undurchsichtigen Elementen praktiziert wird, die sich in die Partei eingeschlichen haben". Er bat, diesen Entscheid aufzuheben und die Schuldigen vor Gericht zu stellen. (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Auf den Brief an W. M. Molotow für die Mitglieder des Politbüros schrieb Lenin: „An Gorbunow zur **unverzüglichen** Weiterleitung, *vorher Zjurupa und Rykow in Kenntnis setzen.*" *428*

451 Am 17. März 1922 hatte L. M. Chintschuk in einem Brief W. I. Lenin um Anweisung gebeten, ob auf der bevorstehenden 5. Tagung des Rats der Bevollmächtigten beim Zentralverband der Konsumgenossenschaften die Frage der freiwilligen Mitgliedschaft in den Genossenschaften behandelt werden solle. Daraufhin schrieb Lenin die hier veröffentlichte Notiz. Lenins Vorschläge wurden in den Beschluß des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 12. Mai 1922 „Über die obligatorische Mitgliedschaft, die freiwillige Beitragszahlung und über die Einheit der Konsumgenossenschaften" aufgenommen. *429*

452 Alle Abänderungsvorschläge und Bemerkungen W. I. Lenins zu dem von G. W. Tschitscherin eingereichten Entwurf der Erklärung der sowjetischen Delegation auf der Konferenz von Genua wurden berücksichtigt. Die Erklärung der sowjetischen Delegation wurde in der ersten Plenarsitzung der Genuakonferenz am 10. April 1922 von Tschitscherin verlesen. *430*

453 W. I. Lenin meint folgenden Satz aus dem Entwurf der Rede G. W. Tschitscherins: „Wir messen dem ersten Punkt der Resolution von Cannes über die gegenseitige Anerkennung der politischen und ökonomischen Systeme der beiden heute in der Welt bestehenden Lager größte Bedeutung bei." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) Diesen Satz hatte Lenin in dem Entwurf Tschitscherins am Rand angestrichen. Die

Stellen, von denen in den Punkten 2, 3 und 4 der Bemerkungen die Rede ist, hatte Lenin in Tschitscherins Entwurf unterstrichen. *430*

454 Der *XI. Parteitag der KPR(B)* fand vom 27. März bis 2. April 1922 in Moskau statt. An dem Parteitag nahmen 522 Delegierte mit beschließender und 164 Delegierte mit beratender Stimme teil.

Der Parteitag behandelte folgende Fragen: 1. Politischer Bericht des ZK; 2. Organisatorischer Bericht des ZK; 3. Bericht der Revisionskommission; 4. Bericht der Zentralen Kontrollkommission; 5. Bericht der Delegation der KPR im Exekutivkomitee der Komintern; 6. Gewerkschaften; 7. Über die Rote Armee; 8. Finanzpolitik; 9. Ergebnisse der Parteireinigung und Festigung der Parteireihen; Korreferate über die Arbeit unter der Jugend, über die Presse und die Propaganda; 10. Wahl des ZK und der ZKK. Außerdem bildete der Parteitag eine Kommission, die die Frage der Parteiarbeit auf dem Lande zur Erörterung in der landwirtschaftlichen Sektion des Parteitags vorbereiten und eine diesbezügliche Resolution ausarbeiten sollte.

Dem Parteitag war eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit des ZK unter Leitung W. I. Lenins vorausgegangen. Die wichtigsten Dokumente des Parteitags waren von Lenin oder unter seiner Mitwirkung ausgearbeitet worden. W. I. Lenin hielt die Rede bei der Eröffnung des Parteitags, erstattete den politischen Bericht des ZK der KPR(B), hielt das Schlußwort zum Bericht, die Rede zur Frage der Veröffentlichung von Inseraten in der „Prawda" und die Rede bei der Schließung des Parteitags. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 245–312.) *431*

455 Die von Lenin vorgeschlagene Formulierung wurde ungekürzt in die am 2. April 1922 angenommene Resolution des XI. Parteitags der KPR(B) „Zum Bericht der Delegation der KPR in der Komintern" aufgenommen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 601–603, russ.) *432*

456 Während der Erörterung der Resolution „Über Presse und Propaganda" auf dem XI. Parteitag der KPR(B) hatte D. B. Rjasanow vorgeschlagen, eine Ergänzung in dieselbe aufzunehmen, nach der die Veröffentlichung von Inseraten in der Parteipresse einzustellen ist. Der Vorschlag wurde vom Parteitag in der Form angenommen, daß die Veröffentlichung von Inseraten nicht in der Parteipresse überhaupt, sondern nur in der „Prawda" verboten wurde. W. I. Lenin war zu dieser Zeit in der Sitzung nicht anwesend. Als er von dem Beschluß des Parteitags erfuhr, schrieb er an L. B. Kamenew, der in der Sitzung den Vorsitz geführt hatte: „Gen. Kamenew! Es heißt, der Parteitag habe die Abschaffung von Inseraten in der ‚*Prawda*' beschlossen? Läßt sich das nicht

korrigieren, denn der Fehler liegt auf der Hand." (Lenin-Sammelband XIII, S. 29, russ.) Kamenew hielt die Änderung eines gefaßten Beschlusses für unmöglich und schlug vor, andere Mittel zur Unterstützung der „Prawda" ausfindig zu machen. Bereits nach Bekanntgabe der Liste der vom Parteitag gewählten Mitglieder des ZK und der ZKK stellte Lenin jedoch den Antrag, diesen Beschluß aufzuheben, und zwar mit der Begründung, daß es unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik nicht richtig wäre, mit Zuwendungen für die Presse aus dem Goldfonds oder aus Steuereinnahmen zu rechnen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Da Lenins Rede nur teilweise und unbefriedigend mitstenografiert wurde, ist die Wiedergabe in der vorliegenden Ausgabe nicht vollständig. *432*

457 Am 3. April 1922 nahm das Plenum des ZK der KPR(B) diesen Entwurf mit folgendem Zusatz an: „... damit Gen. Stalin nach Ablauf eines Monats gänzlich von der Arbeit in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion befreit werden kann." Im Zusammenhang mit dem Beschluß des Plenums über die Ernennung J. W. Stalins zum Generalsekretär des ZK der KPR(B) wurde er durch Beschluß des Rats der Volkskommissare vom 25. April 1922 von den Pflichten des Volkskommissars der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion entbunden. *434*

458 Am 12. April 1922 nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) W. I. Lenins Antrag an. *436*

459 Siehe Anm. 438.

Die hier veröffentlichten Bemerkungen und Vorschläge beziehen sich auf einen Beschlußentwurf, den G. J. Sinowjew Lenin zugesandt hatte mit der Bitte, noch am gleichen Tag, vor der Sitzung des Präsidiums des EKKI, seine Meinung darüber zu äußern.

Der Beschlußentwurf sah vor: „1. die Kampagne gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in der gesamten internationalen kommunistischen Presse zu verstärken; 2. mit der systematischen Auswertung der Materialien über die Berliner Beratung zu beginnen und dabei jede schwache Stelle des Gegners anzugreifen; 3. gemeinsame Aufrufe soll die Neunerkommission vorläufig nicht veröffentlichen; 4. während der Demonstration am 20. April keine Agitation zu scheuen und den Gegner zu kritisieren; 5. die einzelnen Sektionen handeln entsprechend den konkreten Bedingungen; 6. die Delegation unternimmt keine weiteren Schritte bis zur Erörterung der Ratifizierung des Berliner Abkommens." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *436*

460 *„The New York Herald"* (Der New-Yorker Bote) – amerikanische Tageszeitung, Organ der Republikanischen Partei; erschien von 1835 bis 1924 in New York.

Eine Wiedergabe des hier veröffentlichten Interviews ist unter der Überschrift „Lenin über Genua" in der Abendausgabe der „Roten Fahne", des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Deutschlands, vom 27. März 1922 veröffentlicht. *438*

461 Die Frage der Herausgabe von Werken G. W. Plechanows wurde auf Antrag W. I. Lenins im Politbüro des ZK der KPR(B) behandelt. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich ein Exemplar der Tagesordnung der Sitzung des Politbüros vom 27. April 1922, auf dem Lenin nach den dort angeführten 19 Punkten handschriftlich hinzugefügt hat: „*Werke Plechanows*". *439*

462 Am 11. Mai 1922 nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) den von W. I. Lenin vorgelegten Entwurf an.

Am 16. Mai wurden in Verbindung mit diesem Beschluß auf einer Beratung von Vertretern der Statistischen Zentralverwaltung, der Staatlichen Plankommission, des Volkskommissariats für Ernährungswesen und des Volkskommissariats für Landwirtschaft die Angaben über die Höhe der 1921–1922 eingebrachten und der für 1922–1923 zu erwartenden Naturalsteuer bestätigt. *440*

463 Das hier veröffentlichte Dokument schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit der Diskussion über das Außenhandelsmonopol, die in den leitenden Gremien der Partei Ende 1921 und im Jahre 1922 geführt wurde.

Das Außenhandelsmonopol, das durch Dekret des Rats der Volkskommissare vom 22. April 1918 eingeführt worden war, wurde durch Beschlüsse der Sowjetregierung wiederholt bestätigt. Der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik und die Erweiterung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland machten Ergänzungen zur Gesetzgebung über den Außenhandel erforderlich. Der Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel A. M. Leshawa hatte in W. I. Lenins Auftrag „Thesen über den Außenhandel" ausgearbeitet, die die Notwendigkeit der Festigung des Außenhandelsmonopols unterstrichen und die Bedingungen für den Warenexport und -import unter den neuen Verhältnissen festlegten. Die Thesen wurden von Lenin gebilligt und am 4. Januar 1922 von der Obersten Wirtschaftskommission des Rats der Volkskommissare angenommen. Gegen die Aufrechterhaltung des Außenhandelsmonopols wandten sich G. J. Sokolnikow, N. I. Bucharin und G. L. Pjatakow. Sokolnikow schlug vor, das Außenhandelsmonopol abzuschaffen und durch ein System von Handelskonzessionen zu ersetzen. Für eine Lockerung des Außenhandelsmonopols sprachen sich J. W. Stalin, G. J. Sinowjew und L. B. Kamenew aus. Am 4. März 1922 nahm das Politbüro des ZK der KPR(B) die „Thesen über den Außenhandel" mit einigen Abänderungen an. Am 10. März wurden sie in

ihrer endgültigen Fassung bestätigt. Ausgehend von diesen Thesen faßte das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK am 13. März 1922 den Beschluß „Über den Außenhandel" (veröffentlicht in den „Iswestija WZIK" Nr. 60 vom 15. März 1922).

Ungeachtet der Beschlüsse des Politbüros beharrte Sokolnikow weiter auf seinem Standpunkt und machte den Vorschlag, den Trusts, Genossenschaften u. a. den Ankauf von Lebensmitteln im Ausland zu erlauben; der Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel M. I. Frumkin trat gleichfalls für eine Lockerung des Außenhandelsmonopols ein und schlug vor, nur den Großhandel mit 4–5 Warenkategorien auf der Grundlage eines festen Monopols in der Hand des Staates zu belassen.

Am 15. Mai schrieb Lenin, nachdem er vom bevollmächtigten Vertreter der RSFSR in Deutschland N. N. Krestinski Dokumente erhalten hatte, aus denen der negative Einfluß des innerparteilichen Kampfes in der Frage des Außenhandelsmonopols auf die Geschäftsverhandlungen mit ausländischen Kapitalisten hervorging, den hier veröffentlichten Beschlußentwurf sowie einen Brief an J. W. Stalin und M. I. Frumkin, in dem er forderte, „alle Gespräche, Verhandlungen, Kommissionen u. dgl. über eine Lockerung des Außenhandelsmonopols *formell zu verbieten*" (5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 260). Stalin schrieb auf den Brief Lenins: „Gegen ein ‚formelles Verbot' von Schritten zur *Lockerung* des Außenhandelsmonopols im *gegenwärtigen* Stadium habe ich keine Einwände. Glaube aber, daß eine *Lockerung* unvermeidlich wird." („W. I. Lenin, Biographie", Berlin 1970, S. 739.)

Der von Lenin eingebrachte Beschlußentwurf wurde am 22. Mai vom Politbüro bestätigt. Siehe auch Werke, Bd. 33, S. 441–445, und 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 45, S. 338/339. *440*

464 Die hier veröffentlichten Dokumente schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Strafgesetzbuches der RSFSR durch das Volkskommissariat für Justiz und seiner Erörterung auf der III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode (12.–26. Mai 1922). Er schrieb die Ergänzungen und den ersten Brief auf den Entwurf des „Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch der RSFSR", den ihm der Volkskommissar für Justiz D. I. Kurski geschickt hatte. Nach einem persönlichen Gespräch mit Kurski zu dieser Angelegenheit schrieb Lenin einen zweiten Brief mit dem Entwurf eines Zusatzparagraphen zum Strafgesetzbuch. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 344/345.) Bei der weiteren Ausarbeitung des Strafgesetzbuches wurden Lenins Vorschläge in dem Abschnitt „Über konterrevolutionäre Verbrechen" berücksichtigt.

Das Strafgesetzbuch der RSFSR wurde von der III. Tagung des Gesamt-

russischen ZEK bestätigt und am 1. Juni 1922 in Kraft gesetzt. (Siehe „Sammlung von Verordnungen und Verfügungen der Arbeiter-und-Bauern-Regierung“, Moskau 1922, Nr. 15, 1. Juni, S. 202–239, russ.) *441*

465 Der Brief W. I. Lenins war die Antwort auf eine Anfrage des Sekretariats des ZK der KPR(B), ob auf der bevorstehenden III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode die Frage der zahlenmäßigen Reduzierung der Roten Armee behandelt werden solle. Der Revolutionäre Kriegsrat der Republik hatte im Zusammenhang mit der von der sowjetischen Delegation auf der Genuakonferenz aufgeworfenen Frage der Möglichkeit einer allgemeinen Rüstungseinschränkung einen Plan zur Reduzierung der Roten Armee ausgearbeitet. In die Tagesordnung der Tagung war diese Frage bedingt, je nach den Ergebnissen der Genuakonferenz, aufgenommen worden. Am 24. Mai 1922 faßte die III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK einen Beschluß, in dem es hieß: „Dank der von unserer Delegation verteidigten Linie gibt die Genuakonferenz Anlaß zu der Hoffnung, daß eine ernsthafte Reduzierung der Armee möglich ist.“ Weiter hieß es in dem Beschluß: „Die Genuakonferenz hat jedoch nicht einmal die dringendsten Fragen auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten gelöst, sondern hat die Lösung der Hauptprobleme bis zur Konferenz im Haag verschoben ...“ Deshalb wurde die Frage der Reduzierung der Armee von der Tagesordnung der III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK gestrichen. Die Tagung beauftragte die Regierung und das Volkskommissariat für Heereswesen, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, sobald die Ergebnisse der Haager Konferenz vorliegen.

Haager Konferenz – eine Sachverständigenkonferenz, die von der Genuakonferenz mit der Behandlung der offen gebliebenen Fragen beauftragt wurde. Sie fand im Juni und Juli im Haag statt und endete ergebnislos. *442*

466 Das Politbüro des ZK der KPR(B) beriet über Lenins Vorschlag in seiner Sitzung vom 26. Mai 1922 und beschloß, ihn als Material der Kommission zu übergeben, die vom ZK zur Leitung der Arbeit der III. Tagung des Gesamtrussischen ZEK der IX. Wahlperiode gebildet worden war. *443*

467 Der *erste Kongreß der werktätigen Frauen Transkaukasiens* begann am 26. Mai 1922 in Baku. Auf dem Kongreß wurden folgende Referate gehalten: Die Entwicklung der Frauenbewegung in Sowjetrußland und in der ganzen Welt und die Aufgaben des Internationalen Frauensekretariats; die werktätige Frau in Transkaukasien und die III. Internationale; über die gegenwärtige Lage und andere. Am 30. Mai beendete der Kongreß seine Arbeit.

W. I. Lenin schrieb die Begrüßung „An den ersten Kongreß der werktätigen Frauen Transkaukasiens“, nachdem ihm im Namen der Arbeiterinnen Geor-

giens, Armeniens und Aserbaidshans mitgeteilt worden war, daß sie ihn zum Delegierten ihres Kongresses gewählt hätten.

Das Grußschreiben wurde in der ersten Sitzung des Kongresses verlesen. *443*

468 Am 10. August 1922 hatte das Politbüro des ZK der KPR(B) dem Orgbüro vorgeschlagen, eine Kommission zu bilden und diese zu beauftragen, zur nächsten Plenartagung des Zentralkomitees der Partei die Frage der Beziehungen zwischen der RSFSR und den unabhängigen nationalen Sowjetrepubliken auszuarbeiten. Die Kommission des Orgbüros des ZK wurde am 11. August gebildet, ihr gehörten an: J. W. Stalin, W. W. Kuibyschew, G. K. Ordshonikidse, Ch. G. Rakowski, G. J. Sokolnikow und die Vertreter der nationalen Republiken S. A. Agamali-ogly (Aserbaidshan), A. F. Mjasnikow (Armenien), P. G. Mdiwani (Georgien), G. I. Petrowski (Ukraine), A. G. Tscherwjakow (Belorußland) und andere.

Stalin arbeitete den Resolutionsentwurf der Kommission „Über die Beziehungen zwischen der RSFSR und den unabhängigen Republiken" aus, der den Eintritt der Ukraine, Belorußlands, Aserbaidshans, Georgiens und Armeniens in die Russische Föderation mit den Rechten autonomer Republiken vorsah. Stalins Entwurf wurde zur Erörterung an die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der nationalen Sowjetrepubliken geschickt. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Aserbaidshans und Armeniens unterstützten den Entwurf. Das ZK der KP Georgiens wandte sich gegen den Entwurf und faßte in seiner Sitzung am 15. September 1922 mit Stimmenmehrheit folgenden Beschluß: „Die auf Grund der Thesen des Gen. Stalin vorgeschlagene Vereinigung in Form einer Autonomisierung der unabhängigen Republiken wird für verfrüht erachtet. Wir halten die Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen und der allgemeinen Politik für notwendig, aber unter Wahrung aller Attribute der Unabhängigkeit." Das ZK der KP Belorußlands sprach sich in seinem Beschluß für die Beibehaltung vertraglicher Beziehungen zwischen den unabhängigen Republiken aus. Vom ZK der KP der Ukraine wurde der Entwurf nicht behandelt.

Die Sitzungen der Kommission fanden am 23. und 24. September 1922 unter Vorsitz W. M. Molotows statt. Die Kommission nahm den Entwurf Stalins als Grundlage an (der Vertreter Georgiens enthielt sich der Stimme). In einem besonderen Punkt lehnte die Kommission die Resolution des ZK der KP Georgiens ab. Bei der Diskussion über den Stalinschen Entwurf wurden die einzelnen Punkte nach einigen unwesentlichen Änderungen und Ergänzungen mit Stimmenmehrheit angenommen. Was Punkt zwei betrifft – über die Verbindlichkeit der Beschlüsse des Gesamtrussischen ZEK, des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung der RSFSR für die entsprechenden Institutionen der nationalen Republiken –, so wurde

dieser Punkt mit 8 Stimmen gegen 1 (Mdiwani) bei einer Stimmenthaltung (Petrowski) angenommen.

Der endgültige Text der Resolution der Kommission, die W. I. Lenin in dem hier veröffentlichten Brief an die Mitglieder des Politbüros untersucht, lautete folgendermaßen:

„1. Der Abschluß eines Vertrages zwischen den Sowjetrepubliken der Ukraine, Belorußlands, Aserbaidshans, Georgiens, Armeniens und der RSFSR über den formellen Eintritt der ersteren in die RSFSR wird für zweckmäßig erachtet; dabei bleiben die Fragen Buchara, Choresm und Fernöstliche Republik offen, und man beschränkt sich mit ihnen auf den Abschluß von Verträgen über Zollangelegenheiten, Außenhandel, auswärtige und militärische Angelegenheiten usw.

Anmerkung: Entsprechende Änderungen in den Verfassungen der in Punkt 1 genannten Republiken und der RSFSR sind nach Behandlung der Frage auf Sowjetebene vorzunehmen.

2. In Übereinstimmung hiermit sind die Beschlüsse des Gesamtrussischen ZEK der RSFSR für die zentralen Körperschaften der in Punkt 1 genannten Republiken, die Beschlüsse des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung der RSFSR für die vereinigten Kommissariate dieser Republiken als verbindlich zu betrachten.

Anmerkung: In das Präsidium des Gesamtrussischen ZEK der RSFSR werden Vertreter dieser Republiken aufgenommen.

3. Die Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel, Heereswesen, Verkehrswesen (mit Ausnahme des örtlichen Verkehrswesens) sowie Post- und Fernmeldewesen der in Punkt 1 genannten Republiken vereinigen sich mit denen der RSFSR mit der Maßgabe, daß die entsprechenden Volkskommissariate der RSFSR in den Republiken durch Bevollmächtigte mit einem kleinen Apparat vertreten sind.

Die Bevollmächtigten werden von den Volkskommissaren der RSFSR nach Übereinkunft mit den Zentralexekutivkomitees der Republiken ernannt.

Es wird für zweckmäßig erachtet, daß die interessierten Republiken in den entsprechenden Auslandsvertretungen der Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel vertreten sind.

4. Die Volkskommissariate für Finanzen, Ernährungswesen, Arbeit und Volkswirtschaft der Republiken unterstehen formell den Direktiven der entsprechenden Volkskommissariate der RSFSR.

5. Die übrigen Volkskommissariate der in Punkt 1 genannten Republiken wie: Justiz, Bildungswesen, Innere Angelegenheiten, Landwirtschaft, Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, Gesundheitswesen und soziale Fürsorge bleiben selbständig.

Anmerkung 1: Die Organe zum Kampf gegen die Konterrevolution in den oben genannten Republiken unterstehen den Direktiven der Staatlichen Politischen Verwaltung der RSFSR (GPU).

Anmerkung 2: Die Zentralexekutivkomitees der Republiken haben das Amnestierecht nur in zivilrechtlichen Angelegenheiten.

6. Der vorliegende Beschluß wird im Falle seiner Befürwortung durch das ZK der KPR bis zur Einberufung des Gesamtrussischen Sowjetkongresses, auf dem er als Wunsch dieser Republiken deklariert werden wird, nicht veröffentlicht, sondern als Zirkulardirektive den nationalen Zentralkomitees übergeben, damit er über die Zentralexekutivkomitees bzw. Sowjetkongresse der oben genannten Republiken auf Sowjetebene verwirklicht werden kann." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Am 25. September wurden die Materialien der Kommission (der Entwurf Stalins, die Resolution und die Sitzungsprotokolle der Kommission sowie die Resolutionen der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien Georgiens, Aserbaidshans und Armeniens) an Lenin geschickt, der sich in Gorki aufhielt. Gleichzeitig sandte das Sekretariat des ZK, ohne die Weisungen Lenins abzuwarten und ohne daß die Frage im Politbüro behandelt worden war, die Resolution der Kommission an alle Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPR(B) zur Vorbereitung auf das für den 5. Oktober anberaumte Plenum.

Nachdem Lenin sich mit den Materialien der Kommission vertraut gemacht hatte, schrieb er den hier veröffentlichten Brief an die Mitglieder des Politbüros. Auf diesem Brief steht als Datum der 27. September, aber offenbar handelt es sich um einen Schreibfehler, denn im Postausgangsbuch ist vermerkt, daß der Brief Lenins am 26. September an die Mitglieder des Politbüros abgeschickt wurde; außerdem fand das Gespräch Lenins mit Stalin, von dem im Brief die Rede ist, am 26. September statt. Daraus läßt sich ableiten, daß Lenin den Brief am 26. September geschrieben hat.

In dem Brief an die Mitglieder des Politbüros wandte sich Lenin gegen Stalins Plan der „Autonomisierung" der selbständigen nationalen Sowjetrepubliken und wies einen prinzipiell anderen Weg ihrer Vereinigung mit seinem Vorschlag, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu schaffen. Siehe auch W. I. Lenins Brief „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung'" (Werke, Bd. 36, S. 590–596).

Entsprechend den Vorschlägen W. I. Lenins wurde der Resolutionsentwurf der Kommission des ZK umgearbeitet.

Die neue Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„1. Der Abschluß eines Vertrages zwischen der Ukraine, Belorußland, der Föderation der Transkaukasischen Republiken und der RSFSR über ihre Vereinigung zur ‚Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken' unter Beibehaltung

des Rechts einer jeden von ihnen auf freien Austritt aus der ‚Union' wird für notwendig erachtet.

2. Als höchstes Organ der ‚Union' ist das ‚Zentralexekutivkomitee der Union' anzusehen, das sich aus Vertretern der Zentralexekutivkomitees der RSFSR, der Transkaukasischen Föderation, der Ukraine und Belorußlands proportional zu der von ihnen vertretenen Bevölkerung zusammensetzt.

3. Als Vollzugsorgan des ‚ZEK der Union' ist der ‚Rat der Volkskommissare der Union' anzusehen, der vom ‚ZEK der Union' ernannt wird.

4. Die Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel, Heereswesen, Verkehrswesen sowie Post- und Fernmeldewesen der Republiken und Föderationen, die der ‚Union' angehören, vereinigen sich mit denen der ‚Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken' mit der Maßgabe, daß die entsprechenden Volkskommissariate der ‚Union der Republiken' in den Republiken und Föderationen durch Bevollmächtigte mit einem kleinen Apparat vertreten sind, die von den Volkskommissaren der ‚Union' nach Übereinkunft mit den Zentralexekutivkomitees der Föderationen und Republiken ernannt werden.

Anmerkung: Es wird für notwendig erachtet, Vertreter der interessierten Republiken in die entsprechenden Auslandsvertretungen der Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel einzubeziehen.

5. Die Volkskommissariate für Finanzen, Ernährungswesen, Volkswirtschaft, Arbeit und Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der Republiken und Föderationen, die der ‚Union der Republiken' angehören, sowie ihre zentralen Organe zum Kampf gegen die Konterrevolution unterstehen den Direktiven der entsprechenden Volkskommissariate und den Beschlüssen des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung der ‚Union der Republiken'.

6. Die übrigen Volkskommissariate der Republiken, die der ‚Union der Republiken' angehören, wie: Justiz, Bildungswesen, Innere Angelegenheiten, Landwirtschaft, Gesundheitswesen und soziale Fürsorge bleiben selbständig." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.)

Am 6. Oktober 1922, dem Tage, an dem die Frage der Beziehungen zwischen der RSFSR und den unabhängigen Republiken im Plenum des ZK der KPR(B) behandelt wurde, schrieb Lenin, der an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, eine Notiz für L. B. Kamenew, in der er die Notwendigkeit unterstrich, gegen den Großmachtchauvinismus zu kämpfen, und in Ergänzung der Resolution verlangte, daß im ZEK der Union der Reihe nach Vertreter aller sich vereinigenden Republiken den Vorsitz führen. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 358.)

Das Plenum des ZK der KPR(B) unterstützte voll und ganz den Standpunkt

Lenins, nahm die auf Grund seiner Vorschläge verfaßte Resolution als Direktive des ZK an und beauftragte eine neue Kommission mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Bildung der UdSSR zur Vorlage auf dem Sowjetkongreß. In ihren Diskussionsbeiträgen verurteilten die Mitglieder des ZK entschieden die Erscheinungen des Großmachtchauvinismus. Gleichzeitig erteilte das Plenum Mdiwani eine Abfuhr, der anfangs gegen die Bildung der UdSSR war und dann darauf bestand, daß Georgien nicht über die Transkaukasische Föderation, sondern unmittelbar in die UdSSR aufgenommen werde.

Auf der Grundlage der prinzipiellen Weisungen Lenins leitete das Zentralkomitee der Partei die gesamte weitere Arbeit zur Vereinigung der Republiken.

Am 30. Dezember 1922 fand der I. Unionskongreß der Sowjets statt, auf dem die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet wurde. *443*

469 Der V. *Gesamtrussische Verbandstag der Textilarbeiter und -arbeiterinnen* fand vom 6. bis 11. Oktober 1922 in Moskau statt. An ihm nahmen 350 Delegierte mit beschließender und 117 mit beratender Stimme teil. Der Verbandstag erörterte den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Gewerkschaft, Berichte über die Lage in der Textilindustrie und über den Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß, die Organisationsfrage, die Arbeitsbedingungen, die Kulturarbeit und die internationale Textilarbeiterbewegung.

In der ersten Sitzung wählten die Delegierten W. I. Lenin zum Ehrenvorsitzenden des Verbandstages und sandten ihm ein Grußschreiben. Am 9. Oktober 1922 schickten sie Lenin eine Einladung zu ihrem Verbandstag, die Lenin annahm, der er aber wegen der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes nicht Folge leisten konnte.

Lenins Grußschreiben wurde am 10. Oktober in der Vormittagssitzung des Verbandstages verlesen. Das Präsidium des Verbandstages schickte ihm im Namen der Delegierten einen Antwortbrief. *446*

470 Dieses Dokument steht auf einem Schreiben J. W. Stalins an die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B), das Ergänzungsvorschläge zu den Bedingungen des Konzessionsvertrags mit L. Urquhart enthielt. *446*

471 Die Frage der Genossenschaftsbank wurde am 2. November 1922 in der Sitzung des Politbüros unter Teilnahme W. I. Lenins erörtert. Das Politbüro faßte folgenden Beschluß: „. . . Die unten aufgeführten als Grundlage angenommenen Thesen des Genossen Lenin sind einer Kommission zu überweisen, die beauftragt wird, dem Politbüro einen schriftlichen Bericht über die Durchführung vorzulegen."

Auf dem hier veröffentlichten Dokument steht die Bemerkung Lenins:

„**Aufbewahren** für Unterredung mit *Chintschuk*". (L. M. Chintschuk war Vorsitzender des Vorstands des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften.) *447*

472 W. I. Lenin schrieb diesen Brief als Antwort auf ein Grußschreiben und ein Geschenk der Petrograder Textilarbeiter. In dem Schreiben hieß es:

„Lieber und hochverehrter Wladimir Iljitsch!

Der Petrograder Textiltrust sendet Ihnen an seinem Jahrestag zusammen mit einem heißen Gruß ein Plaid, das in einer seiner Fabriken hergestellt wurde.

Der ‚Petrotextil' wünscht, daß Sie, unser teurer Freund, zusammen mit der körperlichen Wärme, die unser bescheidenes Geschenk verleiht, auch die aus Arbeiterherzen kommende Wärme empfinden, in die wir Sie einhüllen möchten, und daß Sie auch der Tatsache Beachtung schenken, daß wir trotz äußerster Abnutzung unserer Maschinen, trotz Zerstörungen, Mängeln und Krisen nicht im geringsten schlechter arbeiten als vor dem Kriege und deshalb erreichen können, was wir wollen.

Benutze es, unser teurer Freund, und möge es zu Deiner Gesundheit beitragen." *447*

473 Am 16. November 1922 faßte das Politbüro des ZK der KPR(B) den Beschluß, im Laufe des Monats Januar 1923 die Armee von 800 000 auf 600 000 Mann zu reduzieren. Die Plenartagung des ZK der KPR(B) vom 18. Dezember 1922 bestätigte diesen Beschluß des Politbüros. Das Plenum verwies auf die Notwendigkeit, die Reduzierung der Armee durch eine verbesserte Militärtechnik auszugleichen; dazu wies es den Rat der Volkskommissare an, Mittel für die beschleunigte Wiederherstellung der Betriebe der Verteidigungsindustrie flüssig zu machen. Die Plenartagung empfahl, im Namen des X. Gesamtrussischen Sowjetkongresses an alle Völker einen Appell zu richten, darin noch einmal das Streben der RSFSR nach allgemeiner Abrüstung zu unterstreichen und zur Überwindung des Widerstands aufzurufen, auf den dieser Vorschlag des Sowjetlandes bei anderen Staaten stößt.

Der X. Gesamtrussische Sowjetkongreß bekräftigte im Namen von Millionen Werktätigen erneut feierlich seinen Willen zum Frieden und zu friedlicher Arbeit.

„Werktätige der Welt!" hieß es in dem Appell des Kongresses. „Ihr alle, die ihr friedliche Arbeit wollt, vereinigt eure Anstrengungen mit den Anstrengungen Sowjetrußlands, um den Frieden zu sichern, um die Menschheit vor furchtbaren Vernichtungskriegen zu bewahren! . . .

Der X. Sowjetkongreß bekräftigt feierlich seine Friedenspolitik und ruft alle zur Unterstützung dieser Politik auf. Mögen alle Völker von ihren Regierun-

gen Frieden fordern. Die Sache des Friedens liegt in den Händen der Völker selbst. Um die Gefahr künftiger Kriege zu bannen, müssen die Werktätigen der ganzen Welt ihre Anstrengungen vereinigen. Um jeden Preis muß der gequälten und leidgeprüften, bettelarmen und hungernden Menschheit der Friede gesichert werden." *448*

474 Die *russische Kolonie in den Vereinigten Staaten von Amerika*, die nach ungefähren Berechnungen in den zwanziger Jahren etwa drei Millionen Menschen zählte, bestand zum größten Teil aus Übersiedlern, die Rußland aus politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Gründen vor der Revolution verlassen hatten; Angehörige der Bourgeoisie, des Adels und der Intelligenz, die nach der Oktoberrevolution aus Rußland geflüchtet waren, bildeten einen unbedeutenden Teil der Kolonie. Die unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Lage dieser Gruppen sowie die verschiedene Haltung zu Sowjetrußland führten zu einer Spaltung der russischen Kolonie in zwei feindliche Lager. Das eine Lager bildeten die „Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands" (russische Sektion), die „Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands", die russischen Sektionen der Gewerkschaften der USA, die Vereinigte Konferenz verschiedener russischer Gesellschaften für gegenseitige Hilfe und andere fortschrittliche Arbeiterorganisationen, um die sich die Mehrzahl der Kolonisten zusammengeschlossen hatte. Das andere Lager stellte eine Koalition verschiedener russischer kleinbürgerlicher und monarchistischer Organisationen dar, deren Zentrum die antisowjetische Zeitung „Nowoje Russkoje Slowo" bildete.

Der Brief W. I. Lenins war an den Teil der russischen Kolonie gerichtet, der sich für freundschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland einsetzte. *448*

475 Auf der Tagesordnung des IV. Kongresses der Komintern, der vom 5. November bis 5. Dezember 1922 stattfand, stand u. a. die Frage des Programms der Kommunistischen Internationale. Dem Kongreß lagen vor: der von N. I. Bucharin verfaßte Programmentwurf, den er in seinem Namen eingereicht hatte, die Programmentwürfe der Kommunistischen Parteien Bulgariens und Deutschlands sowie der Entwurf des „Aktionsprogramms der Kommunistischen Partei Italiens". W. I. Lenin schlug am 13. November in seinem Referat „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution" vor, man solle die Entwürfe „nur im allgemeinen erörtern, gewissermaßen die erste Lesung vornehmen" und sie drucken lassen, um sie noch tiefer durchdenken und das Programm sorgfältig vorbereiten zu können. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 406/407.)

Bei der Erörterung der Programmentwürfe kam es zu heftigen Diskussionen hinsichtlich der Übergangs- und Teilforderungen als einer Möglichkeit, die Massen an die sozialistische Revolution und an den Kampf für die Diktatur

des Proletariats heranzuführen. Bucharin war dagegen, daß die wichtigsten Übergangs- und Teilforderungen im Programm der Komintern theoretisch begründet werden, und bezeichnete die Aufnahme dieser Forderungen in das Programm als Opportunismus. Bucharins Standpunkt wurde von den Kongreßdelegierten kritisiert. Die Delegation der KPR(B) wandte sich an das Präsidium des Kongresses mit der Bitte, ihr die Möglichkeit zu geben, über das Programm innerhalb der Delegation zu beraten, bevor der Kongreß einen Beschluß dazu faßt; diesem Antrag wurde stattgegeben. (Siehe „Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1923, S. 448.)

Am 20. November 1922 fand eine Beratung des Büros der Delegation der KPR(B) statt, auf der die hier abgedruckten Vorschläge als Resolutionsentwurf für den Kongreß ausgearbeitet wurden. Wie aus vorhandenen Unterlagen hervorgeht, hat Lenin die wichtigsten Punkte der Vorschläge, die Punkte 4 und 5, fast wörtlich diktiert. *450*

476 Auf der Beratung des Büros der Delegation der KPR(B) vom 20. November 1922 wurde auch folgende „Erklärung der russischen Delegation" ausgearbeitet: „Angesichts dessen, daß der Streit darüber, welche Formulierung den Übergangsforderungen gegeben werden soll und in welchem Teile des Programms sie untergebracht werden sollen, vollkommen unrichtig den Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes erweckt hat, bestätigt die russische Delegation einstimmig, daß die Aufstellung der Übergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programms nicht als Opportunismus aufgefaßt werden können." Diese Erklärung wurde am 21. November in der Sitzung des Kongresses verlesen. Danach legte das Präsidium des Kongresses den Delegierten die vom Büro der Delegation der KPR(B) ausgearbeiteten Vorschläge, an denen unbedeutende redaktionelle Änderungen vorgenommen worden waren, zur Prüfung vor. Der Kongreß nahm die Vorschläge als Resolution des Kongresses an. (Siehe „Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1923, S. 542.) *451*

477 Hierzu siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 233/234, 321–329, und den vorliegenden Band, S. 454–457.

In Punkt 2 ist die in dem Entwurf der „Verordnung über die Arbeit der Stellvertreter (der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung)" aufgestellte Liste gemeint. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 328/329.) *451*

478 W. I. Lenins Antrag wurde in den Beschluß des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 7. Dezember 1922 zum Bericht der Kommission für Staatliche Versorgung aufgenommen. Der Rat der Volkskommissare wurde angewiesen, dem Volks-

kommissariat für Bildungswesen 2 Millionen Goldrubel aus den am Schiffsreparaturprogramm eingesparten Mitteln zu bewilligen. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 45, S. 311/312.) *452*

479 Am Morgen des 13. Dezember erlitt Lenin zwei Krankheitsanfälle. Die Ärzte verordneten ihm völlige Ruhe. „Es kostete die Ärzte große Mühe", schrieb M. I. Uljanowa später, „zu erreichen, daß Wladimir Iljitsch die Arbeit ganz einstellte und aufs Land fuhr. Es wurde Wladimir Iljitsch angeraten, einstweilen nicht spazierenzugehen, sondern möglichst viel zu ruhen. Schließlich erklärte er sich damit einverstanden und sagte, er werde noch heute damit beginnen, seine Angelegenheiten abzuwickeln."

Von da an arbeitete Lenin einige Tage zu Hause – er diktierte Briefe, gab verschiedene Aufträge und war bemüht, die Angelegenheiten, denen er besonders große Bedeutung beimaß, zum Abschluß zu bringen. *456*

480 Gemeint ist der Antrag A. I. Rykows, daß W. I. Lenin Besucher persönlich in der Regel nur nach vorheriger Auswahl durch die Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung oder einen Sekretär des ZK der KPR(B) empfangen solle. *456*

481 In dem hier veröffentlichten Brief geht es um die Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung, die am 12. Dezember 1922 von A. D. Zjurupa, L. B. Kamenew und A. I. Rykow vorgeschlagen worden war. W. I. Lenins Vorschläge hierzu vom 4. Dezember 1922 und seine Vorschläge für die Arbeitsordnung der Stellvertreter und des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare vom 9. Dezember siehe im vorliegenden Band, S. 451/452 und 454/455. *456*

482 Gemeint ist offenbar die Konferenz zu Fragen der Verbesserung der Verwaltungsarbeit, die im September 1922 in Moskau stattfand. *464*

483 Hier müssen als Maßstab die Preise von 1920 genommen werden. Das ständige Anwachsen der Geldemission in den ersten Jahren der Sowjetmacht hatte eine schnelle Entwertung des Papiergelds zur Folge. Wie aus Materialien der Valutaverwaltung des Volkskommissariats für Finanzen der UdSSR hervorgeht, entsprach der Wert eines Goldrubels (nimmt man als Äquivalent Goldmünzen aus der Zeit vor der Revolution) im ersten Halbjahr 1920 durchschnittlich 1633 Papierrubeln, im zweiten Halbjahr schon 4083 Rubeln. (Siehe „Unser Geldumlauf. Sammlung von Materialien zur Geschichte des Geldumlaufs in den Jahren 1914–1925", Moskau 1926, S. 16, russ.) *472*

484 W. I. Lenin war von den Anhängern der „Plattform der Zehn" (siehe Anm. 307) auf der XIV. Petrograder Gouvernementsparteikonferenz als Delegierter mit beschließender Stimme zum X. Parteitag der KPR(B) gewählt

worden. Die Delegation konnte jedoch in Anbetracht der gespannten Lage in der Stadt und der in Kronstadt ausgebrochenen konterrevolutionären Meuterei nicht in der gewählten Zusammensetzung zum Parteitag kommen. Offenbar weil über die Wahlen der Petrograder Delegation kein Protokoll vorhanden war, gab Lenin in dem Fragebogen an, er habe beratende Stimme. Er nahm aber an der Abstimmung über alle Resolutionen teil und wurde in der Delegiertenliste des X. Parteitags als Delegierter mit beschließender Stimme geführt. (Siehe „Zehnter Parteitag der KPR(B). 8.–16. März 1921. Stenografischer Bericht", Moskau 1963, S. 729, russ.) *475*

485 Das *Tagebuch der diensthabenden Sekretäre W. I. Lenins* enthält Eintragungen über Lenins Aufträge, über Besucher, die er empfing, sowie andere Mitteilungen über Lenins Tätigkeit in der Zeit vom 21. November 1922 bis zum 6. März 1923.

Die Eintragungen im Tagebuch der diensthabenden Sekretäre stammen von L. A. Fotijewa, Sekretär des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung, von M. A. Woloditschewa, stellvertretender Sekretär des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung, von den Sekretärinnen N. S. Allilujewa, M. I. Gljasser und S. A. Flakserman sowie von Lenins Bibliothekarin Sch. M. Manutscharjanz.

Für das Tagebuch wurde ein Postausgangsbuch benutzt, das in vier Rubriken unterteilt war: Datum, Name des Diensthabenden, Aufträge, Erledigungsvermerke. Das Titelblatt trägt folgenden Vermerk: „Bitte in dieses Tagebuch alle Aufträge und alle Vorkommnisse während des Dienstes sowie Erledigungsvermerke eintragen. 21/XI. 22." *489*

486 *Gorbunow, N. P.* – Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare. *491*

487 Es handelt sich um eine Sitzung des Rats der Volkskommissare, in der W. I. Lenin den Vorsitz führte. *491*

488 Am 21. November 1922 nahmen die Mitglieder des Politbüros des ZK der KPR(B) Stellung zu dem Vorschlag des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten G. W. Tschitscherin, den Bevollmächtigten Vertreter der RSFSR in Italien, W. W. Worowski, in die Delegation zur Lausanner Konferenz zu Fragen des Nahen Ostens aufzunehmen. *491*

489 *Haskell, William N.* – amerikanischer Offizier, Bevollmächtigter der ARA (American Relief Administration) in Rußland; er informierte W. I. Lenin über die Absicht H. C. Hoovers, damals Handelsminister der USA, Rußland zu besuchen. *491*

490 *Saks, B. G.* – stellvertretender Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare. *492*

491 *Nasaretjan, A. M.* – stellvertretender Sekretär des ZK der KPR(B). *492*

492 *Burakowa, M. N.* – technische Sekretärin des Politbüros des ZK der KPR(B). *492*

493 Gemeint ist ein Grußschreiben an das Präsidium des V. Gesamtrussischen Verbandstages der Sowjetangestellten, der vom 16. bis 21. November 1922 in Moskau stattfand. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 430.) *492*

494 In der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 23. November 1922 standen 21 Punkte auf der Tagesordnung: die Moskauer Konferenz der RSFSR, Polens, Estlands, Finnlands, Lettlands und Litauens; die Einschränkung der Rüstungen; die Frage der Trusts; die gemischte Gesellschaft zum Verkauf von Platin; der Landwirtschaftskredit; Fragen des Volkskommissariats für Bildungswesen u. a. *492*

495 *Skljanski, E. M.* – stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats der Republik. *492*

496 *Sokolnikow, G. J.* – Stellvertreter des Volkskommissars für Finanzen. *492*

497 Es handelt sich um den von E. Varga für den IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale verfaßten „Entwurf des agrarischen Aktionsprogramms" und um ein Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das die Bitte enthielt, diesen Entwurf zu begutachten. W. I. Lenin schickte seine Bemerkungen am Morgen des 25. November ab. *493*

498 Es handelt sich um eine Kürzung des Schiffsreparaturprogramms. Zwei Briefe W. I. Lenins zu dieser Frage siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 45, S. 311–313.

Siehe auch Anm. 478. *493*

499 *Earsman* und *Garden* waren Delegierte der Kommunistischen Partei Australiens zum IV. Kongreß der Komintern. *493*

500 Es handelte sich um den Vorschlag G. W. Tschitscherins, die Sowjetregierung solle in einer Note an die Organisatoren der Lausanner Konferenz erklären, daß eine sowjetische Delegation an der Konferenz teilnehmen und sowjetische Vertreter in der Kommission über die Meerengen mitarbeiten werden. *493*

501 In der Sitzung des Rats für Arbeit und Verteidigung, die unter dem Vorsitz W. I. Lenins stattfand, wurden 13 Fragen behandelt: der Entwurf einer Richtlinie über das Komitee für Binnenhandel, ein Bericht der Kommission des Rats für Arbeit und Verteidigung über die Vorbereitung der Materialien zum X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, die Einfuhr von Getreide nach Turkestan zur Unterstützung der Baumwollindustrie u. a. *493*

502 Es handelt sich um einen Beschluß des Sekretariats des ZK der KPR(B) vom 24. November über die Entsendung einer Kommission, bestehend aus F. E. Dzierzynski (Vorsitzender), D. S. Manuilski und V. Mickievicius-Kapsukas,

nach Georgien. Die Entsendung einer solchen Kommission war auf Grund folgender Vorkommnisse notwendig geworden:

In Vorbereitung der Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war es zwischen dem Transkaukasischen Regionalkomitee der KPR(B) unter Leitung von G. K. Ordshonikidse und der Gruppe Mdiwani in der KP Georgiens zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Während das Transkaukasische Regionalkomitee die richtige Linie vertrat, daß sich die transkaukasischen Republiken zur Transkaukasischen Föderation und als solche mit den übrigen Sowjetrepubliken zu einem einheitlichen Staatenbund zusammenschließen sollten, vertrat die Gruppe Mdiwani, die im ZK der KP Georgiens über die Mehrheit verfügte, den Standpunkt, daß Georgien unmittelbar und nicht über die Transkaukasische Föderation in die UdSSR eintreten solle. Damit spielten sie den bürgerlichen Nationalisten Georgiens und den georgischen Menschewiki in die Hände. Als das von den georgischen Kommunisten auf Kongressen, Konferenzen und Parteiaktivtagungen als nationalistische Abweichung gekennzeichnet und abgelehnt wurde, erklärte das ZK der KP Georgiens am 22. Oktober 1922 seinen Rücktritt. Um diese Rücktrittserklärung handelt es sich bei der Eintragung im Tagebuch.

Lenin sah die „georgische Frage" im Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Bildung der UdSSR und betonte immer wieder die Notwendigkeit, die UdSSR als Staatenbund gleichberechtigter Sowjetrepubliken streng nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu bilden. Deshalb kritisierte er die fehlerhafte Stellung Mdiwanis und seiner Anhänger, hielt jedoch alle Erscheinungsformen des Großmachtchauvinismus unter Angehörigen der ehemals herrschenden Nation für die Hauptgefahr. Hierzu zählte er auch das oft administrative Vorgehen Ordshonikidses, seine übereilten Maßnahmen, die häufig getroffen wurden, ohne die Meinung und die Rechte des ZK der KP Georgiens zu berücksichtigen. Besonders empörte es ihn, daß sich Ordshonikidse als Vertreter der zentralen Sowjetmacht und des ZK der KPR(B) zu Tätlichkeiten gegenüber einem Anhänger Mdiwanis hatte hinreißen lassen.

Wie aus den weiteren Eintragungen im Tagebuch der diensthabenden Sekretäre hervorgeht, erwartete Lenin voller Ungeduld die Rückkehr der Kommission und ließ sich sofort nach ihrer Rückkehr von Dzierzynski berichten. Eine prinzipielle Stellungnahme zu dieser Frage hat Lenin in seinen Aufzeichnungen vom 30. und 31. Dezember 1922 „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung'" niedergelegt. (Siehe Werke, Bd. 36, S. 590–596.) *494*

503 An diesem Tag verordneten die Ärzte W. I. Lenin für eine Woche absolute Ruhe. *494*

504 Es handelt sich um folgende Briefe: an J. W. Stalin über eine Kürzung des Schiffsreparaturprogramms von 10 auf 7 Millionen zugunsten der Schulen

(siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 45, S. 311/312); an L. D. Trotzki (Kopien an Sinowjew, Bucharin, Radek, Stalin und Kamenew) über einen Brief an die italienischen Delegierten des IV. Kongresses der Komintern und die Thesen Trotzkis über die NÖP (siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 314); an Trotzki, Sinowjew, Bucharin und Radek mit einer Kritik des „Entwurfs des agrarischen Aktionsprogramms" (siehe ebenda, S. 313). Am selben Tag verfügte W. I. Lenin, seine Unterschrift unter das Grußschreiben an den IV. Gesamtrussischen Verbandstag der Mitarbeiter des Bildungswesens zu setzen. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 431.) *494*

505 Es handelt sich offenbar um einen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an W. I. Lenin mit der Bitte, einige Delegationen des IV. Kominternkongresses zu empfangen, und um einen Brief J. W. Stalins über den Kampf gegen den ungesetzlichen Aufkauf von Platin. Am selben Tag beauftragte Lenin N. P. Gorbunow, allen Mitgliedern des Politbüros den Entwurf eines Beschlusses über den Kampf gegen den ungesetzlichen Aufkauf von Platin zu schicken. Zu dieser Frage siehe auch das Interview, das W. I. Lenin dem Korrespondenten des „Observer" und des „Manchester Guardian" Farbman gewährte. (Werke, Bd. 33, S. 374/375.) *494*

506 W. I. Lenin hatte seinem Stellvertreter im Rat der Volkskommissare und im Rat für Arbeit und Verteidigung A. D. Zjurupa vorgeschlagen, sich in die Arbeit der Kommission des Politbüros zur Vorbereitung des Entwurfs einer Richtlinie über die Trusts einzuschalten. Am 27. November wurde Zjurupa vom Politbüro als Mitglied der Kommission bestätigt. *494*

507 Offenbar handelt es sich um die Artikel, die später, am 2. Februar 1923, im Zusammenhang mit der Ablehnung der Sowjetregierung, einen Konzessionsvertrag mit dem englischen Industriellen L. Urquhart abzuschließen, in der „Prawda" veröffentlicht wurden. *494*

508 Der Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats W. P. Miljutin zu Fragen des Handels, der Finanzen und der Industrie war W. I. Lenin als Material für seinen Bericht auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zugestellt worden. *495*

509 *Münzenberg, Willi* – Generalsekretär des Auslandskomitees der Internationalen Arbeiterhilfe für die Hungernden Sowjetrußlands (IAH). *495*

510 *Kramer, W. W.* – Professor, Neuropathologe, einer der Ärzte W. I. Lenins. *495*

511 Das beigelegte Kärtchen enthält folgende Eintragung: „Wladimir Iljitsch verlangte ergänzend zu den Materialien über die Frage des Außenhandelsmonopols das Protokoll der von Leshawa geleiteten Beratung u. a. – ein Verzeichnis der Telefonanschlüsse. Es wurde alles in die Wohnung gebracht. Er erteilte

Lidija Alexandrowna im Zusammenhang mit den Materialien über das Außenhandelsmonopol einen Auftrag für Frumkin, Leshawa und Zjurupa. Telefonierte mit Frumkin, Gorbunow und anderen. Sah die Tagesordnung des Rats für Arbeit und Verteidigung durch." Am selben Tag wurde W. I. Lenin das Protokoll der *Sitzung der Kommission für Binnenhandel beim Rat für Arbeit* und Verteidigung vom 13. Oktober zugesandt. *496*

512 M. Sorokin, „Die leitenden Kader in der Industrie" („Ekonomitscheskaja Shisn" vom 26. November 1922). Im „Tagebuch" ist irrtümlich der 27. November angegeben. *496*

513 Offenbar interessierte sich W. I. Lenin für die Vorschläge und Schlußfolgerungen der Kommission des Rats der Volkskommissare zur Überprüfung der Handelsvertretungen der RSFSR im Ausland. W. A. Awanessow, Stellvertreter des Volkskommissars der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion und stellvertretender Vorsitzender der genannten Kommission, schickte Lenin diese Materialien am 3. Dezember (siehe Eintragung vom 3. Dezember, abends). *496*

514 *Bogdanow, P. A.* – Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrats der RSFSR. *496*

515 *Fomin, W. W.* – Stellvertreter des Volkskommissars für Verkehrswesen. *496*

516 Nach nochmaliger Überprüfung der Angelegenheit im Gesamtrussischen ZEK wurde die Frage zugunsten des Volkskommissariats für Verkehrswesen entschieden. (Siehe W. I. Lenin, 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 314/315.) *496*

517 Das Politbüro des ZK der KPR(B) nahm in seiner Sitzung vom 30. November 1922 einen Bericht der Kommission des Plenums des ZK über die „Union der Republiken" entgegen und beschloß die Grundthesen der Verfassung der UdSSR. *496*

518 Es handelt sich um den zweiten Brief W. I. Lenins über die Herabsetzung der Ausgaben für die Flotte. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 45, S. 312/313.) Das Politbüro des ZK der KPR(B) beschloß in seiner Sitzung am 30. November 1922, die Ausgaben für Schiffsreparaturen um 2 Mill. Rubel zu kürzen. *497*

519 Am 30. November bestätigte das Politbüro des ZK der KPR(B) den Beschluß des Orgbüros des ZK vom 20. November, die Plenartagung des ZK zum 15. Dezember einzuberufen. *497*

520 Gemeint ist der Artikel „Gespräch mit A. W. Peschechonow".

„Poslednije Nowosti" (Letzte Neuigkeiten) – Tageszeitung der weißgardistischen Emigranten, Organ der konterrevolutionären Kadettenpartei, erschien von 1920 bis 1940 in Paris. *497*

521 *Adoratski, W. W.* – bedeutender marxistischer Wissenschaftler und Propagandist; er bereitete damals im Auftrage Lenins einen Sammelband mit ausgewählten Briefen von Marx und Engels zum Druck vor. *498*

522 F. Engels, „Politisches Vermächtnis (Aus unveröffentlichten Briefen)". Moskau 1923, russ. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich ein Exemplar dieses Buches aus der Bibliothek W. I. Lenins mit einer Bemerkung von ihm für die Bibliothekarin: „Im Regal aufbewahren. 30. XI. 1922. *Lenin*". („Die Bibliothek W. I. Lenins im Kreml", Moskau 1961, S. 56, russ.) *498*

523 *Syrzow, S. I.* – Mitarbeiter im Apparat des ZK der KPR(B). *498*

524 *Knipowitsch, N. M.* – Zoologieprofessor, Leiter einer Expedition, deren Hauptaufgabe die Erforschung des Asow-Schwarzmeer-Beckens war mit dem Ziel, die dortige Fischereiwirtschaft wiederherzustellen. *498*

525 Offenbar handelt es sich um den Artikel „Die ‚Spezialisten' (Versuch einer statistischen Untersuchung)" von F. Kin (Frumkin), der am 3. September 1922 in der „Prawda" Nr. 197 erschienen war. *499*

526 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 35, S. 537/538. *499*

527 In dem Brief an A. I. Swiderski, Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion, wurde eine Untersuchung des ungesetzlichen Fischfangs im Asowschen Meer und in der Donmündung sowie der Mißstände in den Handelsbeziehungen mit den Siedlern der Insel Nowaja Semlja verlangt. Lenin unterschrieb den Brief am 5. Dezember 1922. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 316/317.) *499*

528 *Belenki, A. J.* – Mitarbeiter der Staatlichen Politischen Verwaltung (GPU); war von 1919 bis 1924 für den persönlichen Schutz W. I. Lenins verantwortlich. *500*

529 Der Stellvertreter des Volkskommissars für Handel und Industrie M. I. Frumkin bereitete im Auftrage W. I. Lenins einen Bericht „Kurze Materialien über die Lage im Außenhandel" vor, den er Lenin am 4. Dezember zustellte. *500*

530 Es handelt sich um einen Bericht A. G. Michailowskis über die finanzielle und ökonomische Lage des Landes und um Thesen des Stellvertreters des Volkskommissars für Finanzen A. M. Krasnoschtschokow über die Finanzierung der Industrie. *500*

531 Es handelte sich um das Gutachten einer Kommission des Rats der Volkskommissare über das staatliche Außenhandelsmonopol. W. I. Lenin las es aufmerksam durch, nahm Abänderungen daran vor und machte verschiedene Bemerkungen und Anstreichungen. *501*

532 N. P. Gorbunow schrieb am 4. Dezember 1922 in sein Notizbuch: „Auf dem laufenden sein über das Kyschtymer Werk, die wichtigsten Zahlen über die

Finanzierung der metallurgischen Industrie vorbereiten, dgl. über das Donezbecken und das Aserbaidshanische Erdölkomitee, mit dem System zur Auswertung der Materialien der Zählung vertraut machen." (Offenbar ist die Zählung der Sowjetangestellten in Moskau und Petrograd gemeint, die im Oktober/November 1922 durchgeführt wurde.) (Siehe „Istoritscheski Archiw", 1961, Nr. 5, S. 61, russ.)

Nach der Rückkehr in sein Arbeitszimmer diktierte Lenin einen Brief an I. I. Chodorowski, in dem er um Material über die Patenschaft von städtischen Zellen der KPR(B) über Dorfzellen und umgekehrt bat. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 315/316.) Lenin beabsichtigte, hierüber in seiner Rede auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zu sprechen. (Siehe Werke, Bd. 36, S. 572.) Er behandelte diese Frage dann in seinem Artikel „Tagebuchblätter". (Siehe Werke, Bd. 33, S. 450–452.) *501*

533 In der Unterredung mit A. L. Kolegajew handelte es sich um die Durchführung des Beschlusses des Rats der Volkskommissare vom 16. November 1922 zur Frage der Subventionen für die staatlichen Theater. *501*

534 *Shukow, I. P.* – Ingenieur auf dem Gebiet der Energetik. *501*

535 Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 316 (Brief an Litwinow), und Werke, Bd. 33, S. 432 (Begrüßungsschreiben an den III. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale, der vom 4. bis 16. Dezember 1922 in Moskau stattfand). *502*

536 *Golzman, A. S.* – Leiter der Hauptverwaltung Elektroindustrie beim Obersten Volkswirtschaftsrat. *Lawrentjew, P. F.* – sein Stellvertreter. *502*

537 C. Reyes, „Nuevas y viejas rutas" (Neue und alte Wege), Buenos Aires 1922. Das Buch war W. I. Lenin aus dem Sekretariat des Exekutivkomitees der Komintern zugeschickt worden. Am 7. Dezember wurde es dorthin zurückgeschickt, um die von Lenin angeforderte Übersetzung vornehmen zu lassen. (Siehe „Die Bibliothek W. I. Lenins im Kreml", Moskau 1961, S. 665, russ.) *502*

538 Im Haag fand vom 10. bis 15. Dezember 1922 ein internationaler Friedenskongreß statt. Lenins „Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag" siehe Werke, Bd. 33, S. 433–437. *502*

539 Nach der Liste gehörten der Delegation an: J. Hais, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Tschechoslowakei; Chramosta, Vorsitzender des Verbands der Kommunalarbeiter; Franěk, Mitglied des Bauarbeiterverbands; Richter, Mitglied des Transportarbeiterverbands; Chábera, Vertreter der Gewerkschaft der Gas- und Elektrizitätsarbeiter. Die Delegation übermittelte W. I. Lenin Grüße von den tschechoslowakischen Arbeitern. *502*

540 *Popow, P. I.* – Leiter der Statistischen Zentralverwaltung. *502*

541 *Anzelowitsch, N. M.* – verantwortlicher Mitarbeiter des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften. *502*

542 In den Briefen, die L. A. Fotijewa an W. N. Jakowlewa, Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für Bildungswesen, und an L. B. Kamenew schickte, wurde um Informationen ersucht, wieviel Getreide zur Versorgung der Schüler und Lehrer sämtlicher Schulen mit Brot benötigt würde. An die Stellvertreter W. I. Lenins ging folgender Brief: „An Kamenew und Zjurupa. Wladimir Iljitsch bittet Sie, sich bis Montag (9. Dezember. *Die Red.*) mit allen Materialien zur Frage ‚Wischnewski, Popow' vertraut zu machen, damit am Montag unter Teilnahme von Wladimir Iljitsch und Rykow eine Beratung durchgeführt und unsere Politik gegenüber der Statistischen Zentralverwaltung festgelegt werden kann." *503*

543 *Eiduk, A. W.* – Vorsitzender der Kommission für internationale Hilfsaktionen in Landwirtschaft und Industrie. *Dowgalewski, W. S.* – Volkskommissar für Post- und Fernmeldewesen. *503*

544 W. I. Lenin wollte mit N. L. Meschtscherjakow, Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für Bildungswesen, wegen einer Wohnung für den Augenarzt Prof. M. I. Awerbach sprechen. *503*

545 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 438/439. *503*

546 In der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 7. Dezember 1922 standen 18 Fragen zur Beratung: die Note zur Frage der Meerengen, die Arbeit der Moskauer Abrüstungskonferenz, ein Bericht der Kommission für Staatliche Versorgung, der Getreideexport, der Landwirtschaftskredit, der Lohnfonds für Dezember 1922, die Berichte auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, die Angelegenheit des ZK-Mitglieds der Menschewiki N. A. Roshkow u. a. *503*

547 An diesem Tag schickte L. A. Fotijewa folgende Notiz an A. M. Nasaretjan: „Wladimir Iljitsch empfiehlt, die vier Vorschläge Unschlichts zur Frage der Erteilung von Mandaten an Personen, die des Landes verwiesen werden, anzunehmen." Der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Politischen Verwaltung (GPU) J. S. Unschlicht hatte vorgeschlagen, den Volkskommissariaten zu verbieten, ausgewiesenen Personen Mandate zu erteilen. *504*

548 W. I. Lenin bat W. N. Jakowlewa, ihn über die Arbeit der Kommission zu unterrichten, die am Morgen des 7. Dezember auf seinen Vorschlag vom Politbüro ernannt worden war, um die Berechnungen für die vollständige Versorgung der Schüler und Lehrer sämtlicher Schulen mit Brot vorzubereiten. (Siehe den vorliegenden Band, S. 452.) *504*

549 Vor der Abfahrt nach Gorki hinterließ W. I. Lenin noch eine schriftliche Anweisung für N. P. Gorbunow und L. A. Fotijewa darüber, wie man ihn über die aus dem ZK der KPR(B) für ihn eingehenden Dokumente informieren solle.

(Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 318.) W. I. Lenin beauftragte die Sekretäre, seine Vorschläge über die Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung vom 4. Dezember an A. D. Zjurupa und A. I. Rykow zu schicken. (Siehe den vorliegenden Band, S. 451/452.) *504*

550 Es handelt sich um das Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 7. Dezember 1922. Das Politbüro hatte, nachdem Lenin die Sitzung verlassen hatte, Beschlüsse angenommen, mit denen Lenin nicht einverstanden war. *504*

551 W. I. Lenin diktierte M. A. Woloditschewa einen Brief an J. W. Stalin, in dem er gegen den Beschluß des Politbüros über N. A. Roshkow protestierte und beantragte, diese Frage im Plenum des ZK der KPR(B) zu behandeln. Außerdem ging es in dem Brief um die Arbeit S. A. Losowskis in der Roten Gewerkschaftsinternationale. (Siehe W. I. Lenin, 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 320/321.) *504*

552 In dem Telegramm bat die sowjetische Delegation um die Erlaubnis, auf der Lausanner Konferenz zu Fragen des Nahen Ostens das Einverständnis der Sowjetregierung mit der Einberufung einer Konferenz der Schwarzmeerstaaten zu erklären, auf der über die Gewährleistung der Sicherheit der Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer beraten werden sollte. *504*

553 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 440. *504*

554 Siehe den vorliegenden Band, S. 453. *504*

555 Die Plenartagung des ZK der KPR(B) wurde vom 15. auf den 17. Dezember 1922 verschoben. *504*

556 Gemeint sind offenbar W. I. Lenins Vorschläge über die Arbeitsteilung zwischen den Stellvertretern des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung (siehe den vorliegenden Band, S. 451/452) und das Schreiben über die Arbeitsordnung der Stellvertreter und des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare (ebenda, S. 454/455). *505*

557 Gemeint ist W. I. Lenins Brief an Constantino Lazzari (siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 322/323), der von *B. Souvarine*, einem Delegierten des IV. Kominternkongresses, übersetzt wurde. *505*

558 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 321–329. *505*

559 Es handelt sich um die Stellungnahme des Politbüros zu einem Telegramm vom 7. Dezember 1922 über das Urteil im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Baku. W. I. Lenin stimmte mit „dafür". Am 14. Dezember beschloß das Politbüro, keine Einwände zu erheben. *505*

560 Den Brief W. I. Lenins an M. I. Frumkin siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 322. Frumkins Stellungnahme zu den Thesen der Kommission des Rats der Volkskommissare zur Überprüfung der Handelsvertretungen der

RSFSR im Ausland ging am 11. Dezember 1922 ein und wurde W. I. Lenin am 13. Dezember übermittelt. *505*

561 Unter Nr. 8605 ist im Postausgangsbuch W. I. Lenins Brief an M. I. Frumkin registriert, unter Nr. 8606 der Auftrag an N. P. Gorbunow, für Lenin zum Dienstag (dem 12. Dezember) die Korrekturbogen des Sammelbandes „Auf neuen Wegen. Ergebnisse der Neuen Ökonomischen Politik 1921/1922. Arbeiten unter der Redaktion einer Kommission des Rats für Arbeit und Verteidigung", Verlag des Rats für Arbeit und Verteidigung, Moskau 1923 (Heft II. Finanzen, Heft III. Industrie), bereitzulegen. *505*

562 F. E. Dzierzynski informierte W. I. Lenin über die Ergebnisse der Reise der Politbürokommission, die zur Untersuchung des Konflikts zwischen dem Transkaukasischen Regionalkomitee und der Gruppe Mdiwani nach Georgien entsandt worden war. Dieses Gespräch erwähnt W. I. Lenin am 24. Januar 1923. (Siehe den vorliegenden Band, S. 513 und Anm. 502.) *506*

563 *Stomonjakow, B. S.* – Leiter der Handelsvertretung der RSFSR in Berlin. *506*

564 Siehe Anm. 479. *506*

565 In diesem Brief protestiert W. I. Lenin erneut gegen den Beschluß des Politbüros vom 7. Dezember 1922, der es dem Menschewiken N. A. Roshkow gestattete, weiterhin in Moskau zu wohnen. Siehe auch Anm. 551 und 571. *507*

566 In diesen Briefen teilte W. I. Lenin mit, daß er an der bevorstehenden Plenartagung des ZK nicht teilnehmen könne; gleichzeitig äußerte er seine Gedanken darüber, wie seine Stellung zur Frage des Außenhandelsmonopols auf dem Plenum verteidigt werden müsse, und unterstrich die Unzulässigkeit irgendwelcher Schwankungen in dieser Frage. *507*

567 Siehe den vorliegenden Band, S. 456/457. *507*

568 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 441–445. *507*

569 *Jaroslawski, J. M.* – Vorsitzender der Kommission des Rats der Volkskommissare zur Überprüfung der Handelsvertretungen der RSFSR im Ausland. *507*

570 In dem Schreiben bat W. I. Lenin Awanessow, sich mit seinem Brief über das Außenhandelsmonopol, der für die Plenartagung des ZK der KPR(B) bestimmt war, vertraut zu machen und ihm Ergänzungen bzw. Vorschläge zu schicken. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 325.) *507*

571 Am 14. Dezember 1922 hob das Politbüro seinen Beschluß vom 7. Dezember auf und beschloß, Roshkow nach Pskow auszuweisen mit der Maßgabe, daß er mit der sofortigen Ausweisung aus Sowjetrußland zu rechnen habe, wenn er sich antisowjetischer Handlungen schuldig mache. *507*

572 Gemeint ist der Brief W. I. Lenins über das Außenhandelsmonopol für die Plenartagung des ZK der KPR(B) am 18. Dezember 1922. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 441–445.) *508*

573 In dem Brief gibt W. I. Lenin der Hoffnung Ausdruck, daß das Plenum die Unantastbarkeit des Außenhandelsmonopols bestätigen werde, da ein Teil derer, die auf dem Oktoberplenum gegen das Monopol gestimmt hatten, inzwischen einen richtigen Standpunkt einnehme. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 325/326.) *508*

574 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 446. *509*

575 In dem Brief betonte W. I. Lenin die Notwendigkeit, die Frage des Außenhandelsmonopols auf der Plenartagung des ZK zu erörtern und sie auch auf dem nächsten Parteitag zu behandeln. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 325/326.) *509*

576 In der Nacht zum 16. Dezember hatte sich der Gesundheitszustand W. I. Lenins stark verschlechtert, es trat eine Lähmung des rechten Arms und des rechten Beines ein, die später wieder zurückging.

Koshewnikow, A. M. – Neuropathologe, einer der Ärzte W. I. Lenins. *509*

577 In diesem Brief äußerte W. I. Lenin seine Gedanken über die Verteilung der Aufgaben zwischen den Stellvertretern des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung sowie über die Notwendigkeit, jedes Gespräch mit Besuchern in einer kurzen Notiz festzuhalten. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 327.) *509*

578 *Pakaln, P. P.* – verantwortlich für den persönlichen Schutz W. I. Lenins in Gorki. *509*

579 *Foerster, Otfried* – bekannter deutscher Neuropathologe; wurde im Zusammenhang mit Lenins Krankheit konsultiert und leitete von Mai 1922 bis Mai 1923 die ärztliche Betreuung. *509*

580 Die Plenartagung des ZK der KPR(B) am 18. Dezember unterstützte die Vorschläge W. I. Lenins und bestätigte die Unantastbarkeit des staatlichen Außenhandelsmonopols. Die Plenartagung faßte einen besonderen Beschluß, W. I. Lenin nach Absprache mit den Ärzten die Resolution und einen Bericht über das Plenum zu übermitteln. *510*

581 In der Nacht zum 23. Dezember trat bei W. I. Lenin erneut eine Lähmung des rechten Arms und des rechten Beines ein. *510*

582 Den Brief an den Parteitag diktierte W. I. Lenin am 23., 24., 25., 26., 29. Dezember 1922 und am 4. Januar 1923. (Siehe Werke, Bd. 36, S. 577–582, 588/589.) *510*

583 Zu dieser Zeit tagte der X. Gesamtrussische Sowjetkongreß (23.–27. Dezember 1922). *510*

584 Hierzu schrieb M. A. Woloditschewa später, im Jahre 1929: „Alle Artikel und Dokumente, die W. I. Lenin von Dezember 1922 (nach dem 20.) bis Anfang März 1923 diktierte, wurden auf seinen Wunsch in fünf Exemplaren abge-

schrieben; ein Exemplar bat er, für ihn zu behalten, drei Exemplare Nadeshda Konstantinowna zu geben und eins in seinem Sekretariat aufzubewahren (streng vertraulich). Das für die ‚Prawda' bestimmte, mit allen endgültigen Korrekturen und Änderungen abgeschriebene Exemplar sah W. I. Lenin durch, bevor es Maria Iljinitschna für die ‚Prawda' übergeben wurde. Die Korrekturen wurden auch auf die drei Kopien für Nadeshda Konstantinowna übertragen. Die Kopien der ursprünglichen Dokumente verbrannte ich. Auf den versiegelten Umschlägen, in denen die Kopien der Dokumente auf Wunsch W. I. Lenins aufbewahrt wurden, bat er zu vermerken, daß nur er, und nach seinem Tode Nadeshda Konstantinowna, sie öffnen dürfe. Die Worte ‚nach seinem Tode' schrieb ich nicht auf die Umschläge. Die Exemplare für W. I. Lenin wurden in eine Mappe getan und zur bequemeren Benutzung mit einer Schnur an derselben befestigt." *511*

585 B. W. Titlinow, „Neue Kirche", Petrograd–Moskau 1923. Nach dem Vermerk über das Buch Titlinows schrieb die Bibliothekarin Sch. M. Manutscharjanz in das Ausleihbuch: „Im Januar forderte Nadeshda Konstantinowna für Wladimir Iljitsch Literatur über das Genossenschaftswesen an. Chintschuk schickte folgendes: 1. Meschtscherjakow. Genossenschaften und Sozialismus; 2. Staudinger. Marxismus und Konsumgenossenschaften; 3. Sassen. Die Entwicklung der Genossenschaftstheorie im Zeitalter des Kapitalismus; 4. Staudinger. Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach; 5. Tschajanow. Grundgedanken und Organisationsformen der bäuerlichen Genossenschaften; 6. Tugan-Baranowski. Die sozialen Grundlagen der Genossenschaften; 7. Prokopowitsch. Die Genossenschaftsbewegung in Rußland, ihre Theorie und Praxis." *511*

586 Es handelt sich um Lenins Artikel „Über unsere Revolution (Aus Anlaß der Aufzeichnungen N. Suchanows)". (Siehe Werke, Bd. 33, S. 462–467.) *511*

587 Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 468–473. Die erste Variante siehe im vorliegenden Band, S. 457–465. *512*

588 *Chlopljankin, M. I.* – Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats für Arbeit. *512*

589 Am nächsten Tag, dem 21. Januar, forderte M. A. Woloditschewa folgende Zeitschriften für W. I. Lenin an: „Sozialistitscheski Westnik" Nr. 1, „Sowremennyje Sapiski" Heft XIII und „Sarja" Nr. 9–10. *512*

590 Der Bericht der Kommission F. E. Dzierzynskis wurde in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) vom 25. Januar 1923 erörtert. Die Vorschläge der Kommission wurden bestätigt. *513*

591 Gemeint sind die Bücher: P. M. Kershenzew, „Organisationsprinzipien", Petrograd 1922; O. A. Jermanski, „Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorsystem", Moskau 1922. Diese Bücher werden in W. I. Lenins Artikel „Lieber

weniger, aber besser" erwähnt. (Siehe Werke, Bd. 33, S. 474–490.) Zu Jermanskis Buch siehe auch die unvollendete Rezension W. I. Lenins „Ein Löffel Teer in einem Faß voll Honig" (Werke, Bd. 33, S. 354/355). *514*

592 *Reske. N. A.* – Kollegiumsmitglied des Volkskommissariats der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion. *514*

593 Es handelt sich um die Materialien der Kommission Dzierzynskis zur georgischen Frage. *515*

594 Von L. A. Fotijewa wurden folgende Hinweise W. I. Lenins notiert: „1. Woraufhin warf man dem alten ZK der KP Georgiens Abweichungen vor? 2. Was wurde ihnen als Verletzung der Parteidisziplin angerechnet? 3. Woraufhin wirft man dem Transkaukasischen Regionalkomitee Unterdrückung des ZK der KP Georgiens vor? 4. Physische Mittel der Unterdrückung (‚Biomechanik'). 5. Die Linie des ZK (der KPR(B). *Die Red.*) in Abwesenheit Wladimir Iljitschs und bei seiner Anwesenheit. 6. Das Verhalten der Kommission. Hat sie nur die Beschuldigungen gegen das ZK der KP Georgiens oder auch die gegen das Transkaukasische Regionalkomitee untersucht? Hat sie auch den Fall der ‚Biomechanik' untersucht? 7. Die gegenwärtige Lage (Wahlkampagne, Menschewiki, Unterdrückung, nationaler Hader)." (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv.) *515*

595 Siehe Werke, Bd. 33, S. 474–490. *515*

596 An diesem Tag bat W. I. Lenin über N. K. Krupskaja, bei M. P. Pawlowitsch folgende Bücher zu besorgen: A. J. Chodorow, „Der Weltimperialismus und China (Versuch einer politisch-ökonomischen Analyse)", Shanghai 1922, und M. P. Pawlowitsch, „Sowjetrußland und das imperialistische Japan". Abends erhielt W. I. Lenin diese Bücher zusammen mit L. M. Chintschuks Buch „Der Zentralverband der Konsumgenossenschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik", Moskau 1922. *515*

597 Gemeint ist die Zählung der Sowjetangestellten, die im Oktober/November 1922 in Moskau und Petrograd durchgeführt wurde. *518*

598 Gemeint ist die Arbeit „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky". (Siehe Werke, Bd. 28, S. 225–327.) *520*

599 Es handelt sich um folgende Notiz, die W. I. Lenin wahrscheinlich am 27. oder 28. Dezember 1922 diktiert hatte:

„Merkzettel:

In dem Brief über die Erhöhung der Zahl der ZK-Mitglieder steht nichts über die Beziehung der Mitglieder des erweiterten Zentralkomitees zur Arbeiter-und-Bauern-Inspektion.

Vorgemerkte Themen:

1. Über den Zentralverband der Konsumgenossenschaften und seine Bedeutung vom Standpunkt der NÖP.

2. Über das Verhältnis zwischen dem Hauptausschuß für technische Berufsausbildung und der allgemeinen Bildungsarbeit im Volk.

3. Über die nationale Frage und über den Internationalismus (im Zusammenhang mit dem jüngsten Konflikt in der georgischen Partei).

4. Über das neue, 1922 erschienene Buch zur Statistik der Volksbildung." *521*

600 Die Aufstellung enthält folgende Bücher: W. S. Roshizyn, „Neue Wissenschaft und Marxismus", Charkow 1922; S. J. Semkowski, „Marxismus als Unterrichtsfach. Referat auf der Gesamtukrainischen pädagogischen Konferenz (Juli 1922)", Charkow 1922; M. Alski, „Unsere Finanzen zur Zeit des Bürgerkrieges und der NÖP", Moskau 1923; S. N. Falkner, „Ein Wendepunkt in der Entwicklung der Weltindustriekrise", Moskau 1922; G. Żyperowitsch, „Aus eigener Kraft! (Ergebnisse des Wirtschaftsaufbaus in 5 Jahren)", Petrograd 1922; L. Axelrod (Orthodox), „Gegen den Idealismus. Kritik an einigen idealistischen Strömungen des philosophischen Denkens. Sammlung von Artikeln", Moskau–Petrograd 1922; A. Drews, „Die Christusmythe", Moskau 1923; P. G. Kurlow, „Das Ende des russischen Zarismus. Erinnerungen des ehemaligen Kommandeurs eines Gendarmeriekorps", Moskau–Petrograd 1920; S. I. Kanatschikow, „Zu Tagesproblemen (Blätter der proletarischen Ideologie)", Petrograd 1923; I. A. Modsalewski, „Proletarische Mythenbildung (Über ideologische Abweichungen in der proletarischen Dichtung der Gegenwart)", Semipalatinsk 1922, u. a. *522*

601 Von L. A. Fotijewa wurde folgendes notiert: „Anweisungen Wladimir Iljitschs: Solz (Solz, A. A. – Mitglied des Präsidiums der ZKK der KPR(B). *Die Red.*) andeuten, daß er (W. I. Lenin. *Die Red.*) auf der Seite des Gekränkten steht. Irgend jemandem von den Gekränkten zu verstehen geben, daß er auf ihrer Seite ist.

3 Momente: 1. Man darf sich nicht schlagen. 2. Man muß Zugeständnisse machen. 3. Man darf einen großen Staat nicht mit einem kleinen vergleichen.

Wußte Stalin davon? Warum reagierte er nicht?

Die Bezeichnung ‚Abweichler' für die Abweichung zum Chauvinismus und Menschewismus beweist dieselbe Abweichung bei den Großmachtchauvinisten.

Man soll die veröffentlichten Materialien für Wladimir Iljitsch zusammenstellen."

Vom 15. Februar bis 4. März sind in dem Tagebuch keine Aufzeichnungen enthalten. *523*

602 In dem Brief bat W. I. Lenin Trotzki, auf dem Plenum des ZK der Partei die Verteidigung der „georgischen Angelegenheit" zu übernehmen. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 329.) Trotzki antwortete, daß er krankheitshalber eine solche Verpflichtung nicht übernehmen könne. *523*

603 Gemeint ist der Brief an J. W. Stalin (mit Kopien für L. B. Kamenew und G. J. Sinowjew), den W. I. Lenin diktierte, nachdem er von einem groben Ausfall Stalins gegenüber N. K. Krupskaja erfahren hatte. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 329/330.) Stalin, der durch den Beschluß des ZK-Plenums vom 18. Dezember 1922 persönlich für die Einhaltung des von den Ärzten für Lenin festgesetzten Regimes verantwortlich gemacht worden war, hatte N. K. Krupskaja beschimpft, weil sie am 21. Dezember, angeblich entgegen dem Verbot der Ärzte, nach dem Diktat Lenins einen Brief geschrieben habe (in Wirklichkeit hatte Nadeshda Konstantinowna ihn mit Erlaubnis der Ärzte geschrieben), und ihr mit der Kontrollkommission gedroht. W. I. Lenin verlangte von Stalin, er solle sich entschuldigen, da er andernfalls die Beziehungen zu ihm abbrechen würde. Stalin entschuldigte sich, wie M. I. Uljanowa später schrieb. *523*

604 In dem Brief teilte W. I. Lenin mit, daß er ein Schreiben und eine Rede zur georgischen Frage vorbereite. (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 54, S. 330.) *524*

605 Hier brechen die Aufzeichnungen ab.

Der Text ab: „Nadeshda Konstantinowna bat..." ist im Tagebuch stenografiert. Am 14. Juli 1956 wurde diese Eintragung von M. A. Woloditschewa entziffert. *524*

NAMENVERZEICHNIS

* In Klammern sind die richtigen Familiennamen halbfett gedruckt zum Unterschied von den literarischen Pseudonymen und Parteinamen, die in Grundschrift wiedergegeben sind.

INHALTSVERZEICHNIS

August 1918–Oktober 1920

November 1920–März 1923

Beilagen